

Philipp Hövel

RECHTE RAUMPRODUKTIONEN

Eine politisch-geographische Analyse
rechter Parteien in Europa am Beispiel
von AfD, FPÖ und SVP



Philipp Hövel

RECHTE RAUMPRODUKTIONEN

Eine politisch-geographische Analyse
rechter Parteien in Europa am Beispiel
von AfD, FPÖ und SVP

Forum Politische Geographie

Herausgegeben von

Prof. Dr. Paul Reuber (Federführung)

Prof. Dr. Georg Glasze, Prof. Dr. Olivier Graefe,
Prof. Dr. Benedikt Korf, Prof. Dr. Julia Lossau,
Prof. Dr. Annika Mattissek, Prof. Dr. Martin Müller,
Prof. Dr. Anke Strüver

Schriftleitung: Claudia Schroer

Band 21

www.politische-geographie.de

LIT

Philipp Hövel

RECHTE RAUMPRODUKTIONEN

Eine politisch-geographische Analyse
rechter Parteien in Europa am Beispiel
von AfD, FPÖ und SVP

LIT

Umschlagabbildung:

Wortwolke des analysierten Textkorpus

(eigene Darstellung, mit MaxQDA)



Gedruckt auf alterungsbeständigem Werkdruckpapier entsprechend

ANSI Z3948 DIN ISO 9706

Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-643-15660-0 (br.)

ISBN 978-3-643-35660-4 (PDF)

ISBN 978-3-643-35661-1 (OA)

DOI: <https://doi.org/10.52038/9783643156600>

© LIT VERLAG Dr. W. Hopf Berlin 2025

Verlagskontakt:

Fresnostr. 2 D-48159 Münster

Tel. +49 (0) 251-62 03 20

E-Mail: lit@lit-verlag.de <http://www.lit-verlag.de>

Auslieferung:

Deutschland: LIT Verlag Fresnostr. 2, D-48149 Münster

Tel. +49 (0) 251-620 32 22, E-Mail: vertrieb@lit-verlag.de

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	III
Tabellenverzeichnis	III
Abkürzungsverzeichnis	III
Vorwort	VI
1 Einleitung	1
1.1 Das Erstarken rechter Parteien in Europa	2
1.2 Problem- und Fragestellungen	7
1.3 Aufbau der Arbeit	9
2 Konzeptionelle Grundlagen zur Analyse rechter Raumproduktionen 13	
2.1 Politisch-geographische Ansätze.....	14
2.1.1 Die (dunkle) Geschichte der Politischen Geographie.....	15
2.1.2 Kritische Geopolitik – Dekonstruktion rechter Raumproduktionen	18
2.1.3 Identität und Raum als zentrale Anker rechter Raumproduktionen..	24
2.2 Diskurstheoretische Überlegungen.....	29
2.2.1 Über den Strukturalismus zum Poststrukturalismus	30
2.2.2 Wuchernde Diskurse	32
2.2.3 Diskurstheoretische Analyse rechter Raumproduktionen.....	37
2.3 Zur Bedeutung von Emotionen und Affekten	38
2.3.1 Emotionen und Affekte in der Geographie	39
2.3.2 Emotionen, Affekte und der Diskurs	44
2.3.3 Emotionen und Affekte bei der Analyse rechter Raumproduktionen	48
3 Rechtsruck in Europa	51
3.1 Die Alternative für Deutschland (AfD)	52
3.2 Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)	54
3.3 Die Schweizerische Volkspartei (SVP).....	58
3.4 Exkurs: Rechte Parteien benennen.....	60
4 Methodische Umsetzung: Die Diskursanalyse	63
4.1 Mikroverfahren der Diskursanalyse.....	64
4.1.1 Kodierende Verfahren und semantische Strickleitern	65
4.1.2 Die Aussagenanalyse	70

II

4.2	Korpuserstellung.....	76
4.3	Operationalisierung und empirisches Vorgehen.....	78
5	Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen rechter Parteien	83
5.1	Der „völkische Nationalismus“ der AfD.....	85
5.1.1	Der Nationalismuskurs der AfD	86
5.1.2	Das Fremde im Inneren.....	105
5.1.3	Abgrenzung nach außen	118
5.1.4	Die AfD und Europa	131
5.1.5	Die Konstruktion von Bedrohungsszenarien.....	137
5.1.6	Das Weltbild der AfD	146
5.2	Die FPÖ – vom Deutschnationalismus zum Österreichpatriotismus ..	150
5.2.1	Der Nationalismuskurs der FPÖ.....	152
5.2.2	Das Fremde im Inneren.....	162
5.2.3	Abgrenzung nach außen	176
5.2.4	Die FPÖ und Europa.....	188
5.2.5	Die Konstruktion von Bedrohungsszenarien.....	195
5.2.6	Das Weltbild der FPÖ	201
5.3	Die SVP als ‚Sonderfall‘ in Europa.....	206
5.3.1	Der Nationalismuskurs der SVP	209
5.3.2	Das Fremde im Inneren.....	220
5.3.3	Abgrenzung nach außen	231
5.3.4	Die SVP und Europa.....	243
5.3.5	Die Konstruktion von Bedrohungsszenarien.....	250
5.3.6	Das Weltbild der SVP	257
5.4	Zwischenfazit: Die deutschsprachige parteipolitische Rechte – Verbindendes und Trennendes	263
6	Fazit und Ausblick	273
7	Literaturverzeichnis	281
8	Quellenverzeichnis	306
8.1	Alternative für Deutschland (AfD).....	306
8.2	Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ).....	312
8.3	Schweizerische Volkspartei (SVP)	318

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Geopolitische Diskurse	21
Abb. 2: Das Zeichensystem von Saussure	30
Abb. 3: Ehemalige Bürger der DDR vs. Menschen im Westen	68
Abb. 4: Islamisten vs. der Westen	70
Abb. 5: Die Aussagenanalyse	75
Abb. 6: Wortwolke des gesamten Textkorpus	79
Abb. 7: Wortwolke des Textkorpus zur AfD	86
Abb. 8: Die Deutschen vs. Die Fremden	89
Abb. 9: Wir vs. Die Fremden	91
Abb. 10: Die Länder Europas vs. Afrika und der arabische Raum	101
Abb. 11: Die AfD vs. Die Altparteien	110
Abb. 12: Deutschland vs. das Außen	119
Abb. 13: Das Christentum vs. der Islam	128
Abb. 14: Europa vs. EU	134
Abb. 15: Wortwolke des Textkorpus zur FPÖ	151
Abb. 16: Die Österreicher vs. die Fremden	156
Abb. 17: Die FPÖ vs. Die Regierung	165
Abb. 18: Die FPÖ vs. Die Linke	172
Abb. 19: Wir (die Österreicher:innen) vs. die Fremden	181
Abb. 20: Nordeuropa vs. Südeuropa	190
Abb. 21: Wortwolke des Textkorpus zur SVP	208
Abb. 22: Mehrheit des Volkes vs. Establishment	222
Abb. 23: Geflüchtete (früher) vs. Geflüchtete (heute)	237
Abb. 24: Schweiz vs. EU	244

Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Diskursanalytische Verfahren	65
--	----

Abkürzungsverzeichnis

AfD	Alternative für Deutschland
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
AUNS	Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz

IV

BDP	Bürgerlich-Demokratische Partei
BGB	Bauern- Bürger- und Gewerbeapartei
BNF	British National Front
BZÖ	Bündnis Zukunft Österreich
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
CVP	Christlichdemokratische Volkspartei
EU	Europäische Union
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDP	Freie Demokratische Partei
FDP.Die Liberalen	Freisinnig Demokratische Partei
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
IB	Identitäre Bewegung
IBÖ	Identitäre Bewegung Österreich
IfS	Institut für Staatspolitik
NEOS	Das Neue Österreich
NFZ	Neue Freie Zeitung
NGO	Nichtregierungsorganisation
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
ORF	Österreichischer Rundfunk
ÖVP	Österreichische Volkspartei
PEGIDA	Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes
SP	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
SRF	Schweizer Radio und Fernsehen

SVP

Schweizerische Volkspartei

VdU

Verband der Unabhängigen

ZDF

Zweites Deutsches Fernsehen

Vorwort

Bei diesem Buch handelt es sich um meine Dissertation, mit der ich im Januar 2024 an der Universität Münster im Fachbereich Geowissenschaften promoviert wurde. Eine monographische Dissertation ist phasenweise eine recht einsame Arbeit. Deshalb bin ich umso dankbarer für die Unterstützung vieler lieber Menschen bei der Konzeption des Themas, der Literatur- und Materialrecherche sowie der Vielzahl an Korrekturschleifen geschriebener Textfragmente. Gleiches gilt für den emotionalen Support über die fast fünf Jahre, die diese Arbeit gereift ist und die damit einhergehenden Hochs und Tiefs des Denk- und Schreibprozesses. Danken möchte ich meinem Betreuer, Paul Reuber, der mich in allen Phasen der Arbeit unterstützt und in meinen Überlegungen bestärkt hat, sowie dem Zweitbetreuer Hans Gebhardt. Die gemeinsamen Austausche in kleineren und größeren Gruppen waren immer hilfreich und bereichernd. Gleichmaßen gilt mein Dank dem gesamten Institut für Geographie der Universität Münster, das mich in formellen und inhaltlichen Fragen unterstützt hat: Richard Bůžek, Christopher Husemann, Rosa Aue, Jan David Schmidt, Lisa Kamphaus, Susanne Hübl, Lilith Kuhn, Le-Lina Kettner, Hannah Uprety und Nadine Härtl. Besonders hervorzuheben sind an dieser Stelle Matthias Hoenig, Kirsten Linnemann und Sarah Klosterkamp, die mich intensiv auf meinem Weg begleitet und immer ein offenes Ohr für Fragen hatten. Auch im Freundeskreis konnte ich stets auf tatkräftige Unterstützung bei der formalen und inhaltlichen Korrektur bauen, hier gilt mein Dank vor allem Lisa Hanhart und Andrea Löppenberg. Dennoch wäre die Entstehung dieser Arbeit nie möglich gewesen ohne die Unterstützung meiner Eltern, meiner Schwiegereltern und vor allem meiner Frau, Ines. Du hast alle Phasen, von langen Bibliothekaufenthalten bis zu entnervt aufgegebenen Schreibversuchen, miterlebt und mich stets zurück auf den richtigen Weg geführt. Vielen Dank. Ich hoffe, diese Arbeit kann ihren Teil dazu beitragen, Aussagen rechter Akteur:innen stets kritisch zu hinterfragen, historische Zusammenhänge herzustellen und Rassismus und Nationalismus zu erkennen und zu bekämpfen.

Christchurch, Halle, Hanau – diese drei Begriffe stehen heute nicht mehr nur für (neuseeländische und deutsche) Städte, sie sind Inbegriff für rechten Terror geworden und bilden zentrale Bausteine im Diskurs um das Erstarken rechter Parteien und Bewegungen in Europa und weltweit. Insgesamt starben bei den drei Anschlägen 62 Menschen, viele weitere wurden verletzt (MUSYAL U. STEGEMANN 2020). Und doch bilden sie nur die Spitze des Eisberges rechter Gewalt. Die Anzahl politisch rechts motivierter Straftaten stieg in Deutschland im Jahr 2019 im Vergleich zum Vorjahr um 9,4% (Die Bundesregierung 2020) und verbleibt seitdem auf einem konstant hohen Niveau. Einen weiteren Anstieg verhindert dabei nur der um fast 150% gestiegene Anteil der Straftaten, die nicht als politisch rechts oder links motiviert eingeordnet wurden (Die Bundesregierung 2022). Sogar Horst Seehofer musste konstatieren: „Die größte Gefahr geht von rechts aus“ (Die Bundesregierung 2020). Diese Aussage wurde 2022 von seiner Nachfolgerin als Innenministerin, Nancy Faeser, wiederholt und bestätigt (Die Bundesregierung 2022). Taten folgten diesen Worten bisher nicht und so finden sich beinahe täglich Meldungen in den Zeitungen über rechte Chatgruppen bei der Polizei (JOSWIG 2020), Waffenfunde bei Soldat:innen (SZYMANSKI 2021), Razzien in der sogenannten Reichsbürgerszene (LITSCHKO 2023), rassistische Ausfälle in Talkshows (FROMM 2021) oder Waffenkäufe deutscher Innenminister bei rechten Gruppierungen (LEBER 2020).

Die Gemengelage aus unzureichend verfolgter rechter Gewalt und strukturellem Rassismus in der Gesellschaft bildet den Ausgangspunkt dieser Arbeit und die Motivation für die Auseinandersetzung mit den Phänomenen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus. Dabei soll es nicht um rechten Terror und seine Akteure (BURSCHEL 2016; SCHMINCKE U. SIRI 2013; SUNDERMEYER 2012), rechte Netzwerke in Sicherheitsbehörden (MEISNER U. KLEFFNER 2019) oder digitale Vernetzungsstrategien gehen (EBNER 2019; NAGLE 2018; SCHWARZ 2020). Im Fokus stehen vielmehr die politischen Akteur:innen, die durch ihre tägliche Arbeit, ihr Kommunizieren und Agitieren dazu beigetragen haben, dass sich die Grenzen des Sagbaren deutlich nach rechts verschoben haben (STAHL 2019), die

durch populistische Rhetoriken und emotionalisierte Sprache Feindbilder konstruieren und diskursiv vorhandene gesellschaftliche Ängste und Sorgen aufgreifen, zuschärfen und ihnen eine Richtung geben. Am Beispiel der Alternative für Deutschland (AfD), der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) sowie der Schweizerischen Volkspartei (SVP) zeigt diese Arbeit, wie in den Aussagen von Mitgliedern dieser drei Parteien Identitäten konstruiert und Räume produziert werden. Sie beleuchtet historische Kontinuitäten und Diskontinuitäten sowie Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Parteien und zeigt Brüche und Widersprüche in den Argumentationen auf. Auf diese Weise leistet die Arbeit einen Beitrag zur politisch-geographischen Erforschung der extremen Rechten und verknüpft sie darüber hinaus mit Aspekten der Emotions- und Affektforschung, um zu veranschaulichen, welche Rolle Emotionen und Affekte bei der Konstruktion von Gruppen des Eigenem und des Fremden spielen.

1.1 Das Erstarken rechter Parteien in Europa

„Durchmarsch von rechts“ (BURSCHEL 2016), „Ruck nach rechts“ (MILBRADT ET AL. 2017), „Rechtsruck“ (Anonyme Autoren 2019). Die Beschreibungen für aktuelle gesellschaftliche Prozesse werden breit diskutiert, rekurren dabei jedoch häufig auf ähnliche Phänomene. Offen rechte Parteien erzielen Wahlerfolge und drängen verstärkt in die Parlamente. In Europa werden die Gründe dafür vor allem in Prozessen der Globalisierung, Pluralisierung und Neoliberalisierung sowie verstärkter Migrationsbewegungen, vor allem im Zusammenhang mit den Fluchtbewegungen ab 2015, gesehen (GEISELBERGER 2017; MUDDE 2019; NACHTWEY 2016; STÖSS 2019). Hinzu kommen zunehmende Demokratiemüdigkeit (APPADURAI ET AL. 2017) und die Radikalisierung des Konservatismus (STROBL 2021). Rechte Positionen finden sich aktuell in den Parlamenten überall auf der Welt, seien es die Republikaner in den USA, Bolsonaros Anhänger in Brasilien oder Modri in Indien (MUDDE 2019). Europa ist in dieser Hinsicht keine Ausnahme. In Polen und Ungarn regieren rechte Parteien mehr oder weniger autoritär (RYDLIŃSKI 2018; SZOMBATI 2018), in Skandinavien entstehen Koalitionen mit direkter oder indirekter Beteiligung rechter Parteien (WOLF 2019), Frankreich sieht den stärksten Rassemblement National aller Zeiten (BRÜCK 2022) und Italien wählte frisch eine Postfaschistin zur Premierministerin (Bundeszentrale für politische Bildung 2022).

Deutschland, Österreich und die Schweiz fügen sich in dieses Muster ein. In den drei für diese Arbeit ausgewählten Untersuchungsräumen lassen sich bei genauem Hinsehen jedoch ganz unterschiedliche Muster und Ausgangsbedingungen feststellen. In Deutschland gab es vor der Gründung der AfD 2013 keine rechte

Partei, die nennenswerte Wahlerfolge erzielen konnte, obwohl das Wählerpotential mit entsprechend rassistischen und antisemitischen Einstellungen in der deutschen Bevölkerung durchaus vorhanden war (SALZBORN 2017). Die AfD vermochte es, dieses Potential zu bündeln und ist heute in 15 von 16 Landtagen¹ sowie im Bundestag vertreten. Die ideologische Vorarbeit für diesen Erfolg leisteten zum großen Teil Akteur:innen der Neuen Rechten, welche als heterogene Strömung mit intellektuellem Anspruch und netzwerkartiger Struktur bezeichnet werden kann (PFEIFFER 2018). Wichtiges Zentrum ist in diesem Zusammenhang das Institut für Staatspolitik (IfS) unter Leitung von Götz Kubitschek, welcher sich als Vordenker versteht und enge Kontakte zu weiteren Akteur:innen der extremen Rechten wie der Identitäten Bewegung (IB) oder den Patriotischen Europäern gegen die Islamisierung des Abendlandes (PEGIDA) pflegt. Neben diesen neurechten und extrem rechten Akteur:innen hatten aber auch als aus dem Mainstream kommend verstandene Menschen wie das inzwischen Ex-Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) Thilo Sarrazin eine erhebliche Bedeutung für den Aufstieg der AfD. Seine Bücher holten rechte Thesen vom Rand des Diskurses in die Mitte der Gesellschaft und trugen maßgeblich zu ihrer Entstigmatisierung und Normalisierung bei (AMANN 2017; DECKER 2015).

In Österreich gründete sich die FPÖ bereits 1955 und kann auf eine lange und ereignisreiche Geschichte zurückblicken. Mit einem liberalen Kurs schaffte es die Partei in den 1980er Jahren, die Dominanz der beiden großen Parteien Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) und Österreichische Volkspartei (ÖVP) zu brechen und sich als dritte Kraft zu etablieren. Unter der Führung von Jörg Haider entwickelte sich die Partei jedoch wieder stark nach rechts und schaffte es mit diesem Kurs zwei Mal in eine Regierungskoalition (HEINISCH U. HAUSER 2015). Die FPÖ mit ihrer deutschnationalen Vergangenheit und ihrer Regierungserfahrung gilt in Europa zuweilen als Vorbild für andere rechte Parteien (BONVALOT 2018; GÜRGEN ET AL. 2019). Besonders die AfD sucht stets die Nähe und Expertise der FPÖ, so waren Akteur:innen der FPÖ gern gesehene Gäste bei AfD-Veranstaltungen, z.B. der aktuelle Parteichef Herbert Kickl (Wiener Zeitung 2020). Auch durch das Umfeld und Netzwerk der Parteien bestehen Verbindungen zueinander. So pflegen beide Parteien, wenn auch eher inoffiziell, Verbindungen zur IB bzw. zum österreichischen Ableger Identitäre Bewegung Österreich (IBÖ) (FUCHS U. MIDDELHOFF 2019; PELZ 2018). Ein besonderes Merkmal der FPÖ ist ihre enge Verbindung zu nationalistischen Burschenschaften, denen eine Vielzahl ihrer Akteur:innen und Funktionär:innen entstammen (u.a. der ehemalige Parteichef Heinz-Christian Strache) (REINFELDT 2018).

¹ Bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein 2022 schaffte die AfD den Wiedereinzug nicht.

Insgesamt lässt sich auch in Österreich ein stärkerer Ruck nach rechts verzeichnen, welcher in der Regierungsbeteiligung der FPÖ 2017 kulminierte, aber auch in anderen Bereichen sichtbar ist, wie Debatten über die IB (BRUNS ET AL. 2017), die Burschenschaften (SCHARSACH U. SPITZBART 2017) und den rechten Universitätsprofessor Lothar Höbelt (ANDERS 2020) zeigen.

Die dritte in dieser Arbeit betrachtete Partei ist die SVP. Die Schweiz stellt als mitten in Europa liegend, aber nicht zur EU gehörend, einen Sonderfall dar. Als einen solchen sieht sich auch die aktuell stärkste Partei im Land, die SVP. Gegründet 1974 als Zusammenschluss mehrerer Parteien und ursprünglich aus einem Bauernmilieu stammend, hat sich die SVP im Zuge der Debatte um einen EU-Beitritt zu Beginn der 1990er Jahre stark nach rechts bewegt und es damit geschafft, sich bis heute als stimmenstärkste Kraft im politischen System der Schweiz zu etablieren. Damit ist die Partei in dem Sinne tatsächlich ein Sonderfall in Europa, als dass keine andere rechte Partei es geschafft hat, auf Dauer Verantwortung in der Regierung zu übernehmen (LADNER 2015; MAZZOLENI 2015). Obwohl sie offen rechte Themen vertritt (z.B. die Minarettinitiative 2009) (GÜRGEN ET AL. 2019), sucht die SVP kaum Kontakte zu anderen (rechten) Parteien in Europa. Das wird vom AfD-Ehrenvorsitzenden Gauland auch so erkannt, wenn er betont, dass sich die SVP als Alleinstellungsmerkmal sehe und kein Interesse an der AfD bekunde (Wiener Zeitung 2020). Die besonders starke Opposition zu Migration und EU verdeutlicht dieses isolationistische Verhalten (GÜRGEN ET AL. 2019). Dennoch rekurriert die FPÖ durchaus positiv auf die SVP und ihre Erfolge (GASSER U. DAUM 2017), weshalb ein Vergleich in dieser Hinsicht spannende Erkenntnisse verspricht. Vor diesem Hintergrund hat der Rechtsruck in der Schweiz womöglich schon etwas früher begonnen als in anderen europäischen Ländern. Die SVP ist bereits seit 1999 stärkste Kraft im Land und erreichte 2007 und 2015 über 29% der Stimmen (LADNER 2015).

Die Erfolge dieser drei Parteien, teilweise über einen längeren Zeitraum, sowie die generelle Tendenz eines Rechtsruckes in Europa, machen es unumgänglich, sich in wissenschaftlichen Analysen mit rechten Parteien und ihren Strategien und Narrativen auseinanderzusetzen. Vor allem in den Politikwissenschaften gibt es eine breite Debatte über verschiedene Aspekte dieses Themenfeldes. Die AfD ist eine noch recht junge Partei, dennoch lassen sich bereits etliche Publikationen finden, die sich u.a. mit der Entstehung der Partei und der Struktur ihrer Wählerschaft beschäftigen, versuchen, sie politisch und ideologisch einzuordnen, die parlamentarische Arbeit kritisch hinterfragen, ihre (digitale) Kommunikation analysieren oder den Umgang mit der Partei diskutieren (BEBNOWSKI 2015; BOTSCH 2018; DECKER 2016; FRIEDRICH 2019; FUNKE U. MUDRA 2018; HAFENEGER ET AL. 2018; HÄUSLER 2018a; HILLJE 2022). Die FPÖ betreffend wurde ähnliche Forschung betrieben (BETZ 2005; BONVALOT 2018;

ENNSER-JEDENASTIK 2020; HEINISCH 2016; PELINKA 2005; TÓTH 2015). Darüber hinaus lassen sich zwei weitere Analyseschwerpunkte in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der FPÖ ausmachen: Zum einen der Blick auf die historische Entwicklung und die Verbindungen zum Nationalsozialismus und zum anderen der Fokus auf die charismatischen Parteiführer Haider und Strache, welche die Partei entscheidend geprägt haben (AJANOVIC ET AL. 2015; BAILER-GALANDA 1995; BAILER-GALANDA 1993; GEDEN 2006; GOTSBACHNER 2003; PELINKA 2020; REINFELDT 2018; REITER 2019; SCHARSACH 2012). In einem Sammelband wurde darüber hinaus bereits 2017 versucht, AfD und FPÖ aus einer politikwissenschaftlichen Perspektive vor allem im Hinblick auf Antisemitismus und Geschlechterbilder miteinander zu vergleichen (GRIGAT 2017). Darin werden wichtige Punkte angeschnitten, die auch für diese Arbeit relevant sind, wie der Nationalismuskurs, völkische Ideologie und Familienpolitik der beiden Parteien. Auch bei der SVP liegt der Fokus der bisherigen Forschung in den Politikwissenschaften auf Entstehung, Wählerschaft und ideologischer Einordnung (BETZ 2005; KRIESI ET AL. 2005; LADNER 2015; MAZZOLENI U. ROSSINI 2016). Ergänzt werden diese Analysen durch Betrachtungen des innerparteilichen Kurswechsels zu Beginn der 1990er Jahre sowie der Besonderheiten des schweizerischen politischen Systems und dem Paradigma einer sich als Oppositionspartei verstehenden Regierungspartei (BETZ 2012; GEDEN 2005; HILDEBRAND 2017). Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl an Publikationen, die sich im weiteren Sinne mit rechten Parteien in Europa beschäftigen (BETZ 1994; MUDDE 2019; MUDDE 2017; WOLF 2019). Auch rechte Diskurse, die im Zentrum dieser Arbeit stehen, waren bereits Gegenstand politikwissenschaftlicher bzw. soziologischer Untersuchungen. So hat GEDEN (2006) Diskursstrategien im Rechtspopulismus am Beispiel der FPÖ und der SVP untersucht und dabei wichtige Einblicke in die Deutungsangebote der beiden Parteien zu den Themenfeldern Einwanderung und Geschlecht geliefert.

In der Geographie gibt es seit einigen Jahren einen größer werdenden Schwerpunkt, der sich mit neuen rechten Bewegungen, der Neuen Rechten bzw. der extremen Rechten (für Begriffsdefinitionen s. Kap. 3.4) auseinandersetzt. Besonders prominent ist in diesem Zusammenhang die Debatte um Stadt-Land-Gegensätze oder „Stadt von rechts“ (BERNET ET AL. 2019a). Dabei werden u.a. aus einer kritisch-stadtgeographischen Perspektive Aspekte des Urbanen und des Ruralen bearbeitet (ROSSI 2018) sowie starre Stadt-Land-Gegensätze als Erklärungsmuster für die Wahlergebnisse der AfD hinterfragt und Gründe und Ursachen für ihren Erfolg in urbanen Räumen gesucht (BELINA 2020; FÖRTNER ET AL. 2019; MULLIS 2019b). Weiterhin gibt es Ansätze innerhalb der Geographie, die sich ausführlicher mit dem Themenfeld „Populismus“ beschäftigen (LIZOTTE 2019). Ince weist darüber hinaus noch einmal darauf hin, dass „there has been surprisingly little written on the far right“ (INCE 2019: 1), obwohl der

Geographie die passenden Theorien und Methoden zur Verfügung stünden. Gerade die Politische Geographie sollte sich ihrer historischen Verantwortung bewusst sein und sich intensiv mit dem Themenfeld der extremen Rechten auseinandersetzen. Die bio- und naturdeterministischen sowie völkischen Raumkonstruktionen, die sie zu Beginn des 20. Jahrhunderts mithilfe zu konstruieren und damit aktiv die nationalsozialistische Politik Deutschlands unterstützte (REUBER 2012; WOLKERSDORFER 2001), sollten nun, da sie wieder vermehrt in der aktuellen Politik sicht- und sagbar werden, kritisch begleitet und dekonstruiert werden. Erste Arbeiten, die sich mit geopolitischen Leitbildern der Neuen Rechten in Primärliteratur oder sozialen Medien auseinandersetzen (MATTISSEK U. SCHOPPER 2019; REUBER 2017; WIERTZ U. SCHOPPER 2019) oder Raumkonstruktionen aus Aussagen der AfD herausarbeiten (HÖVEL 2018)², existieren bereits. Zudem gibt es aktuell Versuche, die fragmentierte Forschung zum Rechts-Extremismus in der Geographie zu bündeln und zu systematisieren (MULLIS U. MIGGELBRINK 2021). Die Thematik wird dabei jedoch auf einer anderen Ebene betrachtet, es werden andere inhaltliche Schwerpunkte gesetzt oder die Untersuchungen gehen noch nicht tief genug, weshalb sich eine weitere, ausführlichere und konzeptionell weiterentwickelte Analyse von Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen der extremen Rechten, ergänzt um Aspekte aus der Emotions- und Affektforschung, anbietet.

In diesem Spannungsfeld setzt diese Arbeit an und betrachtet in einem ersten Schritt AfD, FPÖ und SVP als einzelne Parteien, um sie in einem zweiten Schritt zu vergleichen und Gemeinsamkeiten und Unterschiede herauszuarbeiten. Analysiert werden Aussagen von Mitgliedern der drei Parteien, um so einen Einblick in „übergeordnete sprachliche Muster“ (MATTISSEK 2008: 149) zu bekommen. Für die gesellschaftliche Bedeutungsproduktion stellt Sprache durch ihre konstitutive Rolle ein machtvoll Instrument dar (MATTISSEK 2009). Der Fokus dieser Arbeit liegt somit auf der Sprache der Parteimitglieder, da sie für Politiker:innen das elementare Arbeitsmittel dargestellt. Theoretisch bewegt sich die Arbeit im Feld der Politischen Geographie, konkreter der diskurstheoretisch ausgerichteten Kritischen Geopolitik (AGNEW 2002; Ó TUATHAIL 2006b; REUBER 2012). Dieser theoretische Ansatz wird durch Konzepte und Methoden der feministischen Geographie (Autor*innenkollektiv Geographie und Geschlecht 2020; HOCHSCHILD 2012; HUTTA ET AL. 2020; MILITZ 2017; SCHURR U. STRÜVER 2016) sowie Forschungen zu Emotionen und Affekten (AHMED 2014; BERG ET AL. 2019; WETHERELL 2012) erweitert, um auch die emotional-affektive Ebene miteinbeziehen zu können, auf der Menschen von Aussagen der extremen Rechten

² Dieser Artikel entstand aus der Masterarbeit des Autors mit dem Titel „Zwischen Alternativer Mitte und rechtem Flügel - Raumkonstruktionen der Alternative für Deutschland“ auf welcher diese Dissertation aufbaut.

angesprochen werden. Dies geschieht durch bestimmte Signalwörter sowie die Konstruktion von Feindbildern, welche mit einem Methodenmix zu greifen versucht werden. Zum einen kommt das Konzept der semantischen Strickleiter zum Einsatz, mit dem die angesprochenen Wir/Sie-Konstruktionen aus dem Textmaterial herausgearbeitet werden können (HUSSEINI DE ARAÚJO 2011). Zum anderen werden mit einer um Emotionen und Affekte erweiterten Form der Aussagenanalyse einzelne Textstellen auf der Mikroebene analysiert (MATTISSEK 2009). Mit den genannten theoretischen und methodischen Zugängen werden übergeordnete semantische Muster, Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen aus dem Textmaterial herausgearbeitet, um einen Einblick in diskursive Tiefenstrukturen der Parteien zu erhalten und fundierte Vergleiche anstellen zu können.

1.2 Problem- und Fragestellungen

Der Rechtsruck in Europa, das Erstarken rechter Parteien sowie die Normalisierung und Popularisierung rechten Gedankenguts auf allen Ebenen, von der gesamteuropäischen über die nationale bis auf die Mikroebene lokaler Protestbewegungen, sind der Anlass, sich mit diesen Phänomenen wissenschaftlich auseinanderzusetzen und die xenophoben und populistischen Antworten rechter Parteien auf gesellschaftliche Verschiebungen und Prozesse wie Globalisierung, Pluralisierung und Neoliberalisierung zu analysieren und zu dekonstruieren (FRASER 2017; REUBER 2017). Diese Arbeit fokussiert sich dabei auf rechte politische Parteien, da diese durch ihre öffentliche Präsenz und ihre Macht in politischen Entscheidungsprozessen einen erheblichen Einfluss auf gesellschaftliche Debatten haben und in der Lage sind, Themen zu setzen sowie Grenzen des Sagbaren zu verschieben und Diskurse zu beeinflussen. Im Sinne einer diskurstheoretisch ausgerichteten Kritischen Geopolitik, erweitert um Aspekte der feministischen Geographie sowie den *affect studies*, untersucht diese Arbeit Reden und Interviews von Mitgliedern der AfD, der FPÖ sowie der SVP daraufhin, wie Eigenes und Fremdes in ihren Aussagen konstruiert und definiert, und welche Eigenschaften und Merkmale diesen antagonistisch gegenüberstehenden Gruppen dabei zugeschrieben werden. Weiterhin wird ergründet, welche diskursiven Ein- und Ausgrenzungen vorgenommen werden, welche Rolle dabei Raumkonstruktionen wie der Nationalstaat spielen, wie Raum und Kultur miteinander verknüpft werden und inwiefern bei diesen Verknüpfungen historisch problematische Weltbilder und Diskurse reaktualisiert werden. Diese leitenden Fragestellungen sollen schließlich dazu beitragen, folgende Kernfragen dieser Arbeit beantworten zu können:

- Welche diskursiven Tiefenstrukturen parteibezogener Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen bilden das gemeinsame Fundament der (jeweiligen) Partei?
- Inwieweit lässt sich die Entwicklung rechter Parteien in Europa mit Bezug zu unterschiedlichen Erzähllinien rechter Diskurse vergleichen?
- Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede rechter Raumkonstruktionen lassen sich identifizieren?
- Welche Rolle spielen Emotionen und Affekte bei der Konstruktion von Eigenem und Fremdem?

Ziel dieser Arbeit ist es, in einem ersten Schritt zentrale Argumentationslinien der Parteien und emotional-affektive Strategien, aber auch Brüche und Widersprüche in ihren Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen aufzuzeigen und zu dekonstruieren. In einem zweiten Schritt werden Gemeinsamkeiten und Unterschiede dieser rechten Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen in Deutschland, Österreich und der Schweiz aus dem Textmaterial herausgearbeitet und dabei (historische) (Dis)Kontinuitäten und Konstruktionen des Eigenen und des Fremden offengelegt sowie mögliche historische Sagbarkeitsmomente und diskursive Verschiebungen identifiziert.

Methodisch wird dabei auf Instrumente der Diskursanalyse zurückgegriffen. Auf einer übergeordneten Ebene werden Differenzpaare des Eigenen und des Fremden mithilfe des Konzeptes der semantischen Strickleiter aus dem Textmaterial herausgearbeitet und graphisch gegenübergestellt (HUSSEINI DE ARAÚJO 2011). Um Brüche und Widersprüche sowie implizit Gesagtes aufzuzeigen, wird für die Mikroebene einzelner Aussagen der Parteimitglieder die Aussagenanalyse verwendet (MATTISSEK 2009). Diese wird um eine emotional-affektive Ebene basierend auf dem Konzept des *Reading for Affect* (BERG ET AL. 2019) erweitert. Für die Analyse stützt sich diese Arbeit auf umfangreiches Textmaterial im Zeitraum 1990 bis 2020, um auch langfristige Verschiebungen innerhalb der Parteien in den Blick nehmen zu können und ein möglichst vollständiges Bild zu erhalten. Mit dem Ende des Kalten Krieges und den damit einhergehenden geopolitischen Veränderungen in Europa standen auch die FPÖ und die SVP (die AfD existierte noch nicht) vor einer völlig neuen Situation, auf die sie reagieren mussten. Zentrales Stichwort ist das Verhältnis zu Europa bzw. zur EU, mit dem sich rechte Parteien zu Beginn der 1990er Jahre profilieren konnten. Die Reden und Interviews, aus denen sich das Textkorpus zusammensetzt, entstammen ganz unterschiedlichen, jedoch frei zugänglichen Quellen. Die Recherche umfasste offizielle Seiten der Parteien, Printmedien, Mediatheken, Onlineplattformen wie YouTube sowie die Plenarprotokolle der Länderparlamente.

1.3 Aufbau der Arbeit

Die Arbeit erstreckt sich über sechs zentrale Kapitel. Auf diese Einleitung folgt das für die Analyse rechter Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen zentrale theoretische Fundament (Kap. 2), welches sich aus drei Aspekten zusammensetzt: Politisch-geographischen Ansätzen (Kap. 2.1), Diskurstheoretischen Überlegungen (Kap. 2.2) und Emotions- und Affektforschung (Kap. 2.3). Für eine Analyse rechter Parteien unumgänglich, wird zunächst die Geschichte der Politischen Geographie samt ihrer Verstrickungen in die Blut und Boden-Politik des Nationalsozialismus bis zur heutigen Ausrichtung der Disziplin aufgerollt (Kap. 2.1.1), um daran anschließend die Kritische Geopolitik mit ihrer Dekonstruktion geopolitischer Leitbilder einzuführen (Kap. 2.1.2). Sie bietet Instrumente und Ansätze, um die Weltbilder der rechten Parteien zu dekonstruieren. Zentrale Anker rechter Diskurse sind dabei Identität und Raum, sowie ihre machtvolle Verkopplung, welche mit Bezug zu REUBER (2012), HALL (2002) und anderen in Kapitel 2.1.3 diskutiert wird. Darüber hinaus werden für die Analyse zentrale Konzepte wie *othering* (SAID 1978) und *invention of tradition* (HOBSBAWM 2013) vorgestellt und in den Gesamtkontext eingebettet. Diskurstheoretische Überlegungen und ihre Nutzbarmachung für diese Arbeit schließen daran an. Zunächst werden mit Bezug zur Zeichentheorie von SAUSSURE (2001) die Grundlagen sowie der Übergang vom Strukturalismus zum Poststrukturalismus diskutiert (Kap. 2.2.1). Dann werden die Begriffe Diskurs (FOUCAULT 2015) und Hegemonie (LACLAU U. MOUFFE 2000) für diese Arbeit nutzbar gemacht und in den Kontext der Analyse von Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen integriert (Kap. 2.2.2). In der Kombination der Begriffe lassen sich so hegemoniale sowie im Umkehrschluss marginalisierte Diskurse aus dem Textmaterial herausarbeiten. Die poststrukturalistische Politische Geographie bietet dafür wertvolle Hinweise und Konzepte (HUSSEINI DE ARAÚJO 2011; REUBER 2012). Die Kernaspekte der diskurstheoretischen Überlegungen werden in einem kurzen Zwischenfazit knapp zusammengefasst (Kap. 2.2.3) bevor diese theoretische Perspektive um feministisch-geographische Perspektiven erweitert wird. Dabei werden zunächst ebenfalls sehr knapp die bisherigen Entwicklungen in diesem Forschungsfeld zusammengefasst (Kap. 2.3.1) um darauf aufbauend die Emotions- und Affektforschung mit den diskurstheoretischen Überlegungen zusammenzubringen (Kap. 2.3.2). Emotional-affektive Aspekte scheinen in der Betrachtung der extremen Rechten noch weitestgehend vernachlässigt zu werden, spielen jedoch eine zentrale Rolle beim Verständnis ihrer Wirkmächtigkeit. Deshalb werden verschiedene Konzepte aufgegriffen (AHMED 2014; BERG ET AL. 2019) und in Kombination mit Überlegungen und Methoden der diskurstheoretisch ausgerichteten Kritischen Geopolitik für die Dekonstruktion rechter Weltbilder sowie der Rolle von Emotionen und Affekten bei der Konstruktion von

Eigenem und Fremdem nutzbar gemacht. Die Rolle von Emotionen und Affekten bei der Analyse rechter Raumproduktionen wird in Kapitel 2.3.3 nochmals explizit gemacht.

Diesem theoretisch-konzeptionellen Gerüst werden im dritten Kapitel für die Analyse notwendige Hintergrundinformationen über die Untersuchungsgegenstände hinzugefügt. Die bisherigen Entwicklungen, entscheidende inhaltliche und personelle Umbrüche sowie interdisziplinäre Analysen zu AfD (Kap. 3.1), FPÖ (Kap. 3.2) und SVP (Kap. 3.3) werden nachgezeichnet und in den entsprechenden Kontext gesetzt. Nur so ist es in der Analyse möglich, die unterschiedlichen und sich verändernden Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen adäquat in den Blick zu nehmen und die Zusammenhänge zu begreifen. Gleiches gilt für den anschließenden Exkurs zu den diversen verwendeten Begrifflichkeiten und ihrer Verknüpfung mit Emotionen und Affekten (Kap. 3.4).

Im vierten Kapitel wird die praktische Durchführung der Diskursanalyse beleuchtet. Dabei werden zunächst die verwendeten diskursanalytischen Verfahren (kodierende Verfahren (Kap. 4.1.1) und Aussagenanalyse (Kap. 4.1.2)) erläutert, theoretisch unterfüttert und mit den in Kapitel 2 diskutierten Aspekten verknüpft. Darin eingeschlossen ist die praktische Umsetzung der theoretisch bereits andiskutierten Kombination aus Diskurstheorie und Emotions- und Affektforschung, indem die Aussagenanalyse um eine weitere Ebene erweitert wird, um die emotional-affektive Aufladung im Diskurs sichtbar zu machen. Daran schließt sich die Transparentmachung des Korpus und seiner Zusammenstellung (Kap. 4.2) sowie die eigentliche Operationalisierung an (Kap. 4.3). An dieser Stelle wird das empirische Vorgehen in detail erläutert und auch kritisch Stellung bezogen zu etwaigen blinden Flecken in der Forschung.

Den Kern dieser Arbeit bildet das fünfte Kapitel zu Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen rechter Parteien in Europa. Hier laufen die theoretischen und methodischen Stränge zusammen und werden auf das umfangreiche Textmaterial der drei Parteien angewendet. Dabei konnten für alle drei Parteien fünf zentrale Diskurse identifiziert werden:

1. Der Nationalismuskurs
2. Das Fremde im Inneren
3. Abgrenzung nach außen
4. Europa und die EU
5. Die Konstruktion von Bedrohungsszenarien

Diese fünf zentralen Diskurse werden zunächst für jede Partei einzeln ausführlich analysiert (Kap. 5.1; Kap. 5.2; Kap. 5.3), um daran anschließend die Ergebnisse miteinander zu vergleichen und sowohl Verbindendes als auch die drei Parteien Trennendes hervorzuheben (Kap. 5.4). Dabei wird deutlich, dass sich trotz der sehr unterschiedlichen (Macht)Positionen innerhalb der Länder, ganz verschiedener historischer Entwicklungen und Gründungsgeschichten sowie personeller und inhaltlicher Umbrüche Großerzählungen identifizieren lassen, welche die deutschsprachigen rechten Parteien grenzübergreifend miteinander verbinden. Diese Erkenntnisse werden im sechsten und letzten Kapitel nochmals aufgegriffen, reflektiert und in den Gesamtkontext der Arbeit eingeordnet, bevor ein Fazit gezogen und ein Ausblick auf die Entwicklung der extremen Rechten sowie der Forschung mit und über sie formuliert wird.

Konzeptionelle Grundlagen zur Analyse rechter Raumproduktionen

„Liebe Freunde, unser Staat, unser Nationalstaat ist das Gefäß, in dem sich innere und äußere Sicherheit verwirklichen oder jedenfalls verwirklichen sollten. Alle Versuche, den Nationalstaat in Europa zu ersetzen durch die Konstruktion Europa, ist schiefgegangen. Und ein freidemokratischer Politiker aus der alten Bundesrepublik, Ralf Dahrendorf, hat mal zu Recht gesagt: Die Selbstbestimmung eines Volkes verwirklicht sich in seinem Nationalstaat und nur da und nirgendwo sonst. Und wenn uns die Parteien, die heute im Bundestag vertreten sind, diesen Nationalstaat nehmen wollen, dann nehmen sie uns unser Selbstbestimmungsrecht, sie nehmen uns unsere Zukunft, unsere Kraft zum Leben, und wir müssen mit allen Kräften dagegen mobil machen“ (Gauland, 02.06.2016).

Um Aussagen wie diese vom ehemaligen Fraktionsvorsitzenden und jetzigen Ehrenvorsitzenden der AfD, Alexander Gauland, angemessen analysieren und dekonstruieren zu können und die mehr oder weniger impliziten Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen sowie Brüche und Widersprüche herauszuarbeiten, bedarf es eines passenden theoretischen Fundamentes. Für die Analyse rechter Gesellschaftsmodelle und Ideologien, welche mit ihrem inhärenten Bezug zum Nationalismus explizit geographisch und raumbezogen sind, bieten sich insbesondere Ansätze der Politischen Geographie an. Mit der Forschung zu rechten Parteien und Bewegungen hat sich für die Politische Geographie demnach in den letzten Jahren ein nicht neues aber bisher deutlich unterrepräsentiertes Themenfeld entwickelt. Um dieses Themenfeld weiter auszuarbeiten, werden im folgenden Kapitel zunächst die konzeptionellen Grundlagen der Politischen Geographie erläutert. Dabei müssen notwendigerweise auch die Anfänge der Disziplin betrachtet werden, da sie den Nationalismus, den sie heute kritisiert und dekonstruiert, im frühen 20. Jahrhundert aktiv unterstützte (Kap. 2.1.1). Im Anschluss daran wird die Verkopplung von Identität und Raum thematisiert (Kap. 2.2.2), um darauf aufbauend die Kritische Geopolitik als eine Sub-Disziplin der Politischen Geographie einzuführen. Von einem konstruktivistischen Raumverständnis ausgehend wird das Konzept der geopolitischen Leitbilder vorgestellt, welches zentral für die Analyse von Identitätskonstruktionen und

Raumproduktionen in Aussagen von AfD, FPÖ und SVP ist (Kap. 2.1.3). Daran anschließend werden postkoloniale Ansätze in der Politischen Geographie diskutiert, um schließlich zur poststrukturalistischen Politischen Geographie mit ihren diskurstheoretischen Überlegungen zu kommen. Hier wird der theoretische Unterbau für die Diskursanalyse entwickelt (Kap. 2.2), welcher um feministische Ansätze (Kap. 2.3) und Überlegungen der *affect studies* (Kap. 2.4) erweitert wird und schließlich die Grundlage für die empirische Untersuchung (Kap. 5) bildet.

2.1 Politisch-geographische Ansätze

Gesellschaft – Macht – Raum. In diesem Spannungsfeld bewegt sich die Politische Geographie. Alle drei Begriffe sind von entscheidender Bedeutung für Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen rechter Parteien. Sie wollen die *Gesellschaft* ansprechen und repräsentieren (im Sinne einer homogenen Gemeinschaft nach ihren Vorstellungen). Um ihre Vorstellungen durchzusetzen, brauchen sie *Macht*, welche die drei in dieser Arbeit untersuchten Parteien bei näherer Betrachtung – stärkste Oppositionspartei (AfD, bis 2021), ehemaliger Koalitionspartner (FPÖ) und Regierungspartei (SVP) – bereits haben. Ihre Funktionäre sprechen demnach aus sehr machtvollen, privilegierten Positionen. Der Raum findet sich immer wieder in ihren Aussagen, wenn sie z.B. von konkreten Raumcontainern sprechen und propagieren, dass jeder Mensch in einen bestimmten Raum „gehört“ (Gauland, 08.08.2017). Rechte Parteien aus der Perspektive der Politischen Geographie zu analysieren, drängt sich damit regelrecht auf. Die Disziplin bietet Ansätze und Methoden, die zugrundeliegenden Weltbilder und Erzählungen offenzulegen und Konstruktionen des Eigenen und des Fremden sichtbar zu machen.

Ganz allgemein gesprochen ist die Politische Geographie „the study of how geography is informed by politics“ (AGNEW 2002: 1). Sie thematisiert die Verbindung von Raum und Identität (vgl. Kap. 2.1.3) dort, wo sie als diskursive Grundlage für Ein- und Ausgrenzungsprozesse dient, begleitet diese Aushandlungsprozesse um raumbezogene Identitäten kritisch und rückt die gesellschaftspolitische Konstruktion und Produktion von Raum in den Mittelpunkt der Forschung. Das grundlegende konstruktivistische Raumverständnis ist vor allem bei der Konstituierung des Eigenen und des Fremden sowie der Konstruktion nationaler Kulturen von entscheidender Bedeutung (REUBER 2012). Auf diese Aspekte wird noch näher eingegangen, zunächst steht jedoch die Geschichte der Politischen Geographie bzw. der Geopolitik und ihre historische Belastung in Bezug zum Nationalsozialismus sowie geo-, natur- und biodeterministischen Argumentationen im Fokus.

2.1.1 Die (dunkle) Geschichte der Politischen Geographie

Die Geschichte der Politischen Geographie ist nicht nur aus rein disziplingeschichtlicher Sicht relevant, sie ist selbst Analysegegenstand aus der Perspektive der heutigen Politischen Geographie. Ihre Geschichte verdeutlicht anhand der Verstrickungen in Kolonialismus, Imperialismus und Nationalsozialismus die enorme Wirkung diskursiver Formationen auf gesellschaftliche Praktiken und zeigt, wie das Spannungsfeld von Gesellschaft, Macht und Raum diese Praktiken zu Beginn des 20. Jahrhunderts angeleitet hat und auch heute noch anleitet. Die Geschichte der Politischen Geographie zu analysieren heißt, aus ihr zu lernen und mithilfe der Theorien und Methoden der modernen Politischen Geographie Denkfiguren wie die „Volk ohne Raum“-Ideologie“ (ebd.: 70) zu dekonstruieren und ihnen einen Teil ihrer Wirkmächtigkeit zu nehmen (ebd.). Mit der Geschichte der Disziplin wurde sich an anderer Stelle bereits ausführlich beschäftigt (ebd.; SCHULTZ 2002; SPRENGEL 2000; WARDENGA 2001; WOLKERSDORFER 2001), dennoch wird nachfolgend auf die wichtigsten Aspekte und zentrale Argumentationsstrukturen eingegangen, da sich rechte Parteien mehr oder weniger direkt auf die Hochzeit der Politischen Geographie zu Beginn des 20. Jahrhunderts beziehen und sich ähnlicher Argumentationen und Narrative bedienen. Um diese aus Sicht einer diskurstheoretisch informierten Kritischen Geopolitik analysieren zu können, ist die Kenntnis über die Historie sowie die wichtigsten Konzepte unumgänglich.

Das Fundament der klassischen Geopolitik, welche nicht als Werk einzelner Autor:innen der Zeit, sondern als Ausformulierung im gesellschaftlichen Diskurs vorgefundener Meinungen verstanden werden muss, bilden Natur- und Geodeterminismus, Nationalismus, Sozialdarwinismus und Staatsorganizismus. Natur- und geodeterministische Argumentationen postulieren einen direkten Einfluss des Landes/des Bodens auf die darauf lebenden Menschen, sie leiten den Charakter aus diesem Raum ab (REUBER 2012; SCHULTZ 2000). Diese „Verkopplung von Natur und Gesellschaft“ (REUBER 2012: 71), die schon andeutet, dass jeder Mensch ‚natürlich‘ einem Raum zugeordnet werden kann, war sowohl in der Wissenschaft als auch im gesellschaftlichen Diskurs weit verbreitet und bildet auch heute noch eine ideale Legitimation für diskursive als auch praktische Ein- und Ausgrenzungsprozesse – André Poggenburg, ehemaliger Vorsitzender der AfD Sachsen-Anhalt, nutzte die in der rechten Szene gängige Formulierung „Deutschland den Deutschen“ (Poggenburg, 26.09.2017: 5, vgl. auch MUDDE 2002: 25). Möglich wird diese Argumentation jedoch nur durch die Verknüpfung mit Nationalismus. Die Entstehung der modernen Nationalstaaten im 19. Jahrhundert befeuerte den geopolitischen Diskurs, indem sie Nationen einen Ort mit festen Grenzen, einer Geschichte und einer Identität gab, und die in diesen

Raumcontainern lebenden Menschen so zu einer „imaginierten Schicksalsgemeinschaft“ (REUBER 2012: 48) werden ließ (ebd.). Diese vorgestellten, konstruierten Nationen – *imagined communities* (ANDERSON 1996) (s. Kap. 2.1.2) – wurden so wirkmächtig, dass sie heute kaum noch hinterfragt werden und die „Hauptquelle kultureller Identität“ darstellen (HALL 2002: 199). Die Grenzen der so geschaffenen Staaten wurden naturalisiert, sodass auch sie in Kombination mit Natur- und Geodeterminismus kaum noch hinterfragt werden. Unterstützt wurde die Verkopplung von Raum und Identität mit einer weiteren Konstruktion, der *invention of tradition* (HOBSBAWM U. RANGER 2013), welche den Nationen nachträglich eine weit in die Vergangenheit zurückreichende Geschichte zuschrieb und somit zu ihrer Naturalisierung beitrug.

Die frühe Länderkunde, die Vorläuferin der Politischen Geographie, ging davon aus, dass ein „Zusammenhang zwischen den Erdräumen, den Völkern und ihrem Charakter“ (SCHULTZ 2002: 345) bestehe und untersuchte die beschriebenen konstruierten Nationen hinsichtlich dieser Merkmale. Mit dieser Argumentation war es möglich, Menschen bestimmten Räumen zuzuordnen und im Umkehrschluss zu postulieren, dass Menschen, die nicht in ein bestimmtes Land oder einen bestimmten Ort passen, dort nicht überleben könnten (REUBER 2012). Die Politisierung dieser Annahmen machte sie besonders machtvoll. Die Vorstellung, dass es ‚natürliche‘ Länder mit ‚natürlichen‘ Grenzen gebe, verleitete die politisch Verantwortlichen der Staaten dazu, anzunehmen, dass „die Entwicklung der Staatenwelt [...] ein *teleologischer* Prozess [war], der sich auf einen von der Natur vorgezeichneten stabilen Endzustand zubewegte“ (ebd.: 73). Darauf aufbauend wurden auch für Deutschland Überlegungen entwickelt, wie das ‚natürliche‘ Staatsgebiet aussehen müsste und wie groß es sein würde (ebd.). Die Erreichung dieses stabilen Endzustandes ist dabei nur durch Kriege möglich, welche so zum einen legitimiert und zum anderen naturalisiert werden, da sie logische Versuche sind „die Grenzen der Nationen den ‚natürlichen‘ Grenzen anzupassen“ (ebd.; SCHULTZ 2001: 39). Der Konstruktionscharakter der Nationen sollte vergessen gemacht werden. Das Erstarken rechter Parteien sowie die Rückbesinnung auf nationale Interessen in einer Vielzahl europäischer Länder verdeutlicht den nachhaltigen Erfolg einiger früher (Politischer) Geograph:innen. Der andauernde Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine führt sehr drastisch vor Augen, welche Wirkmacht die genannten Konzepte auch abseits rechter Konstruktionen haben. Mit dem Verweis auf eine konstruierte, erfundene Geschichte stellt Russland die territoriale Integrität der Ukraine infrage und knüpft so aktiv an das Postulat ‚natürlicher‘ Grenzen an, die sich erkämpft werden müssen. Bereits vor Ausbruch des Krieges wurden Fragen der Rückkehr bestimmter geopolitischer Diskurse mit Bezug zu Russland, der Ukraine sowie Georgien in der Politischen Geographie diskutiert (CREUTZIGER U. REUBER 2021).

Entscheidender Akteur bei der Verknüpfung von geo- und naturdeterministischen Argumentationen mit dem Nationalismus war Friedrich Ratzel. Er strickte aus diesen im Diskurs vorgefundenen Themen eine für den Beginn des 20. Jahrhunderts konsistente Erzählung der „Naturalisierung der räumlichen Ordnung“ (REUBER 2012: 73) und machte sie zum Fundament der noch jungen Politischen Geographie. Darüber hinaus bot er den ebenfalls noch jungen Nationalstaaten eine Legitimation für ihre Existenz und später auch für ihre Ausdehnungs- und Eroberungsavancen. Als gelernter Zoologe erweiterte Ratzel das genannte Konzept um biologische Grundannahmen und arbeitete somit an einer Naturalisierung der Staaten selbst. Für Ratzel ist der Staat ein „bodenständiger Organismus“ (RATZEL U. OBERHUMMER 1923: 1), „in den ein bestimmter Teil der Erdoberfläche so mit eingeht, daß [sic!] sich die Eigenschaften des Staates aus denen des Volkes und des Bodens zusammensetzen“ (ebd.: 4). Mit dieser Verkopplung von Boden (Raum) und Volk wurden Staaten durch Ratzel naturalisiert. Dieser Konstruktion fügte er den sogenannten Staatendarwinismus hinzu, um auch die Beziehungen zwischen Staaten erklären zu können. Dabei bediente er sich, wie der Name zeigt, an der Evolutionstheorie Charles Darwins´ und postulierte, dass um Raum, der für das Überleben eines Staates notwendig sei, gekämpft werden müsse (REUBER 2012). Nach den Staaten wurden damit auch Expansionen und Kriege naturalisiert. Sie seien auf dem Weg zu einer ‚natürlich‘ vorgesehenen Ordnung der Staaten unumgänglich. Aus diesen Kämpfen gingen nach dem Prinzip des *survival of the fittest* (DARWIN 2009: 144) nur die stärksten Staaten als Sieger hervor. Dieser „Kampf um Lebensraum“ (RATZEL 1901; ZEHNPFENNIG 2018: 72) wird im Nationalsozialismus auf die Spitze getrieben werden. Vorher trägt Ratzel jedoch noch erheblich zur Legitimierung des Kolonialismus bei, indem er von „herrschende[n] und dienende[n] Völkern“ (RATZEL 1906: 377) spricht und postuliert, die Länder Afrikas würden eine Kolonisation „anregen“ (RATZEL U. OBERHUMMER 1923: 98). Dementsprechend ermuntert er Deutschland dazu, „seinem Volk den Boden zu sichern, den es zum Wachstum nötig hat“ (RATZEL 1906: 377). Wie bereits angesprochen, konnten Kriege, Kolonialismus und Imperialismus auf diese Weise unbegrenzt legitimiert werden, da niemand mit Sicherheit sagen konnte, wann der angestrebte Zustand des ‚natürlichen‘ Gleichgewichts erreicht sein würde (REUBER 2012). Diese Argumentationen trafen bei einem nach Kolonien und internationaler Anerkennung strebenden Deutschland auf fruchtbaren Boden und erklären die Popularität der Politischen Geographie bzw. der Geopolitik zu Beginn des 20. Jahrhunderts, welche nach Wolkersdorfer „zwei Seiten derselben Medaille“ (WOLKERSDORFER 2001) sind.

Dieser geopolitische Diskurs wurde in Deutschland hegemonial, wirkte tief in gesellschaftliche Konflikte hinein und verdeutlicht in der Rückschau die Macht der Verknüpfung von „diskursiven Repräsentationen und gesellschaftlichen

Praktiken“ (REUBER 2012: 83). Bereits während des Ersten Weltkrieges entfalten sich die natur- und geodeterministischen, biologistischen und sozialdarwinistischen Argumentationen, sodass vor Beginn des Zweiten Weltkrieges Krieg im kollektiven Bewusstsein der deutschen Bevölkerung zu etwas ‚Natürlichem‘, etwas ‚Notwendigem‘ geworden war. Eine solche Etablierung eines Diskurses braucht Zeit (vgl. Kap. 2.2), lange eingeübte diskursive Muster werden jedoch irgendwann wirksam. Die genannten Diskurse waren so hegemonial geworden, dass sie nicht mehr hinterfragt wurden. Die enge Verknüpfung von Ratzels Theorien zu Volk und Raum sowie dem Nationalsozialismus ließ die Politische Geographie nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges verbrannt zurück. Die Wissenschaft versuchte, sich von dieser Disziplin zu distanzieren, indem sie vergeblich eine Trennung von Politischer Geographie und Geopolitik postulierte oder Karl Haushofer, einflussreicher Politischer Geograph unter Hitler, als Hauptverantwortlichen identifizierte (ebd.; WOLKERSDORFER 2001). Erste Neuanfänge gelangen der Teildisziplin jedoch erst nach mehreren Jahrzehnten zunächst im angloamerikanischen Raum (REUBER 2000). Erst in den 1990er Jahren erlebte die Politische Geographie auch in Deutschland eine Renaissance, vor allem das Konzept der Kritischen Geopolitik (*Critical Geopolitics*) wurde breit diskutiert (REUBER 2012) und wird deshalb im Folgenden näher beleuchtet.

2.1.2 Kritische Geopolitik – Dekonstruktion rechter Raumproduktionen

„All words have histories and geographies and the term “geopolitics” is no exception. [...] the conventional understanding today is that geopolitics is discourse about world politics, with a particular emphasis on state competition and the geographical dimensions of power” (Ó TUATHAIL 2006b: 1).

Ó Tuathails Beschreibung der Geopolitik als Diskurs über die Weltpolitik verdeutlicht die semantische Uneindeutigkeit des Begriffes. Er ist überdeterminiert, vereint auf verschiedenen konzeptionellen Ebenen unterschiedliche Bedeutungen in sich und kann somit im Sinne der Diskurstheorie (vgl. Kapitel 2.2) als leerer Signifikant verstanden werden (LACLAU U. MOUFFE 2000; REUBER 2012). Für die Analyse der Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen rechter Parteien bietet die Kritische Geopolitik jedoch attraktive Instrumente. Ganz allgemein geht es um „Praktiken der Konstruktion geopolitischer Repräsentationen des Eigenen und des Fremden“ (REUBER 2012: 158), um generelles „Geopolitik-Machen“ (ebd.: 159), um geopolitische Leitbilder und Diskurse und vor allem um die Dekonstruktion dieser Leitbilder und der Geopolitik selbst. Aus wissenschaftlicher Perspektive lässt sich bei der Geopolitik, ähnlich wie bei der Politischen Geographie (vgl. Kapitel 2.1.1) zwischen einer klassischen und einer kritisch-konstruktivistischen Geopolitik unterscheiden. Die Aufgabe der klassischen Geopolitik war – und ist es auch heute noch – die komplexe und fragmentierte Welt in leicht verständliche und klar abgegrenzte geopolitische Einheiten

aufzuteilen und so das Eigene und das Fremde zu konstruieren, zu verorten und zu separieren (HUNTINGTON 1998; REUBER 2012). Dabei griff sie in ihrer Blütezeit Anfang des 20. Jahrhunderts auf die gleichen natur- und geodeterministischen sowie sozialdarwinistischen Argumentationen zurück wie die Politische Geographie insgesamt (vgl. Kap. 2.1.1) und behauptete von sich selbst „vermeintlich ‚reale‘ und ‚objektive‘ räumliche Gesetzmäßigkeiten [...] zu identifizieren“ (REUBER 2012: 162). Ó Tuathail spricht in diesem Zusammenhang von den „seductive qualities of geopolitical discourse“ (Ó TUATHAIL 2006b: 2), da dieser ein klares Bild der Welt zeichnet, das die Politik anleiten und den Alltag strukturieren kann (ebd.).

Klassische geopolitische Argumentationen bestimmten noch lange nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges den politischen Diskurs. Der Kalte Krieg mit seinen klar abgegrenzten, sich feindlich gegenüberstehenden Blöcken stellt das Musterbeispiel eines geopolitischen Leitbildes dar. Geopolitische Leitbilder oder „geographical imaginations“ (GREGORY 1994) sind geopolitische Ordnungsvorstellungen, die das Handeln (und Denken) von Akteur:innen in Konflikten genauso beeinflussen wie das alltägliche Handeln (und Denken) der Bevölkerung. Kommuniziert werden diese vor allem über die Sprache sowie über Bilder und Karten (Ó TUATHAIL 2006b; REUBER 2012). Mit der Untersuchung dieser Aspekte beschäftigt sich die Kritische Geopolitik (*critical geopolitics*) und betreibt damit gewissermaßen auch eine Dekonstruktion und Analyse der Geopolitik selbst und ihrer Geschichte. Die Kritische Geopolitik stellt, wie der Name schon sagt, einen kritischen Zugang zur Geopolitik dar, indem sie „mit vertrauten Denkgewohnheiten [bricht] und vermeintliche Sicherheiten in Frage [stellt]“ (LOSSAU 2001: 57). Nötig wurde die Entwicklung dieses Konzeptes, da die klassische Geopolitik nach dem Ende des Kalten Krieges die neuen Realitäten mit Blick auf die zunehmende Globalisierung nicht mehr erklären konnte. Die klassischen, staatenorientierten Erklärungsangebote stießen an ihre Grenzen. Zudem trugen die verschiedenen *turns*³ in den Geistes- und Sozialwissenschaften zu einer neuen Sicht auf die Geopolitik bei, indem sie mit einer konstruktivistischen Herangehensweise (und Rückgriff auf Foucault) u.a. Nationalstaaten nicht länger als ‚natürliche‘ Einheiten, sondern als Konstruktionen erkannten. Das gleiche Schicksal ereilten deterministische Argumentationen, welche damit selbst Gegenstand der Untersuchung wurden (REUBER 2012). Das Ziel der Kritischen Geopolitik – und gleichzeitig ein Ziel dieser Arbeit – ist es, zu zeigen, wie durch Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen in politischen Diskursen das Eigene und

³ Gemeint sind hier vor allem der *spatial turn*, die Anerkennung der großen Bedeutung des Räumlichen für alles Gesellschaftliche, der *linguistic turn*, der Einbezug sprachlicher Aspekte in die Forschung, und der *cultural turn*, die Erweiterung des Kulturverständnisses u.a. um das Alltägliche und die Identität (REUBER 2012).

das Fremde konstruiert und voneinander abgegrenzt werden. Wie bereits im vorherigen Kapitel besprochen, konnte SAID (1978) diese Konstruktionsprozesse am Beispiel ‚des Orients‘ und ‚des Westens‘ aufzeigen. Sie gehen mit der Unterscheidung in ‚unseren Raum‘ und ‚deren Raum‘ einher und führen so zu Prozessen des Ein- und Ausschlusses. Mit Hilfe der Kritischen Geopolitik (in Kombination mit diskurstheoretischen Ansätzen, vgl. Kap. 2.2) lassen sich diese Prozesse aufzeigen. Zudem kann die Mär von natürlich und objektiv gegebenen Raumcontainern und Kategorien wie Nationalität und Identität dekonstruiert werden. Es handelt sich bei ihnen um Konstruktionen, die sich durch ständiges Wiederholen zu kaum noch hinterfragten geopolitischen Leitbildern verfestigen und den Alltag sowie die Politik bestimmen können (REUBER 2012). Dass dabei nur eine mögliche Ordnung der Welt abgebildet wird und sie prinzipiell auch immer anders aussehen könnte, wird dabei vernachlässigt (LOSSAU 2011).

Entscheidend für die Analyse und Dekonstruktion geopolitischer Leitbilder ist die Sprache. Sie kann nicht als „unschuldige Instanz“ (REUBER 2012: 166), sondern muss als machtvoll Instrument verstanden werden, das konkrete Praktiken und schlussendlich auch Gewalt hervorbringen kann. Deutlich wird das z.B. an Alexander Gaulands nach der Bundestagswahl 2017 geäußertem Satz „Wir werden sie jagen“ (Gauland, 24.09.2017), der dementsprechend auf verschiedene Weise verstanden und umgesetzt werden kann. Gerade Politiker:innen als „intellectuals of statecraft“ (ebd.: 166) haben dabei eine besonders machtvolle Position. In ihren Aussagen greifen sie diskursiv vorhandene Konstruktionen des Eigenen und des Fremden auf, kommunizieren diese durch ihre exponierte Position pointiert in die Gesellschaft hinein und lassen sie in politische Konzepte einfließen (ebd.), weshalb es im Rahmen dieser Arbeit sinnvoll erscheint, Politiker:innen rechter Parteien hinsichtlich dieser Aspekte zu analysieren und ihre Strategien und Argumentationsweisen aufzuzeigen und zu dekonstruieren. Damit verortet sich diese Arbeit, der schematischen Darstellung von Ó TUATHAIL (2006b) folgend, im Bereich der *practical geopolitics*, die sich, eingebettet zwischen *formal geopolitics* und *popular geopolitics*, u.a. mit politischen Reden auseinandersetzt (s. Abb. 1).

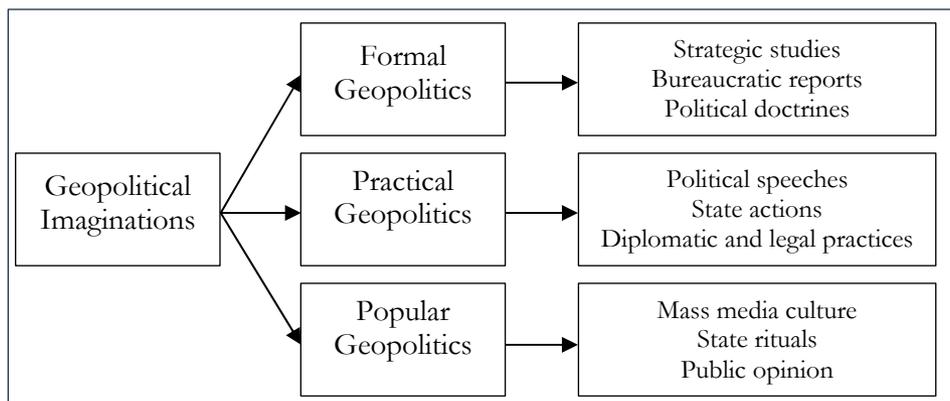


Abb. 1: Geopolitische Diskurse (verändert nach Ó TUATHAIL 2006b: 8)

Geopolitische Leitbilder können so machtvoll werden, dass sie alternative Sichtweisen marginalisieren und damit für eine bestimmte Zeit als objektiv angesehen werden. Mit Hilfe der Kritischen Geopolitik und unter Hinzunahme von Konzepten und Begriffen Foucaults lassen sich geopolitische Leitbilder phasieren. Die genealogische Perspektive zeigt die Entstehung und Entwicklung geopolitischer Leitbilder ‚des Westens‘ auf (Nationalismus – Imperialismus – Kolonialismus – Zweiter Weltkrieg – Kalter Krieg – Diversifizierung der Leitbilder). Die archäologische Perspektive wendet sich bestimmten Momenten zu, in denen durch einen diskursiven Bruch eine bestehende Ordnung erschüttert wurde und sich entsprechend neue Verteilungen der Macht oder veränderte Konstruktionen des Eigenen und Fremden ergeben (z.B. Fall der Berliner Mauer, 9/11) (REUBER 2012). Beide Perspektiven können in dieser Arbeit fruchtbar Anwendung finden, indem auf einer kleineren Ebene sowohl diskursive Brüche innerhalb der Kommunikation rechter Parteien in Europa und damit einhergehende Veränderungen oder eine Erweiterung des Raumes des Sagbaren aufgezeigt werden können als auch hegemoniale diskursive Ordnungen, die die Kommunikation und Wahrnehmung der Partei prägen. Der großzügig gewählte Untersuchungszeitraum von 1990 bis 2020 lässt dabei eine Phasierung von *geographical imaginations* innerhalb der Parteien zu und schließt direkt an das Ende des Kalten Krieges und die damit einhergehende Pluralisierung der Leitbilder auf globaler Ebene an, welche sich ebenfalls auf der Parteien- bzw. Nationalstaatsebene widerspiegelt. Der Kalte Krieg als Musterbeispiel eines geopolitischen Leitbildes hat gezeigt, dass sowohl räumliche Muster (z.B. die Theorie des *heartland* (MACKINDER 1904)) als auch die semantische Vermittlung einer Bedrohung von entscheidender Bedeutung sind. Letztere erweitert die Unterscheidung in Eigenes und Fremdes um eine Bewertung in ‚besser‘ und ‚schlechter‘ woraus im weiteren Verlauf ‚gut‘ und

‚schlecht‘ wird (REUBER 2012). Ó TUATHAIL (2006a) zeichnet am Beispiel des Kalten Krieges anschaulich nach, wie aus den sich gegenüberstehenden Kategorien West und Ost im weiteren Verlauf Kapitalismus – Kommunismus, Demokratie – Totalitarismus und freie Welt – versklavte Welt wurden. An dieser Stelle wird bereits deutlich, dass geopolitische Leitbilder selten einen universalen Geltungsanspruch haben, sondern regional begrenzt sind (HUSSEINI DE ARAÚJO 2011; REUBER 2012). Die oben genannte Deutung ist eine sehr westliche und wird im Fall des Kalten Krieges in der Sowjetunion entweder mit anderen Vorzeichen präsent gewesen sein oder es wurde ganz anderen *geographical imaginations* gefolgt. Zudem lässt sich am geopolitischen Leitbild des Kalten Krieges, das sehr lange hegemonial war, beispielhaft erkennen, dass ein solches auch nach seinem formalen ‚Ende‘ weiterwirkt. Der Kalte Krieg ist heute vorbei, doch das Denken in Kategorien wie West – Ost, kapitalistisch – kommunistisch besteht fort, genauso wie die zur Abschreckung angesammelten Waffensysteme und die Diffamierung linker Politik als kommunistisch (REUBER 2012). Der aktuelle Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine zeigt darüber hinaus, dass geopolitische Leitbilder und ihre Argumentationen und Erzählungen nie völlig verschwinden. Sie schlummern in den „Archiven des Diskurses“ (ebd.: 188) und können bei Bedarf in veränderter Form (re)aktualisiert werden (CREUTZIGER U. REUBER 2021). Mit dem Ende des die Welt ordnenden und strukturierenden Leitbildes des Kalten Krieges entstand ein Vakuum, welches vor allem von zwei geopolitischen Leitbildern und ihren bekanntesten Autoren versucht wurde zu füllen. FUKUYAMA (1989) argumentierte universalistisch und proklamierte in seinem Artikel „*The End of History?*“ den Aufstieg der USA zur einzigen verbleibenden Weltmacht, den damit einhergehenden Sieg der Demokratie und schließlich das titelgebende Ende der Geschichte. Damit griff er direkt auf entwicklungstheoretische Argumentationen zurück, dessen oberste Stufe die USA nun erreicht hätten. Fukuyamas Ideen wurden in der amerikanischen Politik aufgegriffen, weiterentwickelt und in konkrete politische Strategien eingearbeitet. Beispielhaft zu nennen sind z.B. die Sicherung der US-amerikanischen Interessen in Europa sowie die Etablierung von Militärstützpunkten auf der ganzen Welt (BRZEZINSKI U. GENSCHER 2015; REUBER 2012). Dem diametral gegenüberstehend postulierte HUNTINGTON (1998) in seinem stärker konfliktorientierten Modell des Kampfes der Kulturen, dass „vereinfachte [...] Landkarten [...] für das menschliche Denken und Handeln unentbehrlich“ (ebd.: 32) seien, nur so könne der durchschnittliche Bürger die Situation nach dem Ende des Kalten Krieges begreifen. Hinter diesem Strohmännchenargument verbergen sich jedoch klassisch deterministische Argumentationsweisen, die verschleiern, dass Huntington die von ihm postulierten, ständig im Konflikt befindlichen „Zivilisationen [oder] Kulturkreise“ (ebd.: 8) selbst konstruiert. Diese Kulturkreise sind für ihn die „allgemeinste Ebene kultureller Identität“ (ebd.: 54). In den jeweiligen Wertesystemen sei dabei die Religion die

„zentrale Kraft, welche die Menschen motiviert und mobilisiert“ (ebd.: 93). Darauf baut Huntington seine Kernthesen auf, dass Konflikte zwischen Kulturen in Zukunft bestimmend und sehr viel gewaltsamer sein werden sowie dass der Kernkonflikt zwischen „dem Westen und dem Rest“ (ebd.: 293) ausgetragen werde (ebd.; REUBER 2012; REUBER U. WOLKERSDORFER 2002). Der Westen behält somit seine hegemoniale Stellung inne. Ó Tuathail fasst zusammen: „Huntington’s thesis is not about the clash of civilizations. It is about making global politics a clash of civilizations“ (Ó TUATHAIL 2005: 195). Obwohl das Leitbild des Kampfes der Kulturen also weitgehend dekonstruiert ist, erfreut es sich heute wieder größerer Beliebtheit und findet vermehrt Einzug in die Argumentationen rechter Parteien. Das spricht für die „Reaktualisierbarkeit geopolitischer Leitbilder“ (REUBER 2012: 188). Nach dem formalen Ende eines Leitbildes verschwindet es nicht einfach, sondern verbleibt in den erwähnten „Archiven des Diskurses“ (ebd.: 188). Von hier kann ein Leitbild jederzeit wieder reaktualisiert werden (ebd.). Dabei unterliegt es jedoch Veränderungen. Im Sinne von LACLAU U. MOUFFE (2000) werden dabei zentrale Begriffe mit einer veränderten Bedeutung aufgeladen (vgl. Kap. 2.2). Bei der Vielfalt der heute vorzufindenden geopolitischen Leitbilder muss sich eine zeitgemäße Politische Geographie mit „übergeordnete[n] Charakteristika diskursiver Konstruktionen geopolitischer Ordnungen“ (REUBER 2012: 188) auseinandersetzen, um allgemeine Regelmäßigkeiten aufzeigen zu können. Hier erscheint eine Erweiterung der konzeptionellen Annahmen der Kritischen Geopolitik um diskurstheoretische Ansätze sinnvoll. Mit FOUCAULT (2015) können die „in den gesamtgesellschaftlichen Diskurs eingeschriebenen Wissensordnungen als „Archive““ (REUBER 2012: 188) bezeichnet werden. So sind die Reaktualisierbarkeit und die bereits angesprochene regional begrenzte Gültigkeit bereits zwei Charakteristika geopolitischer Leitbilder solcher „Archive der Geopolitik“ (ebd.: 188). Hinzu kommen die Zyklizität, also die phasenweise Hegemonialität und spätere Überlagerung eines Leitbildes, die bereits angeklungene ambivalente Logik, indem beide Seiten eines Konfliktes den gleichen Diskurs mit unterschiedlichen Vorzeichen verwenden, sowie die Überlagerung verschiedener Leitbilder, also das Fehlen eines dominanten Leitbildes oder die phasenweise Überlappung verschiedener diskursiver Angebote (ebd.). Die in diesem Kapitel vorgestellten konzeptionellen Grundlagen der Kritischen Geopolitik sind bei der Analyse der Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen rechter Parteien von entscheidender Bedeutung. Besonders die Mechanismen der Konstruktion des Eigenen und Fremden inklusive ihrer räumlichen Verortung, Abgrenzung und Bewertung sowie das berühmt-berüchtigte Leitbild des Kampfes der Kulturen in Verbindung mit der Herausarbeitung übergeordneter Charakteristika dieser Leitbilder machen eine fundierte Analyse von Reden und Interviews rechter Akteur:innen möglich. Dabei spielen vor allem

Identität und Raum eine zentrale Rolle, weshalb diese Konzepte und vor allem ihre im Kontext rechter Parteien relevante Verknüpfung thematisiert werden.

2.1.3 Identität und Raum als zentrale Anker rechter Raumproduktionen

Stuart Hall spricht von nationalen Kulturen als „Hauptquelle kultureller Identität“ (HALL 2002: 199). ANDERSONS (1996) Postulat folgend, dass Nationen *imagined communities* sind, bezieht ein Großteil der Menschheit ihre Werte und Normen und legitimiert ihre Handlungen aus einem erfundenen Konstrukt. Um die „Erfindung der Nation“ (ebd.: 1), ihre Wirkmacht in Fragen der Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen sowie die Bedeutung der Nation in Verbindung mit Identität und Raum für die Politische Geographie und schließlich die Analyse rechter Parteien in Europa geht es in diesem Kapitel. „[Die Nation] ist eine vorgestellte politische Gemeinschaft - vorgestellt als begrenzt und souverän. Vorgestellt ist sie deswegen, weil die Mitglieder selbst der kleinsten Nation die meisten anderen niemals kennen, ihnen begegnen oder auch nur von ihnen hören werden, aber im Kopf eines jeden die Vorstellung ihrer Gemeinschaft existiert“ (ebd.: 14f). Diese vorgestellten Nationen – oder *imagined communities* – benötigten für ihre Stabilisation und Legitimation eine kohärente, hegemoniale Geschichte, inklusive Traditionen und Mythen, welche immer wieder erzählt und damit verfestigt wird. Geschichten über Nationen werden heute in Bildungseinrichtungen wie Schulen und Universitäten sowie in der Politik, aber auch in alltäglichen Gesprächen und Praktiken reproduziert. Dass diese Geschichten jedoch auch nur Konstruktionen sind und trotz der Vielzahl an historischen Fakten und Ereignissen keinesfalls eine objektive Wahrheit abbilden, versucht Hobsbawm mit dem Konzept der „*invention of tradition*“ (HOBSBAWM 2013: 2) zu greifen. Die konstruierte Nation oder nationale Gemeinschaft wird nicht mithilfe dieser Fakten begründet, sondern durch diese Geschichten und Erzählungen nachträglich legitimiert. Dazu gehören stets auch Praktiken, Normen und Werte, welche innerhalb der *imagined community* weitergegeben und damit verfestigt werden (ebd.; REUBER 2012). Bei der Diskussion der kulturellen Identität von Subjekten identifiziert auch Hall die Nation als „eine vorgestellte Gemeinschaft“ (HALL 2002: 201) und konstatiert, dass eine Nation „nicht nur ein politisches Gebilde [sei], sondern auch etwas, was Bedeutungen produziert – ein *System kultureller Repräsentationen*“ (ebd.: 200; Hervorhebungen im Original). Hall versteht nationale Kultur als Diskurs (vgl. Kap. 2.2) und postuliert, dass sie in der Lage sei, Identitäten zu konstruieren (ebd.). Nach der „Erfindung der Nation“ (ANDERSON 1996: 1) folgt die „Erzählung der Nation“ (HALL 2002: 201). Die Geschichte der Nation wird in allen gesellschaftlichen Bereichen erzählt, dabei wird ihr Bedeutung zugeschrieben und erst durch diese bekommen auch die Subjekte innerhalb der Nation eine Bedeutung, indem ihr Leben an das nationale Schicksal geknüpft wird. Die Erzählung verbindet dabei idealerweise Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Nation und postuliert dadurch eine organische Evolution (vgl. Kap. 2.1.1). Hinzu kommt

die Betonung von Ursprung und Kontinuität. Die Nation entstand zu einem klar definierbaren Zeitpunkt und ist seitdem einheitlich und ununterbrochen. Dabei liegt der Ursprung der Nation idealerweise so weit in der Vergangenheit, dass eine Widerlegung kaum möglich ist und in Verbindung mit (erfundenen) Traditionen Ordnung in das geschichtliche Chaos gebracht werden kann (ebd.). Eng verbunden mit der erfundenen Nation ist die Bevölkerung dieser durch ein „*reine[s], ur-sprüngliche[s], Volk*“ (ebd.: 203; Hervorhebungen im Original), auf das sich auch heutige rechte Parteien gerne und häufig beziehen. Wie sehr sie in ihrem nationalen Diskurs zwischen Vergangenheit und Zukunft, zwischen der ‚guten alten Zeit‘ und dem homogenen Nationalstaat als imaginiertem Ideal, zwischen alten, unveränderbaren und neuen, fragmentierten Identitäten gefangen sind, wird im weiteren Verlauf der Arbeit deutlich. Dass rückwärtsgewandtes Denken rechter Parteien meist nur aktuelle Ein- und Ausschließungsprozesse verdeckt und die Nationalkultur gesellschaftliche Unterschiede in Bereichen wie Klasse oder Geschlecht überdeckt, wird bei der Analyse von Aussagen dieser Parteien ersichtlich (ebd.).

Zunächst rückt jedoch „die Verkopplung von Identität und Raum“ (REUBER 2012: 44) und ihre Relevanz für die Politische Geographie noch einmal stärker in den Fokus der Betrachtung. Diese Verkopplung berührt nahezu alle Themenbereiche der Politischen Geographie, von regionalen Konflikten über die Politische Ökologie bis hin zu Globalisierungs- und Neoliberalisierungsprozessen. Mit Bezug zu Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen rechter Parteien in Europa sind Sarrazins Thesen zur Integration ein gerne gewähltes Beispiel für die „Kultur-Raum-Kopplung“ (ebd.: 44). Er beschreibt in seinem Buch, wie Deutschland sich durch Bevölkerungspolitik, Zuwanderung und Bildungspolitik ‚abschaffe‘ (SARRAZIN 2010) und bereitete schließlich den Boden für die AfD als erste erfolgreiche rechte Partei in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Selbst das heutige Motto der AfD, ‚Mut zur Wahrheit‘, ist bereits bei Sarrazin zu finden (ebd.: 103). „Die Analyse raumbezogener Identitäten und ihre Rolle bei der Konstituierung gesellschaftlicher Machtverhältnisse“ (REUBER 2012: 44) ist also ein zentrales Kernthema der Politischen Geographie. Identität ist dabei nicht ‚natürlich‘ vorhanden oder objektiv gegeben, sie ist sozial konstruiert und damit sowohl dekonstruierbar als auch veränderbar. Wichtige Impulse für die Debatte um Identität und Raum haben ihren Ursprung im Postkolonialismus sowie im Feminismus (vgl. Kap. 2.4) (ebd.).

„Die postkoloniale Theorie geht davon aus, dass koloniale Denkmuster und Strukturen auch nach dem formalen Ende des Kolonialzeitalters weiterwirken und zwar sowohl in den ehemaligen Kolonien als auch in den ehemaligen Kolonialstaaten“ (LOSSAU 2020: 670).

Lossau spricht von der „Schublade der Identität“ (ebd.: 669) wenn Gruppen von Menschen homogenisiert und ihnen bestimmte Eigenschaften und Merkmale zugeschrieben werden (Deutsche sind ‚sehr pünktlich‘, Männer sind ‚grob‘, Asiat:innen sind ‚sehr freundlich‘, um nur einige klassische Beispiele zu nennen).

Postkoloniales Denken – wie auch die aktuelle Politische Geographie – dekonstruiert diese homogenisierenden und diskriminierenden Essentialismen und plädiert für „das Konzept der kulturellen Hybridität“ (ebd.: 669). Identität wird dabei nicht als etwas Festes, Angeborenes verstanden, sondern als fluide und veränderlich. Sie ist dabei auf ein Anderes angewiesen, in dessen Spiegel sie sich erschaffen kann (ebd.). Edward SAID (1978) spricht in diesem Zusammenhang in seinem Buch „Orientalism“ von *imaginative geographies*. Darin identifiziert er, mit Rückgriff auf die Diskurstheorie von FOUCAULT (2015), Europa und den Orient als diskursive Konstruktionen, die sowohl sehr komplex, aber auch umstritten und veränderlich sind. Said beschreibt, wie sich das Eigene, in seinem Fall Europa, im Spiegel des Anderen (des Orient) selbst erschafft. Indem dem Orient bestimmte Eigenschaften zugeschrieben werden, entsteht im Negativ ein Bild des Eigenen (LOSSAU 2020). Diese Dichotomisierung in Verbindung mit dem Eigenen und den Anderen zugeschriebenen Merkmalen und Attributen ist für die Analyse von Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen in Aussagen rechter Parteien von besonderer Bedeutung. In der alltäglichen Kommunikation werden solche sozialen Konstruktionen – Europa und der Orient sind nur ein Beispiel von vielen – häufig als natürliche geographische Gegebenheiten betrachtet und müssen demnach mit postkolonialen und politisch-geographischen Ansätzen dekonstruiert werden. SAID (1978) und HALL (2002) folgend kann es nur deshalb einen sich selbst als modern beschreibenden Westen geben, indem dieser das koloniale Andere als rückständig definiert. Dieses Andere wird fortan in westliche Raster und Normen ‚gezwängt‘ und anhand dieser bewertet. Das Andere befindet sich dabei auf verschiedenen ‚Stufen der Entwicklung‘ mit dem Westen als zu erreichendes Ziel (für den entwicklungspolitischen Diskurs vgl. z.B. (ZIAI 2010)). So wurde und wird zwischen ‚edlen Wilden‘, z.B. Bewohner:innen exotischer Karibikinseln, und ‚rohen, barbarischen Wilden‘, z.B. Islamist:innen, unterschieden. In beiden Fällen stellen sie jedoch ‚Wilde‘ dar und stehen damit mehrere Stufen unter dem Westen, dessen Ideal sie ehrlicherweise auch nie würden erreichen können (LOSSAU 2020). Postkoloniales Denken hatte und hat u.a. auch einen großen Einfluss auf die Kritische Geopolitik (vgl. Kap. 2.1.3), da beide Strömungen davon ausgehen, „dass unsere sozialen Wirklichkeiten kontingente, machtvolle, gesellschaftlich produzierte Konstruktionen sind“ (HUSSEINI DE ARAÚJO 2011: 29).

Mit den beschriebenen theoretischen Konzepten geht einher, dass das postmoderne Subjekt keinen festen, unveränderlichen Kern und keine stabile Identität, sondern mehrere Identitäten besitzt, die zusätzlich im Wandel und voller Widersprüche sind. Auch kollektive Identitäten befinden sich stets im Wandel, verändern sich, sind historisch gewachsen. Ein Individuum kann somit verschiedene Subjektpositionen (oder Identitäten) in sich vereinen, die zu unterschiedlichen

Momenten zur Sprache kommen und Brüche und Widersprüche erkennbar werden lassen (HALL 2002). Diese Elemente lassen sich im Diskurs finden (vgl. Kap. 2.2) und mit den passenden Methoden herausarbeiten (vgl. Kap. 4). Der Kampf um Identitäten hat dabei immer eine räumliche Komponente. Identitäten werden wie imaginative Geographien im Negativ eines Anderen erschaffen, es findet eine Homogenisierung in die Gruppen ‚Wir‘ und ‚Sie‘ statt (REUBER 2012). Durch das „Prinzip der Verortung“ (LOSSAU 2020: 672) wird diese Unterscheidung durch eine Einteilung in ‚Hier‘ und ‚Dort‘ ergänzt und entfaltet damit ihre volle Wirkmacht. Diese Grenzziehung findet „entlang von (vermeintlich) objektiven Unterschieden“ (ebd.: 672) statt und bringt Ordnung in die chaotische und komplexe Welt, in der wir leben. So entsteht jedoch der Trugschluss, dass diese Ordnung bereits vor der Verortung bestand und durch diese bloß abgebildet wird und nicht die Verortung die Ordnung konstruiert. Auf diese Weise werden Grenzen und Hier/Dort-Unterscheidungen naturalisiert und im Diskurs festgeschrieben. Dies bildet die ideale Grundlage für die bereits diskutierte Argumentation, dass jeder Mensch in einen bestimmten Raum gehöre und z.B. anhand von Religion oder Kultur zugeordnet werden könne (ebd.; REUBER 2012). Die postkoloniale Theorie plädiert in diesem Zusammenhang für „ein Denken in Differenzen“ (LOSSAU 2020: 674) und nicht in Identitäten (Wir Deutsche vs. die Österreicher), da, um auf SAID (1978) zurückzukommen, die Anderen erst dadurch zu den Anderen werden, indem sie gedanklich dazu gemacht und mit bestimmten (negativen) Eigenschaften versehen werden. Viele aktuelle geographische Unterscheidungen sind „entirely arbitrary“ (ebd.: 54). Dieses *othering*, also die Entstehung des Eigenen „durch eine Differenzbeziehung zu einem ausgeschlossenen Anderen“ (REUBER 2012: 46), macht eine Definition als ‚Deutscher‘ oder ‚Österreicherin‘ erst möglich. Ohne ein entsprechendes raumbezogenes Gegenstück können diese Konstruktionen ihre Wirkmacht nicht entfalten. Die Verkopplung einer Wir/Sie-Unterscheidung mit einer Hier/Dort-Unterscheidung nennt David SIBLEY (1988) *purification of space*. Nach innen wirken raumbezogene Identitätskonstruktionen demnach homogenisierend. Alle Deutschen im Raumcontainer Deutschland werden mit gleichen Merkmalen und Attributen versehen und repräsentieren sich zum einen selbst als homogene Gruppe, werden von außen aber auch als solche wahrgenommen. Wird dieses Mantra oft genug wiederholt, verfestigt es sich und kann bei dem Beispiel der Deutschen bleibend die erheblichen sozialen Differenzen hinsichtlich Klasse, Geschlecht, ökonomischem Status etc. überdecken und an ANDERSON (1996) und die *imagined communities* anschließend ein ‚Wir-Gefühl‘ erzeugen. In Kombination mit einer Abgrenzung nach außen entsteht ein machtvolles soziales Konstrukt. Als *banal nationalism* (BILLIG 1995) zeigen sich die Ausprägungen dieser Prozesse in alltäglichen Handlungen, Praktiken und Aussagen. Bei einem Blick in die USA fallen die allgegenwärtigen Nationalflaggen auf, in Deutschland, Österreich und

der Schweiz sind diese im Alltag nicht so präsent, bei Großveranstaltungen wie einer Fußballweltmeisterschaft ist dieses Leitsymbol einer Nation jedoch an vielen Autos und Balkons zu sehen und auch weniger national eingestellte Menschen singen plötzlich die Nationalhymne mit (vgl. dazu auch MILITZ 2017). Für rechte Parteien sind die USA in dieser Hinsicht ein Vorbild. Sie sehnen sich nach mehr und deutlicheren Bezügen zur Nation im Alltag, in den Medien, in der Politik und beklagen, sie dürften ihren Nationalstolz nicht offen zeigen (z.B. Gauland, 28.04.2016; Gauland, 02.09.2017).

Die angesprochenen Konzepte machen also deutlich, dass mithilfe von Ein- und Ausgrenzungen, Homogenisierungen und räumlichen Abgrenzungen eine heterogene Gruppe in einem bestimmten, mehr oder weniger willkürlich festgelegten Raumcontainer zu einer Schicksalsgemeinschaft gemacht und sowohl das Eigene als auch das Andere mit identitätsstiftenden Merkmalen und Attributen versehen werden. Die so entstandene imaginierte Nation wird mit konstruierten Geschichten und Traditionen weiter legitimiert und durch banalen Nationalismus im Alltag stetig reproduziert. Die Konstrukte werden schließlich so machtvoll, dass sie als quasi-natürlich und unhintergebar angesehen werden und heute die „Hauptquellen kultureller Identität“ (HALL 2002: 199) darstellen (REUBER 2012). Wie schnell eine solche Konstruktion entstehen kann, zeigt ANDERSON (1996) am Beispiel Indonesiens, dessen konstruierter Charakter innerhalb einer Generation in Vergessenheit geriet und die Bewohner:innen sich ganz selbstverständlich als Indonesier:innen bezeichneten. Das „Denken in Identitäten“ (LOSSAU 2020: 674) führt laut AGNEW (1994) in eine *territorial trap*, die Ausgrenzungsprozesse durch vereinfachtes und polarisierendes Denken in diesen Raumkonstruktionen ermöglicht und verstärkt. Dennoch dominiert dieses Identitätsdenken den Diskurs, ein Ausbrechen aus den räumlich definierten Wir-Gemeinschaften ist kaum möglich. Deutlich wird dies z.B. bei der Staatsangehörigkeit, insbesondere wenn die Eltern aus verschiedenen Nationen kommen und das Kind sich ‚entscheiden‘ muss oder bei Bevölkerungsgruppen ohne eigenes Staatsgebiet, wie den Kurd:innen, die seit Jahrzehnten Kämpfe um die Anerkennung ihrer Identität führen. Die Hegemonialität des Konzeptes der Nationalstaaten führt also in eine territoriale Falle. Diese Fallen zeigen jedoch die Brüche und Widersprüche innerhalb der Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen auf und bieten Ansatzpunkte für die Politische Geographie, sie mithilfe diskurstheoretischer Konzepte – HALL (2002) spricht von nationaler Kultur als Diskurs – zu dekonstruieren und aufzuzeigen, dass prinzipiell auch eine andere Ordnung der Welt möglich wäre (REUBER 2012). Die genannten Konzepte müssen somit um diskurstheoretische Überlegungen erweitert werden. So konstatiert Ó Tuathail: *To study geopolitics we must study discourse*“ (Ó TUATHAIL 2006b: 1). Das nächste Kapitel

beschäftigt sich deshalb zunächst mit strukturalistischen und poststrukturalistischen Ansätzen, um sich dann ausführlich den Diskursen mit Bezug zu Foucault und Laclau und Mouffe zu widmen.

2.2 Diskurstheoretische Überlegungen

Um Debatten um raumbezogene Identitätspolitiken und -konstruktionen angemessen analysieren sowie andere Ebenen als die internationale in die Untersuchung einbeziehen zu können, müssen die im vorherigen Kapitel skizzierten Ansätze der Kritischen Geopolitik um Überlegungen aus der poststrukturalistischen Politischen Geographie erweitert werden. Insbesondere diskurstheoretische Ansätze sind für die Analyse rechter Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen interessant, da sie dabei helfen, „gesellschaftliches Denken, Sprechen und Handeln für empirische Studien konzeptionell greifbar zu machen“ (HUSSEINI DE ARAÚJO 2011: 31). Sie können

„die gesellschaftliche Produktion von Bedeutungen und damit die gesellschaftliche Produktion spezifischer Wahrheiten und spezifischer sozialer und räumlicher Wirklichkeiten sowie die damit verbundenen Machteffekte [...] konzeptualisieren“ (GLASZE U. MATTISSEK 2021: 13).

Im Zuge des *linguistic turn* wurden diese Ansätze auch in der Geographie aufgegriffen und das Postulat, dass die soziale Wirklichkeit nur durch Sprache zugänglich und verstehbar gemacht und damit artikuliert werden kann, fand Einzug in die Disziplin. Diskurstheoretische Ansätze greifen somit auf Überlegungen des Strukturalismus und Poststrukturalismus zurück, deren konzeptionelle Grundlagen und Annahmen im folgenden Kapitel vorgestellt werden (Kap. 2.2.1). Im Anschluss daran werden die für diese Arbeit sowie die Diskursforschung im Allgemeinen zentralen Begriffe ‚Diskurs‘ (mithilfe von Foucault) und ‚Hegemonie‘ (mithilfe von Laclau und Mouffe) diskutiert, um zum einen die zentrale Bedeutung und machtvolle Rolle von Diskursen in politischen und Meinungsbildungsprozessen sowie für Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen rechter Parteien in Europa darzustellen und zum anderen den Hegemoniebegriff konzeptionell einzuordnen. Letzterer ist gerade im Sinne einer historischen Betrachtung von Leitbildern und Narrativen von Bedeutung, da es immer sowohl hegemonale als auch marginalisierte Diskurse und Narrative gibt, welche es zu identifizieren und zu dekonstruieren gilt.

2.2.1 Über den Strukturalismus zum Poststrukturalismus

Der Begriff ‚Strukturalismus‘ fasst verschiedene theoretische Strömungen zusammen, die Einzelphänomene anhand ihrer spezifischen Stellung innerhalb einer Struktur (oder eines Beziehungsgefüges) erklären wollen (ebd.). Grundannahme ist bei strukturalistischen – wie auch bei poststrukturalistischen – Theorien, dass Sprache den Zugang zur sozialen Wirklichkeit darstellt. Ein Objekt hat demnach nicht eine Bedeutung an sich, sondern diese wird erst durch Sprache – durch den Diskurs – geschaffen. Damit wird die Realität jedoch keinesfalls verneint, es wird vielmehr davon ausgegangen, dass die soziale Welt, in der sich alle Menschen bewegen, sprachlich hergestellt ist (HUSSEINI DE ARAÚJO 2011). Saussure spricht in seinen Ausführungen zum Strukturalismus von Signifikat (Bezeichnetes) und Signifikant (Bezeichnendes) (s. Abb. 2).

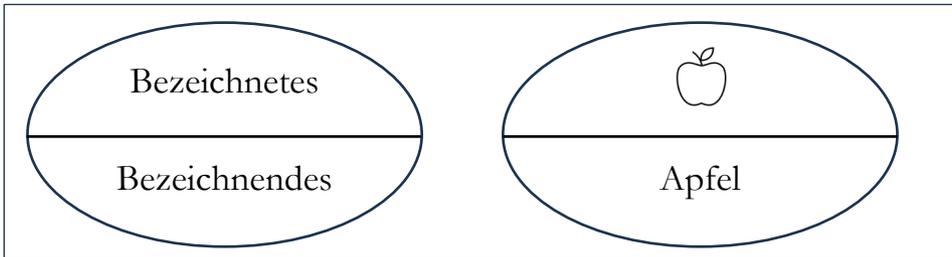


Abb. 2: Das Zeichensystem von Saussure (verändert nach SAUSSURE 2001: 78; 137)

Signifikat und Signifikant sind dabei willkürlich zugeordnet, ihre Verbindung beruht nur auf Konventionen. Dass mit der Buchstabenfolge ‚A-p-f-e-l‘ ein rundes, essbares Obst bezeichnet wird und nicht etwa ein Möbelstück hat keinen objektiven Grund, sondern wurde gesellschaftlich so vereinbart. Die Willkürlichkeit der Signifikanten lässt sich anschaulich mit einem Blick auf verschiedene Sprachen erkennen. Das Signifikat ‚Apfel‘ ist z.B. im Englischen mit dem Signifikant ‚apple‘ und im Spanischen mit dem Signifikant ‚manzana‘ verknüpft. Im Umkehrschluss ist jedoch das Signifikat auch nicht dem Signifikanten vorgängig. Viele Signifikate gibt es nur in bestimmten Sprachen, andernfalls wären Übersetzungen sehr einfach möglich.⁴ Weiterhin geht Saussure davon aus, dass Signifikat und Signifikant keine feste, fixierte Bedeutung haben, sondern sie diese Bedeutung erst innerhalb der Struktur durch Abgrenzung zu anderen Signifikaten und

⁴ Auf Schwierigkeiten und Herausforderungen bei Übersetzungen weist HUSSEINI DE ARAÚJO (2011) im Zuge ihrer Analyse arabisch-sprachiger Printmedien hin.

Signifikanten bekommen.⁵ Dieser Punkt ist für die Diskurstheorie besonders relevant, da so gezeigt werden kann, dass in der Sprache keine externe Realität abgebildet werden kann, es also außerhalb der Sprache auch keine objektive Welt geben kann (GLASZE U. MATTISSEK 2021). Der Strukturalismus geht davon aus, dass es eine feste Anzahl von Signifikanten gibt, die mit bestimmten anderen Signifikanten in einem Beziehungsgefüge verbunden sind und dass sich bei permanenter Wiederholung der Verbindung von Signifikat und Signifikant ihre Bedeutung verfestigt (ebd.).

Poststrukturalistische Ansätze fordern gerade diese letzten beiden Punkte heraus und postulieren, dass es keine festen Verbindungen zwischen Signifikanten gibt, sondern sich diese immer wieder neu konfigurieren. Erst durch den Gebrauch von Sprache können Strukturen geschaffen und verändert werden. So ist es möglich, dass sich Bedeutungen immer wieder wandeln. Damit verbunden ist die Annahme, dass durch Wiederholungen keine Verfestigung der Verbindung stattfindet, sondern dass mit Wiederholungen immer auch Bedeutungsverschiebungen einhergehen und eine Verfestigung somit nie vollständig möglich ist. Der Poststrukturalismus kritisiert somit das Konzept der Sprache als Repräsentationsmodell und die Annahme, dass es von der Sprache unabhängige und ihr vorgängige Inhalte gebe (ebd.; HUSSEINI DE ARAÚJO 2011). Nach DERRIDA (2004) kann im Zuge des Differenzierungsprozesses von Zeichen (Verbindung von Signifikat und Signifikant) von einem ‚Spiel der Verweise‘ gesprochen werden. Mit jeder Wiederholung eines Signifikanten geht eine Bedeutungsverschiebung einher, was zur Überdeterminierung führt, also „die eindeutige Bestimmung ihrer Bedeutungen nicht mehr möglich macht“ (HUSSEINI DE ARAÚJO 2011: 34).

Bezogen auf die Diskurstheorie bedeutet dies, dass das Signifikat im Zuge der Beschreibung durch den Signifikanten erst geschaffen wird. Indem Diskurse etwas mit Worten beschreiben, erschaffen sie es zugleich, machen es real (ebd.). Auf diese Argumentation greift auch Foucault zurück, wenn er von Diskursen als Praktiken spricht, „die systematisch die Gegenstände bilden, von denen sie sprechen. [...] Dieses *mehr* [als die Bezeichnung der Dinge] muß [sic!] man ans Licht bringen und beschreiben“ (FOUCAULT 2015: 74). Der Akt des Sprechens kreiert somit immer eine bestimmte Form von sozialer Realität. Aufgrund der oben angesprochenen unausweichlichen Bedeutungsverschiebung durch das Sprechen sind soziale Wirklichkeiten „immer vielfältig, heterogen, brüchig und Veränderungen unterworfen“ (HUSSEINI DE ARAÚJO 2011: 35).

⁵ Hall weist in diesem Zusammenhang auf „die Analogie von Sprache und Identität“ (HALL 2002: 196) hin, da auch die Identität in Abgrenzung zu einem Anderen konstruiert wird.

2.2.2 Wuchernde Diskurse

Für eine diskurstheoretisch informierte Analyse rechter Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen gilt es neben den strukturalistischen und poststrukturalistischen Grundlagen zunächst einige weitere Begriffe und Konzepte zu erläutern. Die Bedeutung des namensgebenden Begriffes ‚Diskurs‘ wurde nach Foucaults eigener Aussage im Laufe seiner Forschung nicht greifbarer, sondern eher „vervielfacht“ (FOUCAULT 2015: 116). In einer poststrukturalistischen Lesart ist der Begriff somit überdeterminiert. Im Rahmen dieser Arbeit wird von Diskursen als

„jeweils spezifische Verbindungen zwischen symbolischen Praktiken (Sprach- und Zeichengebrauch) [ausgegangen], die klassifizieren und bewerten, mit körperlich-materiellen und soziotechnischen Praktiken“ (GLASZE U. MATTISSEK 2021: 14).

Die Funktion des Diskurses ist die Herstellung bzw. Konstitution der sozialen Welt sowie von Bedeutung durch Sprache (HUSSEINI DE ARAÚJO 2011). Entscheidend sind dabei die Regeln, denen das Sprechen folgt. Auf Sprecher:innen- bzw. Subjektpositionen sowie implizit Gesagtes wird im weiteren Verlauf dieses Kapitels noch eingegangen. Um diese Regeln herausarbeiten zu können, entwickelte FOUCAULT (2015) das Konzept der diskursiven Formation, welche sich aus einzelnen Aussagen zusammensetzt. Die Aussage erscheint dabei „als ein letztes, unzerlegbares Element“ (ebd.: 116) des Diskurses. Charakteristisch für in diesem Sinne verstandene Aussagen ist, dass sie zum einen von anderen Aussagen abgrenzbar sind und zum anderen in bestimmten Beziehungen mit ihnen stehen (HUSSEINI DE ARAÚJO 2011). Mit dieser Definition greift Foucault nochmals den Diskursbegriff auf und spricht zunächst davon, dass eine Menge von Aussagen einen Diskurs konstituiert und schließlich vom Diskurs als einer „Menge von Aussagen, die einem gleichen Formationssystem zugehören“ (FOUCAULT 2015: 156). Von diesen Annahmen ausgehend, ist es das Ziel der Diskursanalyse in dieser Arbeit, die bereits angesprochenen Regeln, denen die Diskurse folgen, aus dem untersuchten Textmaterial rechter Parteien herauszuarbeiten. Regelmäßigkeiten in der Verortung von Eigenem und Fremdem lassen sich mit diesen Vorüberlegungen besonders gut zeigen (HUSSEINI DE ARAÚJO 2011; REUBER 2012). Der Fokus dieser Arbeit liegt dabei eher auf der semantischen Ebene der Regelmäßigkeiten, die graphische Gestaltung eines Parteiprogramms oder die wehenden Deutschlandflaggen bei AfD-Veranstaltungen fließen letztlich nicht in die Analyse mit ein.⁶

Weiterhin weist FOUCAULT (2015) in seiner „Archäologie des Wissens“ darauf hin, dass nicht alle Aussagen gleichermaßen sichtbar sind. Nicht sichtbare Aussagen sind nicht einfach an der Diskursoberfläche zu finden, aber sind gerade

⁶ Für die Analyse solcher affektiven Nationalismen vgl. z.B. MILITZ 2017.

deshalb besonders wirkmächtig, da sie unausgesprochen wirken (HUSSEINI DE ARAÚJO 2011). In politischen Reden wird dieser Aspekt ungemein deutlich, da sie stark auf bereits Gesagtem aufbauen und somit ein spezifisches (Vor)Wissen voraussetzen. Zudem reicht es rechten Parteien häufig, bestimmte Themen nur anzuschneiden oder *code words* zu benutzen, damit die Zuhörenden verstehen, was gemeint ist. Wenn der ehemalige Chef des deutschen Verfassungsschutzes Hans-Georg Maaßen bei Twitter von ‚Globalisten‘ spricht, ist ein gewisses Vorwissen nötig, um die Bezüge zu antisemitischen Verschwörungstheorien herzustellen (Häntzschel 21.05.2021). In politischen Reden wie in einzelnen Aussagen wird also ein spezifisches Wissen vorausgesetzt, auf dem dann aufgebaut wird. Wie dieses implizit Gesagte aus dem Textmaterial herausgearbeitet werden kann, wird in Kapitel 4.1.1 erläutert.

Aus einer poststrukturalistischen Perspektive sind die den Diskurs formenden und beeinflussenden Regeln keine starren Blöcke, sie sind brüchig und veränderbar. Brüche und Veränderungen entstehen dadurch, dass bestehende Wahrheiten infrage gestellt werden oder besondere Ereignisse eintreten (vgl. genealogische und archäologische Perspektive in Kap. 2.1.3). Diese prinzipielle Veränderbarkeit schließt nahtlos an die Annahme an, dass sich Bedeutungen durch Wiederholung nicht verfestigen, sondern eine Verschiebung stattfindet (vgl. Kap. 2.2.1) (FOUCAULT 2015; HUSSEINI DE ARAÚJO 2011). Diskurse sind deshalb so machtvoll, weil sie „die Gegenstände bilden, von denen sie sprechen“ (FOUCAULT 2015: 74). Bezogen auf rechte Parteien stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, ob das ständige Sprechen über eine (von ‚außen kommende‘) Bedrohung dieses Szenario erst erschafft und es als ‚reales‘ Problem erscheinen lässt, auf das politisch reagiert werden kann und muss. Diesen Prozessen ist Macht inhärent (FOUCAULT 1977), denn Wissen soll Wahrheiten garantieren, wobei Wahrheit als „Produkt des Diskurses“ (HUSSEINI DE ARAÚJO 2011: 44) verstanden werden kann. Macht ist dabei, wiederum mit Foucault gesprochen, keine Institution und auch nicht die Handlungsfähigkeit einzelner Personen. „Die Macht ist der Name, den man einer komplexen strategischen Situation in einer Gesellschaft gibt“ (FOUCAULT 1977: 94). Macht wird von Foucault als eine Beziehung zwischen einzelnen Individuen und damit ebenfalls als relational verstanden.⁷ Dabei haben einige Menschen die Führung über andere und sind damit in der Lage, die Handlungen dieser Anderen zu lenken. Dennoch wird die Macht als depersonalisiert verstanden (ebd.). „Diese Macht ist nicht so sehr etwas, was jemand besitzt, sondern vielmehr etwas, was sich entfaltet“ (FOUCAULT 1976:

⁷ Machtverhältnisse können dabei nur existieren, wenn es eine Vielzahl von Widerstandspunkten gibt ((politische) Gegner, (argumentative) Zielscheiben). Vgl. ausführlich zum Verhältnis von Macht und Widerstand FOUCAULT 1977; FOUCAULT 1976.

38). Diese Machtbeziehungen werden sichtbar, wenn Akteur:innen rechter Parteien zu den Zuhörenden sprechen und damit auf deren Handeln einwirken, sie hat dabei sowohl einen unterdrückenden (in Bezug auf das Andere) als auch einen ermöglichenden (in Bezug auf das Eigene) Charakter. Wissen, seiner Vermittlung und Produktion, kommt mit einem Machtverständnis nach Foucault also eine bedeutende Rolle zu. Damit sich die durch Wissen generierten Wahrheiten verfestigen können, müssen sie ständig wiederholt werden – was, wie oben gesehen, nicht ohne Verschiebungen möglich ist. Rechten Parteien in Europa ist es bisweilen gelungen, bei der bloßen Nennung von migrationsbezogenen Themen ein Bedrohungsgefühl in den Menschen hervorzurufen. Aus poststrukturalistischer Perspektive sind diese produzierten Wahrheiten jedoch stets veränderbar und nicht fixiert. Der verwendete Plural zeigt zudem bereits, dass es aufgrund der Vielzahl an Diskursen auch eine Vielzahl produzierter Wahrheiten gibt, wobei – ähnlich wie bei den geopolitischen Leitbildern in Kap. 2.1.3 – einige hegemonial sind und andere marginalisiert werden (HUSSEINI DE ARAÚJO 2011). So können sich auf einer kleineren Ebene auch die hegemonialen Wahrheiten innerhalb von (rechten) Parteien ändern.

Für eine fundierte Analyse rechter Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen müssen auf Foucault aufbauend das Subjekt und der Begriff der Hegemonie konzeptualisiert werden. Dafür bieten sich die diskurstheoretischen Überlegungen von LACLAU U. MOUFFE (2000) an. Wie FOUCAULT (2015) gehen auch sie von der Grundannahme aus, dass Diskurse alles bedingen, was wir denken, sagen und tun, dass sich diese dadurch jedoch beständig verändern (HUSSEINI DE ARAÚJO 2011). Sie greifen Saussures Zeichensystem und die poststrukturalistische Kritik, dass die Fixierung der Bedeutung einzelner Zeichen nicht möglich ist, auf und postulieren, dass „es partielle Fixierung geben muß [sic!] (LACLAU U. MOUFFE 2000: 150). Ohne eine solche Fixierung sei ein gesellschaftliches Sprechen nicht möglich. Nach ihrem Verständnis von Diskurs versucht er, dem ständigen sich Verändern der Signifikanten Einhalt zu gebieten. Dabei muss er jedoch immer wieder scheitern, da es keine vollständige Fixierung geben kann (ebd.). HUSSEINI DE ARAÚJO (2011) sieht hier die Verbindung zu Foucaults ‚Wuchern der Diskurse‘. Gesellschaftliches Sprechen ist demnach nur durch spezifische Einschränkungen möglich. Es muss eine „Ordnung des Diskurses“ (FOUCAULT 2007) geschaffen werden, welche jedoch stets durch von ihr marginalisierte Diskurse bedroht wird. Die Vorherrschaft einer bestimmten diskursiven Formation bezeichnen LACLAU U. MOUFFE (2000) dabei als Hegemonie.⁸

⁸ Vgl. für eine ausführlichere Aufarbeitung der diskurstheoretischen Überlegungen von Laclau und Mouffe HUSSEINI DE ARAÚJO (2011).

Hegemonial ist ein Diskurs, wenn er andere Diskurse so weit unterdrückt, dass er als ‚quasi-natürlich‘ oder ‚wahr‘ angesehen und nicht oder kaum mehr hinterfragt wird. Im Rahmen dieser Arbeit kommt der Hegemoniebegriff bei der Analyse raumbezogener Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen zum Einsatz. Dabei muss, den geschilderten poststrukturalistischen und diskurstheoretischen Überlegungen folgend, davon ausgegangen werden, dass hegemoniale Diskurse stets von Alternativen bedroht und herausgefordert werden, da eine vollständige Fixierung der Bedeutung nie möglich ist (HUSSEINI DE ARAÚJO 2011). Eine Verschiebung innerhalb des diskursiven Gefüges ist jedoch auch durch ein einzelnes Ereignis, einen „diskursiven Bruch“ (GLASZE U. MATTISSEK 2021: 14), möglich. Das klassische Beispiel für einen solchen Bruch sind die Anschläge in New York vom 11. September 2001, auf einer kleineren Ebene und bezogen auf rechte Parteien in Europa kann jedoch der EU-Beitritt des eigenen Landes, die Finanzkrise 2008 oder die sogenannte Flüchtlingskrise 2015 ebenfalls als ein solcher Bruch verstanden werden. Spannend ist an dieser Stelle auch die Frage, ob es regionale/nationale Unterschiede in den Reaktionen auf einen solchen Bruch gibt, wie sich Bedeutungen neu fixieren und welcher Diskurs sich als hegemonial etablieren kann. An dieser Stelle kann bereits auf den Aspekt der Positioniertheit hingewiesen werden, da das Erkennen von Brüchen und Widersprüchen, von hegemonialen und marginalisierten Diskursen stark vom Blick der/des Forschenden abhängt (vgl. Kap. 4.3).

Zuletzt wird das für die Analyse raumbezogener Identitätskonstruktionen notwendige Subjekt betrachtet. FOUCAULT (2015) identifiziert zwei Formen von Subjekten. Zum einen beschreibt er das Subjekt, das vom Diskurs (re)produziert wird. Der Diskurs nimmt dabei eine klassifizierende Rolle ein und unterteilt in Eigenes und Fremdes. In Reden und Interviews der AfD wäre eine klassische Unterteilung z.B. ‚Deutsche‘ und ‚Nicht-Deutsche‘. Zum anderen schaffen die Diskurse eine Vielzahl von Orten/Positionen, von denen aus ein Subjekt sprechen kann. So kann die AfD-Politikerin Alice Weidel aus ihrer Position als Frau, Politikerin, Homosexuelle, Deutsche oder Nicht-in-Deutschland-Lebende sprechen. „Diese beiden Denkfiguren, das diskursiv produzierte Subjekt sowie die Subjektposition, bilden die Grundlage für die Konzeptionalisierung von Identitätsbildung im Rahmen der Diskurstheorien“ (HUSSEINI DE ARAÚJO 2011: 40). Laclau und Mouffe greifen diese Überlegungen auf und arbeiten ebenfalls mit dem Konzept der „Subjektpositionen“ (LACLAU U. MOUFFE 2000: 153). Dabei gehen sie davon aus, dass nicht nur Zeichen überdeterminiert sein können, sondern auch Subjekte. Genau wie der Diskurs scheitert auch das Subjekt in seinem Bestreben nach Ganzheit. Das Subjekt kann eine abgeschlossene Identität niemals erreichen und wird deshalb angetrieben, „sich mit verschiedenen Subjektpositionen zu identifizieren“ (HUSSEINI DE ARAÚJO 2011: 53). Dabei entscheidet es jedoch nicht rational zwischen den Positionen, es ist vielmehr ein Ergebnis

einer für das Subjekt unentscheidbaren Situation, in der es sich aufgrund hegemonialer Rationalitäten mit etwas bestimmtem identifiziert (ebd.). Die Subjekte handeln dabei nicht intentional oder strategisch, sondern sind über Subjektpositionen in verschiedene diskursive Formationen eingebunden. So wird Identität dadurch gebildet, dass „etwas zu sein, [immer] heißt [...], etwas anderes nicht zu sein“ (LACLAU U. MOUFFE 2000: 169). Für die Bildung von Identität sind die Begriffe Differenz, Äquivalenz und Antagonismus entscheidend, welche im Zusammenhang mit der Methode der semantischen Strickleiter näher erläutert werden (HUSSEINI DE ARAÚJO 2011) (Kap. 4.1.1). SAID (1978) arbeitet am Beispiel ‚des Orients‘ heraus, dass dieser u.a. mit Begriffen wie ‚Schwäche‘ und ‚Unvernunft‘ äquivalent gesetzt wird, während ‚der Westen‘ in Differenz dazu mit Begriffen wie ‚Stärke‘ und ‚Vernunft‘ gleichgesetzt wird. Das antagonistische Andere für ‚den Westen‘ ist in diesem Beispiel ‚der Orient‘. ‚Westen‘ und ‚Orient‘ können in diesem Zusammenhang als privilegierte Signifikanten verstanden werden, welche in Kombination mit einer Abgrenzung nach außen für die Identitätsbildung sowohl einzelner Subjekte als auch kollektiver Identitäten benötigt werden (HUSSEINI DE ARAÚJO 2011). Das Andere ist dabei Existenzbedingung für das Eigene, da es erst im Negativ des Anderen/des Fremden erschaffen wird (SAID 1978), wobei die Konstruktion eines solchen Antagonismus immer nur aus der eigenen Perspektive geschehen kann (HUSSEINI DE ARAÚJO 2011). Zudem muss der privilegierte Signifikant zusätzlich ‚leer‘ sein, d.h. einen so großen Bedeutungsspielraum haben, dass teilweise sehr differentielle Positionen darunter zusammengefasst werden können (ebd.; REUBER 2012). Beispiele für leere Signifikanten sind z.B. die angesprochenen Begriffe ‚Westen‘ und ‚Orient‘, aber auch eine Reihe von ‚-ismen‘ wie Kapitalismus, Kolonialismus und Neoliberalismus. Welche Signifikanten als leer bezeichnet werden können, ist letztlich eine Frage hegemonialer Auseinandersetzungen.

Identität kann also lediglich gegen ein Anderes/Fremdes gebildet werden, das schlussendlich besiegt/überwunden werden soll. Ist dieser Punkt jedoch erreicht, zerfällt die Identität und es muss ein neues Anderes gefunden werden (HUSSEINI DE ARAÚJO 2011). Die Diskursanalyse rückt somit Brüche und Widersprüche in Subjektidentitäten stärker in den Fokus (REUBER 2012). Die Veröffentlichung von Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“ (SARRAZIN 2010) ist aus dieser Perspektive nicht das unabhängige Werk eines Subjekts, sondern baut auf bereits im gesellschaftlichen Diskurs vorhandenen raumbezogenen Konstruktionen auf. Raumbezogene Wir/Sie-Unterscheidungen sind somit in der Praxis nur möglich, wenn diese Argumentationen von ganz unterschiedlichen Sprecherpositionen wiederholt und als ‚quasi-natürlich‘ oder ‚wahr‘ behandelt werden. Alltäglicher Nationalismus und Rassismus ist damit keine harmlose Kleinigkeit, sondern „eine Bestätigung [...] der entsprechenden diskursiven Ordnung“ (REUBER 2012: 204).

2.2.3 Diskurstheoretische Analyse rechter Raumproduktionen

Basierend auf den Überlegungen der vorherigen Kapitel lassen sich GLASZE U. MATTISSEK (2021) folgend vier für diese Arbeit wichtige Grundannahmen der Diskurstheorie zusammenfassen:

1. Sprache als „zentrales Medium gesellschaftlicher Bedeutungskonstitution“ (ebd.: 28), damit wird gleichzeitig die Existenz einer objektiven Wirklichkeit jenseits von Sprache kritisiert
2. Sprache ist offen und unabschließbar, Begriffe sind überdeterminiert oder leer und lassen verschiedene, historisch wandelbare, Interpretationen zu
3. Kritik am autonomen und rationalen Subjekt
4. Kritik an „Universalismus, Objektivitätsglauben und Essenzialismen“ (ebd.: 29), die Strukturierung der gesellschaftlichen Wirklichkeit ist immer mit Ein- und Ausschlüssen verbunden

Insgesamt geht es der Diskurstheorie sowie der Diskursanalyse darum, marginalisierte und ausgeschlossene Betrachtungsweisen sichtbar zu machen sowie ihren Konstruktionscharakter offenzulegen und zu zeigen, dass andere Wahrheiten denkbar und möglich sind (ebd.). Mit Bezug zu rechten Parteien ist eine diskurstheoretisch ausgerichtete Analyse von Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen in Reden und Interviews von Parteimitgliedern dahingehend spannend, da sie als Politiker:innen eine besonders einflussreiche Sprecher:innenposition innehaben und über ihre Sprache spezifische Wahrheiten aufgreifen und (re)produzieren. Rechte Parteien greifen diskursiv in der Gesellschaft vorhandene soziale wie räumliche Differenzierungen auf und geben sie pointiert wieder. Dabei werden Eigenes und Fremdes konstruiert bzw. vorhandene Konstruktionen verstärkt, welche stets mit (diskursiven) Ein- und Ausgrenzungsprozessen einhergehen. Rechte Raumkonstruktionen sowie Brüche und Widersprüche in ihren Aussagen lassen sich mit den hier vorgestellten diskurstheoretischen Grundlagen offenlegen und dekonstruieren. Der Erfolg rechter Parteien in vielen Ländern Europas in den letzten Jahren zeigt, dass sie es auf eine bestimmte Art und Weise geschafft haben, diffus in der Gesellschaft vorhandene Meinungen und Gefühle von Fremdenfeindlichkeit und Abstiegsängsten zu kanalisieren und in Wahlerfolge umzumünzen. Diskurstheoretische Arbeiten wie diese können (und wollen) keine absoluten Wahrheiten liefern, es wird vielmehr dargestellt, dass die soziale Wirklichkeit veränderbar ist, scheinbar ‚normale‘ Strukturen werden aufgedeckt und Alternativen aufgezeigt (ebd.). So haben diskurstheoretische Arbeiten maßgeblich dazu beigetragen, soziale Kategorien wie ‚Nationalität‘ und ‚Geschlecht‘ als Konstrukte und nicht objektiv gegeben zu verstehen

(ANDERSON 1996; BUTLER 2004). Die Diskursforschung kann für die Verbindung von Wissen und Macht sensibilisieren und eröffnet neue Möglichkeiten und Perspektiven – Foucault spricht davon, die Menschen „freier“ zu machen (GLASZE U. MATTISSEK 2021: 46). Darüberhinausgehend postuliert sie nicht nur, dass es verschiedene Wahrheiten gibt, sondern arbeitet heraus, wie diese etabliert werden, macht sie damit unterscheidbar und bietet eine Grundlage für fundierte Kritik (ebd.). Wenn in dieser Arbeit also rechte Raumkonstruktionen analysiert und dekonstruiert werden, so geschieht dies nicht ‚einfach so‘, sondern basierend auf den spezifischen hier und im nächsten Kapitel vorgestellten theoretischen Grundlagen sowie einem Set konzeptionell rückgebundener diskursanalytischer Methoden (Kap. 4). Dabei wird die Situiertheit des Forschenden niemals aus dem Blick gelassen und kritisch reflektiert (Kap. 4.3).

2.3 Zur Bedeutung von Emotionen und Affekten

In den beiden vorangegangenen Kapiteln wurde diese Arbeit in der Politischen Geographie verortet sowie die konzeptionellen und theoretischen Grundlagen der Diskurstheorie erläutert und diskutiert, um Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen aus dem zu untersuchenden Textmaterial herausarbeiten und kritisch analysieren zu können. Rechte Parteien verwenden eine stark emotionalisierende Sprache und auch insgesamt wird eine „Emotionalisierung des Politischen“ (HELFRITZSCH U. MÜLLER HIPPER 2021a) postuliert. Gefühle der Angst, des Hasses, der Wut werden adressiert und haben wiederum ganz materielle Auswirkungen (AHMED 2014; HUTTA ET AL. 2020; HUTTA 2015; MARQUARDT 2015; MILITZ U. SCHURR 2016; PAIN 2009; SAUER 2020; SCHURR U. STRÜVER 2016; SMITH 2012; WIERTZ U. SCHOPPER 2019). Das destruktive Moment der Sprache der extremen Rechten zeigt sich u.a. daran, dass als ‚fremd‘ gelesene Menschen Gewalt erfahren und Häuser brennen.⁹ Rechte Parteien geben diskursiv vorhandene Konstruktionen des Eigenen und des Fremden pointiert wieder und tragen damit zu diesen kraftvollen und rassistischen Aktionen bei. Das gilt für Äußerungen und Aussagen im digitalen Raum (WIERTZ U. SCHOPPER 2021) und wird in dieser Arbeit auch für Reden und Interviews rechter Parteien nachgezeichnet. Deshalb werden die politisch-geographischen und diskurstheoretischen Vorüberlegungen um emotions- und affekttheoretische Ansätze ergänzt und erweitert. Dabei stehen in den nachfolgenden Ausführungen zunächst die konzeptionellen Grundlagen sowie die Rolle und Bedeutung von Emotionen und Affekten in den Sozialwissenschaften im Allgemeinen sowie

⁹ Sichtbar z.B. an der Vielzahl von Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte (REINFRANK U. BRAUSAM 2016), die Hetzjagd auf migrantisch gelesene Menschen in Chemnitz 2018 (SCHUHMANN 2018) oder die lange unentdeckten Taten des NSU (SCHMINCKE U. SIRI 2013).

der Geographie im Speziellen im Fokus (Kap. 2.3.1). Feministische Sozialwissenschaftler:innen weisen schon sehr lange darauf hin, dass Sprache, aber auch Emotionen und Affekte das menschliche Handeln bestimmen und damit einen Einfluss auf Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen haben (CVETKOVICH 2012; HOCHSCHILD 2012; HUTTA ET AL. 2020; LORDE 2000; TOLIA-KELLY 2006; WETHERELL 2012). In der Geographie werden diese Debatten jedoch erst zaghaft geführt (vgl. u.a. MARQUARDT 2015; MILITZ 2017; MILITZ U. SCHURR 2016; SCHOPPER 2021; SCHURR U. STRÜVER 2016), weshalb es im ersten Teilkapitel zunächst um eine Spurensuche innerhalb dieser früheren Arbeiten und ihre Nutzbarmachung für die Dekonstruktion rechter Diskurse geht. Im Anschluss daran werden diskurstheoretische und emotions- und affekttheoretische Ansätze zusammengebunden und das theoretische Fundament dieser Arbeit finalisiert (Kap. 2.3.2), um abschließend einen Ausblick auf die Rolle von Emotionen und Affekten bei der Analyse rechter Raumproduktionen zu werfen (Kap. 2.3.3).

2.3.1 Emotionen und Affekte in der Geographie

In den Sozialwissenschaften begann die Beschäftigung mit Emotionen und Affekten mit dem Aufbrechen der Dichotomien öffentlich/privat und rational/emotional in den 1960er und -70er Jahren. Hier leisteten soziale Bewegungen und feministische Forschung wichtige Beiträge. Vor allem letztere beschäftigte sich zu diesem Zeitpunkt bereits seit längerem mit „Fragen rund um Geschlecht und Sexualität“ (HUTTA ET AL. 2020: 216). Die gesellschaftlich produzierten hegemonialen Annahmen der ‚emotionalen Frau‘ und des ‚rationalen Mannes‘ sowie die Unterscheidung in ‚richtige‘ und ‚falsche‘ Gefühle wurden in dieser Zeit durch feministische Ansätze und eine vermehrte Zuwendung zu Emotionen und Affekten auch innerhalb der Forschungslandschaft zunehmend aufgebrochen und vermehrt in Frage gestellt. Dabei richteten (feministische) Geograph:innen den Blick verstärkt auf die „Vergeschlechtlichung sozialer Praktiken und Räume und [erweiterten] die Forschung so um die Analyse der gesellschaftlichen Situierung von Gefühlen (ebd.: 219). Feministische Forschung bezieht sich dabei immer wieder auf die von HOCHSCHILD (2012) herausgearbeiteten *feeling rules*. Als eine der ersten konnte sie am Beispiel von Flugbegleiterinnen den konstruktivistischen Charakter von Emotionen und Affekten nachweisen und zeigen, welche Bedeutung das Management von Gefühlen im Dienstleistungssektor hat (siehe hierzu auch DOWLING 2012). Diese wertvollen Ansätze und konzeptionellen Erweiterungen poststrukturalistischer Debatten durch die feministische Geographie können somit auch für die Analyse rechter Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen nutzbar gemacht werden (HUTTA ET AL. 2020).

In der Literatur wird an vielen Stellen zwischen emotionsorientierten und affektiven Ansätzen bzw. emotionalen und affektiven Geographien (ebd.; SCHURR U. STRÜVER 2016) unterschieden, welche in der Praxis jedoch eng miteinander verwoben sind. Emotionale Geographien rücken die subjektive Wahrnehmung von Emotionen sowie das Reden darüber in den Vordergrund (HUTTA ET AL. 2020) und verknüpfen diese subjektiven Erfahrungen dezidierter mit übergeordneten Machtstrukturen, um damit „emotional[e] Erfahrungen von Raum“ (SCHURR U. STRÜVER 2016: 89) zu politisieren. Dies hat auch Implikationen für den Forschungsprozess selbst: Emotionale Geographien untersuchen im Forschungsprozess artikulierte menschliche Erfahrungen und gehen dabei davon aus, dass diese artikulierte Emotionen bewusst geäußert wurden (ebd.). Diese Annahme wird von den affektiven Ansätzen kritisiert bzw. gehen diese noch einen Schritt weiter und lenken den Blick stärker auf den Körper als Mittler und Empfänger, verkörpertes Wissen und die Untrennbarkeit der beiden Aspekte (HUTTA ET AL. 2020). Sie postulieren, dass Emotionen bewusst wahrgenommene Gefühle sind, während Prozesse des Affizierens und Affiziertwerdens im Unbewussten ablaufen, Affekte also körperliche Reaktionen sind, die der Wahrnehmung vorausgehen und jenseits des Bewusstseins liegen (MASSUMI 2002; SCHURR U. STRÜVER 2016). Etwas zugespitzt formuliert können Emotionen als spezifisches Gefühl eines Subjektes verstanden werden (z.B. Wut, Hass, Liebe), während Affekte verbindende Elemente zwischen Körpern und Objekten darstellen. Hier ist die Debatte aber keineswegs einheitlich: Einige Ansätze postulieren eine klare Trennung von Emotionen und Affekten (MASSUMI 2002; PILE 2010; THRIFT 1996), während andere eine natürliche Trennung mit Blick auf die enge Verzahnung von Intuitivem und sprachlich Ausdrückbarem klar verneinen (AHMED 2014; ANDERSON U. SMITH 2001; MILITZ 2017; SCHMITZ U. AHMED 2014). In dieser Arbeit werden emotions- und affekttheoretische Ansätze mit Bezug auf die u.a. von AHMED (2014) und MILITZ (2017) vorgebrachten Argumente miteinander verbunden, um sowohl nach

„dem subjektiven Erleben, der sprachlichen Narration und der normativen Einfassung von Gefühlen [als auch nach] körperlichen Prozessen des Affizierens und Affiziertwerdens [fragen zu können und] wie diese Prozesse soziale und räumliche Arrangements hervorbringen“ (HUTTA ET AL. 2020: 231).

Aus einer solchen Perspektive lassen sich generelle Fragen danach beantworten, was Gefühle überhaupt sind, aber auch spezifischere, wie die für diese Arbeit relevante Frage nach der gesellschaftlichen Hervorbringung und Mobilisierung von Emotionen und Affekten und ihrer Rolle bei der Konstruktion von Eigenem und Fremdem (MILITZ 2017). Auch Fragen danach, wer Emotionen zeigen und z.B. in der Öffentlichkeit wütend sein darf und wer nicht, können thematisiert werden (HUTTA ET AL. 2020). Zeigen schwarze Menschen ihre Wut öffentlich, z.B. im Rahmen einer *Black Lives Matter*-Demonstration oder Frauen beim

Protest gegen die patriarchalen Zustände in der katholischen Kirche, gelten sie als irrational und das eigentliche Anliegen rückt in den Hintergrund. Laufen jedoch wütende weiße Männer durch deutsche Städte und warnen vor der ‚Islamisierung des Abendlandes‘, wird dies in weiten Teilen der Gesellschaft als ein legitimer Ausdruck ihrer Gefühle verhandelt, der ernst genommen werden müsse und als solcher auch Beachtung in der diskursiven Aufarbeitung, etwa im Rahmen der Medienberichterstattung, findet.

Zentral für diese Arbeit ist also die Frage danach, wie durch Emotionen und Affekte verschiedene Subjekte/Körper zusammengebracht und getrennt und damit das Eigene und das Fremde konstruiert werden. Affekte haben dabei keinen Ursprung, sondern bewegen sich durch und zwischen Körpern, sie definieren körperliche Begegnungen erst (MILITZ 2017). Diese Begegnungen machen die einzelnen Körper bedeutsam, wobei unterschiedliche Körper unterschiedliche Kapazitäten haben zu affizieren und affiziert zu werden (TOLIA-KELLY 2006). Diese Kapazitäten beruhen u.a. auf Kategorien wie Geschichte, Geschlecht, Alter und ethnischer Zugehörigkeit. Affekte sind demnach schwer vorhersagbar und können Körper ganz unterschiedlich betreffen (MILITZ 2017). Gerade die Tatsache, dass jeder Körper/jedes Subjekt eine Geschichte hat, verleiht Emotionen und Affekten Macht in politischen Auseinandersetzungen, da diese Hintergründe durch den Einsatz der passenden sprachlichen Mittel adressiert werden können. Emotionen und Affekte sind einem Körper nicht inhärent, sondern sie befinden sich im Fluss zwischen Körpern und sind so in der Lage kollektive Identitäten zu konstruieren (AHMED 2004). So zeigt MILITZ (2017) anschaulich wie die Zirkulation nationaler Affekte zwischen Körpern Gefühle der nationalen Zugehörigkeit erzeugt und einige Körper miteinander verbindet und andere ausschließt.

Für die Entstehung einer solchen kollektiven Identität bzw. der Aufnahme von Körpern in eine Gruppe, sind zwei Dinge notwendig:

1. Mit dem Konzept des *becoming* beschreibt Militz wie Körper mit unterschiedlichen affektiven Kapazitäten zu einer solchen Gruppe werden und gemeinsame Gefühle entwickeln können. Bei der Begegnung verschiedener Körper, werden diese zu etwas (*becoming*) (GROSZ 1995), nehmen eine bestimmte Subjektposition ein (vgl. Kap. 2.2) und verbinden sich darüber mit den anderen Körpern (MILITZ 2017).
2. Für eine erfolgreiche Verbindung und die Aufnahme eines Körpers in eine Gruppe ist jedoch Differenz nötig (AHMED 2004). Diese trägt zum *becoming* bei und ermöglicht es teilweise sehr heterogenen Gruppen das Gemeinsame zu finden und gemeinsame Gefühle zu entwickeln. Ein ä-

Beres Feindbild überdeckt innere Differenzen und Unterschiede. Exemplarisch sichtbar wird dies bei rechten Parteien, wenn z.B. das Thema Rente die AfD intern trennt, der Hass auf und die Wut über Migrant:innen diese Gruppe aber doch immer wieder zusammenbringt.

AHMED (2014) fügt der durch *othering* hervorgerufenen Wut auf Migrant:innen noch eine zweite emotionale Ebene hinzu, und zwar die Liebe gegenüber der eigenen Nation. Damit einher geht der Anspruch auf die Vorteile des Nationalstaats und die Angst, dass die als ‚die Anderen‘ konstruierte Gruppe der ebenfalls konstruierten Wir-Gemeinschaft etwas davon wegnehmen. In ihrem Beispiel ist diese Argumentation auf einem Poster der British National Front (BNF) zu lesen, welches bei den Leser:innen diese Emotionen und eine Identifikation mit dem ‚Wir‘ hervorrufen soll. Ähnlich funktionieren politische Reden und Interviews rechter Akteur:innen, weshalb es lohnend erscheint, die in den vorherigen Kapiteln vorgestellten diskurstheoretischen Überlegungen, um Ansätze aus der Emotions- und Affektforschung zu erweitern. Als ein Beispiel soll an dieser Stelle ein Ausschnitt aus einer Rede von Höcke dienen:

„Dieser Hass ist in meinen Augen nur bei wenigen heilbar. Bei vielen ist er nicht heilbar. Und mit diesen Linken, die mir diesen Hass entgegenbringen, möchte ich nicht reden und da ist es nicht sinnvoll, das ist eh Zeitverschwendung, mit diesen Menschen zu reden.“ (Höcke, 14.10.2017)

Hass ist in der Lage, soziale Gruppen zu verbinden und Ein- und Ausgrenzungsprozesse hervorzubringen sowie die Trennung in Eigenes und Fremdes zu verstärken. Im obigen Zitat von Höcke auf der Frankfurter Buchmesse 2017 konstruiert er eine homogene Gruppe der „Linken“ (ebd.), die ihm als Kollektiv Hass entgegenbringe und im Gegenzug von Sympathisant:innen der AfD gehasst bzw. ignoriert werden solle. Es entstehen klare Gruppen des Eigenen und des Fremden, welche durch Hass und Wut voneinander abgegrenzt werden. Gleichzeitig wird so eine besonders starke Verbindung nach innen geschaffen. Die konstruierten Grenzen verhärten sich und ein Aufbrechen dieser wird umso schwerer.

Solchen und weiteren Beispielen widmet sich diese Arbeit in der konkreten Analyse von Aussagen in Reden und Interviews rechter Parteien (Kap. 5). An dieser Stelle wird jedoch zunächst das zunehmende Interesse an Emotionen und Affekten in der Geographie aufgearbeitet und eingeordnet (HUTTA ET AL. 2020; HUTTA 2015; MARQUARDT 2015; MILITZ U. SCHURR 2016; PAIN 2009; PILE 2010; SCHURR U. STRÜVER 2016; SMITH 2012; WIERTZ U. SCHOPPER 2019). Die Forschungslandschaft ist breit gefächert und an verschiedenen Stellen und auf verschiedenen Ebenen wird auf Emotionen und Affekte Bezug genommen, theoretische und methodische Aspekte werden in die eigene Forschung übernommen. Ähnlich wie bei der Politischen Geographie (vgl. Kap. 2.1) kamen und

kommen wichtige Impulse zur konzeptionellen Einbettung von Emotionen und Affekten in die Geographie aus dem anglophonen Raum. Emotions- und affekttheoretische Überlegungen werden in verschiedene Debatten eingewoben und mit anderen Themen verknüpft. So arbeitet Faria heraus, dass feministische Forschung zu Emotionen es ermöglicht, Nationalismus neu zu denken, als verkörpert, affektiv und alltäglich. Dies untersucht sie am Beispiel von Schönheitssalons im Südsudan, in denen das *nation-making* durch transnationale Subjekte und Objekte besonders deutlich wird. Aus der Kombination dieser verschiedenen Einflüsse kann etwas Neues entstehen, eine Mischung aus traditionellem, lokalem und globalem (FARIA 2014). Pain bezieht sich ebenfalls auf feministische Ansätze und bringt in ihrem Konzept *globalized fear* politische Prozesse und alltägliche emotionale Topographien zusammen. Für die Analyse von Angst müsse man sich auf das alltägliche Leben der Menschen fokussieren. Globale Phänomene wie Terroranschläge haben laut Pain ganz konkrete Auswirkungen auf den Alltag der Menschen. Die entstehende Angst hat dabei immer auch eine soziale Komponente und wirkt sich auf räumliche Beziehungen aus (PAIN 2009). Es lässt sich zudem eine stärkere Hinwendung zu *emotional geopolitics* oder *intimate geopolitics* in der Geographie erkennen, bei der klassische geopolitische Fragestellungen mit Aspekten der Emotions- und Affektforschung, die manchmal etwas abstrakte Geopolitik mit alltäglichen Praktiken, zusammengebunden werden (FLURI 2017; HYNDMAN 2019; PAIN 2009; SMITH 2012). So finden Emotionen und Affekte verstärkt Einzug in die Politische Geographie, aber auch in stadtgeographischen Arbeiten werden die konzeptionellen Überlegungen aufgegriffen. Laketa verknüpft diese Forschungsbereiche, indem sie sich die affektiven Intensitäten geopolitischer Grenzziehungen auf der Ebene der Stadt anschaut. Am Beispiel der post-konfliktären Stadt Mostar in Bosnien und Herzegowina untersucht sie den Einfluss dieser Intensitäten auf soziale und räumliche Beziehungen und entwickelt dabei das Konzept der *sticky spaces* (LAKETA 2018; LAKETA 2016), angelehnt an Ahmeds Konzept der *stickyness* von Emotionen (AHMED 2014; AHMED 2004). An Ansätze der *urban geopolitics* und *affective atmospheres* anknüpfend untersucht Fregonese wiederum die Gefühlsintensitäten urbaner Konflikte und nimmt dabei verschiedene Phasen von der Eskalation bis zur Deeskalation in den Blick. Diese Atmosphären, so postuliert sie, haben einen entscheidenden Einfluss auf praktische und emotionale Reaktionen auf Gewalt (FREGONESE 2017).

Die Forschung zu Emotionen und Affekten ist somit durchaus breit gefächert und disziplinübergreifend. Auch in der deutschsprachigen Humangeographie werden emotions- und affekttheoretische Konzepte und Überlegungen vermehrt aufgegriffen. Dabei beschränkt sich diese Arbeit auf den Bezug zu Arbeiten im

weiteren Feld der Politischen Geographie.¹⁰ So verknüpft Marquardt in ihrer Arbeit Foucaults Überlegungen zu Gouvernementalität mit Emotionen und Affekten und spürt der Frage nach, ob Emotionen reguliert werden können und ob dies ein erstrebenswertes Ziel sei. Dafür untersucht sie Räume des betreuten Wohnens und argumentiert, dass die Verbindung von Gouvernementalität und Emotionen und Affekten blinde Flecken in der Forschung sichtbar machen kann (MARQUARDT 2015). Hutta arbeitet mit Geographien der Geborgenheit und bezieht sich dabei auf Gefühle der Sicherheit und der Angst vor Kriminalität in bestimmten Räumen (HUTTA 2009). Zudem argumentiert er, dass Sprache selbst affektiv sei und damit eine wichtige Rolle bei der Hervorbringung von affektiven Intensitäten spielt (HUTTA 2015). Diese wenigen Beispiele zeigen bereits, dass es einige Arbeiten an der Schnittstelle von Emotionen, Affekten und Diskursen gibt. Das folgende Kapitel widmet sich diesem Aspekt deshalb ausführlicher bevor im Anschluss daran die Rolle von Emotionen und Affekten bei der Analyse rechter Raumproduktionen diskutiert wird (Kap. 2.3.3).

2.3.2 Emotionen, Affekte und der Diskurs

Nach der Beleuchtung der generellen konzeptionellen Grundannahmen der Emotions- und Affektforschung sowie der Skizzierung des aktuellen Forschungsstandes, geht es in diesem Kapitel konkret um die Verknüpfung von emotions- und affekttheoretischen mit diskurstheoretischen Ansätzen. Dabei werden Bezüge zu den in Kapitel 2 diskutierten Überlegungen hergestellt, um die methodische Anwendbarkeit einer diskurstheoretisch ausgerichteten Kritischen Geopolitik – ergänzt um Emotions- und Affektaspekte – prüfend in den Blick zu nehmen.

Mit MILITZ (2017) wurde im vorangegangenen Kapitel gezeigt, wie Emotionen und Affekte ‚funktionieren‘, wie durch die Begegnung von Körpern und Objekten gemeinschaftliche Gefühle entstehen und letztere erst durch diese Begegnungen/Beziehungen zu anderen Körpern und Objekten existent werden.¹¹ Es handelt sich dabei zwar um eine körperliche Erfahrung, Emotionen und Affekte sind dem Körper allerdings nicht inhärent, sie befinden sich im Fluss, wodurch kollektive Identitäten überhaupt erst entstehen können (AHMED 2004; MILITZ 2017). Da verschiedene Körper verschiedene affektive Kapazitäten haben, können einzelne Körper bzw. Subjekte ganz unterschiedlich von diesen Prozessen betroffen sein. Emotionen und Affekte werden damit zu einem „powerful tool for the manipulation of political agendas because it relies on the unpredictable,

¹⁰ Für eine ausführlichere Darstellung der Debatten zu Emotionen und Affekten in der Geographie vgl. HUTTA ET AL. 2020; HUTTA 2015; MILITZ 2017; MARQUARDT 2015; GAMMERL ET AL. 2017; HUTTA 2020.

¹¹ Ähnlich wie bei Saussures Zeichentheorie, in der Signifikanten erst durch ihre Beziehung zu anderen Signifikanten eine Bedeutung erhalten (vgl. Kap. 2.2.1).

yet ordinary contact between historicised bodies and objects” (MILITZ 2017: 23). Emotionen und Affekte werden jedoch nicht nur durch körperliche Begegnungen hervorgerufen. Die Sprache ist ein ebenso machtvoll Instrument für die Konstituierung von Gruppen sowie gesellschaftlichen Ein- und Ausschließungsprozessen. Eine klare Trennung von diskursiven Praktiken und Prozessen der Verkörperung kann also bereits an dieser Stelle hinterfragt werden (WETHERELL 2012).

AHMED (2014) beschreibt in diesem Zusammenhang das Konzept der *affective economies* und betont dabei nochmals, dass Emotionen und Affekte nicht in einem Körper, Zeichen oder Symbol sind, sondern zwischen diesen zirkulieren. Diese Zirkulation, z.B. von Hass, schafft eine Oberfläche, auf deren Grundlage kollektive Identitäten entstehen können. So wäre es möglich, dass bereits die Nutzung gleicher Wörter in einem gewissen Kontext eine Verbindung zwischen Körpern/Subjekten herstellen kann. In ihrem Beispiel werden Asylbewerber:innen zum personifizierten Bösen, das überall sein könnte. „Such figures of hate circulate, and indeed accumulate their affective value, precisely insofar as they do not have a fixed referent“ (ebd.: 47). Jeder Mensch könnte der/die ‚gefährliche Asylbewerber:in‘ sein. So entsteht eine diffuse, allgegenwärtige Bedrohungslage.

„The impossibility of reducing hate to a particular body allows hate to circulate in an economic sense, working to differentiate some others from other others, a differentiation that is never ‘over’, as it awaits others who have not yet arrived” (ebd.: 47).

Bei solchen Prozessen spielen politische Reden und Interviews eine entscheidende Rolle. Wahrheiten werden verdreht, Sätze aus dem Kontext gerissen oder Themen diskursiv miteinander verknüpft (z.B. Asyl und Einbrüche). Ahmed zeigt anschaulich, wie durch Täter-Opfer-Umkehr in britischen Medien sowie Aussagen rechter Akteur:innen aus einem Mörder ein sich selbst verteidigender Patriot und der erschossene Einbrecher zum Täter deklariert wurde. Gleichzeitig führte die Tatsache, dass der Getötete Asylsuchender war dazu, dass ein Generalverdacht gegen alle Asylsuchenden erhoben wurde: „The figure of the asylum seeker is aligned with the figure of the burglar“ (ebd.: 48). Solche Argumentationen verfangen und Emotionen und Affekte zirkulieren zwischen den Subjekten. Diese Zirkulation geschieht zumeist implizit (ebd.), sodass sie mit diskurstheoretischen Methoden aus dem entsprechenden Textmaterial herausgearbeitet werden kann.

Die methodische Umsetzung wird in Kapitel 4 näher erläutert, einige grundlegende Überlegungen werden aber an dieser Stelle schon angestellt. Dass politische Reden und Interviews bzw. Medientexte implizit und explizit Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen sowie Eigenes und Fremdes hervorbringen, wurde bereits oben sowie in früheren Arbeiten thematisiert (GEDEN 2006; HÖVEL 2018; HUSSEINI DE ARAÚJO 2011). Bei solchen Diskursanalysen spielten

Emotionen und Affekte bisher allerdings eine untergeordnete Rolle. Mit dem skizzierten Verständnis von Emotionen und Affekten erscheint eine Verbindung dieser Ansätze jedoch fruchtbar. Bisher ließen sich vor allem zwei Herangehensweisen an Emotionen und Diskurse feststellen:

1. Erstere sehen Diskurse als *interaction order* mit einem Fokus auf das Sprechen selbst und wie Emotionen durch Sprache, Gesten oder die Körperhaltung ausgedrückt werden, oder als *language in use*, wo gefragt wird, wie über Emotionen gesprochen wird und was das für den Diskurs und die Gesellschaft bedeutet (BERG ET AL. 2019).
2. Zweitere fragen aus einer poststrukturalistischen, Foucault'schen Perspektive danach, wie Emotionen mit sozialen Problemen und Machtverhältnissen verbunden sind und inwiefern emotionale Diskurse zur Konstruktion von Subjektpositionen beitragen (ebd.). Dabei wird jedoch von Emotionen und Affekten als subjektiven, individuellen Phänomenen ausgegangen.

Mit dem oben skizzierten Verständnis von Emotionen und Affekten sowie der Ablehnung der strikten Trennung der beiden Konzepte scheint eine Verquickung von Emotionen und Affekten mit Diskursen jedoch möglich. So argumentiert u.a. BUTLER (2015), dass Emotionen und Affekte Diskursen nicht oppositionell gegenüberstehen, sondern eine wichtige Voraussetzung für das diskursive Subjekt sind (BERG ET AL. 2019). Damit wird versucht, das Dilemma zu umgehen, dass Affizieren und Emotionalisieren bereits vor dem Sprechen geschieht, demnach vor-diskursiv ist (ebd.; BUTLER 2015; WETHERELL 2013). Da Affizieren und Emotionalisieren nicht mit dem Beginn des Sprechens enden, sondern stetig fortlaufende Prozesse sind und Emotionen und Affekte und die menschliche Wahrnehmung nie vollständig trennbar sind, ist diese „belatedness“ (BUTLER 2015: 2) akzeptabel (BERG ET AL. 2019). Emotionen und Affekte können somit aus einem Textkorpus herausgearbeitet werden: „Affect might therefore be accessible through a textual dynamic referring to bodily aspects of language and discourse“ (ebd.: 50). Ausgehend von einem Verständnis von Emotionen und Affekten als relational, d.h. sich zwischen Körpern und Objekten und im Fluss befindend, kann eine weitere Verbindung zur Diskurstheorie gezogen werden. Diskurse sind laut FOUCAULT (2015) ebenfalls relational, sie werden als System von Beziehungen zwischen sprachlichen Äußerungen verstanden. Eine Diskursanalyse, die Emotionen und Affekte mit einbeziehen möchte, legt einen verstärkten Fokus auf die relationalen Beziehungen zwischen den verschiedenen Körpern. Die Diskursanalyse alleine kann auf Signalwörter wie Wut, Hass und Angst achten, die Erweiterung um emotions- und affekttheoretische Ansätze ermöglicht darüber hinaus den Blick auf relationale Dynamiken und körperliche Aspekte dieser Phänomene (BERG ET AL. 2019).

Es geht in dieser Arbeit also darum, Sprache neben der bereits vorgestellten Analyse von Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen auf emotionale und affektive Mechanismen zu untersuchen. Welche Gefühle werden durch eine bestimmte Sprache hervorgerufen? Welche Signalwörter werden benutzt und wie läuft dieser Prozess auf der sprachlichen sowie der emotional-affektiven Ebene ab? Wie werden mithilfe von Emotionen und Affekten Gruppen des Eigenen und des Fremden konstruiert und voneinander abgegrenzt? Affektiv-diskursive Praktiken, wie WETHERELL ET AL. (2015) sie nennen, verstärken und bestätigen Grenzziehungen zwischen Personengruppen in einem spezifischen Raum und konstruieren „proximity and distance, affiliation and detachment, and inclusion and exclusion“ (ebd.: 58). Dabei ist die Verknüpfung von bestimmten Begriffen und Emotionen und Affekten analog zu Saussures Annahme der Arbitrarität der Verknüpfung von Signifikant und Signifikat willkürlich. So hat sich die Bedeutung des Begriffs ‚9/11‘ nach den Terroranschlägen von New York 2001 nicht nur inhaltlich gewandelt (REUBER 2012), sondern es werden seitdem auch bestimmte Emotionen und Gefühle mit ihm verknüpft: Hass auf die Attentäter, welcher wiederum zu einem verstärkten Hass auf Muslim:innen in Teilen der Gesellschaft führte; Angst vor einem neuerlichen Angriff und die damit einhergehende Legitimierung der Bewaffnung der Bevölkerung in den USA sowie von Kriegseinsätzen in Afghanistan und im Irak; Liebe für das eigene Land, das einzigartig sei und geschützt werden müsse.

Mit *reading for affect* haben BERG ET AL. (2019) ein Konzept entwickelt, dass die Konstruktion von emotionalen und affektiven Beziehungen zwischen verschiedenen Körpern durch Sprache offenlegen möchte und auf das sich die empirische Analyse in dieser Arbeit in Teilen stützt (vgl. Kap. 4). Die Autor:innen gehen dabei u.a. darauf ein, wem in sprachlichen Äußerungen Emotionen zugeschrieben werden und wie dadurch Körper/Subjekte entstehen. Sie postulieren, dass eine durch Gefühle verbundene Gruppe eine besonders starke Verbindung hat. Dabei werden dem ‚Wir‘ bestimmte Emotionen zugeschrieben, wodurch die angesprochenen Ein- und Ausgrenzungsprozesse entstehen und Körper angezogen oder abgestoßen werden. So entstehen affektive Dynamiken und Konstellationen, an die sich ein Körper anheften kann, wenn er die gleichen Dinge „fühlt“ (ebd.).¹² Der Diskurs bietet demnach verschiedene emotional-affektive Subjektpositionen. Somit kann das in Kapitel 2.2 entwickelte Subjektkonzept nach FOUCAULT (2015) und LACLAU U. MOUFFE (2000) um eine emotional-affektive Ebene erweitert werden. In eine ähnliche Richtung argumentiert MILITZ (2017), wenn sie von *becoming* spricht. Sie versteht Subjektpositionen als verschiedene Modi des Seins, die jedem Subjekt immanent sind (ebd.). So lässt sich die

¹² AHMED (2014) spricht in diesem Zusammenhang von *stickyness*.

Analyse von verschiedenen Sprecher:innenpositionen eines Subjektes im Diskurs mit dieser Perspektive auf einer weiteren Ebene, der emotional-affektiven, untersuchen, um zum einen Brüche und Widersprüche innerhalb der Subjekte zu analysieren und zum anderen zu verstehen, wie Körper mit unterschiedlichen emotionalen und affektiven Kapazitäten zu einer Gruppe mit gemeinsamen Gefühlen werden und dabei gleichzeitig andere Subjekte ausschließen können. Zuletzt spricht für eine emotions-, affekt- und diskurstheoretisch informierte Analyse von Reden und Interviews rechter Akteur:innen und gegen den reinen Fokus auf Praktiken und Körper, dass Emotionen und Affekte „durch Deutungsrahmen strukturiert sind“ (SCHURR U. STRÜVER 2016: 93) und diskursiv vermittelt werden. Das Diskursive und das Emotionale/Affektive können also nicht losgelöst voneinander betrachtet werden. Emotionen/Affekte und das Diskursive werden erst zusammen wirkmächtig wie AHMED (2004) an „der Zirkulation von kollektiven Gefühlen in weite Teile einer Gesellschaft“ (SCHURR U. STRÜVER 2016: 93) gezeigt hat.

2.3.3 Emotionen und Affekte bei der Analyse rechter Raumproduktionen

Diese Arbeit plädiert für ein Zusammendenken von Foucault, Laclau und Mouffe und den an sie angelehnten diskurstheoretischen Ansätzen mit der Emotions- und Affektforschung wie sie vor allem von AHMED (2014) betrieben wird. Dass die Verknüpfung von Foucaults Gedanken mit der Emotions- und Affektforschung fruchtbar sein könnte, postulieren auch Creutziger und Reuber im Fazit ihrer Untersuchung der „Diskurse von Geopolitik und ‚Neuem Kalten Krieg‘“ (CREUTZIGER U. REUBER 2021: 1). Sie arbeiten große Narrative und ihre Kontinuitäten und Brüche in Bezug auf Russland und „den Osten“ (ebd.: 1) mit lexikometrischen Methoden auf und beziehen sich dabei auf Foucaults Archive der Geopolitik (vgl. Kap. 2.1.3). Sie stellen fest, dass die Macht von Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen stets mit „emotionalen Belegungen und Aufladungen“ (ebd.: 14) verbunden ist, Emotionen und Affekte in der aktuellen Forschung zu geopolitischen Repräsentationen jedoch kaum abgebildet werden (ebd.). Ähnlich argumentieren Schopper und Wiertz im Rahmen ihres Projektes „Geopolitische Leitbilder der ‚Neuen Rechten‘ in digitalen Medien“ (WIERTZ U. SCHOPPER 2021). Neben der Herausarbeitung geopolitischer Leitbilder im Diskurs der extremen Rechten fragen sie deshalb auch nach der Verknüpfung mit affektiven Stimmungen. Dabei steht der digitale Raum im Fokus ihrer Untersuchung – Twitter, Facebook, Telegram, YouTube – da digitale Medien mitsamt ihrer visuellen Darstellungen ein wichtiger „Raum für die Verbreitung extrem rechter Weltbilder“ (ebd.) seien. Diese zentrale Rolle wurde und wird auch in anderen Arbeiten untersucht (MATTISSEK U. SCHOPPER 2019; WIERTZ U. SCHOPPER 2019). Erste Ansatzpunkte für die Verquickung von Emotionen und Affekten mit der Analyse rechter Weltbilder sind also bereits vorhanden. So

konnte Schopper darüber hinaus das Konzept der affektiven Atmosphären gewinnbringend auf rechte Rapmusik anwenden und zeigen, wie sich diese „anhand affektiver Markierungen, der expliziten Zuschreibung von Affekten und affektiven Bewegungen und Relationen“ (SCHOPPER 2021: 1) analysieren lässt. Dabei postuliert er mit Bezug zu feministischen Geographien, dass „nationale Zugehörigkeit nicht kognitiv gewusst, sondern vorrangig gefühlt [wird]“ (ebd.: 1). Diese Überlegungen schließen nahtlos an das Konzept des *affective nationalism* an (MILITZ 2017) und verdeutlichen die bedeutende Rolle von Emotionen und Affekten bei der Identitätskonstruktion und Raumproduktion. An dieser Stelle setzt diese Arbeit an und beantwortet, bezugnehmend auf bereits vorhandene Forschung sowie die aufgeworfenen Fragestellungen, die Frage nach der Rolle von Emotionen und Affekten bei der Konstruktion von Eigenem und Fremdem in Aussagen rechter Parteien in Europa und schließt damit eine Forschungslücke. Gleichzeitig bietet sie Anknüpfungspunkte für weitere Forschung in diesem Feld. So ließe sich das entwickelte theoretische und methodische Konzept auch auf Parteien in anderen Ländern oder andere Akteur:innen übertragen. Der Einbezug von Emotionen und Affekten in die Analyse rechter Raumproduktionen erlaubt es, besser zu verstehen, wie Menschen Zugehörigkeiten zu Gruppen, Objekten und Orten entwickeln (WETHERELLE ET AL. 2018). Zudem verfestigen sich Gefühle wie Hass und Liebe laut AHMED (2014) durch Wiederholungen, welche sich mit diskurstheoretischen Mitteln aus dem Textmaterial herausarbeiten lassen. Rechte Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen und vor allem die Konstruktionen von Eigenem und Fremdem können mit den skizzierten Ansätzen neu und weitergedacht werden. FARIA´s (2014) Argumentation, dass Nationalismus emotional und von Angst und Verlangen geprägt ist, sowie auf ein Anderes/Fremdes angewiesen ist, lässt sich auf rechte Erzählungen und Narrative im Allgemeinen übertragen und soll im weiteren Verlauf dieser Arbeit am Beispiel von AfD, FPÖ und SVP gezeigt werden. Um die drei Parteien angemessen analysieren zu können, werden sie im folgenden Kapitel schlaglichtartig vorgestellt. Da zudem die Frage nach unterschiedlichen Erzähllinien und der historischen Entwicklung und Vergleichbarkeit der Parteien gestellt wird, ist eine kurze Zusammenfassung der Geschichte inklusive interner Umbrüche und strategischer Neuausrichtungen nötig.

Seit der sogenannten Flüchtlingskrise 2015 lässt sich ein doppelter Rechtsruck in Europa feststellen. Zum einen rückten konservative Parteien wie die CDU/CSU in Deutschland oder die ÖVP in Österreich weiter nach rechts und verschärften vor allem ihre Sicherheits- und Migrationspolitik (STROBL 2021). Zum anderen konnten rechte Parteien bisher so noch nie dagewesene Erfolge feiern und stellen in einigen Ländern die Regierung (Polen, Ungarn, Italien, Schweiz), waren an ihr beteiligt (Österreich) oder konnten nur durch komplexe Bündnisse von Wahlsiegen abgehalten werden (Frankreich). Diese Entwicklungen werfen eine Reihe von Fragen zu parteipolitischen und gesellschaftlichen Veränderungen sowie der Bedeutung von Prozessen der Globalisierung, Neoliberalisierung, Pluralisierung und Migration auf, mit denen sich die wissenschaftliche Forschung verstärkt beschäftigt (AIGNER ET AL. 2017; u.a. BOOK 2020; LAZARIDIS ET AL. 2016; MCDONNELL 2020; MUDDE 2019; WOLF 2019). Diese Arbeit analysiert brennend- glasartig drei dieser rechten Parteien (AfD, FPÖ, SVP) hinsichtlich ihrer Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen sowie die Rolle von Emotionen und Affekten bei der Konstruktion von Eigenem und Fremdem. Dabei werden die in den vorangegangenen Kapiteln vorgestellten diskurs-, emotions- und affekttheoretischen Ansätze auf Reden und Interviews von Akteur:innen der drei Parteien angewendet. Diese Akteur:innen fungieren als Sprecher:innen ihrer jeweiligen Partei, sind jedoch im diskurstheoretischen Verständnis selbst Subjekte mit verschiedenen Subjektpositionen, die von Brüchen und Widersprüchen durchzogen sind. In ihren Aussagen setzen sie häufig spezifisches (teils historisches) Wissen voraus, auf das dann explizit oder implizit Bezug genommen wird. Im Lichte der in Kapitel 1.2 vorgestellten Forschungsfrage nach der Entwicklung der Parteien sowie unterschiedlicher Erzähllinien rechter Diskurse ist eine schlaglichtartige Darstellung des historischen Werdeganges der drei Parteien von ihrer Gründung bis heute unumgänglich. Deshalb wird nachfolgend die Entstehung und Entwicklung der AfD (Kap. 3.1), der FPÖ (Kap. 3.2) sowie der SVP (Kap. 3.3) erläutert, bevor in einem kurzen Exkurs auf begriffliche Schwierigkeiten bei der Beschäftigung mit rechten Parteien in Europa eingegangen wird (Kap. 3.4).

3.1 Die Alternative für Deutschland (AfD)

Die AfD existiert erst seit 2013, sie ist damit die jüngste der drei in dieser Arbeit behandelten Parteien. Dabei ist ihr etwas gelungen, dass vor ihr keine andere rechte Partei in Deutschland geschafft hat: sie hat das diffuse, jedoch stets vorhandene Wählerpotential rechts von CDU/CSU und FDP vereint und an die Wahlurne gebracht (FRIEDRICH 2019; SALZBORN 2017). Die Zielgruppen der AfD waren und sind laut einem internen Strategiepapier von 2017 EU-skeptische Wähler:innen, die „Vorrang für deutsche Interessen fordern“, „Bürgerliche Wähler mit liberal-konservativer Werteorientierung“, „Protestwähler“, „Nichtwähler“ sowie die „kleinen Leute“ (AfD 2017: 4, vgl. auch FRIEDRICH 2019; PRIESTER 2019). Durch die Ansprache einer solch diversen und heterogenen Zielgruppe sind interne Macht- und Ausrichtungskämpfe vorprogrammiert und ziehen sich dementsprechend wie ein roter Faden durch die – recht kurze – Geschichte der AfD. Dabei wurden in der wissenschaftlichen Analyse unterschiedliche Flügel und Strömungen innerhalb der Partei erkannt und analysiert, die nachfolgend schlaglichtartig skizziert werden. Auf einer übergeordneten Ebene verläuft die Bruchlinie jedoch zwischen parlamentsorientierten und bewegungsorientierten bzw. realpolitischen und fundamentaloppositionellen Parteimitgliedern (FRIEDRICH 2019).

Auslöser für die Gründung der Partei im Januar 2013 war die Eurorettungspolitik der damaligen Bundesregierung. Bernd Lucke, Mitbegründer der Partei und erster Parteivorsitzender, kritisierte bereits einige Jahre zuvor gemeinsam mit anderen Ökonom:innen die Maßnahmen der Regierung nach der Finanzkrise 2007/2008 und entschied sich schließlich dazu, mit der nach der immer wieder so bezeichneten Alternativlosigkeit der finanziellen Rettung Griechenlands benannten AfD bei den Bundestagswahlen 2013 anzutreten.¹³ In dieser Etablierungs- und Findungszeit kann die AfD als sich moderat gebende Ein-Themen-Partei bezeichnet werden, in der jedoch viele der später sichtbarer werdenden Strömungen und Flügel bereits präsent sind (AMANN 2017; FRIEDRICH 2019). Der Einzug in den Bundestag wurde mit 4,7% nur denkbar knapp verpasst und kann als erstes Ausrufezeichen der Partei verstanden werden. Danach richtete sich die AfD mit Bezug auf die von Thilo Sarrazin aufgeworfene Debatte zur Migration (SARRAZIN 2010) zunehmend nach rechts aus und auch Lucke schlägt andere Töne an, indem er von Migrant:innen als „soziale[m] Bodensatz“ (SCHNEIDER 2013) der Gesellschaft spricht (FRIEDRICH 2019). Diese Polarisierung innerhalb der Partei, das Lauterwerden der rechten Akteur:innen führte zu einer beispiellosen Erfolgsgeschichte. Nur ein Jahr nach ihrer Gründung zog die

¹³ Für eine detailliertere Beschreibung der Entstehung der AfD samt ihrer Vorläuferorganisationen vgl. DECKER 2016; HÄUSLER 2018b; PRIESTER 2019.

Partei sowohl ins Europaparlament als auch mit teilweise zweistelligen Ergebnissen in die Landtage von Sachsen, Brandenburg und Thüringen ein. Bereits vor diesen Wahlen wurde die AfD als rechtspopulistische Partei beschrieben und mögliche Verbindungen zur Neuen Rechten und zum Rechtsextremismus thematisiert (HÄUSLER 2013). Die Erfolge in den ostdeutschen Bundesländern stärkten die dortigen, deutlich weiter rechts stehenden Landesparteien und führten zur Gründung des ‚Flügels‘, einer Interessengruppe der äußersten Rechten innerhalb der Partei. Initiiert wurde diese von Björn Höcke und André Poggenburg in Zusammenarbeit mit den neurechten Vordenker:innen des IfS. Im März 2015, vor dem Hintergrund des innerparteilichen Richtungsstreits sowie der Debatte um Annäherung oder Abgrenzung zu PEGIDA, veröffentlichte ‚Der Flügel‘ die sogenannte ‚Erfurter Resolution‘, welche die Entwicklungen der Partei sowie die Annäherung an die anderen Parteien kritisiert und für eine AfD als Widerstandsbewegung plädiert. Mit dem Aufruf zur öffentlichen Unterzeichnung der Resolution testet ‚Der Flügel‘ seine Machtbasis und gewinnt schließlich so viel Einfluss, dass die von ihm unterstützte Frauke Petry beim Parteitag im Juli 2015 Bernd Lucke als Parteivorsitzenden ablöst. Dieser verlässt mit vielen weiteren Mitgliedern frustriert die Partei (AMANN 2017; FRIEDRICH 2019). Auch wenn ‚Der Flügel‘ nach einer Beobachtung durch den Verfassungsschutz inzwischen offiziell aufgelöst ist, bestehen die Strukturen weiter oder werden im Geheimen wieder aufgebaut (KABISCH ET AL. 2021). Laut eigener Aussagen ist er aber inzwischen nicht mehr notwendig, da seine Aufgabe, die Vernetzung und Verbreitung der entsprechenden Inhalte und Konzepte, abgeschlossen ist (Höcke, 26.04.2020).

Unter der Führung Petrys und der aufkommenden Flüchtlingsdebatte mehrten sich rechte Ausfälle und verschiedene Parteimitglieder übertrumpften sich gegenseitig mit immer extremeren Aussagen, um den Raum des Sagbaren zu erweitern und zu testen, was gesellschaftlich möglich ist (FRIEDRICH 2019). Auf Tabubrüche folgten halbherzige Entschuldigungen, der „Strategie der Selbstverharmlosung“ (LINDEN 2019) folgend. So schaffte es die Partei, nach zunächst schwachen Umfragewerten im Nachgang der Parteispaltung, bei den Landtagswahlen 2016 wieder sehr starke Ergebnisse zu erzielen und sich bis zur Bundestagswahl 2017 auf einem hohen Umfrageniveau einzupendeln. Zu diesem Zeitpunkt lassen sich drei ideologische Hauptströmungen innerhalb der Partei identifizieren: ein neoliberaler, ein christlich-konservativer und ein rechtspopulistischer/nationalistischer Flügel, wobei letzterer der lauteste ist (BEBNOWSKI 2015; DECKER 2016; KELLERSHOHN 2016). Mit dem Einzug in den Bundestag 2017 und dem darauffolgenden Austritt Petrys aus der AfD übernahmen Alexander Gauland und Jörg Meuthen die Führung der Partei. Die AfD ist aktuell in allen

Landesparlamenten¹⁴ sowie im Bundestag vertreten, wobei sich ihre parlamentarische Arbeit vor allem durch „Provokationen, Verbalradikalität und minderheitenfeindliche Inhalte“ (FRIEDRICH 2019: 88) auszeichnet. Bei den Flügelkämpfen kann theoretisch noch zwischen den drei genannten unterschieden werden, welche durch ihre verschiedenen Akteur:innen auch verschiedene Zielgruppen ansprechen, sie eint jedoch „das gemeinsame nationalistische und völkisch-populistische Fundament“ (HÖVEL 2018: 169).

Amann wies darüber hinaus bereits darauf hin, dass die AfD Ängste als gesunden Menschenverstand rationalisiert und über die Ansprache von Emotionen und Affekten soziale Gruppen und politische Lager überwinden kann und so ein Gemeinschafts- und Zusammenhaltgefühl erzeugen kann. Aus diesen Ängsten entsteht dann wiederum Hass, der zur Ausgrenzung anderer Menschen und zu teilweise irrationaler Politik führt (AMANN 2017). Angst wird dabei als eine vernünftige Reaktion auf die aktuelle Situation umgedeutet und durch die Konstruktion verschiedener Bedrohungsszenarien befeuert, sodass die AfD schlussendlich eine „Politik der Angst“ (HÄUSLER 2018b) betreibt. Auch andere Autoren beziehen sich auf die Angst als vereinendes Element (DECKER 2015; HÄUSLER 2016b; RUHOSE 2019) oder beleuchten die Rolle von Emotionen und Affekten bei der Konstruktion kollektiver Identität in den sozialen Medien (HILLJE 2022). Frauke Petry fasst es bei einer Rede wie folgt zusammen: „Wir brauchen die Ängstlichen, um Mehrheiten zu bewegen“ (zitiert nach AMANN 2017: 47). Eine diskurstheoretische Analyse, die auch Emotionen und Affekte miteinbezieht, scheint somit nicht nur bei der AfD, sondern auch bei FPÖ und SVP, die im Folgenden vorgestellt werden, lohnend.

3.2 Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)

Die FPÖ gilt in vielerlei Hinsicht als Vorreiterin und Ideengeberin rechter Parteien in Europa. Dabei verstand es die Partei immer wieder sich entsprechend des aktuellen Zeitgeistes liberaler oder nationaler zu gebärden (BAILER-GALANDA 1993; PELINKA 2005). Ein starker Mann an der Spitze war jedoch zumindest in der jüngeren Vergangenheit Grundvoraussetzung für politischen Erfolg, sei es Jörg Haider in den 1990er und frühen 2000er Jahren oder sein Nachfolger Heinz-Christian Strache ab 2005 (WINEROITHER 2021). Das Ausscheiden von letzterem aufgrund des Ibiza-Skandals 2019 stürzte die Partei in eine Krise, da

¹⁴ In Schleswig-Holstein gelang der Wiedereinzug in den Landtag 2022 nicht, sodass die AfD nur noch in 15 von 16 Länderparlamenten vertreten ist.

das neue Führungsduo, bestehend aus Norbert Hofer und Herbert Kickl¹⁵, die Rolle des charismatischen Führers nicht entsprechend einnehmen konnte (HEINISCH U. HAUSER 2015). Auf diese Entwicklungen und die Rolle einer starken Führungsperson wird in Kapitel 5.2 verstärkt eingegangen.

Gegründet wurde die FPÖ am 3. November 1955 als Nachfolgerin des sechs Jahre zuvor entstandenen Verband der Unabhängigen (VdU). Im VdU fanden Liberale, Monarchist:innen sowie ehemalige NSDAP-Mitglieder Gehör. Die Gründung der FPÖ mit dem ehemaligen SS-Offizier Anton Reinthaller an der Spitze bedeutete die verfestigte Dominanz des deutsch-nationalen Lagers innerhalb der Partei. Der teilweise offen zur Schau gestellte Rechtsextremismus führte jedoch zur weitgehenden Bedeutungslosigkeit der Partei (ebd.). Dies änderte sich erst durch eine Liberalisierung der Parteipolitik unter den Parteiobermännern Friedrich Peter (1958-1978) und Norbert Steger (1980-1986), die schließlich in der Etablierung als dritte Kraft in Österreich – neben SPÖ und ÖVP – sowie einer ersten Regierungsbeteiligung 1983 in einer Koalition mit der SPÖ mündete. Klassische Signalworte des freiheitlichen Parteiprogramms waren u.a. Leistungsbereitschaft, Eigenverantwortung und Aufstiegsgesellschaft. Dieser liberale Kurs stärkte die innerparteiliche Opposition und führte schließlich zur Abwahl Stegers und Wahl Haiders als neuem FPÖ-Obmann, bei der sich sein völkisch-nationaler Flügel „gegen die wirtschaftsliberalen Kräfte in der Partei“ (GÜRGEN ET AL. 2019: 32) durchsetzte (HEINISCH U. HAUSER 2015).

Mit Haider an der Spitze zerbrach auch die Regierungskoalition und er begann, die FPÖ grundlegend zu restrukturieren. In der Literatur wird die FPÖ unter Haider wahlweise als „autoritäre Führerpartei“ (BAILER-GALANDA 1995: 16), „soziale Protestpartei“ (ebd.: 18) oder „extrem aggressive Protestpartei“ (GÜRGEN ET AL. 2019: 34) bezeichnet. Einig sind sich die Autor:innen aber darüber, dass sich die FPÖ unter Haider von einer deutsch-nationalen zu einer österreich-patriotischen Partei entwickelt hat (MUDDE 2019; SCHEIT 2017). Haider fokussierte die Partei in Gänze auf sich, sodass kaum noch zwischen FPÖ-Position und Haider-Position unterschieden werden konnte. Es entwickelte sich ein regelrechter ‚Führerkult‘, in dem für andere Akteur:innen kaum Platz war und potentielle Herausforder:innen entfernt wurden (BAILER-GALANDA 1995; HEINISCH U. HAUSER 2015). So ist es nicht verwunderlich, dass sich der liberalere Flügel 1993 abspaltete und unter Heide Schmidt das Liberale Forum gründete. Sie warf ihm wiederholt undemokratisches Verhalten und unvorhersehbare Mei-

¹⁵ Seit 2021 nur noch Herbert Kickl, nachdem sich Hofer nach internen Auseinandersetzungen zurückgezogen hat. Kickl scheint entgegen den Erwartungen in die Rolle der starken Führungsperson hineinzuwachsen. Zumindest steht die Partei in Wahlumfragen so gut da wie lange nicht mehr (DAS GUPTA 2023).

nungswechsel vor (ORF TVTHEK 1993). Dennoch war Haider mit seiner Mischung aus Protest, der Darstellung als Opfer (vor allem der Linken und der regierenden Parteien), nationalpopulistischen und emotionalisierten Tönen sowie der Hetze gegen Ausländer und der Konstruktion von Neiddebatten äußerst erfolgreich (BAILER-GALANDA 1995; HEINISCH U. HAUSER 2015).

Zwei Aspekte, die sowohl zur Abspaltung des Liberalen Forums beitrugen als auch maßgeblich die Linie der FPÖ bestimmen sollten, waren die Position zum EU-Beitritt Österreichs sowie das Volksbegehren ‚Österreich zuerst‘, das als ausländerfeindlich kritisiert wurde. War die liberalere FPÖ der 1980er Jahre noch klar auf Kurs EU-Beitritt, änderte Haider dies Anfang der 1990er Jahre zugunsten eines nationaleren Kurses und dem Adressieren von Ängsten des sozialen Abstiegs (GÜRGEN ET AL. 2019; HEINISCH U. HAUSER 2015). Dieser euroskeptische Kurs, der auch heute noch in der FPÖ zu finden ist (Kap. 5.2.4), wurde mit ausländerfeindlichen Tönen verknüpft. Auf das angesprochene Volksbegehren, das mit dem Satz beginnt „Österreich ist kein Einwanderungsland“ (Freiheitliches Bildungsinstitut 2023) und Ausweisungspflichten sowie Wahlrechtsentzug fordert, wird im späteren Verlauf noch näher eingegangen. Es scheiterte zwar, doch die Positionen waren nun bekannt und werden bis heute mit der FPÖ verknüpft. Sie wird von der Bevölkerung als am kompetentesten im Themenfeld Migration angesehen (HEINISCH U. HAUSER 2015; WINEROITHER 2021). Ende der 1990er Jahre war die Transformation der FPÖ unter Haider abgeschlossen. Sie hatte sich „von einer großdeutsch, antiklerikal und liberal orientierten zu einer austropatriotischen und sozialpopulistischen Partei“ (HEINISCH U. HAUSER 2015: 99) entwickelt.¹⁶ Dass sie erfolgreich war, zeigte sich an den Wahlergebnissen. Sowohl im Nationalrat als auch in den Landesparlamenten konnte die Partei beachtliche Erfolge erzielen. In mehreren Bundesländern wurde sie zweitstärkste Kraft, in Kärnten, Haiders Heimatland, sogar stärkste Kraft. Im Nationalrat konnte sie sich von unter 5% bei den Wahlen 1983 auf 26,9% im Jahr 1999 steigern. Die logische Konsequenz daraus war schließlich eine ÖVP-FPÖ-Koalition, die im Februar 2000 ihre Arbeit aufnahm, welche Großdemonstrationen u.a. in Wien auslöste und zu Sanktionen der anderen EU-Mitgliedsstaaten führte (ebd.).

Die Regierungsbeteiligung der FPÖ führte jedoch eher zu ihrer Entzauberung. Die Partei trug Reformvorschläge der ÖVP in verschiedenen Bereichen mit und brachte damit die Wähler:innen sowie die eigenen Parteimitglieder gegen sich auf. Bereits 2002 kam es zu Neuwahlen, die zwar die Koalition nicht zerbrechen ließen, aus denen die FPÖ jedoch stark geschwächt hervorging. Vor den Neuwahlen 2002 war es schon zu Austritten aus der Partei gekommen, 2005 folgte

¹⁶ An anderer Stelle wird betont, dass „die FPÖ [unter Haider] von einer deutschnationalen Honoratiorenpartei zu einer extrem aggressiven rechtspopulistischen Protestpartei [wurde], wie sie Europa noch nicht kannte“ (GÜRGEN ET AL. 2019: 34).

dann die endgültige Spaltung und die Gründung des Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) mit Jörg Haider an der Spitze (PELINKA 2005). Mit dem Austritt Haider verlor die FPÖ ihr Gesicht, ihr charismatisches Aushängeschild, fand in Heinz-Christian (HC) Strache jedoch schnell einen adäquaten Ersatz, der die FPÖ bis zum Ibiza-Skandal 2019 in eine neuerliche Koalition mit der ÖVP führen sollte. Seine Position innerhalb der Partei war nicht so autoritär wie die von Haider, Strache konnte jedoch auf die Unterstützung der Burschenschaften zählen, mit denen er gut vernetzt war und ist (HEINISCH U. HAUSER 2015; SCHARSACH U. SPITZBART 2017). Die FPÖ etablierte sich nach der gescheiterten Koalition ab 2005 als stärkste Oppositionspartei und konzentrierte sich auf die Kernthemen Migration, Kriminalität und Euroskeptizismus (HEINISCH U. HAUSER 2015; TÓTH 2015). U.a. aufgrund der Entstehung neuer Parteien (wie Das Neue Österreich (NEOS) und verschiedenen kleineren Listen) sowie dem schwindenden Vertrauen in die große Koalition aus SPÖ und ÖVP, welche sich seit der Zusammenarbeit von ÖVP und FPÖ generell skeptisch gegenüberstanden, schaffte es die FPÖ unter Strache bis 2017 wieder auf 27% der Stimmen bei den Nationalratswahlen zu kommen und in eine neuerliche Koalition mit der ÖVP einzutreten. Dieses Mal blieb eine Reaktion der EU jedoch aus, obwohl rassistische und xenophobe Stimmen innerhalb der Partei lauter und der Wahlkampf aggressiver geworden waren (MUDDE 2019). Aufgrund massiver Korruptionsvorwürfe gegen Strache hielt jedoch auch die zweite Koalition nur zwei Jahre und bei den Neuwahlen 2019 erreichte die FPÖ lediglich 16% der Stimmen. Dennoch ist der Einfluss, den die Partei auf die österreichische Politik hatte und immer noch hat, nicht zu unterschätzen. Sie hat den Diskurs massiv nach rechts verschoben und besonders die ÖVP stark beeinflusst. So vertritt die ÖVP heute zum Teil eindeutig rechte Positionen (z.B. die strikte Weigerung, Menschen aus den Flüchtlingslagern in Moria und Lipa aufzunehmen (ZEIT ONLINE 2020)).¹⁷ Die FPÖ scheint aktuell in einer ähnlichen Position zu sein wie nach der Spaltung 2005 und versucht im Rahmen der COVID-19-Pandemie mit massiver Kritik an den Maßnahmen der Regierung ein neues Wählerklientel zu gewinnen. Wie genau sich die Positionen der FPÖ von 1990-2020 verändert haben, welche Tiefenstrukturen parteibezogener Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen das gemeinsame Fundament der Partei bilden und wo Unterschiede und Gemeinsamkeiten zu AfD und SVP bestehen, wird in Kapitel 5.2 ausführlicher beleuchtet.

¹⁷ Vgl. ausführlicher zur Radikalisierung konservativer Parteien STROBL 2021.

3.3 Die Schweizerische Volkspartei (SVP)

Die Schweizerische Volkspartei (SVP) blickt, ähnlich wie die FPÖ, auf eine lange Geschichte zurück. 1971 gründete sich die SVP formal als Zusammenschluss der seit 1937 existierenden Bauern- Bürger- und Gewerbestartei (BGB) sowie zwei kleineren Parteien. Dieser Zusammenschluss sowie der Name ‚Volkspartei‘ verdeutlicht ihr Dilemma in den ersten zwanzig Jahren des Bestehens. Die Partei versuchte nach dem Wegbrechen der ländlichen Stammwählerschaft als Folge des Strukturwandels sehr unterschiedliche Wählerklientele anzusprechen und experimentierte mit verschiedenen Themen. Es fehlten klare Inhalte und Abgrenzungen zu anderen Parteien, sodass sich die SVP bis zum Beginn der 1990er Jahre mit ca. 10% der Wählerstimmen begnügen musste (GÜRGEN ET AL. 2019; SKENDEROVIC 2017). Unter Christoph Blocher wandelte sich die Partei radikal, sowohl ideologisch als auch organisatorisch, und bewegte sich „an den rechten Rand des politischen Spektrums“ (LADNER 2015: 79). Blochers Rolle in der Partei lässt sich mit der Jörg Haiders vergleichen, er war (und ist) der unangefochtene, charismatische Mann an der Spitze, der die Partei nach seinen Vorstellungen organisierte. Politisch zeigten sich schnell Erfolge. Erreichte die SVP bei den Nationalratswahlen 1995 noch 14,9% der Stimmen, so stieg diese Zahl über 22,6% 1999 auf 26,8% 2003 und 29% im Jahr 2007 (ebd.; MAZZOLENI 2015). Die SVP wurde zur stärksten Kraft in der Schweiz und hält diese Position seitdem. Ohne Spannungen verlief dieser dramatische Einschnitt in die politische Landschaft der Schweiz jedoch nicht. Regiert wird die Schweiz vom Bundesrat, der sich aus sieben Personen zusammensetzt. Das sind seit 1959 „getreu der sogenannten Zauberformel [...] je zwei Mitglieder der Freisinnig Demokratischen Partei (FDP.Die Liberalen), der Christlichdemokratischen Volkspartei (CVP) und der Sozialdemokratischen Partei (SP) sowie einem Mitglied der SVP“ (LADNER 2015: 79). Mit steigenden Wahlerfolgen wurden die Forderungen nach einem zweiten Sitz für die SVP stärker, den sie dann in Person von Blocher nach den Wahlen 2003 auch bekam. Bereits vier Jahre später jedoch wurde nicht wie geplant Blocher wieder in den Bundesrat gewählt, sondern seine gegen interne SVP-Absprachen angetretene Kollegin Eveline Widmer-Schlumpf. Diese wurde im Nachgang aus der Partei ausgeschlossen und nahm dabei den moderaten Flügel der SVP mit in ihre neue Partei, die Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) (ebd.). Den zweiten Sitz im Bundesrat erlangte die SVP erst 2015 zurück. Die Nachwirkungen der Spaltung sind bis heute spürbar. Intern wird von einem eingefädelten Coup gesprochen, sodass sich die SVP weiterhin als Opposition präsentieren konnte, obwohl sie seit Jahren an der Regierung beteiligt ist (im Sinne eines ‚Wir‘ gegen ‚die Elite‘) (GÜRGEN ET AL. 2019; MAZZOLENI 2015).

Der Aufstieg der SVP in den 1990er Jahren lässt sich anhand dreier Punkte erläutern, welche im weiteren Verlauf der Arbeit näher beleuchtet werden. Die Asyl- und Migrationspolitik ist eines dieser Themen. Damit zusammenhängende Begriffe tauchen vermehrt in Parteiprogrammen auf und die SVP nutzt die Schweizer Besonderheit der direktdemokratischen Volksabstimmungen für Initiativen wie „gegen die illegale Einwanderung“ im Jahr 1996 (GÜRGEN ET AL. 2019) oder die „Anti-Minarett-Initiative (2009)“ (LADNER 2015: 81). Diese dienen darüber hinaus dazu, die eigene Rolle als Oppositionspartei trotz Regierungsbeteiligung aufrecht zu erhalten (SKENDEROVIC 2007). Ein weiteres großes Thema ist Europa bzw. die EU. Nach dem Ende des Kalten Krieges wird das Verhältnis zur EU zur entscheidenden Frage für die Schweizer Politik. Die SVP und vor allem Christoph Blocher mobilisieren gegen einen Beitritt der Schweiz. Das Ergebnis der Volksabstimmung im Dezember 1992 fiel schließlich äußerst knapp aus, 50,3% stimmten gegen einen EU-Beitritt. Die SVP profitierte stark von der sehr emotional geführten Debatte und arbeitet bis heute mit dem Feindbild EU (GÜRGEN ET AL. 2019; LADNER 2015). Das dritte große Thema der SVP ist die Wirtschaftspolitik, in der die Partei stark neoliberale Positionen einnimmt und sich für Steuersenkungen einsetzt (GÜRGEN ET AL. 2019). Der Neoliberalismus innerhalb der Partei bezieht sich zum einen auf einen möglichst schwachen Staat und zum anderen auf eine „populistische Anti-Establishment-Haltung“ (SKENDEROVIC 2007: 54), welche auf der Annahme der Partei beruht Staat und Verwaltung seien von links dominiert (ebd.). Mit diesen drei Themen sowie besonderen äußeren Umständen nach dem Kalten Krieg gelang es der SVP, sich als stärkste Kraft in der Schweiz zu etablieren, ein Alleinstellungsmerkmal für eine rechte Partei in Europa (MAZZOLENI 2015) und auch in der Geschichte der Schweiz eine einmalige Entwicklung (SKENDEROVIC 2017). In der Literatur wird immer wieder zwischen der SVP vor Blocher und der SVP nach Blocher, einer ‚alten SVP‘ und einer ‚neuen SVP‘ gesprochen (HILDEBRAND 2017; SKENDEROVIC 2007). Die von ihm angestoßene Veränderung der SVP von einem „klientelistisch orientierte[n], kompromissbereite[n] Partner innerhalb der bürgerlichen Allianz“ (HILDEBRAND 2017: 163) zu einer gegen das Establishment wetternden Partei verdeutlicht nochmals seine hegemoniale Rolle und Bedeutung. Dies stellt die Partei jedoch gerade in jüngerer Zeit vor große Herausforderungen. Mit dem schrittweisen Rückzug Blochers aus der aktiven Politik entsteht ein Machtvakuum, das die Partei bisher nicht geschafft hat, adäquat zu füllen. Die Bedeutung eines starken Mannes an der Spitze der Partei, Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu AfD und FPÖ sowie die Sonderrolle der Schweiz in Europa und die damit einhergehenden Besonderheiten der SVP im Rahmen rechter Parteien in Europa werden in Kap. 5.3 ausführlich diskutiert.

3.4 Exkurs: Rechte Parteien benennen

Bei der Beschäftigung mit rechten Parteien in Europa und ihren Netzwerken tauchen eine Vielzahl an Eigen- und Fremdzuschreibungen sowie diverse Bezeichnungen für Organisationen und Gruppen im Umfeld auf, die nicht immer trennscharf zu unterscheiden sind. Die AfD bzw. ihre Flügel werden in verschiedenen Publikationen wahlweise als „rechtspopulistisch“ (HÄUSLER 2018a: 13; RUHOSE 2019: 7), „rechtsextremistisch“ (PFAHL-TRAUGHBER 2019: 41), „nationalistisch und völkisch-populistisch“ (HÖVEL 2018: 169), „nationalkonservativ“ (PFAHL-TRAUGHBER 2008: 6) und neoliberal mit nationalistischer Prägung bezeichnet (PLEHWE 2017), während sie sich selbst als bürgerlich und freiheitlich sieht (u.a. Weidel, 11.11.2016; Meuthen, 29.12.2016). Die FPÖ wird heute als „rechtspopulistische Protestpartei“ (GÜRGEN ET AL. 2019: 34) mit starkem neoliberalen Flügel (ebd.) sowie als „österreich-patriotisch“ (SCHEIT 2017: 165) und in ihren Anfängen „deutschnational“ (BAILER-GALANDA 1995: 13) und später „nationalpopulistisch“ (ebd.: 18) beschrieben, spricht von sich selbst jedoch stets als ‚freiheitlich‘, wie es der Parteiname schon verspricht. Die SVP wird, möglicherweise aufgrund ihrer langjährigen Funktion als Regierungspartei, mit weniger stark wertenden Ausdrücken bezeichnet. Wirtschaftliche Aspekte stehen stärker im Vordergrund, wenn von der Partei als „national-konservativ“ (LADNER 2015: 85) und „neoliberal populist party“ (CAMUS ET AL. 2017: 194) gesprochen wird. Der Populismus wird jedoch bereits angeschnitten, die SVP verknüpft sehr erfolgreich nationalistische und neoliberale Positionen (GÜRGEN ET AL. 2019), tituliert sich selbst jedoch als „bürgerliche Partei“ (u.a. Blocher, 02.12.1999; Rösti, 04.09.2019). Für MUDDE (2019) gehören alle drei Parteien zur *far right*, auch wenn FPÖ und SVP sich erst im Laufe ihrer Geschichte dorthin entwickelt haben. Diese und ähnliche (Um)Brüche in den Parteien werden in dieser Arbeit herausgearbeitet und die entsprechenden Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen dekonstruiert.

AfD, FPÖ und SVP werden zunächst unter dem recht allgemeinen Label ‚rechte Parteien‘ gefasst, um sie miteinander vergleichen zu können. Es sei jedoch erwähnt, dass alle oben aufgeführten Bezeichnungen¹⁸ ihre Berechtigung haben und zumindest auf Teile der Parteien zutreffen. Da diese recht heterogen zusammengesetzt sind, sind verschiedene Flügel und Lager erkennbar, es lassen sich jedoch mit diskurstheoretischen Ansätzen und Methoden diskursive Tiefenstrukturen herausarbeiten, die das gemeinsame Fundament der Parteien bilden (vgl. HÖVEL 2018 für die AfD). Eng verknüpft mit dieser Debatte, jedoch schon

¹⁸ Die Liste ist in keinem Fall vollständig, es existiert eine Vielzahl weiterer Publikationen, die rechte Parteien in Europa mit bestimmten Bezeichnungen versehen.

ausführlich an anderer Stelle diskutiert, sind die Definitionen verschiedener Begriffe bzw. die Unterscheidung von Rechtsextremismus (FUHRMANN 2019; GIEBELMANN ET AL. 2019; SCHEDLER 2019; STÖSS 2005), Rechtspopulismus (MUDDÉ U. ROVIRA KALTWASSER 2019; WOLF 2017), Faschismus (GRIFFIN ET AL. 2020; TRAVERSO ET AL. 2019), Rassismus (HALL 2002; SOW 2018), Volk (WILDT 2017) und einigen weiteren. Auf die beiden Aspekte Rechtsextremismus und Rechtspopulismus muss dennoch kurz im Zuge der Verortung dieser Arbeit und der verwendeten Terminologie eingegangen werden.

Der Rechtsextremismusbegriff hat eine lange Geschichte, die in der oben genannten Literatur aufgearbeitet wird. Dabei wird der Begriff vor allem kritisch betrachtet, da als extremistisch bezeichnet wird, wer sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung richtet (SCHEDLER 2019). Diese Kritik verbleibt aber zumeist im wissenschaftlichen Kontext, während gesellschaftliche Öffentlichkeit und Politik (v.a. der Verfassungsschutz) den Begriff weiterhin verwenden. Gerade die Verwendung durch den Verfassungsschutz macht ‚Rechtsextremismus‘ zu einem machtvollen, politischen und mit spezifischer Bedeutung aufgeladenen Begriff. Problematisch ist seine Verwendung vor allem im Zusammenhang mit der sogenannten ‚Hufeisentheorie‘, die von extremistischen Bestrebungen an den Rändern (links und rechts gleichermaßen) sowie einer homogenen, positiv besetzten Mitte der Gesellschaft ausgeht (SALZBORN 2017; SCHEDLER 2019). Dass dieses Modell kaum haltbar ist und es extremistische Einstellungen auch in der Mitte der Gesellschaft gibt, hat der Aufstieg der AfD mustergültig vor Augen geführt. Die Wahlerfolge der Partei ließen sich nicht allein mit Stimmen vom rechten Rand erklären, sodass inzwischen auch von der „enthemmte[n] Mitte“ (BRÄHLER ET AL. 2016) und der „gespaltene[n] Mitte“ (ZICK ET AL. 2016) gesprochen wird. Die politische Belastung des Rechtsextremismusbegriffes erklärt auch, warum, im deutschen Kontext bleibend, die AfD lange nicht als rechtsextrem galt und auch heute nur selten so bezeichnet wird. Stattdessen wurde und wird häufig von rechten Parteien als rechtspopulistischen Parteien gesprochen. Populismus im Allgemeinen kann dabei verstanden werden als

„dünne Ideologie, nach der die Gesellschaft [...] in zwei homogene antagonistische Lager gespalten ist, „das anständige Volk“ und „die korrupte Elite“, und Politik ein Ausdruck der *volonté générale* (Gemeinwillen) des Volkes sein sollte“ (MUDDÉ U. ROVIRA KALTWASSER 2019: 25).

Das Volk fühlt sich in diesem Narrativ missachtet und missverstanden und verlangt seine Souveränität von der als korrupt empfundenen, regierenden Elite zurück. Hinzu kommt die Instrumentalisierung gesellschaftlicher Probleme. Der Populismus liefert einfache Antworten auf komplexe Fragen, die jedoch häufig nicht zur Lösung des Problems, sondern zur weiteren Polarisierung beitragen (BEBNOWSKI 2016; MUDDÉ U. ROVIRA KALTWASSER 2019). Spezifisch rechts wird Populismus, wenn das Eigene/die eigene Identität in Abgrenzung zu einem

Anderen definiert wird (BEBNOWSKI 2016). Die Verknüpfung von ‚Wir/Sie‘- und ‚Hier/Dort‘-Unterscheidungen macht den Kern rechtspopulistischer Argumentationen aus. Am Rechtspopulismusbegriff kann im Gegensatz zum Rechts-Extremismus kritisiert werden, dass er etwas zu ‚schwach‘ ist und Gefahren durch die extreme Rechte verharmlost. Zudem sehen einige rechte Akteur:innen den Vorwurf des Populismus als Kompliment indem sie sich auf die wörtliche Bedeutung des Sprechens für das Volk beziehen (z.B. Jongen (AfD), 07.06.2017). Dennoch bieten beide Begriffe wichtige Anhalts- und Ausgangspunkte für die Analyse rechter Parteien. Am Beispiel Donald Trumps konnte gezeigt werden, dass der populistische Diskurs ohne Emotionen und Affekte nicht überzeugend ist. Emotionale und affektive Sprache beeinflusst Menschen und ist zum Teil besser in der Lage, sie zu mobilisieren, als faktenbasierte Aussagen. Für die Anhänger:innen von Trump zählen weniger Wahrheit und Objektivität als die von ihm fabulierte emotionale Wahrheit (HIDALGO-TENORIO U. BENÍTEZ-CASTRO 2021). Auch im deutschen Kontext lässt sich dieser Prozess beobachten, wenn von der Politik der AfD als einer ‚Politik der Angst‘ gesprochen wird (BEBNOWSKI 2016; HÄUSLER 2018a) und die gefühlte Bedrohung bedeutsamer ist als die reale Benachteiligung. Diese Bedrohung wird immer wieder beschworen und erneuert, die rechten Akteur:innen stilisieren sich so selbst zum Opfer (RUCHT 2016). Die breite Literatur zum (Rechts-)Populismus verweist also in Teilen bereits auf die Emotions- und Affektebene in den Argumentationen und kann somit in die Analyse von Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen von AfD, FPÖ und SVP einfließen. Um die Analyse nicht durch die Beschränkung auf einen der Begriffe künstlich einzuengen, wird im weiteren Verlauf von rechten Parteien oder im größeren Kontext von der extremen Rechten gesprochen. Generell sollte sich die wissenschaftliche Praxis jedoch nicht zu sehr an Begrifflichkeiten und Beschreibungen für Parteien abarbeiten, sondern den Fokus auf die Inhalte legen und die Aussagen der Parteimitglieder kritisch analysieren. Geographische Forschung ist in diesem Bereich besonders wichtig, da sie in der Lage ist, diskursive Muster und Argumentationsstrukturen sowie Brüche und Widersprüche herauszuarbeiten und klar aufzuzeigen. Wie und mit welchen Methoden rechte Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen sowie der Einsatz von Emotionen und Affekten aus dem dieser Arbeit zugrundeliegenden Textmaterial herausgearbeitet werden, wird im folgenden Kapitel erläutert.

Methodische Umsetzung: Die Diskursanalyse

Die den analytischen Rahmen für diese Arbeit bildende Diskursanalyse befasst sich mit der Produktion von spezifischen Wahrheiten und Wissen im Allgemeinen und wie diese Produktion mit gesellschaftlichen Machtverhältnissen verknüpft ist (MATTISSEK ET AL. 2013). Mit diskursanalytischen Methoden können Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen aus dem Textmaterial herausgearbeitet werden. Diskurse werden dabei als „spezifische Verbindungen zwischen symbolischen Praktiken (Sprach- und Zeichengebrauch) [verstanden], die klassifizieren und bewerten, mit körperlich-materiellen und soziotechnischen Praktiken“ (GLASZE U. MATTISSEK 2021: 14) (vgl. Kap. 2.2). Klassisches Beispiel und auch bei der Analyse rechter Parteien von zentraler Bedeutung ist die Verknüpfung einer (nationalen) Identität mit einem bestimmten Territorium. Ganz selbstverständlich bezeichnen sich heute viele Menschen als ‚deutsch‘, ‚österreichisch‘ oder ‚schweizerisch‘. Dass diese Konstruktionen noch verhältnismäßig jung und keineswegs natürlich sind, gerät dabei in den Hintergrund. Sie bleiben stets veränderlich und fragil. Ihre volle Macht entfalten diese Konstruktionen, wenn sie kaum noch hinterfragt und damit hegemonial werden. Dann kann die durch einen Pass nachweisbare Zugehörigkeit zu einem bestimmten Territorium materielle Auswirkungen haben, z.B. beim Grenzübertritt in ein anderes Territorium (MATTISSEK ET AL. 2013). Eine hegemoniale Deutungsweise impliziert jedoch stets, dass andere (marginalisierte) Angebote zumindest existieren. An dieser Stelle setzt die Diskursanalyse an, indem sie solche selbstverständlich gewordenen gesellschaftlichen Vorstellungen als veränderbare Konstruktionen markiert und die Existenz objektiver Wahrheiten negiert. Mit Bezug auf die in Kapitel 2 diskutierten poststrukturalistischen Annahmen bewegt sich die Analyse im Spannungsfeld von Gesellschaft, Macht und Raum (REUBER 2012), wobei der Raum dem konstruktivistischen Raumverständnis folgend fortwährend gesellschaftlich konstruiert und produziert wird (MATTISSEK ET AL. 2013). In diesem Geflecht miteinander konkurrierender Deutungsangebote und wuchernder Diskurse lassen sich mit diskursanalytischen Methoden Brüche und Widersprüche

finden. Zudem lassen sich „übergeordnete sprachliche Muster“ (MATTISSEK 2008: 149) und Regeln der Identitätskonstruktion und Raumproduktion analysieren.

Die empirische Anwendung der in Kapitel 2 diskutierten diskurstheoretischen Annahmen gestaltet sich jedoch häufig schwierig, da sowohl qualitative als auch quantitative Methoden auf die Erforschung einer objektiven Wirklichkeit abzielen. Eine solche existiert laut LACLAU U. MOUFFE (2000) sowie FOUCAULT (2015; 2007) jedoch nicht, weshalb sie sich zu einer empirischen Umsetzung nicht äußern (MATTISSEK ET AL. 2013; MATTISSEK 2008). Dennoch sind empirische Analysen mit der detaillierten Offenlegung der Vorgehensweise sowie unter Berücksichtigung der Positionalität des Forschenden möglich. Diese Arbeit knüpft dabei an die Forschung verschiedener Autor:innen an, die empirische Umsetzungsmöglichkeiten für die Diskurstheorie entwickelt haben (HUSSEINI DE ARAÚJO 2011; MATTISSEK 2008; MOSE U. REUBER 2011; WIERTZ U. SCHOPPER 2019). Um Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen aus dem Material herauszuarbeiten, werden zwei Verfahren auf der Meso- und der Mikroebene des Textmaterials in einem Methodenmix verwendet: kodierende Verfahren, im speziellen die semantische Strickleiter, und die Aussagenanalyse. Diese werden um emotions- und affekttheoretische Aspekte erweitert, um die Diskursanalyse methodisch für diese Themen zu öffnen und Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen rechter Parteien noch detaillierter analysieren und verstehen zu können. Dieses Methodenset wird nachfolgend vorgestellt (Kap. 4.1), die Auswahl und Zusammenstellung des Textkorpus begründet (Kap. 4.2) die empirische Vorgehensweise erläutert, sowie die Rolle des Forschenden inklusive möglicher blinder Flecken diskutiert (Kap. 4.3).

4.1 Mikroverfahren der Diskursanalyse

Mikroverfahren in der Diskursanalyse setzen analytisch auf der Ebene einzelner Texte oder Textabschnitte/Aussagen an. Dabei geht es vordergründig darum, „wie sprachliche Inhalte innerhalb von Texten miteinander verknüpft werden und wie durch diese Verknüpfungen Bedeutung entsteht“ (MATTISSEK ET AL. 2013: 282). In Tabelle 1 sind die beiden Verfahren abgebildet, die in dieser Arbeit zur Analyse von Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen rechter Parteien herangezogen werden.

Tab. 1: Diskursanalytische Verfahren

	Einordnung der Verfahren	Maßstab	Fokus
Kodierende Verfahren	qualitativ	zwischen Mikro- und Mesoebene	komplexe Bedeutungszusammenhänge (z.B. räumliche Identitätsbezüge) dargestellt durch semantische Strickleitern
Aussagen- analyse	sprachwissen- schaftlich	Mikroebene	Verbindungen zwischen Text und Kontext; Konstruktion von Subjektivität; Analyse von Widersprüchen

Quelle: verändert nach MATTISSEK ET AL. 2013: 271

Zum einen kommen kodierende Verfahren zum Einsatz, die zwischen Mikro- und Mesoebene komplexe Bedeutungszusammenhänge qualitativ beleuchten. Diese können mithilfe der sogenannten semantischen Strickleiter graphisch dargestellt werden, z.B. Gegenüberstellungen und Charakterisierungen des Eigenen und des Fremden im Textmaterial (Kap. 4.1.1). Zum anderen legt die eher sprachwissenschaftlich ausgerichtete Aussagenanalyse auf der Mikroebene Verbindungen zwischen Text und Kontext offen, indem sie den Fokus auf Deiktika, Polyphonie und Vorkonstrukte legt. Die Aussagenanalyse ist besonders dazu geeignet, Widersprüche und Brüche in Aussagen zu finden (Kap. 4.1.2). In beiden Unterkapiteln wird darüber hinaus eine Erweiterung um Emotionen und Affekte diskutiert.

4.1.1 Kodierende Verfahren und semantische Strickleitern

An die konzeptionellen Überlegungen von LACLAU U. MOUFFE (2000) sowie FOUCAULT (2015; 2007) anknüpfend, untersuchen Diskursanalysen „Konstitution und Wandel von sprachlichen und nicht-sprachlichen Bedeutungssystemen“ (GLASZE ET AL. 2021: 379). Bedeutung kann in diesem Zusammenhang einerseits durch die Verknüpfung von einzelnen Elementen in einem Text hergestellt werden, andererseits durch Verbindungen oberhalb einzelner Wörter und Sätze, zum Teil sogar oberhalb ganzer Texte. Um diese Verknüpfungen, Verbindungen und Relationen sichtbar zu machen, sind stärker interpretative Verfahren wie das

Kodieren sowohl der einzelnen Elemente als auch ihrer Verknüpfungen notwendig.¹⁹ Mit kodierenden Verfahren lassen sich Regelmäßigkeiten bestimmter Verknüpfungen herausarbeiten, welche wiederum als „Hinweise auf diskursive Regeln“ (ebd.: 379) verstanden werden können. Mit den diskursiven Regeln wird gleichzeitig aufgedeckt, wie soziale Wirklichkeit in Texten hergestellt und Bedeutung konstituiert wird (ebd.).

Die kodierenden Verfahren in der Diskursanalyse stützen sich dabei auf Ansätze aus den Sozialwissenschaften (z.B. Qualitative Inhaltsanalyse nach MAYRING (2015)) und entwickeln diese weiter bzw. passen sie an die diskurstheoretischen Vorüberlegungen an. So werden sowohl in den Sozialwissenschaften als auch in der Diskursanalyse einzelne Textstellen markiert und kodiert. Während in interpretativ-hermeneutischen Ansätzen die Codes als Indikatoren für einen bestimmten Sinn interpretiert werden, konzentrieren sich diskurstheoretisch ausgerichtete Kodierungsverfahren auf die oben angesprochenen Regelmäßigkeiten (und Brüche) sowie spezifischen Regeln für die Konstitution von Bedeutung (GLASZE ET AL. 2021; HUSSEINI DE ARAÚJO 2011). Die Kodierungen zielen darauf ab, „die in den Texten (re)produzierten diskursiven Ordnungen herauszuarbeiten“ (GLASZE ET AL. 2021: 380), der konzeptionelle Stellenwert ist somit ein anderer (DIAZ-BONE U. SCHNEIDER 2010; GLASZE ET AL. 2021; HUSSEINI DE ARAÚJO 2011). In der praktischen Anwendung des Kodierens und wiederum mit Bezug zu LACLAU U. MOUFFE (2000) wird zwischen Elementen und Artikulationen²⁰ unterschieden. Elemente bilden die Basis des Diskurses. Sie stellen die kleinste Einheit im Diskurs dar, also einzelne Wörter oder kurze Wortfolgen (z.B. Deutschland, Angst, Europäische Union). Mithilfe kodierender Verfahren sollen jedoch nicht die Elemente selbst identifiziert werden, sondern Verknüpfungen und Relationen zwischen ihnen. Elemente werden in Texten auf verschiedene Weise miteinander in Beziehung gesetzt. Für diese Arbeit von besonderer Bedeutung sind dabei Beziehungen der Äquivalenz, der Differenz sowie des Antagonismus (GLASZE ET AL. 2021; HUSSEINI DE ARAÚJO 2011). Der Satz „der Islam gehört nicht zu Deutschland“ (Meuthen, 09.06.2016) ist ein Beispiel für eine Verknüpfung von Elementen, in der „der Islam“ und „Deutschland“ (ebd.) in eine Differenzbeziehung gebracht und somit gegenübergestellt werden. Häufig sind die Verbindungen zwischen einzelnen Elementen allerdings deutlich komplexer und nicht immer explizit im Text zu finden, sondern nur implizit mitbehauptet. Dieses vorausgesetzte Wissen kann mit dem sogenannten Toulmin-

¹⁹ Damit grenzen sie sich von lexikometrischen Verfahren ab, welche computergestützt und quantifizierend die sprachliche Oberfläche großer Textkorpora untersuchen (GLASZE ET AL. 2021). Implizit Gesagtes sowie ironische Äußerungen und Bezüge zu Emotionen und Affekte lassen sich auf der Makroebene nicht untersuchen, weshalb sich diese Arbeit auf die Mikro- und Mesebene konzentriert.

²⁰ Im weiteren Verlauf wird nicht von Artikulationen, sondern von Verbindungen und Verknüpfungen gesprochen (GLASZE ET AL. 2021.)

Schema sichtbar gemacht werden (TOULMIN 1996). Eine These wird demnach immer mit Argumenten begründet, wobei These und Argument mithilfe der Schlussregel verknüpft werden. Diese Schlussregel, mit der vom Argument auf die These geschlossen wird, taucht zumeist nicht explizit im Text auf, da sie vorausgesetztes Wissen (Vorkonstrukte, Kap. 4.1.2) enthält (GLASZE ET AL. 2021; HUSSEINI DE ARAÚJO 2011). Dieses Schema lässt sich anhand des folgenden Ausschnitts aus einer Rede von Gauland veranschaulichen:

„Und wenn aus dem ganzen Nahen Osten Menschen zu uns kommen, junge, ungebildete Muslime, dann ist es absurd zu glauben, dass diese Menschen sich hier einfach integrieren lassen. [...] Es wird uns irrsinnige Beträge kosten, Geld, das wir alle für viel anderes gebrauchen könnten, und es wird nichts helfen. Denn auch mit viel Geld können Sie Menschen nicht integrieren, die nicht in diese Gesellschaft und nicht in diese Kultur passen“ (Gauland, 02.06.2016).

Gauland nutzt in diesem Textausschnitt gleich mehrere Argumente, u.a. dass „aus dem ganzen Nahen Osten Menschen zu uns kommen“ (ebd.), worauf die Schlussregel folgt, dass diese „nicht in diese Gesellschaft und nicht in diese Kultur passen“ (ebd.). Gauland setzt somit das Wissen voraus, dass das ‚Wir‘ nicht im „Nahen Osten“ (ebd.) liegt sowie dass sich die Kulturen so stark unterscheiden, dass ein Zusammenleben nicht möglich sei. Da das Toulmin-Schema von einem „rational argumentierende[n] Subjekt“ (HUSSEINI DE ARAÚJO 2011: 114) ausgeht, muss es für diese poststrukturalistisch ausgerichtete Arbeit in der Hinsicht angepasst werden, dass Argumentieren als ein diskursiver Effekt verstanden wird. Das bedeutet, dass der Diskurs es dem Subjekt erst ermöglicht zu argumentieren (ebd.).

Mit dieser Anpassung ist das Toulmin-Schema von zentraler Bedeutung für die Arbeit mit semantischen Strickleitern, mit Hilfe derer die „Verknüpfungen von Identität konstituierenden Textelementen“ (ebd.: 112) und damit die oben erwähnten Äquivalenz-, Differenz- und antagonistischen Beziehungen von Elementen aus dem Textmaterial herausgearbeitet und graphisch dargestellt werden können. Dafür kommt neben dem Toulmin-Schema die Greimas'sche Isotopieentheorie zum Einsatz, welche unter Isotopien die Bedeutungsbeziehungen zwischen einzelnen Textelementen versteht (GREIMAS 1971). Die Bedeutungsbeziehungen bei Greimas sind nicht anders zu verstehen als die genannten Äquivalenz-, Differenz- und antagonistischen Beziehungen. Dementsprechend lassen sich mit diesen Vorüberlegungen semantische Verknüpfungen aus dem Textmaterial herausarbeiten. In einer Textstelle aus einem Interview mit Jongen (AfD) werden Menschen aus dem Westen und dem Osten Deutschlands gegenübergestellt und mit bestimmten Eigenschaften versehen (z.B. kampfeslustig, arrogant). Diese Beziehungen bzw. Verbindungen von (Text)Elementen lassen sich graphisch in Form einer Strickleiter darstellen (Abb. 3).

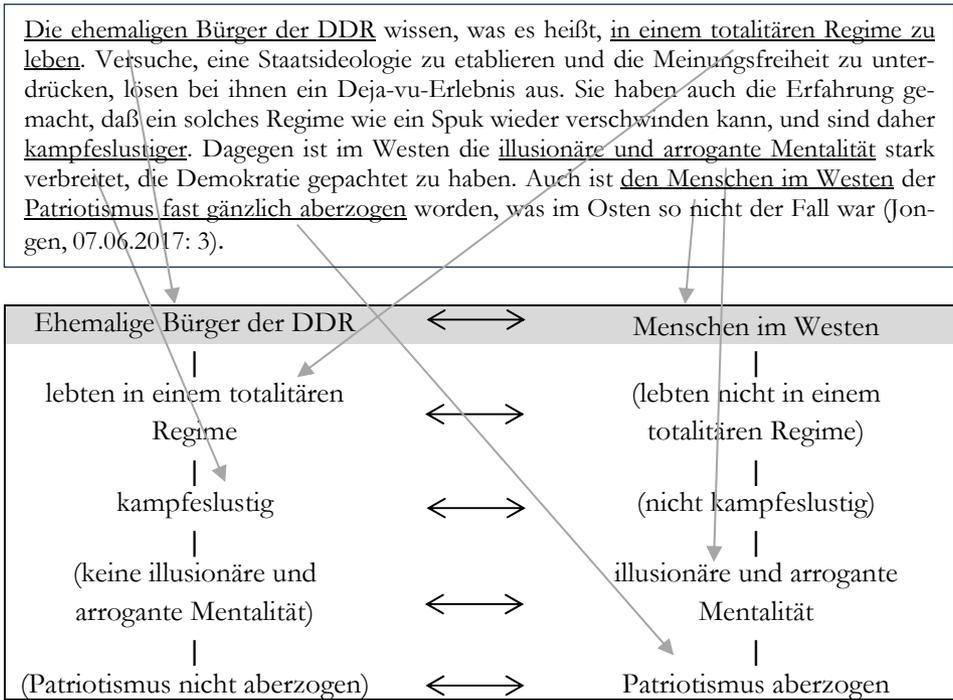


Abb. 3: Ehemalige Bürger der DDR vs. Menschen im Westen (Quelle: eigene Darstellung)

Implizit Mitbehauptetes wird dabei in Klammern dargestellt. Die Pfeile verdeutlichen die Position der Elemente in der jeweiligen Aussage. Semantische Strickleitern werden exemplarisch für das gesamte Korpus einer Partei aus dem Textmaterial herausgearbeitet. Dabei bleibt jedoch zu beachten, dass es dennoch eine Momentaufnahme darstellt, die graphische Darstellung eines spezifischen Zitates zu einer spezifischen Zeit. Um diesem Umstand zu begegnen wird, soweit möglich, auf ähnlich gelagerte Zitate zu anderen Zeitpunkten verwiesen. Bei der Größe des Untersuchungszeitraumes ist dies jedoch nicht vollumfänglich möglich. Dennoch stellen semantische Strickleitern eine sinnvolle Methode dar, Antagonismen und Beziehungen zwischen (konstruierten) Gruppen (graphisch) darzustellen, Eigenes und Fremdes in den Aussagen sichtbar zu machen und die drei Parteien miteinander zu vergleichen.

Mithilfe kodierender Verfahren (GLASZE ET AL. 2021) und der semantischen Strickleitern (HUSSEINI DE ARAÚJO 2011), welche auf den Annahmen von TOULMIN (1996) und GREIMAS (1971) beruht, können räumliche Identität herstellende Signifikanten sowie Äquivalenz-, Differenz und antagonistische Beziehungen

aus dem Textmaterial herausgearbeitet werden, um damit Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen zu identifizieren und zu dekonstruieren sowie Konstruktionen des Eigenen und des Fremden sichtbar zu machen. Die Codes entstehen dabei sowohl induktiv als auch deduktiv, da nicht nur die theoretischen Vorannahmen, sondern auch die Fragestellungen sowie die eigene bisherige Forschung bestimmte Codes nahelegt. Trotzdem wird mit einer größtmöglichen Offenheit an das Textmaterial herangegangen, um ein möglichst breites Bild zu bekommen. Dennoch bergen interpretative Verfahren die Gefahr von ‚blinden Flecken‘, da der Kodierprozess sowie die Auswahl für den Gesamtkorpus exemplarischer Textstellen von außen nur schwer nachvollziehbar sind (GLASZE ET AL. 2021). Zudem muss die Rolle des Forschenden und seine Positionalität kritisch betrachtet werden. Andere Forschende würden möglicherweise andere Ergebnisse produzieren, da die Analyse stark vom jeweiligen Vorwissen abhängig sowie kultur- und kontextspezifisch ist (HUSSEINI DE ARAÚJO 2011; LOSSAU 2002). Sich umfangreiches Vorwissen anzueignen, ist in diesem Zusammenhang besonders wichtig, dennoch ist ein vollständiger Überblick bzw. vollständiges Wissen nie möglich. Zudem gehen durch die mit der Kodierung verbundenen Kategorisierungen, Zusammenfassungen und Simplifizierungen Bedeutungsspielräume verloren, sodass letztere entweder marginalisiert oder im Diskurs festgeschrieben werden. Insbesondere aus diskurstheoretischer Perspektive ist dieser Punkt problematisch (aber nicht vermeidbar), da die Diskursanalyse anstrebt, Formen der diskursiven Dominanz und Marginalisierung aufzudecken und aufzulösen und sie nicht noch stärker im Diskurs festzuschreiben (GLASZE ET AL. 2021; HUSSEINI DE ARAÚJO 2011).

In dieser Arbeit werden kodierende Verfahren, basierend auf den in Kapitel 2.3 diskutierten theoretischen Annahmen, um emotionale und affektive Aspekte erweitert. Das Konzept der semantischen Strickleiter wird nicht nur zur Gegenüberstellung von Identität herstellenden Signifikanten genutzt, sondern um darüber hinaus durch Sprache konstruierte emotionale und affektive Beziehungen zwischen verschiedenen Körpern offenzulegen (BERG ET AL. 2019). Laut Berg et al. findet diese Konstruktion durch Emotionswörter, Metaphern und Analogien, subjektive Gefühle andeutende Wörter sowie die Materialität des Diskurses statt (ebd.). Ihrem Konzept von *ascribing emotions* folgend wird herausgearbeitet, wem Emotionen zugeschrieben werden und wie dadurch spezifische Körper/Gruppen entstehen. Demnach spielen Emotionen und Affekte z.B. bei der Konstruktion und Konstituierung von Nationen eine entscheidende Rolle, aber auch Personengruppen werden durch Emotionen und Affekte verbunden bzw. getrennt. Am Beispiel des Anschlags auf *Charlie Hebdo* 2015 zeigen Berg et al. auf, wie im Nachgang in den Medien kollektive Körper konstruiert wurden, welche durch gemeinsame Gefühle verbunden sind (ebd.). Es war beispielsweise die Rede von

einem „Anschlag auf uns alle“ (NELLES 2015). Diese Zuschreibungen lassen sich analog zum bereits erläuterten Verfahren in einer semantischen Strickleiter darstellen, wobei dem implizit Gesagten eine noch größere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss, da Emotionen und Affekte häufig nicht direkt angesprochen werden (Abb. 4).

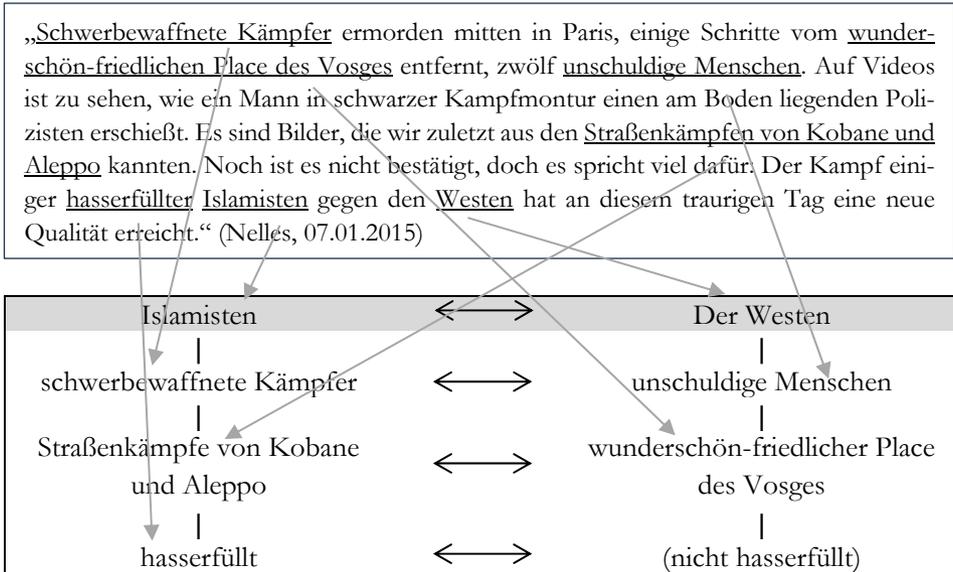


Abb. 4: Islamisten vs. der Westen (Quelle: eigene Darstellung)

Muslim:innen werden in diesem und anderen Zeitungsartikeln als aggressiv, wütend und leicht reizbar dargestellt, während das Eigene, das ‚Wir‘, zusammenhalte, gemeinsam trauere und sich für die Demokratie und Freiheit einsetze (BERG ET AL. 2019). Neben solchen semantischen Verbindungen lassen sich auf der Mikroebene weitere emotionale und affektive Dynamiken analysieren, welche als Erweiterung der Aussagenanalyse im folgenden Kapitel diskutiert werden.

4.1.2 Die Aussagenanalyse

Parallel zur Analyse von Äquivalenz-, Differenz- und antagonistischen Beziehungen im Textmaterial kommt die Aussagenanalyse als auf der Mikroebene ansetzende Methode zur Anwendung, um Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen aus den Aussagen rechter Parteien herauszuarbeiten. Die Aussagenanalyse basiert auf der diskurstheoretischen Annahme, dass Sprache eine konstitutive Rolle „für die gesellschaftliche Produktion von Bedeutungen“

(MATTISSEK 2021: 365) einnimmt und sich die Regeln einer solchen Bedeutungsproduktion folglich aus Texten erschließen lassen (ebd.). Da im poststrukturalistischen Sinne Bedeutung nicht eindeutig sein kann und die Sinnproduktion situations- und kontextabhängig ist (vgl. Kap. 2.1), fokussiert sich die Aussagenanalyse auf Widersprüche, Brüche und Mehrdeutigkeiten, die sich daraus ergeben. Im Zentrum steht somit der Versuch, „die Regeln offenzulegen, anhand derer Verbindungen zwischen sprachlichen Äußerungen und ihrem nicht-sprachlichen Kontext hergestellt werden“ (ebd.: 365). Somit geht die Aussagenanalyse nicht davon aus, dass Texte einen spezifischen tieferen Sinn besitzen, sondern dass Sinn als diskursiver Effekt instabil ist und durch immer andere Kontexte immer wieder neu entsteht. Das heißt, eine Aussage hat keine absolute und objektive Bedeutung, sie ist überdeterminiert (LACLAU U. MOUFFE 2000). Je nach Kontext können „Aussagen unterschiedlich interpretiert werden [... sowie] eine unterschiedliche Funktion und Bedeutung haben“ (MATTISSEK 2021: 366). Dennoch folgt die Bedeutung von Aussagen bestimmten, in der Sprache auffindbaren, Regeln, welche mithilfe der Aussagenanalyse offengelegt werden können. Dabei rücken häufig unbewusst ablaufende Verknüpfungen von Elementen in den Fokus (ebd.). Es werden jene Ausdrucksformen analysiert, die über eine einzelne Aussage hinaus auf einen weiteren Kontext verweisen. Dementsprechend können Aussagen auf Personen, Zeiten und Räume Bezug nehmen oder auf alternative Sichtweisen verweisen. Wichtig zu betonen ist dabei, dass die Aussagenanalyse nicht den ‚einen‘, ‚tatsächlichen‘ Sinn eines Textes oder einer Aussage bestimmen kann. Texte sind aber auch nicht beliebig interpretierbar. Die Aussagenanalyse zeigt auf, wie sich ein Text mittels seiner Ausdrucksformen immer wieder mit neuen Kontexten verbindet (ANGERMÜLLER 2007; MATTISSEK 2021). Mit ihrem Fokus auf indexikalische Ausdrücke (z.B. ‚ich‘, ‚uns‘, ‚jetzt‘), Konnektoren (z.B. ‚weil‘, ‚aber‘) sowie Subjektivität herstellenden Modalisatoren (z.B. ‚leider‘, ‚hoffentlich‘) ergänzt die Aussagenanalyse kodierende Verfahren und die semantische Strickleiter sinnvoll (MATTISSEK 2021). MATTISSEK (2008) unterscheidet zwischen insgesamt drei Formen von enunziativen²¹ Markierungen, die im Folgenden erläutert und anschließend um eine vierte Form mit Bezug zu Emotionen und Affekten ergänzt werden.

Deiktika oder deiktische Wörter (z.B. ‚ich‘, ‚jetzt‘) setzen genauso wie Vorkonstrukte und polyphone Formen (s. unten) eine „Äußerung zu ihrem diskursiven Kontext in Bezug“ (ebd.: 135). Deiktika lassen sich separiert nicht analysieren, erst durch ihren Kontext bekommen sie eine Bedeutung und nehmen auf Personen, Orte oder die Zeit Bezug. In der Analyse können neben den zuvor angeführten primären Äußerungspartikeln weitere Pronomen – der Person: ‚du‘, ‚uns‘ und der Nicht-Person: ‚man‘, ‚sie‘ – sowie Eigennamen (z.B. ‚Philipp Hövel‘,

²¹ Enunziator:in = diskursive Sprecher:in (MATTISSEK 2008)

‚Münster‘) berücksichtigt werden (MATTISSEK 2021; MATTISSEK 2008). Über deiktische Wörter kann in Texten, in diesem Fall Reden und Interviews von Akteur:innen rechter Parteien, eine gewisse Subjektivität konstruiert werden. Die Sprecher:innen hinterlassen ihren persönlichen Abdruck in der Sprache, welcher mithilfe der Aussagenanalyse herausgearbeitet werden kann (ANGERMÜLLER 2007; MATTISSEK 2008). Besonders für die Analyse von Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen bietet sich diese Methode an, da die Verknüpfung räumlicher Begriffe (‚hier‘, ‚dort‘) mit spezifische Gruppen konstituierenden Personalpronomen (‚wir‘, ‚uns‘) erkennbar wird und somit die Beschreibung von Eigenem und Fremdem samt zugeschriebener Eigenschaften herausgearbeitet werden kann. Unbewusste, tief verankerte Annahmen der Aufteilung der Welt in Eigenes und Fremdes können in der Sprache sichtbar gemacht werden. „Indem räumliche Deiktika diskursiv mit bestimmten „Raumcontainern“ verknüpft werden“ (MATTISSEK 2008: 136), verfestigen sich diese Grenzziehungen und können hegemonial und unhinterfragt werden. Das ausgeschlossene, marginalisierte Andere bleibt jedoch stets im Diskurs und in spezifischen Äußerungen vorhanden und zeigt sich durch Brüche und Widersprüche (ebd.).

Einzelne Äußerungen stehen dabei nie für sich, sie schließen immer an andere, vorher getroffene Äußerungen an. Das Wissen über diese Äußerungen oder Äußerungskontexte wird als Vorkonstrukt oder diskursives Vorwissen bezeichnet. Es wird häufig als gegeben vorausgesetzt, hat aber dennoch einen Einfluss auf den Diskurs (ANGERMÜLLER 2007; MATTISSEK 2008). So setzt der Satz „[...] dass Deutschland [als Teil von Europa] endlich seine Verantwortung wahrnimmt“ (Petry, 20.06.2016) recht banal voraus, dass Deutschland ein Nationalstaat ist und zudem auf dem Kontinent Europa liegt. Darüber hinaus sind – je nach Sprecher:innenposition – weitere Informationen zum Verständnis nötig, z.B. dass einzelne Nationalstaaten mehr oder weniger Verantwortung haben und es eine gewisse Hierarchie zwischen ihnen gibt. Erkennen lassen sich solche Vor Konstrukte zum einen an nicht-notwendigen Relativsätzen („Diese Deutschen haben [...] die Staaten, die sie als neue Heimat auserkoren haben, weitergebracht.“ (Höcke, 22.12.2014)), die weggelassen werden könnten, ohne die Aussage zu verfälschen, und zum anderen an sogenannten Nominalisierungen (z.B. Kapitalismus, Pluralismus). Letztere sind in einem Satz von einem Verb zu einem Nomen geworden, sodass der Fakt, dass es sich bei dem Nomen vormals um das Handeln von Akteur:innen gehandelt hat, in den Bereich des diskursiven Vorwissens rutscht. Für diese Handlungen übernimmt demnach keine (diskursive) Person mehr die Verantwortung (ANGERMÜLLER 2007; MATTISSEK 2008). In dem Satz „[d]er Raubtierkapitalismus hat kein soziales Gesicht“ (Haider 2005: 86), übernimmt kein ‚Ich‘ und kein ‚Wir‘ die Verantwortung für die kapitalistischen Prozesse, dennoch finden sie statt und sind mit spezifischen Eigenschaften verknüpft. Je nach Kontext sowie mit dem passenden Vorwissen lässt

sich mithilfe der Aussagenanalyse darauf schließen, wer laut Sprecher:in für diesen Prozess verantwortlich sei.

Die dritte von MATTISSEK (2008) vorgeschlagene Form enunziativer Markierungen ist die Polyphonie bzw. die Mehrstimmigkeit von Aussagen. Dabei steht wieder die Heterogenität von Bedeutung bzw. von Sinn im Fokus. Während mithilfe der Deiktika Brüche und Widersprüche in der Verbindung von Text und Kontext gesucht werden, konzentriert sich die Polyphonie auf einzelne Aussagen und Textelemente (MATTISSEK 2021; MATTISSEK 2008). Dabei existiert in einer Aussage nicht nur die Stimme des/der Sprechenden, sondern es lässt sich eine Vielzahl weiterer Sprecher:innen bzw. Sprecher:innenpositionen finden, welche durch Konnektoren (‘aber’, ‘sondern’, ‘nein’) auf Abstand gehalten werden. Die verschiedenen Positionen stehen in einer Aussage in einem argumentativen Verhältnis. Unterschieden wird dabei zwischen dem diskursiven Lokutor, als für die Aussage verantwortlich, sowie diskursiven Enunziatoren, die für verschiedene Positionen innerhalb der Aussage stehen und „vom Lokutor auf unterschiedliche Distanzen gehalten werden“ (MATTISSEK 2008: 139). Es wird nochmals deutlich, dass Aussagen nicht den einen Ursprung, die eine ‚wahre‘ Bedeutung haben. In Aussagen einer Person können sich viele Stimmen und Positionen überschneiden und gegenseitig widersprechen. Mit dem Fokus auf polyphone Strukturen lassen sich demnach Brüche und Widersprüche zwischen hegemonialen und marginalisierten Diskursstrukturen aufzeigen und analysieren (ANGERMÜLLER 2007; MATTISSEK 2008). Auch in Aussagen rechter Akteur:innen ragen immer wieder von ihren Anschauungen abweichende Deutungsangebote hinein und Widersprüche in ihren Erzählungen und Narrativen werden deutlich:

„Aber wir, liebe Freunde, wir Patrioten hier in Dresden, in Sachsen und in ganz Deutschland, wir trauen diesen Politikern nicht mehr, denn diese Politiker meinen es nicht gut mit ihrem Volk“ (Höcke, 19.01.2017).

Höcke verwendet in diesem Beispiel die polyphone Markierung „nicht mehr“ (ebd.), um zu zeigen, dass die Menschen in die Politik und die Regierung vertraut hätten, jedoch immer wieder enttäuscht wurden. Das hegemoniale Deutungsmuster des Vertrauens in die Politik wirkt in diese Aussage hinein und wird dann vom Lokutor umgedeutet (HÖVEL 2018). Kennzeichnend für Brüche und Widersprüche in Aussagen sind, neben dem von Höcke verwendeten ‚nicht (mehr)‘, weitere verneinende Konnektoren (‘aber’, ‘sondern’) sowie Negationen beinhalten Adjektive und Verben (z.B. ‚unfähig‘, ‚unvermeidlich‘, ‚unaufhaltsam‘) (MATTISSEK 2008). Dabei bleiben sowohl die positiven wie auch die negativen Äußerungen in der Aussage enthalten. Darüber hinaus lassen sich polyphone Strukturen im Textmaterial anhand weiterer Anzeichen wie modaler Brüche, indirekter Rede oder dem Einsatz von Ironie erkennen. Sie sind Anzeichen dafür, dass der Lokutor keine Verantwortung für diese Teile der Aussage übernimmt (ANGERMÜLLER 2007; MATTISSEK 2008).

Den drei vorgestellten Formen enunziativer Markierungen nach MATTISSEK (2008), welche gemeinsam das Zusammenwirken größerer diskursiver Zusammenhänge verdeutlichen, wird an dieser Stelle eine vierte Form hinzugefügt: Die Analyse polyphoner Strukturen berücksichtigt zwar bereits drohende, fordernde und negierende Partikel sowie ironische Äußerungen, Emotionen und Affekte lassen sich mit den drei Formen jedoch nicht adäquat aus dem Textmaterial herausarbeiten. Um dies methodisch umzusetzen, werden Aspekte des Konzeptes *reading for affect* zu Hilfe genommen (BERG ET AL. 2019). Zunächst wird jedoch allgemeiner auf die Herausarbeitung von Emotionen und Affekten aus Texten, im Speziellen aus politischen Reden und Interviews eingegangen. AHMED (2014) merkt an, dass politische Reden affektiv sind, indem sie die Gefühle der Zuhörenden aufgreifen und in eine bestimmte Richtung lenken. Sie geben diesen Gefühlen ein Ziel, projizieren sie z.B. auf eine bestimmte Gruppe oder Person und schließen diese damit diskursiv ein oder aus. In den Sprachwissenschaften gibt es eine Vielzahl von Versuchen, Emotionen zu definieren, kategorisieren und operationalisieren. SHAVER ET AL. (1987) entwickelten ein Kategoriensystem mit den sechs Emotionswörtern Liebe, Freude, Überraschung, Ärger, Traurigkeit und Angst, wobei jedem Wort weitere Begriffe untergeordnet werden – zur Überraschung zählen beispielsweise noch Verwunderung und Erstaunen. Das „Affektive Diktionär Ulm“ identifiziert die acht Emotionskategorien Liebe, Begeisterung, Zorn, Furcht, Freude, Zufriedenheit, Depressivität und Ängstlichkeit, die je nach Bedarf um Erleichterung, Stolz, Schuld und Scham ergänzt werden können (LEHMANN ET AL. 2017). Ahmed lehnt die Idee, dass Emotionen einfach ‚da‘ sind, jedoch ab: eine Reduzierung der Analyse allein auf diese Emotionswörter würde sie verengen (AHMED 2014). Dennoch bilden sie einen sinnvollen Einstiegspunkt in die Analyse von emotionalen und affektiven Dynamiken und ihren Auswirkungen auf Körper, weshalb auch Ahmed ihr Buch *„The Cultural Politics of Emotion“* entlang der Emotionswörter *pain, hate, fear, disgust, shame* und *love* strukturiert (ebd.). Diese Begriffe können somit als Signalwörter für eine erste grobe Analyse des Textmaterials verstanden und verwendet werden, um zentrale Dokumente für eine tiefergehende Analyse auf der Mikroebene zu identifizieren. Bezogen auf rechte Akteur:innen haben Sauer und Penz zentrale Emotionen und Affekte herausgearbeitet: sie beschreiben Wut (u.a. gegen die Elite, das Establishment, die Presse), Angst (u.a. vor den Anderen), Liebe (u.a. für das Eigene, die Familie, die Nation), Scham (u.a. vor dem sozialen Abstieg, der Arbeitslosigkeit), Stolz (u.a. auf das Eigene, andere Frauen ‚zu retten‘) und Hoffnung (u.a. auf eine rechte Führerschaft) (SAUER 2020) sowie Hass und Ekel (PENZ U. SAUER 2020). Dabei fokussieren sie sich in ihren Analysen neben den Signalwörtern auf bestimmte (emotionale) Satzkonstruktionen (z.B. ‚ich bin wütend‘, ‚ich hasse/liebe ...‘) sowie auf Emotionen auslösende rhetorische Fra-

gen und aufpeitschende Sprache. Weitere Signalwörter für die Analyse von Emotionen und Affekten sind u.a. ‚fühlen‘, ‚Stimmung‘, ‚mögen/gefallen‘ (WETHERELL ET AL. 2015). Diese Annahmen können um Aspekte des bereits andiskutierten Ansatzes *reading for affect* ergänzt werden, um im Rahmen der Aussagenanalyse Emotionen und Affekte sinnvoll aus dem Textkorpus herausarbeiten zu können. Der Ansatz strebt an, offen zu legen, „how the affective relations between different bodies are established through language“ (BERG ET AL. 2019: 52). Dabei analysieren sie das Textmaterial mit Blick auf die angeführten Emotionswörter sowie Metaphern, Analogien und Übertreibungen, die Körper beinhalten, und Begriffe, die subjektive Gefühle und Erlebnisse andeuten (ebd.). Konkret werden somit bei der Analyse drei Ebenen von Emotionen und Affekten in Texten betrachtet:

- die direkte Erwähnung dieser (z.B. ‚ich bin traurig‘)
- die direkte Erwähnung körperlicher Reaktionen (z.B. ‚mir kommen die Tränen‘)
- diffuse Emotions- und Affektpotentiale (z.B. ‚wir werden uns nicht wiedersehen‘)

Mit diesem Ansatz lassen sich demnach nicht nur Emotionswörter und ihre Zuschreibung zu einzelnen Individuen herausarbeiten, sondern auch die „relational dynamics and bodily aspects“ (ebd.: 49) von Emotionen und Affekten im Diskurs. Auf diese Weise wird die Aussagenanalyse sinnvoll um Aspekte der Debatte um Emotionen und Affekte in der Geographie erweitert (Abb. 5).

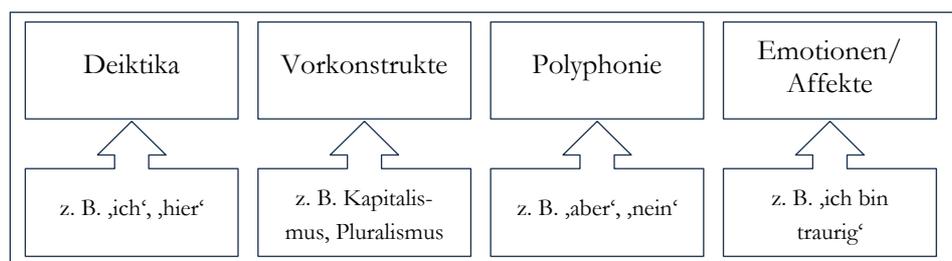


Abb. 5: Die Aussagenanalyse (Quelle: verändert nach MATTISSEK 2008)

Dabei kann auf teilweise vorhandene, explorativ durchgeführte Analysen zurückgegriffen werden, wobei vor allem politikwissenschaftliche (PENZ U. SAUER 2020; SAUER 2020) und feministische (AHMED 2014) Forschung wichtige Inspirationen liefern. Mit der dargestellten Form der Aussagenanalyse werden neben verschiedenen Positionen innerhalb einer Aussage sowie Brüchen und Widersprüchen im Diskurs somit auch emotionale und affektive Beziehungen in den

Blick genommen sowie die Analyse von ‚Wir/Sie‘- und ‚Hier/Dort‘-Unterscheidungen um die Bedeutung von Emotionen und Affekten erweitert. Wie BERG ET AL. (2019) gezeigt haben, hat eine durch gemeinsame Gefühle verbundene Gruppe eine besonders starke Verbindung, welche sich zudem durch eine besonders starke Ablehnung gegenüber dem vorgeblich anders fühlenden Anderen äußern kann. Diskurse um Ein- und Ausgrenzung, Zugehörigkeit und Ausschluss haben zumeist eine emotional-affektive Ebene, welche nun stärker in den Fokus der Analyse rückt. In Kombination mit kodierenden Verfahren und der semantischen Strickleiter steht so ein Methodenset zur Verfügung, welches sowohl lexikalische als auch indexikalische Wörter berücksichtigt (MATTISSEK 2008) und somit eine breite und fundierte Analyse von raumbezogenen Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen von AfD, FPÖ und SVP ermöglicht.

4.2 Korpuserstellung

Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen rechter Parteien in Europa werden in dieser Arbeit mit den in den vorherigen Kapiteln vorgestellten Methoden aus einem breiten Korpus aus Reden und Interviews herausgearbeitet, welche einen verhältnismäßig großen Zeitraum umfassen. Dieser Zeitraum ist zunächst recht grob festgelegt worden, um bei Recherche und Analyse eine gewisse Offenheit zu bewahren, da das Diskursfeld zu Beginn der Analyse kaum vollständig überblickt werden kann (GLASZE ET AL. 2021). Er beginnt mit dem Ende des Kalten Krieges, das nicht nur das Ende eines über lange Jahre hegemonialen geopolitischen Leitbildes darstellt (REUBER 2012), sondern in vielerlei Hinsicht gesellschaftliche, politische und ökonomische Veränderungen mit sich bringt. Die Pluralisierung der Leitbilder führt zu ganz unterschiedlichen Prozessen und Entwicklungen, welche sich auch in politischen Reden und Interviews rechter Akteur:innen widerspiegeln. In Deutschland ist die Wiedervereinigung das dominierende Thema, in Österreich und der Schweiz die Debatte um einen möglichen EU-Beitritt, welche prägend sowohl für die FPÖ als auch die SVP werden sollte. Zudem trugen die angesprochenen „fundamental economic and social transformations since the 1990s, which are widely labelled as neoliberal restructuring and the financialization of capitalism“ (SAUER 2020: 28) zum Erfolg der rechten Parteien in Europa bei. Es erscheint somit sinnvoll, die Analyse der Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen an diesem Punkt des Umbruchs, dem Beginn einer, je nach Lesart, „postnationale[n] Konstellation“ (HABERMAS 1998), dem „Ende der Geschichte“ (FUKUYAMA 1989) oder eines aufflammenden „Kampf[es] der Kulturen] (HUNTINGTON 1998) beginnen zu lassen.²² Das

²² Zur Entstehungsgeschichte der drei Parteien vgl. Kapitel 3.

Ende des Analysezeitraumes bildet der Beginn des Jahres 2020 mit der alles dominierenden Diskussion um die COVID 19-Pandemie. Auch wenn sich am Umgang rechter Parteien mit der Pandemie einige Strategien und Argumentationsmuster exemplarisch nachweisen ließen, bietet sie Material für eine eigene Arbeit, zumal ein Ende der Pandemie zum Beginn der Forschung noch nicht abzusehen war.

Die Reden und Interviews, aus denen sich das Textkorpus zusammensetzt, stammen aus unterschiedlichen, frei zugänglichen Quellen. Die aufgrund des großen Zeitraumes sehr umfangreiche Recherche umfasst sowohl offizielle Dokumente und Veröffentlichungen der drei Parteien auf den Bundes- und Landeswebseiten sowie in Mitgliederzeitungen, Pressemitteilungen und Redetranskripten, als auch in gängigen Printmedien abgedruckte bzw. online zur Verfügung gestellte Reden und Interviews (u.a. Süddeutsche Zeitung, Standard, NZZ). Zusätzlich wurden Mediatheken der öffentlich-rechtlichen (u.a. ARD, ZDF, ORF, SRF) sowie privater (u.a. ntv, Servus TV) TV-Sender und Online-Plattformen wie YouTube in die Recherche einbezogen. Da rechte Parteien bei ihrer Kommunikation in besonderem Maße auf die sozialen Medien sowie die digitale Verbreitung ihrer Inhalte setzen (EBNER 2019; HILLJE 2022; SCHWARZ 2020), ließ sich auf diese Weise ein sehr umfangreicher Textkorpus zusammenstellen. Der Untersuchungszeitraum ragt jedoch auch in die vordigitalisierte Zeit hinein, sodass ergänzend parlamentarische Reden aus dem Bundestag und den Nationalräten in Österreich und der Schweiz hinzugezogen werden. Bei der Recherche zu Redebeiträgen rechter Parteien wird recht schnell das konfliktäre Verhältnis zu den ‚klassischen‘ Medien deutlich. Abseits der großen Sommerinterviews oder dem (kommentierten) Abdruck einzelner besonders aufsehenerregender Reden – z.B. Gaulands Rede, in der er von einer „Politik der menschlichen Überflutung“ (FAZ 2016) spricht – kommen rechte Parteien und ‚klassische‘ Medien nur selten zusammen. Neben der Verwendung der parteieigenen Veröffentlichungen bleibt damit nur der Blick in rechte Publikationsnetzwerke. Reden und Interviews rechter Parteien finden sich in Blogs (u.a. PI News, unzensuriert.at), Zeitschriften (u.a. Junge Freiheit, Sezession, Zur Zeit, Schweizerzeit) und einschlägigen sowie den eigenen YouTube-Kanälen (AfD TV, FPÖ TV, SVP Schweiz). Wo eine Rede oder ein Interview erscheint, ist dabei nicht unerheblich, da Interviewfragen mehr oder weniger provokant gestellt und Einordnungen mehr oder weniger kritisch geschehen können. Zudem ist das Publikum, zu dem die Parteifunktionär:innen sprechen, ein anderes und damit möglicherweise auch die Wortwahl und Argumentationsweise. Waren Interviews oder Reden nur in Video- oder Tonform verfügbar, wurde eine Transkription mit dem Programm f4 vorgenommen. Dabei wurde von einer vollständigen Transkription inklusive der Beschreibung von Gesten und Mimik sowie der Darstellung von Pausen abgesehen. Für die Analyse von Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen sind diese

nicht notwendig. Die Dateien wurden wörtlich transkribiert, da z.B. für die Analyse indexikalischer Wörter im Rahmen der Aussagenanalyse eine sinngemäße Transkription nicht ausreichend gewesen wäre. Der Fokus auf Reden und Interviews als Analysegegenstände ergibt sich daraus, dass sie sich „als komplexe Verknüpfungen von disparaten Elementen lesen lassen“ (HILDEBRAND 2017: 147) und nicht, wie z.B. Parteiprogramme, nur Standpunkte aneinanderreihen. Der mit ca. 30 Jahren recht groß gewählte Untersuchungszeitraum bringt es dabei mit sich, dass sich in dieser Zeit Kommunikationsstrategien geändert haben und neue Techniken hinzugekommen sind, sodass zu unterschiedlichen Zeitpunkten auf unterschiedliches Material zurückgegriffen wird.

4.3 Operationalisierung und empirisches Vorgehen

Diese Arbeit analysiert in einem Methodenmix aus kodierenden Verfahren und Aussagenanalyse, erweitert um emotions- und affekttheoretische Aspekte, Reden und Interviews von Akteur:innen der drei Parteien AfD, FPÖ und SVP, um zum einen „überindividuelle, „hegemoniale“ Muster des Sprechens über einzelne Themen“ (MATTISSEK 2008: 115), Konstruktionen und Beschreibungen des Eigenen und Fremden sowie Brüche und Widersprüche sichtbar zu machen und zum anderen die Rolle von Emotionen und Affekten in diesen Argumentations- und Kommunikationsprozessen zu untersuchen. Mit diesem Vorgehen werden die leitenden Fragestellungen nach diskursiven Tiefenstrukturen parteibezogener Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen sowie Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen den Parteien beantwortet.

LANDWEHR (2008) folgend besteht eine Diskursanalyse aus drei Schritten. In einem ersten Schritt wird die Makrostruktur des Textes ermittelt (Was ist das Thema des Textes? Wie ist er gegliedert?). Der zweite Schritt fokussiert sich auf die Darstellungsprinzipien, also auf welche Weise der Inhalt vermittelt wird, um im dritten Schritt herauszuarbeiten, was nicht im Text steht und warum nicht (ebd.). Letztlich dienen diese drei Schritte dazu, einzelne Aussagen, welche nach Foucault „letztes, unzerlegbares Element des Diskurses“ (FOUCAULT 2015: 116) sind, als exemplarisch für den gesamten Textkorpus und somit den Diskurs herauszuarbeiten. Bevor die Makrostruktur einzelner Texte betrachtet werden kann, ist jedoch zunächst der Blick auf das Gesamtkorpus notwendig, um Kerntexte für eine genauere Analyse zu identifizieren. Dazu wird den beiden oben vorgestellten methodischen Verfahren ein weiterer Analyseschritt vorgeschaltet, in dem hegemoniale Themenkomplexe und Signifikanten (Signalwörter) sowie Erzählstrukturen identifiziert werden. Für diesen Schritt wurde das Textkorpus um Parteizeitungen und Parteiprogramme erweitert. Simples ‚Querlesen‘ der Texte

- Wirtschaft (u.a. Steuern, Geld, Wirtschaft, Euro, Wohlstand)
- Politik (u.a. Staat, Wahlen, Koalition, Partei, Politik, Nationalrat, Parlament)

Nicht alle Themenkomplexe finden in dieser Arbeit Berücksichtigung und nicht alle für die Parteien relevanten Themenkomplexe konnten mit der Häufigkeitsanalyse sichtbar gemacht werden (z.B. Antifeminismus, Klima, Angst), weshalb eine rein lexikometrische Analyse die leitenden Fragestellungen nicht adäquat beantworten kann. Mit Rückbezug auf Theorie und Fragestellungen dienen die Signalwörter und Themenkomplexe im weiteren Verlauf jedoch als strukturierende Elemente für die Analyse auf der Mikroebene. Dieser erste Schritt macht bereits deutlich, dass die verwendeten Methoden stark interpretativ ausgerichtet sind. Die Identifikation der Signalwörter folgt zwar im Ansatz einer Häufigkeitsanalyse, dennoch ist die Zusammenstellung und anschließende Clusterung stark interpretativ und subjektiv und „die Ergebnisse [hätten] immer auch [...] anders ausfallen können“ (LOSSAU 2002: 64). Die anschließende Fokussierung auf einzelne Kerntexte des Korpus erschließt sich daraus, dass kein vollständiger, systematischer Überblick über alle Reden und Interviews von Akteur:innen der drei Parteien gewonnen werden kann, sondern dass die Auswahl der Texte dem Erkenntnisinteresse dieser Arbeit dient (HILDEBRAND 2017). Die für eine detailliertere Analyse in Betracht gezogenen Texte werden zum einen basierend auf den identifizierten Signalwörtern ausgewählt und zum anderen danach, ob sie eine Beantwortung der leitenden Fragestellungen nach Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen ermöglichen. Die Auswahl von Texten und Aussagen, die für den gesamten Textkorpus bzw. den jeweiligen Diskurs ‚typisch‘ sein sollen, kann deshalb bereits als Forschungsergebnis gesehen werden. Voraussetzung dafür ist es, „den Diskurs so weit erfasst zu haben, dass bei weiterer Recherche und Lektüre keine neuartigen Artikulationen aufgefunden werden würden“ (ebd.: 147). Ein einschränkender Faktor ist dabei der begrenzte Zugang bzw. die Verfügbarkeit älterer Texte, die an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben sollte.

Sind entsprechende Kerntexte identifiziert, kommen kodierende Verfahren und Aussagenanalyse für die Analyse rechter Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen zum Einsatz. Die Makroanalyse eines Textes ist dabei nicht ausreichend, sie dient lediglich dazu, einzelne Merkmale sichtbar zu machen, auf denen die Mikroanalyse aufbaut (LANDWEHR 2008). Um diskursive Regeln sowie Brüche und Widersprüche aufzeigen zu können, ist eine Beschreibung und Einbettung in den jeweiligen Kontext der ausgewählten Aussagen nötig. Diese Prozesse finden im Auswertungskapitel parallel statt. Gleichzeitig können kodierende Verfahren, Aussagenanalyse und Beleuchtung der Rolle von Emotionen und Affekten in der Analyse ebenfalls nur schwer getrennt werden, weshalb auch sie in

einem Methodenmix parallel zur Anwendung kommen. Mit dem Konzept der semantischen Strickleiter werden „Verknüpfungen von Identität konstituierenden Textelementen“ (HUSSEINI DE ARAÚJO 2011: 112) aus dem Textkorpus herausgearbeitet und graphisch gegenübergestellt (vgl. Beispiel in Kap. 4.1.1). Für den gesamten Korpus bzw. für die einzelnen Parteien werden dabei exemplarische Gegensatzpaare identifiziert und analysiert. Anhand dieser exemplarischen Textstellen können Äquivalenz-, Differenz- und antagonistische Beziehungen zwischen den einzelnen Textelementen sichtbar gemacht und ihre Verknüpfungen mit Eigenem und Fremdem offengelegt werden. Aufgrund der Fülle des Materials können nicht alle identifizierten semantischen Strickleitern Eingang in diese Arbeit finden. Zudem wird auch an dieser Stelle nochmal darauf hingewiesen, dass die semantischen Strickleitern eine Momentaufnahme darstellen. Sie wurden evidenzbasiert und exemplarisch für das gesamte Textmaterial ausgewählt, bleiben letztlich jedoch ein Schlaglicht, das durch weiteren Kontext in den entsprechenden Kapiteln ergänzt wird.

Die kodierenden Verfahren, ursprünglich „vor dem Hintergrund interpretativ-hermeneutischer Erkenntnistheorien entwickelt“ (GLASZE ET AL. 2021: 385) mussten an die diskurstheoretischen Überlegungen angepasst werden (vgl. Kap. 4.1.1). In der Forschungspraxis verschwimmen diese Grenzen jedoch bisweilen, da auch bei Diskursanalysen notwendigerweise interpretiert wird, sodass in gewisser Weise von einer diskurstheoretisch informierten Hermeneutik gesprochen werden kann. Die für diese Arbeit ausgewählten Aussagen aus Reden und Interviews rechter Parteien werden in Kapitel 5 auf die diskurstheoretische Ausgangslage Bezug nehmend interpretativ analysiert. Die Diskurstheorie bildet das Fundament dieser Interpretationen. Dabei gilt es, eine hohe Sensibilität „für die erkenntnistheoretischen Probleme der Interpretation“ (GLASZE 2007) an den Tag zu legen. In der gesamten Analyse spielen die Positionalität²⁴ sowie das bestehende Vorwissen des Forschenden eine herausgehobene Rolle. Die Erkennung von Kommunikations- und Argumentationslogiken in einem Text ist stark abhängig von diesen Faktoren und insbesondere die Herausarbeitung impliziten Wissens²⁵ ist stark kontextabhängig und kann nie vollständig sein (HUSSEINI DE ARAÚJO 2011). Um Regelmäßigkeiten in den Äquivalenz-, Differenz- und antagonistischen Beziehungen zu finden, werden die semantischen Strickleitern zusätzlich miteinander verglichen. So kann z.B. herausgearbeitet werden, ob das Eigene vermehrt in der Rolle des Opfers oder der des Täters erscheint. Anhand

²⁴ Der Autor ist weißer, männlicher, heterosexueller, katholischer Politischer Geograph und ist damit keinen Ausgrenzungsprozessen der extremen Rechten ausgesetzt.

²⁵ Implizit Gesagtes wird in den semantischen Strickleitern in Klammern dargestellt.

solcher Regelmäßigkeiten kann auf diskursive Regeln geschlossen werden, welche Grenzziehungsprozesse verstärken und Identitäten entlang dieser Grenzen anordnen.

Während mit kodierenden Verfahren und der semantischen Strickleiter vor allem Gegensatzpaare des Eigenen und des Fremden aus dem Textmaterial herausgearbeitet werden, nimmt die Aussagenanalyse Brüche und Widersprüche in den Aussagen der Akteur:innen sowie charakteristische Strukturen und emotional-affektive Aspekte in den Blick. Es wird dabei nicht die subjektive Sichtweise einzelner Mitglieder der drei Parteien analysiert, sondern gezeigt, dass es innerhalb der drei Parteien – und möglicherweise auch zwischen ihnen – hegemoniale sprachliche Muster gibt, die sich in den Aussagen unterschiedlicher Personen durchpausen. Durch und in Sprache werden Machtbeziehungen deutlich und durch ihre exponierte Position besitzen Aussagen von Parteipolitiker:innen eine besondere Macht und können eine breite Masse zu erreichen. Sie können diffus in der Gesellschaft vorhandene Argumentationen und Meinungen aufgreifen und pointiert wiedergeben. Die Grenzen des Sagbaren werden auf diese Weise Schritt für Schritt erweitert und der Diskurs (nach rechts) verschoben. LANDWEHR (2008) unterscheidet zwischen einer sachlogischen Argumentation und affektiver Gefühlsstimulation. Politische Reden und Interviews fallen häufig in letztere Kategorie, da Emotionen und Affekte notwendig für die Mobilisierung der Menschen seien (HELFRITZSCH U. MÜLLER HIPPER 2021b; SCHAAL U. HEIDENREICH 2013).

Die Gliederung der Ergebnisdarstellung im folgenden Kapitel erfolgt entlang der identifizierten Themenkomplexe und Signalwörter in Verbindung mit den theoretischen Grundannahmen. Primäres Ziel ist dabei die Beantwortung der leitenden Fragestellungen und nicht ein vollumfänglicher Überblick über Positionen und Standpunkte der drei Parteien. Die einzelnen Unterkapitel können keinesfalls als statisch und abgeschlossen gelten, sie dienen lediglich der Strukturierung der Ergebnisse, welche auf mehreren Ebenen miteinander verknüpft und verwoben sind. Die Darstellung der Ergebnisse der Aussagenanalyse folgt dem Vorgehen von Mattissek: „Deiktika sind **fett** formatiert, polyphone Markierungen **grau** hinterlegt, Vorkonstrukte unterstrichen“ (MATTISSEK 2008: 150). Das neu eingeführte vierte Konzept der Emotionen und Affekte wird *kursiv* dargestellt. Für eine übersichtlichere Darstellung werden nicht alle formalen Spuren in den jeweiligen Textausschnitten graphisch hervorgehoben, sondern nur diejenigen, die für die Argumentation entscheidend sind. Zuletzt wird noch darauf hingewiesen, dass aufgrund des langen Zeitraumes, der Größe des Textkorpus sowie der Betrachtung von drei Parteien nicht alle Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen beschrieben und analysiert werden können. Es werden, wie bereits erwähnt, die Aspekte aufgegriffen, die charakteristisch für das Textmaterial bzw. die einzelnen Parteien sind und zielführend zur Beantwortung der leitenden Fragestellungen beitragen.

Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen rechter Parteien

AfD, FPÖ und SVP haben sehr unterschiedliche Entstehungs- und Entwicklungsgeschichten, sind heute jedoch allesamt erfolgreiche Parteien am rechten Rand des politischen Spektrums. Erfolgreich meint in diesem Zusammenhang jedoch nicht lokale oder regionale temporäre Wahlergebnisse im hohen einstelligen Bereich, sondern die Vertretung in (fast) allen nationalen Länderparlamenten (AfD) sowie die teilweise (FPÖ) und langjährige Regierungsbeteiligung (SVP). Den drei Parteien ist es somit gelungen über einen großen Zeitraum hinweg flächendeckend hohe Wahlergebnisse zu erzielen. Die von ihnen adressierten Themen scheinen somit fest im gesellschaftlichen Diskurs verankert zu sein. Das verwundert vor allem mit Blick auf die teilweise offen zur Schau gestellte Ablehnung demokratischer Prozesse sowie rassistische und sexistische Aussagen. Alle drei Parteien haben sich in der Parteienlandschaft ihres jeweiligen Landes etabliert. Trotz oder gerade wegen ihrer extrem rechten, rechtspopulistischen oder völkischen Ausrichtung sowie entsprechenden Inhalten und Auftretens. Die Debatte um diese Punkte wird weiterhin zumeist in den Politikwissenschaften geführt. Das Ziel dieser Arbeit ist es deshalb, aus der Perspektive einer diskurstheoretisch ausgerichteten Kritischen Geopolitik in Verbindung mit Aspekten der emotionalen und affektiven Geographien, einen Beitrag zu der auch in der Geographie prominenter werdenden Auseinandersetzung mit Akteur:innen und Diskursen der extremen Rechten zu leisten. Dafür werden Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen aus Aussagen von AfD, FPÖ und SVP herausgearbeitet und sichtbar gemacht, um die leitenden Fragestellungen nach dem gemeinsamen Fundament der jeweiligen Parteien sowie ihren Gemeinsamkeiten und Unterschieden und der Rolle von Emotionen und Affekten bei der Konstruktion von Eigenem und Fremdem zu beantworten.

Das methodische Vorgehen zur Identifikation dominanter Themenkomplexe wurde im vorherigen Kapitel erläutert. Diese Themenkomplexe strukturieren die Ergebnisdarstellung und die folgenden Unterkapitel. Darin sollen sprachliche

Muster sichtbar gemacht werden, die sich durch die Aussagen verschiedener Parteimitglieder ziehen, sowie aufgezeigt werden, wie die drei Parteien Eigenes und Fremdes definieren, wie sie Kultur und Raum semantisch verbinden und welche Rolle Emotionen und Affekte bei den jeweiligen Prozessen spielen. Dabei kommen die in Kapitel 4 vorgestellten Instrumente der semantischen Strickleiter und der Aussagenanalyse zum Einsatz. Der Fokus dieses Kapitels liegt auf der Beantwortung der leitenden Fragestellungen, weshalb nicht alle dominanten Themenkomplexe bearbeitet und nicht relevante Aspekte vernachlässigt werden. An dieser Stelle lässt sich bereits festhalten, dass die Analyse von Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen rechter Parteien in Europa mit dieser Arbeit nicht abgeschlossen werden kann und Potential für weitere Analysen mit jeweils anders gelagerten Schwerpunkten bietet.

Begonnen wird mit der Analyse der AfD, welche sich in sechs Unterkapitel gliedert. Zunächst steht der hegemoniale Nationalismuskurs im Fokus der Betrachtung (Kap. 5.1.1). Innerhalb dieses Diskurses werden Konstruktionen des Eigenen ausgehandelt und vermeintlich ‚deutsche Werte‘ adressiert. In Kapitel 5.1.2 erweitert sich der Blick auf das Fremde im Inneren, konstruierte Feindbilder innerhalb des Raumcontainers Deutschland, die dem Ziel eines homogenen Nationalstaates entgegenstehen würden. Dazu zählt die AfD unter anderem die Regierung, die anderen Parteien oder eine sogenannte Elite. Daran anschließend erweitert sich das Feld nochmals und der Raum außerhalb des konstruierten Nationalstaates wird betrachtet (Kap. 5.1.3). In diesem Kapitel werden vor allem die für rechte Parteien zentralen Punkte Migration, Integration und Religion diskutiert. In gewisser Weise ein Bindeglied zwischen innen und außen bildet die EU. Die Ablehnung europäischer Zusammenarbeit in Kombination mit Forderungen nach mehr nationaler Souveränität sowie entsprechende Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen werden in Kapitel 5.1.4 thematisiert bevor dominante Bedrohungsszenarien sowie die Rolle von Emotionen und Affekten in der Konstruktion dieser aus dem Textmaterial herausgearbeitet werden (Kap. 5.1.5). Abschließend folgt ein fokussierter Blick auf das Weltbild der AfD sowie zentrale Veränderungen bzw. einschneidende Momente in der Geschichte der Partei. Für die Parteien FPÖ (Kap. 5.2) und SVP (Kap. 5.3) wird daran anschließend genauso verfahren. Um Doppelungen in der Vorstellung der herausgearbeiteten Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen zu vermeiden, wird an manchen Stellen auf die etwaigen Kapitel der anderen Parteien verwiesen. In einem Zwischenfazit werden Gemeinsamkeiten und Unterschiede von AfD, FPÖ und SVP nochmals auf den Punkt gebracht (Kap. 5.4).

5.1 Der „völkische Nationalismus“²⁶ der AfD

Die AfD hat sich nach ihrer Gründung 2013 mittlerweile in der deutschen Politiklandschaft etabliert, sie ist in fast allen Länderparlamenten vertreten und 2021 mit 10,3% erneut in den Bundestag eingezogen²⁷. Zwar stellt sie dort neben der CDU nur noch die zweitstärkste Oppositionskraft, hat jedoch nach dem Abgang des dominanten Feindbildes ‚Angela Merkel‘ mit der SPD und den Grünen neue Projektionsflächen für die Markierung eines Anderen gefunden. Das Adressieren einer vermeintlichen linken Hegemonie wird in dieser Legislaturperiode eine noch zentralere Rolle einnehmen als bisher. Die Entwicklung der AfD war von mehreren Umbrüchen und Personalwechseln geprägt (vgl. Kap. 3.1), die erheblichen Einfluss auf inhaltliche Positionen und Auftreten der Partei hatten. In den folgenden Unterkapiteln wird dementsprechend auch die zeitliche Komponente eine Rolle bei der Herausarbeitung von Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen spielen. Dabei ist bereits anzumerken, dass das verfügbare Material mit der Bekanntheit und den Erfolgen der Partei korreliert. Aus der Anfangszeit ließen sich nur wenige Reden und Interviews von Parteimitgliedern finden. Dennoch lassen sich Aussagen über die Entwicklung der Partei sowie etwaige Diskursverschiebungen treffen. Die Gliederung folgt dabei den oben identifizierten Themenkomplexen. Zunächst wird in Kapitel 5.1.1 der deutsche Nationalismuskurs beleuchtet, bevor Konstruktionen des Fremden im Inneren (Kap. 5.1.2), die Abgrenzung nach außen (Kap. 5.1.3) sowie das Verhältnis zu Europa (Kap. 5.1.4) und die Konstruktion von Bedrohungsszenarien (Kap. 5.1.5) analysiert werden. Abschließend wird ein Versuch unternommen, das Weltbild der AfD knapp zusammenzufassen (Kap. 5.1.6), um darauf aufbauend in den folgenden Kapiteln einen Vergleich mit den anderen Parteien anstellen zu können.

²⁶ Angelehnt an HÖVEL 2018.

²⁷ Bei ihrem erstmaligen Einzug in den Bundestag erhielt die AfD 2017 12,6% der Stimmen.

„**Ich** habe mir mal die Mühe gemacht, alle Programme der Parteien zusammenzunehmen, **der Anderen**. [...] Auf [...] 550 Seiten kommt das Wort "Deutsche" nur 5-mal vor, nur 5-mal. Statt an die Deutschen, richten sich **Union, SPD, Grüne und Linke** an die Menschen, die mehr als 400-mal angesprochen werden. Nur, liebe Freunde, **unser** Programm weicht davon ab. Da steht 15-mal bei **uns** das "Deutsche Volk" und das ist der Unterschied von **AfD** und **Altparteien**. **Wir** sind die Partei der Deutschen“ (Gauland, 02.09.2017).

Laut diesem Zitat von Gauland betrachtet sich die AfD also als „die Partei der Deutschen“ (ebd.) und bemüht diese Tatsache, um sich von den „Altparteien“ (ebd.)²⁸, also „Union, SPD, Grüne und Linke“ (ebd.) abzugrenzen. Letztere sprechen von „Menschen“ (ebd.), während die AfD das „Deutsche Volk“ (ebd.) adressiere. Hier prallen somit bereits zwei verschiedene Konstruktionen des Eigenen aufeinander, wobei zunächst völlig offen bleibt, wen die AfD mit „Die Deutschen“ (ebd.) meint. Der weitere Verlauf des Zitates verstärkt den Punkt, dass die AfD stets im nationalen Interesse handele, während die anderen Parteien gegenteilig handelten:

„**Frau Merkel** mag schwarz-rot-goldene Fahnen *entsorgen und in die Ecke werfen*, aber **wir** holen sie wieder hervor und **wir** *ehren und achten* die Farben genauso wie **unsere historischen Traditionen**“ (Gauland, 02.09.2017).

Darüber hinaus verdeutlichen diese beiden Textstellen den für die AfD typischen, sehr häufigen Einsatz von subjektbezogenen Deiktika („uns“, „wir“ (ebd.)). Damit werden in einem ersten Schritt Eigenes und Fremdes sprachlich voneinander getrennt und in einem zweiten Schritt mit bestimmten Eigenschaften versehen oder ihnen werden Handlungen zugeschrieben („entsorgen“, „ehren und achten“ (ebd.)). So verfestigen sich Wir/Sie-Unterscheidungen und Stereotype und Vorurteile werden performativ. Die genannten Handlungen sind darüber hinaus stark emotional-affektiv aufgeladen und adressieren Stolz auf der einen Seite und Wut darüber, dass die Anderen deutsche Symbole abwerten, auf der anderen. Die AfD möchte sich auf die nicht näher definierten „historischen Traditionen“ (ebd.) beziehen, die sie, wie die polyphonen Markierungen zeigen, aber zunächst „wieder“ (ebd.) hervorholen müsse. Die Partei imaginiert ein deutsches Volk, das (wieder) stolz auf Deutschland und seine Geschichte und Traditionen sein könne und dürfe. Worauf dieser Stolz begründet ist, wird weiter unten näher beleuchtet, es ist jedoch festzuhalten, dass die Partei sich in ihrer Rhetorik entlang des Distinktionsmarker ‚deutsch‘ von den anderen Parteien sowie weiteren als ‚fremd‘ gelesenen Menschen abgrenzt und sich selbst, das ‚Wir‘, als „die Deutschen“ (ebd.) beschreibt. Diese Abgrenzung wird durch den vermehrten Einsatz von Deiktika verfestigt. Es fällt der Partei weitergehend jedoch schwer zu beschreiben, was oder wer das Eigene, das ‚Wir‘ ist, wer dazugehört und welche Eigenschaften mit ihm verbunden sind. Nach LACLAU U. MOUFFE

²⁸ Der Begriff ‚Altparteien‘ ist als problematisch zu bewerten, da ihn bereits Goebbels für die Beschreibung der politischen Gegner verwendete (STAHL 2019).

(2000) können ‚das Volk‘ oder ‚die Deutschen‘ als leere Signifikanten verstanden werden, die überdeterminiert sind und immer wieder neu mit Bedeutung aufgeladen werden. So lassen sich sehr unterschiedliche Gruppen unter diesen Begriffen fassen, innere Differenzen überwinden und eine kollektive nationale Identität konstruieren. Dabei entsteht das Eigene jedoch erst durch die Beschreibung des Anderen. Indem dem Anderen/dem Fremden bestimmte Eigenschaften zugeschrieben werden, entsteht im Negativ ein Bild des Eigenen (SAID 1978). Die AfD verwendet sehr viel Zeit und sprachlichen Aufwand darauf, das Andere zu beschreiben, um sich so einer Definition des Eigenen anzunähern. Diese Gegenüberstellung von Eigenem und Fremdem lässt sich mithilfe des Konzeptes der semantischen Strickleiter aus einer für den Gesamtkorpus beispielhaften Textstelle herausarbeiten, indem die Identität konstituierenden Signifikanten nebeneinandergestellt und die ihnen zugeschriebenen äquivalenten Merkmale darunter aufgeführt werden. So können explizite und implizite²⁹ Verknüpfungen im Textmaterial sichtbar gemacht werden (vgl. Kap. 4.1.1)³⁰.

²⁹ Implizit Mitbehauptetes wird in Klammern dargestellt (vgl. Kap. 4.1.1).

³⁰ Eine ähnliche Abbildung wurde bereits verwendet in HÖVEL 2018. Eine Beschreibung der Fremden als „jung, [...] männlich [und] muslimisch“ findet sich u.a. auch bei Höcke (21.11.2015) und Jongen (02.2017).

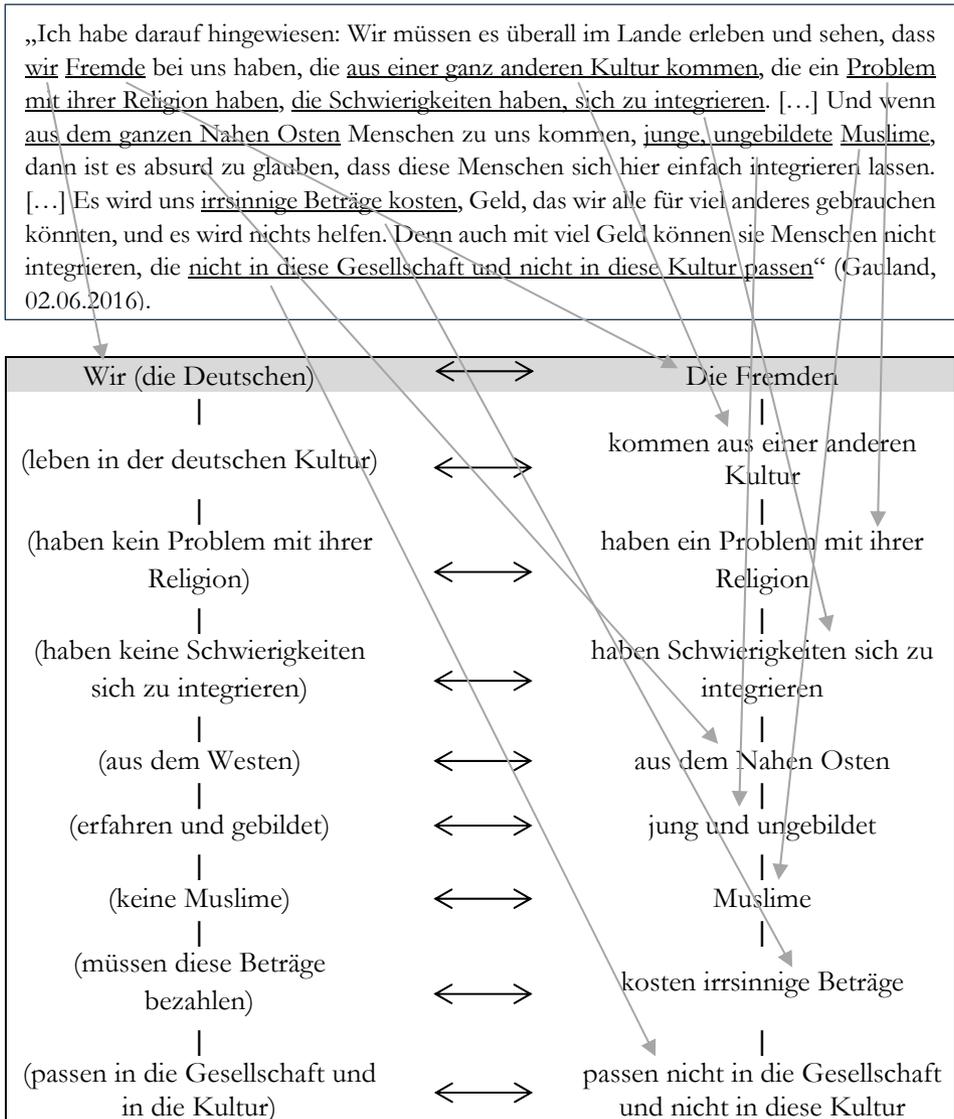


Abb. 8: Die Deutschen vs. Die Fremden (Quelle: eigene Darstellung)

In dieser Textstelle (Abb. 8) aus einer Rede von Gauland stehen sich das ‚Wir‘, ‚die Deutschen‘, und die „Fremde[n]“ (ebd.) antagonistisch gegenüber. Letztere seien ungefragt im Land des Eigenen und werden ganz deutlich als ‚anders‘ markiert. Die „andere Kultur“ (ebd.), aus der sie kommen, wird von Gauland im weiteren Verlauf des Zitates im „Nahen Osten“ (ebd.) verortet. Die Wir/Sie-

Unterscheidung wird somit durch eine Hier/Dort-Unterscheidung ergänzt und ganz nebenbei die naturalistische Argumentation bemüht, dass jeder Mensch in ein bestimmtes Land „gehöre“ (Gauland, 08.08.2017)³¹. Gleichzeitig wird ein problematischer Umgang mit Religion suggeriert. Welche Religion gemeint ist, wird durch den Bezug auf „Muslime“ (Gauland, 02.06.2016) in Abbildung 8 schnell deutlich. Darüber hinaus werden das antagonistische Andere als „jung und ungebildet“ (ebd.) sowie als nicht integrationsfähig und damit nicht in die Gesellschaft passend beschrieben. Gleichzeitig müssten ‚die Deutschen‘ für die laut AfD zum Scheitern verurteilte Integration „irrsinnige Beträge“ (ebd.) zahlen. Hier scheint bereits eine Neiddebatte durch, die die Partei häufig führt und die im folgenden Kapitel näher thematisiert wird. Deutlich wird, dass alle Aussagen über das ‚Wir‘ nur implizit getroffen werden, die AfD sich also im Negativ des homogenisierten Anderen als erfahren, gebildet, christlich und wohlhabend beschreibt. Das ebenfalls homogenisierte ‚Wir‘ erscheint überlegen, sieht sich aber dennoch einer Bedrohung durch die „Fremden“ (ebd.) ausgesetzt. So stellt die AfD sich und ihre Wähler:innen auf ein moralisches Podest und kann sich dennoch als Opfer bzw. als bedroht inszenieren, da ein konstruiertes und homogenisiertes Anderes von außen in eine intakte Gesellschaft eindringen würde, in die sie gar nicht „passen“ (ebd.). In ähnlicher Art und Weise argumentiert Höcke, wenn er das ‚Wir‘ und die Anderen am Beispiel eines in rechten Medien breit diskutierten Mordes in der Stadt Kandel im Jahr 2017 durchdekliniert (Abb. 9).

³¹ „Wenn er aber Afghane ist, gehört er nicht nach Deutschland, dann gehört er nach Afghanistan“ (Gauland, 08.08.2017).

„Dort Mia, ein junges Mädchen, das nicht aufgeklärt wurde, das im Gegenteil, von den Schulen, durch die sie gegangen ist, von den Fernsehsendern, die sie wahrscheinlich geguckt hat noch dazu ermutigt worden ist, in fahrlässiger und lebensbedrohlicher Art und Weise sich mit einer Kultur einzulassen, die tödlich sein kann. Mia als Mensch aus unserem Volk, einem Volk, das durch den Humanismus gegangen ist, das durch die Aufklärung gegangen ist, das durch und durch pazifiziert ist, also friedfertig ist, ein Volk, das gelernt hat, das Gewaltmonopol des Staates zu achten, das gelernt hat, dass das Recht des Stärkeren niemals zu einer vollendeten Staatlichkeit führt, wie wir sie aufgebaut haben und wie wir sie leben durften, ein Volk, das über Jahrhunderte eine Vertrauensgesellschaft aufgebaut hat, dass ist das Produkt von Jahrhunderten gewesen [...]. Das ist Mia, das sind wir, und auf der anderen Seite ist da dieser junge Mann, aus einem Land, in dem das Recht des Stärkeren gilt. Das ist nicht nur ein Kampf der Kulturen oder ein Clash of Civilizations, ein Zusammenprall der Kulturen, es ist [...] ein Zusammenprall verschiedener Epochen. Mia ist die Gegenwart, Mia ist eine aufgeklärte Gesellschaft, Mia, das sind wir. Der Mörder von Mia ist archaisch. Der Mörder von Mia ist aus einer Stammesgesellschaft. Der Mörder von Mia ist Mittelalter und wir, liebe Freunde, wir wollen nicht zurück ins Mittelalter“ (Höcke, 20.01.2018).

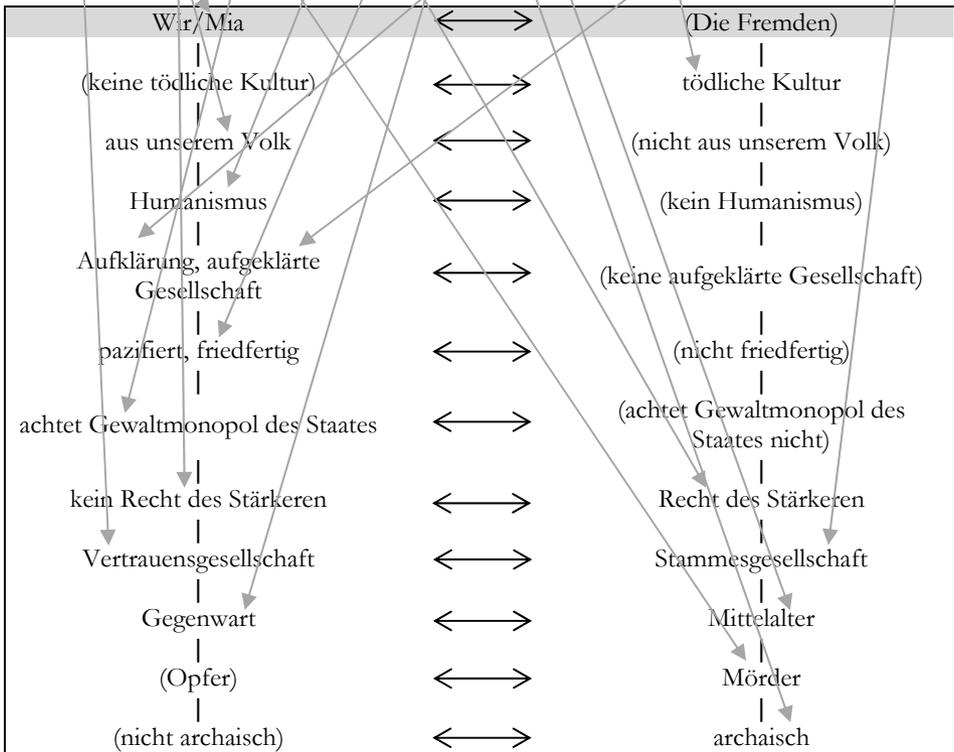


Abb. 9: Wir vs. Die Fremden (Quelle: eigene Darstellung)

Ebenso wie Gauland spricht Höcke davon, dass Menschen aus einer anderen „Kultur“ (ebd.) zu uns kommen würden, fügt aber noch das Adjektiv „tödlich“ (ebd.) hinzu. So wird der Mord an Mia direkt mit dem kulturellen Hintergrund des Täters verknüpft und die Ansprache wird um eine emotional-affektive Ebene ergänzt. Den theoretischen Kontext dafür liefert Höcke gleich mit, indem er sich auf Huntingtons „Kampf der Kulturen“ bezieht. Das Denken der AfD ist also weiterhin in diesem, vor allem in der (Politischen) Geographie ausgiebig kritisierten³², geopolitischen Leitbild verhaftet. Die Partei argumentiert mit festen, räumlich abgrenzbaren Kulturräumen, zwischen denen es notwendigerweise zu gewaltvollen Konflikten kommen (müsse) (HUNTINGTON 1998). Den Kulturraum des Täters, welcher im Gegensatz zu Mia, die exemplarisch für das ‚Wir‘ steht, nicht genannt, sondern nur als „junger Mann“ (Höcke, 20.01.2018) und „Mörder“ (ebd.) bezeichnet wird, beschreibt Höcke in dieser Textstelle als „Stammesgesellschaft“, „Mittelalter“ und „archaisch“ (ebd.). Damit folgt er einem Denken in zivilisatorischen Entwicklungsstufen. Das ‚Wir‘ lebe laut AfD in einer „aufgeklärten“, „friedfertigen“ „Vertrauensgesellschaft“ (ebd.), während die Fremden weiterhin im „Mittelalter“ (ebd.) steckten und „töten für einen trivialen Ehrbegriff“ zur „kulturellen Prägung“ (ebd.) gehöre. Neben der Beschreibung von Eigenem und Fremdem sind die Aussagen von Gauland und Höcke auf einer emotional-affektiven Ebene wirkmächtig. Die Vereinnahmung der als zur Wir-Gemeinschaft gehörend beschriebenen Mia als Opfer einer Gewalttat schafft eine emotionale Verbindung und ermöglicht Identifikation. Indem Höcke die Tat zu einem Angriff „auf alle unsere Töchter und Frauen“ (ebd.) macht, adressiert er die Angst der Menschen und greift sie semantisch auf. Es entsteht eine durch Gefühle verbundene Gruppe. Diese Gefühle werden auf ein Ziel gelenkt, in diesem Fall junge, männliche Migranten. Das ‚Wir‘ wird wiederum als Opfer präsentiert, das sich verteidigen müsse, sodass Gefühle der Angst schnell in Wut und Hass umschlagen können, die sich gegenüber als fremd und gefährlich markierten oder gelesenen Menschen entladen. Die Verbindungen zu Migration, Integration und einer pauschalisierenden Imagination des Islam sind dabei nicht übersehbar, werden jedoch in einem eigenen Kapitel thematisiert (Kap. 5.1.3).

Es gibt auch Versuche seitens der AfD, direkt zu definieren, wer zum ‚Wir‘ gehöre, wer ‚deutsch‘ sei. Dabei gehen die Meinungen innerhalb der Partei jedoch auseinander. Frauke Petry spricht davon, dass die Zugehörigkeit zum „deutschen Volk“ über das „Staatsbürgerschaftsrecht“ definiert werden sollte (Petry, 20.06.2016), also dass jede Person mit deutschem Pass Teil des ‚Wir‘ sei. Diese Position ist nach ihrem Austritt aus der Partei 2017 kaum noch zu hören und

³² vgl. z.B. REUBER 2012.

auch sie schränkte bereits ein, dass immer „ein Herzensbekenntnis zum Land dazugehört“ (ebd.), welches vermutlich nur schwer nachzuweisen sein wird. Andere Akteur:innen in der Partei formulieren ihre Ansichten direkter und stellen fest, „dass man nicht dadurch Deutscher wird, dass man [...] einen deutschen Pass bekommt“ (Gauland, 02.06.2016) oder fordern direkt ein Zurück zum „Abstammungsprinzip“ und einen „inneren Bezug zu diesem Land“ (Jongen, 07.06.2017). In jedem Fall ist der Raumcontainer Deutschland Dreh- und Angelpunkt der Argumentationen der AfD. Frei nach SIBLEY (1988) wird nach innen homogenisiert und nach außen abgegrenzt. Nur in einem souveränen Nationalstaat lasse sich „die Selbstbestimmung eines Volkes verwirklich[en]“ (Gauland, 02.06.2016). Bedroht werde dieser Nationalstaat laut AfD von allen Seiten, sowohl von innen durch die sogenannte politische Elite und die anderen Parteien (Kap. 5.1.2) als auch von außen durch Migrationsprozesse (Kap. 5.1.3) sowie die EU (Kap. 5.1.4).

Das Volk wird dabei immer wieder adressiert, ohne dass die AfD völkisch sein möchte (Gauland, 02.06.2016)³³. Der Begriff ‚Volk‘ ist dabei genauso entleert wie die Begriffe ‚(Leit)Kultur‘, ‚Tradition‘ und ‚Identität‘. Über diese Signifikanten versucht die Partei zusätzlich das Eigene zu definieren, da eine Definition in Abgrenzung zu einem Anderen immer wieder scheitert. Dazu setzt sie auf den inflationären Einsatz subjektbezogener Deiktika:

„Es ist **mir** egal, ob **einer** dunkel- oder hellhäutig ist. Es ist **mir nicht egal**, wie **er** mit **unseren Traditionen**, mit **unserer Kultur** und mit **unserer Sprache** umgeht. **Wenn er** sich einfügt in dieses Land, **wenn er die Traditionen** lebt, wenn **er** das macht, was sogar manchmal Deutschen schwerfällt: **unsere Sprache** zu beherrschen, **unsere Literatur** zu lesen, ist **er** als Deutscher willkommen. **Aber**, bitteschön: **Ich** darf Zweifel bei Menschen haben, die nun mal **die Kaaba umrunden**. Sie wissen, worauf ich anspiele und ich muss es nicht weiter ausführen. **Ich** möchte **nicht** in einem Lande leben, [...] in dem Moslems die Mehrheit haben“ (Gauland, 02.06.2016).

Alle angesprochenen leeren Signifikanten werden in dieser Textstelle mit dem Deiktika „unser“ (ebd.) beschrieben, um die scharfe Trennung zwischen Eigendem („mir“, „unser“ (ebd.)) und Fremdem („einer“, „er“ (ebd.)) zu verdeutlichen. Da die Begriffe jedoch ‚leer‘ sind, erfolgt die Abgrenzung nicht auf der inhaltlichen Ebene, sondern rein semantisch. Die AfD möchte sich abgrenzen, schafft es aber trotz vielfältiger Versuche nicht, das Eigene zu beschreiben. Dafür lassen sich in dieser Textstelle durch die Analyse polyphoner Markierungen („wenn“, „aber“, „nicht“ (ebd.)) Brüche in der Argumentation bzw. unterschiedliche Standpunkte erkennen. Gauland macht deutlich, dass jeder, unabhängig von der Hautfarbe, die ihm „egal“ (ebd.) sei, „als Deutscher willkommen“ (ebd.) geheißen werde, wenn die Person bestimmte Anforderungen erfülle, die ihm

³³ Dass ihr das nicht gelingt und die Partei durchaus als völkisch bezeichnet werden kann, wurde an anderer Stelle bereits nachgewiesen (HÖVEL 2018).

„nicht egal“ (ebd.) seien. Diese Anforderungen beziehen sich auf die leeren Signifikanten Tradition, Kultur und Sprache. Direkt danach distanziert er sich jedoch von dieser Aussage bzw. schränkt sie ein, indem er Menschen, die „die Kaaba umrunden“ (ebd.) diese Integrationsfähigkeit abspricht und sie somit nicht „als Deutsche willkommen“ (ebd.) sind. Das Vorkonstrukt „die Kaaba umrunden“ (ebd.) spielt auf Menschen mit muslimischem Glauben an, da er dieses Wissen jedoch nicht bei allen Zuhörenden vermutet, präzisiert er seine Aussage im nächsten Satz und spricht direkt von „Moslems“ (ebd.)³⁴. Letztere können oder wollen sich laut AfD somit nicht integrieren. Die polyphonen Markierungen in dieser Aussage zeigen, dass Gauland, um zu dieser seiner favorisierten Deutung zu gelangen, alternative Deutungsangebote ansprechen und negieren muss, da sie im gesamtgesellschaftlichen Diskurs so dominant sind, dass sie in seine Argumentation hineinwirken. Gleiches gilt für den ersten Satz der ausgewählten Textstelle. Indem sich Gauland zunächst von der Aussage distanziert, dass die Hautfarbe wichtig für die Integrationsfähigkeit sei, wird deutlich, dass es dieses Deutungsangebot im Diskurs gibt. Die Aussage zeigt, dass es neben der Grenzziehung entlang der Hautfarbe, dem klassischen, in der AfD ebenfalls präsenten Rassismus, eine weitere hegemoniale Grenzziehung entlang des Distinktionsmarkers Religion gibt. ‚Der Islam‘, wie er von der AfD konstruiert wird, bzw. Muslim:innen oder als muslimisch gelesene Menschen werden als Hauptfeindbild konstruiert (Kap. 5.1.3).

Die AfD versucht also, das Eigene entlang von Kultur, Tradition, Sprache und Identität zu definieren. Vor allem die Besetzung des Begriffs Identität, auch verbunden mit dem Entstehen und Erstarken der Identitären Bewegung (IB)³⁵, ist ein Markenzeichen rechter Parteien in Europa in der jüngeren Vergangenheit. Die AfD ist da keine Ausnahme. Zumeist geht es in den Erzählungen der Partei um die Zerstörung der Identität durch wahlweise die Migration (Petry, 07.11.2015), die Eliten (Höcke, 01.05.2017), den Islam (Höcke, 20.01.2018), die USA (Höcke, 19.01.2017), die EU (Krah, 06.2019) oder das Feminine (Gauland, 28.04.2016) sowie die Adressierung von Ängsten (Kap. 5.1.5). Gleichzeitig wird aber auch versucht, die deutsche Identität mit der deutschen Vergangenheit und

³⁴ Bezüge der AfD zur Religion werden in späteren Kapiteln noch vertieft, bereits hier wird jedoch deutlich, dass die Partei stark eindimensional und pauschalisierend von ‚dem Islam‘ spricht, den es so nicht gibt. So wird die Pilgerreise nach Mekka vornehmlich von Sunniten und Schiiten angetreten, während Drusen, Alawiten und Aleviten nicht nach Mekka pilgern (PETERS U. SYDOW 2018).

³⁵ Die Identitäre Bewegung trat zum ersten Mal 2012 in Frankreich öffentlich in Erscheinung und hatte zwischenzeitlich verhältnismäßig kleine, aber (medial) sehr erfolgreiche Ableger in Deutschland und Österreich (SPEIT 2018). Aktuell ist die Organisation in Frankreich verboten (ZEIT ONLINE 2021), das gleiche gilt für ihre Symbole in Österreich (SULZBACHER 2021), und in Deutschland wird sie vom Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextrem“ eingestuft (Deutsche Welle 2020).

Geschichte zu verknüpfen und so eine „*invention of tradition*“ (HOBSBAWM U. RAN-GER 2013) zu betreiben:

„[...] wer Geschichte säubert, zerstört **unsere** Identität und [...] **wir** lassen **uns unsere** Identität nicht zerstören. Ja, ja, **wir** haben **uns** mit den Verbrechen der 12 Jahre auseinandergesetzt und, liebe Freunde, wenn ich mich in Europa umgucke, kein anderes Volk hat so deutlich mit einer falschen Vergangenheit aufgeräumt wie **das Deutsche**. Man muss **uns diese 12 Jahre jetzt nicht mehr** vorhalten. Sie betreffen **unsere** Identität **heute nicht mehr** und das sprechen wir auch aus. Und deshalb, liebe Freunde, haben **wir** auch das Recht, **uns** nicht nur **unser** Land, sondern auch **unsere** Vergangenheit zurückzuholen. Wenn die Franzosen zu Recht *stolz* auf ihren Kaiser sind und die Briten auf Nelson und Churchill, haben **wir** das Recht *stolz* zu sein, auf die Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen“ (Gauland, 02.09.2017).

Gauland verknüpft in dieser Textstelle, wiederum mithilfe einer Vielzahl subjektbezogener Deiktika, die Zerstörung der eigenen Identität mit der Säuberung der Geschichte. Wie im weiteren Verlauf des Zitates deutlich wird, hat Gauland und damit die AfD ein bestimmtes Verständnis von einer solchen Säuberung. In einem Großteil der Textstelle „säubert“ (ebd.) er selbst die Geschichte, indem er davon spricht, dass „diese 12 Jahre“ (ebd.) die Deutschen nicht mehr betreffen. Sobald es um die Geschichte geht, verwendet die AfD besonders viele Vorkonstrukte wie die „Verbrechen der 12 Jahre“ (ebd.) oder die „falsche Vergangenheit“ (ebd.), um nicht direkt von der Zeit des Nationalsozialismus sprechen zu müssen. Die Zeit von 1933-1945 nimmt nach Maßgabe der AfD viel zu viel Platz in der Beschäftigung mit der deutschen Geschichte ein. Dabei hätte „kein anderes Volk so deutlich mit einer falschen Vergangenheit aufgeräumt wie das Deutsche“ (ebd.). Damit soll nun Schluss sein, denn laut Höcke „lähmt [die] dämliche Bewältigungspolitik [das] total besiegte Volk“ (Höcke, 19.01.2017), weshalb es eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad braucht“ (ebd.). In dem Zusammenhang kommt häufig Auschwitz zur Sprache, allerdings nicht als Ort des mahnenden Erinnerns, sondern als ein Symbol, das „viel in uns zerstört hat“ (Gauland, 28.04.2016), aufgrund dessen die Deutschen keinen Nationalstolz mehr haben dürften. So müssten sich z.B. „die Engländer [...] nicht mit Auschwitz herumschlagen“ (ebd.), da „die zwölf Jahre [...] für die Briten eine heroische Zeit“ (ebd.) waren. Um einen solchen Blick auf die Geschichte beneidet die Partei die Briten. Die AfD versucht also zum einen die Erinnerungspolitik und das Gedenken an die Schrecken des Zweiten Weltkrieges zu diskreditieren und als lähmend, schwächend und identitätszerstörend zu beschreiben und zum anderen eine kontinuierliche, 1000-jährige, positiv konnotierte Geschichte Deutschlands und des deutschen Volkes zu konstruieren (Höcke, 27.11.2019), die Kern einer deutschen Identität, einer deutschen Leitkultur sein soll. Eine solche positive Erzählung, die „Erinnerungskultur [muss] die guten Seiten unserer Geschichte umfassen“ (Höcke, 26.01.2017), ist in der Lage, eine Wir-Gemeinschaft zusammenzubinden und zu stärken. Im gemeinsamen Gedenken an etwas

Positives, das das ‚Wir‘, ‚die Deutschen‘ verbindet, entsteht ein starkes Gemeinschaftsgefühl, das von den Redner:innen adressiert wird. In der oben zitierten Aussage von Gauland konstruiert und stärkt er zunächst die Wir-Gemeinschaft, indem er sie nach außen abgrenzt. Das deutsche Volk habe sich schon mehr als alle anderen mit seiner Geschichte beschäftigt und auseinandergesetzt und trotzdem werden ihm „diese 12 Jahre“ (Gauland, 02.09.2017) noch vorgehalten. Die Abgrenzung erfolgt zum einen gegenüber den anderen Völkern in Europa und zum anderen gegenüber einem nicht näher beschriebenen „man“ (ebd.), das womöglich auf die anderen deutschen Parteien hinweist. Gleichzeitig stellt er in Aussicht, dass es mit einer Erzählung der Vergangenheit im Sinne der AfD wieder möglich werden werde „stolz zu sein“ (ebd.), stolz im Rahmen des Nationalismuskurses auf die deutsche Geschichte. Bei solchen Gelegenheiten verweist die AfD gerne auf deutsche Dichter und Denker und auf die Errungenschaften in Philosophie und Technik (Höcke, 24.11.2018). Stolz ist dabei wieder ein verbindendes Element. Er schweißt die Gruppe des Eigenen noch stärker zusammen und ermöglicht eine starke emotionale Identifikation. Zudem wird etwas, für das Stolz empfunden wird, um jeden Preis versucht zu beschützen und zu bewahren. Kritik an der deutschen Geschichte wird somit vom von der AfD konstruierten ‚Wir‘ als persönliche Kritik empfunden und so reagieren diese auch entsprechend emotional. Gauland bleibt in seiner Aussage bei dem Beispiel der Weltkriege, wenn er davon spricht, wieder stolz „auf die Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen“ (Gauland, 02.09.2017) sein zu können. Indem er im gleichen Satz u.a. „Nelson und Churchill“ (ebd.) für die Briten nennt, stellt er sie argumentativ auf die gleiche Stufe und trägt so zur Verharmlosung und Verklärung der Rolle deutscher Soldaten im Ersten und Zweiten Weltkrieg bei.

Stolz in Verbindung mit der Konstruktion des Nationalstaates, auf dessen Vergangenheit man stolz sein könne, hat ein starkes verbindendes Element. Dabei sind jedoch stets Homogenisierungs- sowie Ein- und Ausgrenzungsprozesse am Werk. Wer unkritisch stolz „auf die Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen“ (ebd.) sein möchte, schließt einen großen Teil der in Deutschland lebenden Menschen im gemeinsamen Gedenken und Erinnern aus. Dass die AfD Eigenes und Fremdes anhand räumlicher Grenzen, in der Regel die des deutschen Nationalstaates oder Europas (Kap. 5.1.4), trennt und sie mit bestimmten Eigenschaften versieht, ist bereits deutlich geworden. Auch wenn die Partei über die Gesellschaft spricht, verortet sie diese im Raumcontainer Deutschland und postuliert, dass Gesellschaften etwas Gemeinsames brauchen, das sich nur im eigenen Nationalstaat, im eigenen Volk finde (von Storch, 15.08.2017). Dabei prallen in der AfD zwei verschiedene Erzählungen aufeinander. Neo- und wirtschaftsliberal ausgerichtete Mitglieder der Partei sprechen sich zwar wie von Storch für das Gemeinsame einer Gesellschaft innerhalb eines Nationalstaates aus, argumentieren jedoch generell für eine Individualisierung und möglichst viel

Eigenverantwortung. Damit steht sie jedoch relativ isoliert da. Frauke Petry sprach in ihrer Zeit als Parteichefin eher von einer „Schicksalsgemeinschaft“ (Petry, 03.10.2016) und bei Höcke geht es noch weiter in Richtung einer nationalen Gemeinschaft:

„Liebe Freunde, **wir** träumen diesen "American Dream" **nicht**. Das ist **nicht unser** Traum. **Wir** halten am Ideal des Gesellschaftsfriedens fest. **Hier**, liebe Freunde, **hier** ist Europa, **hier** ist Deutschland, **hier** ist Thüringen, **hier** wird das ‚Wir‘ dem ‚Ich‘ **nicht untergeordnet**. Hier wird das ‚Wir‘ dem ‚Ich‘ **übergeordnet**“ (Höcke, 01.05.2017).

Er spricht in dieser Textstelle davon, das „Wir‘ dem ‚Ich‘ über[z]uordne[n]“ (ebd.) und definiert damit sein „Ideal des Gesellschaftsfriedens“ (ebd.). Damit löst er sich von der zeitweise auch in Deutschland hegemonialen Erzählung des „American Dream“ (ebd.), nach der jeder Mensch mit genug Ehrgeiz im Alleingang Erfolg haben und gesellschaftlich aufsteigen könne. Zudem verortet Höcke sich mithilfe des deiktischen Partikels „hier“ (ebd.) explizit in mehreren für die AfD relevanten Raumcontainern („Europa“, „Deutschland“, „Thüringen“ (ebd.)), wodurch er die Verknüpfung von Gesellschaft und Raum hervorhebt. Gleichzeitig steckt in dieser Aussage der Antiamerikanismus der Partei. In den USA herrschten alle Prozesse, die in Deutschland nicht geschehen dürften wie „Entsolidarisierung“, „Multikriminalisierung“ und „Gated Communities“ (ebd.). Höcke möchte keine „amerikanischen Verhältnisse“ (ebd.), sondern strebt ein Leben für die Gesellschaft an, in der der Einzelne seine Interessen denen der Gesellschaft unterordne. Andernfalls, und damit werden wieder Ängste der Zuhörenden aufgegriffen, drohe „die Zerstörung des sozialen Friedens“ (ebd.), die auch andernorts immer wieder thematisiert wird (z.B. Petry, 03.10.2016).

Auf einer übergeordneten Ebene wird somit eine kollektive Identität der Deutschen konstruiert, eine homogene Gruppe, deren Mitglieder sich nach Vorstellung großer Teile der AfD der Gesellschaft unterordnen müssen, um das Eigene vor inneren und äußeren Gefahren zu bewahren. Bei genauerer Betrachtung ändert sich die Definition von Gesellschaft jedoch je nach Problemlage oder Argumentationsstrategie und Personengruppen werden mal als dazugehörig mal als die Gesellschaft belastend beschrieben. So hat die Partei kein Problem damit, Hartz-IV-Empfänger:innen klischeehaft zu beschreiben:

„Viele Menschen *hocken zu Hause herum*, denen fällt die Decke auf den Kopf. Warum sollen die nicht irgendwo mal Straßen fegen, das ist auch **nicht** menschenunwürdig. Das wird dann minimal bezahlt, **aber** man hat die Leute auch in gewisser Weise in Arbeit und sie kommen unter Leute“ (Driesang, 21.09.2017).

Dass es vielleicht doch „menschenunwürdig“ (ebd.) ist, Menschen „minimal [zu] bezahl[en]“, damit sie „in Arbeit“ (ebd.) sind, scheint als alternatives Deutungsmuster in dieser Aussage durch. Trotzdem favorisiert die AfD ein solches Vorgehen und ist auch für Sanktionierungen oder postuliert, dass viele einfach nicht

arbeiten wollten, obwohl sie könnten (Petry, 19.09.2017). Indem die Partei suggeriert, dass die Hartz-IV-Empfänger:innen also freiwillig nicht arbeiten würden und die Gesellschaft sie finanzieren müsse, spielt die AfD gesellschaftliche Gruppen gegeneinander aus, in diesem Fall arbeitende und arbeitslose Menschen. Noch deutlicher wird dies, wenn zwei marginalisierte Gruppen gegeneinander ausgespielt werden:

„Uns geht es nicht darum, bedürftige Gruppen der Gesellschaft gegeneinander auszuspielen. Allerdings gehört zur *Wahrheit*, dass jeder Euro an Steuereinnahmen nur einmal ausgegeben werden kann. Also: *Wenn ich das Geld für Flüchtlinge zur Verfügung stelle, dann kann ich es nicht für Bedürftige im Inland ausgeben*“ (Meuthen, 29.12.2016).

In dieser Aussage stellt Jörg Meuthen „Bedürftige im Inland“ und „Flüchtlinge“ (ebd.) gegenüber und macht genau das, was er im ersten Satz behauptet, nicht zu tun. Die polyphonen Markierungen zeigen, dass das gegeneinander Ausspielen von gesellschaftlichen Gruppen negativ konnotiert ist und Meuthen sich gegen den im Raum stehenden Vorwurf wehrt, jedoch gehöre „zur Wahrheit“ (ebd.), dass eben nicht genug Geld für beide Gruppen zur Verfügung stehe. Die „Bedürftigen im Inland“ (ebd.) werden nicht näher definiert, „Flüchtlinge“ (ebd.) gehören jedoch nicht dazu, obwohl sich bereits einige im „Inland“ (ebd.) befinden und ihnen damit Leistungen zustehen. Die Annahme liegt nahe, dass die in der Aussage von Driesang noch abschätzig bevormundeten Menschen, die zu Hause „hocken“ (Driesang, 21.09.2017) nun argumentativer Teil der Gruppe der „Bedürftigen im Inland“ (Meuthen, 29.12.2016) sind und von der AfD für die Agitation gegen Geflüchtete vereinnahmt werden. Dabei adressiert die Partei Ängste vor einer finanziellen Benachteiligung bzw. einem finanziellen und gesellschaftlichen Abstieg der bedürftigen Deutschen, nichts anderes ist mit Inland gemeint, und lenkt diese Angst auf geflüchtete Menschen. So muss es nicht einmal zu persönlichen Begegnungen kommen, die reine Berichterstattung über das Eintreffen von Geflüchteten in Deutschland löst diese Angstgefühle aus oder verstärkt sie und erzeugt ein Gefühl der (finanziellen und zuweilen existenziellen) Bedrohung, das dann auch schnell in Wut umschlagen kann. Diese Gefühle der Angst und der Bedrohung sind „sticky“ (AHMED 2014), sie ‚kleben‘ an der durch die AfD homogenisierte Gruppe der Geflüchteten, welche sich, ohne etwas dazu beigetragen zu haben, diesen Anschuldigungen ausgesetzt sehen. Die AfD erzeugt auf diese Weise eine Neiddebatte und arbeitet dabei stark mit räumlichen Bezügen, indem ihr politisches Denken und Handeln an der nationalstaatlichen Grenze endet und sie mit dem reaktionären Weltbild arbeitet, dass jeder Mensch natürlich in einen bestimmten Raumcontainer ‚gehöre‘ und somit jede nicht nach Deutschland ‚gehörende‘ Person nicht im Verantwortungsbereich der AfD liege. Sozialleistungen gibt es nach dieser Maßgabe nur für Deutsche bzw. Angehörige des deutschen Volkes, das die Partei, wie oben gesehen, im Idealfall nach dem

Abstammungsprinzip definieren möchte. Alles außerhalb des deutschen Nationalstaates wird jedoch nicht einfach ignoriert, sondern vereinnahmt. AfD-Mitglieder schüren Ängste vor dem sozialen Abstieg der Deutschen und argumentieren stets damit, dass die Anderen, die Fremden dem ‚Wir‘ etwas wegnehmen würden (u.a. Höcke, 01.05.2017; von Storch, 15.08.2017). Dass die AfD sich zwar immer wieder als Partei „des kleinen Mannes“ (von Storch, 15.08.2017) darstellt, aber laut Wahlprogramm eher Politik für Gut- und Besserverdienende macht, fällt bei einer so emotional geführten Diskussion häufig unter den Tisch.

Die Gesellschaft wird also wahlweise als „Schicksalsgemeinschaft“ (Petry, 03.10.2016), „Solidargemeinschaft“ (Kalbitz, 06.03.2019) oder Vertrauensgemeinschaft (Höcke, 28.10.2016) verstanden, dabei finden jedoch unterschiedliche Ein- und Ausgrenzungsprozesse statt, deren Grenzlinien sich je nach Argumentation verschieben können. Essentielles „Fundament dieser Gesellschaft“ (Meuthen, 11.07.2017) nach Vorstellung der AfD ist jedoch in jedem Fall die Familie:

„Und das ist vieles, also z.B. unser Bekenntnis zur Familie als Keimzelle der Gesellschaft. Das ist bei **uns kein** Lippenbekenntnis, **sondern wir** leben das. Das ist wahrscheinlich die kinderreichste Partei deutschlandweit, mit weitem Abstand. Weil **wir nämlich** Familienmenschen sind und weil **wir** das als **richtig** erkannt haben und weil wir das leben. Und dann gibt es Leute, überwiegend übrigens völlig kinderlose Leute, die das als reaktionär bezeichnen. Das ist es **nicht**, sondern das ist das Fundament einer Gesellschaft“ (Meuthen, 11.07.2017).

Die Familie rückt als kleinste Einheit innerhalb der Gesellschaft in ihr Zentrum, sie sei der Kern, die „Keimzelle“ (ebd.), die eine funktionierende Gesellschaft ausmache und brauche. Meuthen postuliert in seiner Aussage, dass den anderen Parteien dieses Ideal verloren gegangen sei und nur die AfD aus „Familienmenschen“ (ebd.) bestehe und deshalb auch Politik für diese machen könne. Diese angebliche Expertise untermauert er mit der Aussage, dass die AfD die „kinderreichste Partei deutschlandweit“ sei (ebd.). Da die Familie in der Tat ein wichtiger Aspekt im Leben vieler Menschen ist, adressiert er die Zuhörenden auf einer sehr persönlichen, emotionalen Ebene. Auf einer eben solchen Ebene kritisiert er dann auch seine politischen Gegner:innen, indem er sie als „völlig kinderlose Leute“ (ebd.) bezeichnet und ihnen damit jegliche Kompetenz in diesem Themenfeld abspricht, unabhängig davon, ob die Kinderlosigkeit nun gewollt ist oder nicht oder diese Anschuldigung überhaupt der Wahrheit entspricht. Dass diese Familienpolitik als „reaktionär“ (ebd.) beschrieben wird, wirkt als dominantes Muster in die Aussage hinein und muss von Meuthen negiert werden. Insgesamt bleiben die Argumentationen der Partei beim Thema Familie jedoch nicht nur reaktionär, sondern werden biologistisch und völkisch. So gehören laut AfD zu einer „Zukunft für unser Volk“ (Höcke, 19.01.2017) Kinder dazu und diese entstünden eben nur aus der „Verbindung von Mann und Frau“ (Höcke,

22.12.2014), welche es deshalb (finanziell) zu fördern gelte. Dabei wird stark mit national definierten Raumcontainern gearbeitet:

„**Wir** möchten, dass eine aktive Familienpolitik wieder betrieben wird. Dass Familien aktiv wieder gefördert werden, denn **wir** wollen nicht, dass Ehelosigkeit und Kinderlosigkeit in diesem Land immer weiter zunehmen und damit die angestammte Bevölkerung sich immer weiter abschafft“ (Bessin, 14.06.2017).

In dieser Aussage bezieht sich Bessin in Anlehnung an Thilo Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“ auf die Abschaffung der „angestammte[n] Bevölkerung“ (ebd.). Damit ist sie rhetorisch nah an den oben diskutierten Überlegungen zur (Wieder)Einführung des Abstammungsprinzips und postuliert, dass es eine natürlich nach Deutschland „gehörende“ Bevölkerung gäbe, die aufgrund von „Ehelosigkeit und Kinderlosigkeit“ (ebd.) kleiner werde und irgendwann in der Minderheit sein könne. Implizit weckt sie damit Assoziationen zur in der extremen Rechten verbreiteten Verschwörungstheorie des Großen Austausches, nach der die „angestammte Bevölkerung“ (ebd.) eines Landes durch Migrant:innen ersetzt werden soll, welche wiederum mehr Kinder in die Welt setzen würden, wie Höcke klassisch naturdeterministisch argumentierend festhält (Abb. 10).

„Und die Länder Europas brauchen sie [die europäische Grenze, A.d.V.] gegenüber Afrika und dem arabischen Raum umso dringender, weil Europa phylogenetisch vollständig nachvollziehbar eine eigene Reproduktionsstrategie verfolgt. In Afrika herrscht nämlich die sogenannte R-Strategie vor, die auf eine möglichst hohe Wachstumsrate abzielt, dort dominiert der sogenannte Ausbreitungstyp. Und in Europa verfolgt man überwiegend die K-Strategie, die die Kapazität des Lebensraumes optimal ausnutzen möchte, hier lebt der Platzhaltertyp. Die Evolution hat Afrika und Europa vereinfacht gesagt zwei unterschiedliche Reproduktionsstrategien beschert, sehr gut nachvollziehbar für jeden Biologen. Das Auseinanderfallen der afrikanischen und europäischen Geburtenrate wird gegenwärtig natürlich noch durch den dekadenten Zeitgeist verstärkt, der Europa fest im Griff hat. Kurz, im 21. Jahrhundert trifft der lebensbejahende afrikanische Ausbreitungstyp auf den selbstverneinenden europäischen Platzhaltertyp“ (Höcke, 21.11.2015).

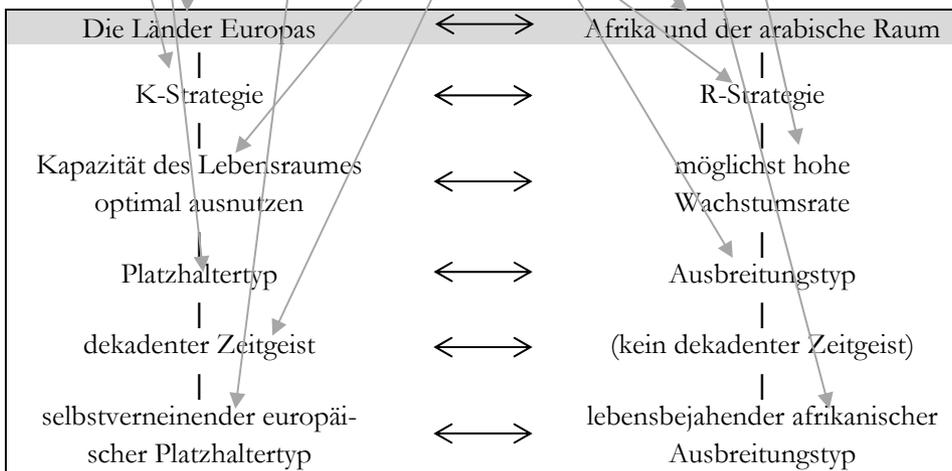


Abb. 10: Die Länder Europas vs. Afrika und der arabische Raum (Quelle: eigene Darstellung)

In dieser Aussage stellt Höcke Europa und Afrika gegenüber und versieht die Kontinente mit bestimmten Merkmalen, wobei er mit Europa im Prinzip auf Deutschland rekurriert. Er differenziert klassisch biologistisch zwischen verschiedenen „Ausbreitungstyp[en]“ (ebd.) und „Reproduktionsstrategie[n]“ (ebd.) und konstruiert und perpetuiert damit stereotype Vorstellungen von afrikanischen Familien, die ‚zu viele‘ Kinder bekämen und europäischen Familien, die eine passende Anzahl an Kindern hervorbrächten und die „Kapazität des Lebensraumes optimal ausnutzen“ (ebd.) würden oder sogar ‚zu wenige‘ Kinder zeugten und damit aktiv zur ‚Abschaffung Deutschlands‘ beitragen. Laut Höcke wäre das auch gar nicht zu beurteilen oder zu bewerten, es sei schlicht ein biologisch begründeter Fakt, führe aber für ihn und die AfD dazu, Grenzen zu schließen, um die homogenisierte Gruppe der Deutschen vor dem „Ausbreitungstyp“

(ebd.) zu schützen sowie europäische bzw. deutsche Familien dazu anzuhalten, mehr Kinder zu bekommen, da sich letztere aktuell aufgrund des „dekadenten Zeitgeist[s]“ (ebd.) selbst verneinen und mit Bessins Worten „abschaff[en]“ (Bessin, 14.06.2017) würden.

Die Lösung für dieses von der AfD selbst konstruierte Problem sei laut der Partei eine „Willkommenskultur für Kinder“ (Bessin, 14.06.2017; Petry, 20.06.2016). Dabei wird der in der sogenannten Flüchtlingskrise 2015 populär gewordene Begriff ‚Willkommenskultur‘ bewusst in einem anderen Kontext verwendet und mit anderer Bedeutung aufgeladen. Implizit wird damit deutlich gemacht, für welche Kinder es eine solche ‚Willkommenskultur‘ geben solle. Nicht Migration und Einwanderung sollen nach dem Willen der AfD das demographische ‚Problem‘ in Deutschland lösen, sondern mehr Kinder von deutschen Familien. Was die Partei postuliert, kann somit als nationale Bevölkerungspolitik verstanden werden. Favorisiert wird dabei klar die traditionelle Familie aus Mann, Frau und Kindern.

„Ja für uns ist die traditionelle Familie, in der es Vater und Mutter gibt. Und natürlich ist uns völlig klar, dass ein Ideal zu haben nicht heißt, dass alle es leben können und deswegen finden Sie in der AfD genauso wie mich auch andere Politiker, die Kinder haben, die auch vielleicht in zweiter Ehe leben, das heißt ja aber nicht, dass wir von vornherein dafür kämpfen sollten, *dass Familien keinen Bestand haben*. Oder positiv gesagt, wir sind der Meinung, dass Kinder ihren stabilen Lebensraum, ihren Hort, ihre Geborgenheit in einer traditionellen Familie am besten finden und *dass es dazu Vater und Mutter braucht*“ (Petry, 13.08.2017).

Die traditionelle, aus „Vater und Mutter“ (ebd.) bestehende Familie sei der beste Ort für Kinder, nur dort würden sie einen „stabilen Lebensraum“ und „Geborgenheit“ (ebd.) finden. Die auf das Wohl der Kinder Bezug nehmende Argumentation verfängt damit auch auf einer emotional-affektiven Ebene und verknüpft negative Gefühle mit Familien, die nicht als „traditionell“ (ebd.) bezeichnet werden. Die polyphonen Markierungen in dieser Aussage zeigen jedoch, dass es auch andere Familienmodelle gibt, die im gesellschaftlichen Diskurs so hegemonial sind, dass sie in diese Aussage hineinwirken. Der AfD sei „völlig klar“ (ebd.), dass nicht alle Menschen in einer traditionellen Familie leben, obwohl sie das „Ideal“ (ebd.) sei. Verknüpft mit einer Ansprache auf der emotional-affektiven Ebene postuliert Petry, dass der Kampf für alternative Familienmodelle dazu führen würde, dass „Familien keinen Bestand haben“ (ebd.). So wird auch im Themenbereich Familie eine scharfe Distinktion zwischen dem Eigenen, dem „Ideal“ (ebd.), und dem Anderen, den alternativen Familienmodellen, aufgemacht. Besonders ist in diesem Fall, dass es innerhalb der AfD relativ offen zur Schau gestellte Ausnahmen dieses Ideals gibt. Petry selbst stellt fest, dass sie, als in „zweiter Ehe“ (ebd.) lebend, nicht zu diesem Ideal passt und auch die Fraktionsvorsitzende Weidel, als homosexuelle Frau, passt nicht in das traditionelle

Familienbild der AfD. Diesem Umstand wird argumentativ begegnet, indem der Themenbereich Familie mit den Themenbereichen Nationalismus und Migration verknüpft wird. Durch die Konstruktion eines Bedrohungsszenarios von außen wird die Gruppe des Eigenen zusammengeschweißt und in Abgrenzung zu dieser äußeren Bedrohung kann nach innen homogenisiert und können Differenzen überdeckt werden. Indem Weidel die Ablehnung von Homosexualität und die Bedrohung und Ausgrenzung homosexueller Menschen dem Anderen zuschreibt (Weidel, 23.09.2017), entlastet sie zum einen das Eigene, die AfD kann sich als Kämpferin für die Rechte homosexueller Menschen darstellen, und bedient zum anderen das Lieblingsthema der AfD, die Migration, die das stärkste verbindende Element der Partei ist (Kap. 5.3.3). Dass es in der AfD keinesfalls Akzeptanz, sondern maximal Duldung von Homosexualität gibt, macht Höcke jedoch sehr deutlich:

„Ich habe *einen alten Freund*, und ein begabter Künstler [sic!], der ist homosexuell. Und wir reden ganz offen auch über solche Dinge und er hat mir mal gesagt, es ist so, ich will jetzt keine Vorurteile schüren, aber das er hat mir selbst gesagt, als selbstbekennender Homosexueller. Das ist so, dass bei homosexuellen Menschen die Sexualität zentral ist und im Vordergrund steht. Die Sexualität ist etwas Wunderbares und gehört zu einer Synthese von Mann und Frau zweifelslos dazu. Aber ich glaube bei der Synthese von Mann und Frau, bei dieser gelebten Polarität des Lebens da geht es noch um etwas anderes. Da geht es darum, dass diese Polarität, die Keimzelle der höheren Entwicklung der Menschheit ist, in meinen Augen“ (Höcke, 22.12.2014).

In dieser Aussage kommt das klassische Strohmännchenargument zum Einsatz, indem Höcke vorgibt, eine homosexuelle Person zu kennen und dessen Aussagen auf die ganze Gruppe bezieht. So hätte ihm diese eine Person, die als „Freund“ (ebd.) bezeichnet wird und damit automatisch vertrauenswürdig erscheint, gesagt, dass „bei homosexuellen Menschen die Sexualität zentral ist“ (ebd.), das nimmt er somit als Fakt an. Die polyphonen Markierungen zeigen, dass Höcke damit genau das tut, was er vorgibt, nicht zu tun, er schürt Vorurteile gegen eine spezifische Gruppe und schließt sie darüber hinaus aus der Gruppe des Eigenen aus. Mit sehr blumigen Worten betreibt er zudem eine Romantisierung der Verbindung von Mann und Frau und geht nicht nur darauf ein, dass nur aus dieser Verbindung Kinder entstehen können, sondern spricht zudem von der „Keimzelle der höheren Entwicklung der Menschheit“ (ebd.). Damit spricht er homosexuellen Menschen zum einen jeglichen Beitrag zum gesellschaftlichen Fortschritt ab bzw. deutet implizit an, dass diese die „Entwicklung der Menschheit“ (ebd.) behindern würden, und zum anderen wird in Kombination mit dem oben genannten Fokus auf deutsche Kinder und Familien deutlich, dass diese einen deutlich größeren Beitrag zu einer positiven Fortentwicklung der Menschheit leisten würden. Der Nationalismus in der Familienpolitik wird dann auch in Bezug auf die Familie völkisch, wenn Höcke davon spricht, dass Kinder dazugehören, wenn es „eine Zukunft für unser Volk“ (Höcke, 19.01.2017) geben soll. Die

Rollenverteilung ist in einer solchen von der AfD favorisierten traditionellen Familie ebenfalls klassisch. Die Frau, als Verkörperung des Nationalen, sei für das Kinderkriegen und -aufziehen verantwortlich, während der Mann die finanzielle Komponente übernehme (Höcke, 22.12.2014). Das Frauen herabsetzende Menschenbild der AfD wird in ihrer täglichen Kommunikation und dem Umgang mit weiblichen Kolleginnen deutlich, sei es durch *bodyshaming* oder die Beschreibung von emotionalen Frauen und rationalen Männern (HUTTA ET AL. 2020). Für dieses Kapitel interessant ist vor allem der Widerspruch in der Betrachtung deutscher und als ‚nicht deutsch‘ beschriebener Familien. So ist die Ablehnung von Gleichberechtigung, Frauenquoten oder gendergerechter Sprache schnell vergessen, wenn es um das Frauenbild als migrantisch gelesener Menschen geht. Da wird von „frauenverachtenden Stammeskulturen“ (Weidel, 16.05.2018) gesprochen und von einer „Apartheid der Geschlechter“ (Weidel, 11.11.2016). So wird die Gefahr für Frauen semantisch wieder in einem anderen Raumcontainer verortet und dem Anderen zugeschrieben, das eine „entwürdigende Sicht auf die Frau“ (ebd.) hätte. Das Eigene, und damit vor allem deutsche Männer, wird damit entlastet, indem auf scheinbar schlimmere Umstände an anderen Orten und damit auch Taten von anderen Personen verwiesen wird. So kann sich die AfD auf der einen Seite aktiv gegen die Förderung der Gleichberechtigung von Frauen in Deutschland einsetzen und sich auf der anderen Seite als Kämpferin für Frauenrechte darstellen, die sowohl deutsche als auch ‚nicht-deutsche‘ Frauen vor den Männern aus einer „archaischen Kultur“ (ebd.) beschützen will.

Ganz im Sinne des Nationalismuskurses geht es der AfD also primär um deutsche Kinder und Familien, die aktiv gefördert werden sollen, sowohl durch finanzielle Zuwendungen als auch durch das Postulieren einer „Drei-Kind-Ehe als Leitbild“ (Höcke, 22.12.2014). Für eine solche Förderung sprächen demnach der Geburtenrückgang und der demographische Wandel in Deutschland. Einwanderung könne dafür keine Lösung sein (ebd., Petry, 20.06.2016), da diese Menschen nicht in die deutsche Gesellschaft integriert werden könnten (Kap. 5.1.3). Weidel fasst diese Verschiebung der Debatte in einer Rede im Bundestag prägnant zusammen:

„Bei muslimischen Zuwanderern schaut die Geburtenrate nämlich ganz anders aus. Sogar die Auffettung der Einwohnerzahl durch zugewanderte Straftäter mit mehrfachen Identitäten scheint Sie überhaupt gar nicht zu stören. Doch ich kann Ihnen sagen: Burkas, Kopftuchmädchen, alimentierte Messermänner und sonstige Taugenichtse werden unseren Wohlstand, das Wirtschaftswachstum und vor allem den Sozialstaat nicht sichern!“ (Weidel, 16.05.2018).

Hier wird die Verknüpfung von Familie, demographischem Wandel, Migration und Sicherheit explizit. Zum einen wird auf eine angeblich höhere Geburtenrate der homogenisierten Gruppe der „muslimischen Zuwanderer“ (ebd.) verwiesen und damit auf die Verschwörungstheorie des ‚Großen Austausches‘ angespielt, zum anderen werden zunächst Migration und Islam miteinander verknüpft (Kap.

5.1.3), um diese dann wiederum als Bedrohung sowohl für „unseren Wohlstand“ (ebd.) als auch das Leben deutscher Menschen („Messermänner“ (ebd.)) darzustellen. Gleichzeitig wird mit dem Begriff „alimentiert“ (ebd.) die Verantwortung für diese Prozesse der Regierung zugeschoben. Diese Aussage bindet damit die Fäden des deutschen Nationalismuskurses der AfD mit den in den weiteren Kapiteln folgenden Aspekten zusammen und verdeutlicht die starke Verknüpfung der einzelnen Themenbereiche. Vor allem die Themen Nationalismus und Migration sind nahezu omnipräsent und werden miteinander in Beziehung gesetzt, da die AfD das Andere, das Fremde braucht, um das Eigene zu beschreiben.

Es lässt sich festhalten, dass die AfD nationalistisch und völkisch argumentiert. Der Nationalismus kann neben der starken Fokussierung auf Migration und Einwanderung als Markenzeichen der Partei identifiziert werden. Sie versteht sich als „Partei der Deutschen“ (Gauland, 02.09.2017) und macht Politik für Deutsche, wobei sie selten benennen kann, wer zu diesem Eigenen gehört und es eher mit der Abgrenzung gegenüber einem homogenisierten Fremden versucht, das außerhalb des deutschen Nationalstaates verortet wird. Auch im zeitlichen Verlauf oder zwischen parteiinternen Interessensgruppen lassen sich wenige Unterschiede erkennen. Zwar argumentiert Höcke in Teilen radikaler und biologistischer, rassistischer als z.B. Weidel, dennoch lässt sich das gleiche völkisch-nationalistische Fundament erkennen (z.B. Weidel, 16.05.2018) (HÖVEL 2018). Der Nationalismus ist dabei seit der Gründung Teil der Partei. Zu Beginn noch (mehr oder weniger gut) verdeckt durch die Fokussierung auf die Eurorettungspolitik pauste er sich in der weiteren Entwicklung immer weiter durch. Mit einem Blick auf Reden von Höcke oder Petry aus den Jahren 2014 und 2015 wird darüber hinaus deutlich, dass der völkische Nationalismus nicht erst nachträglich in die Partei kam, sondern integraler Bestandteil und Markenzeichen der Partei ist und war. Eine übergeordnete Betrachtung der Veränderungen und Umbrüche in der kurzen Geschichte der AfD sowie semantische und thematische Verschiebungen werden in Kapitel 5.1.6 diskutiert. Zunächst rückt nun nach der Betrachtung des Nationalismuskurses das Fremde im Inneren in den Fokus der Betrachtung.

5.1.2 Das Fremde im Inneren

Die Beschreibung und Definition des Eigenen bleiben in Aussagen der AfD also brüchig und lückenhaft, wie im vorangegangenen Kapitel gezeigt werden konnte. Die Verortung desselben ist jedoch klar innerhalb des Raumcontainers Deutschland. Diesen gelte es laut AfD zu schützen und zu bewahren, der Nationalstaat

solle unbedingt erhalten werden.³⁶ Die Bedrohung erfolge dabei nicht nur durch ein imaginiertes Außen (Kap. 5.1.3). Sie gehe auch von einem mit HUSSEINI DE ARAÚJOS (2011) Worten Anderen bzw. Fremden im Inneren, also von einem Feind innerhalb des konstruierten Raumcontainers Deutschland aus. Dabei wird in Aussagen der Partei semantisch zwischen verschiedenen, am Ende jedoch zusammengehörenden und miteinander verbundenen Gruppen unterschieden, weshalb die Begriffe teilweise synonym verwendet werden. Zentrale Repräsentationen für das Fremde im Inneren in Aussagen der AfD sind

- die Elite (politisch, wirtschaftlich, kulturell),
- die Regierung (häufig verkürzt auf die Person Angela Merckels),
- die anderen Parteien³⁷,
- NGOs, Gewerkschaften, Vereine.

Mit der Anrufung des politischen Gegners als Elite (wie im obigen Zitat von Höcke) bzw. der generellen Annahme der Existenz einer Elite, verstanden als kleiner, herrschender Gruppe mit enormem Machtpotential, knüpft die AfD direkt an populistische und verschwörungstheoretische Narrative an. In der gängigen Definition stellen populistische Narrative „das anständige Volk und die korrupte Elite“ (MUDDE U. ROVIRA KALTWASSER 2019: 25) einander gegenüber. Neben der Korruption als zentraler Eigenschaft der Elite wird diese über Macht und Moral definiert. Besonders über letztere schaffen es politisch (und/oder wirtschaftlich) erfolgreiche rechte Akteur:innen sich weiterhin zum Volk und nicht zur Elite zu zählen. Auch AfD-Akteur:innen betonen immer wieder, dass sie keine Berufspolitiker:innen seien, nie in die Politik wollten und dies nur aus höheren Zielen und zum Wohle des deutschen Volkes getan hätten:

„Ja, jetzt steht hier der Björn Höcke vor ihnen. das ist jemand, der eigentlich kein Politiker ist, den die Umstände in die Politik getrieben, gedrängt haben“ (Höcke, 21.11.2015).

Mit dem Bezug auf das Vorkonstrukt „die Umstände“ (ebd.) referenziert Höcke auf die seiner Ansicht nach katastrophalen gesellschaftlichen und politischen Zustände in Deutschland, die sein Eingreifen und das der AfD nötig machten. Darüber hinaus stellt er fest, dass er „kein Politiker“ (ebd.) sei und grenzt sich damit

³⁶ „Wir sagen ja! Wir sagen ja, nicht zur strukturellen Fundamentalopposition, weil wir diesen Staat ja wollen! Wir wollen ihn am Leben erhalten und wir wollen ihn stützen. Wir sagen aber ja zu einer inhaltlichen Fundamentalopposition um diesen Staat, den wir erhalten wollen, vor den verbrauchten politischen Alteliten zu schützen, die ihn nur missbrauchen um ihn abzuschaffen“ (Höcke, 19.01.2017).

³⁷ Die Parteien Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen haben sich in jüngerer Zeit als besondere Feindbilder etabliert (z.B. Gauland, 18.08.2019; Höcke, 20.01.2018).

von anderen Politiker:innen ab.³⁸ Da er jedoch aktuell als Politiker tätig ist, macht diese Aussage deutlich, dass ‚Politiker‘ für ihn nicht nur eine Berufsbezeichnung ist, sondern dass dieser Begriff bestimmte Werte und Verhaltensweisen beinhaltet, von denen er sich distanziert. Im Verlauf seiner Rede zählt er Politiker:innen zur Elite und sich selbst damit, der Populismusdefinition folgend, zum Volk. Da der Begriff Elite stets mit Aspekten von Macht konnotiert ist, erzeugt seine Verwendung bei den Zuhörenden ein Gefühl der Bedrohung, der Gefahr und der Machtlosigkeit. Eine Elite als Feindbild ist ein so mächtiger Gegner, dass das Volk nur in gemeinsamer, gebündelter Anstrengung (unter Anleitung der AfD als Sprecherin des Volkes) einen Sieg davontragen könne. Denn laut AfD arbeite die Elite nicht zum Wohle Deutschlands:

„Liebe Freunde, unsere Vorfahren haben dieses Land nicht aufgebaut, damit diese **politische Elite** es ruiniert und vor die Hunde gehen lässt. Und deswegen sind **wir jetzt** aufgerufen, das Erbe der Väter und Vorväter zu bewahren, in **diesem** Lande zusammenzustehen [...].“ (Gauland, 02.06.2016).

Das erneut beschworene ‚Wir‘ müsse zusammenstehen und „dieses Land“ (ebd.) vor der politischen Elite schützen, welche durchweg negativ beschrieben wird. Gleichzeitig erfüllt die Verwendung des Elitebegriffes einen weiteren Zweck, indem sie nahezu nahtlos an verschwörungstheoretische Erzählungen anschlussfähig ist. In Kombination mit antisemitischen Codes und Chiffren, die von der AfD ebenfalls häufig verwendet werden (z.B. Höcke 24.11.2018; Gauland, 18.08.2019), wird die Verschwörungstheorie einer jüdischen Weltherrschaft bzw. Weltregierung bedient.³⁹

In Aussagen der AfD wird somit differenziert zwischen dem ‚Wir‘, dem Eigenen, das Deutschland aufgebaut habe und bewahren möchte, und einer Elite, die ein anderes Deutschland imaginiere. Noch häufiger als von der Elite spricht die Partei in diesem Zusammenhang von der Regierung, wobei sich eine klare Grenzziehung zwischen den beiden Kategorien wie gesagt kaum vornehmen lässt. Wichtig zu betonen ist an dieser Stelle, dass die AfD im Untersuchungszeitraum dieser Arbeit nur eine Kanzlerin in Deutschland erlebt hat, weshalb die Begriffe ‚Regierung‘ und ‚Merkel‘ ebenfalls häufig synonym verwendet werden⁴⁰:

„Dieser Wettkampf zwischen **Martin Schulz** und **Angela Merkel** ist ein Scheinwettkampf des Establishments. Beide, Schulz und Merkel, gehören zu einer transatlantischen, geschlossenen Politikelite, die **unseren** Rechtsstaat, **unseren** Sozialstaat und **unsere** nationale Identität *auflösen* will und die **uns** damit um **unseren** Gesellschaftsfrieden bringen wird“ (Höcke, 01.05.2017).

³⁸ Vgl. auch: „Niemand von uns ist Berufspolitiker. Bei uns wird alles mit ehrenamtlichem Engagement erledigt, neben Beruf und Familie“ (Lucke, 14.04.2013).

³⁹ Vgl. zum Antisemitismus im Allgemeinen SALZBORN 2014; SALZBORN U. SCHUSTER 2020 und zum Antisemitismus in der AfD GRIGAT 2017; TUSCHLING U. MENDEL 2021.

⁴⁰ Wie die AfD auf die 2021 gewählte rot-gelb-grüne Regierung reagiert und welche neuen Feindbilder sich herausbilden, bleibt abzuwarten.

Merkel als Kanzlerin sowie ihr damaliger Herausforderer Schulz gehören laut dieser Aussage zu einer „geschlossenen Politikelite“ (ebd.) und werden abwertend als „Establishment“ (ebd.) bezeichnet, das einen „Scheinwettkampf“ (ebd.) führe. Damit postuliert Höcke implizit, dass sich eine Veränderung in der Regierungszusammensetzung nicht auf die tatsächliche politische Realität auswirke, es somit irrelevant sei, ob Merkel oder Schulz regierten, da sie beide Teil der Elite seien und damit gleiche Ziele verfolgten. So werden argumentativ alle politischen Akteur:innen in Deutschland gleichgesetzt, um die AfD als einzige Alternative und einzige Chance auf Veränderung erscheinen zu lassen. Gleichzeitig zeigen sich starke Gefühle der Angst und Überwältigung in den Aussagen, da die Elite Rechtsstaat, Sozialstaat und Identität „auflösen“ (ebd.) wolle und den gesellschaftlichen Frieden zerstöre. Verstärkt wird diese emotional-affektive Anrufung durch die Verwendung des Deiktikons „unser“ (ebd.) vor den bedrohten Aspekten. Dass es diese Ängste in der Bevölkerung gibt, ist der AfD sehr bewusst (z.B. Petry, 03.10.2016). Die Partei gibt diese im gesellschaftlichen Diskurs vorhandenen Emotionen und Affekte pointiert wieder und lenkt sie auf bestimmte konstruierte und homogenisierte Gruppen. Gleichzeitig schiebt sie diese Rolle aber der Regierung zu und postuliert, dass Merkel „diese Angst geschürt [hat], nicht die Alternative für Deutschland“ (Petry, 07.11.2015) und dass die heute von der AfD thematisierten Ängste plötzlich als „irrational“ (ebd.) bezeichnet würden. Auf diese Weise zieht sich die Partei argumentativ aus der Verantwortung und stellt sich selbst (sowie das deutsche Volk) als Opfer der Politik der Regierung dar. Implizit wird das Vertrauen in die Regierung untergraben, teilweise aber auch ganz offen in Frage gestellt:

„Aber **wir**, liebe Freunde, **wir** Patrioten **hier** in Dresden, in Sachsen und in ganz Deutschland, **wir trauen** diesen Politikern nicht mehr, denn diese Politiker meinen es **nicht gut** mit ihrem Volk“ (Höcke, 19.01.2017).

Das Vertrauen in die Politik, das laut der polyphonen Markierungen einmal vorhanden war, gebe es nun nicht mehr, denn die Politik handle gegen die Interessen des Volkes. Hier wird die Distinktion zwischen AfD und Volk auf der einen Seite und Politik/Regierung/Elite auf der anderen nochmals besonders deutlich. Zudem lässt sich an dieser Aussage erkennen, dass das ‚Wir‘ sich „in Dresden, in Sachsen und in ganz Deutschland“ (ebd.) verortet und diesen Raum für sich beansprucht. Die Politiker:innen sind zwar im gleichen Raum verortet, gehören jedoch nicht dazu, sind nicht Teil der Gemeinschaft, weil sie zum einen nicht im Interesse der Gemeinschaft arbeiteten und zum anderen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur „transatlantischen, geschlossenen Politikelite“ (Höcke, 01.05.2017) räumlich mobil und unabhängig, weniger heimatverbunden und unter Verwendung antisemitischer Codes „globalistisch“ (u.a. Blex, 24.11.2018) seien. Die genannten Gruppen stehen sich antagonistisch gegenüber und werden dabei mit spezifischen Attributen und Zuschreibungen versehen. Die Regierung wird

wahlweise als „zu einem Regime mutiert“ bezeichnet, das „unfähig und unwillig“ (Höcke, 19.01.2017) sei, die vorhandenen Probleme zu lösen. Damit wird dem hegemonialen Diskurs einer fähigen und willigen Regierung direkt widersprochen und sie semantisch in die Nähe von Unrechtsstaaten gerückt. Die Argumentation verfängt somit auch auf einer emotional-affektiven Ebene, da die semantische Trennung der Gruppen durch Wut auf das angeblich erlittene Unrecht verstärkt wird. Gleichzeitig wird mit der Verwendung des Begriffes „mutiert“ (ebd.) auf biologistische Argumentationen rekurriert, die mit der Idee des Staates als Organismus hantieren (REUBER 2012).

An anderer Stelle wird die Regierung als „Reagierung“ (Kalbitz, 24.11.2018) bezeichnet, die keine aktive Rolle einnehme, sondern nur auf äußere Einflüsse, sei es Druck durch internationale Prozesse oder von innen durch die AfD reagiere.⁴¹ Weiterhin wird die Regierung, teilweise implizit, als an der „Entmachtung des Volkes“ arbeitend bzw. dieses geringschätzend beschrieben (Jongen, 31.07.2017) oder ihre Politik als „staats- und identitätszerstörend“ (Petry, 22.04.2017) bzw. spaltend (Weidel, 23.09.2017) charakterisiert. Dabei lässt sich feststellen, dass die AfD das Eigene wieder häufig im Negativ des Anderen, in diesem Fall der Regierung, versucht zu beschreiben, gleichzeitig aber auch positiv über die eigene Politik spricht und damit implizit den politischen Gegner diskreditiert. Mit der kontinuierlichen negativen Beschreibung der Regierung verfestigt die AfD nicht nur ein negatives Bild der die Regierung bildenden Parteien, sondern untergräbt das Vertrauen in das politische System selbst. Grundlegende politische Prozesse und demokratische Aushandlungen werden diskreditiert, sodass jede Regierung ohne Beteiligung der AfD von vornherein, aus Sicht der AfD-Anhänger:innen, zum Scheitern verurteilt sei und keine Legitimität besitze. Damit fördert die Partei dieselbe Spaltung der Gesellschaft, die sie sowohl der Regierung als auch den anderen Parteien im Allgemeinen immer wieder vorwirft.

Am Beispiel des nochmal etwas weiter gefassten ‚Fremden‘ der anderen Parteien lassen sich diese Erkenntnisse bestätigen und erweitern. Auch für die anderen Parteien findet sich in den Aussagen der AfD eine Vielzahl an verschiedenen Bezeichnungen. Die häufigste Bezeichnung ist der Begriff „Altparteien“ (z.B. Lucke, 14.04.2013; Adam, 20.09.2013; Höcke, 19.01.2017; Blex, 24.11.2018). Dabei fällt auf, dass der Begriff seit den Anfängen der Partei und quer durch alle Lager und Strömungen Verwendung findet. Die Partei verwendet ihn „im Anschluss an Joseph Goebbels“ (STAHL 2019: 13) um sich von den anderen Parteien abzugrenzen, diese als gleiche Interessen und Ziele verfolgenden Block zu definieren und die AfD damit als einzige Alternative darzustellen.⁴² Noch klarere

⁴¹ Ein weiterer Legitimationsgrund für die Existenz und Arbeit der AfD.

⁴² Auch die Deutsche Volks-Union und die Republikaner sprachen von Altparteien (BAILER-GALANDA 1995: 110).

nationalsozialistische Bezüge bieten die Begriffe „Kartellparteien“ (z.B. Höcke, 01.05.2017; Jongen 07.06.2017) und „Systemparteien“ (Moldenhauer, 10.2017). Ihre Verwendung verdeutlicht ebenfalls die zwischen der AfD und den anderen Parteien verlaufende Grenzlinie und verfestigt die Charakterisierung letzterer als korrupt und für das System und nicht das Volk arbeitend. Zudem werden so schleichend Begriffe aus der Zeit des Nationalsozialismus reaktiviert und mit neuer Bedeutung aufgeladen. Dies verschiebt den Raum des Sagbaren nach rechts. Beispielhaft für den Textkorpus aus Reden und Interviews der AfD lässt sich die folgende semantische Strickleiter herausarbeiten, die die Gegenüberstellung von AfD und dem Fremden im Inneren sowie die ihnen zugeschriebenen Attribute und Merkmale veranschaulicht (Abb. 11).

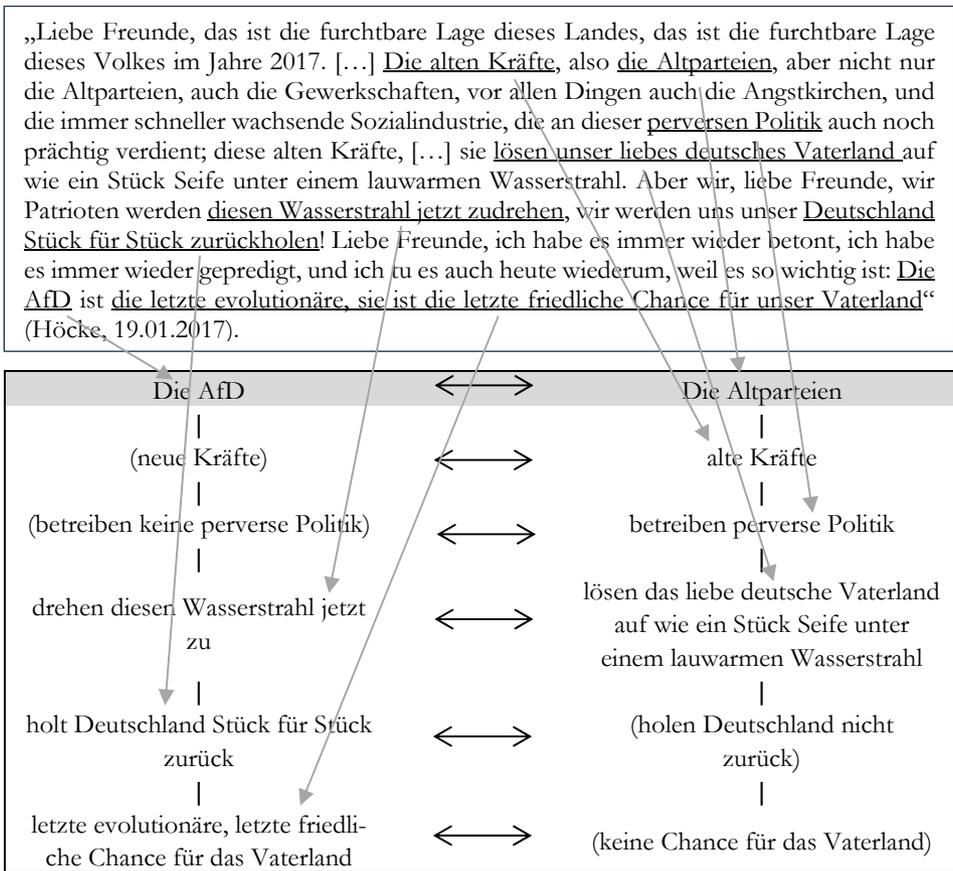


Abb. 11: Die AfD vs. Die Altparteien (Quelle: eigene Darstellung)

Diese Aussage von Höcke zeigt besonders deutlich, wie das Fremde im Inneren mit negativen und diffamierenden Zuschreibungen versehen wird. Es „betreibe perverse Politik“ (ebd.) und „löse“ (ebd.) Deutschland auf. Unter starker Zuhilfenahme eines angstbasierten Bedrohungsszenarios werden in diesem Fall die „Altparteien“ (ebd.), auf den gesamten Textkorpus bezogen alle politischen Gegner, als zerstörende Kraft beschrieben.⁴³ Die Zerstörung des Eigenen als sowohl für ihn als auch die Zuhörenden ultimative Bedrohung macht Höcke an anderer Stelle nochmal expliziter deutlich:

„**Sie zerstören unsere** wunderbare Kulturlandschaft durch eine auf Ideologie und Hybris gegründete sogenannte Energiewende. **Sie zerstören** die klassische Familie. Das heißt Vater, Mutter, Kind. Die Keimzelle **unseres** Landes, **unseres** Staates, **unserer** Nation. Die Keimzelle **unserer** Zukunft. **Sie zerstören** die sittlichen Maßstäbe **unserer** Kinder durch Früh- und Hypersexualisierung in den Kindergärten und in den Grundschulen. **Sie zerstören unsere** Sozialsysteme, dadurch dass **sie** Millionen Menschen, die niemals eingezahlt haben, einfach so öffnen. **Sie zerstören unseren** Rechtsstaat. **Sie zerstören unsere** Sicherheit. **Sie zerstören uns** als gewachsenes Volk. **Sie zerstören unsere** Identität. **Sie zerstören** einfach alles, was trägt und was das Leben wertvoll macht, liebe Freunde“ (Höcke, 28.10.2016).

Die Zerstörung ist allumfassend und steigert sich bei jedem Satz. Von der Kulturlandschaft über die Familie bis zum Volk und der Identität selbst zerstöre das Andere „einfach alles“ (ebd.). Die ständige Wiederholung des Wortes „zerstören“ (ebd.) in Verbindung mit den Deiktika „Sie“ (ebd.) und „unsere“ (ebd.) verfestigen das konstruierte Bedrohungsszenario. Gleichzeitig tragen die Deiktika dazu bei, den Graben zwischen Eigenem und Fremdem noch weiter zu vertiefen und das Andere als rein destruktive Kraft zu begreifen, das in allen Lebensbereichen gegen die Interessen der Zuhörenden, also nach dem Verständnis der AfD gegen die Interessen des deutschen Volkes handle. Eine solche Rede adressiert Gefühle der Angst, Ohnmacht und Hilflosigkeit. Diesen Emotionen begegnet Höcke im Nachgang beider Textstellen damit, dass er den Bogen zur AfD spannt, die sich „Deutschland Stück für Stück“ (Höcke, 19.01.2017) zurückhole und die „einzige bewahrende Kraft in der Politik“ (Höcke, 28.10.2016) sei. So wird die durch Angst verbundene Gruppe des Eigenen darauf eingeschworen, in allen anderen politischen Akteur:innen eine Bedrohung zu sehen. Eine Zusammenarbeit auf jedweder politischen Ebene scheint damit kaum möglich, da, wie oben gezeigt, zum einen kein Vertrauen vorhanden sei, und zum anderen stets davon ausgegangen wird, dass das Gegenüber nur zum Nachteil des Eigenen handle. Die AfD wird dagegen als Partei der Hoffnung charakterisiert. Sie stemme sich gegen die drohende Zerstörung Deutschlands und müsse nur in die (alleinige) Regierungsverantwortung kommen, damit es mit Deutschland wieder

43 Vgl. z.B. Gauland, 02.09.2017; Petry, 22.04.2017.

bergauf gehe. Die Gruppe des Eigenen ist zum einen durch die Angst vor dem politischen Gegner vereint als auch in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft.

Politische Kooperationen sind im Großteil der AfD jedoch gar nicht (mehr) erwünscht. Mitglieder, die sich für eine Regierungsbeteiligung aussprachen oder eine Zusammenarbeit mit anderen Parteien forcierten, sind entweder nicht mehr in der Partei (z.B. Lucke und Petry) oder nicht hörbar. Aktueller Konsens in der Partei scheint die Rolle als Fundamentalopposition oder mindestens die Erwägung einer Regierungsbeteiligung nur als Seniorpartner zu sein, wobei auch ein möglicher Juniorpartner zunächst zu „einer Politik für das eigene Volk“ (Höcke, 19.01.2017) zurückkehren und dafür eine komplette Läuterung durchlaufen müsste.⁴⁴ Langfristig sei es jedoch das Ziel der Partei politische Verantwortung zu übernehmen, da eine regierende AfD „zum Wohle des deutschen Volkes“ (Weidel, 11.11.2016) sei. Aktuell stellt sich diese Diskussion, ob die AfD realpolitisch oder fundamentaloppositionell ausgerichtet ist, jedoch nicht, da „derzeit keiner mit uns koalieren“ (Nobis, 05.05.2017) wolle. Wie bereits herausgearbeitet werden konnte, distanziert sich die AfD in ihren Aussagen selbst von den anderen Parteien, um eine klare Linie zwischen Eigenem und Fremdem zu ziehen. Dennoch schafft sie es, sich als Opfer dieser Prozesse zu inszenieren:

„Was **wir** sagen wird skandalisiert, was **die Anderen** formulieren wird gar nicht wahrgenommen“ (Gauland, 02.09.2017).

Das ‚Wir‘, also die AfD, beschwert sich über eine ungerechte Behandlung und zu viel Aufmerksamkeit, die die Partei ja eigentlich möchte, während das homogenisierte Andere und seine Verfehlungen „gar nicht wahrgenommen“ (ebd.) würden. Dieser Logik folgend sei es Aufgabe der AfD, den Finger in die Wunde zu legen, bestehende Missstände aufzuzeigen und sich dabei selbst als Lösung anzubieten:

„Indem die AfD täglich auf diese Missstände aufmerksam macht, ist sie zur letzten Verteidigerin des demokratischen Rechtsstaats geworden. Viele Fehlentwicklungen scheinen schon unumkehrbar, manche von **uns** haben auch schon resigniert. Tatsächlich kann man der Meinung sein, dass der Untergang Deutschlands, wie wir es kennen und lieben, nur noch eine Frage der Zeit ist. Aber auch der Widerstand formiert sich, immer mehr stimmen sich dagegen, wohl wissend: *Die Alternative für Deutschland ist **unsere** letzte Chance*“ (Schaak, 03.09.2017).

In dieser Aussage werden eine Vielzahl emotional aufgeladener Vorkonstrukte verwendet, die ein katastrophales Bild des Zustandes Deutschlands zeichnen. Es

⁴⁴ „Wir werden das so lange durchhalten – und so lange ich etwas in der AfD zu sagen habe, werde ich dafür eintreten und dafür kämpfen –, wir werden das so lange durchhalten, bis wir in diesem Lande 51 Prozent erreicht haben, oder aber als Seniorpartner – als Seniorpartner! – in einer Koalition mit einer Altpartei sind, die durch ein kartesisches [sic!] Fegefeuer gegangen ist, die sich selbst wiedergefunden hat, und die abgeschworen hat von einer Politik gegen das Volk um endlich wieder zu einer Politik für das eigene Volk ... [Rest unv.]“ (Höcke, 19.01.2017).

herrschten „Missstände“ (ebd.) und „Fehlentwicklungen“ (ebd.) und der „Untergang Deutschlands“ (ebd.) stehe bevor. Dabei wird gleichzeitig an die Liebe zum Eigenen, die Liebe zur Nation appelliert und die Angst vor dem Verlust bzw. der Zerstörung desselben angerufen. Eine solche drastische Bedrohung mache es nötig, dass sich „Widerstand formiert“ (ebd.). Dieser Widerstand sammle sich in der AfD, die „unsere letzte Chance“ (ebd.) sei. Die anderen Parteien seien also für die Missstände in Deutschland verantwortlich, auf die die AfD nur aufmerksam machen wolle. Dabei greift die Partei nicht immer nur das homogenisierte Andere der anderen Parteien an, sondern attackiert einzelne Parteien auch direkt.⁴⁵ In jüngerer Zeit scheint sich die Partei auf zwei zentrale Parteien als Feindbildkonstruktion eingeschossen zu haben: Die Linken und die Grünen.

Die Grünen verkörpern dabei alles, was der AfD an der aktuellen gesellschaftlichen und politischen Situation in Deutschland missfällt. Ihr Einsatz für das Klima, Geflüchtete, Gleichberechtigung und ein sozialeres Miteinander wird von der AfD als Verrat an Deutschland und am deutschen Volk gesehen und habe nichts mehr mit Politik zu tun:

„Und ich war im Frühjahr dieses Jahres in Syrien gewesen und dort hatte der „Islamische Staat“ syrisches Kulturerbe in Form von Ruinen und antiken Städten vernichtet, er tat das, weil die Orte seiner kranken Ideologie, der einzig wahren Religion, widersprochen hätten. **Wir** haben zwar genug von diesen Leuten mittlerweile **hier in Deutschland**, aber in Deutschland brauchen wir die **nicht** für so etwas, **denn** dafür haben wir **die Grünen**“ (Blex, 24.11.2018).

Blex stellt in dieser Aussage eine Verbindung zwischen dem sogenannten „Islamische[n] Staat“ (ebd.) und den Grünen her, indem er ihnen vorwirft, das syrische bzw. deutsche Kulturerbe aus religiösen bzw. ideologischen Gründen zu vernichten. Gleichzeitig kritisiert er die Migrationspolitik und setzt Migrant:innen und Geflüchtete mit Anhänger:innen des sogenannten „Islamischen Staates“ gleich („wir haben [...] genug von diesen Leuten mittlerweile hier in Deutschland“ (ebd.)). Die politische Arbeit der Grünen wird auf diese Weise diskreditiert, ihnen wird jede Kompetenz abgesprochen und der der Aussage inhärente antimuslimische Rassismus (Kap. 5.1.3) wird auf sie übertragen. Die Grünen werden auf diese Weise semantisch mit einer „kranken Ideologie, der einzig wahren Religion“ (ebd.) verknüpft. So können konkrete Forderungen der Grünen als ideologisch motiviert abgelehnt werden. Vor allem beim Thema Klimawandel greift die AfD gerne darauf zurück, da sie den menschengemachten Klimawandel leugnet und wissenschaftliche Fakten ignoriert (ebd.; Gauland, 08.08.2017). Den Grünen würde das Argument des Klimawandels nur dazu dienen, wie im obigen

⁴⁵ So z. B. die SPD als „asozial [und] auf der Seite der Reichen und Mächtigen“ (Höcke, 01.05.2017) stehend und die CDU als unglaubwürdig (Meuthen, 30.12.2016) und nach links gerückt (Meuthen, 30.12.2019).

Zitat bereits angerissen und dem Fremden im Inneren generell zugeschrieben, Deutschland zu zerstören:

„Liebe Freunde, die grünen Windräder zerstören Landschaften, töten zehntausende Vögel, machen Anwohner krank und versiegeln mit ihren riesigen Fundamenten Waldflächen. Heimische Fauna und Flora, Substanz und Schönheit werden rücksichtslos zerstört. Ähnliches geschieht übrigens parallel durch die Massenimmigration. **Den Grünen** sind **unsere** Natur und die gewachsenen deutschen Kulturlandschaften so egal wie das deutsche Volk“ (Gauland, 18.08.2019).

Ähnlich wie Blex argumentiert auch Gauland, dass die Grünen bzw. ihre Politik „zerstöre“, „töte“ und „krank“ (ebd.) mache. Beliebte Angriffsfläche dafür sind Windräder, die für eine stärkere Fokussierung auf erneuerbare Energien notwendig sind. Diese werden direkt mit den Grünen in Verbindung gebracht („die grünen Windräder“ (ebd.)) und mit negativen Attributen versehen, die sich auf die Grünen übertragen. Ihnen sei die deutsche Natur und Kultur sowie am Ende das deutsche Volk „egal“ (ebd.). Daran wird nochmals die synonyme Verwendung der bisher vorgestellten Begriffe für das Fremde im Inneren deutlich. Die Grünen gehören sowohl zu den anderen Parteien als auch zur Elite, da sie laut dieser Aussage dem deutschen Volk nicht zugehörig sind. Ähnlich wie Blex gelingt es auch Gauland in einer Aussage zu Grünen und erneuerbaren Energien den Bogen zum Lieblingsthema der AfD, der Migration, zu spannen, indem er die bereits für Windräder und die Grünen verwendeten negativen Konnotationen auf die Migration überträgt. Auch sie zerstöre „rücksichtslos [...] [h]eimische Fauna und Flora, Substanz und Schönheit“ (ebd.). Geflüchtete werden als invasiv beschrieben, die durch ihre bloße Anwesenheit alles Heimische und Schöne zerstörten (Kap. 5.1.3). Auch für diese Prozesse werden die Grünen verantwortlich gemacht, welche unter Bezugnahme auf die Verschwörungstheorie des ‚Großen Austausches‘⁴⁶ den „Bevölkerungsaustausch [...] beschleunigen“ (Gauland, 05.04.2017) würden.

Den Linken steht die Partei etwas ambivalenter gegenüber. Auf der einen Seite gehören auch sie für die AfD zum Establishment, zur Elite, und verkörpern obendrein Kommunismus, Sozialismus und die DDR, also zentrale Feindbilder der Partei. Auf der anderen Seite wird die Linke als einzige Partei beschrieben, „die eine gewisse Glaubwürdigkeit hat“ (Meuthen, 09.06.2016). Besonders die ehemalige Fraktionsvorsitzende Sahra Wagenknecht wird für ihre Problemanalysen gelobt, die denen der AfD häufig nicht ganz unähnlich seien (Meuthen,

⁴⁶ Unter der Verschwörungstheorie des ‚Großen Austausches‘ wird der von der Regierung bzw. der Elite forcierte Austausch des in einem Land beheimateten Volkes durch Geflüchtete und Migrant:innen verstanden, um die eigene Macht zu erhalten und die Bevölkerung besser ‚lenken‘ zu können. Sie kann als „Meta-Narrativ der extremen Rechten verstanden werden“ (Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) o.J.).

29.12.2016). Da die Lösungsvorschläge der beiden Parteien letztlich weit auseinander liegen, amüsiert man sich aufseiten der AfD über deren vermeintlich emotionale Argumentationsweise („toben“, „schreien“ (Höcke, 22.12.2014). Emotionalität wird dabei als etwas Negatives gesehen, als das Fehlen von Objektivität, Rationalität und Wissen (ebd.). Wer gemeint ist, wenn die AfD von Linken spricht, ist dabei nicht immer klar, da alles politisch links der AfD als links bezeichnet wird. So spricht die Partei auch gerne vom „Linksruck der CDU“ (Meuthen, 30.12.2019). Überraschenderweise bedienen sich Teile der AfD darüber hinaus ganz offen linker Theorien und deuten diese in ihrem Sinne um. Bestes Beispiel dafür ist die Vereinnahmung des Kommunisten Antonio Gramsci und seiner Theorie der kulturellen Hegemonie, die besagt, dass zunächst der Kampf um die Köpfe gewonnen werden müsse, bevor es zu einer Revolution kommen könne (BARFUSS U. JEHLE 2017). In der Interpretation der AfD, und auch der Neuen Rechten⁴⁷, müssen rechte Themen und Interpretationen zunächst in die breite Masse getragen werden. Die AfD möchte mit ihren Themen eine Diskurshoheit erreichen, die sie aktuell den Linken (in diesem Fall verstanden als Elite bzw. zusammenfassend für alle anderen Parteien) zuschreibt, um so das Fundament für einen Umsturz des bestehenden Systems und eine „Machtergreifung“ (Gauland, 18.08.2019) der AfD zu legen.

Die Schnittstelle zwischen Linken und Grünen und dem letzten Feindbild im Inneren, den NGOs, Vereinen und Gewerkschaften, bildet die Antifa. Sie wird ähnlich weit definiert wie das Feindbild der Linken und bildet seit Gründung der AfD 2013 eine Projektionsfläche:

„**Die Antifa** ist stärker als gedacht und schließt auch Mitglieder der Altparteien ein“ (Adam, 20.09.2013).

Die Antifaschist:innen werden in den Aussagen der AfD mehrheitlich als rein störendes, von den anderen Parteien instrumentalisiertes Element ohne eigene Inhalte betrachtet⁴⁸, die, ähnlich wie die Linken insgesamt, auf ihre Emotionalität, auf Rufen, Schreien, Pfeifen und Stören reduziert werden. So entsteht das Bild einer destruktiven Gruppe, die einer AfD gegenübersteht, die sachlich, unemotional und unaufgeregt Politik „zum Wohle des deutschen Volkes“ (Weidel, 11.11.2016) machen möchte.⁴⁹ In ähnlicher Weise werden NGOs, Vereine und Gewerkschaften charakterisiert, die nur an der Behinderung und Diffamierung

⁴⁷ Der langfristige Wandel des Diskurses wird als Metapolitik bezeichnet (SCHELLHÖH 2018).

⁴⁸ „Wären diese Konsensparteien tatsächlich tolerant im demokratischen Sinne, dann müssten sie nicht die Antifa mobilisieren, um gegen uns zu schreien, dann müssten sie hier stehen und mit uns diskutieren, aber das kann man nur, wenn man Argumente hat, und offenbar haben die Konsensparteien keine Argumente mehr“ (Petry, 07.11.2015).

⁴⁹ „Auch Antifa hatten wir schon in den Bürgerdialogen sitzen, die schmeißen wir aber nicht raus. Sondern wir diskutieren mit denen, solange sie sich an normale Sitten und Gebräuche halten und nicht rumpöbeln und negativ auffallen, diskutieren wir auch mit denen (Bessin, 14.06.2017).

der AfD interessiert seien. Gauland spricht in diesem Zusammenhang von „politische[m] Denunziantentum“ (Gauland, 18.08.2019). Besonders die Amadeu Antonio Stiftung hat sich als zentrales Feindbild herauskristallisiert:

„Man mag Vereine wie die Amadeu Antonio Stiftung unappetitlich finden, und sie sind unappetitlich, gerade in einem Land in dem früher die Stasi umging. Aber, liebe Freunde, eine Demokratie muss auch unappetitliches ertragen. **Wir** finden es nur unangebracht, solche Extremistenkochclubs mit Steuergeldern zu fördern, mit ihrem Geld, und sie werden dazu nicht gefragt“ (Gauland, 18.08.2019).

Die Stiftung, die sich der Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft verschrieben hat, wird in dieser Aussage als „unappetitlich“ und „Extremistenkochclub“ (ebd.) beschrieben und in die Nähe der Stasi gerückt. Direkt abgeschafft werden sollte sie laut dieser Aussage (noch) nicht, es sollten nur die finanziellen Mittel gestrichen werden, was jedoch einer Abschaffung gleichkommen würde. Dabei wird wiederum auf einer emotional-affektiven Ebene an die Zuhörenden appelliert, dass es ihr Geld sei und sie niemals nach der Verwendung gefragt würden: Ein häufig verwendetes rhetorisches Mittel bei Finanzierungen aus Steuermitteln. Dieser Punkt hat an Bedeutung gewonnen, seitdem die AfD in den Parlamenten sitzt. Nun ist sie in der Lage, aktiv Einfluss auf die Finanzierung von NGOs und Vereinen zu nehmen und diese direkt anzugreifen. Prominentestes Beispiel ist sicherlich die Auseinandersetzung mit dem Verein Miteinander e. V. in Sachsen-Anhalt, dem die Partei die Gemeinnützigkeit aberkennen möchte (SCHUMANN 2018). So arbeitet die AfD auch in den Parlamenten aktiv gegen Projekte und Initiativen, die sich der Demokratie und dem Kampf gegen Rechts-Extremismus verschrieben haben.

Zusammenfassend lassen sich vier Gruppen des Fremden im Inneren, also innerhalb des Raumcontainers Deutschland, identifizieren – die Elite, die Regierung, die anderen Parteien, NGOs/Vereine/Gewerkschaften – die alle mehr oder weniger synonym verwendet werden bzw. auf gleiche Art und Weise und mit den gleichen Argumenten und Zuschreibungen angesprochen werden. Deshalb werden zum Abschluss dieses Kapitels einige übergeordnete Zuschreibungen und Charakterisierungen für die Konstruktion des Fremden im Inneren thematisiert. Das Fremde wird generell homogenisiert und vom Eigenen abgegrenzt. Auch wenn an vielen Stellen, wie oben beschrieben, abwechselnd von der Elite, von der Regierung, von den anderen Parteien oder einzelnen Parteien wie Linken und Grünen gesprochen wird, befinden sich alle diese Akteur:innen außerhalb des Eigenen und damit außerhalb der Gemeinschaft des deutschen Volkes. Für politische Akteur:innen ist diese Definition besonders problematisch, da es ihre Aufgabe ist, das Volk zu vertreten. Diese Kompetenz wird ihnen von der AfD abgesprochen. Sie alle handelten gegen die Interessen des deut-

schen Volkes, welche nur die AfD vertrete. Das Eigene wird durch eine Ansprache auf der emotional-affektiven Ebene gegen den gemeinsamen Feind zusammengeschweißt.

Feind ist dabei auch die richtige Formulierung. Die AfD sieht sich selbst nicht als ein politischer Akteur von vielen in einer demokratischen Arena, sondern als umgeben von Feinden, als „letzte evolutionäre, [...] letzte friedliche Chance für unser Vaterland“ (Höcke, 19.01.2017). Sie wähnt sich in einer elementaren Krisensituation, in der alle gegen sie sind und die Partei damit allein dasteht. Durch die entsprechende Argumentation und Ansprache der Zuhörenden wird die AfD zur einzigen Alternative für diese. Gleichzeitig werden alle Brücken für eine möglicherweise in Zukunft realistische Koalition mit einer anderen Partei abgebrochen. Dieser Prozess hat sich seit Gründung der Partei immer weiter verstärkt. Das Fremde wird dabei als lügend (Petry, 03.10.2016; Gauland, 02.06.2016), als „antideutsch“ (Blex, 24.11.2018) oder „deutschfeindlich“ (Gauland, 05.04.2017) beschrieben, das kontinuierlich an der Zerstörung und Abschaffung Deutschlands arbeite. Die AfD sei die letzte Chance, „das Erbe der Väter und Vorväter zu bewahren“ (Gauland, 02.06.2016).

Dabei sieht sich die Partei gleichzeitig in der Opferrolle, da sich alle anderen gegen sie stellten und sie ausgrenzten, obwohl sie doch die Mehrheit des Volkes vertrete (Jongen, 31.07.2017). Diese Argumentation dient zum einen der Selbstvergewisserung, eine Mehrheit im Rücken zu haben, und bestärkt zum anderen die Zuhörenden in ihrer Vorstellung, dass sie eine gute und richtige Sache unterstützen. Das schweißt die Gruppe des Eigenen nach innen zusammen und lenkt Hass und Wut durch die ständige Wiederholung dieses Mantras auf den Feind im Inneren.

Seit ihrer Gründung hat sich die AfD dabei als „weder links noch rechts“ (Lucke, 14.04.2013) positioniert, sondern stets völkisch argumentiert, also im Namen des Volkes sprechend. Indem die Partei sich auf den „gesunden Menschenverstand“ (ebd.) bezieht, klammert sie sich selbst aus der Einteilung in das politische Spektrum aus, das sie jedoch für die anderen Parteien verwendet. Die AfD sei erst aufgrund des „Linksruck[s] der CDU“ (Meuthen, 30.12.2019) nötig geworden, deren Platz die Partei gerne einnehmen möchte. Das Fremde im Inneren sei, wie gezeigt werden konnte, Schuld an der laut AfD katastrophalen Situation, in der sich Deutschland aktuell befinde. Die größte Bedrohung und das Thema, auf das sich die AfD bei jeder Diskussion stützt, ist Migration und Flucht bzw. die Abgrenzung nach außen, die im nächsten Kapitel näher beleuchtet wird. Ein häufig verwendetes Narrativ wird an folgender Aussage deutlich:

„Sie [Claudia Martin, ehemaliges Mitglied der Partei (A.d.V.)] sagt, wir wären nach rechts gerückt und würden uns gegen Ausländer wenden. Dabei macht die AfD in allen öffent-

lichen Aussagen ganz klar, dass **wir** uns nicht gegen die ankommenden Menschen wenden, sondern gegen die fehlgeleitete Politik einer unkontrollierten Masseneinwanderung“ (Meuthen, 30.12.2016).

Demnach seien nicht die geflüchteten Menschen schuld, die AfD habe gar nichts gegen sie, sondern die Partei wendet sich „gegen die fehlgeleitete Politik“ (ebd.), die diese Einwanderung zu verantworten habe. Damit spricht sich die AfD zum einen vom implizit in die Aussage hineinwirkenden Vorwurf frei, sich gegen die Menschen zu wenden und diese zu verurteilen. Zum anderen nimmt sie die Politik, also die Regierung in die Verantwortung, der sie vorwirft „das Fremde über das Eigene“ (Jongen, 09.06.2016) zu stellen, also aktiv gegen das eigene Volk zu arbeiten. Gleichzeitig wird suggeriert, dass es sich bei der Flucht von Menschen um einen gesteuerten bzw. steuerbaren Prozess handele. Es werden also auch hier verschwörungstheoretische Codes verwendet. Dies scheint Meuthen auch selbst zu wissen, sodass er diesen Vorwurf zu entkräften versucht: „Ich bin kein Verschwörungstheoretiker, aber“ (ebd.). Dass sich die AfD sehr wohl gegen „die ankommenden Menschen“ (ebd.) wendet, wird im folgenden Kapitel deutlich.

5.1.3 Abgrenzung nach außen

Gemeinsames Fundament und Klammer der Partei sind der völkische Nationalismus (vgl. Kap. 5.1.1 und HÖVEL 2018) sowie die Darstellung des politischen Gegners im Raum des Eigenen als existenziell bedrohender Feind. Neben diesem Fremden im Inneren (vgl. Kap. 5.1.2) erfolgt eine rigorose Abgrenzung nach außen, die sich an der starken thematischen Fokussierung auf die Themen Migration, Integration und Religion (vor allem einer stark pauschalisierenden Vorstellung des Islams) zeigt. Keine Rede, kein Interview, und sei es thematisch noch so anders verortet, kommt ohne den Bezug zu einer Abgrenzung nach außen aus. Damit verfestigt sich die Charakterisierung der AfD als völkisch-nationalistisch, da diese neben der Fokussierung auf das im deutschen Nationalstaat verortete Eigene, das deutsche Volk sowie die Homogenisierung desselben, mit einer scharfen Abgrenzung nach außen einhergeht (SIBLEY 1988). Um dieses Außen und das für eine Abgrenzung nötige andere, das dort verortet wird, geht es in diesem Kapitel.

Die Abgrenzung vom und gleichzeitige Abwertung des Anderen erfolgen häufig auf rassistische und biologistische Weise. Die semantische Strickleiter in Abbildung 12 zeigt, wie der Raum des Eigenen in Aussagen der AfD mit positiven Attributen versehen wird, sodass im Negativ dieses Bildes der Raum des Anderen, das Außen, als etwas Schlechtes und Rückständiges erscheint.

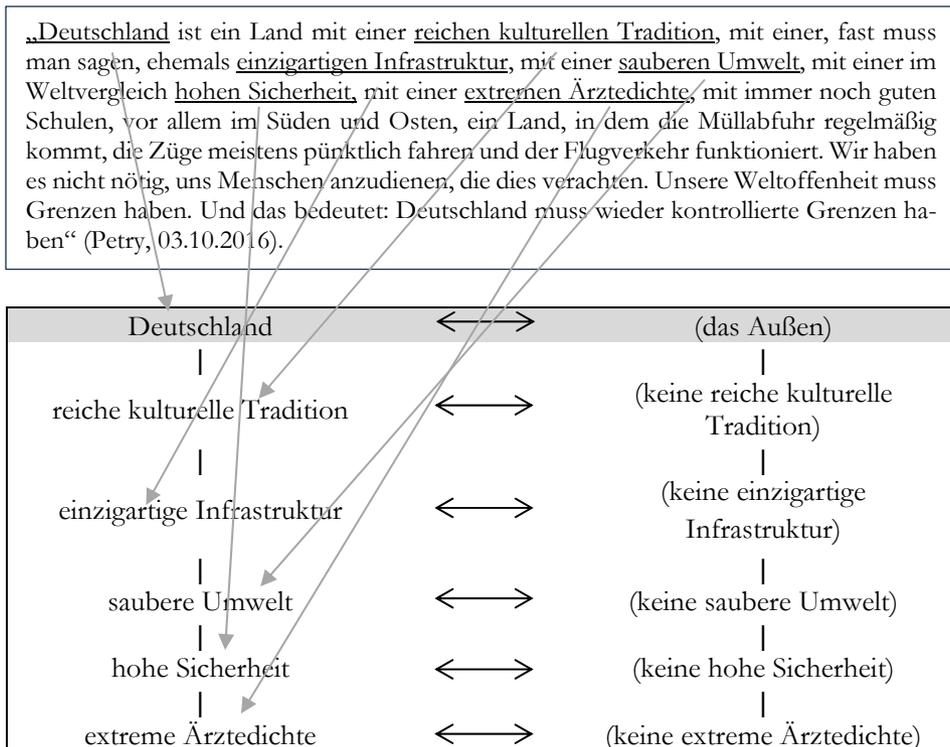


Abb. 12: Deutschland vs. das Außen (Quelle: eigene Darstellung)

Deutschland wird, in Umkehr von Saids Konzept des *othering*, als Raum mit einer „reichen kulturelle[n] Tradition“, mit „einzigartige[r] Infrastruktur“ sowie einer „sauberen Umwelt“ und „hohen Sicherheit“ (ebd.) beschrieben. Im Negativ entsteht auf diese Weise das Bild eines dreckigen und gefährlichen Raumes außerhalb Deutschlands. Die AfD konstruiert ein positives Gefühl in Bezug auf Deutschland und suggeriert Verständnis dafür, dass Menschen in diesen Raum kommen möchten. Zudem werden durch Relativierungen wie „noch“, „meistens“ und „ehemals“ (ebd.) Ängste vor einer Veränderung dieses wünschenswerten Zustandes adressiert. Deutschland sei demnach bereits im Begriff, sich zu verändern, und zwar durch die Grenzüberquerung von Menschen, die diese Dinge „verachten“ (ebd.) weshalb im letzten Satz für „kontrollierte Grenzen“ (ebd.) plädiert wird. Der Raum des Eigenen müsse vor der Bedrohung von außen geschützt werden. Gleichzeitig sei diese Entwicklung der Veränderung Deutschlands zum Schlechteren bereits in vollem Gange:

„Unsere einst stolzen Städte *verwahrlosen immer mehr* und sind *Brutstätten von Kriminalität und Gewalt* und leider oftmals *Heimstätte von radikalen Islamisten*. Unser einst fruchtbares

Land verliert seine Bewohner, *veröd*et aufgrund einer *desaströsen* und völlig falsch angelegten Strukturpolitik. **Unsere** einst schöne Heimat wird zusehends durch *bässliche* Bauten, Windräder und eine *chaotische* Besiedlung *verunstaltet*. **Unsere** einst kraftvolle Wirtschaft ist nur noch ein *Wrack*, neoliberal ausgezehrt. **Unser** einst beneideter, unser einst weltweit beneideter sozialer Friede ist durch den steigenden Missbrauch und die Aufgabe der national begrenzten Solidargemeinschaft sowie durch den Import fremder Völkerschaften und die zwangsläufigen Konflikte *existenziell gefährdet*“ (Höcke, 19.01.2017).

Bezugnehmend auf das Fremde im Inneren, das für die drastischen Veränderungsprozesse verantwortlich gemacht wird, rückt in dieser Aussage die Abgrenzung nach außen in den Fokus. Die Kombination aus dem deiktischen Partikel „unser“ (ebd.) sowie der polyphonen Markierung „einst“ (ebd.) in Kombination mit stark negativ aufgeladenen Verben („verwahrlosen“, „veröden“, „verunstaltet“ (ebd.)) zeichnet ein Bild von Deutschland, das kaum noch lebenswert erscheint und wie Höcke selbst darstellt „existenziell gefährdet“ (ebd.) sei. Die beiden Darstellungen des deutschen Raumcontainers, Deutschland als Ort der Sicherheit und Sauberkeit vs. Deutschland als von Kriminalität und Chaos charakterisiert, stehen sich diametral gegenüber. Diesem Widerspruch in der Beschreibung Deutschlands wird argumentativ auf zwei Weisen begegnet. Zum einen werden die positiven und negativen Zuschreibungen bestimmten Räumen innerhalb Deutschlands zugeschrieben. Dabei stehen zumeist ländlichere Räume, in denen die alten Werte und Gepflogenheiten noch praktiziert würden, eher städtisch und migrantisch geprägten Orten wie „Berlin-Neukölln oder Duisburg-Marxloh“ (Kalbitz, 23.06.2018) gegenüber. Zum anderen wird auf eine zeitliche Komponente verwiesen. So habe sich Deutschland im Zuge der 1968er zum Negativen, zu einem „links-rot-grün verseuchten 68er-Deutschland“ (Meuthen, 30.04.2016), verändert. Diese Argumentation wird eher auf der Metaebene geführt und kritisiert eine vorgeblich linke Meinungshoheit. Deutlich aktueller und plakativer wird auf ein Deutschland vor und nach dem sogenannten ‚Flüchtlingsommer 2015‘ verwiesen.⁵⁰ 2015 habe es ‚das Außen‘ geschafft, tief in den Raum des Eigenen vorzudringen und möglicherweise unumkehrbare Veränderungsprozesse in Gang zu setzen (Höcke, 19.01.2017). Begegnen möchte die Partei diesen Prozessen wahlweise durch „kontrollierte Grenzen“ (Petry, 03.10.2016) oder die vollständige Schließung derselben (Kalbitz, 23.06.2018). Die Fokussierung auf die Kontrolle bzw. Schließung von Grenzen verdeutlicht nochmals die hegemoniale Stellung des nationalistischen Denkens innerhalb der AfD. Die Lösung für europäische oder globale Probleme ist stets die Abschottung des Eigenen und der Rückbezug auf Kompetenzen und Arbeitsweisen des Nationalstaats. Gleichzeitig wird aber auch versucht, die Argumentation umzudrehen, indem ein

⁵⁰ Wenn die Partei im Sinne ihres reaktionären Weltbildes von einem ‚Zurück‘ spricht, sind jedoch wohl eher das Deutschland vor 1968 oder noch weiter zurückliegende Zeitabschnitte gemeint.

Nutzen der deutschen bzw. der europäischen Grenze für die Menschen in Afrika suggeriert wird:

„Liebe Freunde, der *Bevölkerungsüberschuss Afrikas beträgt etwa 30 Millionen Menschen im Jahr*. Solange **wir** bereit sind, diesen Bevölkerungsüberschuss aufzunehmen, wird sich am Reproduktionsverhalten **der Afrikaner nichts** ändern. Die Länder Afrikas, sie brauchen die deutsche Grenze, die Länder Afrikas, sie brauchen die europäische Grenze, um zu einer ökologisch nachhaltigen Bevölkerungspolitik zu finden“ (Höcke, 21.11.2015).

In klassisch malthusianisch-sozialdarwinistischer Argumentation bringt Höcke hier den angeblichen „Bevölkerungsüberschuss“ (ebd.), der zudem „wanderungswillig“ (ebd.; Höcke, 24.11.2018) sei, mit den deutschen und europäischen Grenzen in Verbindung. Laut Höcke würden offene Grenzen zu diesem „Bevölkerungsüberschuss“ (Höcke, 21.11.2015) beitragen und nur eine Schließung der Grenzen könnte das „Reproduktionsverhalten der Afrikaner“ (ebd.) ändern, damit sie „zu einer ökologisch nachhaltigen Bevölkerungspolitik“ (ebd.), wie sie in Deutschland und Europa vorherrsche, finden könnten. Diese Aussage homogenisiert die „Afrikaner“ (ebd.), spricht ihnen implizit jegliche Eigenverantwortung ab und greift tief in die Sphäre des Privaten ein. Zudem wird ein kolonialistisch geprägtes Denken offenbar, in dem Europa Afrika vorgibt, wie es zu leben habe. Gleichzeitig werden die Menschen in Afrika strikt vom „wir“ (ebd.) abgegrenzt und durch die Nennung von „30 Millionen“ (ebd.) am Anfang der Aussage in ein konstruiertes Bedrohungsszenario integriert. Dabei wird das naturdeterministische Denken in Form von klar abgrenzbaren Kulturräumen im Sinne des „Kampf der Kulturen“ von Samuel Huntington nochmals deutlich. Laut AfD sei es ganz klar, dass jeder Mensch natürlich in einen bestimmten Raum ‚gehöre‘:

„Wenn er aber Afghane ist, gehört er nicht nach **Deutschland**, dann gehört er nach **Afghanistan**“ (Gauland, 08.08.2017).

Dass nicht unbedingt der Pass darüber entscheidet, wo jemand ‚hingehört‘, sondern laut AfD vielmehr die Abstammung, wurde in Kapitel 5.1.1 bereits ausgeführt. Wenn die AfD-Funktionär:innen über Migration und Einwanderung sprechen, machen sie sehr deutlich, dass sie sich aussuchen möchten, wer nach Deutschland kommt. Nicht die Gründe für Flucht und Asylantrag, sondern nur die potentiellen Vorteile für Deutschland sollten die Entscheidung leiten, das würden alle anderen Länder auch so machen (Driesang, 21.09.2017). Wiederum Huntington folgend sei Migration aus dem eigenen Kulturkreis, also Europa⁵¹, kein Problem, da „die Völker, [...] mit uns selben verwandt“ (Höcke, 22.12.2014) seien. Diese Verwandtschaft bestehe mit anderen imaginierten Völkern nicht, diese würden sich in anderen Räumen „von Sitten und Gebräuche[n], Klima oder Sprache eher zu Hause fühlen“ (Driesang, 21.09.2017) und sollten

⁵¹ Das Europabild der AfD wird in Kapitel 5.1.5 diskutiert.

gar nicht erst nach Deutschland gelangen können. Mit dieser völkischen und naturdeterministischen Argumentation wird eine Einteilung in gute und schlechte Völker und damit in gute und schlechte Migrant:innen bzw. Geflüchtete vorgenommen. Die schlechten, also unerwünschte, Migrant:innen werden dabei nicht nur als nicht aus Europa kommend beschrieben, sondern es wird spezifisch von einer „afrikanische[n] und orientalische[n] Massenimmigration“ (Höcke, 24.11.2018)⁵² gesprochen. Das Andere wird somit in bestimmten, klar abgrenzbaren Raumcontainern verortet. Damit es in diesen Räumen bleibe und nicht in den Raum des Eigenen „eindringen“ (Höcke, 20.01.2018) könne, favorisiert die AfD in der Migrationspolitik die sogenannte „Australische Lösung“ (von Storch, 15.08.2017). Damit ist die vollständige Blockierung der Fluchtwege über das Mittelmeer sowie die Unterbringung und Asylantragstellung in Lagern außerhalb der europäischen Grenzen gemeint. Dies sei laut AfD die „humanste Politik“ (ebd.), da die Menschen nicht losfahren würden, wenn es keine Chance auf Asyl in Europa gäbe. Diese Argumentation blendet die diversen Fluchtursachen aus und verschiebt die Beschäftigung mit dem Thema Flucht und Asyl lediglich in einen anderen Raum (z.B. Libyen oder die Türkei).

Gleichzeitig könne auf diese Weise aber noch effektiver ‚selektiert‘ werden, wer nach Deutschland komme. In Kombination mit der immer wieder betonten ‚Festung Europa‘ (Kap. 5.1.4) entsteht so das Wunschbild der AfD eines hermetisch abgeriegelten Raumes des Eigenen (Europa bzw. Deutschland) dem ein als mittelalterlich und „archaisch“ (Höcke, 20.01.2018) beschriebener Raum des Anderen gegenüberstehe. Die als ‚fremd‘ beschriebenen Menschen, die bereits im Raum des Eigenen leben, werden beständig gegen die Deutschen/das deutsche Volk ausgespielt, wie in Kapitel 5.1.1 bereits deutlich wurde:

„Es ist eines der großen Rätsel der Welt, warum **die Bundesrepublik** so vielen Einwanderern, **die hier nie** gearbeitet und **nie** einen Cent in die Sozialkassen gezahlt haben, Sozialleistungen gewährt, *ohne je eine Gegenleistung zu fordern. Dadurch werden bei **einheimischen Transferempfängern** Vorbehalte gegen **Einwanderer** geradezu befördert*“ (Petry, 03.10.2016).

In dieser Aussage werden „einheimische Transferempfänger“ und „Einwanderer“ (ebd.) argumentativ gegenübergestellt und mit bestimmten Eigenschaften versehen. Letztere zeichneten sich vor allem dadurch aus, dass sie „hier nie gearbeitet“ (ebd.) hätten und trotzdem Sozialleistungen bezögen. Dadurch würden, wie Petry im letzten Satz zynisch anmerkt, „Vorbehalte [...] geradezu befördert“ (ebd.). Sie legitimiert diskursiv vorhandene Vorbehalte und Vorurteile der Deutschen gegenüber Migrant:innen und suggeriert einen wahren Kern. Verantwortlich gemacht für diese Prozesse wird wiederum „die Bundesrepublik“ (ebd.), also die Regierung (vgl. Kap. 5.1.2). Die direkte Ansprache der „Vorbehalte gegen

⁵² Petry spricht z.B. vom „Lumpenproletariat der afro-arabischen Welt“ (Petry, 03.10.2016).

Einwanderer“ (ebd.) bestärkt die Zuhörenden in ihrem Gefühl, ungerecht behandelt zu werden, schweißt die Gruppe des Eigenen zusammen und lenkt ihre Wut, ihren Ärger zum einen auf die Regierung als Verantwortliche und zum Anderen auf die Migrant:innen. Letzteren würde ohne jede Gegenleistung die gleiche Behandlung zuteil wie ihnen. Die laut AfD immer hart arbeitenden Deutschen würden somit um ihren gerechten und verdienten Lohn gebracht. Um dieses Gefühl der Ohnmacht, der ungerechten Behandlung noch zu verstärken, werden Migrant:innen nicht nur als „Sozialschmarotzer“ (Blex, 24.11.2018) beschrieben, sondern auch als Bedrohung für den Wirtschaftsstandort Deutschland, da sie „in den nächsten 20 Jahren unseren IQ um 3 Punkte, im Durchschnitt, senken“ (Driesang, 21.09.2017). Diese Beschreibung als weniger intelligent und schließlich minderwertig trägt zu einer Verfestigung und Verstärkung der bereits bestehenden Vorurteile bei und wertet gleichzeitig ganze Bevölkerungsgruppen systematisch ab. Die AfD verwendet Argumentationen, die das deutsche Volk über andere Völker stellt und verdeutlicht damit nochmals ihr durch die ganze Partei sichtbares völkisch-nationalistisches Weltbild.

Auf dieser Basis scheint für die Partei eine Integration von Geflüchteten in die deutsche Gesellschaft nur schwer vorstellbar. Dennoch sei diese aus Sicht der AfD unter bestimmten Voraussetzungen möglich:

„Es gibt gute und schlechte Migration. Ich bin in Essen-Holsterhausen groß geworden. Da waren Polen, Türken, Italiener, Portugiesen, alles da. **Die** sind zu weiten Teilen Deutsche geworden, gehen einer geregelten Arbeit nach, befolgen **unsere** Gesetze, haben sich **unseren** Lebensgewohnheiten angepasst, so weit, wie man das erwarten kann, wenn man in ein anderes Land kommt. Völlig unproblematisch“ (Meuthen, 30.12.2019).

Laut dieser Aussage unterscheide sich gute Migration von schlechter Migration vor allem dadurch, dass die guten Migrant:innen zu „Deutsche[n] geworden“ (ebd.) seien. Sie gehen arbeiten und, jeweils mit dem vorangestellten Deiktikon „unser“ (ebd.), befolgen die Gesetze. Sie hätten sich den Lebensgewohnheiten angepasst. Bei der Aufzählung der Nationalitäten, die in Meuthens Nachbarschaft vorzufinden waren, kann vermutet werden, dass es sich um im Zuge der Anwerbung von Arbeitskräften in den 1960er und 1970er Jahren nach Deutschland gekommene Menschen handelt. Diese Zuwanderung war also explizit gewünscht und erfüllte einen ökonomischen Zweck.⁵³ Das legitimierte laut Meuthen die Einordnung dieser Menschen in die Kategorie der ‚guten Migration‘. Die im Sinne der AfD ‚idealen Migrant:innen‘ werden in dieser Aussage also in der Art beschrieben, dass sie für Deutschland arbeiten, ohne sich zu beschweren, alle Traditionen und Werte vergessen und sich dankbar im deutschen Volk assimilieren. Dieses doch sehr utopische Idealbild der Migration habe es

⁵³ Diesen Punkt betont auch Gauland: „Diese Menschen braucht Deutschland überhaupt nicht. Denn die sind im Grunde genommen für den Arbeitsmarkt ungeeignet“ (Gauland, 08.08.2017).

laut AfD in der Vergangenheit einmal gegeben, heute sehe es jedoch ganz anders aus, wie Meuthen seiner obigen Aussage hinzufügt:

„Heute haben wir aber Migration von Menschen aus Gegenden, bei denen man wissen kann: Die wollen sich gar nicht assimilieren. Und wenn diese Migration so massenhaft, unkontrolliert und illegal stattfindet, dann verlieren wir unser Land“ (Meuthen, 30.12.2019).⁵⁴

Die heutige Migration unterscheide sich fundamental von der oben angesprochenen Migration. Zunächst durch die Herkunft der Migrant:innen: Sie werden in „Gegenden“ (ebd.) verortet, die nur implizit beschrieben, aber dennoch negativ dargestellt werden. Menschen aus diesen „Gegenden“ (ebd.) wird der Wille zur Assimilation pauschal abgesprochen und ihre Migration wird mit Bezug auf einen Kontrollverlust Deutschlands und damit der Anrufung eines Bedrohungsszenarios als „massenhaft, unkontrolliert und illegal“ (ebd.) beschrieben. Der im ersten Teil der Aussage angesprochene Punkt der Gesetzestreue könne somit schon nicht mehr erfüllt werden. Zudem ist wichtig hervorzuheben, dass die AfD in ihren Aussagen strikt zwischen Assimilation und Integration unterscheidet:

„Also eine dauerhafte Integration oder besser Assimilation, wir sollten auch von Assimilation, nicht von Integration sprechen, der Integrationsbegriff [...] bedeutet eben, dass [...] durch den Integrationsprozess von zwei Größen etwas Neues entsteht. Die Deutschen sind aber niemals gefragt worden, ob sie sich im eigenen Land integrieren wollen, deswegen favorisiere ich, und das sollten sie auch tun, den Assimilationsbegriff“ (Höcke, 21.11.2015).

Integration meint, dass aus zwei Dingen etwas Neues entsteht, während Assimilation die Anpassung oder Angleichung an eine gesellschaftliche Gruppe bedeutet (PANRECK U. BRINKMANN 2019). Letzteres wird aus Sicht der AfD favorisiert, da für die homogenisierte Gruppe der „Deutschen“ (ebd.) Integration niemals wünschenswert wäre. Das reaktionäre Weltbild der AfD steht allem Neuen skeptisch bis ablehnend gegenüber, weshalb sich die Anderen „verdammte nochmal uns anzupassen“ (Gauland, 08.08.2017) hätten. Im gleichen Interview spricht Gauland noch etwas bildhafter davon, dass „Integration eine Einbahnstraße“ (ebd.) sei. Dass die Unterscheidung in gute und schlechte Migration, die gleichzeitig einen Keil in die Gruppe der Migrant:innen treibt und sie gegeneinander ausspielt (Meuthen, 30.12.2019), sowie die nur schwer erfüllbaren Voraussetzungen für eine gelungene Integration nur argumentative Feigenblätter sind, wird in anderen Aussagen der Partei mehr als deutlich. Die Migrant:innen bzw. die Geflüchteten würden die „Integration verweigern“ (Weidel, 11.11.2016), seien mit der deutschen Lebensweise „nicht einverstanden“ (Meuthen, 30.12.2019) und wollten sich gar nicht integrieren (ebd.). Hinzu kommt, dass den Menschen die

⁵⁴ Vgl. auch Petry, 03.10.2016.

Aufenthaltserlaubnis abgesprochen wird, sie wie oben als illegal dargestellt werden oder direkt die Fluchtgründe angezweifelt werden:

„Und wenn **sie** wirklich politisch verfolgt sind, dann müssen **die** sich **uns** anpassen und nicht wir ihnen“ (Gauland, 08.08.2017).

Das unscheinbare Wort „wirklich“ (ebd.) nährt die Zweifel der Zuhörenden an den Fluchtursachen und bedient wiederum die Argumentation, dass die Menschen aus materiellen Gründen geflüchtet seien, in Deutschland ein besseres Leben suchten und damit ‚den Deutschen‘ etwas wegnehmen würden (vgl. Kap. 5.1.1). Gleichzeitig geraten die Geflüchteten in eine Rechtfertigungssituation, in der sie Menschen ihre Flucht erklären müssen, die das immer wieder wiederholte Narrativ des illegalen Aufenthalts in Deutschland bereits verinnerlicht haben. Die ständige Repetition der angeblichen Illegalität und Unrechtmäßigkeit der Geflüchteten in Verbindung mit ihrer konstanten Beschreibung als kriminell und gefährlich erzeugt eine tief sitzende emotionale Ablehnung gegenüber der homogenisierten Gruppe des Anderen und macht eine Integration der Menschen in die Gesellschaft zu einer besonderen Herausforderung, da zunächst Vorurteile und Stereotype sowie Gefühle der Angst und Wut abgebaut werden müssen, von denen die Geflüchteten womöglich gar nicht wissen, dass sie in der Gesellschaft existieren. In die gleiche Kerbe schlägt die immer wieder verwendete Bezeichnung als „sogenannte Flüchtlinge“ (u.a. Gauland, 17.03.2017), die einen Anspruch der Menschen auf Asyl ebenfalls negiert. Es wird also deutlich, dass die AfD keinerlei Anstrengungen für eine Integration von Geflüchteten und Migrant:innen unternehmen möchte. Eine solche Anstrengung sei aus ihrer Sicht auch gar nicht nötig, da die Menschen bald in ihre Länder zurückkehren könnten:

„Hinter den Kampflinien leben ja auch heute Menschen in Syrien durchaus friedlich. Das entspricht nicht unseren Standards von Rechtsstaatlichkeit, aber **die** können **dort** leben, das haben sie vor dem Bürgerkrieg auch getan, unter Assad. Daher sollten **wir** bei den derzeit hier lebenden Syern nicht so tun, als müssten **wir** bei allen für eine dauerhafte Integration sorgen“ (Meuthen, 30.12.2016).

Das Vorkonstrukt „hinter den Kampflinien“ (ebd.) spielt auf den bereits seit 2011 andauernden Krieg in Syrien an und verharmlost ihn gleichzeitig, indem er als auf einige wenige Kampflinien beschränkt dargestellt wird. Damit wird das Argument für die Rückkehr der geflüchteten Menschen geliefert, da die Kampfhandlungen lokal begrenzt seien und ein friedliches Leben in Syrien „durchaus“ (ebd.) möglich sei. Implizit wird wieder das Narrativ bedient, die Menschen würden nicht flüchten, sondern aus ökonomischen Gründen nach Deutschland migrieren und seien nicht an Leib und Leben bedroht. Die polyphonen Markierungen in der Aussage weisen zudem darauf hin, dass das Leben in Deutschland und Syrien nicht vergleichbar sei – Deutschland habe höhere „Standards“ (ebd.), aber für die Anderen (s. Deiktika) seien die Bedingungen akzeptabel, da es für sie vor

dem Bürgerkrieg auch möglich war in Syrien zu leben. Meuthen produziert räumliche Bilder eines rückständigen Syriens, das auch vor dem Bürgerkrieg weit hinter deutschen Standards zurücklag und das Syrer:innen in gewisser Weise zuschreibt, sie seien an bürgerkriegsähnliche Zustände gewöhnt. Den Syrer:innen würde es laut der AfD in Deutschland also viel zu gut gehen und da sie unter der Prämisse eines sicheren Syriens nicht in Deutschland bleiben dürften, müsse das ‚Wir‘ auch nicht für eine „Integration sorgen“ (ebd.). Die Integration wird somit als eine Aufgabe dargestellt, die in Gänze von den Anderen übernommen werden müsse und wer dies nicht könne oder wolle, „der muss unser Land verlassen, und zwar schnell“ (Höcke, 22.12.2014).⁵⁵

Um diesen Prozess der „Remigration“ (Kalbitz, 23.06.2018), wie ihn die AfD in Anlehnung an neurechte Argumentationen der Identitären Bewegung oder des IfS nennt, durchführen zu können, müsse eine gewisse „Rückkehrwilligkeit der Menschen erhalten“ (Höcke, 21.11.2015) werden. Wie diese Rückkehrwilligkeit erhalten werden soll, wird nicht näher ausgeführt, doch deuten die Forderung der Assimilation statt Integration sowie die ständige Verunglimpfung und das Verantwortlichmachen für gesellschaftliche Probleme und Krisen deutlich in eine bestimmte Richtung. Zudem sprechen sowohl von Storch als auch Petry davon, an der Grenze auf Geflüchtete zu schießen (Spiegel Online 2016) und Höcke betont in seinem Buch „Nie zweimal in denselben Fluss“, dass bei dem „großangelegte[n] Remigrationsprojekt [...] eine Politik der „wohltemperierten Grausamkeit““ (Höcke 2018: 362) nötig sein werde.⁵⁶ Die AfD macht also sehr deutlich, dass mit ihr an der Regierung verstärkt Abschiebungen all derjenigen vorgenommen werden würden, die laut AfD nicht zum deutschen Volk gehören⁵⁷, auch in Bürgerkriegsländer, um einen ethnisch homogenen Raum für das Eigene zu schaffen. Dass das Schicksal der Geflüchteten bei vielen Menschen Gefühle des Mitleids hervorruft, erkennt die Partei an, versucht diese jedoch einzufangen und zu relativieren, indem sie argumentiert, dass Mitleid mit einzelnen Menschen nachvollziehbar sei, es sich aber bei den Geflüchteten nicht um einzelne Menschen, sondern um eine „Völkerwanderung“ (Gauland, 28.04.2016) handele. Den aufkommenden Emotionen des Mitgefühls und der Zuneigung wird sofort mit einem Bedrohungsszenario und der Erzeugung von Angst begegnet. Basierend auf dieser Angst lassen sich dann auch die „grausamen Bilder“ (ebd.) an den Grenzen ertragen oder zumindest ausblenden, da sie notwendig seien.

⁵⁵ Vgl. auch „wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen“ (Kalbitz, 23.06.2018).

⁵⁶ Gauland argumentiert ähnlich, wenn er davon spricht, an den Grenzen „hässliche Bilder in Kauf [zu] nehmen“ (Gauland, 18.08.2019).

⁵⁷ u.a. Blex, 24.11.2018; Kalbitz, 23.06.2018.

In vielen dieser Aussagen zu Migration und Integration schwingt implizit oder explizit eine weitere hegemoniale Zuschreibung des ‚im Außen‘ verorteten Anderen mit. Religion wird als Distinktionsmarker verwendet um eine pauschalisierende Vorstellung des Islam als Hauptfeindbild zu markieren. Dabei wird keineswegs zwischen der Vielzahl verschiedener Strömungen und Ausrichtungen des Islam unterschieden, sondern es wird in homogenisierender Weise von „dem Islam“ (Gauland, 28.04.2016) gesprochen. Dieser leere Signifikant wird von der AfD mit spezifischer Bedeutung aufgeladen, um ihn als Feindbild in Stellung zu bringen, argumentativ mit Migration und Integration zu verknüpfen und schlussendlich als Gefahr und Bedrohung darzustellen. Der Islam, den es so natürlich nicht gibt⁵⁸, wird dabei „im Orient und meinetwegen in Schwarzafrika⁵⁹“ (Höcke, 20.01.2018) verortet, mit verschiedenen Attributen versehen und häufig in Abgrenzung zum Christentum definiert (Abb. 13).

⁵⁸ Es existiert eine Vielzahl verschiedener Glaubensrichtungen und Auslegungen des Islam und des Korans (SCHIMMEL 1990; AIJAZ 2018).

⁵⁹ Dieser Begriff selbst ist dabei bereits stark abwertend und negativ konnotiert. Er stammt aus der Zeit des Kolonialismus, unterteilt Afrika in einen Europa näheren Norden und einen geschichts- und kulturlosen Süden, welcher zudem homogenisiert wird (SOW 2011).

„Der Islam ist nämlich im Unterschied zum Christentum eine Religion, die man als Buchreligion bezeichnet. Das heißt, es gibt keine Auslegung der heiligen Schriften wie beispielsweise bei der Bibel, die dann immer wieder an den Zeitkontext angepasst worden ist, der Islam ist eine Religion, die sagt, das, was der Prophet Mohammed gepredigt hat und was in den einschlägigen Schriften niedergeschrieben ist, das ist das Wort Gottes und das muss unverändert Gültigkeit haben. Deswegen gibt es auch eine Scharia mit Körperstrafen, die als entsetzlich und pervers abzulehnen sind, ohne Wenn und Aber, da hält man aber daran fest, weil man niemals die Aufklärung mitgemacht hat, weil man niemals kritisch den Glauben reflektiert hat. Und vor allen Dingen gibt es einen ganz großen Unterschied zum Christentum, [...] das Christentum [ist] ein Glaubensansatz, der davon ausgeht, dass wir, dass wir Menschen als Ebenbild Gottes geschaffen wurden. Und aus dieser eben Ebenbildhaftigkeit Gottes, liebe Freunde, ergibt sich die Einzigartigkeit jedes einzelnen von uns. [...] Der Muslim ist unendlich weit von seinem Allah entfernt, unendlich weit. Das Christentum, [...] und denken wir da an Jesus Christus, das war der Sohn eines Zimmermannes, er predigte den Frieden. Mohammed war ein Feldherr, er predigte und praktizierte den Krieg, das ist der Unterschied zwischen Christen und dem Islam“ (Höcke, 20.01.2018).

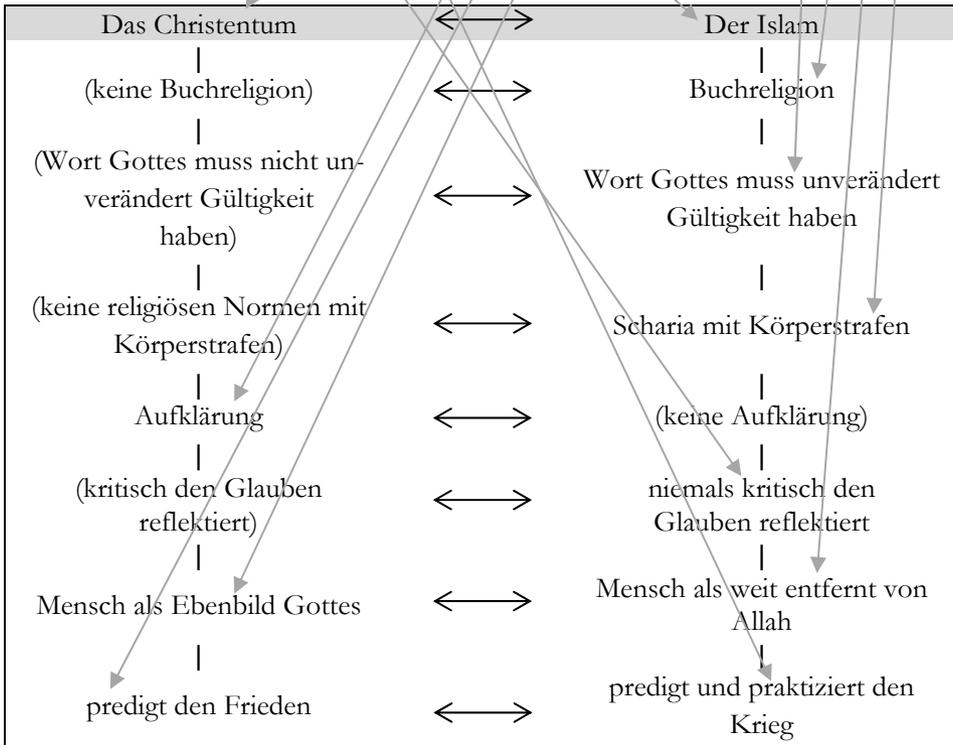


Abb. 13: Das Christentum vs. der Islam (Quelle: eigene Darstellung)

In dieser für die gesamte AfD beispielhaften Aussage wird der Islam als „Buchreligion“ (ebd.) beschrieben. Das heißt, Interpretationen des Wort Gottes, verschiedene Auslegungen, seien im Islam nicht möglich oder vorhanden. Dieser beziehe sich immer noch auf den Originalwortlaut Mohammeds und sei deshalb erwiesenermaßen rückständig und „mittelalterlich“ (Gauland, 08.08.2017), wie in anderen Textstellen ebenfalls deutlich gemacht wird. Dem von der AfD auf diese Weise homogenisierten und pauschalisierten Islam würden im Vergleich zum Christentum die Aufklärung und das kritische Reflektieren über sich selbst fehlen. All das sei im Christentum, das ebenfalls homogenisiert wird, ganz selbstverständlich geschehen. Gleichzeitig wird das Christentum und damit implizit Deutschland bzw. Europa in obiger Aussage als den Frieden predigend und der Islam als den Krieg predigend und praktizierend beschrieben. Es wird ein Bild konstruiert, in dem das homogenisierte, christliche Eigene dem ebenfalls homogenisierten, islamischen Anderen gegenübersteht. Das Eigene ist dabei in der defensiven, sich verteidigenden Rolle, während das Andere den äußeren Aggressor darstellt. Diese Aggression vollziehe sich laut AfD vor allem über Migrationsprozesse. Migration ist für die AfD nahezu ausnahmslos muslimische Migration und Migrant:innen sind muslimische Migrant:innen. Das zeigt sich vor allem daran, dass die Begriffe ‚Migrant‘ und ‚Muslim‘ häufig synonym verwendet oder Migrant:innen und der Islam mit ähnlichen Eigenschaften und Attributen versehen werden (z.B. „nicht integrierbar“ (Gauland, 28.04.2016), „bedrohlich“ (Höcke, 24.11.2018)). Dabei macht die Partei immer wieder deutlich, dass ihre Vorstellung des Islam nicht nach Deutschland ‚gehöre‘, diese immer „etwas Fremdes in diesem Lande“ (Gauland, 08.08.2017) bleiben werde. Damit wird nochmal auf die vermeintliche Nichtintegrierbarkeit muslimischer Migrant:innen sowie des Islam rekurriert. Beide würden immer fremd in Deutschland bleiben und niemals zur Gruppe des Eigenen gehören können. Mit der Homogenisierung islamischer Strömungen sowie muslimischer Menschen konstruiert die AfD eine Gruppe des Anderen, die sich aufgrund dieser Attacken und Angriffe durch die Partei sowie eines gemeinsamen Feindes womöglich auf emotionale und affektive Weise verbunden fühlt. Die Bündelung gemeinsamer Interessen gegen die AfD könnte für die Partei zum Problem werden. Um dem entgegenzuwirken, wird neben der Homogenisierung versucht, einen Keil in die Gruppe der Muslim:innen zu treiben:

„Meine Kritik des Islams richtet sich keineswegs gegen die **integrierten, arbeitsamen und rechtstreuen Muslime** bei uns, vor die **wir uns** als AfD selbstverständlich schützend stellen. Sondern an jene, die durch ihr Leben in Parallelgesellschaften Integration verweigern und an fundamentalistischen Verhaltensweisen wie Verschleierung, Trennung von Männern und Frauen oder der Kinderehe festhalten und die Gastgebergesellschaft ablehnen“ (Weidel, 11.11.2016).

In dieser Aussage wird zwischen „integrierten, arbeitsamen und rechtstreuen Muslimen“ (ebd.) sowie Muslim:innen, die u.a. „in Parallelgesellschaften leben [...] und an fundamentalistischen Verhaltensweisen [...] festhalten“ (ebd.) unterschieden.⁶⁰ So entsteht das Bild, dass sich muslimische Menschen nur genug anstrengen und ihre Verhaltensweisen ändern müssten, um in Deutschland akzeptiert zu werden. Besonders wichtig ist der AfD dabei, dass sie arbeiten gehen, also nützlich für den Wirtschaftsstandort Deutschland seien. Damit wird an Argumentationen einer Kosten-Nutzen-Analyse für Migration angeschlossen, die bereits diskutiert wurde. Die Gruppe des Anderen wird in erwünschte und unerwünschte Personen geteilt und die Verantwortung für die Einteilung in die entsprechenden Gruppen in vollem Maße den Muslim:innen selbst zugeschrieben. Auf diese Weise werden strukturelle und gesamtgesellschaftliche Probleme auf das Individuum heruntergebrochen oder gleich ganz negiert. Da an anderer Stelle immer wieder die vermeintliche Nichtintegrierbarkeit von Muslim:innen oder des Islam insgesamt postuliert wird, kann Weidels Argument als Strohmangargument entlarvt werden. Gleichzeitig strotzt der letzte Satz vor Stereotypen und Vorurteilen gegenüber der pauschalisierenden Vorstellung des Islam der AfD. Dieser trägt dazu bei, dass die Vorurteile performativ werden und die Zuhörenden auf einer emotional-affektiven Ebene berühren. Vor allem der Begriff der ‚Kinderehe‘ kann schnell zu wütenden Reaktionen führen, die sich dann auf die gesamte Gruppe der Muslim:innen übertragen. Zuletzt sei auf den Begriff „Gastgebergesellschaft“ (ebd.) am Ende der Aussage hingewiesen. Er konterkariert die gesamte vorherige Aussage, da er impliziert, dass Deutschland Gastgeber sei, die muslimischen Menschen also lediglich zu Gast seien. Als Gast ist man dankbar für alles, was einem gegeben wird, verlässt die Gastgebenden aber auch irgendwann wieder. Deutschland könne somit nie Heimat der Muslim:innen werden und letztere bekommen stets vermittelt, dass sie nur auf Zeit in Deutschland leben können und eigentlich nicht ‚hier her gehören‘.

Der Islam wird von der AfD also insgesamt als „nicht vereinbar“ (Meuthen, 09.06.2016) mit deutschen oder europäischen Werten, als „nicht integrierbar [...] in eine westliche Gesellschaft“ (Gauland, 28.04.2016) und als „voraufklärerisch“ (Meuthen, 09.06.2016) beschrieben. Höcke bezeichnet ihn gar als „tödliche Bedrohung“ (Höcke, 20.01.2018) für das Eigene. Dabei wird der Islam im Verständnis der AfD implizit und explizit mit Terrorismus in Verbindung gebracht (Meuthen, 30.12.2019), indem im Zusammenhang mit dem Islam entweder der Begriff ‚Terror‘ fällt oder z.B. über „Dschihadisten [und] Salafisten“ (Weidel, 11.11.2016) gesprochen wird. Solche semantischen Verknüpfungen finden sich an vielen Stellen und bleiben als Bilder in den Köpfen der Menschen hängen. So reicht es heute aus, nur von Terrorismus zu sprechen, um Assoziationen mit dem

⁶⁰ Vgl. für die Unterscheidung in ‚gute‘ und ‚schlechte‘ Muslim:innen auch Petry, 23.08.2017.

Islam aufzurufen, obwohl es mit dem NSU ein sehr aktuelles Beispiel für rechten, nicht-religiösen Terror in Deutschland gibt (SCHMINCKE U. SIRI 2013). Diese Verknüpfungen von Islam, Terror und Migration führen zu Gefühlen von Angst und Unsicherheit. Die AfD reagiert darauf, indem sie davon spricht, sich „dagegen [zu] wehren“ (Gauland, 02.06.2016). Mit dem „dagegen“ (ebd.) ist vor allem die Migration aus „fremden Kulturen“ (ebd.) gemeint. Eine solche Aussage hat einen stark mobilisierenden Charakter. Sie adressiert die wiederholt postulierte existentielle Notlage Deutschlands und fordert die Menschen auf, aktiv etwas dagegen zu tun. Auf diese Weise legitimiert sie außerparlamentarische Bewegungen wie PEGIDA. Deutschland befinde sich stets in der defensiven, verteidigenden Position. Dieser Logik folgend werden (gewaltvolle) Aktionen als Notwehr definiert, indem sich die AfD und ihre Anhänger:innen selbst als Opfer größerer Prozesse inszenieren. Mit Bezug zum Nationalismuskurs ist der Schutz des Eigenen, des deutschen Nationalstaates vor Angriffen von innen und außen das oberste Ziel. Dabei wähnt sich die Partei in einem „Kampf der Kulturen“ (Höcke, 20.01.2018). Zudem betreibt die AfD, ähnlich wie z.B. auch die IB, eine *invention of tradition*, indem sie ihre Aktionen in eine Linie mit anderen historischen Ereignissen stellt. Es wird z.B. immer wieder auf die „europäische christliche Tradition“ (Gauland, 08.08.2017) verwiesen, die mit der Belagerung von Wien durch die Türken 1683 in einen Kontext gesetzt wird. Die Türken verloren diesen Kampf „Gott sei Dank“ (ebd.), doch nun sehen sich Deutschland und Europa wieder einer ähnlichen Gefahr ausgesetzt. Die Belagerung Wiens wird mit dem sogenannten „Flüchtlingsommer 2015“ in einen historischen Bezug gesetzt und auf diese Weise ein legitimer, seit mehreren 100 Jahren geführter Kampf gegen den Islam konstruiert, der schlicht nicht in den Raum ‚Europa‘ gehöre. Europa wird, ähnlich wie Deutschland, als fundamental bedroht von der „zerstörerischen Masseneinwanderung“ (Höcke, 24.11.2018) charakterisiert. Diese könne das „endgültige [...] Ende Europas“ (ebd.) bedeuten, weshalb im folgenden Kapitel ein näherer Blick auf das Europabild der AfD und entsprechende Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen geworfen wird.

5.1.4 Die AfD und Europa

Die AfD hat ein sehr ambivalentes Verhältnis zu Europa. Der Euro, die europäische Gemeinschaftswährung, bzw. die Eurorettungspolitik der damaligen Bundesregierung bildeten das Gründungsmoment der Partei. Sie bezeichnet den Euro als „ideologisches Projekt“ (Petry, 22.04.2017), dem die Deutschen, wenn sie denn gefragt worden wären, niemals zugestimmt hätten (Weidel, 23.09.2017). Die Argumentationen gegen den Euro werden dabei auf verschiedenen Ebenen geführt. Zum einen wird in sich selbst überhörender Art und Weise artikuliert, dass Deutschland wirtschaftlich zu stark für den Euroraum sei und eine gemeinsame Währung deshalb nicht funktionieren könne (Driesang, 21.09.2017). Es

wird wettbewerbspopulistisch mit Leistungsfähigkeit und Produktivität argumentiert, um Deutschland auf- und andere Nationalstaaten in Europa abzuwerten. Ökonomische Ungleichheit wird dabei auf kulturelle Unterschiede zurückgeführt, die ‚quasi-natürlich‘ vorhanden seien. Zum anderen wird aufgrund der angeblichen Stärke und Dominanz Deutschlands in Europa postuliert, der Euro sei nur eingeführt worden, um Deutschland „an die kurze Leine zu nehmen“ (Höcke, 24.11.2018). Verschwörungstheoretisch werden in diesem Zusammenhang die USA als Drahtzieherin hinter der Einführung des Euro und der Kleinhaltung Deutschlands vermutet, um ihr Ziel einer „One World“⁶¹ (ebd.) erreichen zu können. In jedem Fall ist die Konsequenz für die AfD eine Rückkehr zur nationalen Währung und insgesamt wieder eine stärkere Rolle der Nationalstaaten in Europa. Dabei favorisiert die Partei das Modell eines „Europas der Vaterländer [wie es] de Gaulle wollte“ (Gauland, 08.08.2017). Es solle keine „United States of Europe“ (Lucke, 25.01.2014), sondern einen „Bund souveräner Staaten“ (ebd.), ein Europa der souveränen Nationalstaaten (Petry, 22.04.2017) geben. Das Mantra der Souveränität und Unabhängigkeit der einzelnen Nationalstaaten wird beständig wiederholt, zum einen, um die EU zu diskreditieren und Druck aufzubauen, zum anderen, um nach innen ein Gefühl der Stärke und Überlegenheit zu erzeugen. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit solle jedoch fortgeführt werden, da der gemeinsame Markt eine „gute Idee“ (Gauland, 08.08.2017) sei. Als starkes Exportland profitiert Deutschland hier besonders, eine „politische Union“ (ebd.) solle es aber nicht geben:

„Nein ich wäre nicht für die politische Union, weil die politische Union in Europa meiner Ansicht nach deswegen schon nicht funktioniert: es gibt keinen gemeinsamen Resonanzboden, der für Nationalstaaten üblich ist. Europa hat nun mal, das können wir für falsch oder für richtig halten, die lange Tradition der europäischen Nationen. Und die sind trotz zweier Weltkriege nicht schwächer geworden und deswegen halte ich es für falsch einen Kunststaat zu schaffen, der weder eine einheitliche Sprache hat noch ein einheitliches Zeitungswesen“ (Gauland, 08.08.2017).

Für eine solche politische Union gebe es „keinen gemeinsamen Resonanzboden“ (ebd.). Das Gemeinsame, das für einen Nationalstaat üblich sei, sei auf europäischer Ebene nicht vorhanden, da Europa „von Natur aus einfach heterogen“ (Höcke, 24.11.2018) sei. Die AfD postuliert somit, dass das deutsche Volk, das den Nationalstaat bilde, eine gewisse innere Verbundenheit, ein Gemeinsames habe, dass nicht erlernt werden könne. Natur- und geodeterministisch argumentierend wird von einer inneren Verbindung von Volk und Nationalstaat und damit von Volk und Boden ausgegangen. Dazu passt, dass in anderen Aussagen

⁶¹ Der Begriff verweist auf die Verschwörungstheorie der *New World Order* oder Neue Weltordnung. Sie bildet in gewisser Weise einen Oberbegriff für Weltverschwörungstheorien und postuliert die „Unterwerfung der Menschheit durch eine totalitäre Weltregierung“ (RATHJE ET AL.: 26). Wie viele Verschwörungstheorien hat auch diese einen dezidiert antisemitischen Kern, indem sie sich auf die fiktiven Protokolle der Weisen von Zion bezieht (RATHJE ET AL. 2015).

mit dem Begriff „Lebensraum“ hantiert wird, wenn über das deutsche Volk gesprochen wird (z.B. Höcke, 24.11.2018). Die AfD bringt somit völkische und an den Nationalsozialismus angelehnte Begriffe und Argumentationen in die politische Debatte ein und normalisiert sie damit in gewisser Weise. Weiterhin weist Gauland in obiger Aussage darauf hin, dass die „Tradition der europäischen Nationen“ (Gauland, 08.08.2017), ob sie jetzt für richtig oder für falsch gehalten werde, objektiv vorhanden sei. Gauland erkennt als Sprecher in dieser Aussage an, dass von manchen Menschen dementiert wird, dass es diese Tradition gibt, stellt diese Deutung aber sofort als falsch dar. Auf dieser langen Tradition aufbauend sei es laut AfD ebenso falsch „einen Kunststaat zu schaffen“ (ebd.). Damit erkennt die Partei an, dass Europa bzw. die EU eine „Konstruktion“ (Gauland, 02.06.2016) ist, vernachlässigt dabei jedoch, dass Nationalstaaten mit samt ihren Grenzen ebensolche jederzeit veränderliche Konstruktionen sind. Selbst das deutsche Staatsgebiet besteht in den aktuellen Grenzen erst seit 1990. Dennoch werden Nationalstaaten als ‚natürlich gegeben‘ dargestellt, womit wieder an natur- und geodeterministische Argumentationen angeschlossen wird. Das hegemoniale Denken in nationalstaatlichen Raumcontainern und die starke Identifikation mit dem Raum des Eigenen wird durch die auffällig häufige Nutzung von deiktischen Partikeln sichtbar:

„Und wenn **uns** die Parteien, die heute im Bundestag vertreten sind, diesen Nationalstaat nehmen wollen, dann nehmen sie **uns unser** Selbstbestimmungsrecht, sie nehmen **uns unsere** Zukunft, **unsere** Kraft zum Leben, und **wir** müssen mit allen Kräften dagegen mobil machen“ (Gauland, 02.06.2016).

Es wird von „unsere[m] Selbstbestimmungsrecht“, „unsere[r] Zukunft“ und „unsere[r] Kraft zum Leben“ (ebd.) gesprochen. Alles Dinge, die auf den Nationalstaat projiziert werden, die wichtig für das deutsche Volk seien und die durch ein konstruiertes Europa bedroht würden. In einem „Europa der Vaterländer“ (Gauland, 08.08.2017) komme Deutschland dagegen eine zentrale und herausgehobene Rolle zu. Deutschland habe „einen erheblichen Anteil an der einstigen Glorie unseres Kontinents“ (Blex, 24.11.2018) und sei das „Herz Europas“ (Höcke, 24.11.2018). Ohne ein starkes Deutschland könne es kein starkes Europa geben (ebd.). Dabei unterscheidet die AfD jedoch strikt zwischen Europa und der EU bzw. Europa und dem „wahren Europa“ (Höcke, 24.11.2018).⁶²

⁶² Vgl. auch: „Die EU, liebe Freunde, ist nicht Europa, bitte niemals EU und Europa synonym verwenden“ (Höcke, 20.01.2018).

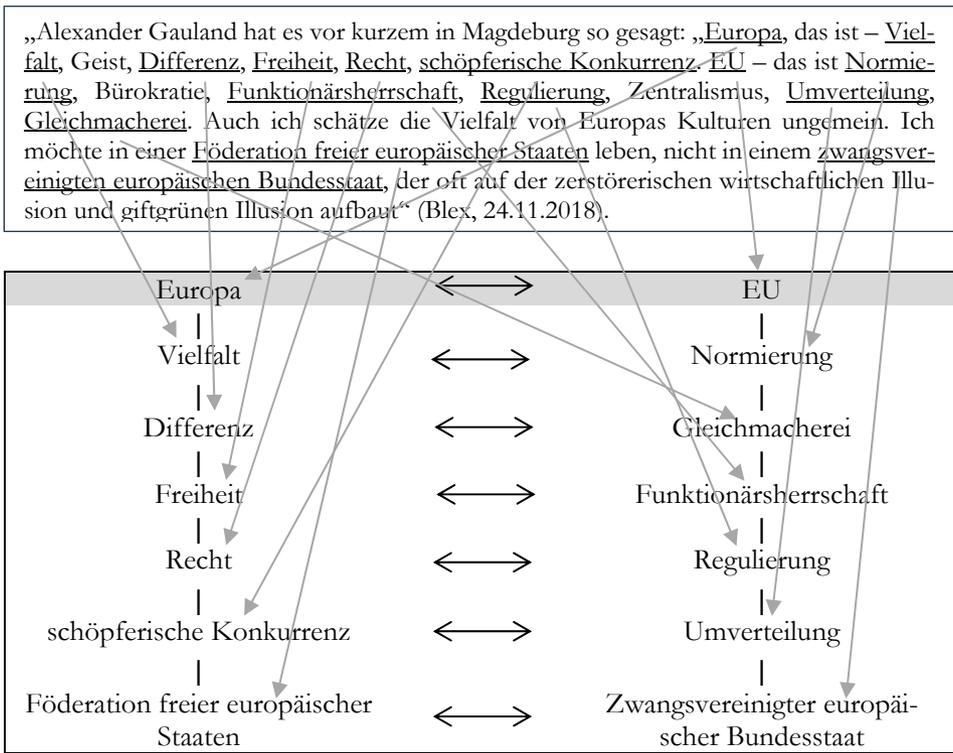


Abb. 14: Europa vs. EU (Quelle: eigene Darstellung)

Wie in Abbildung 14 zu sehen, werden Europa und die EU mit sehr unterschiedlichen Attributen und Zuschreibungen versehen. Europa wird als geprägt von „Vielfalt“, „Differenz“ und „Freiheit“ (ebd.) beschrieben, während die EU der „Gleichmacherei“ und „Zentralisierung“ (ebd.) beschuldigt wird. Sie wird also vor allem als in die Souveränität und Freiheit der Menschen sowie der Nationalstaaten eingreifend betrachtet. Die Verwendung des Begriffes „zwangsvereinigt“ (ebd.) verdeutlicht zudem, dass der Zusammenschluss in den Augen vieler, nach Meinung der AfD, nicht freiwillig geschehen sei. Die „freie[n] europäische[n] Staaten“ (ebd.), die sich die Partei zurückwünscht, seien durch Zwang und Druck in die als einschränkend und überregulierend empfundene EU gezwängt worden. Spannend ist, dass in dieser Aussage die Vielfalt der Kulturen als etwas Positives bezeichnet wird, das es zu erhalten gelte. Der Wunsch nach Vielfalt endet jedoch an den nationalstaatlichen Grenzen, innerhalb derer es möglichst homogene Völker geben sollte. Damit schließt die AfD nahtlos an das Konzept des Ethnopluralismus im Sinne der IB an, dass genau diese nach Ethnien getrennten ho-

mogegen Nationalstaaten in Europa fordert und vorgibt, ein gleichwertiges Existieren nebeneinander zu fördern. In einer Grundsatzrede zu Europa verwendet Höcke darüber hinaus immer wieder den Begriff des „wahren Europa, [...] um ihn einzuschleifen“ (Höcke, 24.11.2018), ihn im breiteren gesellschaftlichen Diskurs zu verankern. An dieser Stelle werden die Unabgeschlossenheit und Veränderlichkeit von Sprache besonders deutlich. Durch die ständige Wiederholung eines Begriffes findet eine Normalisierung im alltäglichen Sprachgebrauch statt. Der Begriff des „wahren Europa“ wird immer wieder eingestreut, ohne ganz genau zu definieren, was damit gemeint ist. In erster Linie dient er zur Abgrenzung gegenüber dem Verständnis der EU bzw. Europa, welches laut AfD die Eliten der europäischen Staaten haben und wie es in Abbildung 12 beschrieben wird. Gleichzeitig zeigt sich eine *invention of tradition*, indem von Europa nicht als 20 Jahre altem Konstrukt, sondern als Raum mit einer „3000-jährigen Geschichte“ (ebd.) gesprochen wird. Die Geschichte Europas wird bis zu Homer und der griechischen Klassik zurückgeführt und eine lineare bis heute andauernde Geschichte konstruiert (Höcke, 20.01.2018). Dabei wird das Europa, wie es in der Darstellung der AfD einmal gewesen sei, derart glorifiziert und romantisiert, dass die Zuhörenden mit einem Gefühl des Stolzes zurückgelassen werden, aber auch der Sehnsucht nach einem Zurück in diese Zeiten:

„Auf diesem räumlich kleinsten aller Kontinente entfaltete sich eine erstaunlich geistige kulturelle Dynamik. Europas Forscher- und Erfindergeist, [...] seine Philosophie und Spiritualität, seine Kunst und Kultur, seine technisch-wissenschaftliche Intelligenz und nicht zuletzt seine ökonomische Leistungsfähigkeit, all das, liebe Freunde, *macht Europa einzigartig in der Weltgeschichte*“ (Höcke, 24.11.2018).

In Europa konnte sich laut Höcke trotz der geringen Größe des Kontinents eine durch eine Vielzahl von Vorkonstrukten abgebildete Blüte der Menschheit entwickeln, die Europa einzigartig mache. Europa, und damit alle Menschen, die dort zu den entsprechenden Zeiten gelebt haben, wird als besonders, „einzigartig“ (ebd.) und allen anderen überlegen dargestellt. Die hervorgerufenen Gefühle des Stolzes und der Sehnsucht werden im weiteren Verlauf aber sofort wieder durch Angstgefühle ersetzt, indem das Bedrohungsszenario des Untergangs Europas skizziert wird. Europa bzw. die Europäer:innen befänden sich in einer „schweren inneren Krise“ (ebd.). Dabei wird vor allem das Vergessen der eigenen als glorreich beschriebenen Geschichte genannt sowie die Lähmung der europäischen Völker durch „Schuldkomplexe“ (ebd.):

„Was den Deutschen *ihre ewige NS-Schuld* ist, ist anderen europäischen Völkern die Kolonialschuld“ (Höcke, 24.11.2018).

In einem geschichtlichen Rundumschlag werden die Verbrechen des Nationalsozialismus mit den Verbrechen der Kolonialzeit gleichgesetzt und als „identi-

tätsdeformierend und lähmen[d]“ (ebd.) beschrieben. Der Geschichtsrevisionismus der AfD tritt an dieser Stelle mehr als deutlich zu Tage. Ähnlich wie bei der Erzählung der Geschichte Deutschlands sollen auch bei der Geschichte Europas unliebsame Zeitabschnitte vernachlässigt oder gar aus dem Gedächtnis gestrichen werden, da sie erst die Identitätskrise Europas herbeigeführt hätten. Mit dem Bezug zu „europäischen Völkern“ (ebd.) komplettiert diese Aussage das geschichtsrevisionistische, rückwärtsgewandte, völkisch-nationalistische Weltbild der AfD. Diese Krise der Identität, in der sich Europa (ähnlich wie Deutschland) befinde, mache es anfällig für Gefahren von innen („korrupte Eliten“) und außen (Migration). Diese Bedrohungen führen laut AfD zum „Untergang Europas“ (Blex, 24.11.2018). Die „illegale Masseneinwanderung nichteuropäischer Bevölkerung“ (Höcke, 24.11.2018) führe an nationalsozialistische Rhetorik anschließend zur „Verdrängung aus den angestammten Siedlungs- und Lebensräumen“ (ebd.).⁶³ Hier scheint wiederum das naturdeterministische Fundament der Partei durch, dass jeder Mensch natürlich in einen bestimmten Raum ‚gehöre‘. Als Antwort auf die Migrationsprozesse, die laut AfD das Potential hätten, Europa zu zerstören, wird der Begriff der „Festung Europa“ (Kalbitz, 23.06.2018) bemüht. Er ist in der gesamtgesellschaftlichen Debatte eher negativ konnotiert, weshalb die Partei versucht, ihn umzudeuten:

„Man muss aber kein Militärexperte sein, um zu wissen, dass die Hauptfunktion einer Festung eben nicht der Angriff ist, sondern lediglich die Verteidigung, sie also grundsätzlich defensiv ausgerichtet ist. Es geht also schlicht und einfach um den Schutz und die Bewahrung“ (Höcke, 24.11.2018).

Das im Diskurs scheinbar hegemoniale Verständnis einer Festung als offensiv wird von Höcke entkräftigt und die ‚richtige‘ Definition einer Festung als „defensiv“ (ebd.) eingebracht. Es gehe der AfD also lediglich darum, Europa zu schützen und zu bewahren. Damit stellt sich die Partei zum einen intellektuell über ihre politischen Gegner, die einfachste Definitionen nicht kennen würden. Zum anderen erzeugt sie bei den Zuhörenden ein Gefühl der Sicherheit, die diese Festung gewährleisten könne und entkräftigt den implizit im Raum stehenden Vorwurf, etwas Unrechtes zu tun. Gleichzeitig stellt sich die Partei wiederum als in der Defensive befindlich und in Notwehr handelnd dar, wodurch sie ihre Handlungen legitimiert. Die Festung Europa sei also wichtig und notwendig für den Schutz Deutschlands und Europas und bewahre dieselben vor „Kolonisierungsversuche[n]“ (ebd.) von außen, womit der Geschichtsrevisionismus und die Verdrehung geschichtlicher Ereignisse nochmal pointiert zu Tage treten.

⁶³ In eine ähnliche Kerbe schlägt die Charakterisierung der EU als sich in einem „Entartungsstand“ (Höcke, 20.01.2018) befindend.

Die zweite und vielleicht sogar noch größere Bedrohung für Europa geht laut AfD von einer Elite aus, die das Projekt EU aus Machtgründen vorantreibe. Dabei driftet die Partei stark in verschwörungsideologische Sphären ab und bedient sich einer Vielzahl antisemitischer Codes. Sie spricht davon, dass die EU von einem „Weltestablishment“ (ebd.) gelenkt werde, das als „politische[r] Hauptgegner“ (ebd.) begriffen werden müsse. Die EU wird als „undemokratisches Elitenprojekt“ (ebd.) mit einer „globalistischen Agenda“ charakterisiert, deren Ziel die „Auflösung der europäischen Kultur“ (ebd.) sei. So kreierte die Partei ein übermächtiges Feindbild, das ein konstantes und allgegenwärtiges Gefühl der Angst und Bedrohung darstellt und somit auch auf einer emotional-affektiven Ebene verfängt. Die Lösungsvorschläge bleiben jedoch ähnlich. Die AfD imaginiert ein Europa der souveränen und selbstbewussten Nationalstaaten mit einem starken Deutschland als zentralem Element in der Mitte des Kontinents. Wie genau die Rolle von Deutschland in einem Europa der gleichberechtigten Nationalstaaten aussehen soll, bleibt offen. Eine dominante Rolle und Funktion mit Bezug zu alter Stärke soll es aber in jedem Fall haben. Die Gleichberechtigung zwischen den europäischen Staaten scheint somit doch begrenzt zu sein. Deutschland sei aktuell aufgrund seiner Größe und Stärke in der EU benachteiligt. Dabei brauche es ein starkes Deutschland, vor allem im Kampf gegen die Migration (ebd.). Besonders wichtig ist es der AfD, die Identitätskrise in Bezug auf Europa aber auch auf die einzelnen Nationalstaaten zu überwinden. Stolz ist dabei das vorherrschende Gefühl, dass die Menschen wieder stolz auf ihr Land, auf ihren Kontinent sein dürfen, Höcke spricht in diesem Zusammenhang mithilfe eines Neologismus von einer „Selbstbefreundung“ (ebd.). Die Kritik an EU und Europa ist somit ein weiterer Baustein in der übergreifenden Argumentation, der Rückkehr in eine als glorreich und unbeschwert beschriebene, von starken und souveränen Nationalstaaten geprägten Vergangenheit, in der vorgeblich noch alles seine Ordnung hatte. Folgerichtig begegnet die Partei dem im Diskurs vorhandenen Vorwurf europafeindlich zu sein mit folgender Erwiderung:

„Wir sind nichts weniger, liebe Freunde, als europafeindlich. Wir sind *die wahren Europäer*“ (Höcke, 24.11.2018).

5.1.5 Die Konstruktion von Bedrohungsszenarien

In den vorherigen Kapiteln ist bereits deutlich geworden, dass Aussagen der AfD stark emotional-affektiv aufgeladen sind und damit zur Identitätskonstruktion und Raumproduktion beitragen und diese verstärken. Besonders deutlich werden diese Prozesse an Beschreibungen von Eigenem und Fremdem. Dieses Kapitel legt nochmals explizit den Fokus auf die emotional-affektive Ebene, arbeitet konkrete Bedrohungsszenarien aus Aussagen der AfD heraus und veranschaulicht ihr Selbstbild einer das Eigene (Deutschland) bewahrenden und beschützenden Partei.

Bereits 2017 kreierte Amann aus dem Akronym AfD „Angst für Deutschland“ (AMANN 2017). Sie beschreibt, wie die Partei diffus in der Bevölkerung vorhandene Ängste und Sorgen aufgreift und instrumentalisiert (ebd.). Angst bildet die zentrale Emotion, das zentrale Gefühl in Aussagen der AfD. Sie kann als Partei der Angst bezeichnet werden, die „politics of fear“ (WODAK 2015) betreibt, obwohl sie diese Zuschreibung immer wieder von sich weist:

„Meine Damen und Herren, *gegen die Angst*, gegen die von den **Altparteien**, von den etablierten Parteien, oder sagen wir doch von den sogenannten Konsensparteien geschürte Angst, setzen **wir unseren Mut** zu Transparenz, den *Mut* zu einer realistischen Politik für dieses Land, den *Mut* zur Kontroverse in Deutschland *entgegen*“ (Petry, 07.11.2015).

Den politischen Gegnern im Inneren, den anderen Parteien, wird zugeschrieben, Ängste zu schüren. Damit reagiert die AfD auf den im Diskurs vorhandenen Vorwurf, dass sie selbst dies tun würde und versucht ihn zu entkräften, indem auf den Mut als weitere Emotion rekurriert wird. Diesen setzt die AfD in ihren Aussagen der Angst entgegen und bezeichnet es als mutig, angebliche Missstände in Deutschland aufzuzeigen. Die Vielzahl der von der Partei konstruierten Bedrohungsszenarien weist jedoch in eine andere Richtung. Die AfD greift diskursiv vorhandene Ängste auf und bietet gleichzeitig vorgebliche Antworten auf die entsprechenden Bedrohungen an. Dabei werden explizit räumliche Strategien sichtbar, mit denen Gefühle der (Un)Sicherheit adressiert und verstärkt werden. Ein- und Ausgrenzungsprozesse, die Konstruktion von homogenen, abgeschlossenen Räumen sowie die Stigmatisierung von Minderheiten spielen eine entscheidende Rolle. Basierend auf dem analysierten Textmaterial aus Reden und Interviews lassen sich drei zentrale Bedrohungsszenarien in Verbindung mit Angst identifizieren:

1. Die Angst vor dem Fremden
2. Die Angst vor dem sozialen Abstieg
3. Die Angst vor der Zerstörung des Eigenen

Die drei Szenarien können dabei keinesfalls als für sich stehend betrachtet werden. Sie sind vielmehr miteinander verknüpft und gehen ineinander über. Die Angst vor dem Fremden ist verbunden mit der vor Veränderung und schließlich einer vermeintlichen Zerstörung des Eigenen und ebenso mit der Angst vor dem sozialen Abstieg. Gefühle der Angst sind dazu in der Lage, die Gruppe des Eigenen zusammenzuhalten, sie zu verbinden. AHMED (2014: 16) spricht in diesem Zusammenhang von Emotionen als „sticky“. BERG ET AL. (2019) erweitern diese Annahme und postulieren, dass sich eine über Gefühle verbundene Gruppe durch eine besonders starke Verbindung auszeichnet. Diese Angst kann somit am besten von einer Person artikuliert werden, die sich als gleichwertiger Teil

der Gruppe des Eigenen sieht, weshalb AfD-Politiker:innen wiederholt betonen, dass sie keine „Berufspolitiker“ (Lucke, 14.04.2013) seien (vgl. Kap. 5.1.2). Sie sehen sich selbst als zum Volk gehörig, den Berufspolitiker:innen der anderen Parteien diametral gegenüberstehend, und geben damit vor die Ängste und Sorgen des homogenisierten Volkes zu teilen. Diese völkisch-nationalistische Denkweise fokussiert sich vor allem auf die Angst vor dem Fremden:

„In erster Linie bezieht es sich auf die Einwanderung, weil durch sie **Deutschland** zu einem Land wird, das nicht mehr das Land ist, wie wir es kennen und lieben, nicht mehr das Land unserer Väter und Großväter. Ich will nicht, daß **wir** etwa nicht mehr unbefangene Weihnachten feiern können, daß **wir** – vor allem die Frauen – *Angst auf unseren Straßen haben müssen*, daß es Schulen und Stadtviertel gibt, in denen Deutsche zur Minderheit werden“ (Gauland, 29.09.2017).

Die Einwanderung mache Deutschland laut dieser Aussage zu einem Land, „das nicht mehr das Land ist, wie wir es kennen und lieben“ (ebd.). Dabei wird hier zunächst nicht die Angst, sondern ein anderes Gefühl, und zwar die Liebe zum Eigenen, in diesem Fall die Liebe zu Deutschland, betont. Indem das Eigene so diskursiv mit dem Gefühl der Liebe verknüpft wird, potenziert sich die Angst, dieses geliebte Eigene zu verlieren. Die Angst vor einer Veränderung Deutschlands wird in dieser Aussage vor allem durch die polyphonen Markierungen „nicht mehr“ (ebd.) deutlich. Dabei wird auf verschiedene Ängste verwiesen, die es aktuell in Deutschland gebe, die es in dem „Land unserer Väter und Großväter“ (ebd.) so nicht gegeben haben soll. Zum Beispiel die Angst vor der Verdrängung des christlichen Weihnachtsfestes oder der gesellschaftlichen Herabsetzung der „Deutsche[n]“ (ebd.), wobei nicht näher ausgeführt wird, wer mit ‚Deutsche‘ gemeint ist. Hier ließe sich mit Bezug zum *affective nationalism* nachzeichnen, dass es auf einer emotional-affektiven Ebene zur Bildung einer Gruppe der Deutschen kommt, die durch die Angst, zur Minderheit zu werden, zusammengehalten wird. Explizit angesprochen werden auch Frauen, die sich in einer von Einwanderung geprägten Gesellschaft nicht mehr auf die Straße trauen könnten.⁶⁴ Dabei verknüpft Gauland „Einwanderung“ (ebd.) implizit mit einem pauschalisierten Islam, indem er vorher auf das christliche Weihnachtsfest verweist, und mit kriminellen Männern, vor denen die Frauen Angst haben müssten. Er knüpft damit an diskursives Vorwissen der Zuhörenden an, da die Einwanderung selbst diese Prozesse nicht herbeiführen kann. So bleibt seine Aussage vage, doch die Zuhörenden verstehen die Codes und impliziten Hinweise und stellen die Verbindungen her. Mit dem Begriff „Einwanderung“ (ebd.) verweist Gauland in seiner Aussage also vor allem auf muslimische Männer, die vermeintlich diese Veränderungen Deutschlands zum Schlechteren herbeiführten. Die Angst vor dem Fremden bzw. vor der Veränderung des Eigenen durch das Fremde (vgl. Berg et al. 2019) wird dabei in verschiedenen Facetten deutlich. Es wird eine Vielzahl

⁶⁴ vgl. auch Federau, 31.08.2016.

von Begriffen verwendet, die zum einen in der Lage sind, Gefühle der Angst und Unsicherheit zu verstärken bzw. hervorzurufen, die dramatisieren und übertreiben (z.B. „Völkerwanderung“ (Höcke, 20.01.2018)). Und zum anderen wird mit Begriffen wie „Einwanderungswelle“ (Gauland, 19.01.2019) und „Asylorkan“ (Höcke, 21.11.2015) eine diskursive Verbindung zwischen Migration/Flucht und Naturkatastrophen hergestellt, die impliziert, dass drastische Maßnahmen zum Schutz erforderlich seien und das Eigene als defensiv und verteidigend charakterisiert. Es wird vor einem Verlust der deutschen Identität durch Einwanderung (Petry, 07.11.2015) bzw. ‚den Islam‘ (Höcke, 20.01.2018) gewarnt und das Fremde mit so vielen negativen Eigenschaften versehen, dass Gefühle der Angst und Ohnmacht immer weiter gesteigert werden:

*„Steigende Kriminalität, Terrorgefahr und Unsicherheit im öffentlichen Raum und vorauseilende Islamisierung, die durch den anhaltenden unregelmäßigen Zustrom **muslimischer Migranten** mit archaischen Kultur- und Wertvorstellungen noch beschleunigt wird, bedeuten für **rechtstreue Einheimische** und integrierte Einwanderer, und besonders für die Frauen, einen täglich spürbaren Verlust an Freiheit, Bedrohung des Eigentums und selbst Gefahr für Leben und körperliche Unversehrtheit“ (Weidel 2019: 16).*

Diese Aussage verdeutlicht exemplarisch die negativen Auswirkungen, die das Fremde, laut AfD also „muslimische Migranten“ (ebd.), mit sich bringen würde. Für die „rechtstreue[n] Einheimische[n]“ (ebd.) bedeute die Migration zunächst einen „Verlust an Freiheit“ (ebd.) und schließlich eine „Gefahr für [das] Leben“ (ebd.). Das Adjektiv „rechtstreu“ (ebd.) als Beschreibung der Einheimischen steht dabei dem Adjektiv „muslimisch“ (ebd.) bei den Migrant:innen gegenüber und verdeutlicht nochmals implizit die Sicht auf Muslime und den stark pauschalisierten Islam insgesamt als kriminell. Diese übermäßige Nutzung negativer Zuschreibungen für das Fremde verstärkt zum einen das Gefühl der Angst, der Bedrohung, und erstickt zum anderen aufkommende Gefühle des Mitleids im Keim. Laut AfD erzeuge z.B. der Begriff ‚Flüchtling‘ Mitleid und eine Aufnahmebereitschaft (Höcke, 20.01.2018). Dabei würden nicht diejenigen nach Europa kommen, die Hilfe benötigen, sondern nur „die Starken, die Finanzkräftigen“ (Weidel, 13.08.2017), weshalb laut AfD nicht von Flüchtlingen, sondern von „Glücksrittern“ (Höcke, 20.01.2018) gesprochen werden sollte. Dabei greift die Partei diskursiv vorhandene Stereotype und Vorurteile auf, perpetuiert sie und trägt damit zur Umdeutung und Bedeutungsaufladung von Begriffen bei. Darüber hinaus stärkt die Verwendung gemeinsamer Begriffe und Codes das Gemeinschaftsgefühl nach innen, bietet ein Erkennungsmerkmal (SCHARLOTH 2021) und trägt damit wiederum zu einer stärkeren Verbindung der Gruppe des Eigenen und einer schärferen Abgrenzung nach außen bei. Die bereits diffus in der Gesellschaft vorhandene Angst vor dem Fremden wird von der AfD aufgegriffen, verstärkt und mittels ihrer Aussagen auf Geflüchtete und Muslim:innen gelenkt. Dem Gefühl der Angst wird ein Ziel gegeben. Dabei wird das Fremde

zunächst mit einer Vielzahl negativer Eigenschaften in Verbindung gebracht, welche bei einem von der AfD als gewaltvoll beschriebenen Eindringen in den Raum des Eigenen auf diesen übertragen werde und ihn zum Schlechteren verändere. Diese Angst vor dem Fremden ist eng verbunden mit einem weiteren Bedrohungsszenario in Aussagen der AfD, der Angst vor materiellen Nachteilen und einem sozialen Abstieg.

Wie in Kapitel 5.1.1 bereits diskutiert, werden in Aussagen der AfD gesellschaftliche Gruppen gegeneinander ausgespielt, sodass Neiddebatten entstehen. Der homogenisierten Gruppe des Eigenen, der Deutschen, wird eine homogenisierte Gruppe des Fremden gegenübergestellt, welche um Leistungen des Sozialstaats konkurrieren würden. Dabei suggeriert die Partei, dass, je mehr Geflüchtete nach Deutschland kämen, desto weniger Geld für die konstruierte Gruppe der Deutschen zur Verfügung stünde. So werden diskursiv vorhandene Ängste vor einem sozialen Abstieg und einer materiellen Schlechterstellung aufgegriffen und diese Ängste wiederum auf das Fremde gelenkt. Gleichzeitig wird mit dem Leistungsgedanken gespielt, da die geflüchteten Menschen nie etwas eingezahlt und damit auch nichts verdient hätten (Weidel, 11.11.2016). Verknüpft werden diese Ängste mit dem Narrativ einer „Rentenkrise“ (ebd.) und dem Verlust riesiger Geldmengen (Driesang, 21.09.2017), alles zum Nachteil der Gruppe des Eigenen. Wiederrum greift die AfD diffus vorhandene Ängste auf und lenkt sie auf ein Ziel, wiederum die Geflüchteten oder Migrant:innen. Darauf aufbauend wird zum Teil gar vom „Zusammenbruch“ (Gauland, 05.04.2017) oder der Kollabierung (Höcke, 01.05.2017) des Sozialstaats gesprochen und das Bedrohungsszenario nochmals semantisch verstärkt, da „der Arbeitslose dann [...] gar nichts mehr“ (ebd.) bekommen würde. Und an allem sei die Migration schuld, bzw. die „verfehlte Migrationspolitik“ (ebd.) der Regierung. Indem die Regierungsparteien zusätzlich als „Kartellparteien“ (ebd.) bezeichnet werden, setzt die AfD sie gewissermaßen mit Kriminellen gleich. Für die Angst vor dem sozialen Abstieg werden somit nicht in erster Linie die Geflüchteten verantwortlich gemacht, sondern die Regierung, die nichts gegen die Migration unternahme. Gleiches gilt im Fall der Angst vor dem Fremden. Auch hier spielen „die Eliten“ (Gauland, 29.09.2017) eine Rolle, da diese die „Einwanderung [erst] herbeiführen“ (ebd.) würden. Die AfD und ihre Anhänger:innen sehen sich also, wie bereits aufgezeigt, einer Bedrohung von außen (vgl. Kap. 5.1.3) sowie von innen (vgl. Kap. 5.1.2) ausgesetzt. Diese doppelte Bedrohung, das konstante Gefühl der Angst, schweißt die Gruppe des Eigenen noch enger zusammen und weist auf das dritte Bedrohungsszenario hin, die Angst vor der Zerstörung des Eigenen.

„Liebe Freunde, das ist die *furchtbare Lage dieses Landes*, das ist die *furchtbare Lage dieses Volkes* im Jahre 2017. [...] Die alten Kräfte, also die Altparteien, aber nicht nur die Altparteien, auch die Gewerkschaften, vor allen Dingen auch die Angstkirchen, [...] und die immer schneller wachsende Sozialindustrie, die an dieser perversen Politik auch noch

prächtig verdient; [...] *sie lösen **unser** liebes deutsches Vaterland auf wie ein Stück Seife unter einem lauwarmen Wasserstrahl. Aber **wir**, liebe Freunde, **wir** Patrioten werden diesen Wasserstrahl **jetzt** zudrehen, **wir** werden **uns unser Deutschland** Stück für Stück zurückholen! [...] *Die AfD ist die letzte evolutionäre, sie ist die letzte friedliche Chance für unser Vaterland*“ (Höcke, 19.01.2017).*

In dieser Aussage wird immer wieder betont, dass „Land [und] Volk [in einer] furchtbaren Lage“ (ebd.) seien. Die Metapher des Auflösens des Vaterlandes „wie ein Stück Seife unter einem lauwarmen Wasserstrahl“ (ebd.) verwendet Höcke dafür wiederholt in Reden und Interviews.⁶⁵ Die Schuldigen sind schnell ausgemacht: die „Altparteien“, die „Gewerkschaften“, die „Angstkirchen“, die „Sozialindustrie“ (ebd.). Alle arbeiteten gegen Deutschland außer der AfD, die „diesen Wasserstrahl jetzt zudrehen“ (ebd.) werde. Dabei werden die Zuhörenden miteingeschlossen, indem aus der Perspektive eines ‚Wir‘ gesprochen und sie als „Freunde“ und „Patrioten“ (ebd.) bezeichnet werden. Die Gruppe des Eigenen, die „national community“ (MILITZ U. SCHURR 2016: 57), wird eingeschworen, „unser liebes deutsches Vaterland“ (ebd.) zu beschützen und zu verteidigen. Die Vielzahl der verwendeten Deiktika sowie die Beschreibung Deutschlands als „liebes Vaterland“ (ebd.) verdeutlichen die Rolle von Emotionen und Affekten in dieser Rede. Es wird eine starke emotionale Verbindung zu Deutschland offenbar, die sich in der Angst vor der Veränderung oder Zerstörung desselben ausdrückt und auf die Zuhörenden übertragen wird. Die deiktischen Partikel machen zum einen die persönliche Verbindung und Betroffenheit Höckes deutlich, zeigen zum anderen aber auch, dass Deutschland dem „uns“ (ebd.), also dem deutschen Volk, ‚gehören‘ sollte, dies jedoch aktuell nicht so sei. Das Schicksal Deutschlands liege in den Händen der genannten Akteur:innen, von denen das Volk es „zurückholen“ (ebd.) müsse. Das bedeutet auch, dass die Veränderungs- und Zerstörungsprozesse zum Teil bereits stattgefunden haben sollen, also rückgängig gemacht werden müssten (z.B. Remigration, vgl. Kap. 5.1.3).

Mit der breiten Aufzählung der Schuldigen werden zudem so viele Grenzziehungen vorgenommen, dass die AfD als einzige Alternative übrigbleibt. Sie soll das Land in eine imaginierte heile Vergangenheit zurückbringen und alles als fremd Verstandene ausschließen. Es wird ein grundlegendes Misstrauen gegenüber allen Außenstehenden erzeugt, wodurch die Gruppe gegen die Bedrohung und Zerstörung des Eigenen zusammengeschweißt wird. Der letzte Satz der Aussage weist darüber hinaus darauf hin, dass die Bedrohung existentiell sei, das deutsche Volk bzw. Deutschland in seiner Existenz bedroht sei. Es entsteht ein ultimatives Bedrohungsszenario, das jegliche Form von Gegenmaßnahmen legitimiere. Dieser Satz kann als explizite Drohung verstanden werden und ist dabei zutiefst

⁶⁵ Vgl. Höcke, 28.10.2016; Höcke, 20.01.2018.

antidemokratisch. Die AfD ist bereits gut in der außerparlamentarischen Rechten vernetzt und rechte Umtriebe in Polizei und Sicherheitsbehörden werden immer wieder aufgedeckt (MEISNER U. KLEFFNER 2019). Sollte die AfD ihre Themen also nicht über die Parlamente setzen können, wobei sie absolute Mehrheiten anstrebt und Koalitionen eher skeptisch gegenübersteht (u.a. Meuten, 23.02.2017)⁶⁶, müssten auch „grausame Bilder ertragen“ (Gauland, 28.04.2016) werden.⁶⁷ Implizit wird damit ein Umsturz des demokratischen Systems angedeutet. An dieser Stelle, aber auch bei den anderen beiden Bedrohungsszenarien kann die Angst als Haupttriebfeder und gemeinsames Fundament der AfD schnell in Wut umschlagen:

„Ich höre von Menschen, die eigentlich nicht so politisch sind, dass auf einmal Angst im Hause herrscht, besonders die Frauen haben Angst, Angst. Bei einigen ist die Angst schon in Wut umgeschlagen“ (Höcke, 21.11.2015).

Einige Menschen hätten laut dieser Aussage Angst aus den oben genannten Gründen, sogar solche, die sonst keine Ängste hatten, was nochmals die angebliche Not- und Ausnahmesituation betont. Bei „einigen“ (ebd.) sei diese Angst schon „in Wut umgeschlagen“ (ebd.), z.B. in Wut auf die Regierung, die die falschen Maßnahmen im Rahmen der Eurokrise (Lucke, 14.04.2013) oder in Bezug zum Terrorismus (Gauland, 29.09.2017) getroffen habe. Diesen Ängsten und dieser Wut versucht die AfD zu begegnen, indem sie sich als *law and order*-Partei stilisiert und Sicherheitsversprechen formuliert. Zunächst werden Migrant:innen und die anderen Parteien als Sündenböcke für die Angst und Wut verursachenden Phänomene dargestellt, damit die AfD darauf aufbauend ihre populistischen und völkisch-nationalistischen Lösungsvorschläge unterbreiten kann. Die AfD versteht sich dabei als Anwältin der ‚kleinen Leute‘ (Weidel, 23.09.2017) und sieht sich selbst und ihre Aktionen als defensiv und verteidigend. Die Szenarien gestalten sich stets so, dass die Partei passives Opfer der äußeren Umstände sei, aber nie selbst Aggressorin. Die Migrant:innen bedrohten Deutschland und das deutsche Volk von außen, die anderen Parteien und die Regierung von innen. Die AfD fühlt sich von Feinden umgeben und gestaltet dementsprechend auch ihre Antworten auf gesellschaftliche Fragen. Alle als laut AfD nicht zum deutschen Volk gehörenden Menschen sollten abgeschoben (Remigration), die Grenzen Deutschlands und der EU geschlossen (Festung Europa) und die regierenden Parteien entmachtet werden. Auf diese Weise versucht die Partei ein Gefühl der Sicherheit erzeugen.

⁶⁶ Eine Koalition als Seniorpartner mit einem schwachen Juniorpartner scheint ebenfalls möglich (Renner, 26.02.107), dafür müsste die entsprechende Partei jedoch zu einer „Politik für das eigene Volk“ (Höcke, 19.01.2017) zurückgefunden haben.

⁶⁷ Höcke spricht von einer „wohltemperierten Grausamkeit“ (Höcke 2018).

Neben den Gefühlen von Angst und Wut wird in den Aussagen der AfD eine Vielzahl weiterer Emotionen sichtbar, welche eine wichtige Rolle für Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen sowie Ein- und Ausschließungsprozesse spielen. Liebe ist oben schon angeklungen und auch Hoffnung, z.B. auf eine bessere, wenn auch eher rückwärtsgewandte Zukunft unter Führung der Partei taucht immer wieder auf. Hinzu kommt Stolz, der laut AfD dazu in der Lage zu sein scheint, eine Nation zusammenzuhalten. Durch pathetische Reden soll der Stolz auf das Eigene geweckt werden. Dafür muss jedoch zunächst eine *invention of tradition* vollzogen werden. Laut AfD hemme die Fokussierung der deutschen Geschichtserzählung auf „diese 12 Jahre“ (Gauland, 02.09.2017), die Zeit des Nationalsozialismus, und das Gedenken an seine Verbrechen den Nationalstolz der Deutschen. Die AfD adressiert deshalb diskursiv eine ‚alternative‘ Geschichtserzählung, in der die Zeit des Nationalsozialismus nur ein „Vogelschiss“ (Gauland, 02.06.2018) sei, und die positiven Dinge stärker betont werden sollen.

„Und anstatt die nachwachsende Generation mit *den großen Wohltätern, den bekannten weltbewegenden Philosophen, den Musikern, den genialen Entdeckern und Erfindern* in Berührung zu bringen, von denen **wir** ja so viele haben [...] *vielleicht mehr als jedes andere Volk auf dieser Welt*, liebe Freunde! Und anstatt unsere Schüler in den Schulen mit dieser Geschichte in Berührung zu bringen, wird die Geschichte, *die deutsche Geschichte, mies und lächerlich gemacht*. So kann es und darf es **nicht** weitergehen“ (Höcke, 19.01.2017).

Aktuell werde laut AfD in der schulischen Bildung „die deutsche Geschichte mies und lächerlich gemacht“ (ebd.). Diese Aussage folgte direkt auf Höckes skandalträchtige Formulierung des „Denkmals der Schande“ (ebd.) und schließt an seinen völkischen Duktus an. Die Beschäftigung mit der Zeit des Nationalsozialismus im schulischen Geschichtsunterricht verunglimpfe die deutsche Geschichte demnach. Nach Maßgabe der AfD sollten „diese 12 Jahre“ (Gauland, 02.09.2017) nicht in der Schule thematisiert werden. Es brauche eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ (Höcke, 19.01.2017) damit die Deutschen das Recht hätten, Nationalstolz zu empfinden, wie es z.B. „jeder Engländer, jeder Franzose“ (Gauland, 28.04.2016) empfinde. Dieser „positive Bezug zu Deutschland“ (Meuthen, 28.04.2016) wurde den Deutschen laut AfD „als Folge der Entnazifizierung [...] konsequent aberzogen“ (ebd.). Damit verharmlost die Partei zum einen die Verbrechen des Nationalsozialismus, stellt sie als ein geschichtliches Ereignis von vielen dar und bedient zum anderen die verschwörungstheoretische Erzählung einer Umerziehung und Indoktrination der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg, um Deutschland klein zu halten. Das gleiche Argument taucht in Bezug zur EU auf. Diese diene hauptsächlich dazu, Deutschland zu schwächen (Höcke, 24.11.2018). In jedem Fall forciert die AfD eine positiv konnotierte Geschichtsschreibung über Deutschland mit Bezug zu den „weltbewe-

genden Philosophen [und] genialen Erfindern“ (Höcke, 19.01.2017). Den Nachsatz, dass das ‚Wir‘, das Eigene, davon „so viele habe [...] vielleicht mehr als jedes andere Volk auf der Welt“ (ebd.) verdeutlicht nochmals, dass keineswegs von einem gleichwertigen Nebeneinander der Völker im Weltbild der AfD die Rede sein kann, sondern dass die Aufteilung Europas und der Welt immer auch entlang der Kategorien ‚besser‘ und ‚schlechter‘ erfolgt. Emotionen und Affekte in Kombination mit Bedrohungsszenarien haben darauf einen erheblichen Einfluss. Gefühle des Stolzes auf die eigene Nation gehen nahezu immer mit einer Abwertung eines Anderen einher. Mit der Forderung, wieder stolz auf Deutschland und seine Geschichte sein zu dürfen umschreibt die AfD demnach vielmehr diese Forderung nach einer wertenden Kategorisierung, die im gesellschaftlichen Diskurs aktuell (noch) im Raum des nicht Sagbaren liegt.

Die AfD greift diskursiv in der Gesellschaft vorhandene Ängste und Sorgen der Bevölkerung auf und gibt sie pointiert wieder, lenkt sie auf wiederum konstruierte Gruppen des Fremden im Inneren und Äußeren. Dabei sei jedoch erwähnt, dass es sich nur um die Ängste und Sorgen eines kleinen Teiles der Bevölkerung handelt. Die Ängste und Sorgen von Migrant:innen spielen in den Überlegungen der Partei sicherlich keine Rolle und auch die Belange von z.B. Arbeitssuchenden werden nur punktuell im eigenen Sinne thematisiert, jedoch nicht tatsächlich angegangen (vgl. Kap. 5.1.2). So kann die Partei innere Widersprüche überdecken, Anknüpfungspunkte für andere Personengruppen schaffen und so eine über Gefühle verbundene Gruppe des Eigenen konstruieren, die eine besonders starke Verbindung hat und sich ebenso scharf nach außen abgrenzt. In Reden und Interviews von AfD-Mitgliedern entstehen affektive Subjektpositionen, mit denen sich die Zuhörenden identifizieren können und sollen. Aus diskurstheoretischer Perspektive sind Diskurse wiederum deshalb so machtvoll, weil sie die Dinge erst erschaffen, von denen sie sprechen (vgl. Kap. 2.2). Indem die AfD also immer wieder über Ängste und Bedrohungen spricht, erschafft sie diese bzw. verstärkt bereits bestehende Ängste und imaginierte Probleme. Damit diese im Diskurs zu einer quasi-Wahrheit werden, müssen sie beständig wiederholt werden. Nicht zuletzt deshalb findet sich in jeder Rede und in jedem Interview ein Bezug zur Migration und/oder zum Fremden im Inneren. Da die Partei die konstruierten Bedrohungsszenarien jedoch nicht auflöst, sondern nur pointiert wiedergibt, entsteht eine „politics of fear“ (WODAK 2015). Die AfD kann somit zurecht als „Angst für Deutschland“ (AMANN 2017) bezeichnet werden. Es findet sich jedoch eine Vielzahl weiterer Emotionen und Affekte in den Aussagen der Partei. Dazu zählen neben der Angst vor allem Wut, Hass, Liebe, Stolz und Hoffnung. Das verdeutlicht abschließend nochmals: „nationalism is emotional“ (FARIA 2014: 318).

5.1.6 Das Weltbild der AfD

Das gemeinsame Fundament der AfD ist der völkische Nationalismus. Sie versteht sich als „Partei der Deutschen“ (Gauland, 02.09.2017), kann jedoch kaum definieren, wer damit gemeint ist, sodass sich unter diesem leeren Signifikanten ganz verschiedene Gruppen mit teilweise divergierenden Ausrichtungen sammeln können. Dabei adressiert die Partei ‚das Deutsche‘, um das Eigene zu homogenisieren und konstruiert eine nationale Gemeinschaft mit der deutschen Familie als einer Art Idealvorstellung im Zentrum. Eine solche Homogenisierung nach innen geht zumeist mit einer scharfen Abgrenzung nach außen einher. Diese schließt vor allem geflüchtete Menschen, (muslimische) Migrant:innen und eine pauschalisierende Vorstellung des Islam ein. Letzterer bildet eines der Hauptfeindbilder und könne laut AfD niemals in die deutsche Gesellschaft integriert werden (z.B. Gauland, 28.04.2016). Die Konstruktion des Fremden wird direkt mit dem Distinktionsmarker Religion verknüpft, womit auf das geopolitische Leitbild des Kampfs der Kulturen rekurriert wird. Solche Argumentationsstrukturen lassen sich in Aussagen aller untersuchten Akteur:innen der AfD finden und bestätigen das völkisch-nationalistische Fundament der Partei. Konstruktionen des Eigenen und des Fremden bilden den Kern der Argumentationen, wobei Saids Konzept des *othering* folgend das Eigene im Negativ des Anderen definiert wird. Neben der Konstruktion eines im Außen, also außerhalb des Raumcontainers Deutschland, verorteten Fremden identifiziert die AfD ein Fremdes im Inneren, das auf verschiedene Weise bezeichnet wird (z.B. Elite oder Regierung).

Dieses Fremde im Inneren wird ebenfalls homogenisiert und von der Partei semantisch aus der nationalen Gemeinschaft ausgeschlossen, es gehört somit nicht zum deutschen Volk. Auch die Markierung des Fremden im Inneren zieht sich als gemeinsames Fundament durch die gesamte Partei und veranschaulicht die zusätzlich zum völkischen Nationalismus vorhandene populistische Prägung, indem eine als korrupt bezeichnete Elite dem anständigen Volk gegenübergestellt wird. Sowohl das Fremde von außen als auch das Fremde im Inneren werden dabei als Deutschland und das deutsche Volk bedrohend dargestellt. Ihnen wird die Verantwortung für die angeblich katastrophale Situation Deutschlands zugeschrieben, sodass das Eigene vor diesen homogenisierten Gruppen des Anderen geschützt und verteidigt werden müsse. Die AfD und das deutsche Volk befänden sich in einer konstanten Bedrohungssituation sowohl von innen als auch von außen, die es nötig mache, sich zu wehren.

Dieses Bild lässt sich direkt von Deutschland auf Europa übertragen. Auch Europa sei von innen und von außen bedroht, weshalb die AfD in nationalistischer und reaktionärer Weise ein Zurück zu einem „Europa der Vaterländer“ fordert, wobei ein starkes Deutschland das Herz Europas bilden solle (Gauland,

28.04.2016). Dabei erkennt die Partei zwar an, dass Europa bzw. die EU nur eine Konstruktion ist, geht aber weiterhin von natürlich gegebenen Nationalstaaten aus, die qua Abstammung ein spezifisches, homogenes Volk beinhalten. In klassisch natur- und geodeterministischer Weise postuliert die AfD, dass jeder Mensch natürlich in einen bestimmten Raum ‚gehöre‘. Alle Abweichungen von diesem sich durch die gesamte Partei ziehenden Weltbild, z.B. Migrationsprozesse oder Entscheidungen der Regierung, werden als Bedrohung für das Eigene, die favorisierte Lebensweise, die ‚deutsche Leitkultur‘ (ebenfalls ein leerer Signifikant) aufgefasst.

Bei dieser Konstruktion von Bedrohungsszenarien, die einen zentralen Baustein in Argumentationen der AfD darstellt, adressiert die Partei diskursiv in der Gesellschaft vorhandene Ängste und Sorgen der Menschen und lenkt sie auf das Fremde im inneren oder das Fremde von außen. Eine Politik der Angst wird in der Aussagen der Partei deutlich sichtbar, aber auch andere Emotionen finden sich im Textmaterial. So wird die Liebe zum Eigenen angerufen, die die Angst, dieses geliebte Eigene zu verlieren, nochmals verstärkt; der Stolz auf das Eigene, vor allem die Geschichte der eigenen Nation, die im Sinne einer *invention of tradition* zunächst konstruiert und von negativen Aspekten wie den Verbrechen der Zeit des Nationalsozialismus ‚bereinigt‘ werden müsse, sowie Wut und Hass, vor allem auf das Fremde (innen und außen) und die angeblich herbeigeführte Zerstörung und Veränderung Deutschlands. Das Eigene befinde sich dabei stets in der verteidigenden, bewahrenden Position, wodurch auch drastische Maßnahmen legitimiert werden können. Weiterhin tauchen in den Aussagen der AfD Gefühle der Hoffnung auf eine bessere Zukunft für das imaginierte, homogenisierte deutsche Volk auf. Um diese Gefühle der Hoffnung zu nähren und den beschriebenen Problemlagen und Bedrohungsszenarien zu begegnen, bietet die Partei sehr plakative und populistische Antworten an.

Kondensiert imaginiert die AfD ein Deutschland mit geschlossenen Grenzen, die mit aller Härte verteidigt werden (gleiches zudem an den europäischen Außengrenzen) und einer möglichst allein regierenden AfD an der Spitze des Landes. Zudem möchte sie den von der extremen Rechten in den Diskurs eingebrachten Prozess der Remigration anstoßen, um ihre Vorstellung eines homogenen Volkes im Raumcontainer Deutschland zu verwirklichen. Das Weltbild der AfD lässt sich zusammenfassend als völkischer Nationalismus mit populistischen Einschlägen beschreiben, das in weiten Teilen reaktionär ist. Die Argumentations- und Denkweisen erinnern an solche aus dem frühen 20. Jahrhundert mit klassisch natur- und geodeterministischen sowie sozialdarwinistischen Ausprägungen, sodass bei Forderungen nach einem Zurück in ‚die gute alte Zeit‘ Assoziationen zu dieser Epoche nicht zu vermeiden sind.

Obwohl die AfD noch eine recht junge Partei ist, wird abschließend der Fragestellung nach unterschiedlichen Erzähllinien rechter Diskurse innerhalb der Parteigeschichte nachgegangen. Dabei lassen sich zwei Trends erkennen:

1. Die Eurorettungspolitik als Kernthema verliert an Bedeutung
2. Radikalisierung der Sprache

Die öffentlichen Reden und Interviews in den ersten Monaten nach der Parteigründung 2013 waren geprägt von allgemeineren Fragen wie der Verteilung von Posten, der Rechtfertigung einzelner Personalentscheidungen sowie der Verortung im politischen Spektrum und der Abgrenzung gegenüber anderen Parteien (z.B. Adam, 20.09.2013; Lucke, 14.04.2013). Zudem stellte sich die AfD als eurokritische Partei auf, weshalb die Eurorettungspolitik und generell Themen rund um den Euro und Europa im Zentrum der Diskussionen und Debatten stand. Vieles befand sich noch im Schatten der Wirtschaftskrise 2008/2009, sodass wirtschaftspolitische Themen den Diskurs dominierten. Dennoch bildeten, wie oben beschrieben, die Thesen Thilo Sarrazins ein wichtiges Gründungsmoment der AfD. Die Eurorettungspolitik verlor in Reden und Interviews nach und nach an Bedeutung bzw. wurde durch andere Themen überlagert:

„[D]ie Eurokrise ist eigentlich noch schlimmer geworden. Sie wird aber überdeckt, so, und wodurch sie überdeckt wird, das wissen wir alle, das ist die sogenannte Flüchtlingskrise, es ist ja keine Flüchtlingskrise als solche, sondern eine Migrationskrise, die wir haben“ (Weidel, 23.10.2016).

Die Eurorettungspolitik bzw. die „Eurokrise“ (ebd.) sei also nicht verschwunden, sie sei sogar „noch schlimmer geworden“ (ebd.), um ein weiteres Bedrohungsszenario hinzuzufügen (vgl. Kap. 5.1.5), sie werde jedoch „überdeckt [durch] die sogenannte Flüchtlingskrise“ (ebd.). Das Thema ‚Migration‘ hat im öffentlichen Diskurs das Thema ‚Euro‘ verdrängt und seitdem wird kein anderes Feld so intensiv bedient und bearbeitet wie dieses (vgl. Kap. 5.1.3). Es ist dabei jedoch keineswegs als neues Thema hinzugekommen, sondern war von Beginn an Teil der Partei und der (internen) Diskussionen. Mit dem Beginn der sogenannten Flüchtlingskrise 2015 brach es sich Bahn und dominiert seitdem die Aussagen von AfD-Mitgliedern.

Damit einher geht der zweite Trend in der Geschichte der AfD, die Radikalisierung der Sprache. Bemühte sich Lucke noch um sachliches und professionelles Auftreten und eine moderate Sprache, waren der Radikalisierung derselben sowie der Partei insgesamt spätestens mit dem Ausscheiden Luckes und seiner Anhänger:innen aus der Partei keine Grenzen mehr gesetzt. Von der Überbringung der Nachricht abgesehen, blieben die Inhalte jedoch weitestgehend gleich. Schon 2014 sprach Lucke davon, dass „Zuwanderung kontrolliert und gesteuert“ (Lu-

cke, 04.03.2014) erfolgen und Bildung und Integrationswilligkeit wichtige Indikatoren sein sollten. Im gleichen Jahr wurden rassistische und homophobe Äußerungen von von Storch öffentlich (ebd.) und Höcke sprach von der Zunahme von „kulturellen Konflikten [aufgrund] biologische[r] Gesetzmäßigkeiten“ (Höcke, 22.12.2014). All dies bereits ein Jahr nach Gründung der Partei. Es kann also kaum von einer konservativen Partei gesprochen werden, die nach rechts gedriftet ist, sondern eher von einer von Beginn an extrem rechten Partei, die sich über die Jahre noch weiter radikalisiert und ihre Sprache verschärft hat. Dabei spielen sicherlich auch die (sozialen) Medien eine Rolle, die jeden rechten Ausfall aufgegriffen und Akteur:innen in Talkshows eine Bühne gegeben haben. So lässt sich eine Phase feststellen (ca. 2015-2018), in der die AfD vermehrt sprachliche Tabubrüche begangen und damit den Raum des Sagbaren deutlich nach rechts verschoben hat. Diese Normalisierung der Sprache der extremen Rechten lässt sich vor allem daran festmachen, dass Äußerungen, die in der genannten Phase einen Tabubruch darstellten, inzwischen kaum noch Beachtung finden. Höckes Rede über das „Denkmal der Schande“ (Höcke, 19.01.2017) oder Poggenburgs Beschreibung der Türk:innen als „Kameltreiber“ (Poggenburg, 14.02.2018), die schließlich zu seinem Rauswurf führte, wären heute vermutlich kaum noch eine Pressemitteilung wert. So spricht Gauland medial gänzlich unbeachtet mit klaren antisemitischen Codes von der „globalistische[n] Krake“ (Gauland, 18.08.2019), davon, dass „hässliche Bilder“ (ebd.) in Kauf genommen werden müssen oder von der „Machtergreifung der AfD“ (Gauland, 18.08.2019), während er noch 2017 sagte, dass das ein Begriff sei, den er „nie aus dem Munde eines AfD-Funktionärs akzeptieren würde“ (Gauland, 08.08.2017). Es hat also weniger ein Rechtsruck innerhalb der Partei stattgefunden als ein lauter werden des von Beginn an vorhandenen gemeinsamen völkisch-nationalistischen Fundaments. Nach einer Phase der Tabubrüche und breiter medialer Beschäftigung mit Aussagen und Formulierungen der Partei, scheint inzwischen eine Normalisierung des rechten Sprachgebrauchs in der breiteren Gesellschaft stattgefunden zu haben.⁶⁸ Auf einer übergeordneten Ebene lassen sich also verschiedene Veränderungen und unterschiedliche Erzähllinien feststellen, der völkische Nationalismus in Kombination mit Versatzstücken des Populismus als Fundament der AfD bleibt jedoch stets sichtbar.

⁶⁸ Es bleibt zu hoffen, dass gleichzeitig mit der Normalisierung rechter Sprache auch ein veränderter medialer Umgang mit Aussagen der extremen Rechten stattgefunden hat, der ebenfalls zu weniger Aufmerksamkeit für derlei Aussagen sorgt.

5.2 Die FPÖ – vom Deutschnationalismus zum Österreichpatriotismus

Die FPÖ befindet sich nach dem ‚Ibiza-Skandal‘ um Parteichef Strache und Klubobmann Gudenus 2019 wieder in der Opposition.⁶⁹ Eine Rolle, die sie die längste Zeit ihrer Geschichte innehatte und die sich gut für die klassischen Argumentationsstrukturen der Partei eignet, wie die angebliche Ausgrenzung durch die anderen Parteien oder die Darstellung als Stimme des Volkes, die nicht gehört werde. Mit ihrer Gründung 1954 kann die Partei auf eine lange Geschichte und einen entsprechenden Erfahrungsschatz zurückblicken. Zudem war die FPÖ bereits mehrfach in Regierungsverantwortung und ist es auf Länderebene immer noch in verschiedenen Koalitionen (z.B. im Burgenland und in Niederösterreich), sodass die Ausgangssituation zunächst eine ganz andere ist als bei der AfD. Die Geschichte der FPÖ ist jedoch nicht minder turbulent und ebenfalls von Umbrüchen und einschneidenden Personalwechseln geprägt (vgl. Kap. 3.2). Besonders relevant für diese Arbeit sind die im untersuchten Zeitraum von ca. 1990 bis 2020 erfolgte Abspaltung der über lange Zeit prägenden Figur Haider 2005 und die Übernahme der Parteiführung durch Strache, mit der auch ein inhaltlicher Wandel erfolgte. Beide Männer nahmen während ihrer Amtszeiten eine überaus dominante Rolle ein und prägten den Gesamtdiskurs der Partei. Anders als bei der AfD, bei der es in kurzer Zeit mehrere Führungswechsel gab und stets mehrere Personen öffentlichkeitswirksam Parteimeinungen artikulierten, beschränkte es sich bei der FPÖ häufig auf den starken Mann an der Spitze, der in gewisser Weise als Charakteristikum der Partei zu sehen ist und notwendig für ein erfolgreiches Abschneiden bei Wahlen zu sein scheint. Dies spiegelt sich ebenfalls im untersuchten Textmaterial wider. Der Großteil der analysierten Reden und Interviews stammt von Haider und Strache, da sie die personifizierte Parteilinie waren (BAILER-GALANDA 1995; SCHARSACH U. SPITZBART 2017). Besonders in den 1990er Jahren, zusätzlich verstärkt durch die fehlende Digitalisierung, beschränkt sich das Textmaterial stark auf Aussagen von Haider, weshalb für diesen Zeitraum ergänzend in Sekundärliteratur abgedruckte Aussagen sowie Redebeiträge aus Plenardebatten des Nationalrates hinzugezogen wurden. Um Redundanzen und Dopplungen möglichst zu vermeiden, werden die Schwerpunkte im Vergleich zu den Kapiteln zur AfD in den einzelnen Unterkapiteln anders gesetzt. Das Fundament der FPÖ bildende Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen werden aus dem Textmaterial herausgearbeitet. Dabei liegt der Fokus dieses Kapitels jedoch eher auf Gemeinsamkeiten und Unterschieden

⁶⁹ Zuvor erreichte die Partei mit 26% das zweitbeste Ergebnis ihrer Geschichte, bevor der ‚Ibiza-Skandal‘ zu einem Abrutschen auf nur noch 16,2% führte. Aktuell liegt die Partei trotz aller Skandale in Umfragen an erster Stelle mit Prognosen zwischen 27-30% (profil 2023).

Patriotismus oder eher Nationalismus wird im folgenden Kapitel ausführlicher thematisiert und mit Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen im deutschen Nationalismuskurs in Verbindung gesetzt.

5.2.1 Der Nationalismuskurs der FPÖ

Der Nationalismus bildet einen elementaren Teil des Fundamentes der FPÖ und zieht sich durch alle Themenbereiche und Debatten, sodass, ähnlich wie bei der AfD, nur schlaglichtartig einzelne Argumentationen und Erzählungen aufgezeigt und analysiert werden können. In diesem sowie in den folgenden Kapiteln wird deutlich, dass die FPÖ als nationalistische Partei bezeichnet werden kann. Der österreichische Nationalismuskurs beinhaltet jedoch einige Besonderheiten, die in diesem Kapitel hervorgehoben werden. Als wichtigste Entwicklung ist sicherlich der inhaltliche und semantische Wandel innerhalb der FPÖ seit der Übernahme der Parteiführung durch Haider 1986 zu nennen. In den Jahren zuvor richtete sich die Partei stark (neo)liberal aus und bildete auf Basis dieser Programmatik eine Koalition mit der SPÖ (1983-1987). Davor, und auch währenddessen, jedoch weniger offensichtlich, war eine deutsch-nationale Ausrichtung der Partei vorherrschend (vgl. Kap. 3.2). Haider, obwohl aus einer deutsch-nationalen Familie stammend (ebd.), verpasste der FPÖ ein neues Gesicht und adressierte verstärkt das im Diskurs vorhandene Narrativ des Österreichpatriotismus bzw. Österreichnationalismus. Diese Entwicklung kulminierte in dem 1992 von der Partei initiierten Volksbegehren „Österreich zuerst“ (FPÖ 1992).⁷⁰ Die Formulierung sollte prägend für die Partei werden und findet sich auch heute noch in einer Vielzahl von Aussagen (z.B. Strache, 30.09.2006; Strache, 22.08.2016). Die im gesamtgesellschaftlichen Diskurs kaum vorhandene Akzeptanz für deutsch-nationale Argumentationen, womöglich auch das strenge Wiederbetätigungsgesetz in Österreich, das die Verbreitung mit dem Nationalsozialismus assoziierten Gedankenguts sowie die Gründung oder Unterstützung entsprechender Vereine sanktioniert (Demokratiezentrum Wien 2022), führte zur Fokussierung auf Österreich und einer stärkeren Identifizierung mit dem österreichischen Nationalstaat. Die deutsch-nationalen Wurzeln der Partei sowie ihrer Führungspersönlichkeiten finden sich jedoch noch immer im Diskurs und bilden ein implizites Fundament der FPÖ:

„[I]ch bin ein *leidenschaftlicher* Demokrat. **Ich** sehe mich als Österreich-Patriot mit nationalen Wurzeln und deutschem Kulturbewusstsein“ (Strache, 08.01.2008).

Strache muss in dieser Aussage zunächst feststellen, dass er „Demokrat“ (ebd.) sei. Das verdeutlicht, dass es im Diskurs andere Meinungen gibt, die ihn und

⁷⁰ Bei den Nationalratswahlen 2008 verwendete Haider als Spitzenkandidat der FPÖ-Abspaltung BZÖ auf Plakaten den Spruch „Österreich den Österreichern“, der das nationalistische Denken auf die Spitze treibt und auch in weiten Teilen der FPÖ so hätte beworben werden können.

womöglich die gesamte FPÖ nicht als Demokrat:innen anerkennen. Nachdem diese Argumentation aufgegriffen und die angebliche demokratische Ausrichtung durch das Adjektiv „leidenschaftlich“ (ebd.) verstärkt wurde, beschreibt Strache sein Selbstverständnis bzw. das der Partei. Der angesprochene Wandel zum Österreichpatriotismus sowie die „nationalen Wurzeln“ (ebd.) werden deutlich. Zudem habe er ein „deutsche[s] Kulturbewusstsein“ (ebd.), das häufig auf die Sprache bezogen wird (z.B. Strache, 30.09.2006), aber auch die noch immer vorhandene oder gewünschte Verbindung und Nähe zu Deutschland verdeutlicht. Strache nennt „historisch-kulturell[e]“ (ebd.) Gründe, Haider betont an anderer Stelle die „historische Gemeinsamkeit [Österreichs] mit dem deutschen Kulturraum“ (Haider, 11.06.2000). Der Deutschnationalismus der FPÖ paust sich also bei beiden prägenden Figuren der FPÖ der letzten Jahre durch, auch wenn Haider ihn teilweise noch expliziter verkörperte und vertrat.⁷¹ Verstärkend kommt hinzu, dass ein Großteil der führenden FPÖ-Politiker:innen (z.B. Strache und Hofer) einen Hintergrund in deutschnationalen Burschenschaften hat (SCHARSACH U. SPITZBART 2017). Der propagierte Wandel vom Deutschnationalismus zum Österreichpatriotismus zeigt sich also vor allem vordergründig und prägt den Diskurs, ersterer ist jedoch nicht vollständig verschwunden, sondern noch immer zentraler Bestandteil des Fundamentes der FPÖ. Wenn es in den folgenden Abschnitten um den Nationalismus der Partei geht, muss diese Dualität stets mitgedacht werden.

Im Nationalismuskurs der AfD ließen sich grob fünf Merkmale bzw. Charakteristika feststellen, die nun auch im Hinblick auf die FPÖ analysiert und basierend auf den historischen und gesellschaftlichen Kontexten erweitert und adaptiert werden:

1. Die Definition des Eigenen
2. Die Abgrenzung vom Fremden (zur Definition des Eigenen)
3. Die Konstruktion der Geschichte (*invention of tradition*)
4. Die Zusammensetzung der Gesellschaft
5. Die Familie als ‚Keimzelle der Gesellschaft‘

Die FPÖ beschreibt sich als Partei der Österreicher:innen, die als einzige ihre Interessen vertrete:

„**Ich** habe nur artikuliert, was sich **viele Österreich[er]** denken“ (Gudenus, 24.05.2004).

⁷¹ Seine Nähe zum Nationalsozialismus war immer wieder Thema in der österreichischen Politik, so musste er 1991 sein Amt als Landeshauptmann in Kärnten niederlegen, nachdem er „die „ordentliche Beschäftigungspolitik“ des NS-Regimes lobte“ (BAILER-GALANDA 1995: 19).

Zunächst wird in dieser exemplarisch für die FPÖ stehenden Aussage die Gruppe der Österreicher:innen homogenisiert. Gleichzeitig stellt sich die Partei so dar, dass sie als Sprachrohr dieser homogenen Gruppe fungiere und für diese spreche. Dabei knüpft sie an populistische Argumentationsweisen an, da sie eine schweigende Mehrheit der Österreicher:innen imaginiert, deren Wille von ihrer Vertretung, der FPÖ, artikuliert werden müsse. Unterstützt wird diese Fokussierung auf Österreich und die Österreicher:innen durch die häufige Verwendung des Adjektivs ‚österreichisch‘ sowie die übermäßige Verwendung subjektbezogener Deiktika (analog zur AfD):

„**Wir** müssen **uns** *wehren*, **wir** dürfen **uns** *nicht* alles gefallen lassen. **wir** dürfen **uns** *gar nichts* gefallen lassen, *gar nichts*. Denn das, was **sie** **uns** erst einreden wollen, wie *böse* und wie *schlecht* diese Bundesregierung war, ist *gelogen*. Es war die beliebteste Regierung seit vielen vielen Jahren in Österreich.“ (Hofer 11.01.2020).⁷²

Mithilfe von Vorkonstrukten rekurriert Hofer in dieser Aussage auf die Regierungsbeteiligung der FPÖ von 2017-2019, die er als „die beliebteste Regierung seit vielen vielen Jahren“ (ebd.) bezeichnet. Die polyphonen Markierungen in dieser Aussage belegen, dass dies jedoch nicht die einzige im Diskurs vorzufindende Meinung ist. Ein nicht näher definiertes „sie“ (ebd.) bezeichnet die damalige Regierung als „böse“ und „schlecht“ (ebd.). Die vorher durch eine Vielzahl subjektbezogener Deiktika beschworene Wir-Gemeinschaft erscheint durch zusätzlich emotionalisierende Sprache („wehren“, „gelogen“, „böse“ (ebd.)) als Opfer. In den Aussagen der FPÖ wird semantisch eine Verbindung zwischen der Partei und den Österreicher:innen hergestellt und in diesem Zusammenhang auch häufig vom Volk gesprochen, weshalb die FPÖ als völkisch-nationalistische Partei bezeichnet werden kann. Sie spricht von der „Erhaltung des Volkstums, der eigenen Kultur“ (Mölzer, 14.05.2004) und Haider ist sich sicher, „dass das Volk auf meiner Seite steht und zu mir hält“ (Haider, 20.06.1991). In Zusammenhang mit dem Volk werden auch immer wieder Rufe nach mehr direkter Demokratie laut, eine klassische Argumentation rechter Parteien in Europa. In dem Selbstverständnis, das zum großen Teil schweigende Volk und damit die Mehrheit im Land zu vertreten, werden immer wieder Volksabstimmungen gefordert:

„[W]ir leben heute in einer Zeit, und die Beispiele Arbeiterkammer, Nationalbank und so weiter belegen das ja, wo **die Parteien, die Apparate, die Institutionen, die Funktionäre**, einfach sich vom **Volk** entfernt haben. Und daher ist es *besser*, mehr direkte Demokratie zu machen. Daher habe **ich** den Vorschlag gemacht, weg von diesem Parteien- und Kammernfilz, weg von diesen Zwangsmitgliedschaften, hin zu mehr direkter Demokratie“ (Haider, 21.09.1994).⁷³

⁷² Vgl. außerdem Strache, 16.09.2015; Strache, 12.02.2016.

⁷³ Vgl. außerdem Strache, 12.02.2016; Kickl, 11.04.2020.

Das Argument für mehr direkte Demokratie ist laut dieser Aussage die Entfernung der anderen Parteien vom Volk, wodurch die Erzählung gestützt wird, nur die FPÖ vertrete das Volk. Mit Blick auf Kapitel 5.2.2 wird hier bereits deutlich, welche Gruppen des Fremden im Inneren konstruiert werden und dass diese geschlossen der FPÖ (und dem Volk) gegenüberstünden. Implizit schwingt in dieser Aussage mit, dass die FPÖ diejenige wäre, die von mehr direkter Demokratie profitieren würde, weshalb ihre Einführung durch die anderen Akteur:innen verhindert würde, da diese einen Machtverlust fürchteten. Die FPÖ positioniert sich als Vertreterin der Österreicher:innen, des Volkes sowie der „kleinen Leute“ (Haider, 01.10.2003). Dieses Argument wird immer wieder und noch deutlich stärker als bei der AfD bemüht. Dabei geht es häufig um Themen wie Arbeitslosigkeit, Korruption und Teuerung sowie die in Aussagen rechter Parteien omnipräsente Gefahr durch Migrant:innen und Geflüchtete. Auf diese Aspekte wird im weiteren Verlauf noch näher eingegangen. Die „kleinen Leute“ (ebd.) werden als „tüchtig“ und „fleißig“ (Haider, 21.09.1994) bezeichnet und damit zum einen der Regierung und den anderen Parteien gegenübergestellt, die dementsprechend als nicht tüchtig und nicht fleißig beschrieben werden. Zum anderen charakterisiert sich die Partei damit selbst als fleißig und tüchtig. So entsteht das Bild einer vorgeblich engagierten, sich kümmernden, bodenständigen Partei (z.B. Haider, 10.10.1996). Dazu passen weitere Beschreibungen des Eigenen als „Gemeinschaft“ (Hofer, 11.01.2020), als „Gegengewicht“ (Haider, 26.09.1991), als „Retter“ (Kickl, 11.04.2020) und als „Beschützer“ (Kickl, 11.01.2020), wobei bereits die in Kapitel 5.2.5 diskutierten Bedrohungsszenarien anklängen. Analog zur AfD werden jedoch häufig nur diskursiv vorhandene Ängste und Sorgen aufgegriffen und auf bestimmte Gruppen des Anderen gelenkt und weniger tatsächliche Problemlösungen forciert.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass in Aussagen der FPÖ deutlich häufiger über das Eigene gesprochen wird, auch wenn viele der Selbstzuschreibungen mit Bezug zu LACLAU U. MOUFFE (2000) als leere Signifikanten bezeichnet werden können, da es zumeist bei der Nennung dieser Allgemeinplätze bleibt. Der Fokus auf das Eigene liegt zum einen darin begründet, dass die Partei seit 1954 besteht und im Vergleich zur recht jungen AfD viel Zeit für inhaltliche Debatten und Diskussionen und eine Schärfung des Profils hatte, und zum anderen an einer starken Führungsperson an der Spitze der Partei. Die bereits angesprochenen prägenden Figuren Haider und Strache pflegten einen autoritären Führungsstil, ließen kaum andere Meinungen zu und verstanden sich selbst als Sprachrohr der gesamten Partei. Ihre dominanten Rollen als Parteichefs artikulierten beide sehr direkt, so bezeichnete Haider sich selbst als „Symbolfigur“ und „auserkoren“ (Haider, 11.06.2000), er bringe Erfolge und Jobs für die ihm Wohlgesonnenen (Haider, 02.07.2004), und auch Strache führte das Wiedererstarken der FPÖ

nach der gescheiterten Regierungsbeteiligung 2005 auf seine Person zurück (Strache, 12.08.2005). Aber auch andere Parteimitglieder bestärkten diese Sichtweise, wenn z.B. von Haider und Strache als „den jungen dynamischen Helden“ (Rosenkranz, 28.09.2006) gesprochen wird. Hinzu kommt die bereits bei der AfD vorgefundene Argumentation, dass es sich bei FPÖ-Funktionär:innen nicht in erster Linie um Politiker:innen handle, denen es um Posten gehe (wie es bei den anderen Parteien vermutet wird), sondern ihnen gehe es um höhere Ziele, um den Schutz der Heimat selbst. FPÖ-Politiker:innen hätten „Österreich im Herzen“ (Haider, 10.10.1996) und damit eine emotionale Verbundenheit zum Land und zum Volk. In den Aussagen der Partei findet sich weniger häufig das Konzept des *othering* (SAID 1978), mit dem das Eigene im Negativ des Anderen beschrieben wird, als bei der AfD. Doch auch in ihren Aussagen erscheint das Eigene als fremd „in der eigenen Heimat“ (Strache, 16.09.2015). Das Eigene werde von einem Fremden verdrängt (Strache, 22.08.2016). Dabei werden die homogenisierten Gruppen des Eigenen und des Fremden antagonistisch gegenübergestellt und mit bestimmten Eigenschaften versehen (Abb. 16).

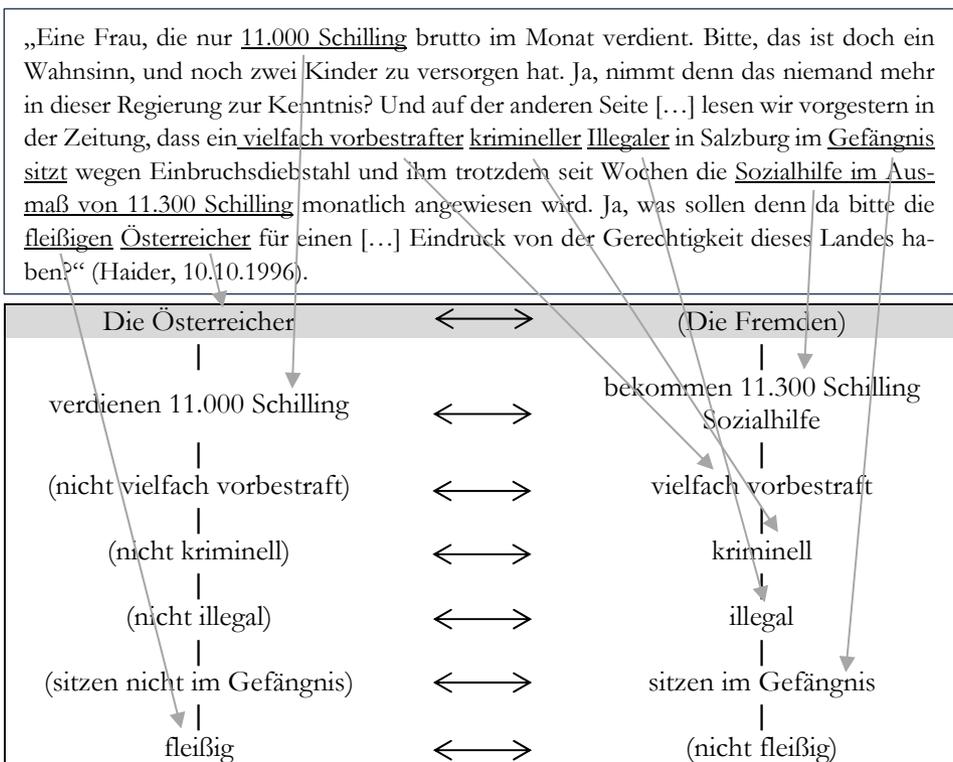


Abb. 16: Die Österreicher vs. die Fremden (Quelle: eigene Darstellung)

In dieser Aussage verwendet Haider das Beispiel einer Frau, „die nur 11.000 Schilling brutto im Monat verdient“ (ebd.) beispielhaft für die „fleißigen Österreicher“ (ebd.), die den Fremden am Beispiel eines im Gefängnis sitzenden „Illegalen“ (ebd.) gegenübergestellt werden. Dabei werden klar pauschalisierende Aussagen sowie im gesellschaftlichen Diskurs diffus vorhandene Stereotype und Vorurteile aufgegriffen, um diese Gruppen zu konstruieren und voneinander abzugrenzen. Die Fremden werden als „vorbestraft“ und „kriminell“ (ebd.) beschrieben, wobei im Negativ das Bild der gesetzestreu und gutmütigen Österreicher:innen gezeichnet wird, die Opfer von Migration und Flucht seien. Zudem wird den Österreicher:innen wie so häufig das Attribut „fleißig“ (ebd.) zugeschrieben, das als dominant im Diskurs zu betrachten ist. Gleichzeitig wird Migrant:innen und Geflüchteten jeglicher Fleiß abgesprochen und das im weiteren Verlauf diskutierte gegeneinander Ausspielen gesellschaftlicher Gruppen vorbereitet. Analog zur AfD steht der Gruppe des Eigenen eine Gruppe des Fremden gegenüber, welche entweder durch Migrant:innen und Geflüchtete (Kap. 5.2.3) oder die Regierung bzw. die anderen Parteien (Kap. 5.2.2) repräsentiert wird.

So ausführliche und detaillierte Beschreibungen für das Fremde wie bei der AfD, um sich in ihrem Negativ selbst zu definieren, sind bei der FPÖ jedoch nicht zu finden. Womöglich aus den gleichen Gründen, aus denen das Eigene stärker betont wird, bleibt auch die Beschreibung des Fremden eher oberflächlich und beschränkt sich häufig auf die angebliche Unwilligkeit zu arbeiten, Kriminalität und fehlende Deutschkenntnisse bei Migrant:innen (Gudenus, 24.05.2004) sowie Korruption und Entkopplung vom Volk bei den anderen Parteien. Mit Bezug zur Migration wird häufig sehr allgemein und pauschalisierend von Ausländern, Migrant:innen oder Geflüchteten gesprochen, wodurch diese Begriffe unscharf bleiben und je nach Situation mit spezifischer Bedeutung aufgeladen werden können. Seit der Übernahme der Parteiführung durch Strache hat sich dieses Bild etwas diversifiziert, wie die folgenden Kapitel zeigen werden. So tauchen seitdem vermehrt Zuschreibungen als muslimisch und damit verbundene Assoziationen in den Aussagen der Partei auf. Dennoch bleiben das Fremde im Inneren sowie das Fremde von außen die zentralen Feindbilder. Sie sind mit allen anderen Themen verbunden und bilden zusammen mit dem völkischen Nationalismus das Fundament der Partei. Negative Entwicklungen oder Zustände für Österreicher:innen, die von der FPÖ immer wieder hervorgehoben und betont werden, werden mithilfe emotional-affektiver Aspekte auf diese Gruppen gelenkt, um sie voneinander abzugrenzen und die Schuldigen klar markieren zu können. Eine zentrale Rolle spielen dabei Bedrohungsszenarien und Gefühle von Angst und Wut, welche die Gruppe des Eigenen verbinden und diese Gefühle auf die Gruppe des Anderen projizieren.

Die in Deutschland geführte Debatte um das Abstammungsprinzip im Gegensatz zum deutschen Pass als Zugehörigkeitsmerkmal zum Volk wird in Österreich nicht geführt.⁷⁴ Hier wird zumeist mit der österreichischen Staatsbürgerschaft argumentiert, etwa in der Form, dass nur „Staatsbürger“ (Gudenus, 27.12.2010) wählen dürfen sollen. Es werden die Gruppen ‚Staatsbürger‘ und ‚Nicht-Staatsbürger‘ konstruiert und antagonistisch gegenübergestellt, wobei letztere nur Grundrechte haben sollten (Strache, 22.08.2008). Die Debatte in Österreich bzw. in der FPÖ findet somit auf einer etwas anderen Ebene statt, dennoch plädiert die Partei dafür, die Erlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft an möglichst hohe Hürden zu koppeln. So wird, häufig mit Verweis auf die fehlende Integration, eine zu frühe Einbürgerungspraxis der Regierung moniert (Partik-Pablé, 21.03.2001; Rosenkranz, 09.03.2008). Die Debatte verdeutlicht jedoch, wie auch in Aussagen der FPÖ gesellschaftliche Gruppen diskursiv konstruiert und gegeneinander ausgespielt werden. Die Ähnlichkeiten zu Identitätskonstruktionen, Raumproduktionen und Erzähllinien der AfD sind eklatant. Die häufige Betonung des Fleißes der Österreicher:innen wurde oben bereits angesprochen und zeigt sich wiederum bei der Differenzierung innerhalb der österreichischen Gesellschaft, wenn zwischen arbeitenden und arbeitssuchenden Menschen unterschieden wird:

„Das sind **jene, die dieses Österreich** in Wirklichkeit ausmachen, **die** dazu beitragen, dass **wir** einen wirtschaftlichen Erfolg haben, **die** dazu beitragen, dass **wir** einigermaßen einen Wohlstand haben, **die** aber eigentlich von der Politik *vernachlässigt* werden. **Heute** wird für jeden **Sozialschmarotzer**, für jeden **Faulenzer**, [...] werden Sondergesetze beraten und Millionen *rausgeschmissen*, aber für **die, die** arbeiten, **die** *brav* zur Arbeit gehen, **die** ihre Steuern zahlen, *für die denkt doch heute niemand*“ (Haider, 26.09.1991).

In dieser exemplarisch für die FPÖ stehenden Aussage konstruiert Haider zwei Gruppen, die er antagonistisch gegenüberstellt und gegeneinander ausspielt. Auf der einen Seite die braven, arbeitenden Menschen, „die dieses Österreich in Wirklichkeit ausmachen“ (ebd.), aber „von der Politik vernachlässigt werden“ (ebd.). Zu dieser Gruppe zählt er sich und damit die FPÖ, wie die Deiktika „die“ und „wir“ (ebd.) zeigen. Er spricht von einer homogenisierten Wir-Gemeinschaft der fleißigen Österreicher:innen. Auf der anderen Seite befindet sich die ebenfalls homogenisierte Gruppe der „Sozialschmarotzer“ und „Faulenzer“ (ebd.) von der er sich stark und vehement abgrenzt. Für diese Gruppe werde viel Geld „rausgeschmissen“ (ebd.) von der Politik, die er damit gleichzeitig als weitere Gruppe konstruiert und semantisch mit der Gruppe der „Faulenzer“ (ebd.) verknüpft. So entsteht das Bild einer fleißigen FPÖ, die sich für die vernachlässigten Arbeiter:innen einsetze, und einer faulen Politik/Regierung, die sich für

⁷⁴ In seinem Buch „Die Freiheit, die ich meine“ unterscheidet Haider zwischen Abstammungs- und Territorialprinzip, wobei er ersteres bevorzugt (Haider 1994). Dieser Diskursstrang scheint im Gesamtdiskurs jedoch marginalisiert zu sein, da er an anderer Stelle nicht wieder aufgegriffen wird.

die „Faulenzer“ (ebd.) einsetze und implizit mit den gleichen Attributen versehen wird. Zusätzlich adressiert die Aussage eine emotional-affektive Ebene, da in der Wir-Gemeinschaft ein Gefühl der Wut entstehe. Wut darüber, dass sie stets hart arbeiten und sich korrekt verhalten und damit zum Wohle Österreichs agieren würde, dieses Verhalten jedoch nicht belohnt werde, sondern im Gegenteil andere die Vorteile des von ihnen herbeigeführten Wohlstandes genießen. Diese Wut wird von der FPÖ auf die von ihr so genannten „Sozialschmarotzer“ und „Faulenzer“ (ebd.) sowie auf die Politik, also die Regierung und die anderen Parteien, gelenkt. Das führt zu einer noch schärferen Abgrenzung der Gruppen voneinander und einem stärkeren Zusammenhalt innerhalb der Gruppe des Eigenen.

Die FPÖ zeichnet insgesamt ein sehr negatives Bild arbeitssuchender Menschen, postuliert an anderer Stelle sogar einen Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Krankheit (Hartinger-Klein, 02.01.2018)⁷⁵. Sobald jedoch das Themenfeld Migration angeschnitten wird, wird die Wir-Gemeinschaft um die vorher diffamierten Arbeitssuchenden erweitert und eine Gruppe der Österreicher:innen konstruiert, die gegen die Migrant:innen in Stellung gebracht wird. Dabei wird auf die hohe Zahl der österreichischen Arbeitssuchenden oder Wohnungssuchenden verwiesen, die zuerst mit entsprechenden Leistungen versorgt werden müssten:

„[I]m Grunde genommen muss man doch wissen, dass **wir in Österreich** derzeit 183.000 Arbeitslose haben, und dass **wir in Österreich** 200.000 Wohnungssuchende haben, ja da werden wir doch **nicht aus dem Ausland** Leute herholen, die **auch** eine Wohnung, die **auch** einen Arbeitsplatz brauchen, **sondern** werden **wir** zuerst einmal schauen, dass **unsere Österreicher** Arbeit haben, das **unsere Österreicher** alle beschäftigt werden können, und dass **unsere Österreicher** alle eine Wohnung haben, **bevor** wir in Konkurrenz zu **ausländischen Ankömmlingen** treten, die dann das besetzen wollen, was **eigentlich die Österreicher** mit erarbeitet haben“ (Haider, 26.09.1991).

Die konstruierten Gruppen des Eigenen und des Fremden werden in dieser Aussage klar in bestimmten Raumcontainern verortet. Die Wir-Gemeinschaft befindet sich in Österreich. Durch die häufige Verwendung des deiktischen Partikels „unsere“ (ebd.) wird eine starke Verbindung zum Nationalstaat hergestellt. Die Anderen, die in dieser Aussage auch nur als „Leute“, „die“ oder „Ankömmlinge“ (ebd.) bezeichnet werden, um keine Anhaltspunkte für Verbindendes zu liefern, werden im „Ausland“ (ebd.) verortet. Diese Aussage bringt das Leitprinzip der FPÖ, „Österreich zuerst“ (Strache, 30.09.2006) auf den Punkt. Erst wenn alle Österreicher:innen Arbeit und eine Wohnung hätten, wäre es vertretbar, Menschen „aus dem Ausland“ (Haider, 26.09.1991) aufzunehmen. Diese sehr verkürzte Argumentation vernachlässigt, dass Menschen zumeist nicht aus Arbeits-

⁷⁵ Beate Hartinger-Klein ist zu diesem Zeitpunkt Sozial- und Gesundheitsministerin einer ÖVP-FPÖ-Koalition.

losigkeit oder Wohnungsnot ihr Land verlassen, sondern vor Krieg und Verfolgung fliehen (Kap. 5.2.3). Sie eignet sich jedoch vortrefflich für die Konstruktion eines Bedrohungsszenarios und verstärkt bereits diskursiv vorhandene Ressentiments und Vorurteile. Die Gruppe des Eigenen wird durch die emotional-affektive Ansprache, durch Gefühle der Angst und Unsicherheit zusammengeschweißt und gleichzeitig verstärkt die Nennung der hohen Zahlen die angebliche Angst vor dem eigenen sozialen Abstieg (Kap. 5.2.5). Genau wie bei der AfD wird eine Neiddebatte erzeugt, die den homogenisierten Österreicher:innen vorgibt, die Geflüchteten würden ihnen etwas wegnehmen.

Insgesamt fällt es auch der FPÖ schwer das Eigene genauer zu definieren. Es wird häufig von ‚unseren Österreichern‘ oder ‚den Österreichern‘ gesprochen, wobei sich die Zusammensetzung dieser Gruppe, wie oben gesehen, je nach Argumentation ändern kann. Grenzziehungen finden entlang verschiedener Distinktionsmarker wie Religion, Nationalität, sozialem Status etc. statt, die in den folgenden Kapiteln weiter ausdifferenziert werden. Das prägende und dominierende Merkmal der Wir-Gemeinschaft ist jedoch, dass sie als eine nationale beschrieben wird. Ein Großteil der Argumentationen der Partei baut darauf auf, dass es „vielen Österreichern in unserem Land [schlecht] geht“ (Gudenus, 24.05.2004). Damit lässt sich zum einen gegen die Aufnahme von Geflüchteten argumentieren und zum anderen Kritik an den regierenden Parteien üben, die für diese Situation verantwortlich zeichnen würden. Die Adressierung von Angst und Unsicherheit bildet in Aussagen der FPÖ ein zentrales Element. Dabei tauchen die gleichen als leere Signifikanten zu bezeichnenden Leitkonzepte des Nationalismuskurses wie bei der AfD auf: Identität, Tradition, Heimat, Werte, Kultur; häufig ebenfalls in Verbindung mit der Warnung vor der Zerstörung dieser durch das Fremde im Inneren oder das Fremde von außen. Der deutsche Nationalismuskurs ist in diesem Zusammenhang von Ambivalenzen und einer schwierigen Gratwanderung bei der Erzählung der eigenen Geschichte geprägt (vgl. Kap. 5.1.1) und auch die Situation für die FPÖ gestaltet sich kompliziert. Die Abkehr vom Deutschnationalismus hin zum Österreichpatriotismus sowie das immer noch vorhandene deutschnationale Fundament wurden bereits diskutiert. In diesem schwierigen Feld betreibt die Partei eine *invention of tradition* und muss sich immer wieder zum Zweiten Weltkrieg und den Verbrechen der Zeit des Nationalsozialismus positionieren. Insbesondere Haider ist des Öfteren durch die Verwendung nationalsozialistischer Sprache und der Verherrlichung von Kriegsverbrechen aufgefallen, welche seiner Popularität und dem Erfolg der FPÖ jedoch keinen Abbruch taten.

„[E]s kann nicht so sein, dass die Geschichte unserer Eltern und Großeltern aufgrund absonderlicher Kommentierungen zu einem einzigen Verbrecheralbum gemacht wird und ihre Leistungen vor der Geschichte mit Füßen getreten werden“ (Haider, 01.10.2000).

Mithilfe einer Vielzahl von Vorkonstrukten wird in dieser Aussage über die Vergangenheit gesprochen, zu der immer noch eine gewisse Verbindung der Wir-Gemeinschaft besteht („unserer“ (ebd.)). Gleichzeitig wird die im Diskurs hegemonale Darstellung der Geschichte kritisiert und als „gemacht“ (ebd.), als konstruiert bezeichnet. Auf diese Weise werden Zweifel an der offiziellen Geschichtsschreibung gesät und Raum für die alternativen Erzählungen der FPÖ geschaffen. Ähnlich wie in Aussagen der AfD möchte auch die FPÖ die Leistungen der (Wehrmachts-)Soldaten im Zweiten Weltkrieg wieder positiv konnotieren und Stolz auf die Vergangenheit empfinden dürfen. Haider geht sogar so weit, den Wehrmachtssoldaten die Ermöglichung der „Demokratie in Europa“ (Haider, 21.08.1995) zuzuschreiben und sie dem „Widerstand“ (ebd.) zuzuordnen⁷⁶. Der Geschichtsrevisionismus in der FPÖ wird an dieser Stelle mehr als deutlich. Gleichzeitig findet eine Täter-Opfer-Umkehr statt. Die Partei möchte wie die AfD zu einer positiven Erzählung der österreichischen (und deutschen) Geschichte übergehen. Konsequenterweise spricht auch Haider (wie Höcke) vom „Lebensraum“ (Haider, 10.10.2008) und einer „mehr als tausendjährigen Tradition“ (ebd.) und trägt damit zur Normalisierung und Rehabilitierung dieser belasteten Begriffe bei. Diese Verbindungen zum Nationalsozialismus sind auch unter Strache nicht verschwunden und ziehen sich durch Aussagen der gesamten Partei (SCHARSACH 2012; SCHARSACH U. SPITZBART 2017).

In dieses Weltbild passt ihre Vorstellung von Gesellschaft. Die FPÖ bezeichnet die nationale Gemeinschaft als „Schicksalsgemeinschaft“ (Mölzer, 14.11.2013), „Volksgemeinschaft“ (Haider 2005: 56) oder „Gesinnungsgemeinschaft“ (Haider 1994: 200; Podgorschek, 03.05.2018). Das Fundament dieser Gesellschaft bildet dabei, ebenfalls analog zur AfD, die Familie. Damit ist ebenfalls die klassische Familie aus Mann, Frau und Kindern gemeint, welche es zu fördern gelte (Gudenus, 14.10.2010). Die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare wird in das Gesamtweltbild der Partei passend abgelehnt und abschätzig als „Homo-Ehe“ (Gudenus, 21.07.2008) bezeichnet. Sie sei gegen „die Natur“ (ebd.), „anatürlich“ (Mölzer, 14.11.2013) und bringe keinen „Mehrwert für die Gesellschaft“ (Gudenus, 21.07.2008). Die Österreicher:innen hätten sowieso schon zu wenige Kinder (Graf, 19.04.2009) und bräuchten wieder „Mut zum eigenen Kind“ (Mölzer, 14.05.2004). Die FPÖ befindet sich also ziemlich genau in der gleichen Erzähllinie wie die AfD, wenn sie eine „positive Familienpolitik“ (Gudenus, 21.07.2008) proklamiert und diese Erzählung dann mit Bedrohungsszenarien verknüpft. Das Pochen auf die Förderung von ‚österreichischen Kindern‘ und ‚österreichischen Familien‘ – ganz im Sinne des Nationalismuskurses – hängt mit der Angst zusammen, zur Minderheit im eigenen Land zu werden (Strache,

⁷⁶ Sie seien dem bevorstehenden Angriff der Sowjetunion zuvorgekommen (Haider, 21.08.1995).

16.09.2015). In diesem Sinne warnt die FPÖ vor einem „Bevölkerungsaustausch“ (Gudenus, 21.07.2008) und sprach schon in den 1990er und frühen 2000er Jahren von einer drohenden „Umvolkung“ (Mölzer, 14.05.2004). Diese Argumentationen ziehen sich durch den gesamten Untersuchungszeitraum. Unter Strache intensivierten sie sich in Verbindung mit dem Distinktionsmarker Religion, speziell einer pauschalisierenden Vorstellung des Islam, jedoch nochmals. Zudem ist in den letzten Jahren die Mobilisierung gegen „den Genderwahn“ (Strache, 12.02.2016) der Argumentationskette hinzugefügt worden.⁷⁷

Die FPÖ postuliert ein reaktionäres, rückwärtsgewandtes Weltbild, in dem traditionelle österreichische Familien und das österreichische Volk, das je nach Argumentation von der Partei mit Bedeutung, jedoch kaum mit Inhalten gefüllt werden kann, als homogenisierte Einheit innerhalb des österreichischen Nationalstaates konstruiert werden. Dieses Idealbild der Partei werde vor allem durch Migrationsprozesse bedroht, durch die als fremd markierte Menschen in das klar verortete und nach Vorstellung der FPÖ abgeschlossene Eigene eindringen wollten. Hierbei argumentiert die Partei wie die AfD völkisch-nationalistisch. Der Diskurs ist geprägt von Homogenisierungs- sowie Ein- und Ausgrenzungsprozessen. Diese Prozesse lassen sich über den gesamten Untersuchungszeitraum feststellen und können damit als elementare Bestandteile des Parteifundamentes verstanden werden. Für Widersprüche innerhalb der Argumentationen sorgt die Definition des Nationalen. Die ungeklärte und öffentlich kaum thematisierte Bedeutung des Deutschnationalismus für die FPÖ führt zu einem weniger starken Bezug auf das Eigene, die eigene Geschichte und die eigene Kultur als es bei der AfD der Fall ist. Die Verbindungen zwischen Deutschland und Österreich bestehen laut FPÖ nicht nur auf sprachlicher, sondern auch kultureller und historischer Ebene (Haider, 11.06.2000; Strache, 30.09.2006). So taucht z.B. das AfD-Feindbild „Merkel“ (Strache, 12.02.2016) in Aussagen der FPÖ auf. Dominant ist im Nationalismuskurs der FPÖ jedoch der Nationalstaat Österreich, den es zu beschützen, zu bewahren und zu verteidigen gelte (Haider, 1994; Hofer, 11.01.2020). Bedroht werde dieser nicht nur von einem Außen, von dem sich explizit abgegrenzt wird (Kap. 5.2.3), sondern auch von innen. Das Fremde im Inneren in Aussagen der FPÖ bildet deshalb den Schwerpunkt des folgenden Kapitels.

5.2.2 Das Fremde im Inneren

Kern der völkisch-nationalistischen Argumentationen der FPÖ sind im imaginierten Raumcontainer Österreich verortete österreichische Staatsbürger:innen (das österreichische Volk). Doch auch im Raum des Eigenen befindet sich die

⁷⁷ Vgl. für eine ausführlichere Betrachtung KÖTTIG ET AL. 2017; DIETZE U. ROTH 2020.

Partei laut ihrer Aussagen in der defensiven Opferrolle. Es werden verschiedene Repräsentationen des Fremden im Inneren konstruiert. Für die AfD wurden in Kapitel 5.1.2 vier zentrale Repräsentationen identifiziert, die wiederum den Ausgangspunkt für die Analyse des FPÖ-Korpus bilden:

- (die Elite)
- die Regierung⁷⁸
- die anderen Parteien
- (NGOs, Gewerkschaften, Vereine).

Die Elite sowie NGOs, Gewerkschaften und Vereine wurden in Klammern gesetzt, da diese zwei Gruppen in den Aussagen der FPÖ in leicht anderer Weise konstruiert und behandelt werden als in den Aussagen der AfD sowie zum Teil in den anderen Gruppen aufgehen. Insgesamt lässt sich aber auch bei der FPÖ feststellen, dass die Grenzen zwischen den imaginierten und konstruierten Fremden im Inneren keineswegs starr, sondern fließend sind und die Begrifflichkeiten zum Teil synonym verwendet werden. So war die Regierung lange Zeit synonym mit SPÖ und ÖVP, bis 2019 die Grünen zum ersten Mal Teil einer Regierungskoalition wurden. Über die Regierungsbeteiligungen der FPÖ wird recht wenig gesprochen, außer dass die Koalition von 2017-2019 laut eigener Aussage „die beliebteste Regierung seit vielen vielen Jahren in Österreich, die beste Regierung seit vielen Jahren in Österreich“ (Hofer, 11.01.2020) war. Damit wird ein Gefühl des Stolzes adressiert, das mit der Zugehörigkeit zur Wir-Gemeinschaft verbunden wird. Gleichzeitig schwingt implizit mit, dass das Aufkündigen der Koalition durch die ÖVP ein Fehler war und die aktuelle Regierung schlechte Arbeit mache.

Es zeigt sich also bereits eine starke Fokussierung auf die Regierung als Feindbild im Inneren. Die Elite, die in Aussagen der AfD häufig als ultimatives, machtvolleres und verschwörungstheoretisch angehauchtes Feindbild konstruiert wird, spielt in Aussagen der FPÖ keine Rolle. Haider spricht in seinem Buch „Die Freiheit, die ich meine“ zwar an verschiedenen Stellen über eine „Bildungselite“ (Haider 1994: 181) oder eine „Führungselite“ (ebd.: 203), scheint dabei jedoch ein neutraleres Verständnis zu haben, da er ebenfalls betont, dass „[j]ede Gemeinschaft [...] eine Führungselite [braucht], die nicht nur geistig auf der Höhe der Zeit ist, sondern auch das Herz auf dem rechten Fleck hat“ (ebd.: 106). In

⁷⁸ Gemeint sind sowohl die Bundesregierung als auch Landesregierungen ohne Beteiligung der FPÖ.

einer solchen Funktion sieht er in den 1990er Jahren sich und die FPÖ.⁷⁹ Eine Elite wurde selten direkt adressiert, in Reden und Interviews wirkte diese Erzählung nicht hinein. In jüngerer Zeit lässt sich jedoch eine leichte Verschiebung beobachten. War die Elite in Haiders zweitem Buch bereits negativer konnotiert („EU-Schein-Eliten“ (Haider 2005: 28)), lässt sich seit dem Erscheinen der parteieigenen Zeitung „Neue Freie Zeitung“ (NFZ) eine Zunahme dieser Argumentation ab 2018 feststellen. Im selben Jahr tauchte der Begriff auch das erste und einzige Mal in einer Rede auf (Podgorschek, 03.05.2018), bezeichnenderweise bei einem Empfang der AfD Thüringen. Dieser Umstand lässt sich womöglich auf die stark polemische Aufmachung der Parteizeitung oder auf Wechselwirkungen zwischen AfD und FPÖ zurückführen. Das Nichtvorhandensein des Begriffes bedeutet jedoch nicht die Abwesenheit der dahinterliegenden Ideen und Zuschreibungen. So spricht die FPÖ häufiger von einem „System“, gegen das sie antreten und ankämpfen müsse (Strache, 12.02.2016), dessen „Filz [es] aufzubrechen“ (Haider, 21.09.1994) gelte, das sich „an der Macht“ (Strache, 24.10.2016) halte, ein „System der Etablierten“ (Kickl, 11.04.2020) zu dem die FPÖ nicht dazugehöre und das von „Gleichschaltung“ (ebd.) geprägt sei. Die abstraktere Sprache von einem System identifiziert nicht direkt einen Schuldigen, wie es der Begriff Elite vermag, lässt jedoch Platz für Interpretationen und impliziert sehr grundlegende Veränderungen, gar Widerstand oder einen Umsturz gegen eben dieses System. Sie verfängt auch auf emotional-affektiver Ebene, da zum einen Ängste vor einem übermächtigen Gegner adressiert sowie ein Gefühl der Ohnmacht erzeugt werden, für das nur die FPÖ Lösungen anbieten könne. Darüber hinaus werden viele der Eigenschaften und Merkmale, die die AfD der Elite zuschreibt, von der FPÖ der Regierung sowie den anderen Parteien in Österreich zugeschrieben, die den Kern der Repräsentationen des Fremden im Inneren bilden und zum Teil direkt mit dem System verknüpft werden (z.B. Haider 1994).

Die Regierung war bis in die jüngere Vergangenheit synonym mit den beiden großen Volksparteien ÖVP und SPÖ. War die FPÖ kein Teil der Regierung, bildeten diese beiden Parteien entweder eine große Koalition oder konnten allein regieren. Diese Macht und Dominanz machten sie zur idealen Projektionsfläche für die FPÖ, die Grenzen zwischen den Feinbildern ‚Regierung‘ und ‚andere Parteien‘ verschwimmen noch stärker als bei der AfD. 2019 schaffte es mit den Grünen zum ersten Mal eine andere Partei in die Regierung. Die Koalition aus ÖVP und Grünen sieht sich, vor allem vor dem Hintergrund der zuvor gescheiterten ÖVP-FPÖ-Koalition, starken Anfeindungen ausgesetzt, weshalb sich an

⁷⁹ Dennoch spricht auch Haider (in seinem Buch, nicht in Reden und Interviews) von einer „herrschenden politischen Klasse“ (Haider 1994: 57), die er dem „gemeine[n] Volk“ (ebd.) gegenüberstellt. Die Erzählinie war bereits vorhanden und wurde über die Jahre nur sichtbarer im Gesamtdiskurs der Partei.

der schwarz-grünen Regierung beispielhaft die Zuschreibung von Identität konstituierenden Signifikanten aufzeigen lässt.

„Und für uns alle ist diese neue Regierung erst recht ein Ansporn das Feuer in uns zu entfachen. Denn sie machen das Gegenteil von dem, was Österreich will. Sie wollen die Zwangsgebühren, [...] das ist die Einschränkung der Meinungsfreiheit [...]. Sie wollen einen neuen EU-Vertrag. Das heißt, sie wollen das Einstimmigkeitsprinzip abschaffen, meine Lieben. Damit wird Österreich ein Bundesland der europäischen Union und natürlich waren die Herrschaften auf dieser Ebene total begeistert von dieser neuen Regierung. Der Herr Juncker, [...] war total begeistert. Der Herr Hahn ist total begeistert, ja, und auch Frau von der Leyen ist total begeistert von dieser neuen Regierung in Österreich. Sie sagen, das könnte ein Modell werden für die gesamte europäische Union. Ja, da freue ich mich darauf, wenn ganz Europa grün wird, wenn die Grenzen offen sind. Warum wollen die unbedingt dieses Modell? Ich werde es euch sagen: weil Rechtsparteien, und wir sind mit Stolz eine Rechtspartei, meine lieben, wir sind mit Stolz eine Rechtspartei, weil Rechtsparteien von der Bevölkerung massiv unterstützt werden“ (Hofer 11.01.2020).



Abb. 17: Die FPÖ vs. Die Regierung (Quelle: eigene Darstellung)

In Abbildung 17 wird deutlich, dass die FPÖ trotz ihres stärkeren Fokus auf das Eigene (vgl. Kap. 5.2.1) *othering* verwendet, um sich im Negativ des Anderen zu beschreiben. Der Regierung werden in dieser Aussage eine Vielzahl von Attributen und Merkmalen zugeschrieben, die damit implizit nicht für die FPÖ gelten. So wird der Regierung generell vorgeworfen, nicht das zu machen, „was Österreich will“ (ebd.). Damit stellt sich die FPÖ implizit als Partei dar, die dies tue. Sie knüpft so an die im vorherigen Kapitel erläuterten völkisch-populistischen Argumentationen an, nach denen sie den kleinen Mann, also das Volk, vertrete und wisse, was es wolle. Im weiteren Verlauf der Aussage werden mehrere Dinge aufgezählt, die „diese neue Regierung“ (ebd.) vorhabe und die die FPÖ dementsprechend implizit ablehne. So gebe es unter der Regierung „Zwangsabgaben“, „offene Grenzen“ sowie die „Einschränkung der Meinungsfreiheit“ (ebd.). Die Begriffe sind dabei eindeutig negativ konnotiert („Zwang“, „Einschränkung“ (ebd.)), adressieren die Zuhörenden auf einer emotional-affektiven Ebene und knüpfen an diskursiv vorhandene Bedrohungsszenarien an. Dass führende EU-Politiker:innen „total begeistert“ (ebd.) über die neue österreichische Regierung seien, sollte nach dieser Aussage ein Warnzeichen für die Wähler:innen sein und hervorheben, dass die FPÖ die einzige EU-kritische Partei in Österreich sei (Kap. 5.2.4). Die Aussage Hofers suggeriert, dass die supranationale, die angeblich die Souveränität Österreichs bedrohende EU Koalitionen mit Beteiligung der Grünen favorisiere, um die Nationalstaaten schwach zu halten. Die Grünen (und aufgrund der Koalition auch die ÖVP, die der deutlich stärkere Partner ist) würden ganz im Sinne der EU handeln, obwohl es für Rechtsparteien wie die FPÖ deutliche Mehrheiten in europäischen Ländern gebe. Implizit säht die FPÖ Misstrauen in die demokratischen Prozesse, da nach ihrem Verständnis eine Mehrheit der Bevölkerung Rechtsparteien unterstütze, diese jedoch nicht Teil der Regierung sind. Dennoch wird der Wir-Gemeinschaft ein Gefühl des Stolzes zugeschrieben, Teil einer Rechtspartei zu sein. Die Partei ist stolz darauf, sich von der Regierung, von den anderen Parteien, vom Fremden im Inneren abzugrenzen und damit die Gruppe des Eigenen noch stärker zu verbinden (z.B. Kickl, 11.01.2020). Die FPÖ bedient wie die AfD das im gesellschaftlichen Diskurs vorhandene Bedürfnis nach einer anderen Politik. Dieses tritt durch die Aussagen der Politiker:innen immer wieder pointiert zu Tage:

„Wir wollen **nicht die anderen** kopieren, oder wie **die anderen** sein“ (Podgorschek, 03.05.2018).

In der Aussage wird postuliert, dass die FPÖ auf keinen Fall wie „die anderen“ (ebd.) sein möchte und klare und strikte Grenzen ziehe. Das österreichische Volk wird dabei auf der Seite der FPÖ verortet, die Regierung sei nicht Teil des Volkes und wird semantisch aus der Wir-Gemeinschaft ausgeschlossen. Als beispielhaft für die Entfremdung von Volk und Regierung werden u.a. Wahlveranstaltungen

betrachtet, bei denen „nix los“ (Haider, 10.10.1996) sei und keine Bürgergespräche, sondern Selbstgespräche geführt würden (ebd.). Bei der sich selbst als volksnah inszenierenden FPÖ seien die Veranstaltungen demgegenüber immer gut besucht. Die Entfremdung und Abgrenzung zeigten sich laut FPÖ vor allem beim Thema Geld. Hier hätten die Regierung, aber auch die anderen Parteien insgesamt, den Bezug verloren. Korruption und „Freunderlwirtschaft“ (Haider, 01.12.1995; Kappel, 11.05.2011) sind dominierende Themen und werden immer wieder aufgegriffen. So werden häufig die hohen Pensionen der Politiker:innen inklusive diverser Nebentätigkeiten angeprangert und den geringen Verdiensten oder Renten der Österreicher:innen gegenübergestellt (z.B. Haider, 01.12.1995; Haider, 10.10.1996). Über solche Dinge mache sich die Regierung jedoch nur lustig (Haider, 10.10.1996). So werden Gefühle der Angst und der Wut auf die Regierung gelenkt, die sich nicht um das Volk „kümm[er]e“ (ebd.). Regierungspolitiker:innen werden als „eiskalte Spieler“ (Haider, 18.11.2002) bezeichnet, die nicht im Sinne Österreichs oder der Österreicher:innen arbeiteten, sondern nur am eigenen Machterhalt interessiert seien. Diese „Allmacht“ (Strache, 30.09.2006) der Regierung verstärkt die Trennung in Eigenes und Fremdes. Die FPÖ konstruiert das Bild eines übermächtigen Gegners auf der einen Seite und der kleinen, herausfordernden, für das Volk kämpfenden FPÖ auf der anderen Seite. Diese scharfe Abgrenzung vom politischen Gegner mit gleichzeitiger Diefamierung desselben untergräbt das Vertrauen in die Demokratie und demokratische Prozesse:

„Nur in Oberösterreich versucht **man** noch immer eine Politik zu machen, so als wären das **die absoluten Fürsten**, wo die Leute mit den gekrümmten Rücken sich ihnen nähern müssen, damit sie ihnen eine Wohltat erweise“ (Haider, 26.09.1991).

Die Regierungsmitglieder, in diesem Fall der Landesregierung Oberösterreichs (1991 ÖVP-geführt), werden als „die absoluten Fürsten“ (ebd.) beschrieben, die im Sinne einer weit zurückliegenden Vergangenheit absolutistisch herrschen würden. Die Regierung wird mit adligen Königshäusern verglichen, um zum einen die Distanz zum Volk zu manifestieren, Volk und Adel gehörten in der Feudalgesellschaft unterschiedlichen gesellschaftlichen Klassen an, und zum anderen ihre Machtfülle zu verdeutlichen. Das Volk/die einfachen Leute werden als demütige Bittsteller porträtiert und somit auch auf einer emotional-affektiven Ebene angesprochen. Die FPÖ adressiert also intensiv und über den gesamten Zeitraum die Großerzählung der abgehobenen Politiker:innen, die „das gemeine Volk“ (Haider 1994: 57) verachten würden (ebd.). Laut FPÖ-Erzählung sei es der Regierung nicht nur „kein Anliegen, für Österreich etwas zu bewegen“ (Haider, 18.11.2002). Die Erfolge der Partei hätten das Volk die ‚wirklichen‘ Zustände erblicken lassen, weshalb die Regierung nun daran sei „sich einfach ein neues Volk zu schaffen“ (Haider, 10.10.1996). Diese Anknüpfung an die populäre Verschwörungserzählung eines Bevölkerungsaustausches (vgl. Kap. 5.1.1)

zieht sich durch den gesamten Korpus. Es ist somit nur folgerichtig, dass sich diese extrem rechte Großerzählung auch in Aussagen der AfD wiederfindet (vgl. Kap. 5.1.1). Ein Blick in die Vergangenheit und über den Tellerrand eines Nationalstaates hinaus ist also durchaus sinnvoll für Analysen und Vergleiche extrem rechter Parteien. So finden sich bereits in den 1990er Jahren, wie im obigen Zitat von Haider, Formulierungen, die sich bis heute in den Argumentationen der Partei nachweisen lassen.⁸⁰

„Das eigentliche Problem ist eben, dass wir **im Jahr 2003** eine *rekordhohe* Einbürgerungsquote hatten, mit 45.000 neuen Einbürgerungen. **Heuer** soll es laut Innenministerium *noch höher* werden, 50.000. Und da muss **man** sich schon überlegen, wenn man sich Wien anschaut, *welches Spiel treibt hier die Wiener SPÖ*. **Man** kann ihr nur *unterstellen*, sie betreibt den Wähleraustausch und somit auch den Bevölkerungsaustausch, weil sie eben schaut, dass sie sich neue Wählergruppen durch vorzeitige Einbürgerungen besorgt“ (Gudenus, 24.05.2004).

Es wird vor einer zu schnellen Einbürgerung gewarnt und das diskursiv vorhandene Angstgefühl adressiert, dass „der Österreicher [...] bald nicht mehr Herr im eigenen Land“ (ebd.) sei. Diese Angst zur Minderheit zu werden paust sich ebenfalls in Aussagen der AfD durch und deutet somit auf eine weitere Großerzählung der extremen Rechten hin. Die Verantwortung für diese Prozesse wird der in der Stadt Wien regierenden SPÖ zugeschrieben, für die, so wird suggeriert, wiederum alles nur ein „Spiel“ (ebd.) sei. Die Wut der Österreicher:innen wird in diesem Beispiel auf die „Wiener SPÖ“ (ebd.) und damit implizit auch auf die Landes-SPÖ sowie die Bundesregierung gelenkt. Sie betreibe diesen „Wähleraustausch und somit auch den Bevölkerungsaustausch“ (ebd.) aus rein machtpolitischen Gründen, da die Österreicher:innen als imaginiertes homogenes Volk im Sinne der FPÖ eben mehrheitlich nicht die regierenden Parteien unterstützen würden. Mit dem Eintritt der Grünen in die jüngste Koalition hat diese Erzählung nochmals an Kraft gewonnen, da Menschen „ohne unseren Pass, Ausländer, [...] mit mehr als 50% die Grünen wählen [würden]“ (Hofer, 11.01.2020). Das Fremde im Inneren wird mit der Abgrenzung nach außen in Verbindung gebracht, da beide der FPÖ antagonistisch gegenüberstehen würden. Eine leichte Veränderung lässt sich bei der Verschwörungstheorie des ‚Bevölkerungsaustausches‘ in der Hinsicht feststellen, dass in den 1990er und den frühen 2000er Jahren pauschal von ‚Ausländern‘ gesprochen wurde, während die Erzählung ab Mitte der 2000er Jahre vielfach mit einer ebenfalls pauschalisierenden Vorstellung eines monolithischen Islam und der Gefahr einer „Islamisierung“ (Gudenus, 21.07.2008) in Verbindung gebracht wird (vgl. Kap. 5.2.3). Für diese Verschwörungstheorie spricht laut FPÖ ebenfalls, dass die Regierung ‚Ausländer‘ besser behandle als Österreicher:innen, vor allem im Hinblick auf Arbeitsplätze und den Zugang zu Sozialleistungen (z.B. Haider, 01.12.1995; Strache,

⁸⁰ Vgl. für die AfD Kapitel 5.1.1.

22.08.2016). Hier wird nahtlos an das gegeneinander Ausspielen gesellschaftlicher Gruppen angeknüpft (vgl. Kap. 5.2.1). Der Regierung wird letztlich die Schuld an der schlechten Lage Österreichs sowie der aus Sicht der FPÖ katastrophalen Migrationssituation gegeben, welche zudem als von der Regierung gewollter und geförderter Prozess imaginiert wird (z.B. Strache, 07.04.2009). Die FPÖ sieht ihre Aufgabe darin, Österreich sowie das homogenisierte österreichische Volk vor dieser Regierung und damit auch vor den Auswirkungen der Migration, die im folgenden Kapitel näher betrachtet wird, zu schützen:

*„Ich bin froh darüber [...], dass **jetzt** die Fronten klar sind. **Jetzt** wissen wir, wer wo steht. Wer auf der Seite der Österreicher steht, der Patrioten und wer ganz andere Dinge erfüllt. Und wir wissen, was wir zu tun haben [...]. Unser Kampfauftrag ist kein anderer, als **die österreichische Bevölkerung zu schützen**, vor *Grässlichkeiten*, vor *Gemeinheiten* und vor *Gemeingefährlichkeiten*, die in diesem Programm vorkommen“ (Kickl, 11.01.2020).*

Die Vielzahl der verwendeten Deiktika in dieser Aussage unterstreicht die klare Trennung in Eigenes und Fremdes aufs Neue. Die sehr militaristische Sprache („Fronten“, „Patrioten“, „Kampfauftrag“ (ebd.)) produziert Bilder einer kriegerischen Auseinandersetzung zweier verfeindeter Lager, FPÖ und Regierung, in der, jedoch nur von der anderen Seite, auch „Grässlichkeiten“ (ebd.) sichtbar werden. Die FPÖ wähnt sich in einem Kampf, den sie für „die österreichische Bevölkerung“ (ebd.) führt. Die emotional-affektive Ansprache bereitet die Zuhörenden auf das Schlimmste vor und konstruiert klare Pole zwischen denen sich entschieden werden müsse. Ein Dazwischen gebe es nicht, entweder man stehe auf der Seite des österreichischen Volkes oder der der Regierung, des Feindes. So werden gesellschaftliche Gräben vertieft und demokratische und politische Aushandlungsprozesse erschwert, da diese von Kompromissen leben und mit reinem Schwarz-Weiß-Denken nicht möglich sind.

Die Regierung bringe laut FPÖ „Zwang [und] Unfreiheit“ (Hofer, 11.01.2020), sei korrupt (Kickl, 11.04.2020), befinde sich in einem „Machtrausch“ (Strache, 30.09.2006) und stehe am Ende doch für gar nichts (Hofer, 20.05.2016), ganz im Gegensatz zur FPÖ, die zwar für viele Dinge stehen möchte, sich aber eher in Abgrenzung zum Anderen definiert (vgl. Kap. 5.2.1). Da die anderen Parteien als zweites zentrales Feindbild im Inneren häufig synonym mit den Regierungsparteien adressiert werden, treffen viele der genannten Eigenschaften auch auf diese zu. Dennoch gibt es einige spezifische Charakteristika und auf einzelne Parteien bezogene Zuschreibungen, die erwähnt werden sollten. Analog zur AfD werden die anderen Parteien von der FPÖ als „Altparteien“ bezeichnet (z.B. Haider 1994; Kickl, 24.08.2008; Strache, 12.02.2016). Dies deutet auf diskursive Überschneidungen zwischen Österreich und Deutschland bzw. parteiübergreifende Großzahlungen der extremen Rechten hin. Ähnliches lässt sich feststellen, wenn die FPÖ von „Einheitspolitiker[n]“ (Haider, 20.06.1991) spricht und

sich einem „Machtblock“ (Podgorschek, 03.05.2018) gegenübersteht. Die anderen Parteien werden als einheitlicher Block konstruiert, dem als einzige Alternative die FPÖ gegenüberstehe. Die Partei erscheint somit wie die AfD als einzige echte Opposition, die konsequent von allen anderen ausgegrenzt werde (z.B. Gudenus, 21.07.2008; Kickl, 11.01.2020). So konstruiert sie das Eigene als sich in der Opferrolle befindlich und von allen Seiten bedroht. Die Gruppe des Eigenen rückt durch die Verteidigung gegen eine angebliche Bedrohung im Inneren, in Österreich, noch stärker zusammen. Dazu passen Formulierungen, in denen der ÖVP vorgeworfen wird, „die FPÖ zu zerstören“ (Strache, 17.11.2006) oder dem politischen Mitbewerber, dass es nur um „Vernichtung“ (Podgorschek, 03.05.2018) gehe. Die anderen Parteien werden als destruktiv und zerstörend charakterisiert, als „nicht immer zum Wohle Österreichs“ (Hofer, 28.01.2016) arbeitend, während sich die FPÖ im Negativ als Retterin Österreichs imaginiert, die angetreten sei, um „die österreichische Bevölkerung zu schützen“ (Kickl, 11.01.2020).

AfD und FPÖ rekurren somit auf ähnliche Erzählungen, um das Eigene sowohl als Opfer der anderen Parteien sowie der demokratischen Prozesse darzustellen, es aber gleichzeitig als einzige Alternative, als Retterin und Beschützerin zu präsentieren. Es entsteht das Bild einer verschwörungsideologisch angehauchten machtvollen Gruppe, zu der alle anderen Parteien gehören, die gegen das österreichische bzw. deutsche Volk arbeite und es bedrohe.⁸¹ Dieser Gruppe stellen sich nur AfD und FPÖ entgegen, deren Anhänger:innen durch Gefühle der Angst, aber auch der Wut sowie der Hoffnung auf eine undefinierte ‚bessere‘ Zukunft besonders stark verbunden sind und sich scharf nach außen abgrenzen. Auf diese emotional-affektive Ebene zielt auch die Sprache vom Verrat am eigenen Volk (Gudenus, 14.10.2010). Auf diese Weise verloren gegangenes Vertrauen in die anderen Parteien kann nur schwer zurückgewonnen werden, vor allem in Kombination mit der starken emotional-affektiven Aufladung des Diskurses. Der wiederholte Verweis darauf, dass die anderen Parteien, vor allem die ÖVP, die Inhalte der FPÖ kopiere, hält die Wähler:innen ebenfalls bei der Partei, da diese „lieber zum Schmied und nicht zum Schmiedl“ (ebd.) gingen. Besonders in den letzten Wahlkämpfen ist dieser Vorwurf nicht gänzlich von der Hand zu weisen (BRANDSTÄTTER U. BUSEK 2019; MUDDE 2019), dennoch dient er primär dazu, das Eigene aufzuwerten und das Andere zu diskreditieren und die Abgrenzung zu verschärfen.

Während der Fokus in der Beschäftigung mit der ÖVP auf Korruption, Machtmissbrauch und dem Kopieren der eigenen Inhalte liegt, wird die SPÖ vor allem im Hinblick auf soziale Aspekte kritisiert. Ihr wird die Kompetenz im Bereich

⁸¹ In gewisser Weise ist damit eine Elite gemeint, die aber nicht so bezeichnet wird, bzw. das oben beschriebene System.

Sozialpolitik abgesprochen, da sie Themen wie das Kindergeld oder die Bereitstellung von Betreuungsplätzen vernachlässigt hätte, welche von der FPÖ nun aufgegriffen würden und sie das Eigene dabei gleichzeitig als sozial bezeichnet (Haider, 01.10.2003). Fortgesetzt wird diese Beschreibung in der Selbstbezeichnung der FPÖ als „soziale Heimatpartei“ (Gudenus, 27.12.2010), in der das Soziale jedoch eher national gedacht und verstanden wird (vgl. Kap. 5.2.1). Dies hält die Partei der SPÖ vor, die Sozialpolitik nicht nur für die homogenisierten Österreicher:innen im Sinne der FPÖ, sondern für alle Menschen in Österreich mache. SPÖ und ÖVP als die beiden großen Volksparteien stellen jedoch den Inbegriff regierender Parteien in Österreich dar, weshalb sich ihre Zuschreibungen größtenteils mit denen der Regierung decken. Eine andere Stellung haben linke und grüne Parteien im Diskurs der FPÖ, die nochmals gesondert hervorgehoben werden müssen.

Die Grünen stellten lange Zeit nur eine weitere unter den anderen Parteien dar und wurden in Reden und Interviews eher selten thematisiert. Dies änderte sich mit der Übernahme der Parteiführung der FPÖ durch Strache sowie dem Erstarken der Grünen ab Mitte der 2000er Jahre. Die Grünen etablierten sich als vierte starke Partei neben SPÖ, ÖVP und FPÖ und wirkten damit auch in die Aussagen von FPÖ-Mitgliedern hinein. Dabei dominierte zunächst die Erzählung einer angeblich unglaubwürdigen Partei, die keine relevante Rolle in Regierungsverhandlungen spielen würde (Hofer, 17.10.2016). Während SPÖ und ÖVP in den Aussagen der FPÖ mit Macht in Verbindung gebracht werden, trifft auf die Grünen eher das Gegenteil zu. Sie werden als emotional und destruktiv (Strache, 12.02.2016; Strache, 25.06.2017) bezeichnet und nicht als Konkurrenz wahrgenommen und anerkannt. Das änderte sich mit der Wahl des ehemaligen Vorsitzenden der Grünen, van der Bellen, zum Bundespräsidenten im direkten Duell gegen den FPÖ-Kandidaten Hofer, sowie dem Eintritt der Grünen in eine Koalition mit der ÖVP. Wut und Unverständnis wirken in den Diskurs hinein und die Grünen werden als „Zuwanderungsfanatiker“ (ebd.) diffamiert, die die „Abschaffung Österreichs“ (Strache, 24.10.2016) forcieren würden. Der Diskurs der Unfähigkeit besteht jedoch weiterhin, wenn im Zusammenhang mit der Bundespräsidentenwahl davon gesprochen wird, dass van der Bellen nur gewinnen konnte, weil sich „das gesamte System“ (ebd.) zusammengetan habe und die seit 2019 regierende schwarz-grüne Koalition als massiv von der ÖVP dominiert beschrieben wird (Kickl, 11.01.2020). Das klassische Narrativ extrem rechter Parteien von den grünen „Verbotsparteien“ (Strache, 12.02.2016) findet sich ebenfalls in den Aussagen der Partei.

„Die Linke will eine andere Gesellschaft, will ein neues Volk, weil sie ihr eigenes Volk nicht leiden kann. Sie schwärmt von einem multikulturellen Europa, will durch Zuwanderung neue Mehrheiten im Volk erzwingen, betreibt durch Geschichtsfälschung gezielte Verhetzung der Jugend in den Schulen und schürt den Klassenkampf zwischen Klerus und Laien in der Kirche, um dem Volk den Anker des Glaubens und der moralischen Orientierung zu nehmen. Destabilisieren, auflösen, entwerten und ausgrenzen lautet die Devise“ (Haider 1994: 32).

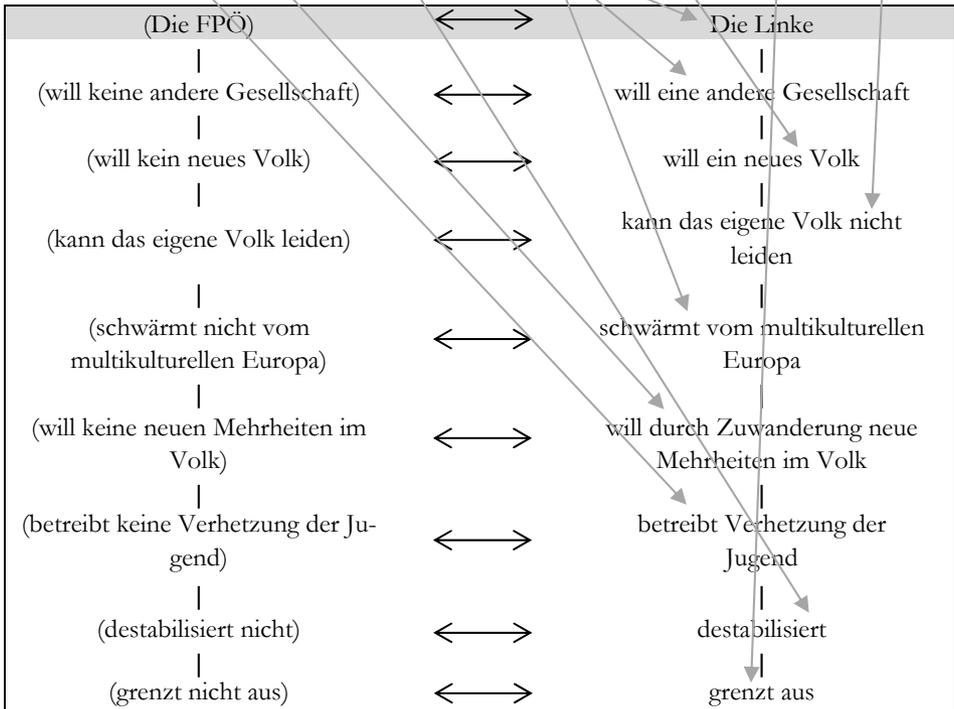


Abb. 18: Die FPÖ vs. Die Linke (Quelle: eigene Darstellung)

Insgesamt werden die Grünen jedoch einem viel dominanteren, zentraleren Feindbild im Inneren zugeordnet, den Linken. Damit ist ähnlich wie bei der AfD nicht eine bestimmte linke Partei gemeint, sondern in einem allgemeineren Sinne alles links der FPÖ, weshalb die Partei auch gerne von einem linken Zeitgeist spricht, laut dem es „Narrenfreiheit für extreme Linke und Denkverbote für konservative Rechte“ (Haider, 01.10.2000) gebe. Die FPÖ imaginiert bereits zu Beginn der 1990er Jahre, ähnlich wie die AfD heute, eine homogenisierte Linke, die sich aus der 68er-Generation entwickelt und nach dem „Marsch durch die

Institutionen“ (Haider 1994: 74) nun die Macht in Österreich (bzw. in Deutschland, eine klare Trennung ist nicht erkennbar) innehat. In Anlehnung an Gramsci wird von einer „kulturellen Hegemonie“ (ebd.: 74) sowie der „geistige[n] Vorherrschaft der Linken im kulturellen Sektor“ (ebd.: 73) gesprochen. Die „Strategie der Machterhaltung“ (ebd.: 56) wird dabei mit gewisser Ehrfurcht betrachtet, da die Erlangung der kulturellen Hegemonie eines der Kernziele der extremen Rechten in Europa darstellt (HUFER 2018). Gleichzeitig wird die Linke jedoch immer wieder mit bestimmten Vorstellungen von Sozialismus und Kommunismus in Verbindung gebracht, um sie vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs der Sowjetunion und der Wiedervereinigung Deutschlands mit dem „Scheitern des Sozialismus“ (Haider 1994: 75) zu verknüpfen, das den „Ablaufplan für die geistige Umerziehung [...] erheblich gestört [habe]“ (ebd.: 75). Es hätte für die FPÖ also noch deutlich schlimmer kommen können. Dennoch bestehe die Vorherrschaft der Linken fort und die FPÖ sieht sich selbst in der Opferrolle, da „Abweichler“ [...] pauschal zu Faschisten, Neonazis und Rechts-extremen [würden]“ (ebd.: 56). Die Linke wird in den Aussagen der FPÖ also stark verallgemeinert, homogenisiert und mit bestimmten Identität konstituierenden Merkmalen verknüpft. Im Negativ entsteht damit ein klarer werdendes Bild der FPÖ.

Die Linke wird in der Aussage in Abbildung 18 als sehr negativ und destruktiv beschrieben. Sie destabilisiere, löse auf, entwerte und grenze aus (ebd.), während die FPÖ im Negativ als stabilisierend und einschließend erscheint. Damit wird die generelle Erzählung des bewahrenden Eigenen und des zerstörenden Fremden ein weiteres Mal bedient und Ängste vor einem unsicheren Leben in Österreich adressiert und verstärkt. An anderer Stelle spricht Haider davon, dass die Linke Österreich „ins Chaos“ (ebd.: 94) führe, welches zudem laut den Linken „wünschenswert“ (ebd.: 94) sei. Auf diese sowie die oben angeführten allgemeineren Zuschreibungen folgt schnell die Verknüpfung des Feindbilds der Linken mit dem Themenkomplex Migration. Der homogenisierten Linken wird vorgeworfen, das eigene Volk nicht leiden zu können und „vom multikulturellen Europa“ (ebd.: 54) zu schwärmen. Die Linken gehörten laut FPÖ nicht zur Gruppe des Eigenen, zum österreichischen Volk, sondern stehen diesem bedrohlich gegenüber. Eine Annäherung sei dabei von Seiten der Linken auch gar nicht gewünscht, sie wollten „eine andere Gesellschaft, [...] ein neues Volk“ (ebd.: 54). Die auch heute noch sehr aktuelle und häufig verwendete verschwörungstheoretisch angehauchte Erzählung des gewollten Austausches der Bevölkerung vor allem durch Grüne und Linke fand somit schon zu Beginn der 1990er Jahre Anwendung und kann als zentrale Groß Erzählung rechter Parteien in Europa betrachtet werden. Den homogenisierten Linken wird von der FPÖ vorgeworfen durch die Fokussierung auf die Themen „Ausländerfeindlichkeit und Neonazis“ (ebd.: 76) konservative und nationale Kräfte – wie die FPÖ – kleinzuhalten und

durch die Etablierung einer multikulturellen Gesellschaft die von der 68er-Generation erreichte Macht (kulturelle Hegemonie) zu erhalten. Dabei wird der Linken Gnadenlosigkeit und „Brutalität“ (ebd.: 77) vorgehalten, um das Eigene und das Fremde auch auf emotional-affektiver Ebene voneinander zu trennen. Zugespitzt durch die FPÖ wird aus dieser im Diskurs vorhandenen Ansicht „Ausländerliebe [... und] Inländerhaß [sic]“ (ebd.: 77). Dieses in den 1990er Jahren gelegte Fundament wirkt bis heute in Aussagen von FPÖ-Mitgliedern hinein. So wird die SPÖ häufig in die Nähe eines implizit als diktatorisch imaginierten Sozialismus gerückt (z.B. Strache, 01.05.2009) oder es wird vom „Rassismus der Linken“ gesprochen, z.B. gegenüber Deutschen (Graf, 25.03.2011). Auch der Bezug auf die „68er-Bewegung“ (Strache, 21.12.2008) als das Fremde im Inneren zieht sich durch den gesamten Korpus.

Eng verbunden mit dem Feindbild der Linken sind in Österreich wie in Deutschland NGOs, Gewerkschaften und Vereine. Diese sind im österreichischen Diskurs jedoch deutlich weniger dominant und deshalb bei der Aufzählung zu Beginn des Kapitels in Klammern gesetzt. Wut und Hass werden ebenso wie bei der AfD auf linke Antifaschist:innen gelenkt, die gleichermaßen als lediglich provozierend (emotional) und bedrohend dargestellt werden und im Gegensatz zum Eigenen keine Demokrat:innen seien (Strache, 01.06.2009). Hervorzuheben ist zudem das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW), das immer wieder als negative Projektionsfläche für die FPÖ erhalten muss. Das DÖW arbeitet inhaltlich über die Zeit des Nationalsozialismus und betreibt Aufklärungs- und Bildungsarbeit. Zudem beleuchtet es aktuelle Entwicklungen in der extremen Rechten und gerät dabei häufiger mit der FPÖ in Konflikt (Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW) o.J.). Die Bedeutung der Stiftung und ihrer Arbeit wird von der FPÖ wiederholt abgetan und das DÖW als „unwichtig“ (Gudenus, 24.05.2004), als „kommunistische Tarnorganisation“ (ebd.) oder nur gegen Akteur:innen rechts der Mitte arbeitend (Graf, 19.04.2009) beschrieben. Insgesamt äußert sich die FPÖ jedoch kaum zu NGOs, Gewerkschaften und Vereinen.

Die vier für die AfD identifizierten Gruppen des Fremden im Inneren ließen sich in den Aussagen der FPÖ partiell wiederfinden. Die Partei spricht wenig über NGOs, Gewerkschaften und Vereine und auch eine (politische) Elite wird selten explizit adressiert. Die Partei fokussiert sich auf die Regierung (sowohl Landesregierungen als auch die Bundesregierung) bzw. die anderen Parteien, die häufig synonym verwendet werden und denen zum Teil ähnliche Charakteristika zugeschrieben werden wie der Elite in Aussagen der AfD. Zentrale Feindbilder sind die langjährigen Regierungsparteien ÖVP und SPÖ und ‚der linke Zeitgeist‘ sowie seit einigen Jahren die Grünen als vierte starke Partei in Österreich. Die FPÖ konstruiert klar abgrenzbare Gruppen des Eigenen und des Fremden im

Inneren und versieht diese mit Identität konstituierenden Merkmalen. Das Eigene wirkt im Diskurs eher defensiv, verteidigend und in der Opferrolle. Das Fremde dagegen bedrohe die FPÖ und das österreichische Volk, welches nur von der FPÖ vertreten werde und in dessen Namen die Partei, ganz im Sinne völkisch-populistischer Argumentationen, spreche. Sowohl das Eigene als auch das Fremde werden in diesem Zuge homogenisiert. Dabei spielen Emotionen und Affekte eine wichtige Rolle. Der diskursiv vorhandene Stolz auf das Eigene wird von der FPÖ aufgegriffen und pointiert wiedergegeben, Gefühle von Angst und Wut werden adressiert und dienen zum einen der stärkeren Verbindung der Gruppe des Eigenen und zum anderen der schärferen Abgrenzung nach außen. Angst und Wut werden mit dem Fremden im Inneren verknüpft und auf dieses gelenkt. Diese Emotionen und Affekte bleiben durch ständige Wiederholung ‚kleben‘, sodass daran anknüpfende Argumentationen einfacher verfangen. Ähnlich wie die AfD argumentiert auch die FPÖ, dass nicht in erster Linie Migrant:innen und Geflüchtete das Problem seien, sondern vielmehr die regierenden Parteien, die diese Menschen im Sinne der Verschwörungstheorie des Großen Austausches ins Land holen würden.

„**Wir** erleben **seit Jahren**, dass **unsere** *berechtigten und richtigen Forderungen* abgelehnt werden. Und **wir** erleben, dass **rot und schwarz** seit Jahren eine *völlig unverantwortliche Politik* gemacht haben, die **uns** überhaupt erst die Probleme eingebrockt haben. **Wir** erleben und haben das letzten Sommer erleben müssen, eine *unverantwortliche Willkommenspolitik*, die **von der Frau Merkel** ausgegangen ist und von rot-schwarz umgesetzt wurde. *Trotz aller unserer Warnungen*“ (Strache, 22.08.2016).

Die Deiktika und emotional-affektiven Markierungen in dieser Aussage manifestieren das Bild der warnenden und fordernden FPÖ, auf deren „richtige“ (ebd.) Anmerkungen nicht eingegangen werde. Das Fremde im Inneren, in diesem Fall die Regierung aus SPÖ und ÖVP, handle demgegenüber „unverantwortlich“ (ebd.) und sei für die aktuellen Probleme verantwortlich. Dabei verwendet Strache in dieser Aussage mit dem Begriff „Willkommenspolitik“ (ebd.) eine sehr eng an die „Willkommenskultur“ (z.B. Meuthen, 30.12.2016; Petry, 19.09.2017) der AfD angelehnte Formulierung und bezieht sich sogar direkt auf „Frau Merkel“ (ebd.) als Hauptverantwortliche für diese. Es findet somit ein reger Austausch von Ideen und Konzepten der extremen Rechten über nationalstaatliche Grenzen hinweg statt, sodass das Postulat einer negativ konnotierten ‚Willkommenskultur‘ im Jahr 2015 als gemeinsame Großerzählung betrachtet und auch bei aktuellen Prozessen (wieder) wirksam werden kann. Eng damit verknüpft ist die Abgrenzung nach außen, die die dominanteste Rolle in Reden und Interviews von FPÖ-Mitgliedern einnimmt und mit allen anderen Themen verknüpft ist, wie das folgende Kapitel zeigen wird.

5.2.3 Abgrenzung nach außen

Die Abgrenzung nach außen bildet für die FPÖ, genauso wie für die AfD, das zentrale Kernthema neben bzw. in Verbindung mit dem Nationalismuskurs (vgl. Kap. 5.2.1) sowie der Beschreibung und Abgrenzung vom Fremden im Inneren (vgl. Kap. 5.2.2). Die Großerzählung der extremen Rechten eines das Eigene von außen bedrohenden Fremden ist in den Aussagen von FPÖ-Mitgliedern omnipräsent. Basierend auf dem in Kapitel 5.2.1 herausgearbeiteten Nationalismuskurs werden Räume des Eigenen und des Fremden konstruiert. Diese bleiben in ihrer Beschreibung jedoch sehr oberflächlich, da es der FPÖ in ihren Aussagen schwerfällt, sie mit Bedeutung aufzuladen. Anders als die AfD, die den imaginierten Raum Deutschland in recht ambivalenter Weise als schön und zu bewahren sowie als dreckig und kriminell beschreibt (vgl. Kap. 5.1.3), beschränkt sich die FPÖ auf die Konstruktion Österreichs entlang der aktuellen Grenzen und einer darauf aufbauenden Abgrenzung zu allem außerhalb dieser. Im Raum des Eigenen wird vor allem die Gruppe derjenigen verortet, die einen österreichischen Pass besitzen, weshalb die Partei kritisiert, dass es zu „frühzeitigen Einbürgerungen“ (Partik-Pablé, 21.03.2001) komme. Diese Argumentation stützt sie auf die Verschwörungstheorie des Großen Austausches, wie im vorangegangenen Kapitel gezeigt, und spricht in dem Zusammenhang wiederholt von „Bevölkerungsaustausch“ (Mölzer, 24.04.2013) und „Überfremdung“ (Gudenus, 14.10.2010). Gerade bei letzterem Begriff schwingen noch weitere Aspekte mit, die im Laufe dieses Kapitels thematisiert werden. Interessanterweise bezieht sich Gudenus im zitierten Interview auf das kurz zuvor erschienene Buch von Thilo Sarrazin, das maßgeblichen Einfluss auf die Gründungsphase der AfD hatte, und scheinbar auch über Deutschland hinaus diskursprägend wirkte. Der Raum des Eigenen wird dabei als bedroht imaginiert, zum einen durch das Fremde im Inneren (vgl. Kap. 5.2.2) und zum anderen durch Menschen aus konstruierten Räumen des Anderen, von außerhalb der österreichischen Nationalstaatsgrenzen. Die Bedrohung finde auf verschiedenen Ebenen statt und reiche bis in persönliche Bereiche wie die Esskultur hinein:

„Mir geht es darum, dass eine hier gewachsene Esskultur nicht zurückgedrängt werden darf – aufgrund einer Einwanderungspolitik, die immer *forscher* in hier gewachsene Kulturen eingreift“ (Vilimsky, 15.04.2014).

Die Aussage holt die Zuhörenden mit ihrem Verweis auf das Alltägliche und Private auf einer emotional-affektiven Ebene ab. Zudem verdeutlicht sie, dass die Abgrenzung nach außen, die Fokussierung auf die Themen Migration und Integration, in alle Aussagen, sowie laut FPÖ in alle Lebensbereiche, hineinwirke. Die mit der gesamten Kultur gleichgesetzte „Esskultur“ (ebd.) werde bedroht durch ein Anderes, das „immer forscher“ (ebd.) in den Raum des Eigenen

eingreife, gegen den Willen der in diesem Raum lebenden Menschen. Die Verantwortlichen werden nicht direkt genannt, aber der Verweis auf die „Einwanderungspolitik“ (ebd.) reicht aus, um die angedeutete Verbindung zwischen Bedrohung und Migration herzustellen und Migrant:innen und Geflüchtete verantwortlich zu machen. Auf einer sehr kleinen Ebene entsteht das Bild des von außen bedrohten Anderen, dass sich darauf aufbauend auf weitere Ebenen übertragen lässt. Die FPÖ imaginiert das Eigene dabei als beschützende Instanz, die sich in Abgrenzung zum Fremden im Inneren dafür einsetze, „Grenzen zu schützen, die eigenen Bürger zu schützen“ (Strache, 15.09.2017). Damit schließt sie an die in Kapitel 5.1.1 diskutierte Darstellung als Retterin und heimatliebend an und bindet die Wir-Gemeinschaft mithilfe der scharfen Abgrenzung nach außen zusammen. In den Aussagen der FPÖ geht es, genauso wie bei der AfD, jedoch nicht nur um den Schutz der Grenzen, sondern letztendlich um ihre Schließung.

„Was **wir** brauchen sind strenge Kontrollen **unserer** Grenzen. Und wenn es notwendig ist auch deren Schließung. **Wer** keinen Asylgrund hat, **dem** muss klar sein, dass **er** umgehend abgeschoben wird und keine Chance besteht, sich irgendwie *durchzuschwindeln*“ (Strache, 16.09.2015).

Das ‚Wir‘ in dieser Aussage, die FPÖ und das österreichische Volk, brauche aufgrund der akuten Bedrohung von außen kontrollierte, wenn nicht gar geschlossene, Grenzen. Die Deiktika zeigen zum einen die starke Verknüpfung des Eigenen mit dem österreichischen Nationalstaat und zum anderen die Unsichtbarmachung des Anderen. Durch die unscharfen Formulierungen „wer“, „dem“ und „er“ (ebd.) bleibt das Andere vage und kann immer wieder neu konstruiert und mit neuer Bedeutung aufgeladen werden. Implizit wird Geflüchteten in dieser Aussage zudem vorgeworfen, sich „durchzuschwindeln“ (ebd.) und das Asylsystem auszunutzen, worauf die FPÖ „umgehend“ (ebd.) mit Abschiebung reagieren möchte. Generell forciert die Partei mehr und schnellere Abschiebungen (Strache, 17.06.2010) und intendiert, sprachlich wieder sehr nah an der AfD, eine „Rückführungskultur“ statt einer „Willkommenskultur“ (Strache, 12.02.2016). Auch wenn der Begriff der Remigration in Aussagen der FPÖ nicht fällt, so scheint die Großerzählung der extremen Rechten doch an vielen Stellen durch, wenn wie oben von Rückführung oder von „Rückreise“ (Gudenus, 24.05.2004) gesprochen wird. Dabei bedient sich die FPÖ, genau wie die AfD, geo- und naturdeterministischer sowie biologistischer Argumentationen, indem sie davon ausgeht, dass jeder Mensch natürlich in einen bestimmten Raum ‚gehöre‘. Das zeigt sich besonders stark, wenn Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe als anders markiert und mit negativen Eigenschaften versehen werden:

„Erkundigen Sie sich doch einmal bei den Beamten über die Art der Schwarzafrikaner⁸² **Sie** schauen nicht nur anders aus, [...] sondern **sie** sind auch anders, und zwar sind **sie** besonders aggressiv. Das liegt offensichtlich in der Natur dieser Menschen“ (Partik-Pablé, 10.05.1999).

In dieser Aussage wird eine Gruppe von Menschen homogenisiert und pauschal als „anders“ (ebd.) bezeichnet, anders als das nur implizit in die Aussage hineinwirkende österreichische Volk, sodass eine Abgrenzung zwischen diesen beiden Gruppen stattfindet. Zusätzlich wird dem in der Aussage konstruierten Anderen die negative Eigenschaft „aggressiv“ (ebd.) zugeschrieben, die die einzige Beschreibung bleibt und somit laut FPÖ den Kern dieser imaginierten Gruppe ausmache. Diese Aggressivität lasse sich auch nicht rational erklären, da sie „in der Natur dieser Menschen“ (ebd.) liege. Klassisch naturdeterministisch argumentierend werden somit Menschen aus einem bestimmten Raum mit bestimmten Eigenschaften versehen und von Menschen in anderen Räumen abgegrenzt, wobei die Eigenschaften auf eben diese Räume zurückzuführen seien. Diesem biologistischen Argument wird von der FPÖ seit Ende der 2000er Jahre nur ein anderes Etikett aufgeklebt:

„Das Biologistisch-Rassistische, das es früher gegeben hat, ist kaum mehr vorhanden. [...] **Wir** haben da einen pragmatischen Ansatz entwickelt, dass man es nicht mehr biologistisch sieht, sondern kulturell“ (Mölzer, 24.04.2013).

Die biologistische Argumentation wirkt diskursiv in diese Aussage hinein und muss von Mölzer zunächst entkräftigt werden, bevor der „pragmatische Ansatz“ (ebd.), der Fokus auf die Kultur thematisiert werden kann. Diesem könne „man [keinen] Rassismus [...] mehr vorwerfen“ (ebd.). Die kulturellen Unterschiede, die laut FPÖ bei der Migrationspolitik priorisierend beachtet werden müssten, werden dann aber doch zumeist auf den Diskontinuitätsmarker Religion, der weiter unten diskutiert wird, oder die Nationalität zurückgeführt, wenn z.B. zwischen „Kroaten, Serben“ (ebd.) und Menschen aus „schwer integrierbaren“ (ebd.) Räumen unterschieden wird. Die Differenzierung nach Nationalitäten bildet dabei eine über den gesamten Untersuchungszeitraum nachweisbare Konstante, während die Religion erst unter Strache, möglicherweise zusammenhängend mit den Anschlägen vom 11. September 2001, mehr Bedeutung gewann. Implizit schwingt die Religion jedoch auch im Nationalismuskurs mit. Wenn an anderer Stelle von Migrant:innen als „aufrechte Menschen, die nach Österreich gekommen sind“ (Hofer, 11.01.2020) gesprochen wird und diese Menschen den Raumcontainern „Kroatien, [...] Serbien, [...] Ungarn“ (ebd.) zugeordnet werden, taucht als antagonistisches Anderes die Türkei auf, die mehr explizit als implizit mit einer pauschalisierenden Vorstellung des Islam als religiösem Distinktionsmarker verbunden wird. „Türken [und] Muslime“ (ebd.) würden die FPÖ nicht wählen, während die Menschen aus den anderen genannten

⁸² Vgl. Einordnung des Begriffes auf S. 136.

Räumen „massiv auf unserer Seite sind“ (ebd.) und generell mit positiven Eigenschaften wie Leistungsbereitschaft und ehrlicher Arbeit verknüpft werden. Implizit erscheinen Menschen aus der Türkei so als weniger aufrecht und nicht leistungsbereit, würden also keinen Beitrag für Österreich leisten.

Die FPÖ unterscheidet zwischen guten und schlechten Nationalstaaten bzw. Herkunftsländern der Migrant:innen und Geflüchteten und versieht diese Räume des Anderen mit unterschiedlichen Identität konstituierenden Merkmalen. Diese positivere Sicht auf die europäischen Nachbarstaaten musste sich jedoch zunächst entwickeln bzw. sie entstand vor dem Hintergrund einer größeren imaginierten Bedrohung eines außen außerhalb Europas. In den 1990er Jahren, eng verknüpft mit dem Beitritt Österreichs zur EU und verschiedener EU-Erweiterungen, dominierte ein negatives Bild von Migrant:innen aus osteuropäischen Staaten den Diskurs. Sie wurden vor allem als Konkurrenz auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt konstruiert und damit als Bedrohung für die im Sinne der FPÖ homogenisierten Österreicher:innen (Haider 1994; Haider, 02.03.1994; Haider, 10.10.1996). Über die Jahre verschob sich das Feindbild vom ‚Ausländer‘ zu Geflüchteten und Migrant:innen, die stark mit einer pauschalisierenden Vorstellung des Islam in Verbindung gebracht wurden. Bedroht war dann nicht mehr nur der Wohnungs- und Arbeitsmarkt, sondern gleich die österreichische Kultur (Vilimsky, 15.04.2014). Die vormals als ‚Ausländer‘ stark negativ imaginierten Menschen aus europäischen Nachbarländern wurden in Abgrenzung zum ebenfalls imaginierten außereuropäischen Außen nun die ‚guten‘ Migrant:innen, da sie kulturell ‚besser‘ zu der homogenisierten Gruppe der Österreicher:innen passen würden. Beispielhaft sichtbar, jedoch in umgekehrter Reihenfolge wird dieser Prozess beim Umgang mit den Geflüchteten u.a. aus Syrien 2015 und den vor dem russischen Angriffskrieg fliehenden Menschen aus der Ukraine. Letztere werden, nicht zuletzt wegen ihrer Hautfarbe und ihrer christlichen Religion als die ‚besseren‘, dem eigenen näheren Geflüchteten beschrieben und zunächst herzlicher aufgenommen (BAYOUMI 2022). So ist die Abgrenzung gegenüber Menschen aus den europäischen Nachbarländern durch eine angeblich größere Bedrohung, der Abgrenzung gegenüber Menschen aus Afrika und dem arabischen Raum gewichen.

Die FPÖ unterscheidet also zwischen ‚guten‘ und ‚schlechten‘ Migrant:innen. Dass ‚gute‘ Migrant:innen sich darauf jedoch nicht viel einbilden können, wird das Thema Integration im weiteren Verlauf dieses Kapitels zeigen. Die Lösungsvorschläge, die die FPÖ anbietet und anbot bleiben weitestgehend die gleichen: Bevorzugung der österreichischen Staatsbürger nach dem Motto „Österreich zuerst“ (vgl. Kap. 5.2.1) sowie geschlossene Grenzen, Abschiebungen und in neueren Aussagen die auch von der AfD favorisierte „Australische Lösung“ (vgl. Kap. 5.1.3). Letztere bezieht sich aktuell vor allem auf nach Europa flüchtende

bzw. migrierende Menschen, die daran gehindert werden sollen, europäischen Boden zu betreten indem Lager vor Ort errichtet werden, in denen Asylfragen bzw. das Recht auf Asyl behandelt werden sollen (Gudenus, 14.10.2010; Strache, 16.09.2015; Strache, 15.09.2017). Österreich könne dabei laut FPÖ „kein Einwanderungsland sein“ (Strache, 07.04.2009) und wenn Migration stattfinde, solle sie „nach unseren Regeln, nach unseren Vorstellungen und nach unseren Bedürfnissen organisiert“ (Kickl, 11.01.2018) werden. Die Deiktika in dieser Aussage machen die Machtverhältnisse, die herrschen und die sich die FPÖ wünscht, sehr deutlich. Die Menschen, die bereits in Österreich leben oder trotz der Hindernisse im Land ankommen, sollen nach Möglichkeit „konzentriert an einem Ort [ge]halten“ (ebd.) werden. Diese „Sammelunterkünfte“ (Strache, 16.09.2015) machten „die notwendige Kontrolle“ (ebd.) und die „Rückführung“ (ebd.) einfacher. Letztere ist schlussendlich das Ziel der FPÖ, sie sprechen nicht direkt von Remigration (wie die AfD), meinen mit solchen Aussagen inhaltlich jedoch das gleiche, auch wenn die Argumentation zum Teil auf den eigenen Wunsch der Menschen, ihre Heimat wiederaufzubauen, verweist (Gudenus, 24.05.2004).

Bei der Konstruktion des homogenen Eigenen und seiner Abgrenzung vom konstant als Bedrohung von außen imaginierten Anderen spielen Emotionen und Affekte eine wichtige Rolle. Sie tragen dazu bei, die Gruppe des Eigenen noch stärker zu verbinden und die Grenze zum Anderen noch schärfer zu ziehen. Die entstandenen Gräben lassen sich nur schwer wieder füllen, da eine durch Angst und Wut verbundene Gruppe des Eigenen, die diese Gefühle auf das ebenfalls homogenisierte Andere lenkt, eine besonders enge Verbindung hat (BERG ET AL. 2019). Der gemeinsame Feind, die gemeinsame Bedrohung, schweißen zusammen. Deutlich wird das vor allem beim gegeneinander Ausspielen der homogenisierten Gruppen der Österreicher:innen sowie der Geflüchteten/Migrant:innen durch die FPÖ. Die geflüchteten Menschen werden im gesamten Material als „Wirtschaftsflüchtlinge“ (Graf, 25.03.2011) beschrieben, die „das Instrumentarium Asyl missbrauchen“ (ebd.) würden. Dabei adressiert die FPÖ die in der Gesellschaft diskursiv vorhandene Angst vor zu viel Einwanderung und gibt sie pointiert wieder (Gudenus, 24.05.2004). Besonders dominant ist neben der Angst, ähnlich wie bei der AfD, ein diffus vorhandenes Gefühl der Wut auf Geflüchtete und Migrant:innen. Diese Wut, häufig verknüpft mit einer generellen Abwertung der Gruppe der Anderen, zeigt sich zum einen an der genannten Zuschreibung als „Wirtschaftsflüchtlinge“ (Graf, 25.03.2011), zum anderen an den negativ konnotierten Identität konstituierenden Merkmalen, mit denen die als fremd gelesenen Menschen versehen werden (Abb. 19).

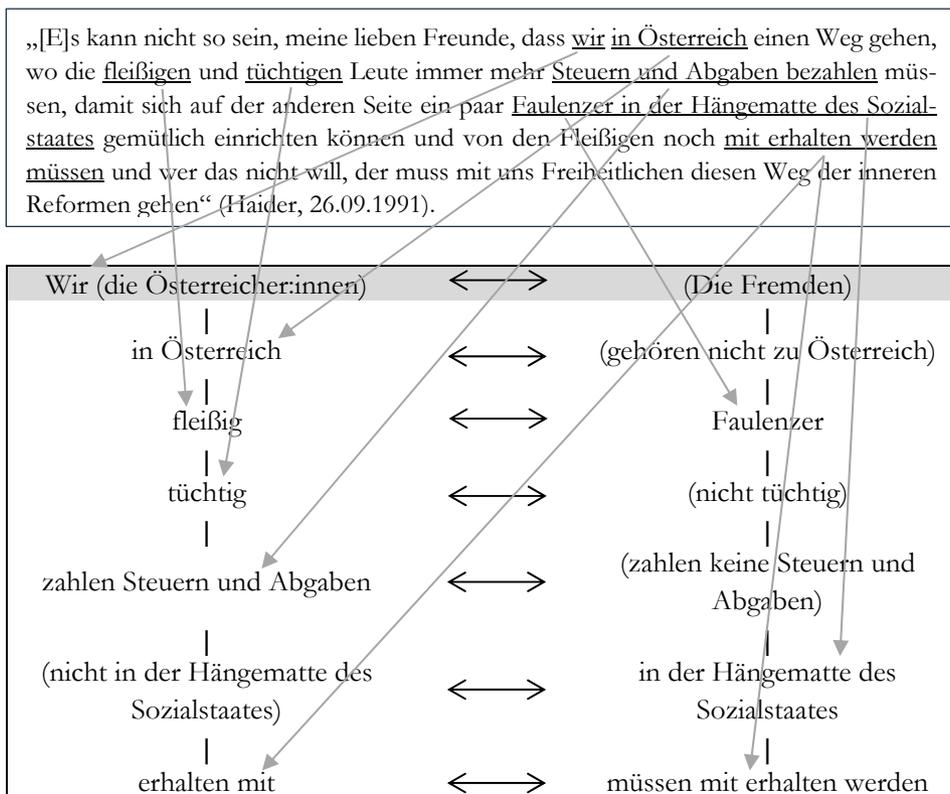


Abb. 19: Wir (die Österreicher:innen) vs. die Fremden (Quelle: eigene Darstellung)

Wie bereits in Kapitel 5.2.1 bei der Beschreibung des Eigenen diskutiert, werden die Österreicher:innen pauschal als „fleißig [und] tüchtig“ (ebd.) beschrieben und durch diese Eigenschaften vom Fremden abgegrenzt, das nicht nur im Negativ sondern sehr explizit als „Faulenzer“ (ebd.) und „Schmarotzer“ (ebd.) beschrieben wird. In Kombination mit der genannten Beschreibung als „Wirtschaftsflüchtlinge“ (Graf, 25.03.2011) adressiert die FPÖ die unter rechten Parteien verbreitete Großerzählung von faulen Migrant:innen, die das gutmütige und fleißige homogenisierte ‚Wir‘ ausnutzen und ausnehmen würden. Migration und Flucht werden auf den bloßen Wunsch nach einem (wirtschaftlich und materiell) besseren Leben reduziert und diverse, heterogene Flucht- und Verfolgungsgeschichten damit ausgeblendet. Diese Ausblendung geht mit einer teilweisen Infragestellung der Fluchtursachen einher, wenn FPÖ-Mitglieder, ähnlich wie die AfD, fragen, ob die Menschen „wirklich“ verfolgt seien (z.B. Strache, 16.09.2015; Hofer, 11.01.2020), häufig einhergehend mit der Feststellung, dass es „kein Recht auf Wohlstandszuwanderung“ (z.B. Strache, 25.09.2015) gebe. So werden

diskursiv Fluchtursachen negiert und den Geflüchteten Rechte abgesprochen. Falls es eine Person schafft, auch in den Augen der FPÖ als verfolgt zu gelten, solle diese jedoch auch „zurückmüssen [sobald] die Verfolgungsgründe obsolet sind“ (Strache, 11.09.2008). Das ist die oben angesprochene ‚Rückführungskultur‘, die zudem stark emotional aufgeladen ist, da sie die Trennung zwischen den als homogen konstruierten Gruppen weiter verstärkt. Gefühle der Angst und Wut lassen sich besonders bei den Themen Geld und sozialem Status feststellen, weshalb die FPÖ immer wieder betont, dass die Geflüchteten und Migrant:innen eine Gefahr für den Wohlstand der Österreicher:innen darstellten (Strache, 16.09.2015), ihnen etwas wegnehmen würden, für das sie gearbeitet hätten und das ihnen zustehe (Haider, 26.09.1991) und die Österreicher:innen am Ende noch für die Fremden zahlen müssten (Haider, 10.10.1996).

Diese Gemengelage aus Angst vor sozialem Abstieg und Arbeitslosigkeit sowie Wut auf Migrant:innen und Geflüchtete, die zusätzliche Konkurrenz darstellen und Steuergelder bekommen, also von den Österreicher:innen bezahlt werden würden, könnte laut FPÖ, in nahezu wortgleicher Formulierung wie bei der AfD, zum Verlust des „sozialen Frieden[s]“ (Graf, 25.03.2011) führen. Haider beschreibt es folgendermaßen:

„Wenn dann noch *eine steigende Zahl* von „Asylanten“ aus der ganzen Welt wirklich oder vermeintlich die Arbeitsplätze und vor allem die innere Sicherheit *bedroht*, dann wird es kein Volk auf der ganzen Welt geben, das dies mit *Gleichmut* hinnimmt“ (Haider 1994: 78).

Das abwertend als „Asylanten“ (ebd.) beschriebene Andere wird in dieser Aussage als Bedrohung konstruiert, gegen die sich gewehrt werden dürfe und müsse. Während Höcke ganz offensiv von „wohltemperierter Grausamkeit“ (Höcke 2018: 362) spricht, erscheint die Wortwahl von Haider defensiver. Die von ihm beschriebenen Prozesse würden von „kein[em] Volk auf der ganzen Welt [...] mit Gleichmut“ (Haider 1994: 78) hingenommen werden. Gemeint ist jedoch in beiden Fällen das sich Wehren gegen ein im imaginierten Außen verortetes, das Eigene bedrohendes, homogenisiertes Fremdes. Neben der Bedrohung des Wohlstandes der homogenisierten Gruppe der Österreicher:innen, die durch den Bezug zu Arbeitsplätzen ebenfalls in die obige Aussage hineinwirkt, sei die „innere Sicherheit“ (ebd.) selbst durch das Fremde von außen bedroht. Die Verknüpfung von Migration/Zuwanderung und Kriminalität/Unsicherheit ist omnipräsent:

„Und Sie müssen **der österreichischen Bevölkerung** **auch** sagen, dass nach einer Übergangsfrist mit dem Wegfall der Grenzen **auch** die Frage **der Sicherheit unseres Landes** nicht besser geklärt ist, weil es **hier** völlig im Argen ist, wie man **das Problem der Zuwanderung** und wie man **das Problem der Bekämpfung der organisierten Kriminalität** im Rahmen der Europäischen Union in Zukunft zu lösen gedenkt“ (Haider, 02.03.1994).

In dieser Aussage wird zunächst die Frage nach „der Sicherheit unseres Landes“ (ebd.) gestellt, verstärkt durch den Einsatz eines Deiktikons, bevor zwei angebliche Probleme adressiert werden: „Zuwanderung“ und „organisierte Kriminalität“ (ebd.). Indem beide Aspekte direkt nacheinander genannt werden, werden sie semantisch miteinander verknüpft, sodass der Prozess der Zuwanderung, und damit gleichzeitig die zugewanderten Menschen, mit (organisierter) Kriminalität in Verbindung gebracht werden. Diese Verknüpfung verankert sich in den Köpfen der Zuhörenden und damit im Diskurs. Darüber hinaus wird die Verbindung aus Zuwanderung und Kriminalität mit der „Sicherheit unseres Landes“ (ebd.) verknüpft und die konstruierte Bedrohung nochmals potenziert. So werden Geflüchtete und Migrant:innen zu kriminellen Subjekten, die eine Bedrohung für Österreich, für das Eigene darstellten, zu dem sie gleichzeitig niemals gehören könnten. Sie werden diskursiv aus der Gruppe des Eigenen ausgeschlossen. Diese Verbindung findet sich auch in anderen Aussagen, wenn z.B. bei steigender Kriminalitätsstatistik gefragt wird, „ob plötzlich die Österreicher um so viel gewalttätiger geworden“ (Hofer, 11.01.2020) seien oder Menschen, die sich verbotenerweise eine Bahnkarte teilen „meistens nicht Menschen aus Oberwart oder aus Riedlingsdorf oder aus Pinkafeld“ (ebd.) seien. Diese Aussagen machen nochmals explizit deutlich, dass Geflüchtete und Migrant:innen nicht nur mit Kriminalität und Unsicherheit verknüpft werden, sondern dass diese Menschen explizit mit bestimmten Räumen verbunden werden. Sie gehörten eben nicht zur im Sinne der FPÖ konstruierten Gruppe der Österreicher:innen und werden damit außerhalb des Raumcontainers Österreich verortet. Der Bezug zu einzelnen Orten in Kombination mit der Wortverknüpfung ‚sind aus‘ verdeutlicht das natur- und geodeterministische Weltbild der FPÖ, laut dem die Geburt oder das Aufwachsen in „Oberwart [...], Riedlingsdorf oder [...] Pinkafeld“ (ebd.) kriminelle Handlungen verhindere oder zumindest die Wahrscheinlichkeit verringere. So werden unter Verwendung von *othering* Räume außerhalb Österreichs implizit mit Kriminalität und Unsicherheit verbunden und Misstrauen sowie Gefühle der Angst gegenüber Menschen, die aus eben solchen Räumen flüchten oder migrieren, verstärkt.

Die Gruppe der Geflüchteten und Migrant:innen wird dabei genauso homogenisiert wie die Gruppe des Eigenen. Zusätzlich wird der Gruppe des Anderen jedoch eine weitere imaginierte Gruppe gegenübergestellt, wenn die FPÖ zwischen ‚guten‘ und ‚schlechten‘ Migrant:innen unterscheidet, wobei ‚gut‘ und ‚schlecht‘ häufig synonym mit ‚integriert‘ und ‚nicht integriert‘ verwendet werden. Der/die ‚gute‘, ‚integrierte‘ Migrant:in ist jedoch ein rein diskursiv vorhandenes Subjekt, das der homogenisierten Gruppe der Migrant:innen insgesamt gegenübergestellt wird, die damit gleichzeitig implizit als ‚schlecht‘ und ‚nicht integriert‘ beschrieben wird. Den ‚guten‘ Migrant:innen werden dabei laut FPÖ

Merkmale wie Fleiß und Heimatliebe zugeschrieben (Strache, 07.04.2009), welche sonst für die Charakterisierung der Gruppe der Österreicher:innen verwendet werden. Der Weg über einen Integrationsprozess zu einem/r solchen ‚guten‘ Migrant:in bleibt jedoch unbeschrieben und verdeutlicht den Konstruktionscharakter des diskursiven Subjektes. Es brauche einen nur schwer nachweisbaren „Bezug [...] zu Österreich“ (Partik-Pablé, 21.03.2001), die AfD spricht in ähnlicher Weise von einem „Bekenntnis zu Deutschland“ (Curio, 02.02.2018). Dennoch sei, ebenfalls analog zur Einbahnstraßen-Metapher bei der AfD (Gauland, 08.08.2017), Integration Sache der Migrant:innen und Geflüchteten, sie hätten eine „Bringschuld“ (Kickl, 24.08.2008) und müssten „Solidarität“ (Kickl, 11.01.2018) zeigen. Im Gegensatz zur AfD verweist die FPÖ jedoch nicht auf den Unterschied zwischen Integration und Assimilation (vgl. Kap. 5.1.3), favorisiert basierend auf den Aussagen jedoch wohl auch eher das Verständnis des letzteren Begriffs, eine vollständige Anpassung an ein Österreich, wie es die FPÖ imaginiert (vgl. Kap. 5.2.1). Darauf deutet auch die immer wieder angesprochene Pflicht von Deutschkenntnissen hin (z.B. Kickl, 24.08.2008; Strache, 30.09.2006; Hofer, 11.01.2020).

Die „Integrationsfähigkeit“ (Gudenus, 24.05.2004) wird Migrant:innen und Geflüchteten in den Aussagen der FPÖ zumeist generell abgesprochen. Dennoch bricht die homogenisierte Gruppe der Anderen an manchen Stellen oberflächlich auf und anhand verschiedener Distinktionsmarker werden Unterschiede in der Integrationsfähigkeit festgemacht. Dabei stehen zunächst wieder Räume im Vordergrund, wenn „Zuwanderer[n] aus Europa“ (Gudenus, 27.12.2010) eine bessere Integrationsfähigkeit bescheinigt wird als Menschen aus anderen Räumen (Mölzer, 24.04.2013). Auch räumlich verortbar aber mit leicht anderer Konnotation wird bei der Integrationsfähigkeit von „ganz bestimmten Bevölkerungsgruppen“ (Hofer, 28.12.2015) gesprochen, mit denen „wir Probleme haben“ (ebd.). Hier wird die Integrationsfähigkeit über die Zugehörigkeit zu einer Volksgruppe definiert, wobei es klar auszumachende Gruppen gibt, mit denen die Wir-Gemeinschaft die meisten Probleme habe, da „keine Integration“ (ebd.) stattfinde. Diese leichten Risse in der Gruppe des Anderen bleiben jedoch oberflächlich, marginal und befinden sich stets im Fluss, so kann sich diskursiv ändern, welche Bevölkerungsgruppe oder Menschen aus welchem Raum aktuell die schlechteste Integrationsfähigkeit haben sollen. Insgesamt bleibt das Bild der sich nicht integrieren wollenden Migrant:innen und Geflüchteten dominant, die zusätzlich mit negativen Identität konstituierenden Merkmalen versehen werden:

„Es gibt **viele Ausländer**, die sich **nicht** integriert haben. Sie leben **weiter ihren Lebensstil**, wie sie ihn gewohnt waren und das führt zu *Spannungen* - was Schmutz, Lärm und so weiter anlangt“ (Partik-Pablé, 21.03.2001).

In dieser Aussage kommen viele der genannten Aspekte zusammen. Das Pronomen „viele“ (ebd.) konstruiert eine abstrakt große Zahl von Menschen, die in Österreich leben, sich aber nicht integrieren (wollen), obwohl die polyphonen Markierungen in der Aussage darauf hinweisen, dass sie das hätten tun müssen. Stattdessen würden sie „weiter ihren Lebensstil“ (ebd.) leben, der direkt mit den Personen (mit allen) sowie Räumen außerhalb von Österreich verknüpft ist. Zur Beschreibung dieses Lebensstils fallen Partik-Pablé in der Aussage nur zwei Dinge ein, „Schmutz [und] Lärm“ (ebd.), die zu „Spannungen“ (ebd.) führen würden, da sie den Österreicher:innen fremd seien. So entsteht ein homogenes Bild der „Ausländer“ (ebd.), die dadurch charakterisiert werden, dass sie sich nicht integrieren sowie dreckig und laut seien. Das rassistische sowie natur- und geodeterministische Fundament der FPÖ wird einmal mehr deutlich.

Diesem Bild von Migrant:innen und Geflüchteten wurde um die Mitte der 2000er Jahre, vor allem mit dem größer werdenden Einfluss Straches, eine weitere Komponente hinzugefügt. Der Distinktionsmarker Religion, der in den 1990er Jahren in der FPÖ keine besondere Rolle spielte, es wurde allgemein abwertend von ‚Ausländern‘ gesprochen, gewann diskursiv an Dominanz und musste auch im Verlauf mehrerer obiger Zitate als weiteres Begründungsmuster für die fehlende Integrationsfähigkeit oder „Integrationswilligkeit“ (ebd.) erhalten (u.a. Gudenus, 27.12.2010; Hofer, 28.12.2015). Dabei stehen sich, ähnlich wie bei der AfD, Islam und Christentum antagonistisch gegenüber. Die imaginierten ‚guten‘ Migrant:innen kämen in jedem Fall aus christlich geprägten Staaten (Gudenus, 27.12.2010), während der Islam bzw. Menschen aus muslimischen Ländern pauschal als nicht integrierbar beschrieben werden.

Aber es gibt insofern einen Unterschied, als dass ein Zuzug aus **europäischen Staaten** anders zu behandeln ist als ein Zuzug aus **nicht-europäischen Staaten**. Es geht hier um die kulturelle Verträglichkeit, die bei einem Übermaß an Einwanderung aus islamischen Ländern nicht gegeben ist“ (Gudenus, 24.05.2004).

Der vorgebliche Unterschied zwischen Menschen aus europäischen und nicht-europäischen Staaten wird mithilfe einer Reihe von Vorkonstrukten an der „kulturelle[n] Verträglichkeit“ (ebd.) festgemacht. Mit Bezug zu Huntington’s „Kampf der Kulturen“ werden klare Grenzen zwischen imaginierten Kulturen gezogen, bei deren Kontakt es zu Konflikten kommen könnte. Die europäischen Staaten werden in dieser Aussage implizit als nicht-islamisch bezeichnet, während die nicht-europäischen Staaten als islamisch charakterisiert werden. Damit wird eine pauschalisierende Vorstellung des Islam räumlich verortet:

„[D]er Islam war und ist **nie** ein Teil **Europas** gewesen“ (Strache, 12.02.2016).

Der Islam als von der FPÖ pauschal mit bestimmten Eigenschaften versehene und homogenisierte Religion wird klar außerhalb Österreichs und Europas verortet und als etwas charakterisiert, das nicht zum Eigenen ‚gehöre‘. Ihm werden

negative Eigenschaften zugeschrieben wie die Unterdrückung von Frauen (Gudenus, 14.10.2010), nicht vorhandener Säkularismus (ebd.) sowie Antisemitismus (Gudenus, 24.05.2004), Kriminalität und Terrorismus (Strache, 16.09.2015; Strache, 24.10.2016). Dabei entsteht in Teilen im Negativ ein klareres Bild des (christlichen) Eigenen, wobei die Hervorhebung bzw. Thematisierung des Christentums zumeist nur in Zusammenhang mit dem Islam geschieht. Ohne die gleichzeitige Abgrenzung und Diffamierung eines so konstruierten Islam wird selten über das Christentum gesprochen. Es wird deutlich, dass die Religion selbst keine große Bedeutung für die FPÖ hat und der Islam lediglich zur Markierung eines Feindbildes, einer homogenisierten Gruppe des Anderen verwendet wird, dem verschiedene negative Eigenschaften zugeschrieben werden können. Die „christlich-abendländischen Werte“ (Strache, 01.06.2009) werden nur dann hochgehalten, wenn ein Vordringen des als fremd markierten in den Raum des Eigenen zu befürchten sei, z.B. bei der Debatte um Kreuze in Schulen und Kindergärten (ebd.; Vilimsky, 15.04.2014).

Auch wenn die AfD sich deutlich häufiger auf christliche Werte und das Christentum bezieht, folgt die Markierung eines pauschalisierten Islam als Hauptfeindbild bei beiden Parteien dem gleichen Muster. Mit Bezügen zu Huntington und dem Konzept des Ethnopluralismus stehe der Islam laut AfD und FPÖ bedrohlich vor den Toren Europas. Durch die Verwendung des Kulturbegriffes werden rassistische sowie natur- und geodeterministische Argumentationen überdeckt, die Menschen aufgrund ihres Geburtsortes oder ihres Aussehens als muslimisch und damit feindlich markieren und ausschließen. Diskursiv vorhandene Ängste vor Islamisierung (Gudenus, 21.07.2008) und Terror, welcher implizit und explizit mit Migration und Islam verknüpft wird (Strache, 24.10.2016), werden aufgegriffen und pointiert wiedergegeben. Der Islam, wie ihn die FPÖ konstruiert, wird als Bedrohung von außen konstruiert, gegen die Österreich verteidigt werden müsse. Da die anderen Parteien die Migration (unauflöslich verknüpft mit dem Islam) fördern würden, könne dies nur die FPÖ leisten (Hofer, 11.01.2020). So beschreibt sich die Partei zum einen als Opfer dieser Prozesse, zum anderen aber auch als einzige Antwort darauf. Viele Argumentationen und Erzählungen gleichen stark denen der AfD und können somit als Großerzählungen zumindest der deutschsprachigen Rechten gelesen werden (zur SVP Kap. 5.3). Zwei FPÖ-spezifische Erzählungen werden an dieser Stelle aber noch erwähnt. Neben der pauschalisierenden Vorstellung des homogenisierten Islam insgesamt bildet die Türkei in ihrer Rolle als muslimisch geprägtes Land ein zusätzliches Feindbild. Dabei werden die oben für den Islam verwendeten Charakteristika direkt auf den Raum Türkei übertragen und mit ihm gleichgesetzt (z.B. Strache, 12.02.2016). Die Konstruktion dieses Feindbildes fußt auf der jahrelangen Opposition der FPÖ zum EU-Beitritt der Türkei.

„Und ja, **wir** wollen keine Islamisierung Europas, **wir** wollen keine Islamisierung Europas und **wir** wollen keine Religionskonflikte nach **Europa** transportieren. Und ja, **wir** wollen auch keinen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union [...]. **Die Türkei** ist [...] weder kulturell noch historisch noch geografisch [...] ein Teil Europas, ja, und ich sage, **wir** gerade aus Wien Stammenden wissen, was es heißt, zwei Mal eine Belagerung überstanden zu haben“ (Strache, 12.02.2016).

Die emotional-affektiv stark aufgeladenen Vorkonstrukte „Islamisierung“ und „Religionskonflikte“ (ebd.), von denen sich das in Europa verortete ‚Wir‘ zusätzlich abgrenzt, werden direkt mit dem Raumcontainer Türkei verknüpft, der „weder kulturell noch historisch noch geografisch“ (ebd.) ein Teil Europas sei. Es wird eine Andersartigkeit auf mehreren Ebenen postuliert, die Gemeinsamkeiten negiert und eine Zusammenarbeit in jeglicher Form ausschließt. Der letzte Teil der Aussage verweist zudem bereits auf den zweiten FPÖ-spezifischen Aspekt in der Beschäftigung mit dem Islam als Hauptfeindbild, die historische Komponente. Strache spielt in dieser Aussage auf die (erfolglosen) Belagerungen Wiens durch osmanische Truppen 1529 und 1683 an und stellt die aktuellen Migrationsdynamiken im Sinne einer *invention of tradition* in einen historischen Zusammenhang. Die FPÖ bringt somit diskursiv den Islam, die Türkei und die Belagerungen Wiens zusammen und konstruiert das bedrohlich wirkende Bild eines Angriffes auf Wien bzw. ganz Österreich. Damit positioniert sich die Partei in einer defensiven, von außen bedrohten Rolle und verortet das teilweise recht diffus im Außen verortete Andere zum Teil in der Türkei. Der konkret bedrohende Raum ist somit in einigen Aspekten etwas klarer definiert als bei der AfD. Gleichzeitig adressieren Metaphern von Krieg und Belagerung in Teilen der Bevölkerung vorhandene Ängste gegenüber Muslim:innen, die semantisch mit diesen verknüpft werden, und verstärken diese.

Es lassen sich viele Gemeinsamkeiten und Überschneidungen zwischen AfD und FPÖ feststellen. Die Unterschiede finden sich eher auf der Mikroebene. Innerhalb der FPÖ ist vor allem die Fokusverschiebung auf eine pauschalisierende, negative Vorstellung des Islam ab Mitte der 2000er Jahre zu beachten. Von Haider findet sich im Material keine Aussage zum Islam, während Strache, Hofer und Kickl Migration alsbald mit der Religion verknüpften und diese Verbindung nun als dominant in Aussagen der Partei bezeichnet werden kann. Dabei handelt es sich jedoch lediglich um eine Verschiebung des Feindbildes, die zugrundeliegenden Zuschreibungen (bedrohend, gefährlich, verdrängend) und Lösungsangebote (Grenzen schließen, abschieben) bleiben die gleichen. Und auch das zugrundeliegende völkisch-nationalistische Fundament der Partei blieb bestehen. Wie die Partei es selbst ausgedrückt hat, wird „es nicht mehr biologistisch [...], sondern kulturell“ (Mölzer, 24.04.2013) gesehen. Damit ändert sich jedoch nur die Wortwahl und nicht die rassistische und abwertende Argumentation. Neben den nun identifizierten Feinden im Inneren und von außen spielen Europa und die EU eine gewichtige Rolle in den Aussagen der FPÖ. Die Opposition zum

EU-Beitritt Österreichs hatte einen großen Einfluss auf die Erfolgsgeschichte der Partei in den 1990er Jahren, wie das folgende Kapitel zeigen wird.

5.2.4 Die FPÖ und Europa

Der Euro, zusammen mit der Eurorettungspolitik Gründungsmoment der AfD, spielt in den Argumentationen der FPÖ eine deutlich untergeordnete Rolle. Ein Austritt aus der europäischen Gemeinschaftswährung scheint für die Partei keine Priorität zu haben, der Schilling als ehemalige österreichische Währung findet in Aussagen von Parteimitgliedern kaum Raum. In seltenen Fällen wird sich auf ihn bezogen, um die damaligen Regierungsparteien, mit ähnlichen Argumentationen wie sie die AfD verwendet, dahingehend zu kritisieren, dass die Bevölkerung nicht nach ihrem Willen gefragt worden wäre (Strache, 12.02.2016). Kurz nach der Gründung der AfD flackerte die Debatte in Österreich vorübergehend auf:

„Ich kann zum Beispiel die Rückkehr zum Schilling jetzt fordern, weil in **Deutschland eine politische Kraft da ist**, die das zumindest andenk[t]“ (Mölzer, 24.04.2013).

Mit der „politische[n] Kraft“ (ebd.), die in Deutschland entstanden sei, ist die AfD gemeint. Bereits kurz nach der Gründung der Partei wirkte diese in den Diskurs der FPÖ hinein, es wurden Gemeinsamkeiten festgestellt und möglicherweise auch Hoffnungen auf einen neuen starken Partner in Deutschland geweckt. Die Aussage impliziert, dass sich mit starken rechten Parteien in mehreren europäischen Ländern gemeinsam Ziele umsetzen lassen können. Mölzer führt in dem Interview weiter aus, dass eine „Rückkehr zum Schilling [...] isoliert [...] nicht möglich [wäre]“ (ebd.). Und auch an anderer Stelle wird hervorgehoben, dass „der Schilling allein [nicht] existieren kann“ (Mölzer, 14.11.2013). Österreich scheint eine Währungsreform nicht allein umsetzen zu können bzw. würde davon nicht direkt profitieren, weshalb Forderungen danach, anders als bei der AfD, kaum zu hören sind.

In Bezug auf Europa richtet die FPÖ ihren Blick verstärkt nach Deutschland, da sie dort einen Partner vermutet, der mit dem eigenen völkisch-nationalistischen Weltbild konform gehe und mit dem sie sich aufgrund des deutsch-nationalen Fundamentes ohnehin eng verbunden sieht. Gleichzeitig kann die FPÖ mit Bezug zu Europa ein ganz anderes Themenfeld bedienen, dass der AfD qua Historie verschlossen bleibt – den Beitritt zur EU. Dieser bildete vor allem in den 1990er Jahren, in und um den tatsächlichen Beitritt Österreichs am 1. Januar 1995, ein Kernthemenfeld in den Aussagen der FPÖ:

„**Ich sage euch!**, prophezeit Jörg Haider, wenn Österreich der EU beitrete, werde dieses Land *'fremdbestimmt'*, wie schon jetzt der Bundeskanzler, der 'im Auftrag der Freimaurer und der Bilderberger' handle. Im Gegensatz zu ihm, der sich ausschließlich den **'fleißigen und tüchtigen Österreichern'** verpflichtet fühle und sich darum gegen *'eine sizilianische Verwaltung'* und einen *'portugiesischen Notenbankpräsidenten'* verwehre.

Denn Maastricht sei 'die Fortsetzung von Versailles ohne Krieg'.“ (Haider, 09.06.1994, zitiert nach (HESCHL 2002: 250)).

Die FPÖ positioniert sich in dieser Aussage vehement gegen einen EU-Beitritt und ließ, wie Heschl bereits 2002 gezeigt hat, keine rationale Debatte darüber zu (ebd.). Dabei verwendete Haider in den 1990er Jahren bereits Argumentationsmuster, die heute noch in der FPÖ, aber auch in Debatten der AfD über einen EU-Austritt zu finden sind. Sie drehten und drehen sich vor allem um Bedrohungen von innen und von außen, die Benachteiligung der Wir-Gemeinschaft sowie der Abwertung des Anderen. Verknüpft werden diese Argumentationen, wie in obiger Aussage, mit verschwörungstheoretischen Elementen, wenn „Freimaurer“ und „Bilderberger“ (ebd.) ins Spiel gebracht werden und damit auf eine im Geheimen agierende Elite angespielt wird. Diese Elite sei sowohl im Inneren, in Österreich, als auch in der EU sowie auf der globalen Ebene verortet und bleibt damit diffus. So wird auf diskursiv vorhandene Ängste vor Fremdbestimmung und Abhängigkeit rekurriert.

Für die Konstruktion eines viel konkreteren Bedrohungsszenarios werden Europa/die EU und Migration miteinander verknüpft. Migrant:innen bilden als Bedrohung von außen ein das ‚Wir‘ vereinendes Element. Das ‚Wir‘ steht in diesem Zusammenhang für die EU. Zumindest in diesem Punkt scheinen sich rechte (und in Teilen auch konservative) Parteien einig zu sein (MUDDE 2019; STROBL 2021). Auch wenn das von der AfD häufig genutzte Konstrukt der ‚Festung Europa‘ bei der FPÖ keine Anwendung findet⁸³, plädiert auch sie für möglichst wenig Zuwanderung (vgl. Kap. 5.2.3) und hebt die Nachteile für die konstruierte und homogenisierte Gruppe der Österreicher:innen durch Migration sowie durch die Mitgliedschaft zur EU hervor. So werden die an die EU gehenden Gelder (bezahlt von der genannten Gruppe der Österreicher:innen) negativ erwähnt (Haider, 10.10.1996; Gudenus, 21.07.2008), die Gefahr bzw. Befürchtung der Abgabe von Kontrolle und Macht an die EU (Kickl, 11.01.2018), sowie die Angst vor der Auflösung (Strache, 22.08.2016) oder, wiederum mit Bezug zu Sarrazin, Abschaffung Österreichs (Strache, 24.10.2016).

Nachdem sich die FPÖ in den 1990er Jahren also vehement jedoch erfolglos gegen einen EU-Beitritt gewehrt hat, nutzt sie nun ähnliche Argumente, um sie von innen zu kritisieren. Ein Austritt wird, ähnlich wie bei der AfD, sporadisch andiskutiert, scheint jedoch kein priorisiertes Ziel der Partei zu sein (Strache, 17.01.2008; Strache, 22.08.2016). Fragen rund um Migration könnten prinzipiell dazu in der Lage sein, in der Abgrenzung nach außen ein vereinendes Element für die EU darzustellen. Die rechten Parteien richten ihren Fokus dann jedoch

⁸³ In neueren Aussagen, außerhalb des Untersuchungszeitraums, finden sich die Konstrukte ‚Festung Europa‘ und ‚Festung Österreich‘ in den Aussagen der FPÖ (ORF 2021; FÖDERL-SCHMID 2023).

schnell wieder auf nationale Interessen und die eigene Grenzsicherung, wie 2015/16 geschehen, sodass die EU in einem gänzlich negativen Bild erscheint. In den Aussagen der FPÖ wird darüber hinaus deutlich, dass sie das von der EU postulierte und angestrebte Ziel einer europäischen Einheit, des „wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts und der Solidarität zwischen den EU-Mitgliedsländern (Europäische Union (EU) 2016)“ nicht mitträgt. In Erweiterung des obigen Zitates von Haider lässt sich die Differenzierung in Nord- und Südeuropa, die sowohl auf Argumentationen vor dem EU-Beitritt als auch danach zutrifft, mit der Zuschreibung entsprechender Identität konstituierender Merkmale herausarbeiten (Abb. 20).

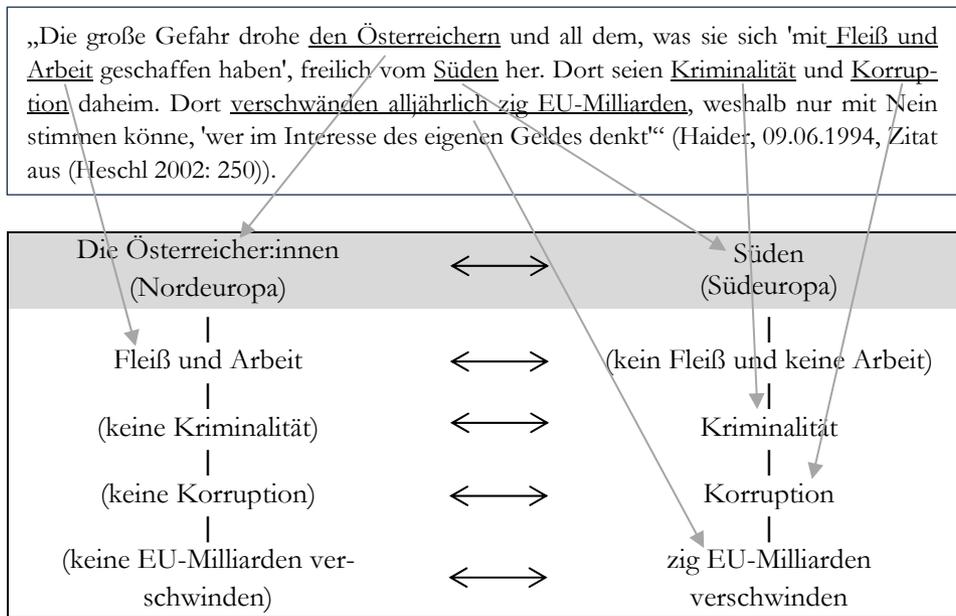


Abb. 20: Nordeuropa vs. Südeuropa (Quelle: eigene Darstellung)

Nordeuropa, und im gleichen Zuge auch die von der FPÖ imaginierte Gruppe der Österreicher:innen, wird als fleißig und hart arbeitend beschrieben. Damit werden diese Eigenschaften den Menschen in Südeuropa implizit abgesprochen und diese gleichzeitig mit Kriminalität und Korruption in Verbindung gebracht. Zudem wird mit der Hervorhebung des Geldes, das „verschwände“ (ebd.) ein Machtgefälle zwischen Nord- und Südeuropa konstruiert. Der Norden erscheint als gütiger Geber, die fleißigen Menschen in den nordeuropäischen Ländern würden ihr Geld geben, um den Menschen im Süden zu helfen, diese nutzten es jedoch nicht sinnvoll. Die Argumentation erinnert stark an entwicklungspolitische Argumentationen von ‚gütigen Entwicklungshelfer:innen‘ und ‚bedürftigen

Empfängerinnen‘ (LINNEMANN 2019). Eine Antwort darauf sei, ähnlich wie bei der AfD, die Einführung unterschiedlicher Währungen (Mölzer, 14.11.2013), womit die Differenzierungen in ‚besser‘ und ‚schlechter‘, ‚stärker‘ und ‚schwächer‘ manifestiert werden würden. Österreich wird dabei im wirtschaftlich starken Norden verortet und auch dort als vorbildhaft imaginiert:

„Es gibt nur einen Staat, dem der Rechnungshof der EU keinen Vorwurf macht, das ist Österreich. Ein einziger Staat ist ordentlich“ (Haider, 11.06.2000).

Die polyphonen Markierungen in dieser beispielhaft für den gesamten Textkorpus ausgewählten Aussage verdeutlichen, dass allen anderen Staaten in der EU Fehlverhalten vorgeworfen werde, während nur Österreich „ordentlich“ (ebd.) sei. Das Eigene wird dabei als integer und gleichzeitig als Opfer der anderen EU-Staaten dargestellt. Diese Argumentationen verdeutlichen die diskursiv vorhandene Ablehnung der EU, die von der FPÖ pointiert wiedergeben und mit emotional-affektiven Aspekten aufgeladen wird. Zum einen werden Ängste vor dem Verlust des eigenen Wohlstandes adressiert und zum anderen Wut auf die anderen EU-Staaten, vor allem auf die südeuropäischen Länder, die die homogenisierte Gruppe der Österreicher:innen ausnutzen würden. Vor allem die Unterscheidung in Nord- und Südeuropa ist über den gesamten Untersuchungszeitraum von 1990 bis 2020 festzustellen. Die gerade in ihrer Gründungsphase sehr ähnlich argumentierende AfD konnte also auf diesen diskursiv vorhandenen Strukturen aufbauen und an diese Erzählung anknüpfen (vgl. Kap. 5.1.4).

Die Ablehnung der EU als verbindendes Element der europäischen extremen Rechten (VIRCHOW 2017) findet sich also auch in Aussagen der FPÖ. Die EU wird als Bedrohung für Europa angesehen (Strache, 12.02.2016) und brächte nur Nachteile für das Eigene. Sich wiederum der gleichen Erzählung wie die AfD bedienend, propagiert die FPÖ ein „Europa der Bürger und Vaterländer“ (Haider, 01.10.2000). Dabei paust sich der völkische Nationalismus der FPÖ immer wieder durch, wenn weniger Zentralismus und mehr Souveränität für die Nationalstaaten gefordert (Strache, 15.07.2008) und wiederholt von „den europäischen Völkern“ (Strache, 12.02.2016) gesprochen wird, deren „kulturelle Identität“ (ebd.) erhalten werden müsse. Dabei sieht die FPÖ das Eigene als „Teil Europas, [...] im Herzen Europas“ (ebd.). Auch hier ähneln sich AfD- und FPÖ-Argumentationen stark. Das Eigene wird als „die in Wahrheit guten Europäer“ (ebd.) bezeichnet, da Europa mehr sei als die EU (Strache, 11.09.2008). Dieses ‚mehr‘ wird selten näher definiert, die engen Beziehungen der Partei zu Russland könnten jedoch ein Indiz sein (ebd.; WEIDINGER ET AL. 2017). Dabei werden die verschiedenen Raumkonstruktionen der FPÖ explizit deutlich. Je nach Argumentation wird Europa geographisch, kulturell oder politisch konstruiert. So steht ein Verständnis Europas inkl. z.B. Serbiens und Russlands der politischen Vorstellung der EU gegenüber. Die geographisch zum Teil zu Europa gehörende

Türkei wird, wie im vorherigen Kapitel bereits angeklungen, jedoch explizit aus der Raumkonstruktion EU ausgeschlossen (Gudenus, 24.05.2004). Hier vermischen sich die verschiedenen Konstruktionen und Widersprüche werden deutlich:

„Die Türkei ist [...] weder kulturell noch historisch noch geografisch, bis auf den kleinen Zipfel, den man sich einmal, durchaus, ja, nicht gerade freundlich geholt hat, ein Teil Europas“ (Strache, 12.02.2016).

Die Türkei sei „weder kulturell noch historisch noch geografisch“ (ebd.) ein Teil Europas und könne deshalb auch nie Mitglied der EU werden. In der Aussage werden verschiedene Raumkonstruktionen und Argumentationen miteinander verbunden, deren Widersprüchlichkeit in die Aussage hineinwirkt. Die Negierung der geographischen Zugehörigkeit der Türkei zu Europa wird im anschließenden Nebensatz relativiert. Dieses eingestehen, dass die Türkei sehr wohl geographisch zu Europa gehört, wird jedoch wiederum relativiert, indem auf die Unrechtmäßigkeit der Aneignung dieses „kleinen Zipfel“ (ebd.) und damit eine historische Komponente verwiesen wird. Damit wird die Türkei zugleich implizit als kriegerische Nation beschrieben und Ängste vor weiteren Expansionen adressiert. Die Belagerungen Wiens durch die Osmanen werden dafür als Beispiele angeführt und im Sinne einer *invention of tradition* als identitätsstiftende Verteidigung des Eigenen gegen einen als kriegerisch imaginierten Islam konstruiert (ebd.). Solche Erzählungen mit Bezug zur eigenen Geschichte sind insgesamt jedoch deutlich seltener in Aussagen der FPÖ zu finden als es z.B. bei der AfD der Fall ist, in deren Aussagen deutlich häufiger auf historische Figuren und Ereignisse verwiesen wird (vgl. Kap. 5.1.1). Der diskursive Boden für das deutsch-nationale Fundament der Partei scheint noch nicht bereitet und eine genuin österreichische Geschichte zu erzählen scheint der FPÖ schwer zu fallen. Die historischen Bezüge zu Deutschland stechen jedoch hervor und die kulturelle Nähe wird immer wieder betont (vgl. Kap. 5.2.1).

Darüber hinaus führt Strache in obiger Aussage kulturelle Gründe an, warum die Türkei nicht Mitglied der EU werden könne. Diese kulturellen Gründe beziehen sich, wie im vorherigen Kapitel bereits diskutiert, vor allem auf die Religion. Sie dient als Distinktionsmarker und sei laut FPÖ der Hauptgrund für eine Unvereinbarkeit zwischen EU/Österreich und der Türkei. Ein Beitritt der Türkei würde die EU „zerstören“ (Gudenus, 24.05.2004) und die Tür für Beitritte anderer Länder öffnen. Genannt werden „Marokko, Algerien und Israel“ (Strache, 15.07.2008), was den Fokus auf Religion bei der Abgrenzung zum Anderen nochmals verdeutlicht. Gegen solche Erweiterungen der EU wehrt sich die FPÖ und auch in Fragen der Migration könne die Konstruktion EU in ihren Augen

bei der gemeinsamen Verteidigung des Eigenen sinnvoll sein. Nach innen propagiert die Partei jedoch ein Europa der Vaterländer, da es innerhalb Europas eine kulturelle Vielfalt gebe, die es zu bewahren gelte:

„Diese Demokratie **in Europa** braucht aber auch ein lebendiges Bekenntnis zur kulturellen und sprachlichen Vielfalt seiner Völker und Volkstümer. Aber auch ein klares Nein zu einem multikulturellen Einheitsbrei, die andererseits [sic!] im Grunde genommen zur Kulturlosigkeit geführt hat“ (Haider, 01.10.2000).

Diese Aussage verdeutlicht das völkisch-nationalistische Fundament der Partei und lässt sich treffend mit dem heute gebräuchlichen Konzept des Ethnopluralismus zusammenzufassen. Schon 2000 propagierte Haider die klare Trennung der Völker entlang von kulturellen und sprachlichen Aspekten und sprach sich gegen „multikulturellen Einheitsbrei“ (ebd.) aus, der zur „Kulturlosigkeit“ (ebd.) führe. Die Vielfalt der Kulturen innerhalb Europas wird anerkannt, diese sollten jedoch in geodeterministischer Argumentation in ihren Raumcontainern verbleiben. Diese Aussage könnte exakt so auch von AfD-Mitgliedern 20 Jahre später stammen. Eine solche Argumentation zieht sich als dominante Erzählung durch rechte Diskurse. In diesem Zusammenhang geht Haider auch auf den Heimatbegriff ein, der von der AfD ebenfalls nach und nach fruchtbar gemacht wurde (GÖTZE 2019). Diese kulturelle Vielfalt könne und dürfe es jedoch nur innerhalb Europas geben, die Nationalstaaten bestünden aus Perspektive der FPÖ aus homogenen Völkern (vgl. Kap. 5.2.1), weshalb Migrationsprozesse eine existentielle Gefahr für Europa und die Nationalstaaten darstellten. „[F]remde Kulturen“ (Howanietz 2013: 147) und Sprachen würden in den wohlgeordneten Raum des Eigenen eindringen und ihn von innen zerstören (vgl. Kap. 5.2.3).

„Sicherlich, auch **die Völker Mitteleuropas** sind Mischprodukte mit einander überlagernden ethnischen Schichten - dies aber als Ergebnis vielhundertjähriger, organischer evolutionärer Bewegung und Begegnung und nicht als Ergebnis einer massenhaften Landnahme im Kernterritorium der Heimat“ (Haider 1994: 77).

Die polyphonen Markierungen und Vorkonstrukte in dieser Haider'schen Aussage bringen dieses Verständnis auf den Punkt. „[D]ie Völker Mitteleuropas“ (ebd.) seien natürlich gewachsen und nur so konnte sich die heutige kulturelle Vielfalt in den entsprechenden Räumen entwickeln, während die als „massenhafte Landnahme“ (ebd.) bezeichneten Migrations- und Fluchtbewegungen aus Räumen außerhalb Europas zu etwas Schlechtem führen würden. Zudem zeigt diese Aussage exemplarisch wie biologistische Argumentationen in Aussagen der FPÖ hineinwirken. Es wird von „organischer, evolutionärer Bewegung“ (ebd.) gesprochen, an anderer Stelle von der „Lebensfähigkeit von Österreich“ (Strache, 15.07.2008). Damit wird u.a. auf staatsorganisatorische Argumentationen á la Ratzel rekurriert, welche damit reaktualisiert werden und Eingang in aktuelle politische Debatten und Diskurse finden.

Insgesamt lassen sich große Ähnlichkeiten zwischen der Konzeption und Behandlung Europas/der EU zwischen FPÖ und AfD feststellen. Beide Parteien stehen der EU sehr skeptisch gegenüber und forcieren ein ‚Zurück‘ zu einem Europa der Vaterländer. Das bedeutet weniger Macht und Einfluss für die Institution EU sowie mehr nationale Souveränität. Beide argumentieren völkisch-nationalistisch indem von kulturellen Unterschieden zwischen den Nationalstaaten gesprochen wird (z.B. Nord-Süd), innerhalb der Nationalstaaten jedoch nach Möglichkeit homogene Völker beheimatet sein sollten. Feindbilder sind im Inneren Eliten/Politiker:innen, die für eine Ausweitung und Kompetenzerweiterung der EU plädieren sowie Migrationsprozesse fördern würden. Hervorstechend sind bei der FPÖ der Fokus auf das Feindbild Türkei, das so bei der AfD nicht zu finden ist, sowie das Fehlen einer kohärenten Geschichte Europas bzw. der Rolle Österreichs in Europa. Eine so klare Trennung zwischen der EU und Europa, wie sie z.B. Höcke für die AfD vornimmt, findet bei der FPÖ ebenfalls nicht statt. Die Begriffe scheinen mehr oder weniger entleert zu sein und werden je nach Bedarf mit spezifischer Bedeutung aufgeladen. In jedem Fall nimmt das Thema deutlich weniger Raum in Aussagen der FPÖ ein als in Aussagen der AfD. Die FPÖ profilierte sich mit der Ablehnung des EU-Beitritts in den 1990er Jahren und wird seitdem mit einer negativen Perspektive auf die EU in Verbindung gebracht. Auch die Argumentationen haben sich über den Untersuchungszeitraum nicht signifikant verändert. Interessanterweise fordert die Partei trotz der starken Opposition gegen den Beitritt heute keinen Austritt aus der EU, sondern lediglich eine Abschwächung ihrer Kompetenzen. Die Vorteile für Österreich scheinen somit vordergründig zu überwiegen. Die nicht sehr ausführliche Thematisierung der EU/Europas in Aussagen der FPÖ mag weiterhin mit der kleineren Rolle und begrenztem Handlungsspielraum Österreichs in der EU zu tun haben, weshalb auf nationaler Ebene getroffene Versprechungen teilweise nur schwer umgesetzt werden können. Die Partei beschränkt sich vielmehr auf allgemeinere Kritik und versucht es über den emotional-affektiv beeinflussten Bezug zum Eigenen:

„Wer **unser Österreich liebt**, dem muss es *am Herzen liegen*, **diese EU** zu verändern, sie wach zu rütteln“ (Strache, 01.05.2009).

Die EU müsse verändert werden, das sei jedem Menschen klar, der „unser Österreich liebt“ (ebd.). Die Verknüpfung von Deiktika mit Emotionen und Affekten verdeutlicht die starke innere Verbundenheit mit dem Eigenen und den Wunsch, es zu schützen und zu bewahren (vgl. Kap. 5.2.1). Viel konkreter als in dieser Aussage wird es jedoch selten. Die FPÖ greift bezogen auf die EU, aber auch auf die in den vorherigen Kapiteln diskutierten Aspekte, vielmehr auf verschiedene Bedrohungsszenarien zurück, um eine Gefahr für das Eigene zu konstruieren. Diese Konstruktion von Bedrohungsszenarien bildet den Kern des folgenden Kapitels.

5.2.5 Die Konstruktion von Bedrohungsszenarien

Auf die Frage einer Reporterin, ob mit der Behauptung, in Österreich könne es bald einen Bürgerkrieg geben, nicht bloß Ängste geschürt würden, antwortete Strache in einem Interview 2017:

„Nein, im Gegenteil. Das ist die Verantwortung eines Politikers. Zu warnen, vor Fehlentwicklungen, die zu solchen dramatischen Situationen führen könnten, wenn man nicht umdenkt. Und bürgerkriegsähnliche Zustände können in Europa möglich werden. Und wir haben sie zum Teil: Wir haben es in den **Pariser Vororten** in den Banlieues und wir haben es in **Malmö**“ (Strache, 25.06.2017).

Es sei „die Verantwortung eines Politikers [...] [z]u warnen“ (ebd.) um die Bevölkerung auf mögliche Auswirkungen der aktuellen „Fehlentwicklungen“ (ebd.) hinzuweisen. Der übermäßige Einsatz des Konjunktivs in dieser Aussage zeigt, dass sich Strache argumentativ auf sehr wackligem Boden befindet. Er beschreibt sich selbst als denjenigen, der warnt, erscheint damit lediglich als der Überbringer der in diesem Fall schlechten Nachrichten und zieht sich damit aus der Verantwortung. Gleichzeitig nennt er verortete Beispiele für das von ihm skizzierte Bedrohungsszenario, indem er auf die „Pariser Vororte“ (ebd.) und „Malmö“ (ebd.) verweist. Damit identifiziert er „bürgerkriegsähnliche Zustände“ (ebd.) zwar in Europa, aber (noch) nicht in Österreich. Dass er Ängste schüre, wird in dieser Aussage explizit zurückgewiesen, er warne nur vor tatsächlich möglichen Entwicklungen. Emotionen und Affekte, und insbesondere die Angst, spielen jedoch eine dominante Rolle bei der Konstruktion von Bedrohungsszenarien in Aussagen der FPÖ. In den vorherigen Kapiteln zur Partei sind emotional-affektive Aspekte bereits in die Analyse eingeflossen, werden bei der Betrachtung der konstruierten Bedrohungsszenarien jedoch nochmals besonders hervorgehoben. Ebenso wie bei der AfD kann für die FPÖ die Angst als in den Aussagen dominierende Emotion herausgearbeitet werden. Gefühle der Angst und Unsicherheit sind dazu in der Lage, Ein- und Ausgrenzungsprozesse zu verstärken, das Eigene stärker zu verbinden und Menschen zum Teil empfänglicher für radikalere Positionen und Lösungsvorschläge zu machen (AHMED 2014; BERG ET AL. 2019; HELFRITZSCH U. MÜLLER HIPPER 2021a; MILITZ U. SCHURR 2016). Für die AfD konnten in Kapitel 5.1.5 drei konstruierte Bedrohungsszenarien mit Bezug zur Angst identifiziert werden, die sich ebenfalls in den Aussagen von FPÖ-Mitgliedern finden lassen.

1. Die Angst vor dem Fremden
2. Die Angst vor dem sozialen Abstieg
3. Die Angst vor der Zerstörung des Eigenen

Sie scheinen somit länderübergreifend im rechten Diskurs zu funktionieren und verdeutlichen nochmals die inhaltliche und argumentative Nähe von AfD und

FPÖ. Die diskursiven Grundlagen für die Konstruktion dieser Szenarien sind sowohl in der deutschen als auch der österreichischen Gesellschaft vorhanden. Sie sind dabei nicht als für sich stehend zu betrachten, sondern miteinander verwoben und beziehen sich aufeinander. Dabei lassen sich bei FPÖ und AfD sehr ähnliche Argumentationen und Konstruktionen feststellen, weshalb dies in Kürze dargelegt und der Fokus dann auf die marginalen Unterschiede sowie zeitliche Abweichungen gelegt wird. Besonders präsent ist die Angst vor dem Fremden. Vor allem die in Kapitel 5.2.3 herausgearbeitete Verknüpfung von Migration/Flucht und Kriminalität schlägt sich in der Konstruktion dieses Bedrohungsszenarios nieder. Das Fremde wird als Gefahr für „die Sicherheit und öffentliche Ordnung in Österreich“ (Strache, 16.09.2015) beschrieben:

„Wir leben längst in einer multikulturellen, multiethnischen Gesellschaft. Und das ist keine Idylle. Gewalttätigkeit, Bandenkriminalität - alles das sind fast Monopole von **Zuwandererpopulationen**. **Österreichische Kriminelle** sind ja fast *idyllisch*“ (Mölzer, 14.05.2004).

Dabei werden ein weiteres Mal verschiedene Gruppen konstruiert und einander gegenübergestellt. In dieser Aussage sind es „Zuwandererpopulationen“ (ebd.) und „österreichische Kriminelle“ (ebd.). Diese werden mit bestimmten Identität konstituierenden Merkmalen versehen. So werden die „österreichische[n] Kriminellen“ (ebd.), die ansonsten wohl nicht zur Gruppe des ‚Wir‘ im Sinne der FPÖ gezählt werden, in dieser Aussage durch das Adjektiv ‚österreichisch‘ in die Argumentation eingeschlossen und als „idyllisch“ (ebd.) beschrieben. Diese Charakterisierung von Kriminellen als idyllisch funktioniert jedoch nur durch die Gegenüberstellung von etwas laut FPÖ ‚Schlimmerem‘, den „Zuwandererpopulationen“ (ebd.). Durch die Pauschalisierung und Homogenisierung werden alle Migrant:innen und Geflüchteten als kriminell bezeichnet und mit „Gewalttätigkeit“ (ebd.) und „Bandenkriminalität“ (ebd.) in Verbindung gebracht. So konstruiert die FPÖ das Bild von Migrant:innen, die generell krimineller, und damit ‚schlimmer‘, seien als jede:r Österreicher:in. Es handele sich somit um eine ganz neue Kategorie von Kriminalität. Solche Argumentationen verstärken diffus in der Gesellschaft vorhandene Ängste und lenken sie auf die konstruierte und homogenisierte Gruppe der Fremden. Das in der Aussage angesprochene „Wir“ (ebd.) hätte es bereits mit österreichischen Kriminellen zu tun und stünde nun einer Bedrohung unbekanntem Ausmaßes gegenüber. Zur Verstärkung dieser Erzählung wird auf die „multikulturelle, multiethnische Gesellschaft“ (ebd.) verwiesen, die bereits Realität und „keine Idylle“ (ebd.) sei. Die Vorstellung, dass steigende Kriminalität und ein Gefühl der Unsicherheit einen direkten Bezug zu Migration und Flucht haben, wird auf diese Weise verstärkt. In exakt der gleichen Wortwahl wie die AfD spricht die FPÖ davon, dass der „soziale Frieden“ (Graf, 25.03.2011) gefährdet sei und bedient das Narrativ der Gefahr durch offene

Grenzen. Dieses entstand somit nicht erst während der sogenannten Flüchtlingskrise 2015, sondern wurde bereits bei den verschiedenen EU-Erweiterungen verwendet und eingeübt (ebd.; Mölzer, 14.05.2004). Die Fremden kamen in den verschiedenen Erzählungen zwar jeweils aus unterschiedlichen Raumcontainern, die Zuschreibungen blieben jedoch die gleichen: kriminell (Kickl, 11.01.2018), faul (Haider, 26.09.1991), nicht zum Wir passend (Hofer, 28.12.2015) (vgl. Kap. 5.2.1).

Grundlegende Erzählungen und Bedrohungsszenarien über das Fremde lassen sich über den gesamten Zeitraum sowie grenzübergreifend in Deutschland und Österreich beobachten. Die sogenannte Flüchtlingskrise 2015 hat jedoch dazu geführt, dass dem Portfolio der Bedrohungsszenarien ein weiteres hinzugefügt wurde. Zunächst wird in Aussagen der FPÖ bereits 2015 emotionalisierend vom „Beginn einer Völkerwanderung“ (Strache, 16.09.2015) gesprochen. Dieser sich scheinbar erst am Anfang befindliche Prozess wird in Ohnmacht und Angst adressierender Weise beschrieben. Der Begriff ‚Völkerwanderung‘ suggeriert eine unvorstellbar große Zahl von Menschen, die, wie oben dargelegt, in ihrer Gesamtheit als kriminell beschrieben werden. So entsteht laut FPÖ eine doppelte Bedrohung durch die schiere Anzahl an Menschen, die das österreichische Sozialsystem belasten würden (Graf, 25.03.2011) sowie durch die imaginierte Kriminalität dieser Menschen. Diese Entwicklungen würden schließlich zu den ebenfalls oben beschriebenen bürgerkriegsähnlichen Zuständen führen, die es in anderen Ländern bereits gebe (Strache, 25.06.2017). Zudem warnt die FPÖ beständig vor der „nächste[n] Migrationskrise“ (Kickl, 11.01.2020), die definitiv kommen werde. Gefühle der Angst und Unsicherheit bleiben auf diese Weise dominant im Diskurs. In naturalisierender Art und Weise spricht die FPÖ davon, dass die Menschen Sicherheit und keine „neue Migrationswelle“ (Kickl, 26.06.2018) wollen würden. Diese Angst vor dem Fremden wird, ebenfalls seit 2015, dadurch potenziert, dass Migrant:innen und Geflüchtete mit islamischem Terrorismus in Verbindung gebracht werden, womit gleichzeitig eine semantische und inhaltliche Verknüpfung zwischen Migrant:innen und einer pauschalisierenden Vorstellung des Islam hergestellt wird (vgl. Kap. 5.2.3):

„Jeder Tag, wo die Grenzen nicht gesichert werden, ist eine Mitverantwortung der handelnden Politiker, dass weitere Terroristen und radikale Islamisten, hier hereinkommen, hier geht es darum, unsere Freiheit, unsere Demokratie, unseren Wohlstand, ja, unsere Sicherheit zu schützen.“ (Strache, 12.02.2016).

Nicht gesicherte Grenzen bedeuten für die FPÖ ein Eindringen des Fremden in den Raum des Eigenen, das „hier“ (ebd.). Die Fremden werden dabei als „Terroristen und radikale Islamisten“ (ebd.) beschrieben, die „über die Flüchtlingsroute“ (ebd.) nach Österreich gelangen könnten. Die FPÖ verknüpft Migrant:innen/Geflüchtete und Terrorist:innen semantisch und verstärkt damit Gefühle der Angst und die Ablehnung gegenüber in Österreich ankommenden oder

schon lebenden Menschen mit Migrationshintergrund (häufig verbundenen mit klassischem, auf äußerliche Merkmale Bezug nehmenden Rassismus). Laut FPÖ seien alle Migrant:innen potentielle Terrorist:innen und müssten dementsprechend behandelt werden (vgl. Kap. 5.2.3). Die bereits über den deiktischen Partikel „hier“ (ebd.) konstruierte Grenzziehung zwischen den Gruppen des Eigenen und des Fremden wird durch die weitere Verwendung von Deiktika verstärkt. Wenn Strache in obiger Aussage die schützenswerten Dinge aufzählt, stellt er jedes Mal ein „unser“ (ebd.) voran, um die Grenzen klar zu ziehen und zu verdeutlichen, um wessen Wohlstand und wessen Sicherheit es gehe.

Die Angst vor dem Fremden wirkt somit in das alltägliche Leben hinein und prägt vielerorts den Umgang mit als fremd gelesenen Menschen. Diese Angst vor dem Fremden selbst wird verstärkt und ergänzt durch die, ebenfalls in den vorherigen Kapiteln schon angeklungene, Angst vor dem sozialen Abstieg des Eigenen, des ‚Wir‘. Die Angst wird vor allem vor dem Hintergrund der Unterscheidung in ‚Wir‘ und ‚Sie‘ thematisiert. Ähnlich wie bei der AfD wird den als fleißig charakterisierten, homogenisierten Österreicher:innen die ebenfalls homogenisierte Gruppe der Migrant:innen und Geflüchteten gegenübergestellt. Letztere würden von der Regierung versorgt werden, während sich erstere deshalb einschränken müssten. Die FPÖ adressiert eine diffus im Diskurs vorhandene Neiddebatte (Haider, 10.10.1996) und befeuert diskursiv vorhandene Ängste vor dem Verlust des (erarbeiteten) Wohlstandes. Diese Gefühle der Angst und Unsicherheit werden zwar wiederum auf Migrant:innen und Geflüchtete gelenkt, verantwortlich gemacht wird aber genau wie bei der AfD die Regierung, die diese Prozesse erst herbeiführe und aktiv unterstütze (ebd.). Am Beispiel des Euros, den die FPÖ nie gewollt habe, da vor allem die Währungen der südeuropäischen Länder „weich“ (ebd.) und „schwindlig“ (ebd.) seien im Vergleich zum „harten Schilling“ (ebd.), postuliert Haider, dass „die Renten weniger wert, die Pensionen weniger wert, Sparbüchl weniger wert, Einkommen weniger wert“ (ebd.) seien, es also zu einem generellen Wohlstandsverlust kommen würde. In ähnlicher Weise argumentiert Strache mit Bezug zu Steuererhöhungen (Strache, 01.05.2009). Auf verschiedenen Ebenen wird somit die Angst vor Teuerungen und einem sozialen Abstieg angerufen und sowohl mit dem Fremden im Inneren als auch dem von außen bedrohenden Fremden in Verbindung gebracht. Der Fokus auf Migrant:innen und Geflüchtete sowie die Verantwortung der Regierenden ist bei AfD und FPÖ in gleicher Weise zu finden. In den 1990er Jahren lässt sich für die FPÖ jedoch eine deutlich stärkere Beschäftigung mit dem Thema Korruption im Zusammenhang mit der Angst vor dem sozialen Abstieg feststellen. Dies bedeutete eine stärkere Betonung und Anrufung auf emotional-affektiver Ebene der Verantwortlichkeit des Fremden im Inneren, also vor allem der Regierung, für imaginierte Wohlstandsverluste des österreichischen Volkes.

„Korruption, Mißwirtschaft [sic!] und Verschwendung zu Lasten der Bürger sind leider im österreichischen System fest verankert“ (Haider 1994: 183f).

Dabei stehen sich „der Bürger“ (ebd.) und das „österreichische System“ (ebd.) antagonistisch gegenüber, wobei letzteres von Korruption und Verschwendung geprägt sei und damit „zu Lasten der Bürger“ (ebd.) gehe. Die emotional-affektiven Markierungen in dieser Aussage rufen Ängste vor einem möglichen sozialen Abstieg bzw. einer Schlechterstellung hervor und machen die österreichische Regierung für diese verantwortlich. Dieses Muster ist exemplarisch vor allem für die 1990er Jahre, in denen in der Debatte um einen EU-Beitritt Österreichs ähnliche Charakterisierungen für Funktionär:innen der EU zu finden sind (z.B. Haider, 10.10.1996). Besonders in Reden und Interviews von Haider nahmen Korruption und Misswirtschaft viel Raum ein und bedienten das populistische Narrativ der korrupten Elite und des anständigen Volkes (MUDDE U. ROVIRA KALTWASSER 2019). Diese Argumentationen und Erzählungen lassen sich auch in aktuellen Aussagen der FPÖ finden. Mit dem Beginn der Ära Strache verschob sich der Fokus jedoch mehr auf Migrant:innen und Geflüchtete als Auslöser und Verstärker von Gefühlen der Angst und Unsicherheit.

Genau wie bei der AfD sind die beiden genannten Bedrohungsszenarien eng verbunden mit der Angst vor der Zerstörung des Eigenen, welche wiederum verstärkt wird durch eine vorherige Adressierung der Liebe zum Eigenen. So wird die Partei als „freiheitliche Familie“ (Kickl, 11.01.2020) bezeichnet und auf diese Weise eine besonders enge Verbindung der Gruppe des Eigenen konstruiert, die sich scharf nach außen abgrenzt. Damit folgt die FPÖ dem generellen Selbstverständnis extrem rechter Parteien in Europa, die sich weniger als Parteien verstehen, sondern eher als volksnahe Bewegungen (GOTSBACHNER 2003; HÄUSLER 2016a; LANG 2000) oder eben Familien. Die so konstruierte und durch ständige Wiederholung verfestigte emotional-affektive Verbindung der Gruppe des Eigenen, stets verknüpft mit dem eigenen Nationalstaat (vgl. Kap. 5.2.1) erzeugt dementsprechend eine große Angst vor der Zerstörung dieses geliebten Eigenen. Die Einteilung in Eigenes und Fremdes wird durch eine solche emotional-affektive Aufladung ergänzt und verstärkt. Akteur:innen, die das Eigene bedrohen und zerstören würden, schlägt noch schneller eine noch stärkere Ablehnung entgegen. Von einer tatsächlichen Zerstörung Österreichs wird jedoch in Aussagen der FPÖ eher nicht gesprochen. Es werden die in den vorherigen Kapiteln identifizierten Feindbilder adressiert, vor allem die Regierung, die Migrant:innen sowie die EU, eine existentielle Bedrohung wie sie die AfD beschwört, scheint von Seiten der FPÖ jedoch nicht befürchtet zu werden. Das Eigene wird als bedroht konstruiert durch Korruption und "Freunderlwirtschaft" (Haider, 01.12.1995) der Regierung und der anderen Parteien, durch Migrationsprozesse und einen damit einhergehenden imaginierten „Verdrängungsprozess“ (Strache, 12.02.2016) sowie durch die voranschreitende Integration in die EU. Dieses

dritte Bedrohungsszenario lässt sich für die FPÖ somit nicht vollumfänglich bestätigen, sodass weniger von der Angst vor der Zerstörung des Eigenen, sondern etwas abgeschwächter von der Angst vor der Veränderung des Eigenen bzw. allgemein einer Bedrohung des Eigenen gesprochen werden kann. Diese Angst vor Veränderung findet sich sowohl bei der AfD als auch bei der FPÖ, während die AfD jedoch noch einen Schritt weiter geht und deutlich radikalere und einschneidendere Veränderungen bis eben zur Zerstörung und Auslöschung des Eigenen postuliert, verbleibt die FPÖ auf einer weniger extremen Position.

Neben Angst und Unsicherheit adressiert die Partei weitere Emotionen und Affekte. Die Liebe zum Eigenen wurde bereits angesprochen. Diese ist in Aussagen der FPÖ ebenfalls deutlich weniger präsent als in Aussagen der AfD, was u.a. auf das deutschnationale Fundament der Partei zurückzuführen ist (vgl. Kap. 5.2.1) und die teilweise fehlende tief empfundene Verbundenheit mit dem eigenen Nationalstaat, wie sie in Aussagen der AfD deutlich wird. Diese Annahme wird dadurch bestätigt, dass auch deutlich weniger Stolz in den Diskurs hineinwirkt und implizit oder explizit sichtbar wird. Der Stolz der AfD auf die Leistungen deutscher Soldaten oder die deutsche Geschichte generell findet sich in Aussagen der FPÖ nicht. Hier wird vereinzelt auf die Abwehr der Osmanen vor Wien oder die Rückeroberung Kärntens nach dem 1. Weltkrieg (Haider, 10.10.2008) verwiesen, ansonsten spielt der Stolz auf das Eigene jedoch keine besondere Rolle.

Es wird jedoch deutlich, dass die auf die Angst der Menschen Bezug nehmenden Bedrohungsszenarien alle eine starke Verbindung zu Wut und Hass haben bzw. den Boden für diese bereiten. Indem in den Aussagen auf Ängste und Unsicherheiten rekurriert wird und gleichzeitig die Schuldigen mitgeliefert werden, verstärken sich zum einen die Ängste vor diesen Gruppen des Fremden sowie die Ängste vor Benachteiligung und Verdrängung. Zum anderen wird aber auch die Wut der Menschen auf diese Gruppen projiziert. Die diskursiv vorhandene Wut wird auf Migrant:innen und Geflüchtete gelenkt, die gleiche Sozialleistungen ohne Arbeit bekommen würden (Haider, 10.10.1996), auf die Regierung, die über arbeitslose Österreicher:innen nur lachen könne (ebd.) und „das Elend in diesem Land verwalte“ (Strache, 15.07.2008), porträtiert als kalte, emotionslose Elite, und die EU, die Europa und Österreich „kaputt“ (Strache, 12.02.2016) mache. Diese Mischung aus Angst und Wut, mehr oder weniger verstärkt durch Liebe und Stolz, potenziert und verfestigt bereits bestehende Ein- und Ausgrenzungsprozesse und vertieft die Gräben zwischen den konstruierten Gruppen des Eigenen und des Fremden. Als Antwort darauf adressiert die FPÖ *law and order*-Politik. Sie setzt sich auf populistische Art und Weise für mehr Sicherheitskräfte und Polizisten ein (Partik-Pablé, 21.03.2001; Strache, 07.11.2008) und fordert gesicherte Grenzen und Abschiebungen (Strache, 16.09.2015; Strache,

12.02.2016). Gleichzeitig wird die Gruppe des Eigenen durch Emotionen und Affekte stärker verbunden. Dies zeigt sich zum einen an der oben zitierten Familienmetapher und zum anderen an dieser Aussage von Hofer:

*„Aber eines habe ich gelernt, immer dann, wenn **alle** gegen **uns** sind, so wie auch **heute**, rücken **wir** enger zusammen“* (Hofer, 11.01.2020).

Die Deiktika verdeutlichen die Trennung in Eigenes und Fremdes und bestätigen das Selbstbild der FPÖ als allein gegen alle stehende Gruppe, die zusammenhalten müsse. Dieser Zusammenhalt sei notwendig, um gegen die Vielzahl von Bedrohungen und Feinden bestehen zu können. Eine starke emotional-affektive Identifikation mit dem Eigenen in Verbindung mit einer scharfen Abgrenzung nach außen und der Konstruktion von Bedrohungsszenarien erscheinen dafür unerlässlich. Dieses Muster hat sich über den gesamten untersuchten Zeitraum nur marginal (inhaltlich) verändert und ist sowohl bei der AfD als auch bei der FPÖ zu beobachten, sodass von länderübergreifenden Mustern und Erzählungen gesprochen werden kann.

5.2.6 Das Weltbild der FPÖ

Das gemeinsame Fundament der FPÖ bildet ein völkisch-nationalistisches Weltbild, in dem das Eigene als sowohl von außen als auch von innen bedroht erscheint. Innerhalb dieses Weltbildes lassen sich jedoch Risse und Brüche feststellen. Unter Haider griff die Partei den diskursiv vorhandenen Österreichpatriotismus auf und machte ihn zum Markenzeichen, zu ihrem Kernelement, das im Volksbegehren „Österreich zuerst“ (FPÖ 1992) gipfelte. Darunter ist jedoch noch immer das seit der Gründung der Partei vorhandene deutschnationale Fundament sichtbar. Viele Parteifunktionäre haben einen Hintergrund in deutschnationalen Burschenschaften (SCHARSACH U. SPITZBART 2017), der in Reden und Interviews immer wieder durchscheint, wenn z.B. von einer „historische[n] Gemeinsamkeit mit dem deutschen Kulturraum“ (Haider, 11.06.2000) gesprochen wird. Dieser Balanceakt zwischen Österreichpatriotismus und Deutschnationalismus führt immer wieder zu Brüchen und Widersprüchen in den analysierten Aussagen und verdeutlicht, warum es der Partei schwer fällt das Eigene zu definieren oder eine österreichische Geschichte zu konstruieren und sich (mit Stolz) auf diese zu beziehen. Während diskursive Bezüge zu einer glorreichen Vergangenheit immer stärker in Aussagen der AfD hineinwirken (vgl. Kap. 5.2.1; Kap. 5.2.5), scheinen diese in Österreich keine dominante Rolle zu spielen oder (noch) nicht im Raum des Sagbaren zu liegen. So verwendet die FPÖ eine Vielzahl leerer Signifikanten, um das Eigene zu beschreiben und zu homogenisieren, konstruiert dabei je nach Argumentation verschiedene Gruppen und spielt diese diskursiv gegeneinander aus (z.B. Österreicher:innen vs. Fremde; arbeitende vs. nicht arbeitende Menschen). Zudem wird ein starker Fokus auf die Familie als zentrale

Einheit einer Gesellschaft gelegt und eine ‚positive‘ Familienpolitik gefordert. Ganz im Sinne des Nationalismuskurses sind damit vor allem österreichische Familien und Kinder gemeint (vgl. Kap. 5.2.1).

Das nur schwer zu definierende Eigene steht dabei einer ebenfalls homogenisierten Bedrohung von außen (Migration und Flucht) und von innen (Regierung und andere Parteien) gegenüber, von der sich scharf abgegrenzt wird. Die Abgrenzung im Inneren folgt in populistischer Lesart dem Muster ‚korrupte Elite‘ vs. ‚anständiges Volk‘ (MUDDE U. ROVIRA KALTWASSER 2019), womit die Regierung aus dem imaginierten ‚Volkskörper‘ ausgeschlossen und als Feind markiert wird. Die Beschreibung als korrupt für das Fremde im Inneren spielt bei der FPÖ nochmals eine deutlich stärkere Rolle als bei der AfD. Vor allem in den 1990er Jahren wurden die von Mudde und Kaltwasser identifizierten Gruppen gegeneinander ausgespielt. Das Fremde im Inneren – die Regierung und die anderen Parteien – werden als Verantwortliche für die angeblich schlechte Lage Österreichs identifiziert. So seien sie laut FPÖ ebenfalls für die Bedrohung von außen verantwortlich, womit die Partei die Verschwörungstheorie eines intendierten und gesteuerten „Bevölkerungsaustauschs“ (z.B. Gudenus, 14.10.2010) bedient. Die scharfe Abgrenzung nach außen geht mit einer Homogenisierung des Anderen sowie der Konstruktion einer akuten Bedrohungslage einher. Feindbilder sind hier vor allem Migrant:innen und Geflüchtete, sodass das völkisch-nationalistische Weltbild mit populistischen Ausprägungen komplettiert wird. Die FPÖ fordert in diesem Zusammenhang geschlossene und kontrollierte Grenzen und plädiert für eine, an nationalsozialistische Sprache angelehnte, Konzentration der in Österreich ankommenden Menschen (Kickl, 11.01.2018) sowie eine schnelle Rückführung (Gudenus, 24.05.2004). Dem liegt ein natur- und geodeterministisches Weltbild zugrunde, nach dem jeder Mensch natürlich in einen bestimmten Raum ‚gehöre‘. Dazu passt das Postulat eines nach außen hermetisch abgeriegeltem Europa der Vaterländer, in dem, dem Konzept des Ethnopluralismus folgend, jedes Volk in dem für es vorgesehenen Raumcontainer verbleibt (vgl. Kap. 5.2.4). Diversifizierung und stärkere Zusammenarbeit in der EU lehnt die FPÖ ab und bezieht sich in reaktionärer Art und Weise auf eine stärkere Souveränität und mehr Machtkompetenz für die Nationalstaaten. Dabei spielen Emotionen und Affekte eine bedeutende Rolle in den Aussagen der Partei. Diskursiv vorhandene Ängste werden aufgegriffen und pointiert wiedergegeben, vor allem die Angst vor dem Fremden, vor dem sozialen Abstieg und vor einer Veränderung Österreichs. Diese Ängste können schnell in Wut und Hass umschlagen. Bezug nehmend auf die Konzepte von AHMED (2014) und BERG ET AL. (2019) werden sie auf die Gruppen des Anderen gelenkt, verfangen dort und verstärken und verfestigen die diskursiven Ein- und Ausschließungsprozesse.

Analog zur AfD lassen sich auch für die FPÖ diskursive Entwicklungen und Verschiebungen über die Zeit feststellen. Obwohl der Zeitraum von 1990 bis 2020 recht groß gewählt ist, wird deutlich, dass die Erzählungen und Argumentationen in den Aussagen der FPÖ relativ konstant bleiben. Viele Narrative und Erzählstrukturen, die sich in den 1990er Jahren als erfolgreich erwiesen, finden sich auch in heutigen Aussagen, sodass von einer gewissen Stringenz innerhalb der Partei gesprochen werden kann. Dennoch lassen sich drei Trends herausarbeiten:

1. Stärkere Fokussierung auf Religion als Distinktionsmarker
2. Verschiebung des Raumes des Sagbaren nach rechts
3. Erfolge durch starke Führungsfigur an der Spitze der Partei

Die „Einwanderungspolitik“ (Haider, 26.09.1991) bildet seit Bestehen der Partei ein Kernthemenfeld der FPÖ. In den 1990er Jahren lag der Fokus dabei vor dem Hintergrund des EU-Beitrittes Österreichs sowie verschiedenen Erweiterungen der EU auf Europa. Die von der FPÖ homogenisierten Andere wurden dabei pauschal als „Ausländer“ (Haider, 01.12.1995) bezeichnet und vor allem mit Eigenschaften wie „Faulheit“ und „Kriminalität“ (Haider, 26.09.1991) beschrieben. Im Negativ dieses Bildes entstand die Imagination der „fleißigen und tüchtigen“ (ebd.) Österreicher:innen. Religion nahm in den öffentlichen Debatten in den 1990er Jahren keinen Raum ein. Nur in seinem 1994 erschienenen Buch „Die Freiheit, die ich meine“ thematisiert Haider an wenigen Stellen eine pauschalisierende Vorstellung des Islam:

„Keine Weltreligion verbreitet sich derzeit *so schnell* wie der Islam. [...] Wie man auch die Gefahr des islamischen Fundamentalismus einschätzen mag, die Probleme im alltäglichen Aufeinandertreffen zweier so unterschiedlicher Kulturkreise sind vorhanden“ (Haider 1994: 93).

Aussagen wie diese schafften es jedoch nur selten in den öffentlichen Diskurs und verblieben außerhalb des Raumes des Sagbaren. Das diskursive Fundament war jedoch bereits vorhanden. Die Festlegung eines genauen Zeitpunktes für die stärkere Fokussierung der Partei auf Religion als Distinktionsmarkers ist nur schwer möglich. Grob lässt sich dieser Anhand des analysierten Textmaterials auf Anfang/Mitte der 2000er Jahre datieren. Dafür sprechen die beginnenden EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ab 1999 bzw. 2005, welche diskursiv stark mit dem Islam und möglichen Bedrohungsszenarien in Verbindung gebracht wurden, der islamistische Terroranschlag auf das World Trade Center in New York am 11. September 2001 sowie innerparteiliche Umbrüche und der Übergang des Parteivorsitzes an Strache 2005. Letzterer machte bereits im Wahlkampf 2006 mit Slogans wie „Daham statt Islam“ (Strache, 09.11.2006) auf sich

aufmerksam und trieb die Fokussierung auf Religion als Identität konstituierendes Merkmal für Migrant:innen und Geflüchtete voran. Spätestens seit der sogenannten Flüchtlingskrise 2015 bildet eine pauschalisierende Vorstellung des Islam, genau wie bei der AfD, das Hauptfeindbild der FPÖ und taucht in nahezu allen Aussagen der Partei auf. Hier lässt sich somit eine deutliche diskursive Verschiebung in Anlehnung an Huntington's „Kampf der Kulturen“ feststellen.

Der ebenfalls bei der AfD identifizierte zweite Trend über die Zeit, die Radikalisierung der Sprache bzw. die Verschiebung der Grenzen des Sagbaren, stellt sich bei der FPÖ etwas anders dar. Während bei der AfD in einem relativ kurzen Zeitraum gut zu beobachten war, wie sich der Raum des Sagbaren durch eine Vielzahl an Tabubrüchen und Relativierungen nach rechts verschob und eine gewisse Gewöhnung an extrem rechte Positionen im gesellschaftlichen Diskurs stattfand, scheint diese im österreichischen Diskurs teilweise bereits gegeben. Dennoch gab es in den 1990er Jahren immer wieder Aufschreie, wenn Haider z.B. von einer „ordentlichen Beschäftigungspolitik“ (Haider, 13.06.1991) im Dritten Reich oder Partik-Pablé von „Schwarzafrikanern [als] besonders aggressiv“ (Partik-Pablé, 10.50.1999) sprach. Zudem führte die erste Koalitionsbeteiligung der FPÖ zu Beginn der 2000er Jahre zu enormen Protesten im Land selbst sowie zu Sanktionen der EU (HEINISCH U. HAUSER 2015).

Während Haider sich in den 1990er Jahren jedoch insgesamt gewählter, staatsmännischer ausdrückte (die Inhalte waren nichtsdestotrotz extrem rechts), veränderte sich das Auftreten der Partei unter der Führung Straches. In Kombination mit dem Aufkommen der sozialen Medien wurden Wahlkampflogans provokanter und die Sprache roher. Offen rassistische Aussagen wie obige von Partik-Pablé häuften sich und das neue Feindbild eines homogenisierten und als Bedrohung konstruierten Islam eröffnete ganz neue Formen der Diskriminierung und Ausgrenzung. In Aussagen der Partei wird u.a. vor einer „Islamisierung“ (Gudenus, 24.05.2004; Gudenus, 14.10.2010) sowie „radikale[n] Islamisten“ (Hofer, 28.12.2015) gewarnt. Diese Entwicklungen zeigen sich auch an der stärkeren Adressierung von Emotionen und Affekten in den analysierten Reden und Interviews. Bedrohungsszenarien wurden zwar über den gesamten Zeitraum konstruiert, die Adressierung von Ängsten und Wut sowie deren Lenkung auf bestimmte Gruppen hat sich jedoch verstärkt bzw. ist spezifischer geworden. Während Haider pauschal die ‚Ausländer‘ adressierte und einen stärkeren Fokus auf das Fremde im Inneren legte (vgl. Kap. 5.2.2), hat sich die FPÖ unter Strache vor allem auf als muslimisch gelesene Menschen fokussiert. Über die Vehikel Kriminalität und Terrorismus werden Ängste angesprochen und auf diese homogenisierte Gruppe gelenkt (Strache, 16.09.2015; Strache, 12.02.2016). Ein weiterer Indikator für die Normalisierung und Etablierung der FPÖ in der österrei-

chischen Politik war zudem die zweite Koalition mit der ÖVP 2017-2019. Sanktionen und große Proteste blieben aus und nur ein entlarvendes Video über Strache und Gudenus brachte diese zu Fall (KARNER 2021).

Der dritte Trend ist weniger ein Trend über die Zeit, lässt sich jedoch im gewählten Untersuchungszeitraum anschaulich beobachten. So profitiert die FPÖ stark davon, wenn eine als stark und dominant wahrgenommene, männliche Führungsfigur an der Spitze der Partei steht. Von 1990 bis 2020 lassen sich mit Haider und Strache zwei die Parteigeschicke und -linie dominierende Persönlichkeiten identifizieren, welche die Partei sowohl inhaltlich als auch organisatorisch und personell maßgeblich geprägt und geformt haben. Dies lässt sich am verfügbaren Material an Reden und Interviews ablesen. Im Gegensatz zur AfD, bei der stets viele Personen mit teilweise unterschiedlichen Ansichten im Diskurs präsent waren und sind, dominieren bei der FPÖ Reden und Interviews von Haider und Strache. Und wenn sie nicht selbst sprechen, werden sie von den Parteikolleg:innen thematisiert (Riess-Passer, 02.08.2002; Podgorschek, 03.05.2018) oder von Interviewer:innen angesprochen (Partik-Pablé, 21.03.2001; Haupt, 08.08.2003). Dieser herausgehobenen Rolle sind sich sowohl Haider als auch Strache sehr wohl bewusst:

„**Ich** bin sozusagen eine Symbolfigur für den zivilen Widerstand gegen das Establishment in Österreich und Europa geworden [...]. Aber nicht jeder kann zur Symbolfigur werden. **Ich** bin auserkoren“ (Haider, 11.06.2000).

„**Ich** bin **heute** der erfolgreichste Parteichef der österreichischen Parteienlandschaft“ (Strache, 22.08.2016).

Erfolge der Partei werden auf die eigene Person zurückgeführt, Misserfolge seien stets die Schuld anderer, sei es das Fremde im Inneren, das Fremde von außen oder sogar innerhalb der eigenen Partei (Haider, 22.08.2008). Die Phasen nach der Abspaltung von Haiders BZÖ sowie Straches Rücktritt nach dem Ibiza-Video bilden die gemessenen an den Wahlerfolgen schwächsten Jahre für die FPÖ. Unter den beiden Parteiführern Haider und Strache konnte die Partei die mit Abstand besten Wahlergebnisse erzielen. Das deutet auf einen im Diskurs vorhandenen, rückwärtsgewandten Wunsch nach einer starken Führungsperson hin. Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges schien die Vorstellung eines mehr oder weniger allein und autonom/autoritär entscheidenden Mannes an der Spitze verpönt. In den Archiven des Diskurses (REUBER 2012) blieb dieses Politikverständnis jedoch erhalten und scheint, zumindest in Österreich, seit der Übernahme der FPÖ durch Haider wieder salonfähig geworden zu sein. In der AfD gibt es auch Personen (z.B. Höcke), die ein solches Verständnis vertreten und eine solche Rolle einnehmen könnten. Im deutschen Diskurs scheint es jedoch (noch) nicht mehrheitsfähig zu sein. In dieser Arbeit wird von diskursiv produzierten Subjekten ausgegangen, intentional handelnde Subjekte scheinen jedoch als imaginierte Subjektkonstruktion im gesellschaftlichen Diskurs vorhanden zu sein

und werden von rechten Parteien aufgegriffen. Intentionales, geplantes und unfehlbares Handeln stellen Eigenschaften einer starken Führungsperson dar, die Haider und Strache repräsentieren. Indem sie sich in ihren Aussagen in dieser Art und Weise darstellen, nehmen sie auf den diskursiv vorhandenen Wunsch nach einer starken Führungsperson mit den entsprechenden Eigenschaften Bezug. In diesem Punkt unterscheiden sich der österreichische und der deutsche gesellschaftliche Diskurs.

Insgesamt lässt sich jedoch zum Ende der Analyse von Aussagen der FPÖ feststellen, dass viele Erzählungen und Narrative, die sich mit dem Erstarken der AfD in Deutschland neu und radikal angehört haben, so oder in ähnlicher Weise bereits in früheren Argumentationen vorgekommen sind. Der extrem rechte Diskurs war somit nicht abwesend, sondern nur marginalisiert. Parteien wie die AfD und die FPÖ sind dazu in der Lage die im Diskurs vorhandenen Konstruktionen von Eigenem und Fremdem als eine Art Transmissionsriemen pointiert zu Tage treten zu lassen. Ein Blick in die Geschichte und über Ländergrenzen hinaus lohnt sich dabei, um Verbindungen und historische Kontinuitäten herauszuarbeiten. Diese Analyse wird im Folgenden um die SVP in der Schweiz erweitert.

5.3 Die SVP als ‚Sonderfall‘ in Europa

Die SVP entstand offiziell 1971 aus dem Zusammenschluss mehrerer Parteien (vgl. Kap. 3.3). Laut eigener Erzählung sei die Partei somit deutlich älter, weshalb es 2007 u.a. eine Festveranstaltung zur Feier von 90 Jahren SVP Zürich gab (Blocher, 02.09.2007).⁸⁴ Diese lange Parteigeschichte und die damit verbundene Etablierung der SVP in der schweizerischen Politiklandschaft sowie die Besonderheiten des schweizerischen politischen Systems führten zu einer kontinuierlichen Regierungsbeteiligung der Partei. Da sich der Bundesrat, basierend auf der sogenannten ‚Zauberformel‘, aus den vier stärksten Parteien zusammensetzt, ist die SVP seit den 1930er Jahren stets mit mindestens einem Sitz in der Regierung vertreten.⁸⁵ Bis zum Ende der 1990er Jahre stellte die SVP mit relativ konstanten 11% der Wählerstimmen die viertstärkste Partei in der Schweiz dar und war somit an der Regierung beteiligt, hatte jedoch einen eher geringen Einfluss (HILDEBRAND 2017). Dies änderte sich mit den großen Erfolgen der Partei unter Parteichef Blocher und es begann eine hitzige Debatte um die Zusammensetzung des Bundesrates, in dem die SVP nun mehr Einfluss forderte. Erst 2003,

⁸⁴ Die SVP bezieht sich auf die Gründung der Zürcher Bürgerpartei 1917, welche 1937 gesamtschweizerisch als BGB auftrat und 1971 in der SVP aufging (SKENDEROVIC 2017).

⁸⁵ Der Bundesrat umfasst sieben Personen. Die drei stärksten Parteien bekommen zwei Sitze, die viertstärkste Partei einen Sitz (LADNER 2015).

als nun endgültig stärkste Kraft in der Schweiz, wurde ihr ein zweiter Sitz im Bundesrat zugestanden, den sie bis heute innehat (ebd.). Diese Umstrukturierung und Neuorientierung der SVP ab den beginnenden 1990er Jahren und ihr daraus resultierender Erfolg sollen in diesem Kapitel beleuchtet werden, da Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen bei diesen Prozessen eine zentrale Rolle spielen.

Sogar noch zentraler als bei der FPÖ ist für die SVP der starke Mann an der Spitze der Partei. Blocher prägte zunächst die SVP Zürich und schließlich die Gesamtpartei und ist auch heute, mit über 80 Jahren, noch immer zentrale Leitfigur und gern gesehener Interviewgast. Er prägte die Partei maßgeblich, etablierte Veranstaltungen wie die jährlich stattfindende Albisgütli-Tagung und formulierte eine Vielzahl der Inhalte der Partei (ebd.). Dies zeigt sich u.a. am zur SVP zusammengestellten Textkorpus. Nahezu alle zentralen und öffentlichkeitswirksamen Reden wurden von Blocher gehalten, weshalb sein Wort, wie das von Haider und Strache für die FPÖ, eindeutig die Parteimeinung widerspiegelt. Auch dieses Kapitel bezieht sich verstärkt auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu den anderen beiden Parteien, arbeitet aber auch das gemeinsame Fundament der SVP heraus. Zentrales Element ist das eigene Verständnis sowohl der Partei als auch der Schweiz insgesamt als „Sonderfall Europas“ (Blocher, 19.01.2001). Die Gliederung des Kapitels orientiert sich wiederum an den in Kapitel 4.3 identifizierten Themenkomplexen sowie den Kapiteln zur AfD (Kap. 5.1) und FPÖ (Kap. 5.2). Zunächst wird der schweizerische Nationalismusdiskurs dekonstruiert und analysiert. Dieses Kapitel beinhaltet die Besonderheit der schweizerischen Neutralität sowie ihre Definition des Eigenen (Kap. 5.3.1). Anschließend werden das Fremde im Inneren (Kap. 5.3.2) sowie die Abgrenzung nach außen (Kap. 5.3.3) diskutiert und zentrale Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu den anderen Parteien herausgearbeitet, bevor sich Kapitel 5.3.4 dem Thema Europa und der EU widmet. Die Verhinderung des Beitrittes der Schweiz zur EWG 1992 durch die SVP bildet bis heute ein starkes, verbindendes Element und wird als größter Erfolg der Parteigeschichte betrachtet. Abschließend werden Bedrohungsszenarien aus dem Material herausgearbeitet, um die Rolle von Emotionen und Affekten zu analysieren (Kap. 5.3.5) und schließlich das Weltbild der SVP in aller Kürze zusammengefasst (Kap. 5.3.6).

5.3.1 Der Nationalismuskurs der SVP

Das Nationale nimmt auch bei der SVP einen enormen Raum ein und kann als hegemonialer, alles überlagernder Diskurs verstanden werden. Der Nationalismuskurs der SVP unterscheidet sich jedoch deutlich von den deutschen und österreichischen Diskursen. Der Nationalstaat Schweiz mit seinen u.a. im politischen System begründeten Besonderheiten (vgl. Kap. 3.3) nimmt als nicht der EU angehörender Staat eine Sonderrolle in Europa ein. Diese Sonderrolle wird von der SVP immer wieder mit Stolz betont und mündet in einer sehr positiven und romantisieren Vorstellung des Eigenen:

*„Unsere Vorfahren, unsere Grosseltern und Eltern, haben uns mit viel Fleiss und Arbeit sowie unter grossen Entbehrungen, ein wunderschönes Land übergeben. Ein Land mit Freiheit, Sicherheit und Wohlstand. Es ist darum ein grosses Glück, in der **Schweiz** leben zu dürfen“* (Amstutz, 01.08.2018).

Der starke Fokus auf die schweizerische Geschichte, die im Verlauf des Kapitels ausführlicher diskutiert wird, paust sich in dieser Aussage bereits durch. Die subjektbezogenen Deiktika machen die starke Verbindung und Identifikation mit dem Eigenen deutlich. Es kostete einige „Entbehrungen“ (ebd.) doch nun lebten laut SVP alle Schweizer:innen in einem „wunderschöne[n] Land“ (ebd.) und darüber könnten sie glücklich sein. Der letzte Satz der Aussage beugt dabei gleichzeitig schon Kritik an dem Idealbild der Schweiz vor, da jeder Mensch glücklich sein sollte, in diesem Land leben zu dürfen. Damit einher geht eine Unterordnung unter das Gesamtkonstrukt Schweiz, die ebenfalls noch näher thematisiert wird. Deutlich wird jedoch der starke Einsatz positiver Emotionen und Affekte, die so bei den anderen beiden Parteien deutlich seltener zu finden sind (vgl. Kap. 5.1.1, Kap. 5.2.1). So verwundert es auch nicht, dass die SVP insgesamt sehr viel über die Schweiz und das Eigene spricht und dieses miteinander in Verbindung setzt:

*„Die SVP ist von unten entstanden, aus einem breiten Bedürfnis heraus. Die geistigen Grundhaltungen bei der Geburtsstunde der SVP und **unseres Landes Schweiz** ähneln sich“* (Blocher, 02.09.2007).

Sowohl die SVP als auch die Schweiz seien „von unten entstanden“ (ebd.). Damit legitimiert die Partei zum einen ihren Anspruch, die stärkste Kraft in der Politik zu sein und die Interessen des Volkes zu vertreten und leitet diesen Anspruch zum anderen aus der Geschichte des Nationalstaates ab, der laut Erzählung der SVP ebenfalls vom Volk und nicht von oben gegründet wurde. Untermauert wird dieser Anspruch wiederum durch deiktische Partikel („unseres Landes Schweiz“ (ebd.)). Darauf aufbauend beschreibt sich die SVP als „Volkspartei“ (Blocher, 31.07.2003) und setzt die konstruierte Wir-Gemeinschaft mit den Schweizer:innen gleich (u.a. Blocher, 15.01.1999; 01.01.2000). Die Partei beschreibt das Eigene als „immer auf der Seite des Volkes“ (Blocher, 18.01.2008) stehend, sie möchte dem „Volk eine Stimme geben“ (ebd.). In Kombination mit

der in Kapitel 5.3.2 diskutierten Konstruktion einer Elite, die dem Volk gegenüberstehe, kann die SVP demnach MUDDE U. ROVIRA KALTWASSER (2019) folgend als populistisch bezeichnet werden. Dabei ist es der Partei genau wie AfD und FPÖ wichtig, darauf hinzuweisen, dass sie nicht aus „Karrierepolitikern“ (Blocher, 09.12.2000) bestehe, sondern lediglich die Stimme des Volkes vertrete. Der Partei „wäre es am liebsten, wenn die SVP überflüssig würde“ (Blocher, 07.05.1999). Auf diese Weise wird die konstruierte Volksnähe verstärkt und gleichzeitig Kritik an den anderen Parteien geübt, aufgrund deren schlechter Politik das Existieren der SVP überhaupt nur notwendig sei. Passend dazu wird das Eigene als „Bewegung“ (Blocher, 21.01.2000: 8) beschrieben, um eine Abgrenzung von den anderen Parteien zu schaffen und die Volksnähe gegenüber dem Streben nach Ämtern in den Vordergrund zu stellen. Letzteres wird den anderen Parteien in der Schweiz häufig vorgeworfen (vgl. Kap. 5.3.2):

„Eine Partei, die keine Bewegung mehr ist, die sich damit begnügt, die lukrativen Ämter unter sich zu verteilen, erstarrt“ (Blocher, 21.01.2000: 8).

Der Begriff des ‚Erstarrens‘ findet auch bei der AfD Anwendung (vgl. Kap. 5.1.1), ein solches müsse laut der beiden Parteien unbedingt verhindert werden. Die SVP betrachtet also nicht nur die Schweiz als einen Sonderfall in Europa, sondern auch das Eigene als Sonderfall in der politischen Landschaft der Schweiz. Das Eigene wird beschrieben als „solide [und] verlässlich“ (Blocher, 15.01.2016: 6), als „Partei der Zukunft, [...] der Freiheit und Selbstverantwortung“ (Blocher, 15.01.1999: 17), als „Partei, die auf dem Boden der Wirklichkeit steht“ (Blocher, 15.01.2016: 5) und eben als „Volkspartei“ (Blocher, 12.11.2002). Dabei schwingen stets ein gewisser Stolz auf, sowie Liebe für das Eigene mit. Diese beiden Emotionen verbinden die Wir-Gemeinschaft und schweißen sie zusammen.

Wie das bisherige Kapitel zeigt, stammen nahezu alle als exemplarisch für die SVP ausgewählten Zitate von Blocher, der „Jahrhundertfigur“ (Köppel, 04.04.2019), der die Partei grundlegend prägte (vgl. Kap. 3.3). Noch stärker als Haider und Strache bei der FPÖ repräsentiert Blocher die SVP. Er gibt den innerparteilichen Kurs vor und hält die wichtigen parteipolitischen Reden.⁸⁶ Blocher selbst beschreibt sich als besonnen und rational (Blocher, 07.03.1998), als ehrlich und transparent (Blocher, 02.12.1999), weshalb er sich von anderen Politiker:innen abhebe und andere ihn in wichtige Positionen drängen (Blocher, 16.11.2003), die er eigentlich gar nicht wolle (Blocher, 24.06.2000), die er aber im Dienste des Volkes trotzdem annehme (Blocher, 08.12.1999). Gleichzeitig spricht er davon, dass Verantwortung am Ende unteilbar sei (Blocher, 12.08.2002), favorisiert damit implizit seinen alleinigen Führungsanspruch in der

⁸⁶ Er hält z.B. die Rede zur jährlichen Standortbestimmung der SVP bei der Albisgüetli-Tagung.

Partei und kritisiert gleichzeitig das Konkordanzsystem der schweizerischen Politik.⁸⁷ Blochers Bedeutung für die Partei zeigt sich einerseits an der Übernahme der Programmatik der lange Zeit von ihm geführten Zürcher SVP in der Gesamtpartei (vgl. Kap. 3.3) sowie sein immer noch großer Einfluss auf die Ausrichtung der Partei (HILDEBRAND 2017), trotz seines inzwischen hohen Alters.⁸⁸ Blocher verkörpert laut eigener Aussage die Stimme des Volkes. Er betont wiederholt, dass er sich „sehr große Mühe [gebe] einfach zu sprechen“ (Blocher, 10.10.2003) und dass „die einfachen Leute [ihn] verstehen“ (ebd.) würden. Die populistische Ausrichtung der Partei wird in diesen Aussagen sehr deutlich, genauso wie der Fokus auf die homogenisierte Gruppe der Schweizer:innen:

„**Die Schweizerinnen und Schweizer** wollen, dass **wieder ihre** Interessen vertreten werden und **nicht** die **von allen andern irgendwo auf der Welt**“ (Blocher, 15.01.2016: 6).

Die SVP nimmt für sich in Anspruch, die Interessen der imaginierten Gruppe der „Schweizerinnen und Schweizer“ (ebd.) vertreten zu wollen. Die polyphonen Markierungen in dieser Aussage deuten darauf hin, dass dies „wieder“ (ebd.) geschehen müsse, aktuell also nicht der Fall sei, sondern die Interessen „von allen andern“ (ebd.) und nicht die der Schweizer:innen vertreten würden. Die SVP spricht insgesamt sehr häufig von Schweizerinnen und Schweizern, dem Volk oder dem Schweizervolk und versieht dieses mit bestimmten identitätsstiftenden Merkmalen. Ähnlich wie bei den beiden anderen untersuchten Parteien fällt es ihr jedoch schwer, dieses Eigene genau zu definieren. Während sowohl AfD und FPÖ stark auf eine Beschreibung des Eigenen im Negativ des Anderen setzen, lässt sich dieses *othering* (SAID 1978) in Aussagen der SVP kaum nachweisen. Das bedeutet nicht, dass die Partei sich nicht vehement gegenüber einem Fremden im Inneren (vgl. Kap. 5.3.2) sowie einer Bedrohung von außen (vgl. Kap. 5.3.3) abgrenzt. Dies geschieht aufgrund der besonderen Rolle der Schweiz in Europa in Teilen sogar noch klarer. Diese Abgrenzungen werden jedoch weniger stark zur Beschreibung und Definition des Eigenen verwendet, als es bei den anderen beiden Parteien der Fall ist. Dennoch bedient sich auch die SVP der klassischen Argumentation der extremen Rechten des in den Raum des Eigenen eindringenden Fremden, das der Wir-Gemeinschaft etwas ‚wegnehmen‘ würde.

„Der *Drogenhandel* ist nach wie vor fest in den Händen von **Asylbanden**. Die Gefängnisse sind voll von **kriminellen Asylanten und Ausländern**. *Diese Missstände müssen ein Ende haben.* [...] 90 bis 95 Prozent aller Asylgesuche werden abgelehnt. Die grosse Mehrzahl sind also **Scheinasylanten**, die **unsere** Gesetze, **unseren** Sozialstaat und nicht zuletzt **unsere** Bevölkerung ausnutzen. Das dürfen **wir nicht mehr** länger hinnehmen“ (Blocher, 12.11.2002).

⁸⁷ Die Konkordanzdemokratie zeichnet sich durch eine Beteiligung möglichst vieler Parteien an der Regierung aus, welche einen großen Wert auf Konsens legt. Dies wird vor allem an der in der Schweiz zur Anwendung kommenden ‚Zauberformel‘ deutlich (BETZ 2012).

⁸⁸ Christoph Blocher ist Jahrgang 1940.

Die SVP beschreibt die homogenisierten Anderen als „kriminell“ (ebd.) und als „Scheinasylanten“ (ebd.). Auffällig ist die Vielzahl negativ konnotierter Zuschreibungen für das Fremde – „Asylbanden“, „Asylanten“, „Scheinasylanten“ (ebd.) – welche Ablehnung bis Wut auf diese Menschen adressieren. Das Fremde/Anderere wird homogenisiert und mit Kriminalität, Drogenhandel (ebd.) und generell einer Bedrohung für das Eigene, die Wir-Gemeinschaft verbunden. Auf diese Weise werden zwei sich antagonistisch gegenüberstehende Gruppen konstruiert: die kriminellen, bedrohenden „Ausländer“ (ebd.) und die bedrohte „Bevölkerung“ (ebd.). Die Zugehörigkeit Blochers zu letzterer wird durch die Verwendung deiktischer Partikel verstärkt. Emotionen und Affekte bilden stets einen Teil der Beschreibung des Anderen. Vor allem Ängste werden auf verschiedene Weise adressiert. Es wird zum einen eine diffus in Teilen der Gesellschaft vorhandene Angst vor Drogenhandel und Kriminalität aufgegriffen und auf die konstruierte und homogenisierte Gruppe der „Ausländer“ (ebd.) gelenkt. So wird aus der Angst vor Kriminalität generell Angst vor als fremd markierten Menschen. Zum anderen werden Ängste vor einem sozialen und wirtschaftlichen Abstieg pointiert wiedergegeben, auf die im weiteren Verlauf noch näher eingegangen wird. Insgesamt arbeitet diese Aussage stark mit Bedrohungsszenarien (Kap. 5.3.5). Das ‚Wir‘ dürfe diese Benachteiligung des Eigenen „nicht mehr länger hinnehmen“ (ebd.) und müsse auf diese Bedrohungen reagieren.

Obwohl die SVP durchgehend an der Regierung beteiligt war und der Tatsache, dass sie seit 1999 stärkste Kraft in der Schweiz ist, sieht sich die Partei noch immer im Widerstand:

- „Der *Widerstand* gegen die Preisgabe der **Schweiz**,
- der *Widerstand* gegen den Druck von aussen – es handelt sich bestenfalls um "Drücken"
- der *Widerstand* gegen den EU-Beitritt,
- der *Widerstand* gegen die Ausschaltung der direkten Demokratie,
- der *Widerstand* gegen die Missachtung der Neutralität,
- der *Widerstand* gegen den Larifari in der Ausländer-, Asyl- und Sanspapier-Politik,
- der *Widerstand* gegen die Aushöhlung der schweizerischen Staatssäulen,
- der *Widerstand* gegen die Unterwanderung der Unabhängigkeit

wird **seit 20 Jahren** durch die **SVP** – als einziger Partei – konkret verkörpert. Diese Widerstandsbewegung weicht nicht. Die **SVP** ist nicht umsonst **die stärkste Partei** geworden“ (Blocher 21.01.2011: 19).

Diese sehr umfassende Aufzählung von Aspekten, gegen die Widerstand von Seiten der SVP geleistet werden müsse, beschreibt zum einen sehr gut die Kernthemen der Partei, die in den folgenden Kapiteln ausführlicher diskutiert werden. Zum anderen konstruiert sie das Bild einer Bedrohung von allen Seiten, u.a. die oben angesprochene Bedrohung durch die Asylpolitik, welche stark mit

der Bedrohung durch das Fremde im Inneren zusammenhängt (Kap. 5.3.2). Auch in dieser Aussage wird das Fremde im Inneren (die Regierung und die anderen Parteien) als Verantwortlicher ausgemacht. Die anderen Parteien seien verantwortlich für die „Preisgabe der Schweiz“ (ebd.), die Asylpolitik und die „Unterwanderung der Unabhängigkeit“ (ebd.), sie wollten die Abschaffung der Schweiz (Blocher, 15.01.2010: 16) und die Beseitigung des Sonderfalls Schweiz (Blocher, 20.01.2017: 4). Auf die angesprochene Selbstbeschreibung als Bewegung rekurrierend beschreibt die SVP das Eigene als „Widerstandsbewegung“ (Blocher, 21.01.2011: 19).

Die SVP identifiziert das Eigene als „allein gegen den gesamten Bundesrat, gegen die Parteien, die Wirtschaft, die Linke und dann auch noch praktisch die ganze Medienlandschaft“⁸⁹ (Blocher, 11.06.2001) stehend. Somit kann sie sich genau wie AfD und FPÖ als einzige Alternative zum sonstigen Politiksystem inszenieren und ihre angebliche Funktion als Stimme des Volkes stärken. Gleichzeitig rückt die Gruppe des Eigenen durch die allgegenwärtige Bedrohung und das Verharren in der Position des vermeintlichen Opfers, des Ausgegrenzten auf einer emotional-affektiven Ebene näher zusammen, es kommt zu einer starken Verbundenheit innerhalb der Gruppe des Eigenen. Wie bereits angedeutet, beschreibt die SVP dieses Eigene jedoch nicht primär in Abgrenzung zu einem Anderen, sondern beruft sich stark auf die Besonderheiten der Schweiz und sogenannte Schweizer Werte.

„Wenn **wir** bedenken, welche Möglichkeiten die Kultur unseres mehrsprachigen Landes, **unser** Brauchtum, **unsere** Chöre, **unsere** Orchester, **unsere** Schauspielbühnen bieten würden, wenn **wir** bedenken, welche kulturellen Leistungen unser Volk hauptberuflich oder in der Freizeit erbringt - sofern sich keine eidgenössischen Kulturfunktionäre mit unseren Steuergeldern einmischen -, dann erlauben die Jubiläumsveranstaltungen von 1998 nur zwei Schlüsse: Entweder sind **die für diese Festlichkeiten verantwortlichen Personen in Bern** vollständig am Verblöden oder **man will dem Schweizervolk das Land bewusst so sehr verleiden, dass jede Identifikation, jedes Heimatgefühl, jede Geborgenheit zerstört wird.** Wenn dem hintersten und letzten eingebleut [sic!] ist, *dass wir Schweizer ganz genau gleich und noch etwas schlechter sind als alle übrigen Menschen und Staaten dieser Welt*, dann - so glaubt man wohl in **Bern** - haben wir den Sonderfall mitsamt seiner Souveränität, Neutralität und direkten Demokratie erledigt, und dann endlich kann **man unser Land** getrost in die EU, in die UNO und in die NATO führen“ (Blocher, 15.01.1999: 4).

Diese exemplarisch für die gesamte Partei und den gesamten Zeitraum stehende Aussage verdeutlicht die starke (emotional-affektive) Verbindung zum Eigenen auf mehreren Ebenen, sichtbar z.B. an der inflationären Verwendung subjektbezogener Deiktika. Blocher konstruiert die Gruppe des Eigenen, das „Schweizer-volk“ (ebd.), dem er sich zugehörig fühlt. Dieses Eigene bzw. die das Eigene

⁸⁹ Dies ist bereits eine gute Aufzählung des Fremden im Inneren, das in Kapitel 5.3.2 diskutiert und analysiert wird.

ausmachenden Schweizer Werte beziehen sich vor allem auf die schon für die AfD in Kapitel 5.1.1 als leere Signifikanten identifizierten Begriffe ‚Kultur‘ und ‚Tradition‘. Das Schweizer Volk wird semantisch mit bedeutenden „kulturellen Leistungen“ (ebd.) in Verbindung gebracht, welche dieses ausmachen würden. Interessanterweise wird dabei auf die Mehrsprachigkeit des Landes verwiesen. Die Sprache scheint somit, anders als bei AfD und FPÖ, kein ein- bzw. ausschließendes Merkmal des Volkes zu sein. Während AfD und FPÖ großen Wert auf das Beherrschen und Sprechen der deutschen Sprache legen (vgl. Kap. 5.1.1; Kap. 5.2.1) und dies zur zentralen Bedingung für Integration machen (vgl. Kap. 5.1.3; Kap. 5.2.3), ist die SVP stolz auf Mehrsprachigkeit und kulturelle Vielfalt.

Dennoch verknüpft die Partei völkische Argumentationen mit Nationalismus und Populismus, jedoch auf eine andere Weise als es die beiden anderen Parteien praktizieren. Das passt in die Gesamtkonstruktion des Eigenen. Das Verständnis der Schweiz als „Sonderfall“ (ebd.) wird von der SVP häufig aufgegriffen und auf die Partei übertragen. Damit einher geht ein starkes Überlegenheitsgefühl, das Eigene („wir Schweizer“ (ebd.)) sei besser als alle anderen, auch wenn das Fremde im Inneren dem Volk etwas anderes „einbleut“ (ebd.). Auf einer emotional-affektiven Ebene werden auf diese Weise zunächst Liebe und Stolz für das Eigene, ein gewisser Exzeptionalismus des Schweizer Volkes, adressiert und postuliert, bevor mithilfe verschiedener Bedrohungsszenarien und Antagonist:innen Ängste aufgegriffen und in diesem Fall mit den „verantwortlichen Personen in Bern“ (ebd.), sprich der Regierung, verknüpft werden. Die starke Betonung des Eigenen, der Bezug auf die Schweizer Werte, die immer adressiert aber inhaltlich letztlich dennoch ‚leer‘ bleiben, ist somit stets verbunden mit der Angst vor dem Verlust des Eigenen. Die SVP kann sich dabei wiederum als einzige Verteidigerin dieses konstruierten Eigenen inszenieren, die ausgegrenzt und „beleidigt“ (Blocher, 03.04.2000) werde, weil sie sich für die Schweiz und die Erhaltung ihrer Werte einsetze. Dabei schwingt die Angst vor dem Verlust der Sonderrolle, der laut SVP besonderen Position der Schweiz und des Schweizervolkes in der Welt mit.

Im Selbstverständnis der SVP steht die Schweiz und damit auch das Schweizer Volk über allen anderen Staaten (Blocher, 15.01.1999: 1). Das Eigene habe Diktatoren getrotzt und die Freiheit verteidigt (Blocher, 01.01.2000). Um diese Freiheit zu erhalten, müsse sich die Schweiz auf sich konzentrieren (Blocher, 01.08.2003). Dabei schwingt eine gehörige Portion Isolationismus mit, die auch im EU-Diskurs hegemonial erscheint (vgl. Kap. 5.3.4). Die Partei geht sogar so weit, die Menschenrechte als „ausländische Vorschriften [...] von weltfremden Theoretikern“ (Blocher, 16.01.2015: 12) und das Völkerrecht als „demokratisch nicht legitimiert“ (ebd.: 13) zu bezeichnen. Alles müsse am „Volkswille[n]“ (ebd.) ausgerichtet sein. Dies verdeutlicht die Hegemonie und Allgegenwärtigkeit des Nationalismuskurses in Aussagen der SVP. Alles von außen Kommende wird

abgelehnt, der Raumcontainer Schweiz und das Schweizervolk stehen im Zentrum des Denkens und Handelns.

Einer der Punkte, gegen den die Partei Widerstand leisten müsse (s. Zitat auf S. 232), sei die „Ausschaltung der direkten Demokratie“ (Blocher 21.01.2011: 19). Um diese wird die SVP sowohl von der AfD (Jongen, 07.06.2017) als auch der FPÖ (Strache, 12.02.2016) beneidet. Die SVP bezeichnet sie selbst als „Perle der Schweiz“ (Blocher, 16.01.2015: 7). Diese wird neben der Neutralität des Landes als zentraler Wert, als zentrales Merkmal des Sonderfalles Schweiz identifiziert (u.a. Amstutz, 01.08.2018). Die direkte Demokratie sei die gesetzlich festgeschriebene Verankerung der Stimme des Volkes in der politischen Landschaft der Schweiz. So betont die Partei immer wieder, dass „das Volk zuoberst“ (Amstutz, 01.08.201) stehe und Parlament und Bundesrat darunter. Da sich die SVP als Stimme des Volkes versteht, sieht sie sich somit legitimerweise an der Spitze der Schweiz stehend und nutzt das Mittel direktdemokratischer Abstimmungen ausgiebig. Gleichzeitig postuliert sie die Bedrohung dieses die Schweiz prägenden Wertes durch die anderen Parteien und adressiert so Ängste vor dem Verlust der schweizerischen Sonderrolle in der Welt, während „die SVP noch die einzige Partei [sei], die sich dafür [die direkte Demokratie (A.d.V.)] einsetzt“ (Blocher, 15.01.2010).

Diese Emporhebung des Eigenen über alle anderen, die versuchte Definition des Eigenen über diffus und ‚leer‘ bleibende Schweizer Werte, geht einher mit einer starken Romantisierung des Eigenen, der Heimat (Blocher, 26.01.2002). Wie bereits gezeigt wurde, fokussiert sich die SVP stark auf die Schweiz und das Schweizervolk und konstruiert eine von innen und von außen bedrohte Wir-Gemeinschaft. Als verbindendes Element bzw. Fundament der Partei dient dabei die Geschichte:

„**Unser** Bund wird **nicht** durch eine gemeinsame Sprache, **nicht** durch einen gemeinsamen Volksstamm, **nicht** durch eine vorgegebene Geographie zusammengehalten, **auch nicht** durch ein übereinstimmendes religiöses Bekenntnis, **sondern** einzig durch die gemeinsam durchlebte Geschichte“ (Blocher, 21.06.1997: 4).

Die polyphonen Markierungen in dieser Aussage heben zunächst hervor, wodurch die Wir-Gemeinschaft nach Meinung der SVP nicht zusammengehalten wird. Diese Aussagen sind somit so dominant im gesellschaftlichen Diskurs, dass sie in die Aussage hineinwirken und von Blocher negiert werden müssen. Dass die „gemeinsame Sprache“ (ebd.) kein entscheidendes verbindendes Merkmal sei, konnte oben bereits gezeigt werden und auch die Religion scheint eine untergeordnete Rolle zu spielen (vgl. Kap. 5.3.3). Die „vorgegebene Geographie“ (ebd.), verstanden als die Schweiz in ihren heutigen (harten) Grenzen, habe jedoch sehr wohl eine bedeutende Rolle bei der Konstruktion der Wir-Gemeinschaft, wie dieses Kapitel zeigt. Und auch der Bezug auf einen „gemeinsamen Volksstamm“ (ebd.) verweist auf völkische Argumentationen. Zwar spricht die

Partei nicht direkt vom Abstammungsprinzip, bezieht sich aber, wie auch Blocher am Ende der obigen Aussage, auf „die gemeinsam durchlebte Geschichte“ (ebd.). Diese Argumentation vermeidet den Begriff der Abstammung, meint jedoch letztlich das Gleiche, da Menschen, die nicht auf eine lange Geschichte innerhalb der schweizerischen Grenzen zurückblicken können, nur schwer Teil des Eigenen werden könnten. Die Geschichte, in Verbindung mit den oben diskutierten Schweizer Werten, bildet ein identitätsstiftendes Fundament für die Wir-Gemeinschaft. Gerade der historische Hintergrund samt entsprechenden Bezügen kann dabei nicht erlernt werden und hat somit einen stark ausschließenden Charakter.

Im Sinne einer *invention of tradition* (HOBBSAWM U. RANGER 2013) konstruiert die SVP eine bis 1291 zurückgehende kontinuierliche Geschichte der Schweiz. An die damals schriftlich im Bundesbrief festgehaltenen Werte und Normen sollte sich auch heute noch gehalten werden, da es „den Schweizern [sonst] schlecht“ (Blocher, 01.08.1998) gehe. Die Besonderheit dieser langen, erfolgreichen, kontinuierlichen Geschichte der Schweiz in Verbindung mit Souveränität, Neutralität und direkter Demokratie mache den Nationalstaat Schweiz so erfolgreich (Blocher, 01.08.2018) und kann schlussendlich als Argument gegen jegliche Form der Veränderung oder Modernisierung verwendet werden. Kern der Selbsterzählung der Geschichte des schweizerischen Nationalstaates durch die SVP ist die Kontinuität. Seit ihrer Gründung sei die Schweiz den 1291 verschriftlichten Werten und Normen treu geblieben, war somit stets anders als der Rest Europas und letztendlich besser als alle anderen (Blocher, 15.01.1999; Blocher, 15.01.2016). Trotz Kriegen in Europa und sonstiger Bedrohungen von außen, blieb die Schweiz laut SVP neutral und konnte auf diese Weise zum stabilsten, demokratischsten und friedlichsten Land der Welt werden (Blocher, 15.01.2010). Diese Erzählung zeichnet sich durch eine starke Verwendung positiver Emotionen und Affekte aus. Das Sprechen über das Eigene, die eigene Geschichte, ist stets mit Liebe und Stolz verknüpft. Die „Liebe zur Schweiz“ (Aeschi, 01.08.2018) ist das verbindende Element, sie hält die Wir-Gemeinschaft zusammen. Zugleich wird Stolz adressiert: Stolz auf die im Zweiten Weltkrieg erhaltene Neutralität (Blocher, 01.03.1997) und auf den (wirtschaftlichen) Erfolg des Landes (Blocher, 03.04.2000; Blocher, 19.01.2018). Dazu passt die bereits erwähnte Bezeichnung der Schweiz als Sonderfall bzw. der Beschreibung als „Wunderwerk Schweiz“ (Amstutz, 01.08.2018). Im Gegensatz zu AfD und FPÖ gelingt es der SVP eine breit akzeptierte, positiv konnotierte Geschichte der Schweiz zu konstruieren und zu erzählen. Diese bindet das konstruierte Schweizervolk zusammen und stärkt die Wir-Gemeinschaft. Die in Deutschland und Österreich dominanten Debatten um die Zeit des Nationalsozialismus werden im Diskurs der SVP durch den Verweis auf die Neutralität weggewischt.

„**Das Schweizervolk** erwies sich *zwischen 1933 und 1945 als resistent gegenüber dem nazistischen Gedankengut. **Praktisch 100 % der Schweizer** wählten auf Bundesebene demokratische, schweizerisch gebliebene Parteien“ (Blocher, 01.03.1997: 2).*

Die gesamte Aussage stellt eine Reinwaschung der Schweizer:innen dar, greift den diskursiv in der Gesellschaft vorhandenen Stolz auf die eigene Geschichte auf und gibt ihn pointiert wieder. In der Schweiz ist, auch aufgrund des hegemonialen Neutralitätsdiskurses, eine deutlich positivere Erzählung der eigenen Geschichte möglich. Die Schweiz stellte keine Kriegspartei im Zweiten Weltkrieg dar und kann ihre Geschichte somit von einer ganz anderen Position aus erzählen. Dass die SVP als extrem rechte Partei seit Jahren die stärkste Kraft im Land ist und somit großen Einfluss auf den gesellschaftlichen Diskurs hat, spielt sicherlich ebenfalls eine Rolle bei der gesamtgesellschaftlichen schweizerischen Geschichtserzählung. Negative Elemente in der Geschichte können relativiert und die Schweiz als Vorbild inszeniert werden, auf das die Schweizer:innen stolz sein können (Blocher, 19.01.2001).

Dieser Stolz, die Liebe für das Eigene, kulminiert in der Konstruktion der Gesellschaft als „Schicksalsgemeinschaft“ (Blocher, 18.09.2003). Der Einzelne solle „sich der Gemeinschaft hingeben“ (Aeschi, 01.08.2018).⁹⁰ Diese Vorstellung eines auch durch emotional-affektiv eng verbundenen Eigenen, bei dem die Gruppe über dem Individuum steht, sei jedoch konstanten Bedrohungen ausgesetzt. Diese Bedrohungen kommen zum einen von außen, wenn die SVP davon spricht, dass Migrant:innen und Geflüchtete das Leben der Schweizer:innen verschlechtern würden (Aeschi, 14.10.2020) und ein großer Teil von ihnen arbeitslos sei (Blocher, 07.03.1998). Die SVP konstruiert also wie AfD und FPÖ gesellschaftliche Gruppen und spielt sie gegeneinander aus. In diesem Beispiel stehen sich Schweizer:innen und Migrant:innen/Geflüchtete antagonistisch gegenüber, während zum anderen auch innerhalb der Gruppe der Schweizer:innen Untergruppen konstruiert und gegeneinander ausgespielt werden. Ebenso wie bei den beiden anderen Parteien betrifft dies vor allem arbeitssuchende Menschen. Unterschieden wird semantisch zwischen den „Tüchtigen“ (Blocher, 17.01.1997) und den „Schmarotzer[n]“ (ebd.), die sich ebenfalls antagonistisch gegenüberstehen. Letztere werden aus der Gruppe des Eigenen, aus der Volksgemeinschaft, ausgeschlossen und stellen eine Bedrohung für das Eigene dar. Die Abwertung von Arbeitslosigkeit und Armut passen dabei ins Bild der sich stark neoliberal gebärdenden SVP. Was bei AfD und FPÖ an manchen Stellen durchscheint, wird in der SVP als offener Neoliberalismus mit möglichst wenig Staat und kaum Sozialhilfen propagiert. In nahezu allen Reden und Interviews wird gegen den Wohlfahrtsstaat gewettert (Blocher, 01.01.2000), der Sozialstaat als „unsozial[er]

⁹⁰ Dennoch solle der Einzelne im neoliberalen Sinne möglichst viel Eigenverantwortung übernehmen und der Gemeinschaft nicht zur Last fallen (Aeschi, 01.08.2018; Blocher, 01.01.2000).

[...] Umverteilungsstaat“ (Blocher, 17.01.1997) bezeichnet, der die Tüchtigen bestrafen (ebd.) und zu „Sozialtourismus“ (Blocher, 27.05.1998) führen würde. Diese Bedrohungen und die Verortung des Eigenen in der Gruppe der Tüchtigen tragen ergänzend zu Liebe und Stolz zu einer noch stärkeren inneren Verbundenheit der Wir-Gemeinschaft bei und manifestieren die Abgrenzung nach außen. Gleichzeitig wird deutlich, dass sich der Nationalismus der SVP nicht in erster Linie auf den Staat und seine Institutionen bezieht, sondern auf den imaginierten, klar abgrenzbaren Raumcontainer Schweiz in Verbindung mit der Konstruktion eines homogenen Volkes. Arbeitssuchende Menschen haben in der von der Partei postulierten Gesellschaft keinen Platz und sollen auch nicht notwendigerweise vom Staat unterstützt werden. Um die „Schwachen“ (Blocher, 02.09.2007) solle sich zwar gekümmert werden, allerdings nur bis zu einem gewissen Maße und auch nur, wenn es sich um Schweizer:innen handele (Blocher, 27.10.2003). Die sozialen Ungleichheiten in der Gesellschaft scheinen gewollt, da ein gut ausgebauter Sozialstaat die Tüchtigen benachteiligen würde (Blocher, 17.01.1997):

„Mein Ziel ist es, dass auch in Zukunft **Jede und Jeder** in diesem Land Arbeit hat und damit ein würdiges Leben führen kann“ (Parmelin, 10.02.2020).

Ein Leben ohne Arbeit sei in den Augen der SVP unwürdig, da kein Beitrag zur Gesellschaft geleistet würde. Neben der Einordnung in die Gemeinschaft ist der SVP zudem wichtig, dass jedes Individuum möglichst große Freiheiten genieße und Eigenverantwortung lebe (Blocher, 01.11.1998; Blocher, 02.09.2007). Im Vordergrund stehen dabei jedoch vor allem ein schlanker Staat in neoliberaler Tradition – möglichst kleiner Wohlfahrtsstaat sowie wenig Einmischung in das Leben des Einzelnen – sowie die Verantwortung des Einzelnen, der Gesellschaft nicht zur Last zu fallen (Blocher, 16.11.2003). Diese Aspekte werden direkt mit dem Sonderfall Schweiz und seinem (wirtschaftlichen) Erfolg in Verbindung gebracht (Blocher, 15.01.1999). Insgesamt favorisiert die SVP also eine Gesellschaft mit größtmöglicher Freiheit für das Individuum sowie Eigenverantwortung, aber dennoch einer Unterordnung unter das große Ganze. Der Staat solle möglichst nicht eingreifen, der Wohlfahrtsstaat abgebaut werden, da er die „Schmarotzer“ begünstige und die „Tüchtigen“ bestrafe (Blocher, 17.01.1997). Insgesamt spricht die SVP, bis auf diese zentralen übergeordneten Argumentationsstränge jedoch wenig über ihr Gesellschaftsmodell, vermutlich weil sie einen Großteil der Verantwortung von der staatlichen auf die individuelle Ebene verlagern möchte. Gleichzeitig begünstigt sie damit vermögende und mächtige Individuen und weniger das Volk bzw. den kleinen Mann, den sie jedoch mit ihren Aussagen zumeist adressiert. Sie ist, ähnlich wie AfD und FPÖ, zwischen Darstellungen als Wirtschaftspartei und als Volkspartei gefangen. Diese Ansichten stehen sich häufig konfligierend gegenüber, wobei die SVP einen deutlich stärker sichtbaren neoliberalen und wirtschaftsfreundlichen Kurs fährt als die anderen beiden Parteien.

Der Fokus auf das Individuum in gesellschaftlicher Hinsicht zeigt sich auch in der Familienpolitik der Partei. Die Familie und das Kinderkriegen seien „Privatsache“ (Blocher, 23.10.2003), der Staat habe sich nicht einzumischen. Letzteres solle vom Staat auch nicht gefördert werden (Blocher, 29.11.2003), wie es AfD und FPÖ vor dem Hintergrund eines konstruierten Bevölkerungsaustausches jeweils fordern (vgl. Kap. 5.1.1; Kap. 5.2.1). Diese Aussagen verraten jedoch mehr über die die politischen Institutionen betreffenden Ansichten der SVP als über die Familienpolitik. Hinter jeder Aktion des Staates wird „Etatismus und [...] Kollektivismus“ (Blocher, 29.11.2003) vermutet, stets verknüpft mit negativen Zuschreibungen und Verweisen auf Sozialismus und Faschismus (vgl. Kap. 5.3.6), um den neoliberalen, schlanken Staat diskursiv zu legitimieren. In diesem Bereich werden die Unterschiede zwischen AfD und FPÖ auf der einen und der SVP auf der anderen Seite besonders deutlich. Während sich erstere ausgiebig zur „Familie als Keimzelle der Gesellschaft“ (Meuthen, 11.07.2017) äußern und eine nationale Bevölkerungspolitik postulieren, bleiben die Vorstellungen der SVP zur Familie eher vage und implizit. Zumindest Blocher äußert sich im gesamten Untersuchungszeitraum kaum zum Thema Familie. Das Paradigma der Familie als Privatsache zeigt sich deutlich in der Nichtbehandlung in Reden und Interviews. Kleine Fragmente lassen sich finden und deuten auf ein sehr konservatives, reaktionäres Familienbild hin:

„**Ich** bin **noch heute** der Meinung, dass bei Uneinigkeit der Eheleute **der Mann die finanzielle Verantwortung für den Unterhalt der Familie** tragen soll. Wenn **Sie** diese Verantwortungszuweisung als Überordnung verstehen, ist das **nicht mein** Problem“ (Blocher, 29.11.2003).

Die polyphone Markierung „noch heute“ (ebd.) zeigt, dass er sich seiner veralteten Vorstellungen bewusst ist, diese aber dennoch beibehält. Der Mann ist im Familienbild der SVP der Frau übergeordnet und trage die Verantwortung. Die größte Angst der SVP bleibt jedoch die vor der Verstaatlichung und damit der „Auflösung der Familie“ (Blocher, 18.01.2013). Zum einen argumentiert die Partei dabei mit den Finanzen, da staatliche Kindererziehung aus Steuermitteln bezahlt werden müsste. Zum anderen sei mit dem Verweis darauf, dass „Sie [...] die Erziehung unserer Kinder regeln [wollen]“ (ebd.: 15) schon das Fundament gelegt für Eingriffe in die Bildungspolitik und „die Rechte der Eltern“ (ebd.: 15). Es sei jedoch an dieser Stelle erwähnt, dass ein explorativer Blick in weitere Veröffentlichungen der Partei das durchscheinende Bild eines konservativen bis reaktionären Familienbildes der SVP bestätigt hat. Laut Parteiprogramm bildet die

Familie das Fundament der Gesellschaft (SVP 2019). Favorisiert wird dabei eindeutig die traditionelle Familie aus Vater, Mutter und Kindern (ebd.; Zuppiger 2009), weshalb die Partei auch gegen die Ehe für alle ist (Herzog 2021).⁹¹

Zusammenfassend lässt sich für die SVP konstatieren, dass der Nationalismusdiskurs eine hegemoniale Stellung einnimmt und mit allen anderen Argumentationen und Diskursen verknüpft ist. Noch deutlich stärker als die anderen beiden Parteien ist die SVP dabei in der Lage, eine positiv konnotierte, lang zurückreichende und erfolgreiche Geschichte über das Eigene und den dazugehörigen Nationalstaat zu erzählen. Letzterer steht stets im Zentrum und wird allem anderen übergeordnet. Jegliche Handlung müsse laut SVP an ihm ausgerichtet werden, für ihn müsse alles gegeben werden. Bei der Konstruktion des Eigenen spielen Liebe und Stolz eine besondere Rolle und führen zu einer sehr starken Verbundenheit der Wir-Gemeinschaft, weshalb sich diese weniger über *othering* definieren muss. Die SVP lebt die Imagination des kleinen, abgeschotteten Bergstaates und hält die Werte Souveränität und Neutralität hoch. Diese Begriffe können somit eher als Umschreibungen für eine gewisse Form des Isolationismus gelesen werden. Im Umgang mit der EU wird dieser Aspekt besonders deutlich (Kap. 5.3.4). Gleichzeitig befindet sich mit den politischen Gegner:innen sowie dem Staat selbst, verstanden als Sozialstaat bzw. „Wohlfahrtsstaat“ (Blocher, 18.01.2013), der größte Feind der SVP im inneren des homogenisierten und nach außen scharf abgegrenzten Raumcontainers Schweiz. Das Fremde im Inneren ist deshalb Gegenstand des folgenden Kapitels.

5.3.2 Das Fremde im Inneren

Der SVP gelingt es deutlich besser als AfD und FPÖ ein positives Bild des Eigenen, der Schweiz selbst sowie der Schweizer:innen, zu zeichnen. Dieses wird nicht nur in Abgrenzung zu einem Anderen definiert, sondern bezieht sich stark auf die eigene Geschichte sowie bestimmte Werte und Traditionen⁹². Dennoch kommt auch diese Konstruktion nicht ohne klare Abgrenzungen nach außen (Kap. 5.3.3) sowie im Inneren aus, welche jeweils mit verschiedenen Bedrohungsszenarien verknüpft werden. Auch wenn die Partei aufgrund des besonderen Regierungssystems der Schweiz (vgl. Kap. 3.3) seit jeher an der Regierung beteiligt ist und seit 1999 die stärkste Kraft im Land bildet, fühlt sie sich isoliert und bedroht (Blocher, 26.04.1997; Blocher, 17.01.2014). Analog zu den anderen beiden Parteien lassen sich zentrale Repräsentationen des Fremden im Inneren,

⁹¹ Es finden sich innerhalb der SVP jedoch auch Befürworter:innen der Ehe für alle, die sich vor allem auf den Status der Familie als Privatsache sowie die Nichteinmischung des Staates beziehen (Blick 2021).

⁹² Die Begriffe können dennoch, wie auch bei der AfD, als leere Signifikanten identifiziert und bezeichnet werden.

also Feindbilder innerhalb des Raumcontainers Schweiz aus dem Textmaterial herausarbeiten:

- die Elite/*classe politique*
- die Regierung
- die anderen Parteien
- (NGOs, Gewerkschaften, Vereine, Intellektuelle)

NGOs, Gewerkschaften und Vereine werden, ähnlich wie bei der FPÖ und im Unterschied zur AfD, wenig thematisiert, gleichzeitig wird diese Kategorie jedoch um „Intellektuelle“⁹³ (z.B. Blocher, 01.01.2000) erweitert. Aufgrund des besonderen Regierungssystems der Schweiz mit einem Regierungsteam aus den vier stärksten Parteien statt wechselnder Koalitionen werden die Feindbilder ‚Regierung‘ und ‚andere Parteien‘ häufig synonym verwendet und die Regierung selbst ist kein so klares Feindbild wie es bei AfD und FPÖ der Fall ist. Dafür fokussiert sich die SVP stark auf eine Elite, häufiger bezeichnet als „*classe politique*“ (Blocher, 15.01.1999), die dem schweizerischen Volk gegenüberstehe. Diese Elite umfasse dabei nahezu alle Akteur:innen außer der SVP:

„Dieses Resultat kam zustande, obwohl die offizielle Schweiz - die „classe politique“ -, allen voran der Bundesrat, das Parlament und die Parteien, die Presse, die Massenmedien, die Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände, zahlreiche Hochschullehrer und wissenschaftliche Institute, Manager internationaler Konzerne, volkswirtschaftliche Berater der Grossbanken, Kulturschaffende - kurz: **alles, was Rang und Namen hatte** - in einem fast unheimlich eintönigen und gedankenlosen Chor schwerwiegende Nachteile für den Fall des EWR-Neins prophezeite“ (Blocher, 07.12.1997).

Diese erschöpfende Aufzählung verdeutlicht zum einen, dass „*classe politique*“ (ebd.) als leerer Signifikant bezeichnet werden kann, da im Prinzip alles mit ihm verbunden werden kann. Zum anderen zeigt sie, dass die SVP, als Vertreterin des Volkes, allein einer Übermacht gegenüberstehe. Die Aufzählung allein wirkt bereits bedrohlich, wird jedoch noch verstärkt durch die Verknüpfung der aufgezählten Akteur:innen, Organisationen und Institutionen mit Macht („alles, was Rang und Namen hat“ (ebd.)) sowie ihrer Bezeichnung als „unheimlich“ (ebd.). Gleichzeitig wird die konstruierte Gruppe als eintönig und gedankenlos (ebd.) bezeichnet, was sie zu einer nicht mehr differenzierbaren Masse verschwimmen und als blind Befehlen folgend erscheinen lässt. Letztere Verknüpfung bezieht sich vor allem auf die Verbindungen zur EU und einer angeblichen Lenkung und Beeinflussung von außen, welche in Kapitel 5.3.4 thematisiert wird. Die *classe*

⁹³ Mit dem Begriff ‚Intellektuelle‘ beschreibt die SVP Personen aus Wissenschaft und Forschung oder generell studierte Menschen. Das können Personen sein, die der *classe politique* zugeordnet werden, die Gruppen sind jedoch nicht vollständig deckungsgleich.

politique wird als mächtige, nahezu allumfassende Gruppe konstruiert, die mächtige, nahezu allumfassende Gruppe konstruiert, die einer anderen Gruppe antagonistisch gegenübersteht (Abb. 22).

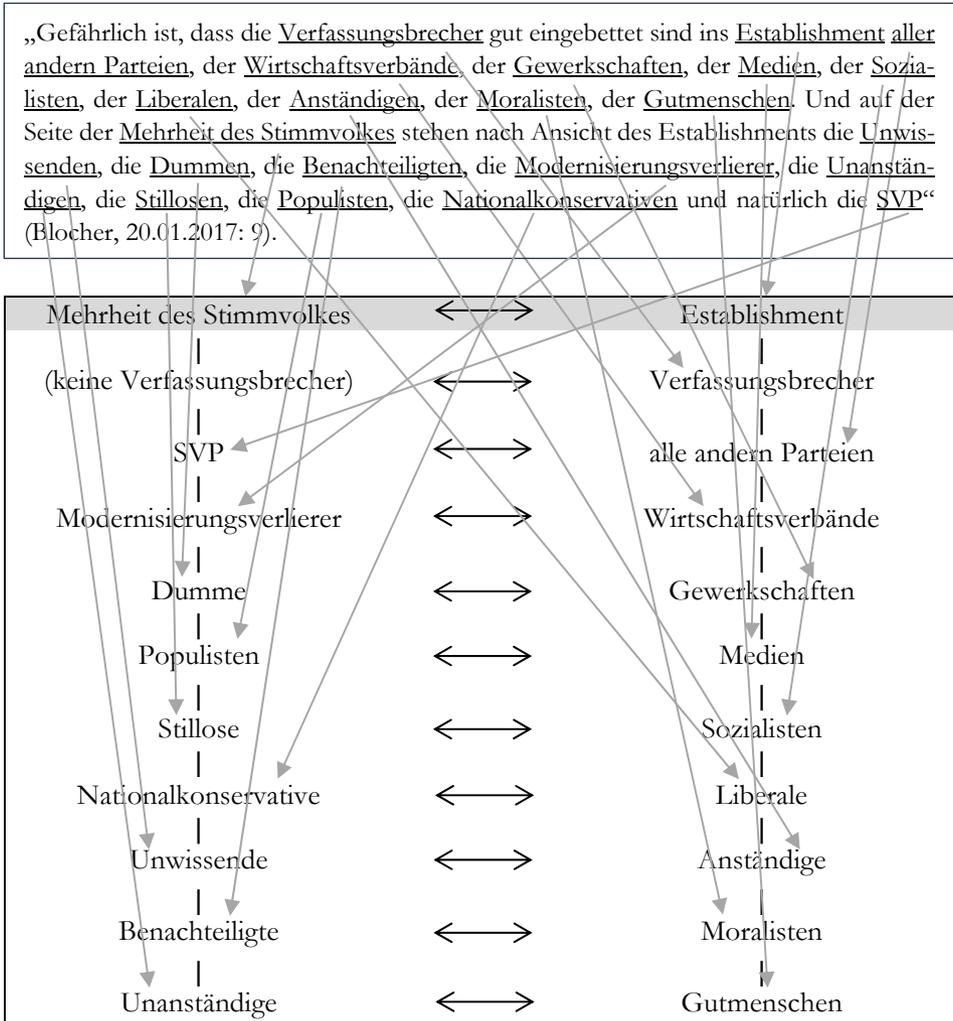


Abb. 22: Mehrheit des Volkes vs. Establishment (Quelle: eigene Darstellung)

Die aus obigem Zitat herausgearbeitete semantische Strickleiter (vgl. Kap. 4.1.1) steht exemplarisch für das gesamte analysierte Material zur SVP. Es werden sehr klar zwei sich antagonistisch gegenüberstehende Gruppen konstruiert. Auf der einen Seite die *classe politique*, in dieser Aussage synonym als „Establishment“

(ebd.) bezeichnet⁹⁴, und auf der anderen Seite die „Mehrheit des Stimmvolkes“ (ebd.) zu der sich die SVP zählt. Dabei vermischt Blocher Eigen- und Fremdkonstruktionen der beiden Gruppen, da er zum einen betont, dass die Aufzählung, wer zur „Mehrheit des Stimmvolkes“ (ebd.) gehört, die Ansicht des Establishments sei. Das erklärt die teilweise abwertenden Beschreibungen für Teile der Gruppe des Eigenen („Dumme“, „Stillose“ (ebd.)). Zum anderen wirkt aber auch die Parteimeinung in die Aussage hinein, wenn die Anderen als „Establishment“ (ebd.) und „Verfassungsbrecher“ (ebd.) und das Eigene als „Mehrheit“ (ebd.) bezeichnet wird. Gleichzeitig ist Abbildung 22 keine klassische semantische Strickleiter, da sie zwei bloße Aufzählungen der Gruppen des Eigenen und des Anderen gegenüberstellt und die einzelnen Unterkategorien nicht notwendigerweise einen direkten Bezug zueinander haben. Dennoch lässt sich auf diese Weise anschaulich verdeutlichen, dass die SVP sich einer Übermacht gegenüber sieht und ähnlich wie AfD und FPÖ zwar gemeinsam mit dem Volk, das nur sie vertrete, aber isoliert der geballten Macht von Wirtschaft, Politik und Medien gegenüberstehe. Die üblicherweise in einer semantischen Strickleiter abgebildeten identitätsstiftenden Merkmale lassen sich an anderen Stellen im Textmaterial finden. Die Elite wird von der SVP, der obigen Fremdzuschreibung als Populist:innen also nicht gänzlich widersprechend, als abgehoben (Aeschi, 01.08.2018: 8) bezeichnet, als dekadent (Blocher, 15.01.2010: 4), bösartig und verräterisch (Blocher, 19.01.2018: 8). Der Elite wird vorgeworfen die Geschichte (Blocher, 01.03.1997) sowie die Schweizer Werte zu missachten (Blocher, 11.05.2002; Blocher, 16.01.1998), Volksrechte (Blocher, 15.01.2016) und Freiheitsrechte einzuschränken (Blocher, 15.04.2000) und generell Schuld zu sein an der „misslichen Lage“ (Blocher, 17.01.1997). Diese Argumentation zieht sich durch das gesamte Textmaterial sowie den gesamten Untersuchungszeitraum. Stets steht der Elite, der *classe politique*, dabei das Volk gegenüber, das de facto mehr für das Land tue (Blocher, 01.03.1997: 6) und eigentlich über der Elite stünde, weshalb letztere auch als „Schein-Elite“ bezeichnet wird (Blocher, 20.01.2017: 6).

Die in den Aussagen der SVP sichtbar werdende Trennung in die oben dargestellten Gruppen wird auf diese Weise verstärkt und um eine emotional-affektive Komponente ergänzt. Durch solche semantischen Abwertungen des Fremden im Inneren sowie verschwörungstheoretisch anmutende Formulierungen wie „jene Kreise“ (Blocher, 05.05.1998) oder „die da oben“ (Rösti, 01.08.2018: 6) in Verbindung mit dem Bedrohungsszenario der Zerstörung der Schweiz (Kap. 5.3.5), werden sowohl Wut und Hass auf diese Gruppe gelenkt als auch diskursiv vorhandene Ängste vor Wohlstandsverlusten und (möglicher) Benachteiligung adressiert:

⁹⁴ Im Gesamtverlauf der Rede werden die Begriffe *classe politique*, Establishment und Elite synonym verwendet (vgl. Blocher, 20.01.2017: 9).

„*Es brodelt im Volk. Die Herrschenden* sollten sich nicht in der Illusion wiegen, man könne den Volkswillen überfahren und alles sei bestens, schliesslich gebe es keine Demonstrationszüge, Barrikaden und blutige Strassenschlachten. Doch sollte man sich nicht täuschen. *Ein grosser Teil der Bevölkerung ist empört, zornig, aufgebracht*“ (Blocher, 20.01.2017: 15).

In dieser Textstelle wird die Konstruktion der beiden sich antagonistisch gegenüberstehenden Gruppen, Elite und Volk, nochmals deutlich („Die Herrschenden“ vs. „Ein grosser Teil der Bevölkerung“ (ebd.)). Sichtbar wird zudem die emotional-affektive Aufladung der Aussage und damit der Debatte insgesamt. Das (homogenisierte) Volk sei „empört, zornig, aufgebracht“ (ebd.) und das laut SVP zurecht. Die Partei ruft zwar nicht explizit zur Gewalt oder zum Widerstand auf, diese Aspekte werden aber dennoch diskursiv aufgegriffen und rücken somit in den Bereich des Möglichen/Sagbaren. Kombiniert wird diese stark aufgeladene Sprache und Atmosphäre mit der Beschreibung der Elite, der *classe politique*, als „landesverräterisch“ und „unwürdig“ (ebd.: 7). In den Aussagen der SVP wird sie der Ausschaltung des Volkes, also der Durchführung eines „Staatsstreich[es]“ (Blocher, 19.01.2018: 9) bezichtigt. Damit rückt die Partei die sogenannte Elite semantisch in die Nähe von Diktaturen und verdeutlicht im gleichen Atemzug ihren inhärenten Rassismus:

„Das Ganze gleicht den Staatsstreich **afrikanischer Diktatoren** – nur dass diese **Bundesrichter** statt farbiger Tücher dunkle Anzüge tragen (Blocher, 19.01.2018: 10).

Klassisch kolonialistische Imaginationen eines homogenen Afrikas treffen in dieser Aussage auf die Verkopplung dieses Kontinents mit Kriminalität, Gewalt und der Abwesenheit staatlicher Kontrolle. Gleichzeitig zeigen diese Ausführungen, dass eine klare Trennung des Fremden im Inneren, also von Elite, Regierung und anderen Parteien, in den Aussagen der SVP nur schwer möglich ist. Die Begriffe werden zum Teil synonym verwendet und die Grenzen zwischen ihnen verschwimmen. So tauchen viele der oben genannten Identität konstituierenden Merkmale auch im semantischen Umfeld der Regierung sowie der anderen Parteien auf.⁹⁵

Dabei lassen sich, neben den bereits genannten Merkmalen, deutliche Parallelen zu AfD und FPÖ in der Beschreibung der Regierung erkennen. So wird dieser ebenfalls in klassisch populistischer Weise vorgeworfen, Versprechen nicht zu halten (Blocher, 11.05.2002), Fehler zu begehen (Blocher, 19.01.2001: 4) und generell „den Volkswillen“ (Blocher, 15.01.2016: 14) zu missachten. Das Volk vertraue der Regierung nicht (Blocher, 10.11.1990: 18). Ihr wird Führungsversagen

⁹⁵ Die Regierung als „selbstgefällig, realitätsfremd“ (Blocher, 09.05.1998), „unfähig“ (Blocher, 10.10.1999), die Schweiz zerstörend (Blocher, 15.01.1999: 5) und abschaffen wollend (Blocher, 15.01.2010: 16), die anderen Parteien als „Versager“ (Blocher, 17.01.2003: 8) und „Verschwender“ (ebd.: 15), die keine Position hätten (Blocher, 19.01.2001: 5) und das Volk „hinters Licht“ führten (Blocher, 16.01.2009: 9).

vorgeworfen und bei gesellschaftlichen Fragen stecke „[o]ben [...] das Problem, nicht unten“ (Blocher, 18.01.2002: 4). Dabei wird zum wiederholten Male die Verknüpfung von Elite und Regierung deutlich sowie die Verortung des Eigenen, der SVP, unten, beim Volk. Die Regierung wird ebenso wie in Deutschland und in Österreich für die sogenannte Flüchtlingskrise verantwortlich gemacht (Blocher, 15.01.2016) sowie semantisch mit dem Wunsch nach offenen Grenzen verkoppelt (Blocher, 11.05.2002)⁹⁶ und eine gewollte Schwächung der konstruierten Grenze zwischen Eigenem und Anderem von außen durch die Regierung impliziert (Kap. 5.3.3). Das Verantwortlichmachen der Regierung für einen sogenannten „Asylmissbrauch“ (Blocher, 28.09.2000) ist dabei kein spezifisches Thema in der Zeit nach 2015, sondern lässt sich bereits zu Beginn der 2000er Jahre in Aussagen der Partei finden (ebd.). Es sei generell Aufgabe der Regierung, „Recht und Ordnung gegen aussen und innen durchzusetzen“ (Blocher, 15.01.1999). Dieser Aufgabe komme sie nicht nach, weshalb es die SVP und ihren stärkeren Fokus auf *law-and-order*-Politik bräuchte. Die problematische und teilweise sehr drastische Sprache der SVP wird besonders deutlich, wenn es um den Schutz bzw. die Bedrohung des Eigenen geht, das vor allem durch Stolz und Liebe stark emotional-affektiv aufgeladen ist. Politiker der Regierung werden als „Rechtsbrecher“ bezeichnet, die „beim Namen zu nennen [sien]“ (Blocher, 19.01.2018: 13). Es wird auf der einen Seite mit Bezug zur EU vor einer „Gleichschaltung“ (Blocher, 11.05.2002) gewarnt und auf der anderen Seite ein generell problematisches Demokratieverständnis deutlich:

„Wenn der Führer ausfällt und nicht mehr weiter weiss, macht sich **derjenige** zum Führer, der noch weiss, wo es durchgeht. Das ist eine demokratische Auffassung“ (Blocher, 01.08.1998: 9).

Wie bereits an der omnipräsenten Rolle Blochers in der SVP deutlich wird, favorisiert die Partei ein eher autoritäres, klar hierarchisches Politikverständnis und schreckt auch vor der Verwendung des Führerbegriffes nicht zurück (ebd.). In Kapitel 5.3.1 ist bereits deutlich geworden, dass Verantwortung im Verständnis Blochers und der SVP unteilbar ist. Die obige Aussage ergänzt dieses Bild in gewisser Weise um den Aspekt der Selbstermächtigung. Wenn sich derjenige, „der noch weiss, wo es durchgeht“ (ebd.) selbst „zum Führer“ (ebd.) machen soll, wird jegliche demokratische Teilhabe negiert. Die SVP ist so überzeugt davon, im Namen des Volkes zu sprechen, dass diese Position nicht mehr notwendigerweise durch Wahlen bestätigt werden müsse. Wenn die SVP regiert „kommt es gut heraus“ (ebd.). Dieses recht überhebliche Verständnis der eigenen Rolle und Funktion zeigt sich in der immer wiederkehrenden Betonung der schweize-

⁹⁶ Gleiches wird generalisierend allen anderen Parteien vorgeworfen (Blocher, 20.01.2006).

rischen Neutralität und Unabhängigkeit und ihrer Bedrohung durch die Regierung. Dabei schreckt die Partei auch nicht vor weiteren historisch fragwürdigen Vergleichen zurück:

„Ich forderte aber **jene Sozialisten** (nicht nur unter den Sozialdemokraten!), die **uns heute** mit einer totalitären Gesinnung in Verbindung bringen, unmissverständlich auf, ernsthaft über die gleichen ideologischen Wurzeln von Nationalsozialismus, Faschismus und Sozialismus nachzudenken. Diese ideologischen Wurzeln sind die Ursachen des Totalitarismus und bestehen im Ziel einer möglichst unbeschränkten Staatsmacht in jedem Lebensbereich (Etatismus), der Überbetonung der Gemeinschaft (Kollektivismus) und der Missachtung der Freiheit des Einzelmenschen (Antiindividualismus, Antiliberalismus). Dies gilt sowohl für den Nationalsozialismus wie auch den Sozialismus - hüben und drüben - genau gleich“ (Blocher 03.04.2000).

Die SVP sieht sich selbst sowie die Schweiz als stets neutral, unabhängig und in gewisser Weise unbeteiligt. Die Partei verortet sich in einer konstruierten Mitte⁹⁷, identifiziert links und rechts von sich Nationalsozialismus und Sozialismus und setzt diese, abstrahierend auf die aus der Extremismusforschung stammende Hufeisentheorie verweisend (SCHEDLER 2019), gleich. Damit diskreditiert sie zum einen die anderen Parteien und besonders die Linken, da diese in einer semantischen Kette mit Sozialismus und Nationalsozialismus verknüpft werden. Zum anderen verharmlost die SVP die Verbrechen des Nationalsozialismus, indem sie z.B. von einem „roten Holocaust“ (ebd.) spricht und wäscht das Eigene sowie die Schweiz von jeglicher Verantwortung rein. Der Sozialismus, wie ihn die SVP imaginiert, wird letztendlich als noch schlimmer erachtet, da „der braune Totalitarismus glücklicherweise politisch und moralisch vollkommen diskreditiert, geächtet und überwunden“ (ebd.) sei, während der „rote Totalitarismus [...] immer wieder Verteidiger oder zumindest Verharmloser“ (ebd.) fände. Diese fragwürdigen Vergleiche finden sich mehrfach im gesamten Textmaterial über den gesamten Untersuchungszeitraum und können somit als festes Narrativ in den Erzählungen der SVP verstanden werden (vgl. Blocher, 01.03.1997; Blocher, 19.01.2018). Obiges Zitat verdeutlicht zudem nochmals die starke Betonung der Freiheit des Individuums sowie die große Angst vor einem zu starken Staat, indem diese Aspekte sowohl Sozialismus als auch Nationalsozialismus zugeordnet werden.

Daran anknüpfend spricht die SVP von der Regierung als „Diktatur“ (u.a. Blocher, 15.01.1999; Blocher, 15.01.2016), welche wiederum mit dem Sozialismus und vor allem einer homogenisierten Linken in Verbindung gebracht wird. Obwohl die SVP stets Teil der Regierung war und ist, greift sie diese verbal vehement an und sieht sich selbst als eine Art regierende Opposition. Da die Regierung mit Bezug auf das besondere politische System der Schweiz einen Großteil

⁹⁷ Die weiter unten diskutierte scharfe Abgrenzung der SVP gegenüber allem Linken verortet sie jedoch am rechten Rand des politischen Spektrums.

der anderen Parteien einschließt, finden sich im Kern dieselben Charakterisierungen und Zuschreibungen für die Regierung und die anderen Parteien. Letztere werden, analog zu AfD und FPÖ, als einheitlicher Block verstanden, der der SVP (und dem Volk) gegenüberstehe (Blocher, 01.01.2003), weshalb sie die anderen Parteien als „Totengräber der Demokratie“ (Blocher, 16.01.2009: 12) bezeichnet. Das Volk habe dieses Vorgehen schon längst durchschaut und sei „bei der SVP“ (Blocher, 19.01.2007).

Einen besonderen Stellenwert in den Aussagen der SVP nimmt, ähnlich wie bei AfD und FPÖ, eine homogenisierte Imagination ‚der Linken‘ ein. In der Schweiz wird auf Partienebene vor allem die SP als Feindbild markiert, die „dem massenmörderischen System des Marxismus und Stalinismus lange anhing“ (Blocher, 02.12.1999). Darauf aufbauend wird jedoch generell alles links der SVP mit konstruierten Verbindungen zum übergeordneten Feindbild und Schreckgespenst Sozialismus versehen. Auffällig ist dabei, dass sich diese Argumentationen durch den gesamten Textkorpus ziehen. Bereits 1990 sollte die „rot-grüne Politik“ (Blocher, 10.11.1990: 7) bekämpft werden, 1997 die „links-grüne Stadtregierung“ (Blocher, 11.04.1997) in Zürich und heute die „rot-grüne Umweltdiktatur“ (Köppel, 04.04.2019). ‚Die Linke‘ kann dabei als leerer Signifikant verstanden werden, der je nach Bedarf mit spezifischer Bedeutung aufgeladen wird. So werden darunter in einem breiten Band sowohl Sozialdemokrat:innen, die Grünen als auch die Politik an sich im Sinne eines linken Zeitgeistes verstanden. Spannend im Vergleich zu den anderen beiden untersuchten Parteien ist an dieser Stelle die unterschiedliche Verortung einer als gut imaginierten Zeit:

„Dieses deutliche Votum passt **der rotgrünen Linken nicht**. Sie möchten **zurück** zur **Misswirtschaft vor 2003**. Sie wollen **zurück in die neunziger Jahre**, wo **ihre** Politik das Sagen hatte“ (Blocher, 19.01.2007).

Während die FPÖ zum Teil zurück in die 1990er Jahre möchte und die AfD noch weiter zurückliegende Zeitfenster favorisiert, sind die 1990er Jahre für die SVP ein von der Linken bzw. linker Politik geprägtes Jahrzehnt. Menschen wären „des Rassismus oder der Ausländerfeindlichkeit oder beidem bezichtigt“ (ebd.) worden, es herrschte angeblich „political correctness“ (ebd.). Diese Aspekte werden in Deutschland und Österreich (inzwischen auch wieder in der Schweiz) eher in der heutigen Zeit verortet. Die SVP argumentierte allerdings bereits 2007, dass die Schweiz sich in den 1990er Jahren auf einem „Elendsweg“ (ebd.) befunden hätte und der Sozialismus sich „praktisch ungestört ausbreiten konnte“ (ebd.). Erst durch die Stärke der SVP, ihre stärkere Vertretung im Bundesrat ab 2003, hätte sich etwas geändert. Gleichzeitig werden diese Aspekte semantisch mit „der rot-grünen Linken“ (ebd.) verknüpft, die in diese Zeit „zurück“ (ebd.) wollten. Dies müsse jedoch um jeden Preis verhindert werden, da die Linken „falschen Theorien“ (ebd.) folgten. Damit schlägt die Partei die Brücke zu einem imaginierten Sozialismus, welcher, wie oben bereits gezeigt, zum

einen mit Diktatur und zum anderen mit der homogenisierten Linken verknüpft wird. Indem im Zusammenhang mit diesem Sozialismus u.a. vom „roten Holocaust“ (Blocher, 03.04.2000) gesprochen wird und der Sozialismus, wie ihn die SVP versteht, konstant und immer wieder mit den Linken verknüpft wird, entsteht ein stark emotional-affektiv aufgeladenes Bedrohungsszenario sowie eine große Ablehnung und Antipathie gegenüber der Gruppe der Anderen. Politische Zusammenarbeit oder gesellschaftliches Miteinander scheinen auf dieser Grundlage kaum mehr möglich. In nahezu jeder Rede spielt diese Imagination des Sozialismus eine Rolle und wird als „süßes Gift“ (Blocher, 15.01.2016: 15), als nicht mit der Demokratie vereinbar (Blocher, 15.01.2010: 13) und faschistisch (mit Bezug zum Nationalsozialismus) beschrieben (Blocher, 21.01.2000: 6).⁹⁸

In der Bekämpfung der Linken bzw. des Sozialismus im Sinne der SVP werden die Feindbildkonstruktionen bzw. das Weltbild der SVP sehr klar. In der recht häufigen synonymen Verwendung der Begriffe Elite, Regierung und andere Parteien kristallisiert sich der Sozialismus bzw. letztendlich der Staat als hegemonialer Antagonist heraus. Der Sozialismus, selten von der SVP mit über negative Zuschreibungen hinausgehenden Merkmalen beschrieben, verkörpere all das, was die SVP vehement ablehnt.

„An der Schwelle zum 21. Jahrhundert klammern sich **die geistig schiffbrüchig gewordenen Sozialisten** an einen neuen Rettungsring: Es ist der alle Bereiche umfassende „Wohlfahrtsstaat“, den **sie** mit *lautstarken moralistischen, fortschrittlich tönenden Phrasen* bejubeln. Es ist **ihnen** gleichgültig, dass dieser Wohlfahrtsstaat die Menschen zu *Staatsklaven* macht, dass er zwangsläufig in *Abhängigkeit und Knechtschaft* mündet und dass er *die persönliche Freiheit, Unabhängigkeit, Risikobereitschaft und das Eigentum zerstört*. Die **auch von bürgerlichen Kreisen** zunehmend geförderte staatliche Umverteilung führt zu Vermassung, Zentralismus und Sozialbürokratie. Es ist **kein** Zufall, dass **linke Moralisten und eifernde Intellektuelle** mit Schlagwörtern wie „Gerechtigkeit“ und „Solidarität“ nach dem *ruinösen Ausbau des „Wohlfahrtsstaats“ rufen*. **Sie** sind es ja schliesslich, die als **gut bezahlte Funktionäre** in diesem *Zwangsapparat* die Kommandostellen innehaben“ (Blocher, 01.01.2000).

Die SVP forciert in stark neoliberaler Sichtweise die Eigenverantwortung des Individuums.⁹⁹ Dabei werden die Anderen, die „Sozialisten“ (ebd.), in stark abwertender und emotional-affektiv aufgeladener Weise als „geistig schiffbrüchig“ (ebd.), „moralistisch“ (ebd.) und „eifernd“ (ebd.) bezeichnet. Zugleich wird ein Bedrohungsszenario konstruiert, in dem ein abfällig als „Wohlfahrtsstaat“ (ebd.) bezeichneter Sozialstaat die Menschen versklave und ihnen ihre Freiheiten sowie

⁹⁸ Es wird der klassische Vorwurf bemüht, die Nationalsozialisten seien allein schon aufgrund ihres Namens Sozialisten gewesen (SULZBACHER 2022.).

⁹⁹ „Wenn der Staatszwang zur Solidarität den Bürgern befiehlt, wie der heilige Martin den Mantel mit den Bedürftigen zu teilen, so bleibt jedem nach dauerndem Mantelteilen nur noch ein Faden, so dass schliesslich alle erfrieren. Sinnvoller wäre es, wenn alle selber für ihren Lebensunterhalt aufkommen würden, so dass sich schliesslich alle einen gnzen [sic!] Mantel kaufen können“ (Blocher, 03.04.2000).

ihren Besitz nehmen würde. Die erschöpfende Aufzählung der Nachteile und Bedrohungen erzeugt das Bild einer existenziellen Gefahr. Vergrößert wird diese noch dadurch, dass inzwischen „auch von bürgerlichen Kreisen“ (ebd.) solche Maßnahmen forciert würden. Die „Sozialisten“ (ebd.) werden also nicht mehr nur in den linken Parteien und Organisationen vermutet und verortet, sondern die SVP sieht sich, ähnlich wie AfD und FPÖ, allein gegen alle anderen stehen (Blocher, 15.01.2016: 12). Linke Politik, also jegliche Politik, die nicht von der SVP gemacht wird, wende sich vom Bürger ab (Blocher, 02.12.1999) und führe letztlich zur Zerstörung der Schweiz. Nach einer erschöpfenden Aufzählung der Nachteile linker Politik, fasst es die SVP wie folgt zusammen:

„[...] mit all dem wird **die Schweiz** *geschwächt, ja kaputt gemacht*. Das zu verhindern ist die Aufgabe einer **guten Partei**. Es ist **also** Aufgabe **der SVP!** Eine gute Partei kann mit dieser Linkspolitik nicht einverstanden sein“ (Blocher, 16.01.2015: 21).

Indem sich die SVP selbst in moralisierender Art und Weise als „gute Partei“ (ebd.: 21) beschreibt, erscheinen alle anderen Parteien implizit als schlecht und die Schweiz kaputt machend. Gute Parteien könnten „mit dieser Linkspolitik nicht einverstanden sein“ (ebd.: 21). Auf diese Weise erhebt sich die SVP über alle anderen Parteien, wertet diese ab, homogenisiert sie und steht schließlich isoliert in der politischen Arena. Besonders vor dem Hintergrund der Regierungsbeteiligung der Partei erscheint diese Argumentation zumindest in Teilen widersprüchlich. Auf der einen Seite charakterisiert sie sich selbst als einzige wahre Vertretung des Volkes und spricht allen anderen Parteien die Kompetenz und Legitimation dieser ab, auf der anderen Seite arbeitet sie zumindest mit den drei anderen großen Parteien SP, FDP und CVP¹⁰⁰ im Bundesrat zusammen. Auch wenn sich die SVP, wie bereits dargelegt, als regierende Opposition sieht, lassen sich diese Widersprüche in der täglichen politischen Arbeit nicht gänzlich ignorieren. Sie prägen das Selbstverständnis der Partei und führen immer wieder zu Rechtfertigungen und diskursiven Spagaten.

Weitere Repräsentationen des Fremden im Inneren in Aussagen der SVP sind die ebenfalls als links verstandenen NGOs, Gewerkschaften, Vereine und Intellektuelle. Ebenso wie bei der FPÖ ist die Gruppe in Aussagen der SVP jedoch deutlich unterrepräsentiert. Außer dass die Partei im Zusammenhang mit Migration von einem „Kartell der Hilfswerke“ (Blocher, 01.11.2002) spricht, werden NGOs, Gewerkschaften und Vereine kaum thematisiert. Den Gewerkschaften steht die SVP dabei insgesamt sehr kritisch gegenüber und möchte ihre Macht, ganz im Sinne des Neoliberalismus und mit direktem Bezug zur Politik Thatchers im Großbritannien der 1980er Jahre, beschränken (Blocher, 27.05.1998). Damit wird nochmals der der Partei inhärente Widerspruch deutlich, auf der einen Seite

¹⁰⁰ Zum 01. Januar 2021 schlossen sich CVP und BDP zur Partei Die Mitte zusammen.

das Volk, die arbeitenden Schweizer:innen vertreten zu wollen und auf der anderen Seite gegen starke Gewerkschaften und den Sozialstaat zu arbeiten.

Gleichzeitig, und deutlich stärker als bei den anderen beiden Parteien, wird eine gewisse Wissenschaftsfeindlichkeit bzw. die Konstruktion des Feindbildes des/der Intellektuellen in Aussagen der SVP deutlich. Intellektuelle würden, an obige Feindbildkonstruktionen anknüpfend, „ihrer linken politischen Ideologie einen pseudowissenschaftlichen Tarnmantel umlegen“ (Blocher, 15.01.2016: 20), seien vom Staat finanziert und könnten deshalb nicht kritisch sein („eine Hand wäscht die andere“ (Blocher, 15.01.1999)). Das Intellektuelle sei eine bloße Konstruktion und hätte mit dem Alltag der Menschen nichts zu tun (Blocher, 16.01.2015: 15). Professor:innen und Doktor:innen seien keine „normale[n] Mensch[en]“ (Blocher, 20.01.2017: 13). Zudem wird kritisiert, dass es „viel zu viele Gstudierte und viel zu wenig Gscheite“ (Blocher, 16.01.2015: 15) gebe. Es wird implizit eine Entfremdung zwischen dem Volk, den „normalen Bürgern“, und studierten Menschen bzw. Intellektuellen konstruiert. Blocher selbst zählt sich und seine Partei dabei zu den „sogenannt einfachen Leuten“ (Blocher, 21.01.2000: 3) bei denen das „politische Wissen und Verständnis [...] viel tiefer [sei], als mancher hochmütige Intellektuelle meint“ (ebd.: 3). Die SVP greift die diffus in der Gesellschaft vorhandene Skepsis an wissenschaftlicher Forschung auf, gibt sie pointiert wieder und postuliert, dass dieser generell misstraut werden müsse (Blocher, 16.01.2009: 6). Damit attackiert sie einen wichtigen gesellschaftlichen Pfeiler für die Generierung von Wissen und Vertrauen, auch auf einer emotional-affektiven Ebene, wenn Wissenschaftler:innen als „pseudowissenschaftliche Diktatoren“ (Blocher, 15.01.2016: 20) bezeichnet werden. Gleichzeitig positioniert sich die Partei selbst als Alternative, als vertrauensvolle Akteurin auf die man Hören, der man Vertrauen könne. Legitimiert wird diese Behauptung durch den wiederholten Verweis darauf, die Stimme des Volkes zu sein. Auf diese Weise wird der Kreis um die Gruppe des Eigenen noch enger gezogen und die Abgrenzung gegenüber dem Fremden im Inneren (der Regierung, der Elite, den anderen Parteien) noch stärker.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sich die für AfD und FPÖ identifizierten Repräsentationen des Fremden im Inneren mit gewissen Verschiebungen und Abwandlungen auch in den Aussagen der SVP identifizieren lassen. Dabei verschwimmen die Grenzen zwischen Elite, Regierung und anderen Parteien aufgrund des besonderen politischen Systems der Schweiz sowie ihrer langjährigen Vertretung in der Regierung jedoch noch stärker. Die SVP homogenisiert die Gruppen des Anderen, grenzt sich strikt von diesen ab und lädt den Diskurs darüber emotional-affektiv auf. Auffallend im SVP-Diskurs sind die starke Fokussierung auf die Geschichte der Schweiz und teilweise fragwürdige Vergleiche mit Nationalsozialismus und Sozialismus, wobei letzterer als übergeordnetes

Feindbild und Bedrohungsszenario gelesen werden kann. Alles Linke wird von der Partei vehement und ebenfalls stark emotional-affektiv aufgeladen abgelehnt und semantisch in die Nähe eines als diktatorisch imaginierten Sozialismus gerückt. Diese Konstruktion von Bedrohungsszenarien (Kap. 5.3.5) schließt nahtlos an das Verantwortlichmachen der Regierung, der Elite, der anderen Parteien für die angebliche Zerstörung des Eigenen an. Diese Zerstörung bzw. Bedrohung der Schweiz, der Schweizer Werte (vgl. Kap. 5.3.1), ist eng verknüpft mit der Abgrenzung nach außen, die nun für den schweizerischen Kontext diskutiert wird.

5.3.3 Abgrenzung nach außen

Der in Kapitel 5.3.1 ausführlich diskutierte Nationalismuskurs der SVP ist eng verknüpft mit einer starken Abgrenzung nach außen. Wie gezeigt werden konnte, legt die SVP großen Wert auf die Beschreibung der Schweiz als Sonderfall. Der eigene Nationalstaat und das eigene Volk werden mit einer Vielzahl positiver Emotionen und Affekte aufgeladen, sodass eine starke Verbundenheit sowohl zum Raumcontainer Schweiz als auch innerhalb der Gruppe des Eigenen entsteht. Diese Konstruktion des Eigenen als außergewöhnlich, besonders und in gewisser Weise überlegen benötigt jedoch stets eine Abgrenzung von einem Anderen. Die Repräsentationen des Fremden im Inneren, von dem sich die Partei abgrenzt, wurden im vorherigen Kapitel analysiert. Noch bedeutsamer für die Hervorhebung des eigenen Exzeptionalismus¹⁰¹ ist jedoch die Abgrenzung nach außen. Sie ist inhärenter Bestandteil jeglicher Argumentationen der SVP und zieht sich, analog zu nationalistischen Argumentationen, durch nahezu alle analysierten Aussagen. Dabei verweist die Partei darauf, dass bereits die Gründung der Schweiz 1291 das Ziel hatte, „die **Freiheit** gegen Gefahren von aussen zu verteidigen“ (Aeschi, 01.08.2018: 5; H.i.O.). Dies sei die erste und oberste Aufgabe der Schweiz bzw. der SVP. Als Gefahr von außen werden dabei vor allem zwei Aspekte in den Aussagen der Partei relevant:

1. Die Gefahr durch andere Nationalstaaten bzw. ihren Zusammenschluss in der EU (Kap. 5.3.4);
2. Die Gefahr durch Menschen, die von außen in den Raum des Eigenen eindringen, sprich Migration und Flucht.

Ähnlich wie bei AfD und FPÖ nehmen Migration und Flucht reichlich Raum in den Aussagen der SVP ein und ebenfalls analog zu den beiden anderen Parteien werden nicht in erster Linie die in der Schweiz ankommenden Menschen verantwortlich gemacht, sondern in verschwörungstheoretischer und populistischer

¹⁰¹ Zum nationalen Exzeptionalismus, vor allem in Bezug auf die USA, existiert eine breite Debatte, vgl. dazu weiterführend u.a. AGNEW 1983; JANSSON 2018; RESTAD 2012.

Manier „die da oben“ (Amstutz, 01.08.2018). Die enge Verknüpfung des Fremden im Inneren mit der Abgrenzung nach außen wird deutlich, wenn der Regierung die Schuld gegeben wird (Blocher, 28.09.2000), die Schuld am „Asylchaos [...] das] nicht Folge einer Flüchtlingskrise, sondern einer Führungskrise [sei]“ (Blocher, 15.01.2016: 8). Diese Argumentation findet sich bei allen drei Parteien und dient zum einen der semantischen Verknüpfung der Regierung bzw. der Elite mit Migration und Flucht und zum anderen der weiteren Verunglimpfung ersterer. Gleichzeitig können sich die rechten Parteien als „Retter in der Not“ präsentieren. Diese Großerzählung kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Parteien eine scharfe Abgrenzung nach außen betreiben, wie für die SVP nun ebenfalls aufgezeigt wird.

Ausgangspunkt bleibt die in Kapitel 5.3.1 herausgearbeitete sehr positive und mit Emotionen wie Stolz und Liebe aufgeladene Beschreibung des Raumes des Eigenen. Dass die SVP wenig Negatives über die Schweiz zu sagen hat, mag an ihrer Position als langjähriges Regierungsmitglied und stärkste Partei im Land liegen. Es gibt kaum Rufe nach einer ‚guten alten Zeit‘, wie sie bei AfD und FPÖ häufig zu finden sind (vgl. Kap. 5.1.1; Kap. 5.2.1). Umgekehrt wird eher vor einer Rückkehr in die Zeit vor 1999 gewarnt, als die SVP noch nicht stärkste Kraft war (Blocher, 19.01.2007). Der aktuelle Zustand der Schweiz, abgesehen von den im vorherigen Kapitel diskutierten Problemen und Feindbildkonstruktionen im Inneren, sei somit ein positiver. Dies macht die imaginierte Gefahr von außen umso bedrohlicher und verfängt auch auf einer emotional-affektiven Ebene. Personifiziert wird diese Gefahr durch Menschen, die aus diesem Raum des Außen in den Raum des Eigenen eindringen würden. Dabei finden sich im analysierten Material kaum Beschreibungen dieser außerhalb der Schweiz liegenden Räume. Der starke Nationalismuskurs sowie der Fokus auf die eigene Exzeptionalität versperren den Blick auf Räume außerhalb des Raumcontainers Schweiz.

Die Menschen, die in die Schweiz migrieren oder geflüchtet sind (oder deren Eltern oder Großeltern dies taten) werden homogenisiert und pauschal als Andere identifiziert. Ausnahmen sind die menschenfeindliche Unterscheidung in ‚echte‘ und ‚unechte‘ Geflüchtete (z.B. Blocher, 01.08.2018), die weiter unten diskutiert wird, sowie der Wunsch, aussuchen zu wollen, wer „zu uns [komme,] vor allem Hochqualifizierte und Spezialisten“ (Blocher, 20.01.2006) seien erwünscht. Diese Auswahl solle „äusserst restriktiv gehandhabt werden“ (ebd.), da es auch Menschen gebe, „die wir nicht benötigen“ (Blocher, 13.06.2003). Menschen werden in diesen Aussagen je nach imaginiertem ‚Nutzen‘ in Kategorien eingeteilt und voneinander abgegrenzt. Dieser ‚Nutzen‘ von Menschen bezieht sich in den Aussagen der SVP vor allem auf die Wirtschaft. In klassisch neoliberaler Denkweise sollen nur (der Wirtschaft) nützliche Menschen aufgenommen werden. Gleichzeitig könnten generell nur Geflüchtete aufgenommen werden,

wenn und weil die Schweiz eine starke Wirtschaft habe (Blocher, 20.01.2006). Diese fuße auf einer „restriktive[n] Ausländerpolitik“ (ebd.), welche wiederum „den Inländern Vorrang“ (ebd.) zugestehe.

Insgesamt fällt die Beschreibung des das Eigene bedrohenden Anderen sehr klassisch aus:

„Wenn **viele Leute** kommen, die **nicht** ausgebildet sind und **aus völlig anderen Kulturen stammen**, schafft das *Problem*“ (Blocher, 15.04.1999).

Dieser eine Satz zeigt bereits Argumentationen und Großerzählungen, die so auch bei AfD und FPÖ festgestellt werden konnten (vgl. Kap. 5.1.3; Kap. 5.2.3). Indem von „viele[n] Leute[n]“ (ebd.) gesprochen wird, wird die Bedrohung abstrakt und es entsteht das Bild eines „Zustrom[s] von Einwanderern“ (Blocher, 21.01.2000: 9) sowie einer anonymen „Masse“ (ebd.: 9). Gleichzeitig seien diese Menschen „nicht ausgebildet“ (Blocher, 15.04.1999) oder „schlecht qualifiziert“ (Aeschi, 01.08.2018: 10) und könnten somit laut der obigen neoliberalen Argumentation nichts zur schweizerischen Wirtschaft beitragen. Im Gegenteil, sie würden „unsere Sozialwerke belasten“ (ebd.: 10) und seien überdies faul und wollten nicht arbeiten (Blocher, 23.10.2003). All diese „Probleme“ (Blocher, 15.04.1999), wie sie in obiger Aussage bezeichnet werden, verknüpft die SVP semantisch mit dem diesen Aussagen inhärenten Rassismus verschleiern den Begriff Kultur. Indem darauf verwiesen wird, dass die „Leute [...] aus völlig anderen Kulturen stammen“ (ebd.) werden auf naturdeterministische Weise Eigenschaften von Menschen mit bestimmten Räumen verknüpft und gleichzeitig ein ‚Abstammen‘ und somit natürliches ‚gehören‘ in bestimmte Räume impliziert. Diese Argumentation findet sich fast identisch in einer Aussage der AfD¹⁰² und kann somit ebenfalls als Großerzählung rechter Parteien in Europa bestätigt werden.

Den größten Raum in den Aussagen der SVP nimmt jedoch die angebliche Belastung für die imaginierte Wir-Gemeinschaft durch die als fremd konstruierten Anderen ein. Dabei positioniert sich die Partei wiederum als Stimme des Volkes, die deren Sorgen und Ängste zum Ausdruck bringe.

„Und wenn **die Bevölkerung** merkt, dass sie **von oben nicht** die Wahrheit bekommt und wenn **die Leute** dazu **noch das Gefühl** haben, **sie kämen dauernd zu kurz**, weil die Behörden **die anderen verhätscheln**, und **wir** mit Steuergeldern diese Verhätschelung **noch bezahlen**, dann beginnen **die Leute sich ein Ventil zu suchen**“ (Blocher, 20.08.1998).

Die SVP postuliert im Namen des Schweizer Volkes, dass das ‚Wir‘ „zu kurz“ (ebd.) komme, dass dem ‚Wir‘ nicht „die Wahrheit“ (ebd.) gesagt werde und dass die Anderen das ‚Wir‘ „ausnutzen“ (Blocher, 12.11.2002) würden. Die Anderen,

¹⁰² „Wenn er aber Afghane ist, gehört er nicht nach Deutschland, dann gehört er nach Afghanistan (Gauland, 08.08.2017).“

also Migrant:innen und Geflüchtete, würden „verhätschelt“ (Blocher, 20.08.1998) und das ‚Wir‘ müsse dafür „noch bezahlen“ (ebd.). In einer solchen emotional-affektiv aufgeladenen Situation und Stimmung erscheint es für die SVP, wie auch für AfD und FPÖ gezeigt (vgl. Kap. 5.1.3; Kap. 5.2.3), legitim, Gewalt anzuwenden und „sich ein Ventil zu suchen“ (ebd.). An dieser Stelle zeigt sich somit wiederum, wie Liebe und Stolz für das Eigene über Bedrohungsszenarien und den Mechanismus Angst, vor allem vor der Zerstörung dieses geliebten Eigenen, in Wut und Hass umschlagen können und diese sich dann auf bestimmte Gruppen, in diesem Fall Migrant:innen und Geflüchtete, fokussieren.

Die sehr klare und immer wieder betonte Dichotomisierung in die Schweizer:innen und die Anderen zieht sich durch das gesamte Textmaterial. Während die Anderen mit negativen Identität konstituierenden Merkmalen versehen werden, erscheinen die homogenisierten Schweizer:innen als strebsame und fleißige Menschen (vgl. Kap. 5.3.1). Die heile und von Wohlstand geprägte Welt der Schweiz sei jedoch durch die von außen kommenden Anderen bedroht, weshalb eine scharfe (semantische) Abgrenzung stattfindet. Die Menschen seien in Sorge, da alles teurer werde (Aeschi, 14.10.2020), die Anderen belasteten „unser Sozialsystem“ (Blocher, 01.11.2002) und nutzten die Wir-Gemeinschaft aus. Dieses Gefühl des Ausgenutztwerdens wird wiederholt adressiert und lässt sich im gesamten Untersuchungszeitraum nachweisen (Blocher, 12.11.2002; Blocher, 15.01.2016). Damit verstärkt die Partei das diskursiv in der Gesellschaft vorhandene Benachteiligungsgefühl und lenkt dieses auf Geflüchtete und Migrant:innen. Die Partei postuliert und beschreibt ganz klaren „Inländerschutz“ (Blocher, 19.07.2015) und benennt ihn auch so. Diese Herangehensweise ist dabei deutlich aus dem analysierten Korpus herauszulesen, auch wenn nicht so vehement und wiederholt formuliert wie bei AfD und FPÖ:

„Nach der sehr grosszügigen Lösung gegenüber den EU-Bürgern [...] versteht es sich doch von selbst, dass völlig offene Grenzen gegenüber allen Staaten der Welt nicht in Frage kommen können, wie dies **die SP** und **die grünen Parteien** wollen. **Sie bekämpfen** deshalb das neue Ausländergesetz. **Sie** plädieren somit für eine totale Personenfreizügigkeit. Eine solche globale Öffnung würde **unser ganzes Sozialsystem kollabieren lassen**“ (Blocher, 20.01.2006).

In dieser Aussage nutzt die SVP die im vorherigen Kapitel vorgestellten Fremden im Inneren, um deutlich zu machen, was die Partei ablehnt. Mit Bezug zu nationalsozialistischem Vokabular forcierten SP und Grüne „eine totale Personenfreizügigkeit“ (ebd.). Einer solchen, gleichgesetzt mit „offene[n] Grenzen“ (ebd.), stellt sich die SVP vehement entgegen. Man sei schon „sehr grosszügig [...] gegenüber den EU-Bürgern“ (ebd.) gewesen und nun sei eine rote Linie erreicht. Das diskursive Aufgreifen der EU-Bürger bezieht sich auf die vergebliche Opposition der SVP gegen den Beitritt der Schweiz zum Schengenraum

(ACKERET 2007). Nun wird diese politische Niederlage genutzt, um keine weiteren Zugeständnisse machen zu müssen und für geschlossene Grenzen, das Allheilmittel rechter Parteien in Europa, zu werben. Grenzen sind für die SVP unhinterfragbare, in Stein gemeißelte Tatsachen, die „ihren Sinn nur [behalten], wenn man [sie] auch schützt“ (Blocher, 15.01.2016: 8), sie seien „die Voraussetzung unserer Freiheit“ (ebd.: 8). Der deiktische Partikel „unser“ (ebd.: 8) verdeutlicht nochmals ausdrücklich, dass nur die Freiheit der Wir-Gemeinschaft der Schweizer:innen gemeint ist. Auch obige Aussage von Blocher kommt dabei nicht ohne den Verweis auf das Sozialsystem aus, das bei offenen Grenzen „kollabieren“ (Blocher, 20.01.2006) würde. Es werden also sowohl Fremdes im Inneren und im Außen verknüpft als auch ein Bedrohungsszenario konstruiert und dieses emotional-affektiv aufgeladen.

Alle bisher aufgeführten Aspekte – die angebliche Ausnutzung der Sozialsysteme, die schlechte Qualifizierung, die hohen Kosten, die zu schließenden Grenzen – sind verknüpft mit dem zentralen Argument der SVP bezüglich Migrant:innen und Geflüchteten: Sie seien kriminell und brächten Kriminalität in die ansonsten sichere und harmonische Schweiz:

*„Die Zahl der **Illegalen** wird auf 150'000 bis 200'000 Personen geschätzt. Nur ein Bruchteil aller **Asylanten, vorläufig Aufgenommenen und anerkannten Flüchtlingen** gehen einer Arbeit nach. **Der ganze Rest** lebt von der *Fürsorge* oder bezieht Arbeitslosenunterstützung. Von „Wirtschaftsflüchtlingen“ kann also **keine** Rede sein. **Wir** haben eine (*illegale*) Zuwanderung in **unser** Sozialsystem. Die *Kriminalität ist beträchtlich*. Der *Strassenhandel mit Drogen ist oft in den Händen von Asylbanden*. Allein für den Strafvollzug **krimineller Asylanten** müssen jährlich 350-400 Millionen Franken aufgewendet werden. Die gesamten Kosten im Asylwesen belaufen sich laut Berechnungen der „Weltwoche“ auf zwei Milliarden Franken jährlich“ (Blocher, 01.11.2002).¹⁰³*

Auf die pauschale Abwertung von Migrant:innen und Geflüchteten als „Illegale“ (ebd.) und „Wirtschaftsflüchtlinge“ (ebd.) wird im weiteren Verlauf noch näher eingegangen. Zunächst wird jedoch die dominante Verknüpfung von Migration und Kriminalität thematisiert, aufbauend auf den genannten Zuschreibungen als nicht arbeitend und „von der Fürsorge“ (ebd.) lebend. Die abwertenden Begriffe „Asylbanden“ (ebd.) und „Asylanten“ (ebd.) werden direkt mit dem Adjektiv „kriminell“ (ebd.) verwoben. Darüber hinaus wird zum einen auf die Kriminalität auf den Straßen und damit die Gefahr für Schweizer:innen sowie eine unsichere und gefährlichere Schweiz hingewiesen und zum anderen betont, dass viele Migrant:innen und Geflüchtete in den Gefängnissen säßen und damit wiederum Kosten (für die Schweizer:innen) verursachten.¹⁰⁴ Auf diese Weise vermag es die SVP Kriminalität und Gewalt auf die homogenisierte Gruppe der Migrant:innen zu lenken und im Negativ ein positives, nicht gewalttätiges und nicht kriminelles

¹⁰³ Vgl. auch Blocher, 27.10.2003; Blocher, 20.01.2006.

¹⁰⁴ Vgl. auch Blocher, 12.11.2002.

Bild der Schweizer:innen zu zeichnen. Jegliche Kriminalität erscheint somit als importiert und könnte durch das bloße „[R]eexportier[en]“ (Blocher, 02.09.2007) der entsprechenden Personen gelöst werden. Von diesem Punkt ist es dann auch nicht mehr weit, „kriminelle Ausländer“ (Amstutz, 01.08.2018) im gleichen Atemzug mit „Mörder[n], Vergewaltiger[n] und Terroristen“ (ebd.) zu nennen und so den Graben zwischen Wir-Gemeinschaft und konstruiertem und homogenisierten Anderen noch weiter zu vertiefen und emotional-affektiv mit Gefühlen der Angst sowie des Hasses und der Wut aufzuladen. Die Argumentationskette der SVP folgt somit dem Muster rechter Parteien in Europa: Migration führe zu mehr Kriminalität (und letztlich Terror), weshalb sich das Eigene hinter geschlossene Grenzen zurückziehen müsse (Blocher, 15.01.2016).

Trotz dieser teilweise sehr harten und eindeutigen Aussagen – an anderen Stellen spricht die SVP, ganz im Jargon der extremen Rechten, von einem „unkontrollierten Zustrom von Fremden [die] die Identität dieses Landes gefährden“ (Blocher, 28.09.2000) sowie von „Überfremdung“ (Blocher, 31.08.2000) – versucht die Partei noch Unterscheidungen in der Beurteilung der geflüchteten Menschen vorzunehmen. Sie brüstet sich damit, dass die Schweiz in der Vergangenheit immer Menschen in Not aufgenommen habe und dies auch jetzt noch tun wolle (Blocher, 20.01.2006). Allerdings seien die Geflüchteten früher anders gewesen, sie waren „tüchtige Leute“ (ebd.), hätten keine Sozialleistungen erhalten und „sich dann schnell selbst zu helfen gewusst“ (ebd.). Diese „humanitäre Tradition“ (ebd.) der Schweiz, wie die SVP sie bezeichnet, würde heute jedoch ausgenutzt werden. Die heutigen Geflüchteten seien zum Großteil, wie oben beschrieben, kriminell und sowieso keine „echte[n] Flüchtlinge“ (Amstutz, 01.08.2018) sodass sie „Asylrechtsmissbrauch“ (Blocher, 20.01.2006) begehen würden. Damit werden zwei weitere große Themenfelder im Bereich der Migration angesprochen, die ebenfalls schon für AfD und FPÖ herausgearbeitet werden konnten: Die anlassweise Differenzierung innerhalb der ansonsten homogenisierten Gruppe der Geflüchteten und Migrant:innen sowie ihre Beschreibung als „Illegale“ (Blocher, 01.11.2002).

„Damals wurden politisch verfolgte Liberale des benachbarten Auslandes aufgenommen, die unsere Sprachen sprachen und unserem Kulturraum entstammten. Es war eine ausgesprochen geistige Elite, im Ausland tatsächlich verfolgt, die vom Bund keinen Franken bekam, sondern sich ihre Existenz mit harter Arbeit verdienen musste. Wer heute die tägliche und nächtliche illegale Masseneinwanderung und die damit verbundene Kriminalität duldet und mit Direktzahlungen belohnt, verrät die Asylidee des Bundesstaates von 1848“ (Blocher, 16.01.1998: 6f.).

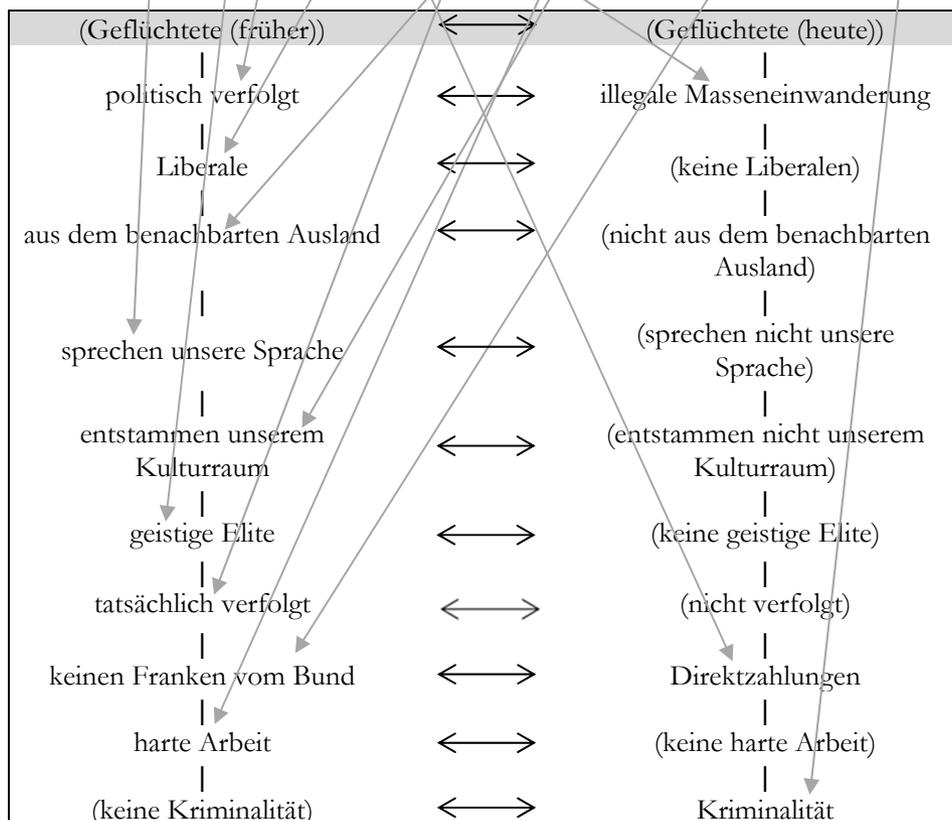


Abb. 23: Geflüchtete (früher) vs. Geflüchtete (heute) (Quelle: eigene Darstellung)

Abbildung 23 zeigt die semantische Abwertung des Anderen, in diesem Fall den im Untersuchungszeitraum von der SVP als Geflüchtete definierten Menschen, in Abgrenzung zu einer konstruierten Gruppe Geflüchteter, die es „damals“ (Blocher, 16.01.1998: 6.) gab. Mithilfe von *othering* wird innerhalb der Gruppe geflüchteter Menschen zwischen ‚guten‘ und ‚schlechten‘ Geflüchteten differenziert, welche zudem zeitlich in „damals“ (ebd.: 6) und „heute“ (ebd.: 7) einsortiert

werden.¹⁰⁵ Die heutigen Geflüchteten werden zumeist implizit beschrieben. Im Negativ der Geflüchteten (früher) erscheinen sie, verstärkt durch den Einsatz von Deiktika, als nicht „unsere Sprache“ (ebd.: 6) sprechend, als nicht aus „unserem Kulturraum“ (ebd.: 6) stammend sowie als nicht hart arbeitend. Gleichzeitig wird eine Verbindung zwischen dem Eigenen, repräsentiert durch Blocher, sowie den Geflüchteten (früher) deutlich. Neben der Verwendung von Deiktika werden dieser konstruierten Gruppe Identität konstituierende Merkmale zugeschrieben, die auch auf das schweizerische Volk bzw. die SVP zutreffen könnten, wie „Liberale“ (ebd.: 6), „geistige Elite“ (ebd.: 6) und „harte Arbeit“ (ebd.: 7) (vgl. Kap. 5.3.1). Auf diese Weise werden über das Vehikel einer konstruierten Gruppe, und somit einer zusätzlichen Ebene, Ablehnung und Wut gegenüber den heutigen Geflüchteten verstärkt. Sie werden nicht nur in Gegenüberstellung zum Eigenen abgewertet, sondern bilden auch innerhalb einer größeren Gruppe Geflüchteter das untere Ende.

Erschwerend kommt hinzu, dass die heutigen Geflüchteten illegalisiert werden. So wie in der Aussage in Abbildung 23 von „illegale[r] Masseneinwanderung“ (ebd.: 7) gesprochen wird, werden Geflüchtete kontinuierlich und über den gesamten Untersuchungszeitraum als „Illegale“ (z.B. Blocher, 20.01.2006; Blocher, 15.01.2016: 8) bezeichnet. Ihnen wird abgesprochen „tatsächlich verfolgt“ (Blocher, 16.01.1998: 6) zu sein und es gäbe heute, wieder im Gegensatz zu einem imaginierten früher, kaum „echte Flüchtlinge“ (Blocher, 01.11.2002). Neben der Unterscheidung in Geflüchtete (früher) und Geflüchtete (heute) wird somit auch zwischen ‚echten‘ und ‚illegalen‘ Geflüchteten unterschieden. Ähnlich wie bei den beiden anderen Parteien, und damit einer hegemonialen Großerzählung der extremen Rechten folgend, wird den Flüchtenden vorgeworfen, das Asylrecht zu missbrauchen (z.B. Blocher, 20.01.2006) und damit das Sozialsystem und die Schweizer:innen auszunutzen. In klassisch rechter Argumentationsweise wird postuliert: „[W]er erst in der fernen Schweiz ein Asylgesuch stellt, zeigt, dass er nicht an Leib und Leben bedroht ist“ (Amstutz, 28.07.2014). Die komplexen Fluchtrealitäten und biographische und persönliche Umstände werden bei dieser Argumentation ausgeblendet. Vielmehr wird in direkter Argumentationslinie von vermeintlich illegaler Einwanderung auf die Ausnutzung des Sozialsystems und schließlich Kriminalität geschlossen und somit eine Kausalität suggeriert (Blocher, 10.10.2003; Blocher, 14.12.2003).

Der starke Bezug der SVP auf das Eigene wird an dieser Stelle nochmals deutlich. Die häufige Verwendung von Begriffen wie „Asylbusiness“ (Blocher,

¹⁰⁵ Das „[H]eute“ (ebd.) in dieser Aussage bezieht sich auf das Jahr 1998, ist jedoch als repräsentativ für den gesamten Untersuchungszeitraum anzusehen, vgl. Blocher, 20.01.2006; Blocher, 15.01.2016.

01.11.2002), „Asylmissbrauch“ (Blocher, 20.01.2006) und „Asyltourist“ (Blocher, 12.11.2002) verdeutlicht das gegeneinander Ausspielen der konstruierten Gruppen der Schweizer:innen und der Geflüchteten. Erstere würden von letzteren in ihrer Freiheit und ihrem Wohlstand bedroht, ihre bloße Existenz im Raumcontainer Schweiz sei zum Nachteil des Eigenen (Blocher, 01.11.2002). In Verbindung mit den bereits diskutierten Faktoren Geld und Ausnutzung wird auch auf einer emotional-affektiven Ebene das Eigene vom Anderen abgegrenzt bzw. die bereits diskursiv vorhandene Abgrenzung verstärkt. Zudem weist die SVP immer wieder darauf hin, Stichwort „Asylbusiness“ (ebd.), dass das (Asyl)System kaputt sei und sät damit Misstrauen in die demokratischen Strukturen und Prozesse. In verschwörungstheoretischer Manier wird z.B. vermutet, dass „soziale Probleme gar nie gelöst werden, weil sonst alle vom Staat damit Beschäftigten arbeitslos würden“ (Blocher, 15.01.1999: 9). Ausgehend von einer solchen Basis wird die Integration in die Schweiz flüchtender oder migrierender Mensch erheblich erschwert.

Die SVP unterscheidet, wie auch für die anderen beiden Parteien herausgearbeitet, zwischen ‚guten‘ und ‚schlechten‘ Migrant:innen, solchen, die sich integrieren (wollen) und denen, die nicht integriert sind, sowie zwischen ‚echten‘ und ‚falschen‘ Migrant:innen. Es entstehen verschiedene diskursive Subjekte, die gegeneinander ausgespielt werden. Gleichzeitig werden Migration und Flucht bzw. die Ursachen für diese Prozesse selbst in Frage gestellt, sodass jedem Geflüchteten zunächst mit Misstrauen begegnet wird und die Frage im Raum steht, ob die Person „tatsächlich verfolgt“ (Blocher, 16.01.1998: 6) sei und Schutz brauche. Unterfüttert mit Zahlen, „85 Prozent aller Asylsuchenden sind keine politischen Flüchtlinge“ (Blocher, 20.01.2006)¹⁰⁶, gibt die SVP dieses diskursiv vorhandene Vorurteil pointiert wieder und konstruiert auf emotional-affektiver Ebene eine innere Abwehrhaltung gegenüber allen als nicht zur Gruppe des Eigenen gehörend gelesenen Personen. Basierend auf dieser Argumentationskette postuliert die SVP, dass die als „echte Flüchtlinge“ (Amstutz, 01.08.2018) bezeichneten Menschen möglichst schnell „in die Heimat zurückkehren“ (Amstutz, 28.07.2014) möchten.¹⁰⁷ Im Umkehrschluss bedeutet das, alle Menschen, die nach Flucht oder Migration dauerhaft in der Schweiz leben – oder in den Augen der SVP auch nur so ‚aussehen‘ – seien keine ‚echten‘ Geflüchteten und hätten damit kein Recht zu bleiben. Auf diese Weise werden durch einen semantischen Trick alle Geflüchteten und Migrant:innen zu einer homogenen Gruppe, welche prinzipiell in der Schweiz sei, um die Vorzüge des schweizerischen Sozialsystems

¹⁰⁶ An anderer Stelle wird sogar von nur 5% „echter Flüchtlinge“ gesprochen (Blocher, 23.10.2003).

¹⁰⁷ vgl. auch Blocher, 20.04.1999; Blocher, 01.11.2002.

zu genießen (u.a. Amstutz, 01.08.2018; Blocher, 01.11.2002). Integration scheint unter diesen Umständen nicht möglich und auch nicht gewollt.

„Grundsätzlich sollen **diese Flüchtlinge in Lagern** untergebracht werden. Wenn **man** sie genau registriert und es **wirklich** Familien gibt, die sie privat aufnehmen wollen, wäre **ich** einverstanden, dass sie später privat untergebracht werden. **Aber wir** dürfen **sie nicht** integrieren! In der Schweiz glaubt **man**, wir müssten den Flüchtlingen in einer Woche Deutsch lehren und sie in die Schule schicken. Dabei dürfen wir **keinerlei Anstrengungen** unternehmen, dass **diese Flüchtlinge hier** bleiben“ (Blocher, 15.04.1999).

Die SVP präferiert eine zentrale Unterbringung von Geflüchteten „in Lagern“ (ebd.), das Vorkonstrukt kann dabei als besonders belastet und diskursiv aufgeladen angesehen werden. Damit einher geht die Ansicht, dass „keinerlei Anstrengungen“ (ebd.) unternommen werden dürften, „dass diese Flüchtlinge hier bleiben“ (ebd.). Die Deiktika zeigen, dass Blocher eine Gefahr durch diese Menschen für den Raum des Eigenen sieht. Sie zeigen zudem, in Kombination mit den polyphonen Markierungen, die verschiedenen Subjektpositionen und Diskursstränge, die in diese Aussage hineinwirken. Die als „man“ (ebd.) bezeichnete Instanz hätte zum einen die Aufgabe, die Geflüchteten zu registrieren und glaube zum anderen, dass die Menschen Deutsch lernen sollten. Ersteres bezieht sich auf die private Aufnahme von Geflüchteten, die nur bei vorheriger Registrierung möglich sei. Die polyphone Markierung „wirklich“ (ebd.) zeigt jedoch die diskursiv in die Aussage hineinwirkenden Zweifel Blochers an dieser Option. Deutsch zu lehren werde laut SVP als eine der Anstrengungen verstanden, die zu unterlassen seien. Dabei wird in dieser Aussage gleich zweimal betont, dass die Wir-Gemeinschaft die Geflüchteten „nicht integrieren“ (ebd.) dürfe. Die angesprochenen Lager, in denen die Menschen untergebracht werden sollen, müssten dabei, ähnlich wie AfD und FPÖ es formulieren, nicht zwingend auf schweizerischem Boden sein, sondern würden sich idealerweise bereits in den entsprechenden Ländern befinden (Blocher, 20.04.1999).

Insgesamt müsse es laut SVP das Ziel sein, die Schweiz möglichst unattraktiv für Geflüchtete und Migrant:innen zu machen (Blocher, 01.11.2002). Weiterhin von der irrigen Prämisse ausgehend, dass nahezu alle Geflüchteten „illegal einwander[n]“ (Blocher, 12.11.2002), dürften diese nicht „mit Arbeitslaubnis und Aufenthaltsbewilligung belohnt werden“ (ebd.). Deshalb solle „die Attraktivität des Asyllandes Schweiz“ (Blocher, 01.11.2002) gesenkt werden, z.B. indem staatliche Unterstützung entzogen werde (Blocher, 23.10.2003) oder es statt Geldmitteln nur noch Sachmittel gebe (Blocher, 12.11.2002). Mit Bezug zu der in Kapitel 5.3.1 diskutierten besonders stark in die Aussagen hineinwirkende Liebe für das Eigene geht die SVP davon aus, dass die Schweiz „sehr attraktiv“ (Blocher, 16.01.2015) sei und „viel zu attraktive Bedingungen“ (Blocher, 25.06.1998) biete. An diesen Stellschrauben müsse laut SVP gedreht werden, um die Schweiz, wohlgerneht nur für das von außen bedrohende Andere, weniger attraktiv zu machen

und das geliebte Eigene zu bewahren und zu schützen. Über Integration generell wird dabei im Diskurs der SVP deutlich weniger gesprochen als bei den anderen untersuchten Parteien. Diese Debatte scheint in der Schweiz weniger dominant zu sein als in Deutschland und Österreich. Dies mag mit den in den vorherigen Kapiteln diskutierten Besonderheiten der Schweiz, vor allem in Bezug zu Souveränität, Neutralität und Eigenständigkeit der Fall sein. Dennoch wirkt der Integrationsdiskurs immer wieder an verschiedenen Stellen in die Aussagen hinein. Dem Fremden im Inneren (vgl. Kap. 5.3.2) wird vorgeworfen, Probleme zu verniedlichen, „wie etwa bei der Migration oder dem Islam“ (Blocher, 30.07.2011). Die Adressierung von letzterem in Aussagen der SVP bildet den Abschluss dieses Kapitels zur Abgrenzung nach außen.

Das Thema Religion nimmt in den Aussagen der SVP keine hegemoniale Stellung ein. Das mag damit zusammenhängen, dass Blocher, der den Diskurs der Partei stark dominierte und immer noch dominiert, Religion eher als Privatsache ansieht (Blocher, 01.11.1998). Es finden sich kaum Bezüge in den analysierten Reden und Interviews, weder zum Christentum noch zum Islam. An manchen Stelle finden sich Verweise darauf, dass sich die Grundwerte der Schweiz aus dem Christentum ableiten (Rösti, 01.08.2018: 2), an anderer Stelle, dass es keine Religionsfreiheit qua Verfassung gebe (Blocher, 15.01.2010: 6) und neben der Politik wohl nur in der Kirche noch mehr „Heuchler“ (Blocher, 23.10.2003) zu finden seien. Das Christentum bzw. als christlich verstandene Werte spielen also weniger eine Rolle bei der Beschreibung des Eigenen und Abgrenzung vom Anderen als die in Kapitel 5.3.1 beschriebenen und analysierten Schweizer Werte. Bei einem tieferen Blick in kleinere, auf der Website der SVP veröffentlichte Beiträge verschiedener anderer Mitglieder der Partei paust sich jedoch das bereits für AfD und FPÖ herausgearbeitete Feindbild eines als kriminell gelesenen Islam und seine Beschreibung als Bedrohung durch. Diese Argumentationen wirken an der einen oder anderen Stelle auch in die analysierten Reden und Interviews führender SVP-Politiker:innen hinein, sind jedoch längst nicht so dominant wie bei AfD und FPÖ. Auch im SVP-Korpus wird somit bei genauerem Hinsehen deutlich, dass der Islam pauschalisiert und homogenisiert sowie als von außen das Eigene bedrohende definiert wird. Von Blocher selbst kommen jedoch kaum Aussagen in diese Richtung, er bleibt bei seinen Kernthemen Neutralität, Migration und EU. In Reden seiner Parteikollegen wird jedoch, der klassischen rechten Großerzählung folgend, von „radikalen Islamisten“ (Amstutz, 01.08.2018) gesprochen, welche vor allem „in Gefängnissen und Moscheen“ (ebd.) verortet werden. Damit werden Moscheen als Orte der Religiosität zum einen mit dem radikalen Islam und zum anderen mit Kriminalität und Gefahr verknüpft. Der Islam wird somit als generell gewalttätig und unvereinbar mit den Werten der Schweiz beschrieben (Rösti, 01.08.2018). Die bei den anderen Parteien vorgefundene ständige Wiederholung und Ausschmückung dieser Punkte sowie die

Etablierung der Religion bzw. einer solchen Vorstellung des Islam als zentralem Distinktionsmarker, finden sich bei der SVP so nicht. Der Fokus der Partei liegt deutlich klarer auf der übergeordneten und generelleren Abgrenzung von Migrant:innen und Geflüchteten sowie der Abschottung des Eigenen. Ein tieferer Blick in die angesprochenen Kurzbeiträge auf der Website sowie in die Geschichte der Partei kann Erklärungsansätze dafür liefern.

Ähnlich wie bei der FPÖ lässt sich zu Beginn der 2000er Jahre ein stärkerer Fokus auf eine pauschalisierende Vorstellung des Islam als das bedrohende Andere in den Beiträgen auf der Website feststellen. Das hängt u.a. mit den islamistischen Terroranschlägen in den USA am 11. September 2001 und der damit beginnenden Debatte zusammen (FREUDIGER 2021). Ihren Höhepunkt erreichte die Diskussion um den Islam in der Schweiz ab 2006.¹⁰⁸ Die SVP lancierte die sogenannte Minarettinitiative nachdem sich kleinere Proteste gegen geplante Minarettneubauten formierten (HILDEBRAND 2017). Angestoßen wurde sie von wenigen überzeugten Minarettgegnern innerhalb der SVP, führende Funktionäre wie Blocher äußerten sich nicht zur Initiative (ebd.), wie auch das untersuchte Textmaterial zeigt. Im Zeitraum der Abstimmung dominierte das Thema Islam den SVP-Diskurs und es fielen aus rechten Argumentationen bekannte Begriffe wie „Islamisierung der Schweiz“ (ebd.: 314). Für viele in der Schweiz überraschend wurde die Initiative mit 57,5 Prozent der abgegebenen Stimmen angenommen, was einen Jubelsturm unter rechten Parteien in Europa auslöste und die SVP nun auch international mit dieser Parteienfamilie verband (ebd.). Die Initiative machte die Ablehnung und Gegnerschaft zum Islam und seine Konstruktion als von außen bedrohendes Anderes endgültig zum inhärenten Teil des Parteidiskurses. Dies lässt sich an Sekundärliteratur (BETZ 2012; HILDEBRAND 2017) sowie an Materialien auf der Website der SVP nachweisen. Erst kürzlich erschien ein Positionspapier zum Islam, in dem von einer „totalitäre[n] Ideologie“ (SVP 2021: 5) sowie der „schwierige[n] Integration muslimischer Migranten“ (ebd.: 10) gesprochen wird. Dieser antiislamische und den Islam als zentrales Feindbild markierende Diskurs ist also vorhanden innerhalb der SVP und kann für den Zeitraum der Minarettdebatte auch durchaus als hegemonial bezeichnet werden. Er stellt zudem ein zentrales Bindeglied zu anderen rechten Parteien in Europa dar, als Teil derer sich die SVP jedoch mit Bezug zur Souveränität und Neutralität nicht unbedingt sieht (Blocher, 10.10.2003; Blocher, 09.11.2003). Im analysierten Textmaterial wird dieser Diskurs über den Islam jedoch kaum sichtbar. Das hängt zum einen mit der Zurückhaltung der zentralen

¹⁰⁸ Für diesen Zeitraum ist das erhobene Datenmaterial aus Gründen der Zugänglichkeit und Auffindbarkeit sehr gering, weshalb auf die angesprochenen Kurzbeiträge auf der Website der SVP zurückgegriffen werden muss.

Figur Blocher bei diesem Thema zusammen und zum anderen mit der Abschwächung der Dominanz nach der erfolgreichen Volksinitiative. Eine pauschalisierende Vorstellung des Islam ist und bleibt inhärenter Teil der Abgrenzung nach außen innerhalb der SVP. Sie ist in den Aussagen der (führenden) Parteifunktionäre jedoch längst nicht so sichtbar und präsent, wie bei AfD und FPÖ, auch wenn sich die Argumentationen ansonsten ähneln. Dominant über den gesamten untersuchten Zeitraum, trotz erfolgreicher Volksinitiative, ist die Beschäftigung mit der EU, welche im folgenden Kapitel diskutiert wird.

5.3.4 Die SVP und Europa

Die Schweiz ist nicht Teil des Euroraumes, das vor allem in Aussagen der AfD präsente Währungsthema findet sich demnach nicht in den Diskursen der SVP. Die Partei bezeichnet den Euro zwar „als Desaster“ (Blocher, 17.01.2014), thematisiert ihn aber ansonsten nicht weiter. Er dient lediglich stellenweise als weiteres Puzzleteil in der Opposition zur EU, denn das Verhältnis der Schweiz zur EU dominiert den Europadiskurs der Partei eindeutig. Die erfolgreiche Verhinderung des Beitritts zur EWG bzw. EU 1992, die SVP spricht heute noch von einem „Volksentscheid für die Freiheit der Schweiz“ (Blocher, 19.01.2018: 8), stellt eines der zentralen identitätsstiftenden Merkmale für die Partei dar, auf das sich immer wieder und in jeder Rede (von Blocher) bezogen wird. Es verbindet die Gruppe des Eigenen über die Liebe und den Stolz auf das Geleistete und den eigenen Sonderfall, die Sonderrolle in Europa und der Welt.¹⁰⁹ Die Bewahrung dieser Sonderrolle in Europa geht einher mit einer starken Dichotomisierung und Polarisierung zwischen der Schweiz und der EU, die in Abbildung 24 exemplarisch veranschaulicht wird.

¹⁰⁹ Eine solche Rolle wünschen sich AfD und FPÖ auch für Deutschland und Österreich (vgl. Kap. 5.1.4; Kap. 5.2.4).

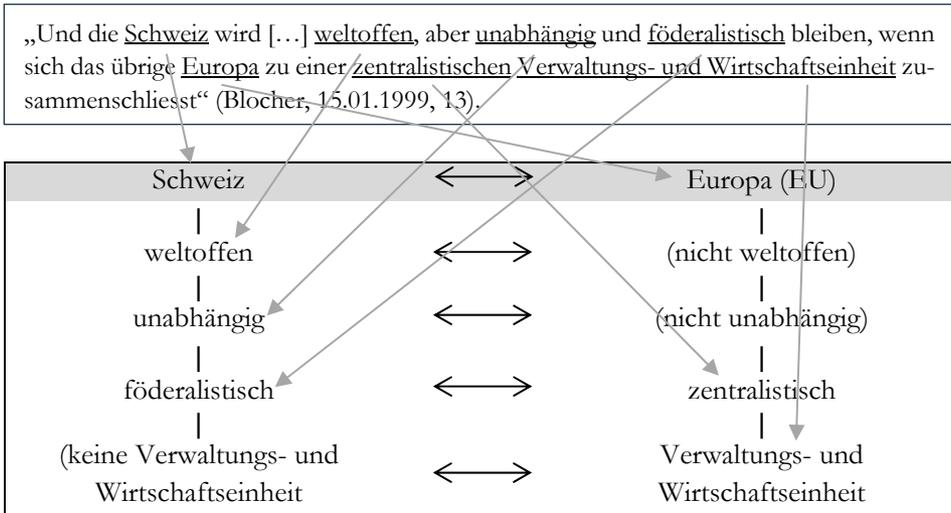


Abb. 24: Schweiz vs. EU (Quelle: eigene Darstellung)

Die der Schweiz und der EU in dieser Aussage zugeschriebenen Identität konstituierenden Merkmale finden sich so oder so ähnlich in nahezu allen Interviews und Reden, in denen die EU oder Europa thematisiert werden. Es werden zwei sich diametral gegenüberstehende Parteien skizziert: auf der einen Seite die Schweiz als „weltoffen, aber unabhängig und föderalistisch“ (ebd.: 13), und auf der anderen Seite die EU als „zentralistisch“ (ebd.: 13) und reine Verwaltungseinheit. Die Grenzen zwischen der EU und der Schweiz werden in den Aussagen der SVP scharf gezogen und immer wieder betont. Konkret physisch prägen sich diese Grenzen jedoch selten aus, da sowohl der freie Personenverkehr etabliert als auch intensive Handelsbeziehungen gepflegt werden (GÜRGEN ET AL. 2019). Es handelt sich also vielmehr um diskursive Grenzziehungen zur Abwertung des Anderen und Aufwertung des Eigenen. Die Unabhängigkeit scheint im Diskurs der SVP das dominierende Thema zu sein. Die Schweiz müsse unbedingt unabhängig bleiben und dürfe sich der EU nicht weiter annähern. Dabei werden, deutlich stärker als bei AfD und FPÖ und wie bereits in Kapitel 5.3.1 gezeigt, die Besonderheiten und Stärken des Eigenen pointiert hervorgehoben und emotional-affektiv mit Liebe und Stolz aufgeladen. Gleichzeitig wird die EU semantisch abgewertet. In Anlehnung an die in Kapitel 5.3.2 erläuterten Zuschreibun-

gen zum Fremden im Inneren wird die EU in die Nähe eines implizit als diktatorisch imaginierten Sozialismus gerückt, immer wieder mit Rückbezug zu obigem Vorwurf des Zentralismus (Blocher, 03.04.2000; Blocher, 19.01.2001: 5).

Die EU wird als „fremder Staat [mit] fremde[n] Richter[n]“ (Blocher, 18.01.2013: 4) beschrieben. Ein Vorwurf mit geschichtlichem Rückbezug, da schon im Bundesbrief der Schweiz 1291 festgehalten wurde, dass es keinen Richter geben solle, der „nicht unser Einwohner oder Landsmann ist“ (Rösti, 01.08.2018: 9). Der Forderung nach Unabhängigkeit und keiner Einmischung von Anderen, besonders der EU, wird damit ein historisches Fundament bereitet. Damit einher geht die naturdeterministische Vorstellung, dass nur jemand mit schweizerischer Abstammung die Angelegenheiten und Bedürfnisse der Schweizer:innen verstehe: „Ein Gericht aus Landsleuten fällt in der Regel nachvollziehbarere und gerechtere Urteile als fremde Richter“ (ebd.: 10).¹¹⁰ Überdies wird die EU immer wieder als Kolonisator (Blocher, 19.01.2018: 7) und Verträge mit der EU als „Kolonialvertrag“ (Blocher, 15.04.2000; Blocher, 15.01.2016: 13) beschrieben. Damit werden nicht nur die Verbrechen der Kolonialzeit verharmlost, sondern die EU gleichzeitig als Unterdrückerin bzw. die Schweiz als unterdrückter und ausgebeuteter Staat skizziert. Diskursiv vorhandene Ängste werden verstärkt und auf die EU gelenkt. Ein Beitritt zur EU oder auch nur eine weitere Annäherung würde als Unterordnung verstanden (Blocher, 07.12.1997), den Schweizer:innen würde es besser gehen, wenn die Schweiz „ihren eigenen Weg“ (ebd.) ginge, ohne EU. Denn nicht die SVP vertrete rückwärtsgewandte Positionen, die EU hole das Schlechte aus der Geschichte zurück:

„Ist es vielleicht ein Zufall, dass gerade **diese Leute** den **vor 200 Jahren überwundenen Feudalismus**, d.h. *die Herrschaft weniger über viele*, durch den EU-Beitritt **nun wieder** aufstehen lassen wollen? Der **bürokratische Brüsseler Zentralismus** bedeutet nichts anderes als eine Rückkehr Europas zu feudalistischen politischen Zuständen, nämlich die Verminderung der Zahl der Entscheidungsträger und *die Einschränkung des Mitspracherechtes des Volkes*“ (Blocher 09.05.1998).

Die EU wird in dieser Aussage mit dem Feudalismus verglichen. Der „Brüsseler Zentralismus“ (ebd.) sei im Grunde nichts anderes als „die Herrschaft weniger über viele“ (ebd.). Je weniger Entscheidungsträger:innen es geben würde, desto mehr Macht hätten diese und desto weniger Mitspracherecht hätte das Volk. Auch in dieser Aussage steht wieder die Differenzierung zwischen der Schweiz und der EU im Vordergrund. Gleichzeitig wird jedoch die in Kapitel 5.3.2 herausgearbeitete Unterscheidung in Schweizervolk und Elite aufgegriffen. Mithilfe der rhetorischen Frage am Anfang der obigen Aussage wird letzterer, beschrieben als „diese Leute“ (ebd.), ihr Wunsch nach einem Beitritt der Schweiz zur EU

¹¹⁰ 2016 lancierte die SVP die Volksinitiative „Schweizer Recht statt fremde Richter“, welche die Bundesverfassung über das Völkerrecht stellen sollte. Sie wurde 2018 abgelehnt (Bundeskanzlei BK 2023).

vorgeworfen. Sie wollten diesen Beitritt, um ihre eigene Macht zu stärken und das Volk, als dessen Stimme sich die SVP sieht, zu schwächen. Es wird eine Verschwörung von der innerhalb der Schweiz verorteten Elite mit den Verantwortlichen der EU konstruiert. Wieder einmal stehen die SVP und das Volk einer riesigen Bedrohung gegenüber, gegen die sie sich wehren müssten. Der imaginierten Elite wird dabei vorgeworfen, bösartig und landesverräterisch und damit gegen das Volk zu sein (Blocher, 19.01.2018). Sie wollten den Schweizer:innen weismachen, dass es erhebliche Nachteile hätte, der EU nicht beizutreten, vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht. Doch laut SVP glauben „immer weniger Leute [...] an diese verkündete Heilsbotschaft“ (Blocher, 01.03.1997: 12). Die Elite wolle aber dennoch weiterhin „die Schweiz der EU unterwerfen“ (Köppel, 04.04.2019). Da das Volk jedoch laut SVP mehrheitlich gegen einen EU-Beitritt sei, betreibe die Regierung/die Elite eine schrittweise Annäherung, in den Worten der SVP einen „still[en] Staatsstreich“ (Blocher, 18.01.2013: 10). Und das, obwohl ein Beitritt zur EU hauptsächlich Nachteile mit sich bringe, welche gebetsmühlenartig in den Reden und Interviews wiederholt werden. Vor allem der Verlust von Freiheit und Unabhängigkeit sowie der Neutralität sind zentral, aber auch ein möglicher Wohlstandsverlust bzw. der Transfer von Geldern an die EU werden angebracht (Blocher, 17.05.2003: 3f). Ähnlich den Argumentationen beim Brexit wird die Schweiz als „Milchkuh“ (Blocher, 26.01.2001) bezeichnet, die als reiches und wohlhabendes Land einen Teil dieses Wohlstandes aufgeben müsse (Blocher, 15.01.2016: 15). Daran schließen dann sowohl Vergleiche zum Sozialismus im Sinne der SVP und der EU als „Umverteiler“ (Blocher, 01.01.2000) an, als auch gesellschaftliche Neiddebatten, wie sie bei AfD und FPÖ sichtbar wurden (vgl. Kap. 5.1.1; Kap. 5.2.1). Die Wir-Gemeinschaft werde ausgenutzt und müsse zahlen. Die gleiche Argumentation, die bei Geflüchteten Anwendung findet, kommt hier im Zusammenhang mit der EU zum Einsatz. Darüber hinaus wird nochmals deutlich, dass die SVP die Schweiz und die Schweizer:innen als exzeptionell, als besonders betrachtet.

„Wir wollen Schweizer Qualität, nicht „internationale Standards“, nicht internationales Mittelmaß [...]. Oder wollen Sie internationale Standards beim Einkommen? Wollen Sie internationale Standards bei der Lebensqualität, bei den Sozialwerken, im Gesundheitswesen oder im Bildungsbereich? Die internationale Harmonisierung zwingt uns, hinabzusteigen ins Mittelmaß. So schaffen wir uns selber ab“ (Blocher, 15.01.2016: 15).

Eine Angleichung an EU-Standards wäre laut SVP ein Abstieg, ein Hinabsteigen „ins Mittelmaß“ (ebd.). Bewusst oder unbewusst auf Sarrazins rassistische Thesen Bezug nehmend, wird davon gesprochen, dass ein Beitritt zur EU der Abschaffung des Eigenen gleichkomme. Die Deiktika, Vorkonstrukte und polyphonen Markierungen in dieser Aussage zeigen dabei ganz deutlich, was die SVP will und was abgelehnt bzw. verhindert werden müsse. „[I]nternationale Standards“

(ebd.) seien für die Schweiz nicht erstrebenswert, da es sich um Mittelmaß handle und die „Schweizer Qualität“ (ebd.). deutlich darüber stehe. Die Elite bzw. die Regierung verfolge deshalb die Strategie, das Eigene, also die Schweiz, schlecht zu machen, um dann als Antwort darauf in die EU einzutreten.

„Wenn dem hintersten und letzten *eingebleut* [sic!] ist, dass **wir Schweizer ganz genau gleich und noch etwas schlechter** sind als **alle übrigen Menschen und Staaten dieser Welt**, dann – so glaubt man wohl in Bern – haben wir den Sonderfall mitsamt seiner Souveränität, Neutralität und direkten Demokratie erledigt, und dann endlich kann man **unser Land** getrost in die EU, in die UNO und in die NATO führen“ (Blocher, 15.01.1999: 4).

Die nach Meinung der SVP faktisch vorhandene Überlegenheit der Schweizer:innen gegenüber „alle[n] übrigen Menschen und Staaten dieser Welt“ (ebd.: 4) solle ihnen ausgedreht und „jedes Heimatgefühl (ebd.: 4) zerstört werden, um die Schweiz schließlich in die EU führen zu können. Die Bezüge zum Sonderfall Schweiz und zu Souveränität und Neutralität dürfen auch in dieser Aussage nicht fehlen. Die beiden Wörter „eingebleut [sic!]“ und „endlich“ (ebd.: 4) machen darüber hinaus deutlich, dass dieser Prozess aktiv und gegen den Willen der Schweizer:innen vorangetrieben werde, um das schon lange vorhandene Ziel zu erreichen. So zeichnet die SVP das verschwörungstheoretische Bild eines lange gehegten Plans, ausgeführt von einer kleinen Gruppe zum Nachteil des Volkes und beweist damit ihr extrem rechtes, nationalistisches und populistisches Weltbild.

Emotionen und Affekte spielen bei diesen Argumentationen eine bedeutende Rolle. Es wird der Stolz auf das außerordentliche, das außergewöhnliche Eigene adressiert, das besser als alle anderen und damit überlegen sei (Blocher, 15.01.2016: 15). Gleichzeitig wird u.a. mithilfe rhetorischer Fragen die Bedrohung der Schweiz durch die EU suggeriert und damit diskursiv vorhandene Ängste aufgegriffen und in diese Richtung gelenkt. Die SVP formuliert sehr direkt eigene Ängste vor einem EU-Beitritt: „Angst für unser Land“ (Blocher, 11.04.1997). Von der Führungsfigur Blocher kommend (vgl. Kap. 5.3.1), entfalten diese Formulierungen nochmals eine stärkere Wirkmächtigkeit, da er sich sonst als starker Mann präsentiert (Blocher, 05.10.1998). Gleichzeitig erhöht die beständige Betonung der Überlegenheit und Besonderheit des Eigenen die Fallhöhe. Wenn das innig geliebte und bewunderte Eigene bedroht erscheint, entstehen Ängste schneller und haben eine größere Wirkmächtigkeit. So ist eine immer wieder betonte Sorge „gleich [zu] werden wie alle anderen“ (Rösti, 01.08.2018: 4). Für andere Menschen wäre dies möglicherweise ein erstrebenswertes Ziel, nicht jedoch für die von der SVP konstruierte Gruppe der Schweizer:innen. Dieses gleich sein wie alle anderen wird mit Bezug zur semantischen Strickleiter am Anfang des Kapitels der Freiheit und Unabhängigkeit einer Schweiz, die nicht in der EU ist, gegenübergestellt (Amstutz, 01.08.2018). In nahezu jeder Aussage zur EU schwingen implizit und explizit Ängste mit, die von

der SVP adressiert und verstärkt werden. Ganz generell geht es dabei neben der Abwertung und Schlechterstellung des Eigenen um eine Bedrohung der Schweiz an sich. Die Schweiz würde bei einem EU-Beitritt aufgegeben, eine solche Entscheidung wäre nie wieder umkehrbar (Blocher, 26.01.2001). Darüber hinaus verweist die SVP häufig auf eine weitere Besonderheit der Schweiz, die direkte Demokratie. Diese mache es unmöglich, der EU beizutreten, da sich „die Macht“ (Blocher, 10.10.2003) nicht wie z.B. in Österreich von einer Regierung zu einer anderen, von Wien nach Brüssel, verschiebe, also innerhalb der „classe politique“ (ebd.) wie Blocher es nennt, sondern vom Volk nach Brüssel (ebd.). Eine solche Entwicklung sei nicht hinnehmbar. Zudem ruft sie Ängste von Kontrollverlust, aber auch Wut auf die Regierungen auf den verschiedenen Ebenen an. Aus diesen Gründen opponiert die SVP mit allen Mitteln gegen einen EU-Beitritt oder auch nur weitere Annäherungen an die EU.

Stattdessen imaginiert die Partei ein „Europa der Vaterländer“ (Blocher, 05.06.2000) nach de Gaulle, wie es auch in Aussagen von AfD und FPÖ zu finden ist. Realistisch betrachtet, sei dies jedoch nur ein Traum, der nicht erreicht werden könne (ebd.), weshalb die SVP auch in dieser Frage einen anderen Weg einschlägt und wiederum den Fokus auf das Eigene legt. „Kooperation statt Integration, Zusammenarbeit statt Einbindung“ (ebd.) laute die Devise. Die Sonderrolle der Schweiz müsse erhalten werden. Man sei zwar mit allen „freundschaftlich verbunden“ (Blocher, 15.04.2000), wolle jedoch nicht tiefer oder verbindlicher eingebunden werden, obwohl kulturelle Gemeinsamkeiten erkannt werden (ebd.). Als kleine Spitze gegen die EU fügt Blocher seiner Aussage noch hinzu, dass „unsere Verbindungen zu den EU-Staaten [...] zum Teil wesentlich enger als diejenigen unter den einzelnen EU-Staaten selbst [sind]“ (ebd.). In dieser Position sieht die SVP die Schweiz gerne: Besonders, ein bisschen besser als alle anderen, aber dennoch mit guten Beziehungen und gerne beratend zur Stelle. Auf diese Weise wird die Schweiz als ‚Sonderfall‘ in Europa performativ. Die EU wird, wie bei anderen extrem rechten Parteien, im Gegensatz zu den Nationalstaaten als Konstruktion erkannt und als solche kritisiert. Sie sei eine „unkontrollierbare Großkonstruktion“ (Blocher, 26.01.2001) und generell fehlkonstruiert:

„Niemand in der **Classe politique** würde heute *offen* die Unabhängigkeit in Frage stellen. Doch *ihr* *stilles Ziel* bleibt der Beitritt der Schweiz zur EU – *einer lebensfremden, unwirklichen, am grünen Tisch entworfenen intellektuellen Fehlkonstruktion*“ (Blocher, 16.01.2015: 6).

Neben der mit einer Reihe negativer Adjektive ergänzten Charakterisierung der EU als „Fehlkonstruktion“ (ebd.: 6) wird in dieser Aussage nochmals der Verweis auf die in Kapitel 5.3.2 herausgearbeitete Elite und „ihr stilles Ziel“ (ebd.: 6), den EU-Beitritt verwiesen. Er schwebt als ständige Bedrohung im Hinter-

grund, weshalb sich das Volk der SVP zuwenden müsse, da diese als einzige Partei gegen den Beitritt zur EU opponiere. Dabei wird das Schreckgespenst eines europäischen Großstaates an die Wand gemalt, in dem es keine souveränen Staaten mehr gebe (Blocher, 16.01.2009: 15). Die EU wird als „Mythos“ (Blocher, 07.12.1997) bezeichnet, als „[g]renzenlose[s] Gebilde“ (Blocher, 01.08.1998), das nicht halten würde. Nur kleine geographische Räume wie die Schweiz könnten als erfolgreiche Staaten funktionieren, da nur diese kontrollierbar seien und sich Verantwortlichkeiten festlegen ließen (ebd.). Das problematische Verantwortungsverständnis Blochers und der SVP wurde bereits in Kapitel 5.3.1 diskutiert. Mit dem in der gleichen Aussage vorhandenen Vergleich von Staaten mit Unternehmen wird dieses Verständnis auf erstere Übertragen und lässt Anknüpfungspunkte für autoritäre Vorstellungsweisen sichtbar werden. An anderer Stelle wird die EU mitsamt ihren Argumentationen für einen Beitritt der Schweiz gleich mit den Expansionsbestrebungen Deutschlands in der Zeit des Nationalsozialismus verglichen und der EU impliziter Zwang zur Konformität vorgeworfen (Blocher, 01.03.1997).

Die Beschäftigung der SVP mit der EU ist auf der quantitativ-textlichen Ebene sehr umfangreich, beschränkt sich jedoch bei genauerem Hinsehen auf deutlich weniger Themen und Verknüpfungen, als es bei AfD und FPÖ der Fall ist. Wie zuvor bereits erwähnt, spielt die Währungspolitik kaum eine Rolle in Aussagen der SVP. Ebenso werden bei den anderen Parteien prominente Aspekte wie die Bedrohung Europas und die Festung Europa gar nicht thematisiert und auch die Vorstellung eines Europas der Vaterländer nur selten angeschnitten. Die bei AfD und FPÖ omnipräsente Verknüpfung von EU/Europa und Migration findet im Diskurs der SVP ebenfalls deutlich impliziter statt. Der Fokus liegt unverkennbar auf der Ablehnung, Abwertung und Abgrenzung der „Fehlkonstruktion“ (Blocher, 16.01.2015: 6) EU sowie der gleichzeitigen Aufwertung des Eigenen. Die Partei bezieht sich sehr stark und immer wieder auf die in Kapitel 5.3.1 herausgearbeiteten Merkmale und Besonderheiten des Eigenen: Neutralität, Souveränität, Unabhängigkeit, direkte Demokratie. Diese werden mit Gefühlen des Stolzes und der Liebe aufgeladen und der EU gegenübergestellt. Es entsteht das Bild eines kleinen idyllischen Landes, in dem noch alles so ist, wie es sein sollte, das von innen (Elite/Regierung) und besonders von außen von einer als Kolonisator (Blocher, 19.01.2018: 7) beschriebenen Macht bedroht wird. Mit der wiederholten Betonung, dass ein EU-Beitritt mit dem Verlust des Eigenen, mit der Abgabe von Privilegien und Wohlstand oder gar der Abschaffung des Eigenen, das mit so viel Liebe und Stolz verknüpft ist, einhergeht, werden diskursiv vorhandene Ängste potenziert und auf die EU gelenkt. Die Betonung der Schweiz als Sonderfall in Europa zieht sich durch das gesamte Material und sämtliche Themen. Ein Verständnis als solcher in Kombination mit Privilegien geht dabei notwendigerweise mit Neiddebatten und Bedrohungsszenarien einher, welche von der

SVP pointiert wiedergegeben und auf bestimmte konstruierte Gruppen gelenkt werden. Um diese Bedrohungsszenarien wird es im folgenden Kapitel gehen.

5.3.5 Die Konstruktion von Bedrohungsszenarien

In den Aussagen von AfD und FPÖ konnten drei zentrale Bedrohungsszenarien identifiziert werden: Die Angst vor dem Fremden, die Angst vor dem sozialen Abstieg sowie die Angst vor der Zerstörung des Eigenen. Dabei standen Aspekte des Verlustes, der Abwertung und des Bedeutungsverlustes im Fokus der Argumentationen. Diese Gefühle der Angst und Unsicherheit werden diskursiv auf das Fremde im Inneren sowie im Außen gelenkt und tragen zu einer besonders starken Verbindung des Eigenen bei. Mangels positiver Deutungsangebote beschränken sich die Argumentationen auf aktuelle und in der Zukunft liegende Krisen, für die die extreme Rechte ihre Vorstellung homogener, souveräner Staaten als Antwort anbietet. Bei der Analyse des zur SVP recherchierten Textmaterials konnten Versatzstücke dieser Bedrohungsszenarien identifiziert werden, insgesamt erscheint das Bild jedoch deutlich heterogener, mit einem anders gelagerten Schwerpunkt. Zwar ist auch in Aussagen der SVP die Angst vor den genannten Aspekten dominant, doch spielen Liebe und Stolz eine deutlich exponiertere Rolle als bei den anderen beiden Parteien.

Dominant in den Aussagen der SVP ist das Bedrohungsszenario einer diffusen Angst vor dem Fremden. In jüngerer Zeit ist dieses vor allem verknüpft mit dem Begriff der „10-Millionen-Schweiz“ (Rösti, 04.09.2019) auf die man „[o]hne Gegenmassnahmen“ (ebd.) zusteuern würde. Dieser Begriff bezieht sich direkt auf die laut SVP vorherrschende „masslose Zuwanderung“ (ebd.). Die Partei greift die diskursiv vorhandene Angst vor zu vielen Menschen in der Schweiz und damit eingehender Versorgungsknappheit auf, konstruiert daraus dieses Bedrohungsszenario und liefert den Sündenbock gleich mit. Geflüchtete und Migrant:innen werden mit negativen Attributen versehen (vgl. Kap. 5.3.3) und als Gruppe von Menschen konstruiert, vor der es sich zu fürchten gelte. Kontinuierlich wird Migration semantisch mit Gewalt, Drogen und Kriminalität verknüpft (z.B. Blocher, 01.11.2002; Blocher, 20.01.2006; Amstutz, 28.07.2014) und auch Terroranschläge werden nicht ausgeschlossen:

*„Attentäter aber sind nie auszuschliessen - auch nicht in der Schweiz. Es grenzt an ein Wunder, dass **unser Land** verschont blieb“* (Blocher, 30.07.2011).

Dass Anschläge „nie auszuschliessen“ (ebd.) seien, verstetigt die Bedrohung.¹¹¹ Mit ihr müsse stets gerechnet werden, sodass allen Migrant:innen und Geflüchteten mit Vorsicht begegnet werden müsse. Diskursiv vorhandene Stereotype

¹¹¹ In die gleiche Richtung einer omnipräsenten, ständigen Bedrohung bzw. der nächsten großen Krise in sehr naher Zukunft gehen auch weitere Aussagen (Blocher, 27.10.2003; Blocher, 19.01.2018).

und Vorurteile werden so aufgegriffen und verstärkt. Der eingeschobene Nebensatz „auch nicht in der Schweiz“ (ebd.) verdeutlicht zudem nochmals die besondere Rolle, die die Schweiz laut SVP in der Welt einnehme (vgl. Kap. 5.3.1) und die auch auf der emotional-affektiven Ebene eine entscheidende Rolle spielt. In jedem Fall warnt die SVP vor dem Verlust der Identität durch Zuwanderung (Blocher, 28.09.2000) und konstruiert das Bedrohungsszenario von Stellvertreterkriegen migrantischer Gruppen auf schweizerischem Boden (Blocher, 16.05.2001). Damit einher gehen wiederholte Forderungen nach einer stärkeren und schlagkräftigeren Armee (ebd.; Blocher, 19.01.2001). Die semantische Nähe von Migrant:innen und Forderungen nach einer stärkeren Armee lenken die Notwendigkeit für letztere auf die konstruierte und homogenisierte Gruppe der Migrant:innen, welche eine so große Bedrohung seien, dass es eine Armee im Inland zur Verteidigung des Eigenen brauche. Gleichzeitig werde gegen diese konstruierte Gruppe krimineller Menschen von „denen da oben“ (Amstutz, 01.08.2018) nichts getan, „aus Rücksicht auf sogenanntes internationales Recht“ (ebd.). Die Angst wird somit diskursiv auf drei konstruierte Gruppen gelenkt:

1. Das Fremde im Inneren (Regierung, Elite, andere Parteien (vgl. Kap. 5.3.2))
2. das Fremde von außen (Migrant:innen und Geflüchtete (vgl. Kap. 5.3.3)) und
3. die EU bzw. UN (vgl. Kap. 5.3.4), indem die Legitimität des internationalen Rechts angezweifelt wird.

Ängste und Misstrauen werden auf diese Weise verstärkt, es entsteht jedoch auch Wut, die in vielen Aussagen explizit und implizit mitschwingt. Auch wenn es noch keine „blutige[n] Strassenschlachten“ (Blocher, 20.01.2017: 15) gebe, sei das ‚Wir‘, also das Volk, „empört, zornig, aufgebracht“ (ebd.: 15):

„Man kann das Aufkommen extremer Tendenzen nicht verhindern, indem man *immer wieder beruhigt* und sagt, man habe das Problem im Griff. **Die Leute** sehen doch was läuft, man kann sie nicht mit dem Zurückhalten von Informationen täuschen. Und wenn die Bevölkerung merkt, dass sie von oben nicht die Wahrheit bekommt *und wenn die Leute dazu noch das Gefühl haben, sie kämen dauernd zu kurz, weil die Behörden die anderen behätscheln* [sic!], und wir mit Steuergeldern diese Verhätschelung noch bezahlen, dann beginnen die Leute sich ein Ventil zu suchen. Das wird dann extremistisch“ (Blocher, 20.08.1998).

Die Wut der Bevölkerung komme laut SVP vor allem daher, dass die Regierung nicht transparent arbeite, Dinge verheimliche und verharmlose. Dabei wird letzterer argumentativ geschickt in den Mund gelegt, die Ankunft von Geflüchteten und Migrant:innen selbst als „Problem“ (ebd.) zu beschreiben, das sie jedoch „im Griff“ (ebd.) hätte. So wird das Anliegen der SVP nochmals legitimiert, wobei sich „die Leute“ (ebd.) sowieso nicht täuschen ließen. Diese Täuschung sei der

eine Wut auslösende Aspekt, der andere sei, dass Asyl suchende Menschen, pauschal als „die anderen“ (ebd.) beschrieben, bevorzugt behandelt würden. Wut dient dabei als verbindender Kitt der Gruppe des Eigenen und schlägt die Brücke zum zweiten Bedrohungsszenario, der Angst vor dem sozialen Abstieg.

Die SVP adressiert die Wut darüber, dass Asylsuchende vermeintlich verhätschelt (ebd.) und die Schweizer:innen schlechter behandelt würden. Es sei nur verständlich, dass sich die Menschen „ein Ventil“ (ebd.) suchten. Die Anwendung von Gewalt wird diskursiv durch die SVP legitimiert und es wird die Neiddebatte sichtbar, die auch in Aussagen von AfD und FPÖ immer wieder zu Tage tritt. Die Fremden bedrohten den Wohlstand der Schweizer:innen (Blocher, 01.11.2002), seien sowieso nur „Scheinasylanten“ (Blocher, 12.11.2002) und nutzten das schweizerische Volk aus (ebd.). Ähnlich wie bei den anderen beiden Parteien bilden auch im Diskurs der SVP die Renten (Blocher, 13.06.2003) sowie „soziale Dienste“ (Blocher, 20.01.2006) zentrale Argumentationsanker, um die konstruierten Gruppen gegeneinander auszuspielen. So vermischen sich Angst vor dem Fremden und Wut auf das Fremde mit der Angst vor der eigenen sozialen Schlechterstellung. Dabei spielen die Angst vor Arbeitslosigkeit und Armut (Blocher, 15.01.1999: 5) sowie die Angst vor der Kollabierung des Sozialsystems (Blocher, 20.01.2006) eine große Rolle. Diese Ängste werden von der SVP diskursiv auf die Gruppe der Geflüchteten und Asylsuchenden gelenkt und diese damit isoliert. Gleichzeitig kann sich die SVP als Retterin in der Not stilisieren.

Dennoch nehmen diese beiden Bedrohungsszenarien, die Angst vor dem Fremden und die Angst vor dem sozialen Abstieg, deutlich weniger Raum in den Aussagen der SVP ein, als es bei AfD und FPÖ der Fall ist. Die Angst vor der Zerstörung des Eigenen wird dagegen intensiver thematisiert. Dabei werden die drei zuvor genannten Feindbilder, die sich auch in der Kapitelstruktur ablesen lassen, nochmals besonders deutlich, da sowohl das Fremde im Inneren und das Fremde von außen als auch die EU zur Zerstörung des Eigenen beitragen würden. Im Vergleich zu den anderen beiden Parteien wird deutlich, dass die SVP bei der Konstruktion von Bedrohungsszenarien einen deutlich stärkeren Fokus auf das Fremde im Inneren legt. Die SVP bezieht sich bei der Angst vor der Zerstörung des Eigenen primär auf die in Kapitel 5.3.1 herausgearbeiteten Schweizer Werte, welche es zu verteidigen gelte (Rösti, 04.10.2019). „Unabhängigkeit, Neutralität, Selbstbestimmung und die direkte Demokratie“ (Blocher, 10.03.1998) seien dabei vor allem von innen gefährdet (ebd.).

„Aber jede einzelne dieser Staatssäulen ist **heute** trotz ihrer eindrucklichen Erfolgsgeschichte *bedroht – im Innern bedroht noch mehr als von aussen.*“ (Blocher, 15.01.2016: 13).

Wiederum mit Verweis auf die glorreiche Geschichte der Schweiz wird alles sie Ausmachende als bedroht beschrieben. Dabei wird die Regierung/die Elite als

Hauptfeind ausgemacht¹¹², auch wenn ein Verweis Blochers auf das Kernthema der extremen Rechten, die Migration, in die Aussage hineinwirkt. Gleichzeitig werden damit wiederum Wut und Hass auf das Fremde im Inneren adressiert und potenziert. Der Regierung/der Elite wird ein „stiller Staatsstreich“ (Blocher, 15.01.2016: 16) vorgeworfen, welcher zum „völlige[n] Zusammenbruch“ (Blocher, 16.01.2015: 5) der Schweiz als ultimativer Bedrohung führen könnte. „Der Grossangriff auf die direkte Demokratie [sei] im vollen Gange“ (ebd.: 8). Mithilfe solch martialischer Begrifflichkeiten konstruiert die SVP kaum mehr einzufangende, überfordernde Bedrohungsszenarien. Das Eigene, die mit starken Emotionen von Liebe und Stolz verbundene Schweiz, stehe am Abgrund und sei kurz davor von der eigenen Regierung/der Elite zerstört zu werden. Damit werden neben Gefühlen der Angst auch Gefühle der Überforderung und Hilflosigkeit in Worte gepackt. Der einzelne Bürger, das Volk, könne scheinbar wenig tun. Diese Hilflosigkeit, das Erdrücken der Zuhörenden durch die schiere Anzahl an Bedrohungen verdeutlicht folgende Aussage:

*„Meine Damen und Herren, mit Frauenquoten, Lohnpolizei [sic!], Kapitalgewinnsteuern, mit Massnahmen, die das Barzahlen verbieten, mit der Ausschaltung des liberalen Rechtsstaates, mit der Preisgabe des Bankkundengeheimnisses, mit der Finanzplatzdemontage, mit einer abenteuerlichen Energiestrategie, welche die Versorgung der Bürger mit sicherem, kostengünstigem Strom verunmöglicht, mit einer Grünen Wirtschaft, mit einem Chaos in der Ausländer- und Asylpolitik, mit ständigen Bücklingen vor der EU, mit der geplanten institutionellen Anbindung und Unterordnung unter die Europäische Union, mit der Nichtumsetzung von Volksentscheiden, mit dem Abbau von Volks- und Freiheitsrechten, mit den ständigen Erhöhungen von Steuern, Abgaben und Gebühren, mit dem Ausbau einer Sozialindustrie, welcher die Gemeinden in Finanznöte treibt, mit dem Aufblähen des immer teureren Staatsapparats – mit all dem wird die Schweiz geschwächt, ja kaputt gemacht. Das zu verhindern ist die Aufgabe einer guten Partei. Es ist also Aufgabe der **SVP**! Eine gute Partei kann mit dieser Linkspolitik nicht einverstanden sein“ (ebd.: 21).*

Laut dieser erschöpfenden Aufzählung sei das Fremde im Inneren verantwortlich für sämtliche, tatsächliche oder imaginierte, Missstände in der Schweiz. Zudem wirkt in diese Aussage die ablehnende Haltung gegenüber Linken und Grünen hinein, denen damit eine besondere Verantwortung zugesprochen wird („Grünen Wirtschaft“, „Linkspolitik“ (ebd.: 21)). Es werden Ängste vor Überwachung, vor Versorgungsengpässen, vor Asylsuchenden, der Benachteiligung des Eigenen, vor Wohlstandsverlust sowie der EU adressiert, verstärkt und auf die entsprechenden Gruppen gelenkt. Besonders die EU dient als starke Projektionsfläche sowohl für Ängste aber auch für Wut (vgl. Kap. 5.3.4). Das im Alltag etwas abstrakt wirkende Konstrukt EU bietet sich als Feindbild an und nimmt im Diskurs der SVP insgesamt eine dominante Rolle ein. Die Ablehnung der EU ist der Partei inhärent und so ist es nur folgerichtig, dass vor einer Ersetzung der Schweizer Werte durch jene der EU gewarnt wird (Blocher, 18.01.2013: 13), welche damit gleichzeitig semantisch abgewertet werden. An anderer Stelle wird von

¹¹² Vgl. auch Blocher, 18.01.2002.

einer schrittweisen, aber konsequenten Zerstörung und Zertrümmerung der Schweiz gesprochen (Blocher, 19.01.2001: 3). Die verschiedenen Bedrohungen kulminieren für die SVP in gewisser Weise in einer „Überlebensfrage“ (Amstutz, 01.08.2018), die eigene Existenz stehe auf dem Spiel, sodass nur noch eine Option bleibe: Widerstand:

„Widerstand, nicht Anpassung ist gefragt. Sonst geht die Schweiz zugrunde“ (Blocher, 20.01.2017: 5).

Dieser Widerstand, ohne den „die Schweiz zugrunde“ (ebd.: 5) gehen würde, wird laut SVP nur von ihr, „als einziger Partei“ (Blocher, 21.01.2011: 19) verkörpert. Dabei wird wiederum die Stilisierung der Partei als einzige legitime Stimme des Volkes (vgl. Kap. 5.3.1) sowie die Abgrenzung gegenüber allen anderen Parteien deutlich (vgl. Kap. 5.3.2). Die SVP erscheint als letzte Hoffnung für die Schweiz, als einzige Partei, die die Zerstörung des Eigenen, die Zerstörung der Schweizer Werte aufhalten könne. Wohlgermerkt stammen diese Aussagen aus einer Zeit, in der die SVP seit fast 20 Jahren stärkste Partei und damit dominierende Kraft in der politischen Landschaft der Schweiz ist. Zu Gewalt wird bei der Thematisierung des Widerstands nicht direkt aufgerufen, er müsse jedoch „unbedingt unbeugsam, unduldsam und wo nötig laut, unanständig und hart sein“ (Blocher, 21.01.2000: 9).

Die diskursiv vorhandene Angst vor der Zerstörung oder Veränderung des Eigenen durch als fremd beschriebenes von innen oder außen oder durch die EU wird von der SVP somit aufgegriffen und pointiert wiedergegeben und legitimiert Widerstand (Blocher, 21.01.2011: 19). Die Bedrohungsszenarien gewinnen ihre Schlagkraft im Diskurs der SVP durch die übermäßige Hervorhebung und Romantisierung des Eigenen, der stetigen Betonung der Sonderrolle der Schweiz in Europa und der Welt. Das Eigene wird dermaßen überhöht, dass die Fallhöhe extrem wird und jede Veränderung des „Wunderwerk[es] Schweiz“ (Amstutz, 01.08.2018) eine Katastrophe darstelle. Die Schweiz wird als „wunderschönes Land“ (ebd.) beschrieben, in dem man glücklich sein müsse, leben zu dürfen (ebd.), das stabilste und friedlichste Land weltweit (Blocher, 15.01.2010: 6) für das die Schweizer:innen bewundert würden (Blocher, 18.01.2002: 3). Die „Liebe zur Schweiz“ (Aeschi, 01.08.2018: 3) ist das zentrale die Wir-Gemeinschaft verbindende Element (ebd.: 3). In einer exemplarischen Rede von Blocher wird der argumentative Dreischritt – 1. Liebe zum Eigenen, 2. Bedrohung des Eigenen, 3. Schuld hat die Elite – sehr deutlich:

1. „Wenn **heute** die Buben, Mädchen, aber auch wir erwachsenen Frauen und Männer **unser Ländchen** anschauen, *sehen wir viel Schönes und Gefreutes, ein landschaftlich überaus reizvolles Ländchen*, das auf der Weltkarte kaum fünflibergross ist“ (Blocher, 18.01.2002: 3).

Die Schweiz wird mit dem Deiktika „unser“ (ebd.: 3) versehen und verniedlichend als „Ländchen“ (ebd.: 3) bezeichnet, in dem alles seinen rechten Gang gehe und das zudem landschaftlich ansprechend sei. So wird zunächst das harmonische Bild eines kleinen, friedlichen, idyllischen Fleckchens Erde gezeichnet.

2. „Doch **leider** sieht der Bub auch viel anderes: ***Einstmals** blühende Unternehmungen*, die den Ruf schweizerischer Tüchtigkeit und Zuverlässigkeit weit in die Welt hinaus getragen haben, sind *beruntergewirtschaftet worden und stecken in grössten Schwierigkeiten*. [...] **Manager** bedienen sich *schamlos* aus den Kassen von Unternehmen, die ihnen gar nicht gehören. Die ***ehemals*** glaubwürdigen Wirtschaftsverbände fordern vom Bundesrat Geld für *serbelnde Unternehmen* und geben diesem dafür Geld für seine *Abstimmungspropaganda* und lassen immer höhere Steuern zu. [...] Ein **Medien-Ein-topf** sorgt für die *bengalische Beleuchtung* und *das laute Bejubeln des Versagens*. **Die Politiker** haben die Schuldenlast der öffentlichen Hand auf 210 Milliarden anwachsen lassen, und die Steuern in den letzten 10 Jahren mehr als alle andern [sic!] Industriestaaten erhöht. ***Die Politiker** sehen für dieses Ländchen anscheinend lieber ein Wachstum der Staatsquote statt ein Wachstum der allgemeinen Wohlfahrt*“ (Blocher, 18.01.2002: 4).

„[L]eider“ (ebd.: 4) sei diese Idylle durch eine Vielzahl von Einflüssen und Entwicklungen bedroht. Die erschöpfende Aufzählung beschreibt ein wirtschaftlich vor dem Bankrott stehendes Land, das dabei sei, seine internationale Glaubwürdigkeit zu verlieren. Bis auf wenige, etwas versteckte Verweise auf das Fremde von außen („serbelnde Unternehmen“, „bengalische Beleuchtung“ (ebd.: 4)) sind es eher die „Politiker“, die „Manager“ und die Medien, die diese Prozesse vorantreiben (ebd.: 4). Es wird das Bedrohungsszenario einer in allen Punkten schwächer und hinter andere Länder zurückfallenden Schweiz konstruiert, das von den Medien auch noch bejubelt werde. Die schiere Aufzählung sowie das Hantieren mit großen Zahlen („210 Milliarden“ (ebd.: 4)) verstärkt Gefühle der Angst und Unsicherheit und bindet die Zuhörenden an die SVP, die sich als einzige Kraft diesen Prozessen entgegentelle.

3. „Die Schuld an den gegenwärtigen Missständen trägt nämlich **nicht** die breite Bevölkerung, **nicht** die einfache Bürgerin oder der einfache Bürger. [...] *Schuld tragen die Leute oben, die wir als **Elite** bezeichnen*“ (Blocher, 18.01.2002: 7f).

Im dritten Schritt wird die in den vorherigen Passagen bereits angedeutete Schuldzuweisung auf den Punkt gebracht. „Die Schuld an den gegenwärtigen Missständen [trage nicht das Volk,] Schuld tragen die Leute oben“ (ebd.: 7f). Damit bezieht sich die SVP auf klassisch populistische Argumentationen, indem sie dem anständigen Volk eine korrupte und mächtige Elite gegenüberstellt. Dieser könne man nicht Vertrauen. Gefühle der Angst, Unsicherheit, aber auch der Wut werden auf diese konstruierte und homogenisierte Gruppe, die sowohl Teile der Wirtschaft, Politiker:innen, als auch die Medien einschliesse, gelenkt. Gleichzeitig wird die Gruppe des Eigenen durch diese emotional-affektive Adressierung enger verbunden, zu einer Einheit, die sich gegen einen gemeinsamen, übermächtigen Feind wehren müsse.

Die Wir-Gemeinschaft der von der SVP als Schweizer:innen definierten Menschen (vgl. Kap. 5.3.1) ist somit durch die Abgrenzung vom Anderen durch Wut und Angst verbunden sowie durch die starke Liebe zum Eigenen. Diese Liebe wird noch verstärkt durch Gefühle des Stolzes auf die aktuelle Schweiz, aber auch die Geschichte des Landes. Die Bezeichnung der Schweiz als „Wunderwerk“ (Amstutz, 01.08.2018) ist bereits stark mit Stolz aufgeladen. Gleiches gilt für die Selbstbezeichnung als friedlichstes und stabilstes Land weltweit (Blocher, 15.01.2010: 6), die noch ergänzt wird durch die Aussage, die Schweiz hätte „das erfolgreichste Jahrhundert, das je ein Land in der Geschichte der Menschheit [hatte,] durchlebt“ (Blocher, 03.04.2000). Eingeschlossen in dieses Jahrhundert ist auch die Zeit des Zweiten Weltkrieges, die zwar als „schwere Zeit“ (Blocher, 01.03.1997: 3) beschrieben wird, in der sich aber vor allem die guten Seiten der Schweizer:innen gezeigt hätten. So hätte es nie so viel Zusammenhalt und Solidarität gegeben wie zu dieser Zeit und die Schweiz hätte sich durch ihre Aufnahme von Geflüchteten positiv hervorgetan (ebd.: 3). Natürlich hätte es auch Fehler und falsche Entscheide gegeben, diese wären jedoch, mit Bezug zur heute auch häufig verwendeten Einzelfallerklärung, nur von einzelnen Personen begangen worden. Insgesamt verdiene „die damalige Schweiz Respekt, Hochachtung und Bewunderung“ (ebd.: 7). Mithilfe dieser *invention of tradition* erscheint die Schweiz ein weiteres Mal als Sonderfall, als ein sicherer Hafen inmitten des kriegsgeschüttelten Europas des frühen 20. Jahrhunderts. Auf diese Zeit könnten die Schweizer:innen Stolz sein, „in harter Arbeit, mit Entbehungen, Durchhaltenwillen und Standhaftigkeit“ (ebd.: 7) seien die Schweizer Werte verteidigt und bewahrt worden. Auf diese Weise entsteht eine durchweg positive Geschichte der Schweiz, welche gleichzeitig der Legitimierung der die Schweiz ausmachenden Werte dient. Wenn der Bezug auf diese Werte die Schweiz unbeschadet durch zwei Weltkriege und zum reichsten Land der Welt gemacht hätten, könnten sie nicht falsch sein. In diesem Diskurs igelt sich die SVP ein und blendet damit alle negativen Aspekte dieser Zeit – z.B. wies die Schweiz Juden und Jüdinnen an der Grenze ab (KREIS 2011) – sowie auch der heutigen Zeit aus.

Die Reden und Interviews sind stark emotional-affektiv aufgeladen, jedoch mit anderen Schwerpunkten als dies bei AfD und FPÖ sichtbar wurde. Während Aussagen letzterer primär Angst und Unsicherheit adressieren, spielen im Diskurs der SVP Liebe und Stolz eine exponierte Rolle. Die starke Romantisierung und Glorifizierung des Eigenen, der Schweiz, führt dabei direkt in eine Klassifizierung von Nationalstaaten in ‚besser‘ und ‚schlechter‘. Das Denken in Nationalstaaten bleibt unhinterfragt und die Überhöhung der Schweiz über alle anderen Nationalstaaten führt zu klassisch nationalistischen Argumentationen und Aussagen. Die SVP sieht die Schweiz in gewisser Weise als gallisches Dorf, als perfekten Ort in der Mitte Europas, den es zu schützen und zu bewahren gelte, vor allem vor Einflüssen von außen: „Ein Land, das nicht in der Lage ist, die

eigenen Grenzen zu schützen, ja nicht einmal zu kontrollieren, gibt sich selbst auf“ (Blocher, 15.01.2016: 9). An dieser Stelle setzen die Angst erzeugenden und verstärkenden Bedrohungsszenarien an, welche sowohl vor dem Fremden generell, dem sozialen Abstieg und vor allem der Zerstörung dieses geliebten Eigenen warnen. Die SVP befindet sich damit in einer ähnlichen argumentativen Zwickmühle wie die AfD (vgl. Kap. 5.1.5), wenn auf der einen Seite das Eigene als perfekt und rein beschrieben wird, auf der anderen Seite jedoch eine Vielzahl von Missständen herrschen, gegen die sich gewehrt werden müsse (z.B. Blocher, 21.01.2011: 19). Diesem Umstand begegnet die Partei zum einen dadurch, dass sie Fehlentwicklungen in den 90er Jahren oder früher verortet (Blocher, 19.01.2007), eine Zeit, in der die SVP noch nicht die dominierende Kraft in der Schweiz war. Zum anderen nutzt sie ihre Rolle als regierende Opposition und macht das Fremde im Inneren verantwortlich, während die SVP sich gemeinsam mit dem Volk in der Opferrolle befinde (Blocher, 18.01.2002):

„Vielleicht handelt es sich um den Ausdruck *eines Gefühls der Hilflosigkeit und Wut*, dass die offizielle Politik dieses Landes sich um die Interessen der eigenen Bürger *zu*letzt zu kümmern scheint“ (Blocher, 28.09.2000).

Die konstruierten Gruppen, SVP und Volk auf der einen Seite, die regierende Elite auf der anderen Seite, werden in dieser Aussage nochmals deutlich. Die Menschen würden sich hilflos und wütend fühlen vor dem Hintergrund einer zunehmenden Internationalisierung. Die in den Augen der SVP legitime Gegenreaktion könnte ein „übersteigertes nationalistisches Verhalten“ (ebd.) sein. Gefühle der Angst, Wut und Hilflosigkeit mögen im gesellschaftlichen Diskurs diffus vorhanden sein, es ist jedoch die SVP, die diese Aspekte aufgreift, pointiert wiedergibt und auf bestimmte, homogenisierte und konstruierte Gruppen lenkt, um diese zu Sündenböcken zu machen und die Wir-Gemeinschaft stärker zusammenzubinden.

5.3.6 Das Weltbild der SVP

Das Weltbild der SVP fußt sehr stark auf einer Kombination aus Nationalismus, Populismus und der Romantisierung des Eigenen. Nach der Analyse des umfangreichen Textmaterials von 1990-2020 kann die SVP als völkisch-nationalistisch bezeichnet werden, wenngleich wiederholt die Mehrsprachigkeit und kulturelle Vielfalt innerhalb der Schweiz betont wird (z.B. Blocher, 21.06.1997). Diese Betonungen sind jedoch lediglich kleine Schlaglichter auf einen marginalisierten Diskurs. Deutlich hegemonial ist der Diskurs eines homogenen „Schweizervolkes“ (Blocher, 29.05.2018), das durch die omnipräsenten „Schweizerwerte“ (Amstutz, 01.08.2018) sowie die gemeinsame Geschichte verbunden sei (vgl. Kap. 5.3.1). So entsteht in den Aussagen der SVP das Bild eines im klar abgegrenzten Raumcontainer Schweiz lebenden, homogenisierten und mit gemeinsamen Eigenschaften versehenen Volkes mitsamt einer kollektiv erlebten

erinnerten Geschichte. Diese Geschichte bildet den Dreh- und Angelpunkt des Weltbildes der SVP. Indem sich die Partei häufig und stark positiv konnotiert auf die Gründung der Schweiz durch das Volk im 13. Jahrhundert bezieht, romantisiert sie das Eigene und lädt es mit positiven Emotionen und Affekten wie Liebe und Stolz auf. Gleichzeitig werden negativ behaftete Aspekte der Geschichte (z.B. die Zeit des Zweiten Weltkrieges) ausgeblendet und die Partei zieht sich argumentativ in das Schneckenhaus der Neutralität und Unabhängigkeit zurück. Mit Bezug auf diese Werte wird in den Aussagen der SVP eine durchweg positive Geschichte der Schweiz sowie des Schweizervolkes konstruiert und das Eigene über alle anderen emporgehoben. So perpetuiert sich das (Selbst)Bild der Schweiz als Sonderfall in Europa und der Welt. Diese Betonung des Sonderfalles ist dabei untrennbar verbunden mit dem völkischen Nationalismus der Partei.

Dies zeigt sich ergänzend daran, dass die SVP in gleichem Maße wie AfD und FPÖ scharfe Abgrenzungen im Inneren sowie nach außen vornimmt. Im Inneren wird klar populistisch argumentierend eine Elite, die „*classe politique*“ (z.B. Blocher, 19.01.2018: 8) identifiziert, welche die Geschicke des Landes bestimme und dem Volk sowie der SVP, dessen Stimme die Partei repräsentiere, gegenüberstehe (vgl. Kap. 5.3.2). Dabei wird dieses Fremde im Inneren, das sich in einem breiten Band aus der Regierung, den anderen Parteien, generell den Linken und Grünen sowie Gewerkschaften und Intellektuellen zusammensetzt, aus der nationalen Gemeinschaft ausgeschlossen. Die homogenisierte Wir-Gemeinschaft, die Schweizer:innen, das seien die SVP und das Volk. Die SVP stünde somit in der politischen Arena allein gegen alle anderen (vgl. Kap. 5.3.2). Auf diese Weise werden klare diskursive Grenzen gezogen und das Eigene noch stärker zusammengeschweißt. All dies geschieht vor dem Hintergrund einer seit jeher an der Regierung beteiligten sowie seit 1999 die stärkste Kraft im Land bildenden SVP. Die Partei stellt in gewisser Weise eine regierende Opposition dar.

Neben der Konstruktion und Identifikation des Fremden im Inneren lässt sich in den Aussagen der Partei eine starke Abgrenzung nach außen feststellen. Diese richtet sich vor allem gegen als Migrant:innen und Geflüchtete gelesene Menschen. Diese werden implizit und explizit mit Aspekten wie Kriminalität und Gewalt in Verbindung gebracht. Auf natur- und geodeterministische Weise wird angenommen, dass alle Menschen natürlich in einen bestimmten Raum ‚gehört‘ (vgl. Kap. 5.3.3). Die scharfe Abgrenzung nach außen geht dabei einher mit der Konstruktion von Bedrohungsszenarien. Es werden gesellschaftliche Gruppen gegeneinander ausgespielt und Neiddebatten konstruiert. Neben der Stigmatisierung und Ausgrenzung dieser konstruierten Gruppen werden Schuldzuweisungen an die imaginierte *classe politique* gerichtet und die Einigelung in der

Gruppe des Eigenen damit vervollständigt. Die SVP wähnt sich enormen Bedrohungen von innen sowie von außen gegenüber, welche wiederum miteinander in Beziehung stünden. So entsteht das Bild einer allumfassenden Bedrohungslage, die drastische Lösungen wie die Selektion und Abschiebung von Menschen legitimiere (vgl. Kap. 5.3.3).

Damit befindet sich die SVP argumentativ nah an anderen rechten Parteien in Europa, zu denen es jedoch keinen nennenswerten Austausch gibt. Die SVP fokussiert sich auf das Eigene, den Raumcontainer Schweiz. Aus diesem Grund opponiert sie besonders stark gegen jegliche Anbindungen an internationale Organisationen und supranationale Institutionen. Die erfolgreiche Lancierung eines Volksbegehrens gegen den Beitritt zur EU in den 1990er Jahren bildet bis heute ein starkes identitätsstiftendes Merkmal innerhalb der Partei (vgl. Kap. 5.3.4). Die starke Oppositionsposition gegenüber allem, was mit der EU zu tun hat, lässt sich u.a. auf die angesprochenen, von der Partei hochgehaltenen Werte Unabhängigkeit und Souveränität zurückführen. Wie gezeigt werden konnte, konnotiert die SVP das Bild der Schweiz als unabhängiger Insel in der Mitte Europas positiv. Die nationalistischen und isolationistischen Argumentationen beruhen auf einer solchen Imagination der Schweiz. Ein Beitritt zur EU würde dieses Bild der Schweiz als Sonderfall in Europa zerstören und zur laut SVP schlimmsten Konsequenz führen: „gleich [zu] werden wie alle anderen“ (Rösti, 01.08.2018: 4f). Die SVP möchte die aktuelle Sonderrolle der Schweiz erhalten, jedoch die (wirtschaftlichen) Vorteile der EU genießen: ein ständiger (semantischer) Spagat. Insgesamt liegt auch hier der Fokus der Aussagen der SVP-Funktionär:innen neben der Abwertung der EU auf der Hervorhebung der Besonderheiten des Eigenen.

Das Eigene wird stark mit Emotionen von Liebe und Stolz verknüpft. Diese Verknüpfung zieht sich durch das gesamte Textmaterial und wirkt auch in die Konstruktion von Bedrohungsszenarien hinein (vgl. Kap. 5.3.5). Eine starke innere Verbundenheit verstärkt Ängste vor Verlust. Die SVP adressiert diskursiv in der Gesellschaft vorhandene Ängste vor einem Fremden, dem sozialen Abstieg sowie der Zerstörung des Eigenen und präsentiert sich selbst als Retterin. Die übermäßige und offen zutage tretende Überhöhung des Eigenen sowie die omnipräsenten Verweise auf Liebe und Stolz unterscheiden die SVP von AfD und FPÖ. Letztere adressieren zwar ebenfalls diese Emotionen in ihren Aussagen, jedoch in deutlich geringerem Maße. Zudem ist hervorzuheben, dass es keine Kontakte zwischen der SVP und den anderen beiden Parteien gibt und diese auch nicht gewünscht seien (Blocher, 27.10.2003; Rösti, 04.10.2019). Ein Grund dafür ist sicherlich die fehlende Möglichkeit auf EU-Ebene, insgesamt passt dieses Verhalten jedoch zu den Erzählungen der SVP, sich auf Themen und Aspekte innerhalb der schweizerischen Grenzen zu konzentrieren und einen

isolationistischen, abschotterischen Kurs zu verfolgen. Im Vergleich zu den anderen beiden Parteien wirkt die SVP insgesamt moderater und hat sich mit ihrer langjährigen Regierungszeit fest in der schweizerischen Politik etabliert. Dennoch versteht sie sich in populistischer Manier als Stimme des Volkes und agiert quasi als regierende Opposition. In gewisser Weise kann die SVP als das betrachtet werden, was AfD und FPÖ zu erreichen suchen. Die Etablierung völkisch-nationalistischen Gedankenguts in der Gesellschaft sowie die Regierungsbeteiligung als stärkste Kraft bei gleichzeitiger Selbstdarstellung als von allen bedrohte und ausgegrenzte Opposition.

Abschließend werden auch für die SVP über den Untersuchungszeitraum von 1990-2020 festgestellte Trends herausgearbeitet. In noch stärkerem Maße als dies für die FPÖ der Fall ist, ist die SVP ihren Argumentationen, Erzählungen und Narrativen treu geblieben. Eingeübte Muster scheinen diskursiv fest verankert zu sein und tauchen immer wieder in Aussagen auf. Dies mag u.a. mit der durchgehenden Präsenz und Dominanz Blochers in der SVP zu tun haben. Folgende drei Trends lassen sich, etwas verkürzt, für die SVP feststellen:

1. Diskursive Verschiebungen durch den Aufstieg der SVP zur stärksten Kraft
2. Blocher als dominante Führungsfigur
3. Dominanz und Marginalisierung der Islamdebatte

Die SVP hat es in den 1990er Jahren, vornehmlich durch die erfolgreiche Opposition gegen den EU-Beitritt, geschafft, von einer jahrzehntelang bei 11% der Stimmen stagnierenden Partei zur stärksten Kraft in der Schweiz aufzusteigen. Diese relativ schnell verlaufene Entwicklung sowie der dauerhafte Erfolg¹¹³ führte notwendigerweise zu diskursiven Verschiebungen, welche zum Teil bereits in den vorherigen Kapiteln diskutiert wurden. Der Nichtbeitritt zur EWG 1992 wurde ein Mythos, alle anderen Parteien, das gesamte Establishment, wandten sich ihr zu, nur die SVP blieb ihrem Kurs treu und wurde dafür laut Selbsterzählung letztendlich belohnt (Blocher, 02.09.2007). Zu dieser Überhöhung des Eigenen gesellt sich nach und nach die Erzählung der schlechten 1990er Jahre, also der Zeit als die SVP noch nicht stärkste Kraft in der Schweiz war. Die 1990er Jahre werden als „düstere Zeit“ (Blocher, 19.01.2007), als „Elendsweg“ (ebd.) beschrieben in der die „rotgrünen Linken“ (ebd.) das Sagen hatten.

„Die Säulen der Schweiz „Unabhängigkeit, Selbstbestimmung, Neutralität“ wurden **in den 90er Jahren verspottet** und hätten einem läppischen Internationalismus geopfert werden sollen. Standhafte Kreise - **vor allem aber die SVP** - haben sich *dagegen gewehrt*, sonst

¹¹³ Die SVP ist auch heute noch stärkste Kraft und nimmt eine dominante Rolle im politischen System der Schweiz ein.

wäre das auch passiert. Selbstverantwortung, Eigeninitiative, Nationalstolz wurde *verhöhnt*. Doch es ändert sich“ (Blocher, 19.01.2007).

Der Ursprung aller (vorgeblich) negativen Aspekte in der Schweiz – seien es Themen wie Steuern, Migration oder die Schweizer Werte – werden in den Aussagen der SVP nach 2003, nach der Erlangung des zweiten Sitzes im Bundesrat, „in den 90er Jahren“ (ebd.) verortet. Auf diese Weise weist die Partei aktuelle Probleme von sich und lenkt sie auf eine frühere Zeit, in der sie noch keinen so großen Einfluss hatte. Gleichzeitig dienen die 1990er Jahre als konstantes Bedrohungsszenario. Eine schwächer werdende SVP berge die Gefahr einer Rückkehr in diese Zeit, und das könne das Volk ja nicht wollen. In dieser durchweg als negativ bezeichneten Zeitspanne wären „[d]ie Säulen der Schweiz [...] verspottet“ (ebd.) worden. Die Verwendung der Begriffe verspotten und verhöhnen adressiert die Zuhörenden dabei auf einer emotional-affektiven Ebene: das geliebte Eigene müsse gegen solche Angriffe verteidigt werden, und zwar von der SVP. Während die 1990er Jahre also geprägt waren vom Kampf der SVP gegen den Beitritt der Schweiz zur EWG, wird dieses Jahrzehnt im Rückblick als düster und verhängnisvoll für die Schweiz charakterisiert. Diese Erzählung wird mit einer angeblichen Dominanz linker und grüner Politik verknüpft, es wird von einem implizit als diktatorisch imaginierten Sozialismus gesprochen (ebd.). So werden aktuelle Feindbildkonstruktionen in dieser Zeit verortet, welche als Blaupause für das gelesen werden können, was der Schweiz ohne eine starke SVP blühen würde. Die SVP adressiert im Sinne einer *invention of tradition* beständig ihre Vorstellung der eigenen Geschichte und grenzt sich von Feinden im inneren und außen ab. Zugleich wird ihre Politik durch den Verweis auf die Vergangenheit, in der angeblich alles schlechter war, legitimiert.

Insgesamt lassen sich als zweiter Trend jedoch nur wenige Veränderungen in den Argumentationen und Erzählungen der SVP ausmachen. Dies hängt u.a. mit der langen Geschichte der Partei sowie dem besonderen politischen System in der Schweiz zusammen, hat jedoch auch mit der über den gesamten Untersuchungszeitraum hegemonialen Rolle Blochers in der Partei zu tun. Er prägte sie wie kein anderer und dominierte den Parteidiskurs auch ohne stets eine führende Rolle innezuhaben. Blocher richtete die Partei straff hierarchisch aus und wird von seinen Parteikolleg:innen als „Jahrhundertfigur“ (Köppel, 04.04.2019) verehrt. In seiner Person vereinen sich die teilweise widersprüchlichen Standbeine der Partei: er ist gelernter Landwirt sowie ehemaliger Chef eines großen Unternehmens¹¹⁴, hat mit der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS)¹¹⁵ eine politische Vereinigung gegründet, die die SVP vor allem in ihrer

¹¹⁴ Vgl. Kap. 5.3.1 und HILDEBRAND 2017.

¹¹⁵ Die AUNS wurde bereits als „Blochers Privatarmee“ bezeichnet (Blocher, 10.03.1998).

Opposition zur EU auf verschiedenen Ebenen unterstützt, und prägte die inhaltliche Ausrichtung der Partei erst in der SVP Zürich und dann in der Gesamtpartei (vgl. Kap. 3.3). Bei der jährlichen Albisgütli-Tagung der SVP Zürich gibt Blocher in einer Grundsatzrede die Marschrichtung für das kommende Jahr vor. So ist es auch nicht verwunderlich, dass ein Großteil des verwendeten Materials von ihm stammt. Diese Führungsrolle in der Partei habe er nie gewollt, nimmt sie jedoch demütig an und formuliert dabei auch, dass er besser als alle anderen sei (Blocher, 07.03.1998). Blocher greift in seinen Aussagen die diskursiv vorhandenen Ängste und Vorurteile der Menschen gegenüber der Politik und Parteien auf, lenkt diese auf die anderen Parteien und beschreibt sich selbst und die SVP dabei als anders, als integer, als volksnah.

*„Es gilt wachsam zu bleiben, **anfällige Personen in den eigenen Reihen** stets zu ermahnen, um zu verhindern, dass aus der erfolgreichen Themenpartei wieder eine erfolglose Ämtchenpartei wird“* (Blocher, 21.01.2000: 7).

Unter Blochers Führung habe sich die SVP von einer „erfolglose[n] Ämtchenpartei“ (ebd.: 7) zu einer „erfolgreichen Themenpartei“ (ebd.: 7) entwickelt. Damit wird zum einen den anderen Parteien vorgeworfen, noch immer bloß nach Ämtern zu streben. Diesen Weg habe die SVP hinter sich gelassen. Zum anderen zeigen die vorangestellten Adjektive, dass eine Partei nur erfolgreich sein könne, wenn sie sich auf Themen konzentriere, also auf das Volk höre. Die polyphone Markierung „wieder“ (ebd.: 7) zeigt, dass stets die Gefahr bestehe, dass die SVP in diese Zeit zurückfallen würde. Deshalb sei eine starke Führungsperson an der Spitze, als die Blocher sich versteht, unumgänglich um „anfällige Personen“ (ebd.: 7) zu erkennen und entsprechend zu behandeln. Der autoritäre Führungsstil Blochers sowie sein Verständnis einer straff auf ihn ausgerichteten Partei werden in dieser Aussage nochmals deutlich. Er brüstet sich damit, wie das Volk zu sprechen (Blocher, 10.10.2003) und wacht lieber von oben über die Partei als offizielle Ämter zu bekleiden (Blocher, 27.08.1998). Ähnlich wie bei Haider und Strache für die FPÖ deutet dies auf einen im Diskurs vorhandenen, rückwärts-gewandten Wunsch nach einer starken Führungsperson hin, auf den Blocher sich in seinen Aussagen bezieht.

Der dritte Trend über die Zeit zeigt jedoch, dass auch Blochers Führungsrolle Brüchen ausgesetzt ist. In seinen Interviews und Reden ließen sich keine Aussagen zum Islam oder zu Religion als Distinktionsmarker im Allgemeinen finden, obwohl es gerade zu Beginn der 2000er Jahre eine intensive Debatte darüber gab. 2006 lancierte die SVP die sogenannte Minarettinitiative zu der sich Blocher als führender SVP-Politiker jedoch nicht äußerte (vgl. Kap. 5.3.3). Das Thema Islam ist zwar in Blochers Aussagen kaum vorhanden, aber dennoch inhärenter Bestandteil des SVP-Diskurses. Es zeigt anschaulich, wie einzelne Diskurse für bestimmte Zeit hegemonial werden können, um dann wieder zugunsten anderer

Themen marginalisiert zu werden. Eine sehr pauschalisierende Vorstellung des Islam dominierte für den Zeitraum der Minarett-Initiative den Diskurs der Partei, sichtbarer in anderen Materialien als den in dieser Arbeit analysierten (vgl. Kap. 5.3.3), verlor nach der erfolgreichen Abstimmung jedoch wieder an Bedeutung. Vorhanden ist eine solche Vorstellung seitdem jedoch durchgehend, wie sich unter anderem an neueren Parteipapieren zeigt (z.B. SVP 2021), wird jedoch wie vor der Initiative von anderen Themen überlagert. Dieses Beispiel zeigt anschaulich die Grenzen einer notwendigerweise limitierten qualitativen Diskursanalyse auf, lädt aber auch dazu ein, den Textkorpus nie komplett abzuschließen und stets nach ergänzenden Debattensträngen Ausschau zu halten. Die Debatte über den Islam, wie ihn die SVP definiert, zeigt darüber hinaus, dass auf den unteren Ebenen einer Partei durchaus andere inhaltliche Schwerpunkte gesetzt werden als in den Aussagen der führenden Parteifunktionär:innen. In der Regel wirken diese Diskursstränge jedoch mindestens partiell in entsprechende Aussagen hinein und lassen sich so aufgreifen, analysieren und einordnen.

Die SVP stellt also in vielerlei Hinsicht den Sonderfall dar, den sie für sich sowie die Schweiz insgesamt so gerne postuliert. Als seit Ende der 1990er Jahre stärkste Partei in der Schweiz kann sie auf ganz andere Weise Diskurse aufgreifen und Themen setzen. Dabei pflegt sie jedoch keine Beziehungen zu anderen rechten Parteien in Europa, welche sicherlich in gewisser Weise mit neidvollem Blick in die Schweiz schauen. Obwohl die SVP insgesamt sehr ähnliche, nationalistische, populistische und verschwörungsideologische Argumentationen verwendet, beschränkt sie sich argumentativ auf den Raumcontainer Schweiz ein. Dies zeigt sich in der vehementen Ablehnung von allem von außen angeblich Einfluss auf die Schweiz nehmen wollenden, seien es Menschen oder internationale Organisationen. Dominant in den Aussagen der Partei ist ein romantisierendes Bild des homogenisierten Eigenen, das emotional-affektiv mit Liebe und Stolz aufgeladen ist, das völkisch-nationalistische Fundament damit jedoch nicht überdecken kann.

5.4 Zwischenfazit: Die deutschsprachige parteipolitische Rechte – Verbindendes und Trennendes

AfD, FPÖ und SVP, die prominentesten Vertreterinnen der deutschsprachigen parteipolitischen Rechten, verbinden zentrale völkisch-nationalistische und populistische weltanschauliche Aspekte, Argumentationen und Erzählungen. Gleichzeitig lassen sich auf verschiedenen Ebenen zentrale Unterschiede zwischen den drei Parteien identifizieren. Verbindendes und Trennendes werden in diesem Kapitel nochmals kondensiert und systematisiert, um die das gemeinsame

Fundament der jeweiligen Parteien bildenden Tiefenstrukturen parteibezogener Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen herauszustellen sowie unterschiedliche Erzähllinien rechter Diskurse zu vergleichen. Dies geschieht stets mit einem erweiterten Blick auf emotionalisierende und affizierende Themen und Rhetoriken in den Diskursen von AfD, FPÖ und SVP.

Die drei Parteien haben sehr unterschiedliche Entstehungsgeschichten, durchliefen personelle und programmatische Veränderungen und operieren vor dem Hintergrund unterschiedlicher Länderkontexte und (Aussicht auf) Regierungsbeteiligung. Dennoch lassen sich deutliche Gemeinsamkeiten in den Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen erkennen: Alle drei Parteien argumentieren eindeutig geo- und naturdeterministisch, wenn sie von der Prämisse ausgehen, dass jeder Mensch natürlich in einen bestimmten Raum ‚gehöre‘. Diese Argumentationen gehen stets einher mit Prozessen des *othering*, also mit einer Konstruktion und Gegenüberstellung von Eigenem und Fremdem, wobei das Eigene im Negativ des Fremden beschrieben wird. Vor allem in Aussagen der AfD lässt sich dieses Phänomen gut erkennen, wenn z.B. ‚die Deutschen‘ und ‚die Fremden‘ semantisch gegenübergestellt und mit Identität konstituierenden Merkmalen versehen werden (vgl. Kap. 5.1.1). Während es AfD und FPÖ sehr schwer fällt, das Eigene zu definieren und mit Bedeutung aufzuladen, sind die Aussagen der SVP mit einer starken Romantisierung des Eigenen sowie dessen Aufladung mit Gefühlen von Stolz und Liebe weniger auf eine exzessive Beschreibung des Anderen ausgerichtet. Dies zeigt sich u.a. daran, dass im Zuge der qualitativen Inhaltsauswertung des Materialkorpus für die SVP weniger semantische Strickleitern aus dem Material extrahiert werden konnten. Wie Kapitel 5.3 gezeigt hat, ist die SVP in der Lage – mit Bezug zur Schweiz als Sonderfall in Europa, der durch die Werte Unabhängigkeit und Neutralität kontinuierlich zum Ausdruck gebracht wird – eine äußerst positive Geschichte des Eigenen zu erzählen, die seltener auf die offenkundige Abwertung des Anderen zurückgreifen muss. Diese *invention of tradition* zeichnet ein bis ins 13. Jahrhundert zurückgehendes kontinuierlich positives Bild der Schweiz (vgl. Kap. 5.3.1). Diese Geschichte ist ein Kern des Fundamentes der SVP und hat sowohl eine nach innen verbindende als auch nach außen abgrenzende Funktion. AfD und FPÖ fällt es mit Blick auf die landeseigenen Historien deutlich schwerer eine positiv konnotierte Geschichte des Eigenen zu erzählen. Hier dient die *invention of tradition* eher dazu, die negativen Aspekte der eigenen Geschichte zu überdecken oder sogar auszulöschen, um wieder „Stolz auf das eigene Land“ (Wissenbach, 24.10.2017) sein zu können, wie es in der AfD formuliert wird (vgl. Kap. 5.1.1). Während die AfD somit immer wieder Bezug auf die deutsche Geschichte nimmt, sich dabei aber häufig auf die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg bezieht, wirken solche Erzählungen in die Aussagen der FPÖ kaum hinein. Sie ist in gewisser Weise gefangen

zwischen einem nach außen vertretenen Österreichpatriotismus und dem inneren Fundament des Deutschnationalismus (vgl. Kap. 5.2.1).

Gemeinsam ist den drei Parteien jedoch das Selbstverständnis als Stimme des Volkes. Sie alle nehmen für sich in Anspruch für die homogenisierten Gruppen der Deutschen, Österreicher:innen oder Schweizer:innen zu sprechen und verknüpfen diese konstruierten nationalen Völker mit den entsprechenden Raumcontainern. Dies zeigt sich sehr anschaulich an der inflationären Verwendung subjektbezogener Deiktika im gesamten Textmaterial, so dass der Nationalismus als zentraler Baustein, als gemeinsamer Kitt der Parteien verstanden werden kann, der themenübergreifend in die Aussagen hineinwirkt. Um diesen Nationalismus zu überdecken bedienen sich alle drei Parteien leerer Signifikanten – ‚Tradition‘, ‚Heimat‘, ‚Kultur‘ – und laden diese entsprechend mit Bedeutung auf. In den Aussagen der Parteien werden homogene Gruppen des Eigenen konstruiert, nationale Gemeinschaften, welche aufs engste miteinander verbunden sind über Liebe und Stolz, aber auch der Angst vor der Zerstörung dieses Eigenen. Dabei spielen die scharfe Abgrenzung nach außen sowie die damit einhergehende Bedrohung eine zentrale Rolle in den Erzählungen aller drei Parteien. Diese Erzählungen gehen mit dem gegeneinander Ausspielen gesellschaftlicher (Rand-)Gruppen einher. Je nach Argumentation werden z.B. arbeitssuchende Menschen als „Faulenzer“ (Haider, 26.09.1991) beschrieben und aus der nationalen Gemeinschaft ausgeschlossen. Geht es jedoch um eine imaginierte Bedrohung durch als fremd gelesene Menschen aus einem imaginierten Außen werden genau diese verbal stets abgewerteten Personengruppen wieder Teil der Argumentation, und zwar immer dann, wenn ihnen von Geflüchteten und Migrant:innen vermeintlich etwas weggenommen wird (vgl. Kap. 5.1.1; Kap. 5.2.1; Kap. 5.3.1).

Eine Homogenisierung nach innen sowie Abgrenzung nach außen lässt sich somit bei allen drei Parteien feststellen. Gleiches gilt für den omnipräsenten Nationalismus in Kombination mit völkischem Gedankengut. Leichte Unterschiede zeigen sich bei der Thematisierung der Familie. Während diese für AfD und FPÖ das Fundament der Gesellschaft bildet und deutsche bzw. österreichische Familien darin bestärkt werden sollten deutsche bzw. österreichische Kinder zu bekommen (vgl. Kap. 5.1.1; Kap. 5.2.1), wird die Familie in Aussagen der SVP selten tangiert, sie gilt als Privatsache (vgl. Kap. 5.3.1). Dies passt zur insgesamt deutlich stärker neoliberalen Ausprägung der Partei, laut der es möglichst große Freiheit für das Individuum sowie möglichst wenig Einmischung durch den Staat geben sollte, bei gleichzeitiger Abschottung nach außen.

Eine weitere Auffälligkeit bei SVP und FPÖ stellt die Bedeutung eines ‚starken Mannes‘ an der Spitze dar: Die SVP wird seit über 20 Jahren von Blocher dominiert und gelenkt und ist unter ihm zur stärksten Kraft in der Schweiz geworden.

Die FPÖ hatte mit Haider und Strache zwei Obmänner, welche die Partei ebenfalls stark geprägt und sie jeweils in eine Regierungsbeteiligung geführt haben. Die AfD ist im Gegensatz dazu deutlich heterogener aufgestellt und hat aktuell mit Weidel sogar eine Frau in der Doppelspitze. Etwas, dass es bei FPÖ und SVP bisher nicht gegeben hat. Dennoch steht mit Höcke auch bei der AfD eine sich selbst als starke Führungsperson sehende Person parat, die die Geschicke der Partei auf sich zentrieren möchte (FUNKE U. HARDTMANN 2021).

Der sich auf den jeweils eigenen Raumcontainer beziehende Nationalismus geht trotz der Homogenisierungen nach innen mit Abgrenzungsprozessen innerhalb der Nationalstaaten einher. Dabei entstehen bei allen drei Parteien Imaginationen des Eigenen als schützend und bewahrend und des Fremden im Inneren als zerstörend und bedrohend. Dieses Fremde im Inneren ist dabei wahlweise eine sogenannte Elite, die Regierung oder die anderen Parteien, wobei diese Abgrenzungen keinesfalls trennscharf sind und bisweilen synonym Anwendung finden. Inhärent ist dabei allen drei Parteien eine populistische Argumentationsweise. Dem anständigen Volk, als dessen Vertreterin sich alle drei Parteien verstehen, wird eine korrupte und mächtige Elite gegenübergestellt.¹¹⁶ Dabei werden verschwörungstheoretische Versatzstücke diskursiv aufgegriffen und in die Erzählungen integriert. Es entsteht das auf emotional-affektiver Ebene Angst und Hilflosigkeit adressierende Bild einer ‚übermächtigen Bedrohung‘, der sich nur die jeweilige Partei als Vertreterin des Volkes gegenüberstelle. Damit verknüpft ist das Narrativ einer ‚alleine gegen alle anderen‘-Partei, welche sich stets in der Opferrolle begreift. Dem Fremden im Inneren wird dabei gleichzeitig die Schuld an jeglichen negativen Prozessen zugeschrieben. Diese Erzählungen sind besonders stark emotional-affektiv aufgeladen, da sie existenzielle Bedrohungen adressieren und potenzieren. Gefühle der Angst vor dieser Bedrohung und damit einhergehenden Veränderungen werden mit Gefühlen der Wut auf die Elite, die Regierung, die anderen Parteien verknüpft bzw. diese auf letztere gelenkt. Dann erscheinen auch Rufe nach Widerstand – gegen die Asylpolitik, die Regierung, die EU (Blocher, 21.01.2011) – plötzlich legitim, welche jedoch auf einer abstrakten Ebene verbleiben. Es gilt jedoch stets zu bedenken, dass hier nicht irgendwer nach Widerstand ruft, sondern im Fall der AfD eine in (fast) allen Parlamenten vertretene Partei, im Fall der FPÖ eine bereits zweimal regierende Partei und im Fall der SVP die seit dem Ende der 1990er Jahre stärkste Partei in der Schweiz. Besonders Letztere befindet sich dabei im ständigen Spagat zwischen schweizerischer Regierungsverantwortung und Oppositionsgebaren. Der Regie-

¹¹⁶ Die FPÖ selbst spricht nicht direkt von einer Elite, dafür häufiger von einem ‚System‘ und projiziert ansonsten die gleichen Merkmale und Zuschreibungen auf die Regierung und die anderen Parteien, weshalb auch sie als populistisch beschrieben werden kann (vgl. Kap. 5.2.2).

rung bzw. der Elite wird von allen drei Parteien implizit und explizit vorgeworfen, gegen das eigene Volk zu arbeiten, was einen Ausschluss aus der nationalen Volksgemeinschaft legitimiere (vgl. Kap. 5.1.2; Kap. 5.2.2; Kap. 5.3.2).

Zudem grenzen sich besonders AfD und SVP noch auf eine weitere Weise vom Fremden im Inneren ab, und zwar indem sie wiederholt postulieren, sie seien keine Berufspolitiker:innen und würden diese Position nicht einnehmen, wenn es nicht absolut notwendig wäre (Höcke, 21.11.2015; Blocher, 09.12.2000). Solche selbstvergewissernden Aussagen finden sich bei der FPÖ nicht, doch auch sie grenzt sich vehement von allen anderen Akteur:innen des Politikgeschehens ab (vgl. Kap. 5.2.2). Neben der generellen Abwertung und Abgrenzung von den anderen Parteien ist das Feindbild der Linken – seit kürzerem auch der Grünen – auffallend. Alle drei Parteien sprechen von einer angeblichen linken Hegemonie, die in Deutschland, Österreich und der Schweiz vorherrsche, weshalb es eine starke rechte Opposition, eine Alternative dazu brauche (Jongen, 28.07.2017; Haider 1994). Die SVP wähnt sich allerdings schon auf dem richtigen Weg und verweist auf einen ‚rechten Zeitgeist‘, der sich nur noch nicht überall in den Wahlergebnissen widerspiegele (Blocher, 15.01.2016: 5). Die Bedrohung durch Linke und Grüne bleibt präsent. Diese Argumentationen sind stark verknüpft mit der Konstruktion eines argumentativ einheitlichen Blockes der jeweils anderen Parteien, dem das Eigene gegenüberstehe. Die SVP geht sogar so weit, dass sie alles für sie ‚linke‘ mit einem implizit als diktatorisch imaginierten Sozialismus gleichsetzt, und diesen wiederum mit dem Nationalsozialismus (vgl. Kap. 5.3.2). Geschichtsrevisionismus lässt sich somit ebenfalls in den Aussagen der SVP nachweisen. Diese angebliche linke Hegemonie zu durchbrechen, haben sich alle drei Parteien als Ziel gesetzt (vgl. Kap. 5.1.2; Kap. 5.2.2; Kap. 5.3.2).

Interessant ist auch die argumentative Abgrenzung weiterer Feindbilder der drei Parteien im Außen: Das Außen wird dabei vor allem als außerhalb des eigenen homogenisierten und – besonders im Fall der Schweiz – romantisierten Nationalstaates verortet und prinzipiell als Bedrohung verstanden. Insgesamt unterscheiden sich die drei Parteien in diesem Kontext nur marginal voneinander, die Aussagen von AfD und FPÖ sind bisweilen identisch (vgl. Kap. 5.1.3; Kap. 5.2.3). So postulieren alle drei Parteien, dass Migrations- und Fluchtprozesse einen bedrohlichen Charakter hätten und schlussendlich zur Zerstörung des Eigenen führen würden, seien es die homogenisierten Völker oder die als leere Signifikanten zu bezeichnenden Werte und Traditionen, welche die drei Parteien hochhalten. Während die Schweiz laut SVP noch immer ein „wunderschönes Land“ (Amstutz, 01.08.2018) sei, befänden sich laut AfD und FPÖ die Veränderungsprozesse in Deutschland und Österreich bereits in vollem Gange. Um ihr jeweiliges Ziel ethnisch homogener Räume zu erreichen, werden immer wie-

der nationale Grenzschießungen forciert. AfD und FPÖ erweitern diesen Lösungsvorschlag um den von der IB übernommenen Begriff der Remigration, also der Konzentrierung und Rückführung von Geflüchteten (Kalbitz, 23.06.2018; Gudenus, 24.05.2004). Vereint sind AfD, FPÖ und SVP in ihrem Wunsch, selbst aussuchen zu dürfen, welche Personen in die jeweiligen Länder migrieren (und welche nicht), diverse Fluchtursachen und Notsituationen negierend. Letztere werden generell von allen drei Parteien angezweifelt. Ihrer Auffassung nach solle zunächst geprüft werden, ob Menschen ‚wirklich‘ verfolgt seien (Gauland, 08.08.2017; Gudenus, 24.05.2004; Blocher, 12.11.2002). Dies geht einher mit dem bereits thematisierten diskursiven gegeneinander Auspielen gesellschaftlicher Gruppen (z.B. Geflüchtete vs. Österreicher:innen (vgl. Kap. 5.2.3)) und der damit verknüpften Aufwertung des Eigenen. Zudem werden Diskurse um Integration als eine Einbahnstraße (AfD/FPÖ) bzw. als nicht möglich (SVP) beschrieben.

Migration ist somit im extrem rechten Weltbild der drei Parteien etwas Negatives, eine Bedrohung, welche semantisch immer wieder und über den gesamten Untersuchungszeitraum (1990-2020) mit Kriminalität und Gewalt verknüpft wird. Dabei bedienen sich alle drei Parteien zum wiederholten Male natur- und geodeterministischer Argumentationsweisen, etwa wenn Kriminalität auf die vermeintliche Herkunft oder das Aussehen von Menschen zurückgeführt wird. Obwohl Menschen im Kontext von Migration und Flucht somit besonders negativ aufgeladen sind und als solche diskursiv-sprachlich parteiübergreifend angerufen werden, unterscheiden die jeweiligen Parteien in manchen Aussagen zwischen ‚guter‘ und ‚schlechter‘ Migration bzw. ‚guten‘ und ‚schlechten‘ Herkunftsländern (vgl. Kap. 5.1.3; Kap. 5.2.3; Kap. 5.3.3). Dies dient der Konstruktion verschiedener diskursiver Subjekte, welche wiederum gegeneinander ausgespielt werden, insgesamt jedoch vehement abgelehnt werden. Dies geschieht nach folgender Logik: Sobald es im Diskurs um Deutsche/Österreicher:innen/Schweizer:innen vs. Migrant:innen und Geflüchtete geht, werden Letztere wieder zu einer homogenen, bedrohlichen und gefährlichen Gruppe.

Kleinere Unterschiede in den Argumentationen und Aussagen der drei Parteien lassen sich beim Thema Religion feststellen: Während in den Aussagen von AfD und FPÖ¹¹⁷ Religion – und vor allem eine pauschalisierende Vorstellung des Islam – einen Distinktionsmarker darstellt, da eine solche Imagination des Islam in Verbindung mit Terrorismus als ein zentrales Feindbild konstruiert wird, wird Religion in den Aussagen der SVP hingegen kaum thematisiert. Dies hängt jedoch, wie in Kapitel 5.3.3 ausführlich diskutiert, vor allem mit der dominanten

¹¹⁷ Für die FPÖ erst seit ca. Anfang der 2000er Jahre, vorher spielte Religion und insbesondere eine solche Vorstellung des Islam keine besondere Rolle in Aussagen der Partei.

Rolle Blochers und seiner Maxime ‚Religion ist Privatsache‘ sowie der erfolgreichen Minarettinitiative 2009 zusammen. In Aussagen anderer SVP-Funktionär:innen – das zeigen eigene, weiterführende und aktuellere Recherchen, die über das Untersuchungsmaterial hinaus reichen – ist der Islam sehr wohl ein Thema und wird in ähnlicher Weise diskutiert wie in Aussagen von AfD und FPÖ.

So einig wie sich AfD, FPÖ und SVP in Sachen Migration und Integration sind, so unterschiedlich gestalten sich ihre parteiinternen Diskurse und Positionen beim Thema ‚Europa‘: Der Euro (als gemeinsame Währung) bzw. der Austritt aus der Gemeinschaftswährung spielt zunächst lediglich in Aussagen der AfD eine hegemoniale Rolle. Diese wird aber, betrachtet man die Tendenz der Anrufung und Markierung in einem größeren Kontext, jedoch deutlich kleiner. Ebenso schwingt sich nur die AfD auf, das Eigene, Deutschland, als „Herz Europas“ (Kalbitz, 24.11.2018) und damit unverzichtbar für ein starkes Europa zu bezeichnen. Damit einher gehen Klassifizierungen der europäischen Staaten in ‚besser‘ und ‚schlechter‘, die so auch bei der FPÖ zu finden sind (vgl. Kap. 5.1.4; Kap. 5.2.4). Die FPÖ wirft sowohl in politischen als auch kulturellen Fragen häufig den Blick nach Deutschland, arbeitet in manchen Aspekten mit der AfD zusammen und ist sich auch mit ihr darüber einig, dass Europa sowohl von außen durch Migrationsprozesse als auch von innen durch die sogenannten Eliten bedroht sei. Deshalb benötige es aus Sicht der AfD eine „Festung Europa“ (Höcke, 24.11.2018), um die transnationale Konstruktion Europa zu schützen, derer fester Bestandteil sowohl Deutschland als auch Österreich sind. Dass Europa eine politisch wie wirtschaftliche Konstruktion ist – im Gegensatz zu den aus Sicht der Parteien ‚natürlich gegebenen und gewachsenen‘ Nationalstaaten – wird dabei sowohl von AfD und FPÖ als auch von der SVP anerkannt. Letztere spricht in dem Zusammenhang von einer „Fehlkonstruktion“ (Blocher, 10.10.2003). Ebenso postulieren alle drei Parteien den Wunsch nach einem Europa der Vaterländer (vgl. Kap. 5.1.4; Kap. 5.2.4; Kap. 5.3.4) und der damit verbundenen Imagination des Erhaltes kultureller Identität. Hier wird somit recht deutlich das Konzept des Ethnopluralismus aufgegriffen und in den Diskurs eingeflochten. Deutlich stärker noch als bei der AfD skizziert die FPÖ die EU als Bedrohung für ein solches Europa (die SVP hält ein Europa der Vaterländer insgesamt für unwahrscheinlich und thematisiert es nur selten). Ein Austritt Österreichs aus der EU wirkt an verschiedenen Stellen in den Diskurs der FPÖ hinein, wird jedoch selten ernsthaft in Betracht gezogen, da aktuell die Vorteile die Nachteile überwiegen (vgl. Kap. 5.2.4).

Die Opposition zur EU kann insgesamt als verbindendes Element von FPÖ und SVP betrachtet werden, jedoch mit ganz unterschiedlichen Ausgängen und Fol-

gen: Die FPÖ opponierte in den 1990er Jahren aktiv und stark gegen einen Beitritt Österreichs zur EU, konnte diesen jedoch letztlich nicht verhindern und arrangierte sich damit. Die SVP führte einen ähnlichen Kampf, ging daraus jedoch als Siegerin hervor und entwickelte sich auf diesem Erfolg aufbauend zur stärksten Kraft in der Schweiz. Der erfolgreiche Kampf gegen den EU-Beitritt bildet bis heute ein zentrales Element des Selbstverständnisses der Partei, auf das immer wieder rekurriert wird. Deshalb sind die Aussagen der SVP zu Europa bzw. zur EU deutlich homogener als bei den anderen beiden Parteien. Die SVP und mit ihr die Schweiz hat es sich in der selbstgewählten Position einer Sonderrolle in Europa gemütlich gemacht und bedient sich daran angelehnten Argumentationen in nahezu allen Reden und Interviews. Jeder weiteren Annäherung an die EU wird kritisch gegenübergestellt, das Eigene wird bei jeder Gelegenheit aufgewertet und die EU abgewertet. Die Dichotomisierung Schweiz vs. EU bildet das zentrale Element des Europa-Diskurses der Partei (vgl. Kap. 5.3.4). Fragen nach der Sicherung der Außengrenzen oder (Kompetenz-)Erweiterungen der EU finden darin keinen Platz und auch ein Austausch mit den anderen beiden Parteien auf europäischer Ebene findet nicht statt.

Alle genannten Themen (Nationalismus, das Fremde im Inneren, Abgrenzung nach außen, Europa) gehen mit der Konstruktion von Bedrohungsszenarien einher. Mit diesen greifen die drei Parteien diskursiv vorhandene Emotionen wie Wut und Angst auf und lenken sie auf bestimmte ebenfalls konstruierte und homogenisierte Gruppen. An diesen bleiben die Emotionen dann im Sinne von AHMED (2014) ‚kleben, sodass eine dauerhafte Verknüpfung auf emotional-affektiver Ebene entsteht. Gleichzeitig wird auf diese Weise die genauso konstruierte und homogenisierte Gruppe des Eigenen in Ablehnung und Abgrenzung zu diesem Anderen enger miteinander verbunden. Emotionen und Affekte spielen somit eine zentrale Rolle in der Konstruktion von Eigenem und Fremdem in den Aussagen rechter Parteien. Sie intensivieren Ein- und Ausgrenzungsprozesse und sind in der Lage, innere Widersprüche und Differenzen zu überdecken. Für die AfD ließen sich in Kapitel 5.1.5 drei zentrale Bedrohungsszenarien im Zusammenhang mit Angst identifizieren, die sich in gewisser Weise auch bei den anderen beiden Parteien wiederfinden: 1. Die Angst vor dem Fremden, 2. die Angst vor dem sozialen Abstieg und 3. die Angst vor der Zerstörung des Eigenen. Angst ist in den Aussagen rechter Parteien allgegenwärtig, es wird beständig vor den unterschiedlichsten Bedrohungen gewarnt. Dabei greifen die Parteien diffus in der Gesellschaft vorhandene Ängste auf, geben diese pointiert wieder und lenken sie auf bestimmte Gruppen. Diese konstruierten Feindbilder sind zumeist die bereits identifizierten Akteur:innen im Inneren (die jeweiligen Regierungen und die anderen Parteien) sowie Geflüchtete, Migrant:innen und die EU. In den klassischen Bedrohungsszenarien steht somit ein bedrohendes Fremdes

dem sich lediglich verteidigenden Eigenen gegenüber. AfD, FPÖ und SVP positionieren sich und das Volk, das sie angeblich repräsentieren, in der verteidigenden Opferrolle und legitimieren so die diskursiv vorhandenen Ängste, gleichzeitig aber auch entsprechende (gewaltvolle) Gegenmaßnahmen. Gefühle der Angst und Unsicherheit können so schnell in Wut und Hass umschlagen, welche wiederum diskursiv mit den entsprechenden Gruppen verknüpft werden. Den Bedrohungen wollen alle drei Parteien mit restriktiven Maßnahmen wie Abschiebungen und mehr Polizei – einer *law and order*-Politik – begegnen, welche aufgrund der konstruierten ständigen Gefahrenlage legitim erscheinen. Die nächste Krise scheint in den Aussagen der Parteien jederzeit möglich zu sein und sowohl AfD und FPÖ als auch die SVP porträtieren sich als letzte Chance für ihr Land, diesen Gefahren zu entgehen. Die AfD geht an dieser Stelle sogar noch einen Schritt weiter und spricht von einer existentiellen Krisensituation (Krah 2019).

Unterschiede zwischen den Parteien finden sich vor allem in der verschiedenen starken Ausprägung der Adressierung von Liebe und Stolz. So bezieht sich die FPÖ kaum auf diese emotional-affektive Ebene, da sie sich schwertut, eine positive *invention of tradition* zu betreiben und sich vom großen Nachbarn Deutschland zu emanzipieren (vgl. Kap. 5.2.1; Kap. 5.2.5). Die AfD versucht in ihren Aussagen stärker eine positive Geschichte Deutschlands zu konstruieren und dabei in geschichtsrevisionistischer Art und Weise die Zeit des Nationalsozialismus auszusparen. Auf diese Weise sollen die im Diskurs marginalisierten Aspekte des Stolzes und der Liebe für Deutschland und die Geschichte des Landes hervorgeholt werden. Dies gelingt der Partei jedoch nur bedingt, sodass auch hier die Adressierung von Wut und Hass dominiert. Anders sieht es bei der SVP aus: In ihren Aussagen lassen sich deutlich weniger Bezüge zu Wut und Angst finden, auch wenn sie deutlich vorhanden sind. Die SVP spricht in den höchsten Tönen von der Schweiz, idealisiert und romantisiert sie und schafft so eine starke Verbindung der angesprochenen Menschen zu diesem Nationalstaat (vgl. Kap. 5.3.5). Die ständige Adressierung und Wiederholung bewirken dabei ihr übriges. Gefühle der Liebe und des Stolzes sind dazu in der Lage, die Gruppe des Eigenen noch enger zusammenzuschweißen, eine Verbindung zu schaffen. Diese Gruppe ist dann nicht nur durch eine Abgrenzung gegenüber einem Anderen, das mit Wut und Angst verknüpft wird, verbunden, sondern ebenfalls durch den Bezug auf etwas Gemeinsames, eine gemeinsame Geschichte und Erzählung, welche durchweg und ausnahmslos positiv erzählt wird. So entsteht eine gewisse Geschlossenheit, die zum einen die negativen Gefühle gegenüber dem Anderen verstärkt und gleichzeitig jeden Angriff auf das Eigene, sei es von außen oder von innen, persönlich nimmt und entsprechend hart reagiert (vgl. Kap. 5.2.5).

Der sich über 30 Jahre erstreckende Untersuchungszeitraum hat neben den angesprochenen Aspekten zusätzliche Trends und Verschiebungen über die Zeit offenbart. So ließ sich bei der FPÖ eine stärkere Fokussierung auf Religion und damit das Feindbild einer pauschalisierenden Vorstellung des Islam herausarbeiten sowie eine generelle Verschiebung des Raums des Sagbaren nach rechts (vgl. Kap. 5.2.6). Ähnliches ließ sich auch für die AfD in einem deutlich kürzeren Zeitraum feststellen, sichtbar u.a. an der Radikalisierung der Sprache (vgl. Kap. 5.1.6). Generell ließen sich bei der AfD brennglasartig in einem recht kurzen Zeitraum Prozesse identifizieren, welche in den anderen beiden Ländern deutlich langsamer vorstättengingen. Die AfD ist in kurzer Zeit sehr erfolgreich geworden und wird inzwischen in einem Atemzug mit anderen, deutlich älteren rechten Parteien in Europa genannt. Dabei kommt sie bisher ohne eine die Partei inhaltlich und organisatorisch dominierende Führungsperson aus. Eine solche ist sowohl bei der FPÖ als auch der SVP in historischer Hinsicht entscheidend für den Erfolg. Seit der Dominanz Blochers erlebt die SVP ihre erfolgreichste Zeit und auch Haider und Strache führten die FPÖ jeweils in Regierungskoalitionen. Eine starke Person an der Spitze der Partei, in den meisten Fällen ein Mann, scheint somit eine große Auswirkung auf die Partei selbst als auch ihre Wähler:innen zu haben. Diskursive Verschiebungen ließen sich aber dennoch auch bei der SVP feststellen, z.B. wenn die 1990er Jahre in der Rückschau zu einer Zeit werden, in der die Schweiz in einem besonders schlechten Zustand gewesen sein soll (vgl. Kap. 5.3.6).

Insgesamt lässt sich mit diesem Zwischenfazit im Nachgang der Auswertung aller Parteien festhalten, dass diese allesamt ein völkisch-nationalistisches Weltbild mit populistischen Ausprägungen vertreten: Die AfD am klarsten, die FPÖ etwas brüchiger aufgrund ihres Lavierens zwischen Österreichpatriotismus und Deutschnationalismus und die SVP mit etwas anderen Schwerpunkten aufgrund ihrer neoliberalen Einfärbung sowie des starken Fokus auf den Exzeptionalismus der Schweiz. Alle drei Parteien konstruieren auf jeweils sehr spezifische Weise eine homogenisierte nationale Gemeinschaft mit einer unterschiedlich stark ausgeprägten kollektiven Geschichte. Inhärente Bestandteile dieser nationalen Konstruktionen sind dabei die Identifizierung eines Fremden innerhalb der Nationalstaatsgrenzen sowie die scharfe Abgrenzung gegenüber einem ebenfalls homogenisierten Außen. Sowohl die Akteur:innen im Inneren als im Außen erscheinen dabei als Bedrohung, gegen die sich mit allen Mitteln gewehrt werden müsse. Diese Debatten um Bedrohung, Verlust und Benachteiligung sind dabei stark emotional-affektiv aufgeladen und dienen einer noch schärferen Abgrenzung von Eigenem und Fremdem. Dabei greifen alle drei Parteien in großem Stil auf natur- und geodeterministische sowie verschwörungstheoretische und geschichtsrevisionistische Argumentationen zurück und haben sich damit ihre Eingruppierung in die extreme Rechte verdient.

Die viel beschworenen Brandmauern gegen rechte Parteien bröckeln oder sind bereits gänzlich verschwunden: Die AfD besetzt erste politische Ämter in Deutschland, die FPÖ erscheint wieder einmal als legitimer Koalitionspartner in Österreich und liegt in Umfragen vor ÖVP und SPÖ, die SVP bleibt unverändert stärkste Kraft in der Schweiz. Von einer Protestwahl kann also bei keiner der drei Parteien gesprochen werden. Umso wichtiger erscheint es, sich rechte Parteien im Detail anzuschauen, ihre Argumentationen zu verstehen, Großerzählungen zu identifizieren und Querverbindungen und Verweise zwischen ihnen aufzuzeigen. Ein fundiertes Verständnis der historischen Entwicklungen sowie Veränderungen, die die Parteien durchlaufen haben, ist zentral, um ihnen progressive Antworten entgegensetzen zu können. Diese Arbeit hat sich intensiv mit Aussagen von AfD, FPÖ und SVP auseinandergesetzt und dabei vier zentrale Fragestellungen beantwortet:

- Welche diskursiven Tiefenstrukturen parteibezogener Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen bilden das gemeinsame Fundament der (jeweiligen) Partei?
- Inwieweit lässt sich die Entwicklung rechter Parteien in Europa mit Bezug zu unterschiedlichen Erzähllinien rechter Diskurse vergleichen?
- Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede rechter Raumkonstruktionen lassen sich identifizieren?
- Welche Rolle spielen Emotionen und Affekte bei der Konstruktion von Eigenem und Fremdem?

Theoretisch stützt sich diese Arbeit auf politisch-geographische Ansätze, vor allem auf die für die Dekonstruktion rechter Raumproduktionen wichtige Kritische Geopolitik. Identität und Raum wurden als zentrale Anker dieser Raumproduktionen erkannt und in das theoretische Konzept eingewoben (vgl. Kap. 2.1). Um Tiefenstrukturen und unterschiedliche Erzähllinien aus dem Material her-

ausarbeiten zu können, sind die politisch-geographischen Annahmen um diskurstheoretische Überlegungen erweitert worden. Mit ihnen lassen sich marginalisierte Betrachtungsweisen sichtbar machen und ihr Konstruktionscharakter offenlegen. Diese Arbeit fokussiert sich somit auf die Sprache der drei Parteien, um rechte Raumproduktionen aus dem Textmaterial herauszuarbeiten und zu dekonstruieren (vgl. Kap. 2.2). Diese konzeptionellen Grundlagen wurden nochmals ergänzt um Aspekte der Emotions- und Affektforschung (vgl. Kap. 2.3). Vor allem von feministischen Forscher:innen in die Geographie eingebracht, erweitern sie die politisch-geographische und diskurstheoretische Forschung um einen bislang wenig beachteten Punkt und stellen eine Neuerung in der human-geographischen Forschung zur extremen Rechten dar. Der Einbezug von Emotionen und Affekten in die Analyse rechter Raumproduktionen erlaubt ein besseres Verständnis davon, wie Zugehörigkeiten zu Gruppen, Objekten und Orten entwickelt werden (WETHERELL ET AL. 2018). Zugehörigkeiten zu Gruppen des Eigenen und des Fremden verfestigen sich durch einen emotional-affektiven Bezug. Diese Verfestigung geschieht vor allem durch Wiederholungen (AHMED 2014), welche sich wiederum mit diskursanalytischen Mitteln aus dem Textmaterial herausarbeiten lassen. Das theoretische Fundament dieser Arbeit setzt sich somit aus einem Dreiklang aus politisch-geographischen, diskurstheoretischen und emotional-affektiven Ansätzen zusammen. Durch ihr Zusammenspiel können rechte Raumproduktionen auf eine neue und systematische Weise sichtbar gemacht und analysiert sowie gleichzeitig die Rolle von Emotionen und Affekten in die Analyse miteinbezogen werden.

Methodisch setzt diese Arbeit auf zwei Verfahren aus dem Methodenkoffer der Diskursanalyse: Kodierende Verfahren (im Speziellen die semantische Strickleiter) und die Aussagenanalyse (vgl. Kap. 4.1). Mithilfe der semantischen Strickleiter wurden konstruierte Gruppen des Eigenen und des Fremden aus dem Textmaterial herausgearbeitet und graphisch gegenübergestellt. Dabei sind jeweils die Identität konstituierenden Merkmale der identifizierten Gruppen sichtbar und analysierbar geworden. Besonders spannend ist in diesem Zusammenhang der Einbezug des implizit in den Aussagen vorhandenen Wissens, welches ebenfalls in der semantischen Strickleiter sichtbar gemacht wird. Die Aussagenanalyse wiederum setzt auf der Mikroebene einzelner Aussagen an und widmet sich der Bedeutung und Aussagekraft von Deiktika, Vorkonstrukten und polyphonen Markierungen. Diese sind Indikatoren für diskursive Tiefenstrukturen und weisen darüber hinaus auf Brüche und Widersprüche innerhalb der Aussagen hin. Kodierende Verfahren und Aussagenanalyse wurden im Sinne des theoretischen Grundgerüsts ebenfalls um eine emotional-affektive Ebene erweitert und dem diskursanalytischen Methodenkoffer ein weiteres Element hinzugefügt. Durch die Erweiterung der Aussagenanalyse um eine solche vierte Ebene konnten konkrete emotional-affektive Spuren in den Aussagen sichtbar gemacht und so die

Rolle von Emotionen und Affekten bei der Konstruktion von Eigenem und Fremdem analysiert werden. Die starke Verbindung einer (imaginierten) Gruppe durch gemeinsame Gefühle und die damit verbundene starke Ablehnung gegenüber einem vorgeblich anders fühlenden Anderen rücken auf diese Weise stärker in den Fokus der Betrachtung.

Das analysierte Textmaterial setzt sich aus Reden und Interviews von Mitgliedern der drei Parteien im Zeitraum 1990 bis 2020 zusammen. Da (klassischen) Medien in rechten Diskursen sehr kritisch gegenübergestellt wird, bespielen rechte Akteur:innen häufig eigene oder alternative Kanäle. So sind alle drei Parteien bei YouTube präsent, geben eigene Parteizeitungen heraus und veröffentlichen viele ihrer Reden und Interviews im Internet. In Kombination mit vereinzelt vorhandenen Interviews im öffentlich-rechtlichen Rundfunk sowie klassischen Zeitungen ließen sich die Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen von AfD, FPÖ und SVP detailliert analysieren. In einem weiteren Schritt könnte ethnographische Forschung angeschlossen werden. Wie die Debatte „Mit Rechten reden, zu Rechten forschen?“ (BERNET ET AL. 2019b) in der Zeitschrift *sub\urban* zeigt, ist ein solches Vorgehen jedoch aus mehreren Gründen kritisch zu hinterfragen. Hohen Funktionär:innen rechter Parteien sollte keine zusätzliche Bühne geboten werden ihre Parolen zu kommunizieren (MULLIS 2019a). Rechte Akteur:innen nutzen diese Bühne, um Tabus zu brechen und gezielte sprachliche Eskalation zu betreiben, um so den Raum des Sagbaren zu erweitern (STROBL 2018). Dennoch plädiert diese Arbeit dafür, sich mit der extremen Rechten zu beschäftigen. Eine an die Analyse vorhandenen Text- und Videomaterials anschließende (ethnographische) Forschung könnte sich, die obige Debatte anerkennend, auf die Ebene der Wähler:innen rechter Parteien konzentrieren, um neue Erkenntnisse zu gewinnen und die Anziehungskraft dieser Parteien zu verstehen (KUMKAR 2019). Aussagen dieser Personen müssen dabei aber stets wissenschaftlich eingeordnet „und auf Gewalt hin befragt werden“ (MULLIS 2019a: 173).

Durch Recherchen auf den genannten Plattformen sowie in klassischen, aber auch extrem rechten Zeitungen und Magazinen entstand schließlich ein umfangreiches Korpus von 389 Dokumenten, welches bei Bedarf um Material aus weiteren Quellen ergänzt wurde (vgl. Kap. 4.2). Diese Dokumente wurden klassifiziert, kodiert und analysiert. Die Auswertung orientierte sich an den identifizierten zentralen Themenkomplexen Nationalismus, Fremdes im Inneren, Abgrenzung nach außen, Europa und Bedrohungsszenarien und kulminierte für jede Partei in einer Kurzdarstellung des Weltbildes mit zusätzlichem Fokus auf Veränderungen über die Zeit (vgl. Kap. 4.3). Analyse und Auswertung geschahen dabei aufgrund der theoretischen und methodischen Ausgangslage parallel (vgl. Kap. 5).

In Kapitel 5.4 wurden die zentralen Ergebnisse der Analyse kondensiert aufbereitet und AfD, FPÖ und SVP im Detail miteinander verglichen. **Die AfD** begann 2013 als eurokritische Ein-Themen-Partei und entwickelte sich rasant zu einer extrem rechten Partei. Mehrere Führungswechsel und eine Vielzahl von (sprachlichen) Tabubrüchen begleiteten die ersten Jahre der noch jungen Partei. Zunächst vor allem in den Medien als neoliberal oder Protestpartei deklariert, zeigt diese Arbeit, dass das völkisch-nationalistische Fundament der Partei, das heute sehr deutlich sichtbar ist, von Beginn an in der Partei vorhanden war. Die AfD imaginiert ein Deutschland mit geschlossenen Grenzen und einem homogenen Volk im Inneren, das sie jedoch nicht näher definieren kann. Dafür benötigt sie im Sinne des *othering* (SAID 1978) ein Anderes, von dem sie die konstruierte Gruppe der Deutschen abgrenzen kann. Dabei handelt es sich zumeist um Migrant:innen oder Geflüchtete, welche im Duktus der extremen Rechten ‚remigriert‘ werden sollen (vgl. Kap. 3.1; Kap. 5.1). **Die FPÖ** hingegen, von ehemaligen Nationalsozialisten gegründet, versuchte sich in den 1980er Jahren zu liberalisieren. Diese Entwicklung erwies sich jedoch nicht als nachhaltig, sodass die Partei unter Parteichef Haider den diskursiv vorhandenen Österreichpatriotismus aufgriff und oberflächlich zu ihrem Markenzeichen machte. Darunter ist jedoch noch immer das deutschnationale Fundament vorhanden. Diese Ambivalenz manifestiert sich in Brüchen und Widersprüchen in den Aussagen der Parteimitglieder. Die Geschichte der FPÖ ist geprägt von Umbrüchen und gescheiterten Koalitionen, sie kann jedoch trotz (oder gerade wegen) ihres völkisch-nationalistischen Fundamentes als im österreichischen Politikbetrieb etablierte Partei betrachtet werden (vgl. Kap. 3.2; Kap. 5.2). Gleiches gilt für **die SVP** in der Schweiz. Sie ist seit über 20 Jahren stärkste Kraft im Land und bestimmt die Geschehnisse maßgeblich mit. Zentral ist dabei die Figur Blochers als starker Mann, der die Richtung vorgibt. Auch die SVP zeichnet ein völkisch-nationalistisches Fundament aus, wenngleich mit etwas anderen Schwerpunkten und Betonungen. Sie ist in dem Sinne ein Sonderfall in Europa, als dass sie in keinem nennenswerten Austausch mit anderen rechten Parteien steht und sich, ganz im Sinne der Schweiz, in isolationistischer Weise stark auf den eigenen Nationalstaat beschränkt. So finden sich in den Aussagen der Partei vor allem Verweise auf ein imaginiertes homogenes Schweizervolk, das bestimmte Werte vertrete und eine gemeinsame Geschichte habe. Diese Geschichte bildet dabei das Kernelement des Weltbildes der SVP. Das Eigene wird romantisiert und stark mit positiven Emotionen wie Liebe und Stolz aufgeladen, welche wiederum die Verbindung des Eigenen sowie die Abgrenzung nach außen verstärken. Mit ihrer langjährigen Regierungszeit hat sich die SVP fest in der schweizerischen Politik etabliert, schafft es aber dennoch, sich als Stimme des Volkes zu präsentieren, als eine artregierende Opposition (vgl. Kap. 3.3; Kap. 5.3).

Insgesamt vertreten somit alle drei Parteien ein völkisch-nationalistisches Weltbild mit populistischen Ausprägungen im Sinne starker Wir/Sie-Unterscheidungen. Sie konstruieren auf jeweils sehr spezifische Weise eine homogenisierte nationale Gemeinschaft mit einer unterschiedlich stark ausgeprägten kollektiven Geschichte. Notwendiger Bestandteil dieser nationalen Konstruktionen ist dabei die Identifizierung eines Feindes innerhalb der Nationalstaatsgrenzen (eine sogenannte Elite und/oder die Regierung) sowie die scharfe Abgrenzung gegenüber einem ebenfalls homogenisierten Außen. Konstruierte Feindbilder sowohl im Inneren als auch im Außen erscheinen dabei als Bedrohung und werden stark emotional-affektiv aufgeladen. Auf diese Weise dienen die konstruierten Bedrohungsszenarien mit Rückbezug auf die theoretischen Grundannahmen einer noch schärferen Abgrenzung von Eigenem und Fremdem. In Aussagen aller drei Parteien lassen sich darüber hinaus natur- und geodeterministische sowie rassistische, sexistische, verschwörungstheoretische und geschichtsrevisionistische Argumentationen finden, welche ihre Eingruppierung in die extreme Rechte untermauern.

Mit dieser Arbeit konnte erstmals systematisch gezeigt werden, welche Identitätskonstruktionen und Raumproduktionen das Fundament der jeweiligen Parteien bilden, an welchen Stellen sich diese Raumkonstruktionen unterscheiden und gleichen und wie sie sich in den vergangenen 30 Jahren verändert haben. Darüber hinaus konnte mit der theoretischen und methodischen Erweiterung um Aspekte der Emotions- und Affektforschung gezeigt werden, dass die drei der extremen Rechten zuzuordnenden Parteien Gruppen des Eigenen konstruieren, die sie zwar nur schwer definieren können, deren Wut, Angst und Unsicherheit sie jedoch in ihren Aussagen adressieren und damit legitimieren. Diskursiv vorhandene Gefühle der eigenen Benachteiligung (trotz Fleiß und harter Arbeit) sowie der angeblichen Bevorzugung einer homogenisierten Gruppe des Anderen, häufig bestehend aus Migrant:innen und Geflüchteten, werden verstärkt. Es entsteht eine kollektive Identität, deren Gefühle und Emotionen die Parteien auf die im Außen verortete konstruierte Gruppe des Anderen oder andere imaginierte Gruppen im Inneren lenkt. Das emotionsauslösende Unrecht wird dabei jedoch nicht gelöst, sondern die Emotion selbst nur kanalisiert, weshalb rechte Politik Emotionen ständig aufrechterhalten muss (HELFRITZSCH U. MÜLLER HIPPER 2021b).

Der spezifische Beitrag dieser Arbeit zu den in Kapitel 1.1 diskutierten Debatten in den Politikwissenschaften sowie der Geographie zur extremen Rechten und rechten Parteien liegt somit in der systematischen und einen großen Zeitraum abdeckenden politisch-geographisch informierten Diskursanalyse unter Einbezug von Aspekten der Emotions- und Affektforschung. Durch die Betrachtung eines mit 30 Jahren recht langen Zeitraumes konnten zentrale Großerzählungen

rechter Parteien, wiederkehrende Diskurselemente, aber auch Veränderungen und Verschiebungen innerhalb und zwischen den Parteien sichtbar gemacht werden. Auf diese Weise wurde gezeigt, dass Argumentationen der AfD, die bei der bloßen Betrachtung des deutschen Kontextes neu und provokant erscheinen, so oder so ähnlich bereits etliche Jahre zuvor in Österreich oder der Schweiz geäußert wurden. Zudem konnte in der vergleichenden Analyse der drei Parteien nachgewiesen werden, dass in den Aussagen der SVP deutlich andere Emotionen adressiert werden als bei AfD und FPÖ. Letztere konzentrieren sich vor allem auf Bedrohungsszenarien und diskursiv vorhandene (Abstiegs)Ängste, während die SVP in nahezu jeder Rede und jedem Interview auf die Liebe zum Nationalstaat und den Stolz auf die eigene Geschichte rekurriert und beide damit semantisch aufwertet, also ein Gefühl des eigenen Exzeptionalismus verstärkt.

Inwieweit die für die drei Parteien im deutschsprachigen Raum herausgearbeiteten Charakteristika und Merkmale auch auf andere (europäische) rechte Parteien zutreffen und wie stark der Austausch dort ist, wäre auf dieser Arbeit aufbauend zu erforschen. Vor allem Beziehungen zu den extrem rechten Regierungen in Polen und Ungarn wären spannend, aber auch Gemeinsamkeiten und Unterschiede mit dem Rassemblement National in Frankreich oder den postfaschistischen Fratelli d'Italia versprechen interessante Erkenntnisse. Die Ergebnisse dieser Arbeit beziehen sich zunächst lediglich auf Deutschland, Österreich und die Schweiz, Theorie und Methodik ließen sich aber problemlos auf andere Länder und Parteien übertragen. Auch ein Blick über die Ebene der Parteien hinaus, auf ihr Umfeld, ihre Netzwerke und deren Verbindungen böte sich weiterführend an. An verschiedenen Stellen verweist diese Arbeit bereits auf Vorfeldorganisationen wie die IB oder PEGIDA, inhaltliche und personelle Verknüpfungen sind jedoch nicht in die Analyse eingeflossen. Eine Erweiterung der Analyse auf die gesamte sogenannte Mosaikrechte inklusive Thinktanks, rechten Medien sowie den jeweiligen Jugendorganisationen mit diskurstheoretischen oder ethnographischen Verfahren verspräche aufschlussreiche Erkenntnisse. So tritt in der Schweiz mit der Jungen Tat eine extrem rechte Gruppierung stärker in die Öffentlichkeit (GERNY U. VENETZ 2022), während in Österreich IBÖ und die Jugendorganisation der FPÖ gemeinsam marschieren (RAUSCHER 2023) und in Deutschland die Junge Alternative vom Verfassungsschutz bundesweit als gesichert rechtsextrem eingestuft wird (Süddeutsche Zeitung 2023). Darüber hinaus wäre eine genauere Analyse der jeweiligen konservativen Parteien und ihrer Verbindungen zur extremen Rechten notwendig. STROBL (2021) spricht in diesem Zusammenhang im österreichischen Kontext von radikalisiertem Konservatismus und verweist auf die Gefahren, die eine zu starke Annäherung konservativer Parteien an die extreme Rechte bergen. Auch hier würde sich eine vergleichende, diskurstheoretisch informierte Analyse aus der Perspektive der Kritischen Geo-

politik unter Einbezug von Aspekten der Emotions- und Affektforschung anbieten. Diese Arbeit öffnet somit das Feld für eine Vielzahl weiterer, anknüpfender Forschungsprojekte.

Die Stärke rechter Parteien in Europa macht es unumgänglich, sich (wissenschaftlich) mit ihnen auseinanderzusetzen, ihre Argumentationen und Antworten auf zum Teil imaginierte Problemlagen zu dekonstruieren. Dabei sind Vergleiche zwischen Ländern und Parteien äußerst gewinnbringend. So können unter Umständen Muster, Grobzerählungen und Vernetzungen erkannt und entsprechend gegengesteuert werden. Starke rechte Parteien haben sehr konkrete Auswirkungen auf Politik und Gesellschaft. Progressive Maßnahmen und Projekte werden durch reaktionäre und konservative Politik blockiert und verhindert. Menschen, die nicht in das Weltbild der rechten Parteien passen, werden diskriminiert und angegriffen. Die emotional-affektiv aufgeladenen Diskurse entfalten sich in ganz konkreten Praktiken, von alltäglichen rassistischen Beleidigungen bis zum Anzünden von Flüchtlingsunterkünften (die tageszeitung 2023). Die wissenschaftliche Analyse kann jedoch nur ein erster Schritt sein. Darüber, wie genau dem Erstarken rechter Parteien in Europa und der damit einhergehenden Verankerung rechten Gedankenguts im gesellschaftlichen Diskurs begegnet werden kann, wird in der Wissenschaft intensiv diskutiert. Es wird u.a. auf die Notwendigkeit einer auf Vertrauen und Respekt aufbauenden Politik der regierenden Parteien in Kombination mit der Anerkennung der in jeder Debatte mitschwingenden Emotionen verwiesen (HILLJE 2023). Diese Arbeit zeigt, dass rechte Parteien Angst und Unsicherheit adressieren, um Bedrohungsszenarien zu konstruieren und diese Gefühle auf konstruierte Feindbilder im Inneren und im Außen zu lenken. Deshalb erscheint es umso wichtiger, Empathie für alltägliche Veränderungen zu zeigen und die diesen inhärente Emotionalität anzuerkennen. Die soziale Absicherung jeglicher Maßnahmen muss stets gewährleistet und kommuniziert werden (ebd.). Zudem dürfen die anderen politischen Akteur:innen nicht die Themen der rechten Parteien übernehmen, ihnen aber auch nicht den „Alleinvertretungsanspruch der Unzufriedenen überlassen“ (STROBL 2023). Einig ist sich die Forschung jedoch darüber, dass eine Beteiligung rechter Parteien an Regierungen nicht zu ihrer Entzauberung, sondern vielmehr zu ihrer Normalisierung führt (HILLJE 2022; MUDDE 2019; STROBL 2021). Dies zeigt sich exemplarisch an den aktuellen, sehr guten Umfragewerten der FPÖ trotz zweier (gescheiterter) Koalitionsbeteiligungen sowie an der kontinuierlichen Stärke der SVP. Um weitere Normalisierungsprozesse zu vermeiden, ist ein Blick über den eigenen Nationalstaat hinaus ratsam. Gemeinsam lassen sich unter Einbezug der Zivilgesellschaft, von Gewerkschaften und Aktivist:innen Strategien und Methoden erarbeiten und erfolgreiche Modelle austauschen. Politisch-geographische Analysen rechter Parteien, vor allem unter Einbezug emotional-affektiver Aspekte, bieten nicht nur relevante Ergebnisse und Analysen für Wissenschaft und

Forschung, sondern können auch zum (gemeinsamen, staatenübergreifenden) Vorgehen gegen die Normalisierung extrem rechten Gedankenguts in der Gesellschaft beitragen.

- ACKERET, M. (2007): Das Blocher-Prinzip. Ein Führungsbuch. 3. Aufl. Schaffhausen.
- AGNEW, J. (1983): An excess of 'national exceptionalism': towards a new political geography of American foreign policy. In: *Political Geography Quarterly*, Jg. 2, H. 2, S. 151–166.
- AGNEW, J. (1994): The territorial trap: the geographical assumptions of international relations theory. In: *REVIEW OF INTERNATIONAL POLITICAL ECONOMY*, Jg. 1, H. 1, S. 53–80.
- AGNEW, J. A. (2002): *Making political geography. (Human geography in the making)*. London.
- AHMED, S. (2004): Collective Feelings. In: *Theory, Culture & Society*, Jg. 21, H. 2, S. 25–42.
- AHMED, S. (2014): *The Cultural Politics of Emotion*. Edinburgh.
- AIGNER, I., PAUL, J. U. R. WAMPER (2017): *Autoritäre Zuspitzung. Rechtsruck in Europa. (Edition DISSBd. 40)*. Münster.
- AIJAZ, I. (2018): *Islam. A Contemporary Philosophical Investigation*. London.
- AJANOVIC, E., MAYER, S. U. B. SAUER (2015): Umkämpfte Räume. Antipluralismus in rechtsextremen Diskursen in Österreich. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Jg. 44, H. 2, S. 75–85.
- AMANN, M. (2017): *Angst für Deutschland. Die Wahrheit über die AfD: wo sie herkommt, wer sie führt, wohin sie steuert*. München.

- ANDERS, T. (2020): Protest gegen rechten Historiker. Lothar Höbelt, Professor Einzelfall. Online unter: <https://www.derstandard.at/story/2000113531274/lothar-hoebelt-professor-einzelfall> (abgerufen am 02.03.2021).
- ANDERSON, B. R. (1996): Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts. 2. Aufl. Frankfurt.
- ANDERSON, K. u. S. J. SMITH (2001): Editorial: Emotional geographies. In: Transactions of the Institute of British Geographers, Jg. 26, H. 1, S. 7–10.
- ANGERMÜLLER, J. (2007): Nach dem Strukturalismus. Theoriediskurs und intellektuelles Feld in Frankreich. (Sozialtheorie). Bielefeld.
- Anonyme Autoren (2019): Rechtsruck. Wer ist das Volk? 1. Aufl. Wiesbaden.
- APPADURAI, A., BAUMAN, Z., DELLA PORTA, D., FRASER, N., IYLIZ, E., KRÄSTEV, I., LATOUR, B., MASON, P., MISHRA, P., MISIK, R., NACHTWEY, O., RENDUELES, C., STREECK, W., VAN REYBROUCK, D. u. S. ŽIŽEK (2017): Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit. Sonderdruck, Originalausgabe. Herausgegeben von Geiselberger, H. Berlin: Suhrkamp. (Edition Suhrkamp).
- Autor*innenkollektiv Geographie und Geschlecht (2020): Handbuch feministische Geographien. Arbeitsweise und Konzepte. Berlin.
- BAILER-GALANDA, B. (1993): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. Wien.
- BAILER-GALANDA, B. (1995): Haider wörtlich. Führer in die Dritte Republik. Wien.
- BARFUSS, T. u. P. JEHLE (2017): Antonio Gramsci zur Einführung. 2., ergänzte Aufl. Hamburg.
- BAYOUMI, M. (2022): They are 'civilised' and 'look like us': the racist coverage of Ukraine. Online unter: <http://www.kooriweb.org/foley/news/2000s/2022/march/guardian3mar2022.pdf> (abgerufen am 02.06.2023).
- BEBNOWSKI, D. (2015): Die Alternative für Deutschland. Aufstieg und gesellschaftliche Repräsentanz einer rechten populistischen Partei. Wiesbaden.
- BEBNOWSKI, D. (2016): "Gute" Liberale gegen "böse" Rechte? Zum Wettbewerbspopulismus der AfD als Brücke zwischen Wirtschaftsliberalismus und Rechtspopulismus und dem Umgang mit der Partei. In: HÄUSLER, A. (Hrsg.):

- Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung. Wiesbaden, S. 25–38.
- BELINA, B. (2020): Political geography lecture: Social forms, spatial forms, and the New Right. Celebrating Capital at 150 and explaining the rise of the AfD. In: *Political Geography*, Jg. 81
- BERG, A. L., SCHEVE, C. VON, URAL, N. Y. U. R. WALTER-JOCHUM (2019): Reading for affect. In: KAHL, A. (Hrsg.): *Analyzing Affective Societies*. London, S. 45–62.
- BERNET, T., BESCHERER, P., BEURSKENS, K., FEUSTEL, R. U. B. MICHEL (2019a): Stadt von rechts? Eine Einleitung. In: *sub\urban*, Jg. 7, H. 1-2, S. 7–21.
- BERNET, T., BESCHERER, P., BEURSKENS, K., FEUSTEL, R. U. B. MICHEL (2019b): Themenschwerpunkt. Stadt von rechts? In: *sub\urban*, Jg. 7, H. 1/2
- BETZ, H.-G. (1994): *Radical right-wing populism in Western Europe*. Houndmills, Basingstoke.
- BETZ, H.-G. (2005): Mobilising Resentment in the Alps: the Swiss SVP, the Italian Lega Nord, and the Austrian FPÖ. In: CARAMANI, D. U. Y. MÉNY (Hrsg.): *Challenges to consensual politics. Democracy, identity, and populist protest in the Alpine Region*. Brüssel, S. 147–166.
- BETZ, H.-G. (2012): *Zwischen Fundamentalopposition und Konkordanz: Die Schweizer Volkspartei seit 1991*. In: Sir Peter Ustinov Institut (Hrsg.): *Populismus. Herausforderung oder Gefahr für die Demokratie?* Wien, S. 91–110.
- BILLIG, M. (1995): *Banal nationalism*. London.
- Blick (2021): Komitee stellt sich gegen Parteispitze. SVPLer verlangen "Ehe für alle". Online unter: <https://www.blick.ch/schweiz/komitee-stellt-sich-gegen-parteleitung-svpler-verlangen-ehe-fuer-alle-id16450958.html> (abgerufen am 28.10.2022).
- BONVALOT, M. (2018): Die FPÖ als Vorbild für neoliberale Rechtsaußenparteien in ganz Europa. In: HÄUSLER, A. (Hrsg.): *Völkisch-autoritärer Populismus. Der Rechtsruck in Deutschland und die AfD*. Hamburg, S. 33–40.
- BOOK, C. (2020): "Bis zur letzten Patrone" - Deutschland zwischen Normal- und Ausnahmestaat. In: BOOK, C.; HUKÉ, N.; TIEDEMANN, N. U. O. TIETJE (Hrsg.): *Autoritärer Populismus*, S. 54–71.
- BOTSCH, G. (2018): AfD: Im Parlament gegen das Parlament. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 4, S. 17–20.

- BRÄHLER, E., DECKER, O. U. J. KIESS (2016): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Die Leipziger „Mitte“-Studie 2016. Originalausgabe. (Forschung Psychosozial). Gießen.
- BRANDSTÄTTER, H. U. E. BUSEK (2019): Kurz & Kickl. Ihr Spiel mit Macht und Angst.
- BRÜCK, T. (2022): Parlamentswahlen in Frankreich 2022. Online unter: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/508967/parlamentswahlen-in-frankreich-2022/> (abgerufen am 28.03.2023).
- BRUNS, J., GLÖSEL, K. U. N. STROBL (2017): Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa. 3. aktualisierte und erweiterte Aufl. Münster.
- BRZEZINSKI, Z. U. H.-D. GENSCHER (2015): Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft. 2. Aufl. Rottenburg.
- Bundeskanzlei BK (2023): Eidgenössische Volksinitiative 'Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)'. Online unter: <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis460.html> (abgerufen am 21.06.2023).
- Bundeszentrale für politische Bildung (2022): Rechtes Wahlbündnis siegt in Italien. Online unter: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/513379/rechtes-wahlbuendnis-siegt-in-italien/> (abgerufen am 28.03.2023).
- BURSCHEL, F. (2016): Durchmarsch von Rechts. Völkischer Aufbruch: Rassismus, Rechtspopulismus, Rechter Terror. Berlin.
- BUTLER, J. (2004): Undoing gender. New York, NY.
- BUTLER, J. (2015): Senses of the subject. First edition. New York.
- CAMUS, J.-Y., LEBOURG, N. U. J. M. TODD (2017): Far-Right Politics in Europe. Cumberland.
- CREUTZIGER, C. U. P. REUBER (2021): Diskurse von Geopolitik und ‚Neuem Kaltem Krieg‘ – Zur Veränderung medialer Repräsentationen von Russland und ‚dem Osten‘. In: Geographica Helvetica, Jg. 76, H. 1, S. 1–16.
- CVETKOVICH, A. (2012): Depression. A Public Feeling. Durham.
- DARWIN, C. (2009): On the Origin of Species. By Means of Natural Selection. 6. Aufl. Auckland.

- DAS GUPTA, O. (2023): Kickl nimmt Kurs aufs Kanzleramt. Das Bündnis in St. Pölten beflügelt blaue Avancen auf Bundesebene. Online unter: <https://www.derstandard.at/story/2000144798277/kickl-nimmt-kurs-aufs-kanzleramt> (abgerufen am 19.04.2023).
- DECKER, F. (2015): Alternative für Deutschland und Pegida: Die Ankunft des neuen Rechtspopulismus in der Bundesrepublik. In: DECKER, F.; HENNINGSEN, B. U. K. JAKOBSEN (Hrsg.): Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien. Baden-Baden, S. 75–90.
- DECKER, F. (2016): Die »Alternative für Deutschland« aus der vergleichenden Sicht der Parteienforschung. In: HÄUSLER, A. (Hrsg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung. Wiesbaden, S. 7–24.
- Demokratiezentrum Wien (2022): Verbotsgesetz 1947. Online unter: <https://www.demokratiezentrum.org/bildung/ressourcen/lexikon/verbotsgesetz-1947/> (abgerufen am 29.03.2022).
- DERRIDA, J. (2004): Die *différance*. Ausgewählte Texte. Herausgegeben von Engelmann, P. Stuttgart: Philipp Reclam jun. (Universal-Bibliothek Nr. 18338), Bd. Nr. 18338.
- Deutsche Welle (2020): Identitäre Bewegung darf "gesichert rechtsextrem" genannt werden. Online unter: <https://www.dw.com/de/identit%C3%A4re-bewegung-darf-gesichert-rechtsextrem-genannt-werden/a-53908869> (abgerufen am 13.12.2021).
- DIAZ-BONE, R. U. W. SCHNEIDER (2010): Qualitative Datenanalysesoftware in der sozialwissenschaftlichen Diskursanalyse - Zwei Praxisbeispiele. In: KELLER, R.; HIRSELAND, A.; SCHNEIDER, W. U. W. VIEHÖVER (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Wiesbaden, S. 491–530.
- Die Bundesregierung (2020): Politisch Motivierte Kriminalität. "Es sind Angriffe auf uns alle". Online unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/pmk-1751882> (abgerufen am 02.03.2021).
- Die Bundesregierung (2022): Starker Anstieg antisemitischer Taten. Politisch motivierte Kriminalität erreicht neuen Höchststand. Online unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/kriminalitaetsstatistik-pmk-2016140> (abgerufen am 27.03.2023).
- die tageszeitung (2023): Rechte Anschläge. Mehr Angriffe auf Flüchtlingsheime. Online unter: <https://taz.de/Rechte-Anschlaege/!5952100/> (abgerufen am 03.08.2023).

- DIETZE, G. U. J. ROTH (2020): Right-wing populism and gender. European perspectives and beyond. (Gender studies). Bielefeld.
- Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW) (o.J.): Kurze Information. Online unter: <https://www.doew.at/wir-ueber-uns/kurze-information> (abgerufen am 01.06.2023).
- DOWLING, E. (2012): The Waitress. In: Cultural Studies ↔ Critical Methodologies, Jg. 12, H. 2, S. 109–117.
- EBNER, J. (2019): Radikalisierungsmaschinen. Wie Extremisten die neuen Technologien nutzen und uns manipulieren. Berlin.
- ENNSER-JEDENASTIK, L. (2020): The FPÖ's welfare chauvinism. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 49, H. 1, S. 1.
- Europäische Union (EU) (2016): Ziele und Werte. Online unter: https://european-union.europa.eu/principles-countries-history/principles-and-values/aims-and-values_de (abgerufen am 06.06.2023).
- FARIA, C. (2014): Styling the nation: fear and desire in the South Sudanese beauty trade. In: Transactions of the Institute of British Geographers, Jg. 39, H. 2, S. 318–330.
- FAZ (2016): Zum Nachlesen. Gaulands Rede im Wortlaut. Online unter: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/zum-nachlesen-gaulands-rede-im-wortlaut-14269861.html?printPagedArticle=true#void> (abgerufen am 24.08.20121).
- FLURI, J. L. (2017): Feminist Political Geography and Geopolitics. In: OBERHAUSER, A. M.; FLURI, J. L.; WHITSON, R. U. S. MOLLETT (Hrsg.): Feminist Spaces. Gender and Geography in a Global Context. Florenz, S. 131–154.
- FÖDERL-SCHMID, A. (2023): Es läuft für die FPÖ - besser denn je. Online unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/oesterreich-kickl-fpoe-oevp-nehammer-haslauer-mikl-leitner-1.5834918> (abgerufen am 06.06.2023).
- FÖRTNER, M., BELINA, B. U. M. NAUMANN (2019): Stadt, Land, AfD. Zur Produktion des Urbanen und des Ruralen im Prozess der Urbanisierung. In: sub\urban, Jg. 7, H. 1-2, S. 23–44.
- FOUCAULT, M. (1976): Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses. 1. Aufl. Frankfurt am Main.
- FOUCAULT, M. (1977): Der Wille zum Wissen. (Sexualität und Wahrheit / Michel Foucault 1). Frankfurt am Main.
- FOUCAULT, M. (2007): Die Ordnung des Diskurses. 10. Aufl. Frankfurt am Main.

- FOUCAULT, M. (2015): Archäologie des Wissens. 17. Aufl. (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft 356). Frankfurt am Main.
- FRASER, N. (2017): Vom Regen des progressiven Neoliberalismus in die Traufe des reaktionären Populismus. In: GEISELBERGER, H. (Hrsg.): Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit. Berlin, S. 77–91.
- FREGONESE, S. (2017): Affective atmospheres, urban geopolitics and conflict (de)escalation in Beirut. In: Political Geography, Jg. 61, S. 1–10.
- Freiheitliches Bildungsinstitut (2023): Volksbgehren "Österreich zuerst". Online unter: <https://www.fbi-politikschule.at/blauesoesterreich/plebiszite/1993-oesterreich-zuerst/> (abgerufen am 19.04.2023).
- FREUDIGER, N. (2021): 20 Jahre nach 9/11. Wie der 11. September das Leben der Schweizer Muslime veränderte. Online unter: <https://www.srf.ch/kultur/20-jahre-nach-9-11-wie-der-11-september-das-leben-der-schweizer-muslime-veraenderte> (abgerufen am 21.06.2023).
- FRIEDRICH, S. (2019): Die AfD. Analysen – Hintergründe – Kontroversen. Berlin.
- FROMM, A. (2021): WDR-Talkshow „Die Letzte Instanz“. Das war kein Unfall. Online unter: <https://taz.de/WDR-Talkshow-Die-Letzte-Instanz/!5744938/> (abgerufen am 02.03.2021).
- FUCHS, C. U. P. MIDDELHOFF (2019): Das Netzwerk der Neuen Rechten. Wer sie lenkt, wer sie finanziert und wie sie die Gesellschaft verändern. Originalausgabe. Reinbek bei Hamburg.
- FUHRMANN, M. (2019): Antiextremismus und wehrhafte Demokratie. Kritik am politischen Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland. Baden-Baden.
- FUKUYAMA, F. (1989): The End of History. In: The National Interest, H. 16, S. 3–18.
- FUNKE, H. U. G. HARDTMANN (2021): Die Höcke-AfD. Eine rechtsextreme Partei in der Zerreißprobe. Aktualisierte Ausgabe. (Eine Flugschrift / VSA). Hamburg.
- FUNKE, H. U. C. MUDRA (2018): Gäriger Haufen. Die AfD: Ressentiments, Regimewechsel und völkische Radikale: Handreichung zum demokratischen Widerstand. Hamburg.

- GAMMERL, B., HUTTA, J. S. U. M. SCHEER (2017): Feeling differently: Approaches and their politics. In: *Emotion, Space and Society*, Jg. 25, S. 87–94.
- GASSER, F. U. M. DAUM (2017): Direkte Demokratie. Funktioniert das auch bei uns? Online unter: <https://www.zeit.de/2017/47/direkte-demokratie-fpoe-oesterreich-schweiz/komplettansicht> (abgerufen am 02.03.2021).
- GEDEN, O. (2005): Identitätsdiskurs und politische Macht: Die rechtspopulistische Mobilisierung von Ethnozentrismus im Spannungsfeld von Oppositionspolitik und Regierung am Beispiel von FPÖ und SVP. In: FRÖLICH-STEFFEN, S. U. L. RENSCHMANN (Hrsg.): *Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa*. Wien, S. 69–84.
- GEDEN, O. (2006): *Diskursstrategien im Rechtspopulismus. Freiheitliche Partei Österreichs und Schweizerische Volkspartei zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung*. Wiesbaden.
- GEISELBERGER, H. (2017): *Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit*. Berlin.
- GERNY, D. U. M. VENETZ (2022): Wie sich die «Junge Tat» als rechtsextreme Kraft positionieren will – Europol warnt vor neuartiger Kommunikationsstrategie. Online unter: <https://www.nzz.ch/schweiz/wie-sich-die-junge-tat-als-rechtsextreme-kraft-positionieren-will-europol-warnt-vor-neuartiger-kommunikationsstrategie-ld.1713554?reduced=true> (abgerufen am 03.08.2023).
- GIEBELMANN, B., KERST, B., RICHTERICH, R., SUERMANN, L. U. F. VIRCHOW (2019): *Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe*. Frankfurt am Main.
- GLASZE, G. (2007): Vorschläge zur Operationalisierung der Diskurstheorie von Laclau und Mouffe in einer Triangulation von lexikometrischen und interpretativen Methoden. In: *Forum Qualitative Sozialforschung*, Jg. 8, H. 2
- GLASZE, G., HUSSEINI DE ARAÚJO, S. U. J. MOSE (2021): Kodierende Verfahren in der Diskursforschung. In: GLASZE, G. U. A. MATTISSEK (Hrsg.): *Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung*. Bielefeld, S. 379–403.
- GLASZE, G. U. A. MATTISSEK (2021): Diskursforschung in der Humangeographie. Konzeptionelle Grundlagen und empirische Operationalisierungen. In: GLASZE, G. U. A. MATTISSEK (Hrsg.): *Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung*. Bielefeld, S. 13–62.

- GOTSBACHNER, E. (2003): Normalisierungsstrategien in der Rhetorik der FPÖ: Die politische Alchemie, Kritik in Unterstützung zu verwandeln. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 32, H. 4, S. 457–483.
- GÖTZE, S. (2019): Heimat, Boden & Natur: Warum die AfD für den Tierschutz, aber gegen die Energiewende ist. In: WALTHER, E. U. S. D. ISEMANN (Hrsg.): Die AfD - psychologisch betrachtet, S. 81–104.
- GREGORY, D. (1994): Geographical imaginations. Cambridge.
- GREIMAS, A. J. (1971): Strukturelle Semantik. Methodologische Untersuchungen. (Wissenschaftstheorie, Wissenschaft und Philosophie 4). Braunschweig.
- GRIFFIN, R., HAMRE, M., VIRCHOW, F. U. A. KEMPER (2020): Faschismus. Eine Einführung in die vergleichende Faschismusforschung. (Explorations of the far right). Stuttgart.
- GRIGAT, S. (2017): AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder. (Interdisziplinäre Antisemitismusforschung 7). Baden-Baden.
- GROSZ, E. A. (1995): Space, time, and perversion. Essays on the politics of bodies. New York, NY.
- GÜRGEN, M., HECHT, P., HORACZEK, N. U. C. JAKOB (2019): Angriff auf Europa. Die Internationale des Rechtspopulismus. Berlin.
- HABERMAS, J. (1998): Die postnationale Konstellation. Politische Essays. 1. Aufl., Erstausg. (Edition Suhrkamp 2095). Frankfurt am Main.
- HAFENEGER, B., JESTÄDT, H., KLOSE, L.-M. U. P. LEWEK (2018): AfD in Parlamenten. Themen, Strategien, Akteure. Frankfurt/M.
- HALL, S. (2002): Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2. 3. Aufl. Hamburg.
- HÄNTZSCHEL, J. (21.05.2021): Der Steve Bannon von Thüringen. In: Süddeutsche Zeitung, Jg. 2021, Ausgabe 115, 21.05.2021, S. 13.
- HÄUSLER, A. (2013): Die "Alternative für Deutschland" - eine neue rechtspopulistische Partei? Materialien und Deutungen zur vertiefenden Auseinandersetzung Heinrich Böll Stiftung Nordrhein-Westfalen (Hrsg.). Düsseldorf. Online unter: <https://www.boell-nrw.de/de/2014/04/04/die-alternative-fuer-deutschland-eine-rechtspopulistische-partei> (abgerufen am 30.06.2021).
- HÄUSLER, A. (2016a): Die AfD - eine rechtspopulistische "Bewegungspartei"? In: HÄUSLER, A. U. F. VIRCHOW (Hrsg.): Neue soziale Bewegung von rechts?

- Zukunftsängste, Abstieg der Mitte, Ressentiments: eine Flugschrift. Hamburg, S. 42–51.
- HÄUSLER, A. (2016b): Die Alternative für Deutschland - Ausblick. In: HÄUSLER, A. (Hrsg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung. Wiesbaden, S. 239–246.
- HÄUSLER, A. (2018a): Die AfD: Partei des völkisch-autoritären Populismus. In: HÄUSLER, A. (Hrsg.): Völkisch-autoritärer Populismus. Der Rechtsruck in Deutschland und die AfD. Hamburg, S. 9–20.
- HÄUSLER, A. (2018b): Die AfD: Werdegang und Wesensmerkmale einer Rechtsaußenpartei. Online unter: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/271484/die-afd-werdegang-und-wesensmerkmale-einer-rechtsausenpartei> (abgerufen am 25.06.2021).
- HEINISCH, R. (2016): The Austrian Freedom Party: Organizational Development and Leadership Change. In: HEINISCH, R. U. O. MAZZOLENI (Hrsg.): Understanding Populist Party Organisation. The Radical Right in Western Europe. London, S. 19–48.
- HEINISCH, R. U. K. HAUSER (2015): Rechtspopulismus in Österreich: Die Freiheitliche Partei Österreichs. In: DECKER, F.; HENNINGSEN, B. U. K. JAKOBSEN (Hrsg.): Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien. Baden-Baden, S. 91–109.
- HELFRITZSCH, P. U. J. MÜLLER HIPPER (2021a): Die Emotionalisierung des Politischen. (Edition Moderne Postmoderne). Bielefeld.
- HELFRITZSCH, P. U. J. MÜLLER HIPPER (2021b): Einleitung: Vom Aufschrei bis zur gestalterischen Teilhabe - Emotionen und Politik. In: HELFRITZSCH, P. U. J. MÜLLER HIPPER (Hrsg.): Die Emotionalisierung des Politischen. Bielefeld, S. 9–15.
- HESCHL, F. (2002): Drinnen oder draussen? Die öffentliche österreichische EU-Beitrittsdebatte vor der Volksabstimmung 1994. (Schriftenreihe des DDr.-Herbert-Batliner-Europainstitutes Forschungsinstitut für Europäische Politik und Geschichte 6). Wien.
- HIDALGO-TENORIO, E. U. M.-Á. BENÍTEZ-CASTRO (2021): Trump's populist discourse and affective politics, or on how to move 'the People' through emotion. In: Globalisation, Societies and Education, S. 1–24.
- HILDEBRAND, M. (2017): Rechtspopulismus und Hegemonie. Der Aufstieg der SVP und die diskursive Transformation der politischen Schweiz. Bielefeld.

- HILLJE, J. (2022): Das »Wir« der AfD. Kommunikation und kollektive Identität im Rechtspopulismus. Dissertation. UNIVERSITÄT KASSEL; CAMPUS VERLAG.
- HILLJE, J. (2023): Was gegen die AfD hilft. Online unter: https://www.progressives-zentrum.org/was-gegen-die-afd-hilft/?utm_source=pocket_saves (abgerufen am 03.08.2023).
- HOBBSAWM, E. J. (2013): Introduction: Inventing Traditions. In: HOBBSAWM, E. J. U. T. RANGER (Hrsg.): *The Invention of Tradition*. Cambridge, S. 1–14.
- HOBBSAWM, E. J. U. T. RANGER (2013): *The Invention of Tradition*. 21. Aufl. Cambridge.
- HOCHSCHILD, A. R. (2012): *The Managed Heart. Commercialization of Human Feeling, Updated with a New Preface*. 3. Aufl. Berkeley.
- HÖVEL, P. (2018): Völkischer Nationalismus - das Weltbild der AfD aus politisch-geographischer Perspektive. In: *Berichte. Geographie und Landeskunde*, H. 2, S. 157–171.
- HUFER, K.-P. (2018): *Neue Rechte, altes Denken. Ideologie, Kernbegriffe und Vordenker*. Weinheim.
- HUNTINGTON, S. P. (1998): *Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*. 7. Aufl. München.
- HUSSEINI DE ARAÚJO, S. (2011): *Jenseits vom "Kampf der Kulturen". Imaginative Geographien des Eigenen und des Anderen in arabischen Printmedien*. Bielefeld.
- HUTTA, J. S. (2009): Geographies of Geborgenheit: Beyond Feelings of Safety and the Fear of Crime. In: *ENVIRONMENT AND PLANNING D-SOCIETY & SPACE*, Jg. 27, H. 2, S. 251–273.
- HUTTA, J. S. (2015): The affective life of semiotics. In: *Geographica Helvetica*, Jg. 70, H. 4, S. 295–309.
- HUTTA, J. S. (2020): Affekte und Emotionen. In: BELINA, B.; NAUMANN, M. U. A. STRÜVER (Hrsg.): *Handbuch kritische Stadtgeographie*. Münster, S. 79–84.
- HUTTA, J. S., KLOSTERKAMP, S., LAKETA, S. U. N. MARQUARDT (2020): Emotionen und Affekte. In: *Autor*innenkollektiv Geographie und Geschlecht* (Hrsg.): *Handbuch feministische Geographien. Arbeitsweise und Konzepte*. Berlin, S. 215–238.
- HYNDMAN, J. (2019): Unsettling feminist geopolitics: forging feminist political geographies of violence and displacement. In: *Gender, Place & Culture*, Jg. 26, H. 1, S. 3–29.

- INCE, A. (2019): Fragments of an anti-fascist geography: Interrogating racism, nationalism, and state power. In: *Geography Compass*, Jg. 13, H. 3, 1-13.
- Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) (o.J.): Identitärer Neorassismus: "Der große Austausch". Online unter: <https://www.idz-jena.de/im-dialog/weitere-publikationen/der-grosse-austausch> (abgerufen am 23.05.2023).
- JANSSON, D. (2018): Deadly exceptionalisms, or, would you rather be crushed by a moral superpower or a military superpower? In: *Political Geography*, Jg. 64, S. 83–91.
- JOSSWIG, G. (2020): Rechte Chatgruppe bei der Polizei Berlin. Hakenkreuze und Tierpornos. Online unter: <https://taz.de/Rechte-Chatgruppe-bei-der-Polizei-Berlin/15717565/> (abgerufen am 02.03.2021).
- KABISCH, V., PITTELKOW, S. U. K. RIEDEL (2021): "Flügel" baut Strukturen offenbar wieder auf. Online unter: <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/afd-fluegel-patrioten-101.html> (abgerufen am 30.06.2021).
- KARNER, C. (2021): "Ibizagate": Capturing a Political Field in Flux. In: *Austrian History Yearbook*, Jg. 52, S. 253–269.
- KELLERSHOHN, H. (2016): Kulturkampf von rechts: Akteure - Zur Einführung. In: KELLERSHOHN, H. U. W. KASTRUP (Hrsg.): *Kulturkampf von rechts. AfD, Pegida und die Neue Rechte*. Münster, S. 68–72.
- KÖTTIG, M., BITZAN, R. U. A. 1. PETÓ (2017): *Gender and far right politics in Europe. (Gender and politics)*. Cham Switzerland.
- KREIS, G. (2011): *Die Schweiz im Zweiten Weltkrieg*. 2. Aufl. Innsbruck.
- KRIESI, H.; LACHAT, R.; SELB, P.; BORNSCHIER, S. U. M. HELBLING (Hrsg.) (2005): *Der Aufstieg der SVP. Acht Kantone im Vergleich*. Zürich.
- KUMKAR, N. C. (2019): Die Faktizität des Postfaktischen. In: *sub\urban*, Jg. 7, H. 1/2, S. 167–172.
- LACLAU, E. U. C. MOUFFE (2000): *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*. 2. Aufl. Wien.
- LADNER, A. (2015): Die Schweizerische Volkspartei - Gratwanderung zwischen Nationalkonservatismus und Rechtspopulismus. In: HILLEBRAND, E. (Hrsg.): *Rechtspopulismus in Europa. Gefahr für die Demokratie?* Bonn, S. 77–87.
- LAKETA, S. (2016): Geopolitics of Affect and Emotions in a Post-Conflict City. In: *Geopolitics*, Jg. 21, H. 3, S. 661–685.

- LAKETA, S. (2018): Between “this” side and “that” side: On performativity, youth identities and “sticky” spaces. In: *Environment and Planning D: Society and Space*, Jg. 36, H. 1, S. 178–196.
- LANDWEHR, A. (2008): *Historische Diskursanalyse. (Historische Einführungen 4)*. Frankfurt.
- LANG, J. (2000): Blocher, SVP und der Nationalkonservatismus: historische und ideologische Kontinuitäten. In: *Widerspruch: Beiträge zu sozialistischer Politik*, Jg. 20, H. 39, S. 97–113.
- LAZARIDIS, G., CAMPANI, G., BENVENISTE, A. U. M. SHMITH (2016): *The Rise of the Far Right in Europe. Populist Shifts and 'Othering'*. London.
- LEBER, S. (2020): Nach Waffenkauf im Neonazi-Umfeld. Innenminister Caffier tritt zurück. Online unter: <https://www.tagesspiegel.de/politik/nach-waffenkauf-im-neonazi-umfeld-innenminister-caffier-tritt-zurueck/26632814.html> (abgerufen am 02.03.2021).
- LEHMANN, J., MITTELBACH, M. U. S. SCHMEIER (2017): *Quantifizierung von Emotionswörtern in Texten*. Göttingen.
- LINDEN, M. (2019): Des Teufels Generäle - Der Geschichtsrevisionismus der AfD liegt offen auf dem Tisch. Online unter: <https://www.nzz.ch/feuilleton/geschichtsrevisionismus-der-afd-liegt-offen-auf-dem-tisch-ld.1523714?reduced=true> (abgerufen am 30.06.2021).
- LINNEMANN, K. (2019): „Es war kein Job, es war eine Berufung“ – Gouvernmentale Führung, fragmentierte Subjekte und contre-conduite in der nicht-staatlichen Entwicklungspraxis. In: *Geographica Helvetica*, Jg. 74, H. 2, S. 167–181.
- LITSCHKO, K. (2023): Razzien der Bundesanwaltschaft. Reichsbürger schießt auf Polizei. Online unter: <https://taz.de/Razzien-der-Bundesanwaltschaft/!5923818&s=reichsb%C3%BCrger/> (abgerufen am 27.03.2023).
- LIZOTTE, C. (2019): Where are the people? Refocusing political geography on populism. In: *Political Geography*, Jg. 71, S. 139–141.
- LORDE, A. 1.-1. (2000): *Sister outsider. Essays and speeches*. Freedom Calif.
- LOSSAU, J. (2001): *Anderes Denken in der Politischen Geographie: Der Ansatz der Critical Geopolitics*. In: REUBER, P. U. G. WOLKERSDORFER (Hrsg.): *Politische Geographie. Handlungsorientierte Ansätze und Critical Geopolitics*. Heidelberg

- LOSSAU, J. (2002): Die Politik der Verortung. Eine postkoloniale Reise zu einer ANDEREN Geographie der Welt. 1. Aufl. (Kultur und soziale Praxis). Bielefeld.
- LOSSAU, J. (2011): Postkoloniale Ansätze: Zum Verhältnis von kultureller Identität und Raum. In: GEBHARDT, H. (Hrsg.): Geographie. Physische Geographie und Humangeographie. Heidelberg, S. 653–660.
- LOSSAU, J. (2020): Postkoloniale Ansätze: Kultur, Raum und Identität. In: GEBHARDT, H.; GLASER, R.; RADTKE, U.; REUBER, P. U. A. VÖTT (Hrsg.): Geographie. Physische Geographie und Humangeographie. Berlin Germany, S. 669–674.
- MACKINDER, H. J. (1904): The Geographical Pivot of History. In: The Geographical Journal, Jg. 23, H. 4, S. 421–437.
- MARQUARDT, N. (2015): Das Regieren von Emotionen in Räumen des betreuten Wohnens. In: Geographica Helvetica, Jg. 70, H. 3, S. 175–184.
- MASSUMI, B. (2002): Parables for the virtual. Movement, affect, sensation. (Post-contemporary interventions). Durham, NC.
- MATTISSEK, A. (2008): Die neoliberale Stadt. Diskursive Repräsentationen im Stadtmarketing deutscher Großstädte. Bielefeld.
- MATTISSEK, A. (2009): Die Aussagenanalyse als Mikromethode der Diskursforschung. In: GLASZE, G. U. A. MATTISSEK (Hrsg.): Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung. Bielefeld, S. 279–292.
- MATTISSEK, A. (2021): Die Aussagenanalyse als Mikromethode der Diskursforschung. In: GLASZE, G. U. A. MATTISSEK (Hrsg.): Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung. Bielefeld, S. 365–378.
- MATTISSEK, A., PFAFFENBACH, C. U. P. REUBER (2013): Methoden der empirischen Humangeographie. (Das geographische Seminar). Braunschweig.
- MATTISSEK, A. U. T. SCHOPPER (2019): 'Culture' in German Media Discourses on Refugees: A Political Geography Perspective. In: MARTTILA, T. (Hrsg.): Discourse, Culture and Organization. Inquiries into Relational Structures of Power. Cham, S. 245–266.
- MAYRING, P. (2015): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 12. überarbeitete Aufl. Weinheim, Basel.

- MAZZOLENI, O. (2015): *Between Opposition and Government: The Swiss People's Party*. In: DECKER, F.; HENNINGSEN, B. U. K. JAKOBSEN (Hrsg.): *Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien*. Baden-Baden, S. 111–128.
- MAZZOLENI, O. U. C. ROSSINI (2016): *The Swiss People's Party: Converting and Enhancing Organization by a New Leadership*. In: HEINISCH, R. U. O. MAZZOLENI (Hrsg.): *Understanding Populist Party Organisation. The Radical Right in Western Europe*. London, S. 79–104.
- MCDONNELL, D. A. (2020): *International Populism*. Oxford.
- MEISNER, M. U. H. KLEFFNER (2019): *Extreme Sicherheit. Rechtsradikale in Polizei, Verfassungsschutz, Bundeswehr und Justiz*. 1. Aufl. Freiburg, Basel, Wien.
- MILBRADT, B., BISKAMP, F., ALBRECHT, Y. U. L. KIEPE (2017): *Ruck nach rechts? Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und die Frage nach Gegenstrategien*. Opladen, Berlin, Toronto.
- MILITZ, E. (2017): *Affective nationalism: bodies, materials and encounters with the nation in Azerbaijan*. Zürich.
- MILITZ, E. U. C. SCHURR (2016): *Affective nationalism: Banalities of belonging in Azerbaijan*. In: *Political Geography*, Jg. 54, S. 54–63.
- MOSE, J. U. P. REUBER (2011): *Zwischen Separatismus und Transnationalisierung. Nationale Identität in Spanien und Katalonien vor dem Hintergrund der europäischen Integration*. In: DZUDZEK, I.; REUBER, P. U. A. STRÜVER (Hrsg.): *Die Politik räumlicher Repräsentationen. Beispiele aus der empirischen Forschung*. Berlin, S. 171–196.
- MUDDE, C. (2002): *The ideology of the extreme right*. Manchester, New York, New York.
- MUDDE, C. (2017): *The populist radical right. A reader*. (Routledge studies in extremism and democracy). London, New York.
- MUDDE, C. (2019): *The Far Right Today*. Cambridge, UK, Medford, MA.
- MUDDE, C. U. C. ROVIRA KALTWASSER (2019): *Populismus: Eine sehr kurze Einführung*. Bonn.
- MULLIS, D. (2019a): *Chaotische Normalität: Reden mit Rechten hilft. Manchmal auch nicht*. In: *sub\urban*, Jg. 7, H. 1/2, S. 173–178.

- MULLIS, D. (2019b): Urban conditions for the rise of the far right in the global city of Frankfurt: From austerity urbanism, post-democracy and gentrification to regressive collectivity. In: *Urban Studies*, Jg. 58, H. 1, 1-17.
- MULLIS, D. U. J. MIGGELBRINK (2021): Rechtsextremismusforschung in der deutschsprachigen Humangeographie. In: *Geographische Zeitschrift*, Jg. 109, H. 4, S. 184–207.
- MUSYAL, S. U. P. STEGEMANN (2020): Christchurch, Halle, Hanau: Vom Online-Hass zum rechten Terror. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 4, S. 69–80.
- NACHTWEY, O. (2016): Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. (Edition Suhrkamp 2682). Berlin.
- NAGLE, A. (2018): Die digitale Gegenrevolution. Online-Kulturkämpfe der Neuen Rechten von 4chan und Tumblr bis zur Alt-Right und Trump. Bielefeld.
- NELLES, R. (2015): Kommentar zum Terror in Paris. Anschlag auf uns alle. Online unter: <https://www.spiegel.de/politik/ausland/charlie-hebdo-terror-in-paris-anschlag-auf-uns-alle-a-1011766.html> (abgerufen am 16.08.2021).
- Ó TUATHAIL, G. (2005): *Critical geopolitics. The politics of writing global space*. London.
- Ó TUATHAIL, G. (2006a): Introduction to Part Two. In: Ó TUATHAIL, G.; DALBY, S. U. P. ROUTLEDGE (Hrsg.): *The geopolitics reader*. London, S. 59–74.
- Ó TUATHAIL, G. (2006b): Thinking Critically about Geopolitics. In: Ó TUATHAIL, G.; DALBY, S. U. P. ROUTLEDGE (Hrsg.): *The geopolitics reader*. London, S. 1–14.
- ORF (2021): FPÖ setzt in Herbstarbeit auf „Festung Europa“. Online unter: <https://ooe.orf.at/stories/3121506/> (abgerufen am 06.06.2023).
- ORF TVTHEK (1993): Konfrontation von Haider und Schmidt nach FPÖ-Spaltung. Online unter: <https://tvthek.orf.at/history/Parteien-Wahlen-und-Koalitionen/9501698/Konfrontation-von-Haider-und-Schmidt-nach-FPOe-Spaltung/12754417> (abgerufen am 30.05.2023).
- PAIN, R. (2009): Globalized fear? Towards an emotional geopolitics. In: *Progress in Human Geography*, Jg. 33, H. 4, S. 466–486.
- PANRECK, I.-C. U. H. U. BRINKMANN (2019): Migration und Rechtspopulismus - zwei Seiten einer Medaille? Eine gängige These der Rechtspopulismusforschung auf dem Prüfstand. In: BRINKMANN, H. U. U. I.-C. PANRECK (Hrsg.):

- Rechtspopulismus in Einwanderungsgesellschaften. Die politische Auseinandersetzung um Migration und Integration. Wiesbaden, S. 1–24.
- PELINKA, A. (2005): Die FPÖ: Eine rechtspopulistische Regierungspartei zwischen Adaption und Opposition. In: FRÖLICH-STEFFEN, S. U. L. RENSMANN (Hrsg.): Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa. Wien, S. 87–104.
- PELINKA, A. (2020): Austrian Politics. 1918 to 2019. In: Antisemitism Studies, Jg. 4, H. 1, S. 82–107.
- PELZ, G. R. (2018): Identitäre im Kontext von Neuen Rechten und AfD. Petersberg.
- PENZ, O. U. B. SAUER (2020): Governing affects. Neoliberalism, neo-bureaucracies, and service work. (Routledge studies in the sociology of emotions). London.
- PETERS, D. U. C. SYDOW (2018): Hadsch in Mekka und Medina. 2,6 Millionen Pilger - ein gigantisches Sicherheitsproblem. Online unter: <https://www.spiegel.de/politik/ausland/hadsch-was-sie-ueber-die-pilgerfahrt-nach-mekka-und-medina-wissen-muessen-a-1223165.html> (abgerufen am 15.05.2023).
- PFAHL-TRAUGHBER, A. (2008): Der "zweite Frühling" der NPD. Entwicklung, Ideologie, Organisation und Strategie einer rechtsextremistischen Partei. Sankt Augustin.
- PFAHL-TRAUGHBER, A. (2019): Die AfD und der Rechtsextremismus. Eine Analyse aus politikwissenschaftlicher Perspektive. 1. Aufl. (Essentials). Wiesbaden.
- PFEIFFER, T. (2018): Neue Rechte. „Wir lieben das fremde – in der Fremde“. In: SCHELLHÖH, J.; REICHERTZ, J.; HEINS, V. U. A. FLENDER (Hrsg.): Großerzählungen des Extremen. Neue Rechte, Populismus, Islamismus, War on Terror. Bielefeld, S. 35–58.
- PILE, S. (2010): Emotions and affect in recent human geography. In: Transactions of the Institute of British Geographers, H. 35, S. 5–20.
- PLEHWE, D. (2017): „Alternative für Deutschland“, Alternativen für Europa? In: HENTGES, G.; NOTTBOHM, K. U. H.-W. PLATZER (Hrsg.): Europäische Identität in der Krise? Europäische Identitätsforschung und Rechtspopulismusforschung im Dialog. Wiesbaden, S. 249–266.
- PRIESTER, K. (2019): Die Alternative für Deutschland. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 67, H. 3, S. 443–453.

- profil (2023): Umfrage. Sonntagsfrage. Online unter: <https://www.profil.at/umfrage> (abgerufen am 26.05.2023).
- RATHJE, J., KAHANE, A., BALDAUF, J. U. S. LAUER: "No world order". Wie antisemitische Verschwörungsideologien die Welt verklären RATHJE, J.; LÜDECKE, R. U. R. ROCHA DIETZ (Hrsg.). AMADEU ANTONIO STIFTUNG. Berlin.
- RATZEL, F. (1901): Der Lebensraum. Eine biogeograph. Studie. Tübingen.
- RATZEL, F. (1906): Kleine Schriften, Band 2. Mit einer Bibliogr. von Viktor Hantzsch. Reprint 2019. Berlin, Boston.
- RATZEL, F. U. E. OBERHUMMER (1923): Politische Geographie. München.
- RAUSCHER, H. (2023): Die Rechtsextremen in Deutschland und Österreich wittern Morgenluft. Identitären-Demo mit FP-Beteiligung in Wien, "Siegesparteitag" der AfD in Magdeburg. Online unter: <https://www.derstandard.at/story/3000000181330/die-rechtsextremen-in-deutschland-und-oesterreich-wittern-morgenluft> (abgerufen am 03.08.2023).
- REINFELDT, S. (2018): Österreich. Die Normalisierung des Rechtspopulismus. In: EHMSSEN, S. U. A. SCHARENBERG (Hrsg.): Die radikale Rechte an der Regierung. Sechs Fallbeispiele aus Europa. New York, S. 75–84.
- REINFRANK, T. U. A. BRAUSAM (2016): Rechter Terror gegen Flüchtlinge - Die Rückkehr der rechten Gewalt der 1990er Jahre. In: BRÄHLER, E.; DECKER, O. U. J. KIESS (Hrsg.): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Die Leipziger „Mitte“-Studie 2016. Gießen, S. 235–244.
- REITER, M. (2019): Die Ehemaligen. Der Nationalsozialismus und die Anfänge der FPÖ. Göttingen.
- RESTAD, H. E. (2012): Old Paradigms in History Die Hard in Political Science: US Foreign Policy and American Exceptionalism. In: American Political Thought, Jg. 1, H. 1, S. 53–76.
- REUBER, P. (2000): Die Politische Geographie als handlungsorientierte und konstruktivistische Teildisziplin - angloamerikanische Theoriekonzepte und aktuelle Forschungsfelder. In: Geographische Zeitschrift, Jg. 88, H. 1, S. 36–52.
- REUBER, P. (2012): Politische Geographie. Paderborn.
- REUBER, P. (2017): Raumkonstruktionen neuer rechter Bewegungen in Deutschland – eine Dekonstruktion aus der Perspektive der Politischen Geographie (Unveröffentlichtes Manuskript, Münster).

- REUBER, P. U. G. WOLKERSDORFER (2002): "Clash of civilization" from the perspective of critical geopolitics. In: *Geographische Rundschau*, Jg. 54, H. 7-8, S. 24–28.
- ROSSI, U. (2018): The populist eruption and the urban question. In: *Urban Geography*, Jg. 39, H. 9, S. 1425–1430.
- RUCHT, D. (2016): Von Abendland bis Widerstand. Deutungsmuster der Rechtspopulisten. In: *WZB Mitteilungen*, H. 151, S. 31–34.
- RUHOSE, F. (2019): Die AfD im Deutschen Bundestag. Zum Umgang mit einem neuen politischen Akteur. (Essentials). Wiesbaden.
- RYDLIŃSKI, B. M. (2018): Polen. Nationalismus und Neofaschismus unter Jarosław Kaczyński. In: EHMSEN, S. U. A. SCHARENBERG (Hrsg.): *Die radikale Rechte an der Regierung. Sechs Fallbeispiele aus Europa*. New York, S. 27–38.
- SAID, E. W. (1978): *Orientalism*. New York.
- SALZBORN, S. (2014): *Antisemitismus. Geschichte, Theorie, Empirie*. 1. Auflage. Baden-Baden.
- SALZBORN, S. (2017): Von der offenen zur geschlossenen Gesellschaft. Die AfD und die Renaissance des deutschen Opfermythos im rechten Diskurs. In: GRIGAT, S. (Hrsg.): *AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder*. Baden-Baden, S. 29–40.
- SALZBORN, S. U. J. SCHUSTER (2020): *Globaler Antisemitismus. Eine Spurensuche in den Abgründen der Moderne*. 2., überarbeitete und ergänzte Auflage. Weinheim, Basel.
- SARRAZIN, T. (2010): *Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen*. München.
- SAUER, B. (2020): Authoritarian Right-Wing Populism as Masculinist Identity Politics. The Role of Affects. In: DIETZE, G. U. J. ROTH (Hrsg.): *Right-wing populism and gender. European perspectives and beyond*. Bielefeld, S. 23–39.
- SAUSSURE, F. DE (2001): *Grundfragen der allgemeinen Sprachwissenschaft*. 3. Aufl. (De-Gruyter-Studienbuch). Berlin.
- SCHAAL, G. S. U. F. HEIDENREICH (2013): Zur Rolle von Emotionen in der Demokratie. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, Jg. 63, H. 32-33, S. 3–11.

- SCHARLOTH, J. (2021): Invektive Toponyme in neurechten Diskursen. Eine korpuslinguistische Studie zur Nomination als Medium geographischer und geopolitischer Raumkonstruktionen. In: *Geographische Zeitschrift*, S. 1–20.
- SCHARSACH, H.-H. (2012): *Strache*. Im braunen Sumpf. Wien.
- SCHARSACH, H.-H. U. C. E. SPITZBART (2017): *Stille Machtergreifung*. Hofer, Strache und die Burschenschaften. Wien.
- SCHEDLER, J. (2019): Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus, Extreme Rechte, Rechtspopulismus, Neue Rechte? Eine notwendige Klärung für die politische Bildung. In: SCHEDLER, J.; ACHOUR, S.; ELVERICH, G. U. A. JORDAN (Hrsg.): *Rechtsextremismus in Schule, Unterricht und Lehrkräftebildung*, S. 19–40.
- SCHMITZ, G. (2017): Eingeschrumpfter Behemoth und neue 'Souveränisten'. Über die Voraussetzungen der Erfolge von FPÖ und AfD. In: GRIGAT, S. (Hrsg.): *AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder*. Baden-Baden, S. 165–182.
- SHELLHÖH, J. (2018): Neue Rechte. Abgrenzung an allen Fronten. In: SHELLHÖH, J.; REICHERTZ, J.; HEINS, V. U. A. FLENDER (Hrsg.): *Großerzählungen des Extremen. Neue Rechte, Populismus, Islamismus, War on Terror*. Bielefeld, S. 15–20.
- SCHIMMEL, A. (1990): *Der Islam. Eine Einführung*. (Universal-Bibliothek 8639). Stuttgart.
- SCHMINCKE, I. U. J. SIRI (2013): *NSU-Terror. Ermittlungen am rechten Abgrund*. Ereignis, Kontexte, Diskurse. Bielefeld.
- SCHMITZ, S. U. S. AHMED (2014): Affect/Emotion: Orientation Matters. A Conversation between Sigrid Schmitz and Sara Ahmed. In: *Freiburger Zeitschrift für GeschlechterStudien*, Jg. 20, H. 2, S. 97–108.
- SCHNEIDER, J. (2013): *Zuwanderung als Wahlkampfthema*. AfD-Chef warnt vor "sozialem Bodensatz". Online unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/zuwanderung-als-wahlkampfthema-afd-chef-warnt-vor-sozialem-bodensatz-1.1769714-0#seite-2> (abgerufen am 25.06.2021).
- SCHOPPER, T. (2021): Zur Analyse von affektiven Atmosphären in audiovisuellen Medien. In: *Geographische Zeitschrift*, S. 1–20.
- SCHUHMANN, A. (2018): German Rightwingization as the New Normal? Tales of Becoming. In: *International Journal of Critical Diversity Studies*, Jg. 1, H. 2

- SCHULTZ, H.-D. (2000): Die deutsche Geographie im 19. Jahrhundert und die Lehre Friedrich Ratzels. In: DIEKMANN, I.; KRÜGER, P. u. J. H. SCHOEPS (Hrsg.): Geopolitik. Grenzgänge im Zeitgeist. Potsdam, S. 39–84.
- SCHULTZ, H.-D. (2001): Geopolitik "avant la lettre" in der deutschsprachigen Geographie bis zum ersten Weltkrieg. In: LACOSTE, Y. (Hrsg.): Geopolitik. Zur Ideologiekritik politischer Raumkonzepte. Wien, S. 29–50.
- SCHULTZ, H.-D. (2002): Raumkonstrukte der klassischen deutschsprachigen Geographie des 19./20. Jahrhunderts im Kontext ihrer Zeit. Ein Überblick. In: Geschichte und Gesellschaft, Jg. 28, H. 3, S. 343–377.
- SCHUMANN, J. (2018): Verein Miteinander: So will die AfD ihre Gegner einschüchtern. Online unter: <https://www.mz.de/mitteldeutschland/sachsen-anhalt/verein-miteinander-so-will-die-afd-ihre-gegner-einschuchtern-3115492> (abgerufen am 18.01.20122).
- SCHURR, C. u. A. STRÜVER (2016): „The Rest“: Geographien des Alltäglichen zwischen Affekt, Emotion und Repräsentation. In: Geographica Helvetica, Jg. 71, H. 2, S. 87–97.
- SCHWARZ, K. (2020): Hasskrieger. Der neue globale Rechtsextremismus. Freiburg.
- SHAVER, P., SCHWARTZ, J., KIRSON, D. u. C. O'CONNOR (1987): Emotion knowledge: Further exploration of a prototype approach. In: Journal of Personality and Social Psychology, Jg. 52, H. 6, S. 1061–1086.
- SIBLEY, D. (1988): Survey 13: Purification of Space. In: Environment and Planning D: Society and Space, Jg. 6, H. 4, S. 409–421.
- SKENDEROVIC, D. (2007): Das rechtspopulistische Parteienlager in der Schweiz : von den Splitterparteien zur Volkspartei. In: Traverse, Jg. 14, H. 1, S. 45–63.
- SKENDEROVIC, D. (2017): Schweizerische Volkspartei (SVP). Online unter: <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/017389/2017-03-20/> (abgerufen am 21.04.2023).
- SMITH, S. (2012): Intimate Geopolitics: Religion, Marriage, and Reproductive Bodies in Leh, Ladakh. In: Annals of the Association of American Geographers, Jg. 102, H. 6, S. 1511–1528.
- SOW, N. (2011): "Schwarzafrika". In: Arndt, Susan, Ofuatey-Alazard, Nadja (Hrsg.): Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk. Münster, S. 667–668.

- SOW, N. (2018): Deutschland Schwarz Weiß. Der alltägliche Rassismus. 10 Jahre - aktualisierte Ausgabe. Norderstedt.
- SPEIT, A. (2018): Das Netzwerk der Identitären. Ideologie und Aktionen der Neuen Rechten. Berlin.
- Spiegel Online (2016): Grenzkontrollen. Berliner AfD-Chefin würde auch auf Kinder schießen lassen. Online unter: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-beatrix-von-storch-schliesst-waffeneinsatz-gegen-kinder-nicht-aus-a-1074933.html> (abgerufen am 15.02.2022).
- SPRENGEL, R. (2000): Geopolitik und Nationalsozialismus: Ende einer deutschen Fehlentwicklung oder fehlgeleiteter Diskurs? In: DIEKMANN, I.; KRÜGER, P. U. J. H. SCHOEPS (Hrsg.): Geopolitik. Grenzgänge im Zeitgeist. Potsdam, S. 147–168.
- STAHL, E. (2019): Die Sprache der Neuen Rechten. Populistische Rhetorik und Strategien. Stuttgart.
- STÖSS, R. (2005): Rechtsextremismus im Wandel. Berlin.
- STÖSS, R. (2019): Europa rückt weiter nach rechts. Rechtsextremismus und Rechtskonservatismus bei den Europawahlen 2019. Online unter: <https://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/team/ehemalige/stoess/publikationen/Rechter-Rand-Europawahlen-2019.pdf> (abgerufen am 22.06.2023).
- STROBL, N. (2018): Warum man nicht mit Rechten reden sollte. Online unter: <https://mosaik-blog.at/strategien-neue-rechte-mit-rechten-reden/> (abgerufen am 08.08.2023).
- STROBL, N. (2021): Radikalisierte Konservatismus. Eine Analyse. Originalausgabe. (Edition Suhrkamp 2782). Berlin.
- STROBL, N. (2023): Demokratie. Diese Strategien schützen vor einem Rechtsruck. Online unter: <https://www.sueddeutsche.de/meinung/rechtsextremismus-afd-oesterreich-kommentar-1.6067817?reduced=true> (abgerufen am 03.08.2023).
- Süddeutsche Zeitung (2023): Junge Alternative. Brandenburger Verfassungsschutz stuft AfD-Jugendorganisation als rechtsextrem ein. Online unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/afd-jugend-junge-alternative-brandenburg-verfassungsschutz-1.6022021> (abgerufen am 03.08.2023).
- SULZBACHER, M. (2021): Verbot der rechtsextremen Identitären? Online unter: <https://www.derstandard.de/story/2000124394268/verbot-der-rechtsextremen-identitaeren> (abgerufen am 13.12.2021).

- SULZBACHER, M. (2022): Die Nationalsozialisten waren "eindeutig" keine Linken. Online unter: <https://www.derstandard.at/story/2000132872894/die-nationalsozialisten-waren-eindeutig-keine-linken> (abgerufen am 20.06.2023).
- SUNDERMEYER, O. (2012): *Rechter Terror in Deutschland. Eine Geschichte der Gewalt*. München.
- SZOMBATI, K. (2018): Ungarn. Victor Orbáns autoritäres Regime. In: EHMSSEN, S. U. A. SCHARENBERG (Hrsg.): *Die radikale Rechte an der Regierung. Sechs Fallbeispiele aus Europa*. New York, S. 15–26.
- SZYMANSKI, M. (2021): Bundeswehr. Neuer Waffenfund erschüttert die Bundeswehr. Online unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/bundeswehr-neuer-waffenfund-erschuettert-die-bundeswehr-1.5221614> (abgerufen am 02.03.2021).
- THRIFT, N. (1996): *Spatial Formations*. London.
- TOLIA-KELLY, D. P. (2006): Affect – an ethnocentric encounter? Exploring the 'universalist' imperative of emotional/affectual geographies. In: *Area*, Jg. 38, H. 2, S. 213–217.
- TÓTH, B. (2015): Am mächtigsten in der Opposition: Die FPÖ in Österreich. In: HILLEBRAND, E. (Hrsg.): *Rechtspopulismus in Europa. Gefahr für die Demokratie?* Bonn, S. 59–68.
- TOULMIN, S. E. (1996): *Der Gebrauch von Argumenten*. 2. Aufl. (Neue wissenschaftliche Bibliothek). Weinheim.
- TRAVERSO, E., MEYRAN, R., LESSENICH, S. U. P. B. KLEISER (2019): *Die neuen Gesichter des Faschismus. Postfaschismus, Identitätspolitik, Antisemitismus und Islamophobie: Gespräche mit Régis Meyran*. Köln.
- TUSCHLING, P. U. M. MENDEL (2021): *Antisemitismus in der AfD. Eine Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung des Falls Wolfgang Gedeon*. (Band 94). Baden-Baden.
- VIRCHOW, F. (2017): Europa als Projektionsfläche, Handlungsraum und Konfliktfeld. Die extreme Rechte als europäische Akteurin? In: HENTGES, G.; NOTTBOHM, K. U. H.-W. PLATZER (Hrsg.): *Europäische Identität in der Krise? Europäische Identitätsforschung und Rechtspopulismusforschung im Dialog*. Wiesbaden, S. 149–165.
- WARDENGA, U. (2001): Zur Konstruktion von ‚Raum‘ und ‚Politik‘ in der Geographie des 20. Jahrhunderts. In: REUBER, P. U. G. WOLKERSDORFER (Hrsg.): *Politische Geographie. Handlungsorientierte Ansätze und Critical Geopolitics*. Heidelberg, S. 17–32.

- WEIDINGER, B., SCHMID, F. U. P. KREKÓ (2017): Russian Connections of the Austrian Far-Right. Budapest. Online unter: https://politicalcapital.hu/pc-admin/source/documents/PC_NED_country_study_AT_20170428.pdf (abgerufen am 06.06.2023).
- WETHERELL, M. (2012): *Affect and emotion. A new social science understanding*. Los Angeles.
- WETHERELL, M. (2013): Affect and discourse – What’s the problem? From affect as excess to affective/discursive practice. In: *Subjectivity*, Jg. 6, H. 4, S. 349–368.
- WETHERELL, M., MCCREANOR, T., MCCONVILLE, A., MOEWAKA BARNES, H. U. J. LE GRICE (2015): Settling space and covering the nation: Some conceptual considerations in analysing affect and discourse. In: *Emotion, Space and Society*, Jg. 16, S. 56–64.
- WETHERELL, M., SMITH, L. U. G. CAMPBELL (2018): Introduction: Affective heritage practices. In: SMITH, L.; WETHERELL, M. U. G. CAMPBELL (Hrsg.): *Emotion, Affective Practices, and the Past in the Present*. Milton, S. 1–21.
- Wiener Zeitung (2020): Rechtspopulismus. Kickl in Berlin: FPÖ und AfD intensivieren Zusammenarbeit. Online unter: <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/2047616-Kickl-in-Berlin-FPOe-und-AfD-intensivieren-Zusammenarbeit.html> (abgerufen am 02.03.2021).
- WIERTZ, T. U. T. SCHOPPER (2019): Theoretische und methodische Perspektiven für eine Diskursforschung im digitalen Raum. In: *Geographische Zeitschrift*, S. 1–28.
- WIERTZ, T. U. T. SCHOPPER (2021): Geopolitische Leitbilder der "Neuen Rechten" in digitalen Medien. Online unter: <https://human.geographie.uni-freiburg.de/blog/projektbeginn-extreme-rechte-in-digitalen-medien/> (abgerufen am 18.06.2021).
- WILDT, M. (2017): *Volk, Volksgemeinschaft, AfD*. Hamburg.
- WINEROITHER, D. M. (2021): Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) – Trendsetterin mit Hang zur Macht. In: MUNO, W. U. C. PFEIFFER (Hrsg.): *Populismus an der Macht. Strategien und Folgen populistischen Regierungshandelns*. Wiesbaden, Heidelberg, S. 271–294.
- WODAK, R. (2015): *The Politics of Fear. What Right-Wing Populist Discourses Mean*. London.
- WOLF, T. (2017): *Rechtspopulismus. Überblick über Theorie und Praxis. (Essentials)*. Wiesbaden.

- WOLF, T. (2019): Rechtsextreme und Rechtspopulistische Parteien in Europa. Typologisierung und Vergleich. Wiesbaden.
- WOLKERSDORFER, G. (2001): Politische Geographie und Geopolitik: zwei Seiten derselben Medaille? In: REUBER, P. U. G. WOLKERSDORFER (Hrsg.): Politische Geographie. Handlungsorientierte Ansätze und Critical Geopolitics. Heidelberg, S. 33–56.
- ZEHNPFENNIG, B. (2018): Adolf Hitler: Mein Kampf. Weltanschauung und Programm: Studienkommentar. 2., aktualisierte Auflage. (UTB Politische Philosophie, Geschichte 3469). Leiden, Boston, Singapore, Paderborn.
- ZEIT ONLINE (2020): Sebastian Kurz. Österreichs Kanzler gegen Aufnahme von Moria-Flüchtlingen. Online unter: <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-09/sebastian-kurz-moria-fluechtlinge-eu-aufnahme-oesterreich> (abgerufen am 30.06.2021).
- ZEIT ONLINE (2021): Génération identitaire. Frankreich verbietet bekannteste Identitären-Gruppierung. Online unter: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-03/frankreich-generation-identitaire-rechtsextremismus-verbot-gerald-darmanin> (abgerufen am 13.12.2021).
- ZIAI, A. (2010): Postkoloniale Perspektiven auf „Entwicklung“. In: PERIPHERIE, H. 120, S. 399–426.
- ZICK, A., KÜPPER, B., KRAUSE, D. U. W. BERGHAN (2016): Gespaltene Mitte - feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Bonn.

Quellenverzeichnis

8.1 Alternative für Deutschland (AfD)

- Adam, K. (20.09.2013): Interview mit der Jungen Freiheit (Text nicht mehr abrufbar auf der Website der Jungen Freiheit).
- Bessin, B. (14.06.2017): Interview mit COMPACT TV. Online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=RfoP8N9GnY8> (abgerufen am 26.05.2023).
- Blex, C. (24.11.2018): Rede beim Hermannstreffen in Augustdorf. Online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=-ZFDz1M1eag> (abgerufen am 26.05.2023).
- Curio, G. (02.02.2018): Rede im Bundestag. Online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=4w3bTBb8Veo> (abgerufen am 05.06.2023).
- Driesang, D. (21.09.2017): Interview mit Sidekick. Online unter: <https://sidekick-akg.com/2017/09/19/dirk-driesang-afd-im-sidekick-interview-teil-1/> (abgerufen am 10.05.2023).
- Gauland, A. (02.06.2016): Rede in Elsterwerda. Online unter: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/zum-nachlesen-gaulands-rede-im-wortlaut-14269861.html?printPagedArticle=true#void> (abgerufen am 05.05.2023).
- Gauland, A. (02.06.2018): Zitat abgedruckt in DIE ZEIT. Online unter: <https://www.zeit.de/news/2018-06/02/gauland-ns-zeit-nur-ein-vogelschiss-in-der-geschichte-180601-99-549766> (abgerufen am 26.05.2023).
- Gauland, A. (02.09.2017): Rede beim Kyffhäusertreffen der AfD Thüringen (Video nicht mehr abrufbar auf der Website der AfD Thüringen).

- Gauland, A. (05.04.2017): Beitrag auf der Website der AfD. Online unter: <https://www.afd.de/alexander-gauland-erschreckende-zahlen-der-bevoelkerungsaustausch-laeuft/> (abgerufen am 26.05.2023).
- Gauland, A. (08.08.2017): Interview mit Jung & Naiv. Online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=f7JXQfT9ou0> (abgerufen am 05.05.2023).
- Gauland, A. (17.03.2017): Interview mit der Jungen Freiheit (Text nicht mehr abrufbar auf der Website der Jungen Freiheit).
- Gauland, A. (18.08.2019): Rede in Brandenburg an der Havel. Online unter: https://www.youtube.com/watch?v=v5K_uVYq2OQ (abgerufen am 26.05.2023).
- Gauland, A. (19.01.2019): Populismus und Demokratie. In: Sezession 88. Online unter: https://sezession.de/wp-content/uploads/2020/04/Sez_88-16-22.pdf (abgerufen am 26.05.2023).
- Gauland, A. (24.09.2017): Rede nach der Bundestagswahl. Online unter: https://www.youtube.com/shorts/_fnja9qN2vM (abgerufen am 05.05.2023).
- Gauland, A. (28.04.2016): Interview mit DIE ZEIT. Online unter: <https://www.zeit.de/2016/17/alexander-gauland-afd-cdu-konservatismus/komplettansicht> (abgerufen am 05.05.2023).
- Gauland, A. (29.09.2017): Interview mit der Jungen Freiheit (Text nicht mehr abrufbar auf der Website der Jungen Freiheit).
- Höcke, B. (01.05.2017): Rede in Erfurt (Video nicht mehr abrufbar auf der Website der AfD Thüringen).
- Höcke, B. (14.10.2017): Rede auf der Frankfurter Buchmesse (Video nicht mehr abrufbar auf der Website der AfD).
- Höcke, B. (19.01.2017): Rede in Dresden, abgedruckt im Tagesspiegel. Online unter: <https://www.tagesspiegel.de/politik/gemutzzustand-eines-total-besiegten-volkes-5488489.html> (abgerufen am 08.05.2023).
- Höcke, B. (20.01.2018): Rede in Eisleben. Online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=SjqdFggKRjw> (abgerufen 08.05.2023).
- Höcke, B. (20.01.2018): Rede in Eisleben. Online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=SjqdFggKRjw> (abgerufen am 26.05.2023).

- Höcke, B. (2018): Nie zweimal in denselben Fluss. Björn Höcke im Gespräch mit Sebastian Hennig. Lüdinghausen und Berlin.
- Höcke, B. (21.11.2015): Rede beim Institut für Staatspolitik in Schnellroda. Online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=ezTw3ORSqIQ> (abgerufen am 26.05.2023).
- Höcke, B. (21.11.2015): Rede beim Institut für Staatspolitik. Online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=ezTw3ORSqIQ> (abgerufen am 08.05.2023).
- Höcke, B. (22.12.2014): Rede bei der Jungen Alternative in Stuttgart. Online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=YhYCrQR-xBI> (abgerufen am 26.05.2023).
- Höcke, B. (24.11.2018): Rede in Augustdorf. Online unter: https://www.youtube.com/watch?v=kflg_5GphB4 (abgerufen am 10.05.2023).
- Höcke, B. (26.01.2017): Rede im Thüringer Landtag. Online unter: https://parl-dok.thueringer-landtag.de/ParlDok/dokument/61314/73_plenarsitzung.pdf (abgerufen am 10.05.2023).
- Höcke, B. (26.04.2020): Redebeitrag auf Facebook. Online unter: <https://www.facebook.com/Bjoern.Hoecke.AfD/videos/232534571323543/> (abgerufen am 08.05.2023).
- Höcke, B. (27.11.2019): Interview mit Die Weltwoche. Online unter: <https://weltwoche.ch/story/ich-meine-es-nicht-boese/> (abgerufen am 10.05.2023).
- Höcke, B. (28.10.2016): Rede in Gera (Video nicht mehr abrufbar auf der Website der AfD Thüringen).
- Jongen, M. (02.2017): Migration und Streßtraining. In: Sezession, 76. Online unter: <https://sezession.de/59583/migration-und-stresstraining> (abgerufen am 08.05.2023).
- Jongen, M. (07.06.2017): Interview mit der éléments, abgedruckt in der Sezession. Online unter: <https://sezession.de/57282?komplettansicht=1> (abgerufen am 08.05.2023).
- Jongen, M. (09.06.2016): Interview mit DIE ZEIT. Online unter: <https://www.zeit.de/2016/23/marc-jongen-afd-karlsruhe-philosophie-asylopolitik> (abgerufen am 10.05.2023).

- Jongen, M. (09.06.2016): Interview mit DIE ZEIT. Online unter: <https://www.zeit.de/2016/23/marc-jongen-afd-karlsruhe-philosophie-asympolitik> (abgerufen am 26.05.2023).
- Jongen, M. (31.07.2017): Interview mit der Jungen Freiheit. Online unter: <https://jungefreiheit.de/allgemein/2017/viel-zeit-bleibt-deutschland-nicht-mehr/> (abgerufen am 26.05.2023).
- Kalbitz, A. (06.03.2019): Rede in Osterhofen (Video nicht mehr abrufbar auf YouTube).
- Kalbitz, A. (23.06.2018): Rede beim Kyffhäusertreffen (Video nicht mehr abrufbar auf YouTube).
- Kalbitz, A. (24.11.2018): Rede beim Hermannstreffen in Augustdorf. Online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=BUZGNN-YXmM> (abgerufen am 26.05.2023).
- Krah, M. (06.2019): Mehr Sachsen, weniger Rheinbund. In: Sezession, 90. Online unter: <https://sezession.de/62674/mehr-sachsen-weniger-rheinbund> (abgerufen am 10.05.2023).
- Lucke, B. (04.03.2014): Interview mit Merkur. Online unter: <https://www.merkur.de/politik/afd-chef-bernd-lucke-interview-ich-kein-liberaler-3395723.html> (abgerufen am 26.05.2023).
- Lucke, B. (14.04.2013): Rede beim Bundesparteitag. Online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=KBbX45Ujujs> (abgerufen am 26.05.2023).
- Lucke, B. (25.01.2014): Rede beim Bundesparteitag. Online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=iPthRDOWYFI> (abgerufen am 26.05.2023).
- Meuthen, J. (09.06.2016): Interview mit RT Deutsch (Text nicht mehr abrufbar).
- Meuthen, J. (11.07.2017): Interview mit AfD TV Hessen (Video nicht mehr abrufbar auf YouTube).
- Meuthen, J. (23.02.2017): Interview mit COMPACT TV. Online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=a3Nmk80iKNo> (abgerufen am 26.05.2023).
- Meuthen, J. (28.04.2016): Interview mit SPIEGEL ONLINE. Online unter: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-chef-joerg-meuthen-anti-islam-partei-wieder-so-ein-schlagwort-a-1089575.html> (abgerufen am 26.05.2023).

- Meuthen, J. (29.12.2016): Interview mit dem Hamburger Abendblatt. Online unter: <https://www.abendblatt.de/politik/article209112013/Joerg-Meuthen-Als-neue-Partei-zieht-man-Unzufriedene-an.html> (abgerufen am 08.05.2023).
- Meuthen, J. (30.04.2016): Zitate abgedruckt in der Süddeutschen Zeitung. Online unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/proteste-gegen-afd-aufmarsch-der-wut-1.2974815-2> (abgerufen am 26.05.2023).
- Meuthen, J. (30.12.2016): Interview mit Die Welt. Online unter: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article160708377/AfD-wendet-sich-nicht-gegen-die-ankommenden-Menschen.html> (abgerufen am 26.05.2023).
- Meuthen, J. (30.12.2019): Interview mit der Süddeutschen Zeitung (Text nicht verfügbar auf der Website der Süddeutschen Zeitung).
- Moldenhauer, J. (10.2017): Die AfD der Wahl: Machtfragen, Richtungsdebatten, Strategiefindung. In: Sezession 80. Online unter: <https://sezession.de/wp-content/uploads/2018/10/Sez80-Die-AfD-der-Wahl.pdf> (abgerufen am 26.05.2023).
- Nobis, J. (05.05.2017): Interview mit der Jungen Freiheit (Text nicht mehr abrufbar auf der Website der Jungen Freiheit).
- Petry, F. (03.10.2016): Rede in Stuttgart. (Video nicht mehr abrufbar auf YouTube).
- Petry, F. (07.11.2015): Rede in Berlin. Online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=tip9ljzXdXg&t=1365s> (abgerufen am 10.05.2023).
- Petry, F. (07.11.2015): Rede in Berlin. Online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=tip9ljzXdXg&t=1365s> (abgerufen am 26.05.2023).
- Petry, F. (13.08.2017): Interview mit der ARD. Online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=z0vkDc42kPQ> (abgerufen am 26.05.2023).
- Petry, F. (19.09.2017): Interview mit der Leipziger Volkszeitung (Text nicht mehr abrufbar auf der Website der Leipziger Volkszeitung).
- Petry, F. (20.06.2016): Interview mit Jung & Naiv. Online unter: <https://www.jungundnaiv.de/2016/06/23/frauke-petry-afd-ueber-andere-themen-folge-262-video-transkript/> (abgerufen am 10.05.2023).
- Petry, F. (22.04.2017): Rede beim Parteitag in Köln. Online unter: <http://www.afd-archiv-bodenseekreis.de/2017/04/22/dokumentation-koelner-parteitag-rede-dr-frauke-petry/> (abgerufen am 26.05.2023).

- Petry, F. (23.08.2017): Interview mit RT Deutsch (Text nicht mehr abrufbar).
- Poggenburg, A. (14.02.2018): Rede beim Politischen Aschermittwoch der AfD Sachsen. Online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=zBHDzwOnXOA> (abgerufen am 26.05.2023).
- Poggenburg, A. (26.09.2017): Interview mit dem Deutschlandfunk. Online unter: <https://www.deutschlandfunk.de/afd-politiker-poggenburg-ich-rate-petry-ganz-dringend-100.html> (abgerufen am 05.05.2023).
- Renner, M. (26.02.2017): Interview mit COMPACT TV. Online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=KeiunJ2izLk> (abgerufen am 26.05.2023).
- Schaak, S. (03.09.2017): Rede in Soest (Text nicht mehr abrufbar auf der Website von COMPACT).
- von Storch, B. (15.08.2017): Interview mit Jung & Naiv. Online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=HnfpQ1JkYv4> (abgerufen am 10.05.2023).
- Weidel A. (2019): Widerworte. Gedanken über Deutschland. Kulmbach.
- Weidel, A. (11.11.2016): Interview mit der Jungen Freiheit (Text nicht mehr abrufbar auf der Website der Jungen Freiheit).
- Weidel, A. (11.11.2016): Interview mit der Jungen Freiheit (Text nicht mehr abrufbar auf der Website der Jungen Freiheit).
- Weidel, A. (13.08.2017): Interview mit dem Deutschlandfunk (Text nicht mehr abrufbar auf der Website des Deutschlandfunk).
- Weidel, A. (16.05.2018): Rede im Bundestag. Online unter: <https://dserver.bundestag.de/btp/19/19031.pdf> (abgerufen am 26.05.2023).
- Weidel, A. (23.09.2017): Rede beim Wahlkampfabschluss in Viernheim. Online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=nryxv-BFdM> (abgerufen am 26.05.2023).
- Weidel, A. (23.10.2016): Interview mit der Jungen Freiheit (Video nicht mehr abrufbar auf YouTube).
- Wissenbach, W. (24.10.2017): Interview mit dem Hessischen Rundfunk (Text nicht mehr abrufbar auf der Website des Hessischen Rundfunk).

8.2 Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)

- FPÖ (1992): Österreich zuerst. Online unter: <https://www.fbi-politikschule.at/blausoesterreich/plebiszite/1993-oesterreich-zuerst/> (abgerufen am 05.06.2023).
- Graf, M. (19.04.2009): Interview mit Der Standard. Online unter: <https://www.derstandard.at/story/1237230291519/standard-interview-gehe-auch-zu-linksextremen-hin> (abgerufen am 01.06.2023).
- Graf, M. (25.03.2011): Interview mit Der Standard. Online unter: <https://www.derstandard.at/story/1297821474535/standard-interview-es-darf-kein-armutsge-loebnis-fuer-politiker-geben> (abgerufen am 01.06.2023).
- Gudenus, J. (14.10.2010): Interview mit Der Standard. Online unter: <https://www.derstandard.at/story/1285200858369/wir-sind-zu-allem-bereit> (abgerufen am 01.06.2023).
- Gudenus, J. (21.07.2008): Interview mit Der Standard. Online unter: <https://www.derstandard.at/story/1216325259393/gudenus-es-gefaellt-mir-nicht-dass-wir-islamisiert-werden> (abgerufen am 01.06.2023).
- Gudenus, J. (24.05.2004): Interview mit Der Standard. Online unter: <https://www.derstandard.at/story/1671792/lehne-jede-form-des-sozialismus-ab-und-somit-auch-den> (abgerufen am 30.05.2023).
- Gudenus, J. (27.12.2010): Interview mit Der Standard. Online unter: <https://www.derstandard.at/story/1293369558489/standard-interview-umvolkung-ist-fuer-uns-pfui-gack> (abgerufen am 30.05.2023).
- Haider, J. (01.10.2000): Rede auf dem Ulrichsberg. Online unter: <https://www.jf-archiv.de/archiv00/480yy53.htm> (abgerufen am 30.05.2023).
- Haider, J. (01.10.2003): Interview mit Der Standard. Online unter: <https://www.derstandard.at/story/1434951/haider-debakel-fuer-die-koalition> (abgerufen am 30.05.2023).
- Haider, J. (01.12.1995): TV-Duell mit Viktor Klima. Online unter: <https://tvthek.orf.at/profile/Archiv/7648449/TV-Duell-Klima-Haider/6240859/TV-Duell-Klima-Haider/6240861> (abgerufen am 01.06.2023).

- Haider, J. (02.03.1994): Rede im Nationalrat. Online unter: https://www.parlament.gv.at/dokument/XVIII/NRSITZ/155/imfname_142568.pdf (abgerufen am 01.06.2023).
- Haider, J. (02.07.2004): Interview mit Der Standard. Online unter: <https://www.derstandard.at/story/1713640/haider-schlaegt-hc-strache-als-partei-vize-vor> (abgerufen am 30.05.2023).
- Haider, J. (10.10.1996): Rede in Wien. Online unter: https://germanistik.uni-vie.ac.at/fileadmin/user_upload/inst_germanistik/lederer.rtf (abgerufen am 30.05.2023).
- Haider, J. (10.10.2008): Rede zum Landesfeiertag Kärntens. Online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=7Ily3rFYLd0> (abgerufen am 30.05.2023).
- Haider, J. (11.06.2000): Interview mit dem Tagesspiegel (Text nicht mehr abrufbar auf der Website des Tagesspiegel).
- Haider, J. (13.06.1991): Rede im Kärntner Landtag, zitiert nach Bailer-Galanda 1995: 19.
- Haider, J. (18.11.2002): Interview mit Der Standard. Online unter: <https://www.derstandard.at/story/1133524/ich-bin-der-boese> (abgerufen am 01.06.2023).
- Haider, J. (1994): Die Freiheit, die ich meine. Frankfurt am Main, Berlin.
- Haider, J. (20.06.1991): Rede in Klagenfurt. Online unter: <https://tvthek.orf.at/history/Politik-und-Landeshauptleute/10102584/Haider-Kundgebung-auf-dem-Neuen-Platz/10103147> (abgerufen am 30.05.2023).
- Haider, J. (2005): Interview mit Alfred Worm, veröffentlicht als: Worm, A.: Ein Streitgespräch mit Jörg Haider. Wien.
- Haider, J. (21.08.1995): Interview mit profil (Text nicht mehr abrufbar auf der Website des profil).
- Haider, J. (21.09.1994): TV-Duell mit Franz Vranitzky (SPÖ). Online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=5GQ-a53j-cs> (abgerufen am 30.05.2023).
- Haider, J. (22.08.2008): TV-Duell mit Heinz-Christian Strache. Online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=Tw40lX9VPq8> (abgerufen am 05.06.2023).

- Haider, J. (26.09.1991): Rede in Wolfen. Online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=nAV3iuqfdtg&t=23s> (abgerufen am 30.05.2023).
- Hartinger-Klein, B. (02.01.2018): Interview mit dem ORF. Online unter: <https://neuwal.com/2018/01/02/transkript-beate-hartinger-klein-gesundheitsministerin-bei-lou-lorenz-dittlbacher-in-der-zib2/> (abgerufen am 30.05.2023).
- Haupt, H. (08.08.2003): Interview mit Der Standard. Online unter: <https://www.derstandard.at/story/1377017/pensionen-haupt-kann-sich-solidarbeitraege-vorstellen> (abgerufen am 05.06.2023).
- Hofer, N. (11.01.2020): Rede beim FPÖ-Neujahrstreffen in Oberwart. Online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=HpUMIyLLgYk> (abgerufen am 30.05.2023).
- Hofer, N. (17.10.2016): Interview mit ATV (Text nicht mehr abrufbar auf der Website neuwal.com).
- Hofer, N. (20.05.2016): Interview mit der Jungen Freiheit (Text nicht mehr abrufbar auf der Website der Jungen Freiheit).
- Hofer, N. (28.01.2016): Interview mit dem ORF. Online unter: <https://neuwal.com/2016/01/28/norbert-hofer-bei-lou-lorenz-dittlbacher-in-der-zib2-transkript-bpw16/> (abgerufen am 01.06.2023).
- Hofer, N. (28.12.2015): Interview mit dem ORF. Online unter: <https://www.derstandard.at/story/1220457958909/ab-einem-prozent-gibt-es-ein-mandat> (abgerufen am 01.06.2023).
- Howanietz, M. (2013): Für ein freies Österreich. Souveränität als Zukunftsmodell. Wien.
- Kappel, B. (11.05.2011): Interview mit Der Standard. Online unter: <https://www.derstandard.at/story/1304551367527/unsere-politik-ist-nicht-populistisch-sondern-pragmatisch> (abgerufen am 01.06.2023).
- Kickl, H. (11.01.2018): Pressekonferenz als Innenminister. Online unter: <https://neuwal.com/2018/01/14/transkript-pressekonferenz-von-innenminister-herbert-kickl/> (abgerufen am 01.06.2023).
- Kickl, H. (11.01.2020): Rede beim FPÖ-Neujahrstreffen in Oberwart. Online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=hFez5Yhiv2k> (abgerufen am 30.05.2023).

- Kickl, H. (11.04.2020): Interview mit dem Podcast von Einprozent. Online unter: <https://www.einprozent.de/blog/aktiv/freiheit-demokratie-herbert-kickl-im-podcast/2629> (abgerufen am 30.05.2023).
- Kickl, H. (24.08.2008): Interview mit Der Standard. Online unter: <https://www.derstandard.at/story/1219060489528/wir-haben-selbst-so-etwas-wie-ein-gewissen> (abgerufen am 01.06.2023).
- Kickl, H. (26.06.2018): Interview mit dem ORF (Video nicht mehr abrufbar auf der Website des ORF).
- Mölzer, A. (14.05.2004): Interview mit Der Standard. Online unter: <https://www.derstandard.at/story/1663382/andreas-moelzer-im-standard-interview-der-freiheitliche-bin-ich> (abgerufen am 30.05.2023).
- Mölzer, A. (24.04.2013): Interview mit Der Standard. Online unter: <https://www.derstandard.at/story/1363709085961/andreas-moelzer-rechnet-nicht-mit-fpoe-regierungsbeteiligung> (abgerufen am 01.06.2023).
- Mölzer, W. (14.11.2013): Interview mit Der Standard. Online unter: <https://www.derstandard.at/story/1381371891582/gleichgeschlechtliche-elternschaft-ist-anatuerlich> (abgerufen am 30.05.2023).
- Partik-Pablé, H. (10.05.1999): Rede im Nationalrat. Online unter: https://www.parlament.gv.at/dokument/XX/NRSITZ/168/fname_114325.pdf (abgerufen am 01.06.2023).
- Partik-Pablé, H. (21.03.2001): Interview mit Der Standard. Online unter: <https://www.derstandard.at/story/516003/morde-sind-ja-nicht-das-gefaehrliche> (abgerufen am 30.05.2023).
- Podgorschek, E. (03.05.2018): Rede beim Unternehmerempfang der AfD Thüringen. Online unter: <http://www.dahamist.at/index.php/2018/06/25/transkription-der-rede-elmar-podgorscheks/> (abgerufen am 30.05.2023).
- Riess-Passer, S. (02.08.2002): Interview mit Der Standard. Online unter: <https://www.derstandard.at/story/1028787/riess-passer-im-standard-interview> (abgerufen am 05.06.2023).
- Rosenkranz, B. (09.03.2008): Interview mit Der Standard. Online unter: <https://www.derstandard.at/story/3244502/rosenkranz-im-standard-interview-proells-poltern-ist-inszenierung> (abgerufen am 30.05.2023).

- Rosenkranz, B. (28.09.2006): Interview mit Der Standard. Online unter: <https://www.derstandard.at/story/2570588/barbara-rosenkranz-ich-bevorzue-wiener-klassik-oder-stille> (abgerufen am 30.05.2023).
- Strache, H.-C. (01.05.2009): Rede in Linz. Online unter: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20090501_OTS0063/1-mai-hc-strache-zitate (abgerufen am 01.06.2023).
- Strache, H.-C. (01.06.2009): Interview mit Der Standard. Online unter: <https://www.derstandard.at/story/1242317151939/strache-im-interview-was-hier-angerichtet-wird-ist-zum-schaden-oesterreichs> (abgerufen am 01.06.2023).
- Strache, H.-C. (07.04.2009): Interview mit Der Standard. Online unter: <https://www.derstandard.at/story/1237229455274/standard-interview-die-frage-ist-wann-der-damm-brechen-wird> (abgerufen am 01.06.2023).
- Strache, H.-C. (07.11.2008): Interview mit Der Standard. Online unter: <https://www.derstandard.at/story/1225359282355/strache-ein-indianer-als-us-praesident-waere-schoen> (abgerufen am 05.06.2023).
- Strache, H.-C. (08.01.2008): Interview mit Der Standard. Online unter: <https://www.derstandard.at/story/2744493/strache-im-standard-interview-ich-habe-den-hitler-nicht-gegruesst> (abgerufen am 30.05.2023).
- Strache, H.-C. (09.11.2006): Interview mit Der Standard. Online unter: <https://www.derstandard.at/story/2646724/strache-im-standard-interview-oevp-lebt--im-machtrausch> (abgerufen am 05.06.2023).
- Strache, H.-C. (11.09.2008): Interview mit Der Standard. Online unter: <https://www.derstandard.at/story/1220457958909/ab-einem-prozent-gibt-es-ein-mandat> (abgerufen am 01.06.2023).
- Strache, H.-C. (12.02.2016): Rede bei der AfD in Düsseldorf. Online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=CtEsEEVy6TM> (abgerufen am 30.05.2023).
- Strache, H.-C. (12.08.2005): Interview mit Der Standard. Online unter: <https://www.derstandard.at/story/2140183/haider-sollte-an-die-pension-denken> (abgerufen am 30.05.2023).

- Strache, H.-C. (15.07.2008): Interview mit Der Standard. Online unter: <https://www.derstandard.at/story/3413074/strache-alles-andere-waere-ein-politischer-putsch> (abgerufen am 05.06.2023).
- Strache, H.-C. (15.09.2017): Interview mit Der Standard. Online unter: <https://www.derstandard.at/story/3413074/strache-alles-andere-waere-ein-politischer-putsch> (abgerufen am 01.06.2023).
- Strache, H.-C. (16.09.2015): Rede bei FPÖ TV. Online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=0rJhoDQPfz8> (abgerufen am 30.05.2023).
- Strache, H.-C. (17.01.2008): Interview mit Der Standard. Online unter: <https://www.derstandard.at/story/3177864/strache-im-interview-referendum-ueber-eu-vertrag-oder-abwehrkampf> (abgerufen am 05.06.2023).
- Strache, H.-C. (17.06.2010): Interview mit Der Standard. Online unter: <https://www.derstandard.at/story/1276413256452/kickl-und-ich-sind-hirn-und-herz> (abgerufen am 01.06.2023).
- Strache, H.-C. (17.11.2006): Interview mit Der Standard. Online unter: <https://www.derstandard.at/story/2625443/strache-im-derstandardat-interview-ich-will-kanzler-werden> (abgerufen am 01.06.2023).
- Strache, H.-C. (21.12.2008): Interview mit Der Standard. Online unter: <https://www.derstandard.at/story/1229796894073/standard-interview-muessen-doenmez-politisches-asyl-anbieten> (abgerufen am 01.06.2023).
- Strache, H.-C. (22.08.2008): TV-Duell mit Jörg Haider. Online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=Tw40lX9VPq8> (abgerufen am 30.05.2023).
- Strache, H.-C. (22.08.2016): Interview mit dem ORF. Online unter: <https://neuwal.com/2016/08/22/transkript-heinz-christian-strache-fpoe-bei-susanne-schnabl-im-orf-sommergesprach-2016/> (abgerufen am 30.05.2023).
- Strache, H.-C. (24.10.2016): Interview mit dem ORF. Online unter: <https://neuwal.com/2016/10/25/transkript-heinz-christian-strache-bei-lou-lorenz-dittlbacher-zib2/> (abgerufen am 01.06.2023).
- Strache, H.-C. (25.06.2017): Interview mit dem ORF. Online unter: <https://neuwal.com/2017/06/26/transkript-fruehstueck-bei-mir-mit-heinz-christian-strache-und-claudia-stoeckl-25-06-2017/> (abgerufen am 05.06.2023).

- Strache, H.-C. (25.09.2015): Interview mit Der Standard. Online unter: <https://www.derstandard.at/story/2000022754881/fp-strache-kommt-nur-als-buergermeister-ins-wiener-rathaus> (abgerufen am 01.06.2023).
- Strache, H.-C. (30.09.2006): Interview mit Der Standard. Online unter: <https://www.derstandard.at/story/2554951/strache-ich-bin-halt-kein-lange-weiler> (abgerufen am 30.05.2023).
- Vilimsky, H. (15.04.2014): Interview mit Der Standard. Online unter: <https://www.derstandard.at/story/1397520685239/ich-schaetze-burschen-schafter-als-ehrenmaenner> (abgerufen am 01.06.2023).

8.3 Schweizerische Volkspartei (SVP)

- Aeschi, T. (01.08.2018): Rede zum Nationalfeiertag der Schweiz. Online unter: <https://www.svp.ch/wp-content/uploads/2018-erstaugust-aeschi.pdf> (abgerufen am 05.06.2023).
- Aeschi, T. (14.10.2020): Interview mit der Neuen Zürcher Zeitung. Online unter: <https://www.nzz.ch/schweiz/aeschi-die-eu-wird-uns-mit-zusatzerklaerungen-abspeisen-ld.1581424> (abgerufen am 05.06.2023).
- Amstutz, A. (01.08.2018): Rede zum Nationalfeiertag der Schweiz in Innertkirchen. Online unter: <https://www.svp.ch/wp-content/uploads/2018-erstaugust-amstutz.pdf> (abgerufen am 05.06.2023).
- Amstutz, A. (28.07.2014): Interview mit der SonntagsZeitung. Online unter: <https://www.svp.ch/aktuell/publikationen/artikel/interview-mit-fraktionschef-adrian-amstutz-zu-den-plaenen-einer-neuen-svp-asylnitiative/> (abgerufen am 05.06.2023).
- Blocher, C. (01.01.2000): Rede zu Neujahr. Online unter: <https://www.blocher.ch/2000/01/01/neujahrsansprache-2000/> (abgerufen am 06.06.2023).
- Blocher, C. (01.01.2003): Rede zu Neujahr. Online unter: <https://www.blocher.ch/2003/01/01/neujahrsansprache-2003/> (abgerufen am 06.06.2023).
- Blocher, C. (01.03.1997): Rede vor der SVP Zürich. Online unter: <https://www.blocher.ch/1997/03/01/die-schweiz-und-der-zweite-weltkrieg/> (abgerufen am 06.06.2023).

- Blocher, C. (01.08.1998): Rede zum Nationalfeiertag der Schweiz in Richterswil. Online unter: <https://www.blocher.ch/1998/08/01/1-august-rede-1998-in-richterswil/> (abgerufen am 06.06.2023).
- Blocher, C. (01.08.2003): Rede zum Nationalfeiertag der Schweiz. Online unter: <https://www.blocher.ch/2003/08/01/meine-1-august-ansprache/> (abgerufen am 06.06.2023).
- Blocher, C. (01.08.2018): Rede zum Nationalfeiertag der Schweiz. Online unter: <https://www.blocher.ch/2018/07/31/gedanken-zum-1-august-2018-wollen-wir-freie-schweizer-bleiben/> (abgerufen am 12.06.2023).
- Blocher, C. (01.11.1998): Rede in Wasen im Emmental. Online unter: <https://www.blocher.ch/1998/11/01/christsein-im-alltag/> (abgerufen am 06.06.2023).
- Blocher, C. (01.11.2002): Beitrag auf der Website. Online unter: <https://www.blocher.ch/2002/11/13/stopp-dem-asylmissbrauch/> (abgerufen am 06.06.2023).
- Blocher, C. (02.09.2007): Rede zum 90. Geburtstag der SVP Zürich. Online unter: <https://www.blocher.ch/2007/09/02/90-jahre-svp-zurich/> (abgerufen am 12.06.2023).
- Blocher, C. (02.12.1999): Interview mit der Weltwoche. Online unter: <https://www.blocher.ch/1999/12/02/ich-trete-nur-mit-widerwillen-an/> (abgerufen am 06.06.2023).
- Blocher, C. (03.04.2000): Rede (schriftlich versandt). Online unter: <https://www.blocher.ch/2000/04/03/freiheit-statt-sozialismus/> (abgerufen am 06.06.2023).
- Blocher, C. (05.05.1998): Interview mit der Zürichsee Zeitung. Online unter: <https://www.blocher.ch/1998/05/05/abenteuerliche-sicherheitspolitik/> (abgerufen am 06.06.2023).
- Blocher, C. (05.06.2000): Artikel in der Neuen Zürcher Zeitung. Online unter: <https://www.blocher.ch/2000/06/05/zusammenarbeit-statt-einbindung/> (abgerufen am 06.06.2023).
- Blocher, C. (05.10.1998): Interview mit der Schülerzeitung der Kantonsschule Romanshorn (Text nicht mehr abrufbar auf der Website von Blocher).

- Blocher, C. (07.03.1998): Interview mit den Schaffhauser Nachrichten. Online unter: <https://www.blocher.ch/1998/03/07/ich-bilde-mir-nie-ein-dass-ich-etwas-gut-mache/> (abgerufen am 06.06.2023).
- Blocher, C. (07.05.1999): Interview mit CASH. Online unter: <https://www.blocher.ch/1999/05/07/unsere-vier-kinder-sind-auf-der-richtigen-spur/> (abgerufen am 06.06.2023).
- Blocher, C. (07.12.1997): Kolumne in der SonntagsZeitung. Online unter: <https://www.blocher.ch/1997/12/07/des-kaisers-neue-kleider/> (abgerufen am 06.06.2023).
- Blocher, C. (08.12.1999): Interview mit der Zürichsee-Zeitung. Online unter: <https://www.blocher.ch/1999/12/08/so-oder-so-gibt-es-eine-klarung/> (abgerufen am 06.06.2023).
- Blocher, C. (09.05.1998): Rede bei der Mitgliederversammlung der AUNS. Online unter: <https://www.blocher.ch/1998/05/09/auns-mitgliederversammlung-vom-9-mai-1998/> (abgerufen am 06.06.2023).
- Blocher, C. (09.11.2003): Interview mit swissinfo.org. Online unter: <https://www.blocher.ch/2003/11/09/ich-bin-kein-volksverfuhrer/> (abgerufen am 06.06.2023).
- Blocher, C. (09.12.2000): Interview mit der Neuen Luzerner Zeitung. Online unter: <https://www.blocher.ch/2000/12/09/eigentlich-habe-ich-genug-von-politik/> (abgerufen am 06.06.2023).
- Blocher, C. (10.03.1998): Interview mit dem Berner Oberländer. Online unter: <https://www.blocher.ch/1998/03/10/das-gonne-ich-meinen-gegnern-nicht/> (abgerufen am 06.06.2023).
- Blocher, C. (10.10.1999): Interview mit der Sonntagszeitung. Online unter: <https://www.blocher.ch/1999/10/10/ich-bin-uberzeugt-dass-dieses-paket-vom-volk-abgelehnt-wurde/> (abgerufen am 06.06.2023).
- Blocher, C. (10.10.2003): Interview mit der Austria Presse Agentur. Online unter: <https://www.blocher.ch/2003/10/10/die-eu-ist-eine-intellektuelle-fehlkonstruktion/> (abgerufen am 06.06.2023).

- Blocher, C. (10.11.1990): Zeit ohne Richtung? Orientierungslosigkeit als Merkmal von Politik und Gesellschaft der Gegenwart. Referat, gehalten an der „Schweizerzeit“ Herbsttagung vom 10. November 1990 in Winterthur. In: „Schweizerzeit“-Schriftenreihe 8. Flaach.
- Blocher, C. (11.04.1997): Interview mit dem Israelitischen Wochenblatt. Online unter: <https://www.blocher.ch/1997/04/11/keine-muhe-mit-auserwahltheit-der-juden/> (abgerufen am 06.06.2023).
- Blocher, C. (11.05.2002): Rede bei der Mitgliederversammlung der AUNS. Online unter: <https://www.blocher.ch/2002/05/11/begrussung-und-standortbestimmung-mitgliederversammlung-der-auns/> (abgerufen am 06.06.2023):
- Blocher, C. (11.06.2001): Interview mit dem Tages-Anzeiger. Online unter: <https://www.blocher.ch/2001/06/11/die-schweiz-ist-jetzt-eindeutig-weniger-sicher/> (abgerufen am 06.06.2023).
- Blocher, C. (12.08.2002): Interview mit der Aargauer Zeitung. Online unter: <https://www.blocher.ch/2002/08/12/das-ist-doch-abwegig-ich-ein-revolutionar/> (abgerufen am 06.06.2023).
- Blocher, C. (12.11.2002): Interview mit dem Bündner Tagblatt. Online unter: <https://www.blocher.ch/2002/11/12/attraktivitat-des-asyllandes-schweiz-senken/> (abgerufen am 06.06.2023).
- Blocher, C. (13.06.2003): Interview im Tages-Anzeiger. Online unter: <https://www.blocher.ch/2003/06/13/couchepin-hat-einen-pfusch-prasentiert/> (abgerufen am 06.06.2023).
- Blocher, C. (15.04.1999): Interview mit der Basler Zeitung. Online unter: <https://www.blocher.ch/1999/04/15/wir-mussen-so-viele-truppen-schicken-wie-es-braucht/> (abgerufen am 06.06.2023).
- Blocher, C. (14.12.2003): Interview mit der NZZ am Sonntag. Online unter: <https://www.blocher.ch/2003/12/14/demonstranten-sind-auf-die-strasse-gegangen-nicht-das-volk/> (abgerufen am 06.06.2023).
- Blocher, C. (15.01.1999): Rede bei der Albisgüetli-Tagung. Online unter: <https://www.blocher.ch/1999/01/01/unsere-politik-im-21-jahrhundert/> (abgerufen am 06.06.2023).

- Blocher, C. (15.01.2010): Rede bei der Albisgüetli-Tagung. Online unter: <https://www.blocher.ch/2010/01/15/wie-die-politische-elite-die-schweiz-zu-grunde-richtet/> (abgerufen am 12.06.2023).
- Blocher, C. (15.01.2016): Rede bei der Albisgüetli-Tagung. Online unter: <https://www.blocher.ch/2016/01/15/die-schweiz-auf-dem-weg-zur-diktatur/> (abgerufen am 12.06.2023).
- Blocher, C. (15.04.2000): Rede bei der SVP in Appenzell. Online unter: <https://www.blocher.ch/2000/04/15/die-europa-politik-der-svp/> (abgerufen am 06.06.2023).
- Blocher, C. (16.01.1998): Rede bei der Albisgüetli-Tagung. Online unter: <https://www.blocher.ch/1998/01/16/die-schweiz-im-jubilaumsjahr-1998/> (abgerufen am 06.06.2023).
- Blocher, C. (16.01.2009): Rede bei der Albisgüetli-Tagung. Online unter: <https://www.blocher.ch/2009/01/16/widerstand-statt-anpassung/> (abgerufen am 12.06.2023).
- Blocher, C. (16.01.2015): Rede bei der Albisgüetli-Tagung. Online unter: <https://www.blocher.ch/2015/01/16/schein-und-wirklichkeit/> (abgerufen am 12.06.2023).
- Blocher, C. (16.05.2001): Interview mit FACTS. Online unter: <https://www.blocher.ch/2001/05/16/feind-in-sicht/> (abgerufen am 06.06.2023).
- Blocher, C. (16.11.2003): Interview in der SonntagsZeitung. Online unter: <https://www.blocher.ch/2003/11/16/explodiert-ist-noch-kein-gremium-weil-starke-personlichkeiten-drin-waren/> (abgerufen am 06.06.2023).
- Blocher, C. (17.01.1997): Rede bei der Albisgüetli-Tagung. Online unter: <https://www.blocher.ch/1997/01/17/standortbestimmung/> (abgerufen am 06.06.2023).
- Blocher, C. (17.01.2003): Rede bei der Albisgüetli-Tagung. Online unter: <https://www.blocher.ch/2003/01/17/dialog-mit-abwesenden/> (abgerufen am 06.06.2023).
- Blocher, C. (17.01.2014): Rede bei der Albisgüetli-Tagung. Online unter: <https://www.blocher.ch/2014/01/17/kein-eu-beitritt-auf-samtpfoten/> (abgerufen am 12.06.2023).

- Blocher, C. (17.05.2003): Rede bei der Mitgliederversammlung der AUNS. Online unter: <https://www.blocher.ch/2003/05/17/standortbestimmung-kinder-und-narren-sagen-die-wahrheit/> (abgerufen am 06.06.2023).
- Blocher, C. (18.01.2002): Rede bei der Albigüetli-Tagung. Online unter: <https://www.blocher.ch/2002/01/18/chumm-bueb-und-lueg-dis-landli-aa/> (abgerufen am 06.06.2023).
- Blocher, C. (18.01.2008): Rede bei der Albigüetli-Tagung. Online unter: <https://www.blocher.ch/2008/01/18/auf-der-seite-des-volkes/> (abgerufen am 12.06.2023).
- Blocher, C. (18.01.2013): Rede bei der Albigüetli-Tagung. Online unter: <https://www.blocher.ch/2013/01/18/durehebe-nod-lugg-laa-gwunnt/> (abgerufen am 12.06.2023).
- Blocher, C. (18.09.2003): Interview in der WOZ. Online unter: <https://www.blocher.ch/2003/09/18/natuerlich-ich-habe-angsttraume/> (abgerufen am 06.06.2023).
- Blocher, C. (19.01.2001): Rede bei der Albigüetli-Tagung. Online unter: <https://www.blocher.ch/2001/01/19/suchst-du-den-krieg-dann-kommt-er-zu-dir/> (abgerufen am 06.06.2023).
- Blocher, C. (19.01.2007): Rede bei der Albigüetli-Tagung. Online unter: <https://www.blocher.ch/2007/01/19/zum-wohl-von-volk-und-land/> (abgerufen am 12.06.2023).
- Blocher, C. (19.01.2018): Rede bei der Albigüetli-Tagung. Online unter: https://www.svp.ch/wp-content/uploads/180119_albiguetli_blocher-de.pdf (abgerufen am 12.06.2023).
- Blocher, C. (19.07.2015): Interview mit der Aargauer Zeitung (Text nicht mehr abrufbar auf der Website der Aargauer Zeitung).
- Blocher, C. (20.01.2006): Rede bei der Albigüetli-Tagung. Online unter: <https://www.blocher.ch/2006/01/20/agenda-2006/> (abgerufen am 12.06.2023).
- Blocher, C. (20.01.2017): Rede bei der Albigüetli-Tagung. Online unter: <https://www.svp.ch/wp-content/uploads/AlbiguCC88et-liRede2017deutsch.pdf> (abgerufen am 12.06.2023).

- Blocher, C. (20.04.1999): Interview mit der Neuen Zürcher Zeitung. Online unter: <https://www.blocher.ch/1999/04/20/keine-kompromisse-mehr-nach-links/> (abgerufen am 06.06.2023).
- Blocher, C. (20.08.1998): Interview mit den Uster Nachrichten. Online unter: <https://www.blocher.ch/1998/08/20/es-ist-grundfalsch-solidaritat-erzwingen-zu-wollen/> (abgerufen am 06.06.2023).
- Blocher, C. (21.01.2000): Rede bei der Albisgüetli-Tagung. Online unter: <https://www.blocher.ch/2000/01/26/die-sieben-geheimnisse-der-svp/> (abgerufen am 06.06.2023).
- Blocher, C. (21.01.2011): Rede bei der Albisgüetli-Tagung (Text nicht mehr abrufbar auf der Website von Blocher).
- Blocher, C. (21.06.1997): Rede vor der Jungen SVP Schweiz. Online unter: <https://www.blocher.ch/1997/06/21/die-schweiz-und-der-eizenstat-bericht/> (abgerufen am 06.06.2023).
- Blocher, C. (23.10.2003): Interview mit der Weltwoche. Online unter: <https://www.blocher.ch/2003/10/23/positive-kraft-der-sturheit/> (abgerufen am 06.06.2023).
- Blocher, C. (24.06.2000): Interview mit dem Tages-Anzeiger. Online unter: <https://www.blocher.ch/2000/06/24/vielleicht-ist-alles-falsch/> (abgerufen am 06.06.2023).
- Blocher, C. (25.06.1998): Interview mit den Obersee-Nachrichten. Online unter: <https://www.blocher.ch/1998/06/25/umfragen-sind-oberflachlich-weder-eu-noch-ewr-hatten-eine-chance/> (abgerufen am 06.06.2023).
- Blocher, C. (26.01.2001): Beitrag auf der Website. Online unter: <https://www.blocher.ch/2001/01/26/armen-werden-freiheit-verlieren/> (abgerufen am 06.06.2023).
- Blocher, C. (26.01.2002): Interview mit der Neuen Luzerner Zeitung. Online unter: <https://www.blocher.ch/2002/01/26/ich-bin-doch-kein-isolationist/> (abgerufen am 06.06.2023).
- Blocher, C. (26.04.1997): Rede bei der Mitgliederversammlung der AUNS in Bern. Online unter: <https://www.blocher.ch/1997/04/26/ist-unser-land-erpressbar/> (abgerufen am 06.06.2023).

- Blocher, C. (27.05.1998): Rede vor dem Bund der Steuerzahler in Zürich. Online unter: <https://www.blocher.ch/1998/05/27/wieviel-steuern-braucht-der-staat/> (abgerufen am 06.06.2023).
- Blocher, C. (27.10.2003): Interview mit Profil. Online unter: <https://www.blocher.ch/2003/10/27/ich-bin-so-wie-ich-bin/> (abgerufen am 06.06.2023).
- Blocher, C. (28.09.2000): Interview mit der Neuen Zürcher Zeitung (Text nicht mehr abrufbar auf der Website von Blocher).
- Blocher, C. (29.11.2003): Interview mit dem Tages-Anzeiger. Online unter: <https://www.blocher.ch/2003/11/29/alles-sektiererische-liegt-mir-fern/> (abgerufen am 06.06.2023).
- Blocher, C. (30.07.2011): Interview mit Der Sonntag. Online unter: <https://www.blocher.ch/2011/07/30/das-ist-intellektueller-terrorismus/> (abgerufen am 12.06.2023).
- Blocher, C. (31.07.2003): Interview mit den Obersee Nachrichten. Online unter: <https://www.blocher.ch/2003/07/31/der-bundesbrief-ist-aktueller-denn-je/> (abgerufen am 06.06.2023).
- Blocher, C. (31.08.2000): Interview mit FACTS. Online unter: <https://www.blocher.ch/2000/08/31/nicht-so-ernst-nehmen/> (abgerufen am 06.06.2023).
- Blocher, C. (02.09.2007): Rede vor der SVP Zürich. Online unter: <https://www.blocher.ch/2007/09/02/90-jahre-svp-zurich/> (abgerufen am 05.06.2023).
- Blocher, C. (02.12.1999): Interview mit der Weltwoche. Online unter: <https://www.blocher.ch/1999/12/02/ich-trete-nur-mit-widerwillen-an/> (abgerufen am 05.06.2023).
- Herzog, V. (29.07.2021): Beitrag in der Parteizeitung Klartext. Online unter: <https://www.svp.ch/aktuell/partezeitung/2021-2/svp-klartext-juli-2021/ehe-fuer-alle-schadet-dem-kindswohl/> (abgerufen am 22..06.2023).
- Köppel, R. (04.04.2019): Interview mit der Neuen Zürcher Zeitung (Text nicht mehr abrufbar auf der Website der NZZ).
- Parmelin, G. (10.02.2020): Rede vor der SVG Basel. Online unter: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-78063.html> (abgerufen am 12.06.2023).

- Rösti, A. (01.08.2018): Rede zum Nationalfeiertag der Schweiz. Online unter: <https://www.svp.ch/wp-content/uploads/2018-erstaugust-roesti.pdf> (abgerufen am 12.06.2023).
- Rösti, A. (04.10.2019): Interview mit dem Südkurier. Online unter: <https://www.suedkurier.de/ueberregional/politik/Dann-sind-wir-eben-populistisch-So-denkt-die-Schweizer-Volkspartei-ueber-Auslaender-Klimawandel-und-ihr-Parteiprogramm;art410924,10301673> (abgerufen am 12.06.2023).
- Rösti, A. (04.09.2019): Interview mit der Aargauer Zeitung. Online unter: <https://www.aargauerzeitung.ch/schweiz/svp-prasident-rosti-im-grossen-interview-es-gibt-keine-halbe-unabhaengigkeit-ld.1148707> (abgerufen am 05.06.2023).
- SVP (2019): Frei und sicher. Ich will's. Ich wähl's. Parteiprogramm 2019 bis 2023. Online unter: https://www.svp.ch/wp-content/uploads/Parteiprogramm_DE_19_23_190402.pdf (abgerufen am 12.06.2023).
- SVP (2021): Verteidigung des Rechtsstaats gegen eine totalitäre Ideologie. Positionspapier der Schweizerischen Volkspartei zum Islam und Islamismus in der Schweiz. Online unter: <https://www.svp.ch/positionen/positionspapiere/2021-2/verteidigung-des-rechtsstaats-gegen-eine-totalitaere-ideologie/> (abgerufen am 12.06.2023).
- Zuppiger, B. (22.08.2009): Rede bei der Delegiertenversammlung in Chur. Online unter: <https://www.svp.ch/aktuell/publikationen/referate/nein-zu-einer-verstaatlichung-von-familien-und-kindern/> (abgerufen am 22.06.2023).

Rechte Parteien tragen kontinuierlich dazu bei, die gesellschaftlichen Grenzen des Sagbaren zu verschieben. Mithilfe rechtspopulistischer Rhetoriken und emotionalisierter Sprache werden Feindbilder konstruiert und gesellschaftliche Ängste und Sorgen aufgegriffen und zugespitzt. Am Beispiel der drei Parteien Alternative für Deutschland (AfD), Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und Schweizerische Volkspartei (SVP) untersucht dieses Buch, welche Raumproduktionen das gemeinsame Fundament der jeweiligen Parteien bilden. Die mithilfe eines theoretischen Gerüsts aus Politischer Geographie, Diskurstheorie und Emotions- und Affektforschung analysierten 389 Reden und Interviews von Parteimitgliedern im Zeitraum 1990-2020 erlauben einen fundierten Blick auf Kontinuitäten in den Argumentationen sowie Logikbrüche in den vergangenen 30 Jahren. Parallel werden Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Argumentationen und Weltbildern der drei Parteien untersucht. Dabei lassen sich spezifische, nationalstaatsübergreifende Großzählungen identifizieren, aber auch nationale und zeithistorische Besonderheiten und Ausprägungen. Ergänzend zu den rechten Raumproduktionen wird in diesem Buch die bislang wenig beachtete, aber zentrale Rolle von Emotionen und Affekten in rechter Politik systematisch beleuchtet.

Philipp Hövel hat am Institut für Geographie der Universität Münster promoviert. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten zählen Politische Geographie, Diskurstheorie und -analyse, Emotionen und Affekte sowie die extreme Rechte.

